

Welche gesellschaftliche Realität in der Zeit von etwa 1930 bis 1955 ist heute dekodierbar, wenn wir tabulos die richtigen Fragen stellen? Und ausgehend von den Erkenntnissen dazu: Welche Konsequenzen hat diese gesellschaftliche Realität für das Heute? Osterath und die dort mit allen gesellschaftlichen Bereichen vernetzten Menschen in ihrem vernetzten gesellschaftlichen Mikrokosmos Osterath sind ein Fraktal der gesellschaftlichen Realität: **Osterath ist überall.**

Das gilt gleichermaßen für die in ihren gesellschaftlichen Macht- und Gewaltpositionen agierenden Menschen auch als Täter wie für die Opfer ihrer aktiven bürokratischen persönlich zuordenbaren Handlungen. So stellvertretend der Bürgermeister und Gemeindedirektor Hugo Recken und sein Symbiont Johannes Herbrandt – vernetzt mit Pastor Hövelmann und der katholischen Gemeindeelite. Ob NSDAP-Mitglieder – oder im Einzelfall nicht. Bruchlos staatsformunabhän-

Lothar Klouten

Der Tod war ein Meister aus Osterath



Der Tod war ein Meister aus Osterath



gig vor und nach der Befreiung von Osterath durch US-amerikanische Einheiten am 1. März 1945. Primär die Vernetzung – strukturell und personell – der Kulturen von spezifisch deutscher Bürokratie-Kultur und kirchlich-katholischer Bürokratie-Kultur. Jenseits des äußeren Scheins von Verfassung, Rechtsstaatlichkeit und Recht.

In diese vordergründige Normalität passt die Serie von Todesfällen Osterather NS-Überlebender 1948. Die »Betriebsunfälle« werden im aktiven »Einsatz« des (Ex-)SA-Mannes und stellvertretenden Gemeindedirektors Johannes Herbrandt im – angenommenen – Interesse der katholischen Volksgemeinschaft »korrigiert«. **Der Tod war ein Meister aus Osterath.**

Eine katholische niederrheinische Gemeindeelite von der Weimarer Republik bis zur Bundesrepublik Deutschland: Erinnerung versus Geschichtspolitik in Meerbusch-Osterath

Lothar Klouten |

Herausgegeben von Lothar Klouten





Osterather Zeitung

Alleinige amtliche Anzeigengestaltung und Anzeigenerhebungsbureau
für die Rheinlande, Mittel- und Westfalen
Wieder: Carl W. Schöndorfer, 1. Post-Bezirk, 10. Postfach, Düsseldorf
Erscheinungsort: Osterath, Rheinland, 1. Postfach, 10. Postfach

Druck u. Verlag
Herrn. G. Hamacher
Osterath (Rheinl.)

Abonnement: Für die Rheinlande in Deutschland 1 Mk. 50 Pf. für
den Postbezirk in Deutschland 1 Mk. 75 Pf. für die Provinz
Westfalen 1 Mk. 75 Pf. für die Provinz Westfalen 1 Mk. 75 Pf.
für die Provinz Westfalen 1 Mk. 75 Pf. für die Provinz Westfalen
1 Mk. 75 Pf. für die Provinz Westfalen 1 Mk. 75 Pf.

Nummer 13

Sonntag, 28. März 1936

16. Jahrgang



**„Ich bitte jetzt das deutsche Volk, mich in meinem Glauben zu stärken und mir durch
die Kraft seines Willens auch weiterhin die eigene Kraft zu geben, um für seine Ehre
und seine Freiheit jederzeit mutig einzutreten und für sein wirtschaftliches Wohlergehen
sorgen zu können. Und mich besonders zu stützen in meinem Ringen um einen
wahrhaften Frieden.“**

TITELSEITE DER OSTERATHER ZEITUNG, 28. MÄRZ 1936



»Die Würde des Menschen ist unteilbar.«

LOTHAR KLOUTEN

Impressum

Lothar Klouten – Der Tod war ein Meister aus Osterath.
Eine katholische niederrheinische Gemeindeelite von der
Weimarer Republik bis zur Bundesrepublik: Erinnerung
versus Geschichtspolitik in Meerbusch-Osterath

Herausgeber: Lothar Klouten, Ostwall 224, 47798 Krefeld,
Telefon 0160 4 39 12 56, www.lotharklouten.eu

Autor: Lothar Klouten, © 2012

Buchkonzept und Gestaltung: trio-design⁺, Annette Schulte,
Krefeld, Telefon 0 21 51 74 85 11, www.trio-design.de, © 2012

Alle Rechte sowie Irrtum und Druckfehler vorbehalten.
Nachdruck, auch auszugsweise, sowie die Verbreitung durch
Bild, Funk, Fernsehen und Internet, durch fotomechanische
Wiedergabe, Tonträger und Datenverarbeitungs-Systeme
jeder Art nur mit schriftlicher Genehmigung. Die pädago-
gische Nutzung dieses Buches ist ausdrücklich erwünscht.
Bitte wenden Sie sich in einem solchen Fall direkt an den
Autor: Lothar Klouten.

Satz: PrePressPro, Kirsten Küsters, Krefeld, www.prepresspro.de
Druck und Bindung: Memminger MedienCentrum, Memmingen
Printed in Germany
ISBN: 978-3-00-038570-4
1. Auflage, Oktober 2012

Lothar Klouten

Der Tod war ein Meister aus Osterath

EINE KATHOLISCHE NIEDERRHEINISCHE GEMEINDEELITE VON DER
WEIMARER REPUBLIK BIS ZUR BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:
ERINNERUNG VERSUS GESCHICHTSPOLITIK IN MEERBUSCH-OSTERATH

Herausgegeben von Lothar Klouten

Inhalt

Einleitung

Geleitwort von Kurt Gutmann	7
Widmung	8
Vorwort: Der Anlass	9
Zur Gestaltung dieses Buchs	10
Über den Autor	11
Der Entstehungs-Prozess dieses Buchs und seine Interdependenzen	12–14

Erinnerung versus Geschichtspolitik

Die Gemeinden Osterath – sowie Büderich und Lank – bis 1945: Katholische Dörfer mit Minderheiten	15–27
---	-------

1933: Die erste Intrige gegen den evangelischen Bürgermeister Rudolf Bartels: Wie der Katholik Hugo Recken durch die dazu instrumentalisierten Nationalsozialisten Bürgermeister in Osterath wurde und sein Sieg über die örtlichen NSDAP-Funktionäre sowie die geschichtswissenschaftliche Bewertung	28–40
--	-------

Hugo Recken als Bürgermeister in Osterath Januar 1934 bis März 1945: Antisemitische Maßnahmen gegen als Juden bezeichnete Menschen und die geschichtswissenschaftliche Bewertung	
a. Die Um- und Durchsetzung von antisemitischen Maßnahmen zur Diskriminierung, Terrorisierung, Absonderung, Enteignung und Ermordung der betroffenen Deutschen in Verantwortung des Bürgermeisters in Osterath, Hugo Recken	41–64
b. 1935: Die Umlegung des jüdischen Friedhofs Osterath nach Krefeld als antisemitische Maßnahme und die Kontroverse über die Rolle von Hugo Recken bis heute – Gemeindedirektor Hugo Recken, 1946: »Fehlanzeige«	65–70
c. Die Deportation nach Riga im Dezember 1941: Der organisierte Mord an der Mehrheit der von den Maßnahmen gegen Juden betroffenen Menschen und die Rolle von Bürgermeister Hugo Recken	71–86
d. Drei Familien als exemplarische Beispiele	
1. Sabine und Julius Gutmann: Die beiden einzigen Überlebenden der aus Osterath deportierten Menschen – Bürgermeister Hugo Recken, 1942: »Es wird um Abschiebung des Juden gebeten.«	87–106
2. Familie Cervelli: »Halbjuden« und ihre »arischen« Familien trifft das »Recht« und Bürgermeister Hugo Recken – fast – gleichermaßen wie »Volljuden«	107–110
3. Familie Dr. Langenbach: Die von Hugo Recken in seinem Entnazifizierungsverfahren missbrauchten »Entschuldigungsjuden«	111–114
e. Geschichtswissenschaftliche Bewertung	115–116

1945: Die zweite Intrige gegen den vom US-amerikanischen Ortskommandanten eingesetzten Bürgermeister Rudolf Bartels, diesmal über die dazu instrumentalisierte britische Militärregierung – Wie Hugo Recken abermals Rudolf Bartels ablöste und das kurze Intermezzo des kommissarischen Bürgermeisters Anton Wienands KPD	117–138
---	---------

Die Rollen des Gemeindebeamten Johannes Herbrandt sowie der Allianz von katholischer Geistlichkeit und katholischer Gemeindeelite sowie deren geschichtswissenschaftliche Bewertung	139–140
---	---------

1945–1949: Die Entnazifizierung von Hugo Recken, Johannes Herbrandt und Pfarrer Joseph Hövelmann – Als seien 1945 nach der Befreiung drei neue Menschen geboren worden sowie die geschichtswissenschaftliche Bewertung	141–164
1953: Der Tod von Hugo Recken und die Straßenbenennung nach ihm: Apologie der Kontinuität seit 1934	165–166
Die Debatte um die Straßenumbenennung seit Dezember 2011: Erinnerung versus Geschichtspolitik – und die Rolle des Meerbuscher Stadtarchivleiters Michael Regenbrecht im Auftrag des Meerbuscher Bürgermeisters Dieter Spindler CDU: Wo beginnt apologetische bürokratische Zweck-Lüge?	167–176
Eine geschichtswissenschaftliche Gesamtbewertung: Der Erinnerung eine Chance	177–190

Dokumente

Einführung in die Dokumente	191
Geschichte am Jürgensplatz Düsseldorf: Foto von Paul Salitter	191
Landesarchiv Nordrhein-Westfalen: Der Polizeipräsident in Düsseldorf leitet mit Datum vom 6.1.1942 den Salitter-Bericht »An die Staatspolizeistelle in Düsseldorf«	192
Wiener Library London: Der Salitter-Bericht	193–195
Yad Vashem Jerusalem: Gegenüberstellung der Berichte von Paul Salitter und Hilde Sherman	196–201
ITS Arolsen: Die Deportationsliste vom 11. Dezember 1941 (Erstveröffentlichung)	202–214
Kreisarchiv Viersen: Arthur Winter. Über das Schicksal der Kempener Juden, die im Dezember 1941 deportiert wurden. Erstellt nach Aussagen von Hans Samuel, Hüls. Schweden 1945. (Erstveröffentlichung in der vollständigen Fassung)	215–219
Villa ten Hompel Münster: Nachkriegsbiografie eines Täters. Paul Salitter	220–225
Dr. Ingrid Schupetta. Villa Merländer Krefeld: historische und aktuelle Fotos aus Riga (Erstveröffentlichung)	226–230

Anhang

Verzeichnis der abgebildeten Quellen	231–233
Erklärungen von Abkürzungen und Begriffen	234
Quellen	235–240
Literatur	241–257
Danke!	259
Schreiben von Adolf Hitler, 29. November 1921	260–262
Paranoia	263
Titelseite der Osterather Zeitung, 28. März 1936	266

Geleitwort

Das Buch von Herrn Klouten ist eine notwendige Erläuterung einer die frühen 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts und die Nazizeit überdauernden und dominierenden Gedankenwelt in vielen Ortschaften der Bundesrepublik. Zwar wurde die braune von der schwarzen Rassenideologie abgelöst, aber weder in den Schulen noch in den Amtsstuben beseitigt. Dies kann ich aus eigener Erfahrung belegen.

So habe ich als britischer Soldat erlebt, wie im Spätherbst 1947 junge Männer, von einem Tanzvergnügen kommend, vor mir in Mülheim-Ruhr auf Wache stehend, lauthals sangen: »Wir werden weiter marschieren bis alles in Scherben fällt, denn heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt.«

Ein anderes Mal besuchte ich mit zwei jungen Frauen einen Tanzabend, bei dem ich mit beiden tanzte. In einer Pause sprach ein Mann eine meiner Begleiterinnen an und sagte, ob sie wüsste, dass sie potenzielle »Rassenschande« treibe.

Im Jahre 1956 besuchte ich meinen Onkel Max Servos in Krefeld. An seiner Haustür war »JUDE« geschmiert. Als ich im Jahr 1988 Leipzig besuchte, wurde ich von einem aus der BRD stammenden Mann beschimpft, man hätte vergessen mich zu vergasen.

Ich könnte noch etliche solcher Beispiele aus eigenem Erleben erwähnen. Das von Herrn Klouten in seinem geschilderten Osterath ist fast jedem kleinen Ort in Deutschland gleich zu setzen, das dann zu den »judenreinen« Ortschaften der Jahre 37/38 und dann zu den Vernichtungslagern der Jahre 42/43 führte.

In Osterath waren es die von Herrn Klouten genannten »ehrenwerten Herren Recken, Herbrandt und Pfarrer Hövelmann«, in den anderen Orten waren es nur andere Namen. Wenn Herr Klouten berichtet, wie der SA-Mann Herbrandt in seiner schwarzen Uniform im Jahre 1948 ein aus Theresienstadt zurückgekehrtes Ehepaar drangsalierte, dann wird mir heute noch schlecht.

Eine das Lager Riga überstandene jüdische Bekannte erzählte mir Folgendes. Auf einer Hamsterfahrt im Jahre 1946 besuchte sie einen kleinen Ort in Westfalen. Zu ihrem Schrecken erkannte sie dort als Friseur einen ihrer schlimmsten Peiniger aus dem Lager. Als sie ihn entlarvte, sagte man ihr, er sei doch als ein so liebevoller Vater bekannt.

Solch »guter Mensch« war wohl auch der Staatssekretär Globke unter Kanzler Adenauer, Leiter des Bundeskanzleramtes in Bonn, im Jahre 1935 Verfasser des Kommentars zu den Nazi-Rassegesetzen. Während des Krieges Berater einiger von Hitlerdeutschlands Vasallen bei der Durchsetzung dieser Gesetze in deren Länder.

Ich wünsche mir, dass Herr Klouten mit seinem Buch dazu beiträgt, die notwendigen Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen.

KURT GUTMANN
JAHRGANG 1927

Im Gedenken an Dan Lucas

Das eigene Glück spiegelt sich stets
im Glück des Anderen.

SARDOSCHT

Mitzulieben, nicht mitzuhassen ist mein Teil.

SOPHOKLES. ANTIGONE

Wer nicht leiden will, muss hassen.

HORST EBERHARD RICHTER

Der Vernichtungsprozess der Nazis kam
nicht aus heiterem Himmel.

Er war der Höhepunkt einer zyklischen
Entwicklung.

Wir können diese Entwicklung
in drei aufeinanderfolgenden Zielsetzungen
antijüdischer Amtswalter nachvollziehen.

Die Missionare des Christentums
erklärten einst:

Ihr habt kein Recht, als Juden unter uns
zu leben.

Die nachfolgenden weltlichen Herrscher
verkündeten:

Ihr habt kein Recht, unter uns zu leben.

Die deutschen Nazis schließlich verfügten:

Ihr habt kein Recht zu leben.

Die deutschen Nazis brachen also nicht mit
der Vergangenheit; sie bauten auf ihr auf.

Sie begannen nicht, sie vollendeten eine
Entwicklung.

RAUL HILBERG

Jede Herrschaft funktioniert als Verwaltung.

Die Bürokratie ist »rationalen« Charakters:

Regel, Zweck, Mittel, »sachliche« Unpersönlichkeit beherrschen ihr Gebaren.

Keine Maschine der Welt arbeitet so präzise wie
diese Menschenmaschine, die Bürokratie.

Unter technisch-sachlichen Gesichtspunkten ist
sie unüberwindbar.

Eine einmal durchgeführte Bürokratie gehört zu
den am schwersten zu zertrümmernden Gebilden.

Ist es möglich, irgendwelche Reste
einer in irgendeinem Sinn individualistischen
Bewegungsfreiheit zu retten?

MAX WEBER

Es sind immer konkrete Menschen, die handeln.

Und als Menschen haben wir immer – ethische –
Alternativen.

LOTHAR KLOUTEN

Erinnerung

Erinnerung wach rufen.

Verschüttetes erinnern.

Verdrängtes erinnern.

Vergessenes ins Bewusstsein führen.

Also ein gesellschaftlicher Prozess

der Erinnerung,

ausgerichtet auf eine gemeinsame

menschliche Zukunft.

LOTHAR KLOUTEN

Vorwort: Der Anlass

»Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnern kann, ist dann verdammt, sie zu wiederholen.

Wer sich aber der Vergangenheit erinnert, wird umso mehr Streit auslösen.«

GEORGE SANTAYANA

Der Bürgerverein »Pro Osterath« engagiert sich für das Gedenken an die Menschen, die von den Nationalsozialisten und ihren bürokratischen Mit-Tätern als »Juden« definiert und deswegen diskriminiert, terrorisiert, entrechtet, enteignet und – in Osterath bis auf das Ehepaar Gutmann – ermordet wurden. Ein Höhepunkt der Aktivitäten von »Pro Osterath« war die Verlegung erster Stolpersteine in Osterath im Dezember 2011.

In der Veranstaltung zu dieser Stolperstein-Verlegung, die auch im Dezember 2011 stattfand, berichtete ich u.a. vom Schreiben des Osterather Bürgermeisters Hugo Recken an die Gestapo-Außendienststelle Krefeld am 4. Juni 1942 bezogen auf das Ehepaar Gutmann, das dann umgehend »deportiert« wurde: »Es wird um Abschiebung des Juden gebeten.« Recken hat also auf eigene Initiative gehandelt, hätte auch anders handeln können; aber er tat es nicht. Aus der Mitte der Teilnehmer kam dann der Vorschlag, die Hugo-Recken-Straße umzubenennen. Dies z. B. in Gutmann-Straße. Es wäre die erste Straße in Osterath, die nach NS-Verfolgten bzw. NS-Überlebenden benannt würde. Der Fraktionsvorsitzende der Unabhängigen Wählergemeinschaft Meerbusch Christian Staudinger-Napp, Teilnehmer der Veranstaltung, nahm sich der Angelegenheit im Sinne des Vorschlages an, indem er in einem Schreiben an den Meerbuscher Bürgermeister Dieter Spindler im Dezember 2011 anregte, eine Straßenumbenennung zu prüfen.

Aus dieser Anregung zum Gedenken entwickelte sich ein Kapitel Meerbuscher Geschichtspolitik. Denn wie können Bürger so vermessen sein, von sich aus einen konkreten Vorschlag zu machen, ohne vorab die Meerbuscher Bürokratie in Verwaltung und Stadtrat um Erlaubnis dazu gebeten zu haben? Und wie kann sich der Fraktionsvorsitzende einer Minderheiten-Fraktion erdreisten, den CDU-Bürgermeister mit einer Anregung anzuschreiben? Beides mehr als ärgerlich, weil es – bürokratischen – Aufwand verursacht, der dann bürokratie-intern weiterdelegiert wird, hier an den Stadtarchivar.

Die – bewusst – verzerrte Realitätswahrnehmung dokumentiert sich schon darin, das Bürgermeister Spindler die Anregung zur Forderung mutierte; wo beginnt – interessengeleitete – Lüge? Um – das ist meine These – die Legende der Kontinuität von Hugo Recken als Bürgermeister und dann Gemeindegeldirektor in Osterath von 1934 bis 1953 – mit einer etwa einjährigen Unterbrechung nach der Befreiung 1945/46 – gegen die – geschichtswissenschaftliche – Realität und Bürger aufrecht zu erhalten. Es geht ihm – und den Fraktionen bis auf die UWG – um bürokratisch-politische Macht. Mir geht es – auch mit dieser Arbeit – um einen offenen gesellschaftlichen Diskurs. Gegen Vermeidungsdiskurs im Sinne von Ulrich Herbert. Um dem Gedenken eine Chance zu geben.

Bilden Sie sich eine eigene Meinung.
Selber lesen und denken macht schlau.

Wenn Sie weitere Dokumente, Bilder oder Informationen beitragen können, bitte kontaktieren Sie mich unter:

Fon: 0160-4 39 12 56

oder

E-Mail: lotharklouten@yahoo.de.

Abschließend ein methodischer Hinweis:
Um den Text gut lesbar zu gestalten, habe ich auf Verweise weitgehend verzichtet.
Die Lektüre des Anhangs macht so auch mehr Sinn.

Die Fotos im Buch sind visuelle Zitate, wenn sie nicht umfassend ausgewiesen sind.

Zur Gestaltung dieses Buchs

In diesem Buch ist nichts Zufall.
Der Text und seine typografische Gestaltung.

Buchformat und Satzspiegel

folgen nicht den DIN-Formaten,
sondern dem Goldenen Schnitt.

»Der Naturforscher und Philosoph Paul Heinrich France bezeichnete den Goldenen Schnitt als biologisches Format und sieht in der Harmonie den letzten Zustand, das höchste Ziel der Entwicklung. Er fasst dies in dem folgenden Satz zusammen:

»Harmonie ist das biologische Endstreben.«
Er hat erkannt, dass allem Leben eine bestimmte Funktion zugeordnet ist, als auch harmonische wohlproportionierte Form angestrebt wird.«

NACH: OTTO HAGENMAIER. DER GOLDENE SCHNITT.

Gegenstände, die dem Goldenen Schnitt folgen,
werden als harmonisch empfunden.
Der Aufbau des Menschen, aller belebter Natur,
entspricht dem Goldenen Schnitt.
Die großen Meister haben ihrer Kunst
die Regeln des Goldenen Schnitts zugrunde gelegt.

Der gewaltbehaftete Inhalt des Buches wird durch
die harmonische Form des Formats aufgefangen.

Zur Farbe Hellblau

»Psychologische und symbolische Wirkung:
Blau ist die Komplementärfarbe zu Orange.
Orange ist die hellste Farbe des Spektrums,
Blau die kälteste.
Blau ist die Farbe des Fernen und Kühlen.
Blau ist eine Augenfarbe.
Als Raumfarbe ist Blau ungemütlich,
weil es den geschlossenen Raum auflöst
und die Kälte hineinlässt.
Der kalte Blau ist im symbolisch übertragenen
Sinn eine abweisende Farbe.
Es ist die Farbe der Gefühllosigkeit,
des Stolzes, der Härte.«

EVA HELLER. WIE FARBEN WIRKEN.

Die verwendeten Schriften

Der Fließsatz ist in der »Minon Pro Regular« gesetzt. Die Schrift wurde 1990 von Robert Slimbach für Adobe Systems als digitale Satzschrift entworfen. Die Minon ist eine Textschrift im Stil der Französischen Renaissance-Antiqua. Sie hat ein ruhiges ausgeglichenes Schriftbild und verbindet gute Lesbarkeit mit einer ästhetisch ansprechenden Gestaltung.

Die Überschriften, Bildunterschriften und Hervorhebungen stammen aus der Schriftsippe Thesis. Für dieses Buch wurde die Schrift »TheSans« in verschiedenen Schriftgraden angewendet. Die Schrift ist unter anderem als Auszeichnungsschrift hervorragend geeignet. Sie unterstützt den Inhalt, wirkt jedoch nicht dominant, signalisiert aber dem Leser »Achtung, hier kommt eine wichtige Information«. Die Schriftsätze wurden 1994 von Lucas de Groot entwickelt und weitergeführt. Heute ist die Thesis-Kollektion mit über 500 Schnitten, die wohl umfangreichste Schriftfamilie. »TheSans« ist eine serifenlose Linear-Antiqua. Sie ist die Hausschrift von vielen Marken und Unternehmen.

Die Typografie

Die Typografie des Buches basiert auf den typografischen Regeln der Buchgestaltung. Grundlage sind unter anderem die »Qualitätskriterien für gute Typografie«, die vom Forum Typografie e. V. 2006 entwickelt wurden.

Dieses Buch ist aus dieser Perspektive auch ein literarisches Gesamtkunstwerk.

**»Die Wahrheit sagen heißt für einen Roman,
den Leser eine Illusion erleben zu lassen,
und lügen heißt,
unfähig sein zu einer Simulation.«**

MARIO VARGAS LLOSA

Über den Autor

Nach der Schule – er gehörte dem ersten Abiturjahrgang am Meerbusch-Gymnasium 1974 an – studierte Lothar Klouten, Jahrgang 1957, Sozialwissenschaften, Geschichte und Pädagogik. Gesellschaftlich engagierte er sich zum einen in der Jugendarbeit in der evangelischen Kirche in Meerbusch-Osterath sowie für gut zehn Jahre als Vorsitzender des Stadtjugendrings Meerbusch, wo er unter anderem den Jugendaustausch mit der israelischen Stadt Petach Tikva organisierte. Zum anderen in der Politik: (Wieder-)Gründung der Jungsozialisten in der SPD Meerbusch-Osterath, eine Reihe von Vorstandsposten in der SPD Osterath und im SPD-Stadtverband Meerbusch, Ratsmitglied in Meerbusch und später Kreistagsmitglied im Kreis Viersen, um nur einige Stichworte zu nennen. Lothar Klouten kandidierte zweimal zum Europäischen Parlament.

Schon in seiner Schulzeit interessierte sich Lothar Klouten intensiv für die NS-Zeit, ihre Vorgeschichte und ihre Folgen. Daher auch sein Engagement gegen Rechtsextremismus, für den Jugendaustausch mit Petach Tikva sowie eine Demokratisierung auf allen Ebenen bis zur UN. Im Studium setzte er seine Interessen konsequent in der Wahl des Themas seiner Ersten Staatsarbeit um: Verfolgung und Widerstand in Meerbusch 1933–1945. Die weitere intensive Auseinandersetzung insbesondere mit der Geschichte führte zu einigen Veröffentlichungen, aufgeführt zum Teil im Anhang.

Lothar Klouten hielt zahlreiche zeitgeschichtliche Vorträge, u. a. in Meerbusch.

Maßgeblich gestaltete er die Ausstellung »Nachspüren nach 70 Jahren. Deportationen aus Düsseldorf nach dem Osten« im Glashaus des Kulturamtes der Stadt Düsseldorf 7.–11. Dezember 2011, verbunden mit Filmen, Vorträgen, Gesprächen und einem historischen Spaziergang.

1989 erhielt Lothar Klouten die Verdienstnadel der Stadt Meerbusch. 2007 wurde sein Buch »Hubert Vootz. Ein Leben für die Freiheit – Vom deutschen Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland« für zivilgesellschaftliches Engagement vom »Bündnis für Demokratie und Toleranz. Gegen Extremismus und Gewalt« (www.buendnistoleranz.de) ausgezeichnet. Für das Bündnis sind namhafte Persönlichkeiten wie Bundespräsident Joachim Gauck tätig.

Veröffentlichungen von Lothar Klouten stehen in zahlreichen Einrichtungen. So Stadtbibliothek Meerbusch, Universitätsbibliothek Düsseldorf, Lan-



FOTO:
RAINER NAUS,
FOTO NAUS,
WILLICH-
SCHIEFBAHN

desarchiv Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, Bundesarchiv in Berlin, ITS Arolsen, Library of Congress Washington und Yad Vashem Jerusalem.

Auf seine Forschungen gehen das Mahnmal am Friedhof in Meerbusch-Büderich, das Mahnmal in Meerbusch-Lank an der Telo-Mühle sowie die Stolpersteine in Meerbusch-Osterath zurück.

Lothar Klouten hat das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt in Düsseldorf geleitet, war zwei Jahre Assistent des Bundestagsinnenausschussvorsitzenden, später bis Anfang 2005 Geschäftsführer bei der NRW-SPD. Heute ist er selbstständig und politisch in der Piratenpartei aktiv.

Nach seinem Selbstverständnis ist Lothar Klouten gemeinwohlorientierter Demokrat. Ohne Ansehen von Personen und Organisationen setzt er sich für Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie auf allen Ebenen ein. Die Würde des Menschen ist unteilbar – das ist sein Credo. Dabei die Realität insbesondere durch die Schaffung von Transparenz den Ansprüchen vor allem der Menschenrechtsdeklarationen von UN und Europa sowie dem Grundgesetz in einem evolutionären Prozess weitest möglich in Übereinstimmung zu bringen. Die sanfte Macht der Ethik siegt, so sein weiteres Credo. Auch gegen Schein-Recht und illegitime Macht. Unter welchen Vorzeichen auch immer und mit welcher ideologischen Legitimation auch immer.

Die spezifische deutsche Bürokratie-Kultur steht nach dem Verständnis von Lothar Klouten, wie er es auch in diesem Buch herausgearbeitet hat, der notwendigen gesellschaftlichen Evolution zu einer nachhaltigen menschenwürdigen Zukunft diametral entgegen.

**»Das, was geschah, muss eine Warnung sein.
Es zu vergessen, ist ein Vergehen.
Es muss fortwährend in unserer Erinnerung leben.
Es war möglich, dass es geschah,
und es ist möglich, dass es wieder geschieht.
Davon zu wissen allein kann dies verhindern.«**

KARL JASPERS

Der Entstehungs-Prozess dieses Buchs und seine Implikationen

Wenn man – hier ich – sich bürokratisch missbraucht sieht, dann gibt es differenzierte Aktionsmöglichkeiten. Im Gegensatz zu Reaktionsmöglichkeiten im Wortsinn, der anderen Seite passiv in der Objektrolle das Agieren zu überlassen, die Opferrolle anzunehmen. Ich lasse mir meine Würde nicht nehmen und ich bin nicht **sprach**-los. Was ich in vielen Jahren durch mehrere Erfahrungen gelernt habe: solche Situationen als persönliche Herausforderung anzusehen. Mein »Lehrer«: Viktor Frankl. Diese Situationen im für mich konstruktiven Sinn umzudeuten. Durch Agieren die Subjektrolle einzunehmen, mir nicht bürokratisch die Objektrolle aufnötigen zu lassen. Das selbstverständliche Kommunikationsmuster in der deutschen Gesellschaft bewusst zu durchbrechen. Wohl wissend, dass deutsche Bürokraten dann ihre bürokratische vermeintlich anonyme und unpersönliche Rolle verlassen, weil sie diese »Regelverletzung« persönlich nehmen, daher ihre bürokratische Legitimität angegriffen fühlen. Und dann mit allen ihres bürokratischen Habitus' entsprechenden Mitteln agieren, bis hin zu struktureller Gewalt – als Vorstufe zu direkter Gewalt, wenn dies gesellschaftlich akzeptabel ist.

Vor der Idee zum Buch stand, am Beispiel der vom Meerbuscher Stadtarchivar Regenbrecht in seinem im Auftrag von Bürgermeister Spindler erstellten »Recherchebericht« genannten Akten im Kreisarchiv Viersen in Kempen zu recherchieren, was diese Akten beinhalten und wie er deren Gehalt in Bezug auf das Thema – die Rolle von Bürgermeister Hugo Recken in der NS-Zeit und ihre heutigen Bewertung – rezipiert hat. Ein weiterer Verstoß gegen die Regeln im Kontext deutscher Bürokratien. Diese unausgesprochene gesellschaftlich akzeptierte Regel lautet: Was ein Bürokrat im Auftrag eines vorgesetzten Bürokraten liefert, dem vertraut man bedingungslos, hinterfragt es keinesfalls. Der logische Umkehrschluss: Hier liegt ein zentrales Macht-Instrument von Bürokratien: Realität nach ihrem Habitus zu definieren. Also verbindlich zu definieren, was gesellschaftlich als Realität zu gelten hat. Staatsformunabhängig und nicht demokratisch legitimiert.

Meine Recherche im Kreisarchiv Viersen führte zu zwei für mich bemerkenswerten und vernetzten Ergebnissen:

Herr Regenbrecht hat bewusst selektiv gearbeitet – bürokratisch-politisch interessengeleitet und nicht geschichtswissenschaftlich. Sowohl was die

von ihm in seinem »Recherchebericht« genannten Akten betrifft – als auch die vorhandenen Akten, die er nicht nennt.

Das im Kreisarchiv in Bezug auf das konkrete Thema Hugo Recken präsente Quellenmaterial ist – erstaunlich – dicht.

Das Quellenmaterial im Stadtarchiv Meerbusch kannte ich bereits vorher ganz überwiegend, insbesondere im Kontext meiner Recherchen zu meiner Ersten Staatsarbeit »Verfolgung und Widerstand in Meerbusch 1933–1945«. Und diese Quellen habe ich in Kopie, verbunden mit umfassenden Notizen dazu. Um bezogen auf die aktuelle Fragestellung mein Material zu vervollständigen, habe ich dies bei einem Termin im Stadtarchiv umgesetzt. Die quantitative Seite waren 26 Kopien. Ein Indiz dafür, dass mir bereits vorher wesentliche Quellen in Kopie vorlagen. Bereits vor diesem Termin begann ich meine Idee zu einem Buch zum Thema, die ich bei meiner Recherche im Kreisarchiv hatte, zu realisieren.

Auch Quellenmaterial im Landesarchiv NRW in Düsseldorf kannte ich bereits zuvor. Bin nun mit nicht zu erwartenden qualitativen Ergebnissen themenbezogen in die Tiefe gegangen. Das gilt auch für das Bundesarchiv.

Mein Anspruch:

Das zu tun, wozu Regenbrecht vorgeblich beauftragt ist. Um so seinen Auftraggeber und bürokratischen Vorgesetzten Bürgermeister Spindler und ihn zu demaskieren. Damit meine Reputation und Integrität offensiv zu vertreten. Ein weiterer Regelverstoß gegen die unausgesprochenen Regeln der deutschen Bürokratie als gesellschaftlichem Subsystem, das die anderen gesellschaftlichen Subsysteme dominiert bzw. überlagert, auch die politische Kultur.

Ich liebe unsere wunderschöne Sprache. Deren reale Bedrohung in der Sprach-Verarmung durch die krebsartig wuchernde Bürokraten-Sprache besteht, weil sie **macht**-voll negativ Einfluss nimmt. Unsere Kultur-Sprache ist ein Sprach-Schatz mit unbegrenzten Ausdrucksmöglichkeiten – wenn ich – im Sinne jedes Menschen – sie für mich zu nutzen verstehe. Dazu muss ich ihre Möglichkeiten **be**-greifen, sie erfahren und anwenden, mündlich wie schriftlich, um sie – in meinem Sinn – besser und besser **be**-nutzen und händeln zu können. Ein lebenslanger Prozess. Wir haben die Freiheit des guten Ausdrucks. Genau diese Freiheit nehme ich

für mich in Anspruch. Sicher auch eine Regelverletzung, mein **Ge**-brauch der Sprach-Kunst in Verbindung mit Sprach-Ästhetik.

Mein Schreibstil ist für mich aufwändig, mit Anstrengung verbunden. Mein Ziel ist es, ein adressatenbezogen bestmögliches Ergebnis zu **er**-zielen. Sie also so anzusprechen, dass sie sich **an**-gesprochen fühlen, dieses Buch vollständig zu lesen und darüber zu reflektieren. Habe ich dieses Ziel erreicht, dann ist dies für mich ein Beleg für die sprachliche Qualität meines Buchs. Deswegen feile ich am Text, bis ich das Gefühl habe, dass er in diesem Sinn »passt«. Dieses Buch ist eine Gesamtheit aus vielen vernetzten Mosaiksteinen, die mehr sind als ihre Summe. Das vernetzte Denken und Handeln habe ich einem anderen Lehrer zu verdanken: Frederic Vester. Das **Ver**-Stehen der subjektiven Bedingtheit individueller Welt-Konstruktion lernte ich von einem weiteren Lehrer: Paul Watzlawick. Wir leben in einer Welt, in der alles eins ist.

Ich begann einen alternierenden Prozess. In dem ich begann, die mir zur Verfügung stehenden Quellen und Literatur, sowie die Literatur in der Universitätsbibliothek Düsseldorf, geschichtswissenschaftlich aufzuarbeiten. Die mir präsenten Informationen thematisch strukturierte, um eine Gliederung zu entwickeln, die ich dann in Feinarbeit bis zur endgültigen Fassung schliiff. Die Struktur stand, beim Schreiben des handschriftlichen Vorentwurfs und der PC-Fassung schliiff ich weiter an Einzelformulierungen.

Dann ordnete ich die mir bereits präsenten Informationen und Quellen, um sie im Folgeschritt kapitelweise zu strukturieren. Dem schloss sich die Erarbeitung der handschriftlichen Rohfassung an, Kapitel für Kapitel. So konnte ich meine thematischen Gedanken schriftlich fokussieren. Parallel ging die Archiv- und Literatuarbeit weiter. Deren Ergebnisse ich in bereits erarbeitete Rohfassungskapitel integrierte.

Nun begann ich die Kapitel-Rohfassungen Kapitel für Kapitel am PC zu schreiben. Wobei sich beim Schreiben, der damit verbundenen weiteren Reflexion auch über die Vernetzungen, Änderungen und Ergänzungen ergaben. Sowie die Integration weiterer neuer Informationen und Quellen. Gelobt sei die Digitalität.

Wiederum parallel vernetzt entwickelte ich Kontakte zu möglichen Druckkostenzuschuss-Gebern. Was Grafik-Design-Agentur und Druckerei betrifft kam mir ein – notwendiger – Zufall zupass: Frau Schulte von trio design⁺ Krefeld, mit der ich vier Jah-

re zuvor mein erstes Buch herausgegeben habe, rief mich an. Ob ich an einem neuen Buchprojekt arbeitete. Und sie hat den direkten Kontakt zur Druckerei, die vor vier Jahren mein erstes Buch druckte.

In intensiver Kommunikation mit ihr entwickelte sich schnell das Konzept für die grafische und typografische Gestaltung des Buchs. In Verbindung mit der Kostenkalkulation. Insgesamt also eine vernetzte Management-Projektplanung und -realisierung mit parallelem Controlling – in einer Hand.

Der weitere Prozess entwickelte sich zur Entdeckung einer neuen erschreckenden Welt, die reale Welt hinter dem Vorhang von Lüge, Betrug, Manipulation, Fälschung, dem gesamten Katalog des Strafgesetzbuchs – einschließlich Mord. Die deutsche Realität, für die Osterath ein Fraktal ist, hat nur oberflächlich mit dem zu tun, was in vielen Formen Überlieferung ist und z. B. die Geschichtswissenschaft prägt. Was überliefert ist, ist ein Zerrbild zur Schein-Entlastung von Tätern, Mit-Tätern, Gehilfen und zumeist willigen Mitläufern vor und nach 1945. Denn sie waren – und sind – gemeinsam die große Mehrheit in Deutschland, die (bis 1945) im Sinn des NS-Kernziels agierte, alle »Gemeinschaftsfremden« zu ermorden, insbesondere die willkürlich als Juden definierten Menschen. Das ist die reale Kontinuität der deutschen Gesellschaft, in der es keine Stunde Null gegeben hat. Die ist Fiktion. Daher hat es äußerliche Verschiebungen gegeben, der innere Kern ist weitgehend konserviert. Dies alles mit gesellschaftlichen Konsequenzen. Bis hin zur aktuellen Braune-Armee-Fraktion und dem Umgang mit ihr in Gesellschaft, Staat, Politik, Medien – ein Fraktal der historischen Verdrängung. Auch der Selbst-Legitimation zum Morden – und ihrer Verdrängung insbesondere in der Justiz. Wie sähe der Umgang mit der ignorierten Mordserie sowie den damit verbundenen Massen-Straftaten aus, wäre es eine Neuauflage der Roten-Armee-Fraktion?

Die Arbeit mit Archiven sowie weiteren Institutionen gestaltetet sich überaus ergebnisreich. Insbesondere mit dem Kreisarchiv Viersen, dem Stadtarchiv Düsseldorf, dem Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, zwei Dependancen des Bundesarchivs, ITS Arolsen und Yad Vashem.

Was mich ganz besonders überraschte: Ich fand durch meine Recherchen lebende Familienmitglieder der Opferfamilien, die im Buch beschrieben sind. Damit hatte ich nicht mehr gerechnet. Die Hoffnung nie aufzugeben, es zumindest zu versuchen, ist immer richtig. Der Kern dieses Buchs sind Menschen und ihr Leben – sowie deren Geschichte vernetzt mit den gesellschaftlichen Bedingungen.

Die so tief wie möglich gehende Quellensuche und die geschichtswissenschaftliche Bearbeitung der dann vorliegenden Quellen in Verbindung mit der insbesondere geschichtswissenschaftlichen Literatur hatte Analyseergebnisse, die ich so umfassend, dicht und klar nicht erwartet habe. Die Recken-Legende, ihr gesamter historischer und das in ihrer Kontinuität stehende aktuelle Umfeld wird dekodiert und damit transparent. Unbeeindruckt von allem bürokratisch-politisch interessengeleiteten Agieren des Meerbuscher Bürgermeisters Spindler als Repräsentant der nicht demokratisch legitimierte Meerbuscher Dorf-Elite. Auf dieses Buch kann er keinen Einfluss nehmen. Sollte er dies nach Erscheinen juristisch versuchen (lassen), dann ist dies ein Eingeständnis seiner schwachen Position.

Ein Pfeiler der spezifisch Meerbuscher »Basiserzählung« wird sich damit pulverisieren. Und wir werden **er**-leben, was mit deren weiteren Pfeilern geschieht. Für Büderich insbesondere der historische Kontext des HJ-Heims. Für Lank insbesondere die Gustav-van-Beek-Allee, benannt nach dem Recken-NS-Kollegen. Die – neue – Volks-Gemeinschaft der spezifisch Meerbuscher Dorf-Kultur bekommt Risse. Besser spät als nie. Gut für Gegenwart und Zukunft aller Menschen, die in Meerbusch leben.

»Die Sprache ist eine Waffe.

Haltet sie scharf.«

KURT TUCHOLSKY



**Was Du für Volk und Heimat tuft,
Ist immer recht getan!**

ERNST KLEE U.A. (HRSG), »SCHÖNE ZEITEN«, JUDENMORD AUS DER SICHT DER TÄTER UND GAFFER, FRANKFURT A.M., 1988

Die Gemeinden Osterath sowie Büderich und Lank bis 1945: Katholische Dörfer mit Minderheiten

Die Gemeinde Osterath als eigenständige Kommune existierte bis 1970. Dann wurde die Stadt Meerbusch durch die Zusammenlegung der Gemeinden Büderich, Lank und Osterath gegründet.

Ursprünglich gehörte das gesamte heutige Stadtgebiet zum Amt Linn des Kurfürstentums Köln. In der napoleonischen Zeit zum Department Rur, dem Arrondissement Krefeld, wobei Büderich zum Kanton Neuss, die übrigen Ortsteile zum Kanton Uerdingen gehörten. 1816 wurde der preußische Regierungsbezirk Düsseldorf gebildet, der in seiner Form bis heute besteht und zu dem das gesamte Meerbuscher Stadtgebiet gehört. Bis 1929 gehörte dabei die Bürgermeisterei Büderich zum Kreis Neuss, die Bürgermeistereien Lank und Osterath zum Kreis Krefeld. 1929 kam es zur preußischen kommunalen Neuordnung, deren Ergebnis u. a. die Bildung des Kreises Kempen-Krefeld mit der Gemeinde Osterath und dem Amt Lank war. Für Büderich änderte sich nichts. Diese Verwaltungseinteilung bestand bis 1970.

In der Zeit des NS-Terrorregimes wurden zu den bestehenden Verwaltungsgliederungen zum Ausgleich des Funktionsverlustes der Länder Provinzen eingerichtet. Wobei seit 1933 bis 1945 der Oberpräsident der Rheinprovinz, dem die Meerbuscher Gemeinden angehörten, mit Sitz in Koblenz der Gauleiter in Essen Terboven war, der gleichzeitig 1940 bis 1945 Reichsstatthalter in Norwegen war.

Das heutige Meerbusch gehörte zum Gau Düsseldorf mit Friedrich Karl Florian als Gauleiter in Düsseldorf. Bezüglich der Zivilverwaltung und des Militärbezirks, der NS-Gliederungen sowie des SD-Abschnitts und der Gestapo war Düsseldorf zuständig. Wobei Osterath und Lank der Gestapo-Außendienststelle Krefeld zugeordnet waren.

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Herrschaft der Nationalsozialisten durch US-amerikanische Einheiten Anfang März 1945, die Ende April 1945 durch Briten abgelöst wurden, kam es zur Bildung von Besatzungszonen, wobei das heutige Meerbusch zur britischen Besatzungszone gehörte.

Die Meerbuscher Gemeinden liegen linksrheinisch zwischen den Großstädten Düsseldorf, Duisburg, Krefeld und Neuss. Aus dieser Lage ergeben sich die entsprechenden wirtschaftlichen und politischen

Verflechtungen, die in der Eisenbahnlinie Köln – Krefeld mit dem Bahnhof Osterath sowie der Straßenbahnlinie Düsseldorf – Krefeld über Büderich und Osterath ihren augenscheinlichen Ausdruck fanden.

Büderich gehörte zum Bistum Köln und zum Dekanat Neuss. Osterath und Lank zum Bistum Aachen, wobei Lank dem Dekanat Krefeld und Osterath dem Dekanat Willich zugeordnet waren.

Büderich gehörte zum evangelischen Kirchenkreis Düsseldorf und zur Gemeinde Heerdt-Oberkassel. Osterath und Lank waren dem evangelischen Kirchenkreis Mönchengladbach zugeordnet.

Mit der Seidenweberei Stein kam es in Osterath ab 1892 zu einem Zuzug von protestantischen Arbeitern. In einem Raum des Werkmeisters der Firma Stein fand der erste evangelische Gottesdienst statt. 1939 besaß Osterath 80 evangelische Gemeindeglieder.

In der Osterather Zeitung am 18. 3. 1933 lesen wir:

»Evangl. Gemeinde:

Ein Festtag ist für die Osterather evangl. Gemeindeglieder der kommende Sonntag. Mit eigenen Hilfskräften und aus eigenen Mitteln haben sie den zu kleinen Kirchenraum in Steins Fabrik an der Düsseldorferstraße vergrößert, so dass er in den nächsten Jahren den Bedürfnissen genügend sein wird. In einem Gottesdienst am 19. März, 5 Uhr, zu dem Herr Superintendent Becker, Rheidt, die Predigt zugesagt hat, wird er nun seiner erneuten Benützung übergeben.«



AUS: VERWALTUNGSATLAS DER RHEINPROVINZ UND ANGRENDENDEN LANDESTEILE, (STAND 1936), HG. V. LANDESHAUPTMANN DER RHEINPROVINZ, DÜSSELDORF 1937, S. 2

Der erste evangelische Gottesdienst in Büderich wurde im April 1920 in einem Raum von Schloss Meer durch Pfarrer Hötzel aus Düsseldorf-Heerdt ausgerichtet. Der Schlossherr von der Leyen war Protestant, damit Teil der kleinen Minderheit in Büderich. Neben Pfarrer Hötzel betreute Pfarrer Meyer aus Heerdt die Büdericher Gemeinde, die 1930 ein Haus an der Düsseldorfer Straße kaufte und die 1932 eine Kapelle errichtete, Betlehem-Kapelle genannt.

Für die beiden Repräsentanten der evangelischen Kirche galt das, was auch für die evangelische Kirche als Ganzes galt: Es ist eine »konservative Grundhaltung der im wilhelminischen – evangelisch bestimmten – Obrigkeitsstaat verwurzelten evangelischen Kirche in der Zeit der Weimarer Republik festzustellen, ihre starken Vorbehalte gegen das demokratische System und den Parteienstaat, die Verflechtung evangelischer Interessen mit der Politik der politischen Rechten, insbesondere der Deutschnationalen Volkspartei.« So Peter Dohms. Flugschriften in Gestapo-Akten, Siegburg 1977. S. 57. Pfarrer Hötzel gehörte zu den Gründern der DNVP in Düsseldorf-Oberkassel. (Gisbert Jörg Gemein. Die DNVP in Düsseldorf 1918–1933. Diss. Köln 1969. S. 142)

Pfarrer Gottfried Hötzel gehörte ab 1934 der Bekennenden Kirche an und wurde von deren Brudertrat gebeten, sich der evangelisch getauften russisch Verfolgten anzunehmen. 1940 wurde er nach einem nicht-öffentlichen innerkirchlichen Vortrag bei der Geheimen Staatspolizei denunziert, die ihn verhaftete. Die politische Justiz verbannte ihn nach etwa drei Monaten Untersuchungshaft nach Stuttgart, wo er am 9. August 1940 »plötzlich verstarb«. Begraben ist er auf dem Heerdtter Friedhof.

	Jahr				
	1871	1925	1929	1933	1939
Büderich					
GESAMT	1917	4661	5064	5598	6801
EV.	12 ¹	279 ²			
JUDEN	-	-			
Amt Lank					
GESAMT	3446	5198	5413	5359	5614
EV.	4 ⁴	138 ⁵		199	
JUDEN	34 ⁴	32 ⁵		12	10
Osterath					
GESAMT	2152	4096	4135	4211	4313
EV.	11 ⁶	157			
JUDEN	-	36			

ANMERKUNGEN: 1 = 1857, 2 = 1916, 3 = 1917,
4 = 1858, 5 = 1905, 6 = 1900

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG –
NACH DATEN IN ARCHIVAKTEN UND VERÖFFENTLICHUNGEN
VOM AUTOR ZUSAMMENGESTELLT.

Der politische Mord war integraler Bestandteil der terroristischen NSDAP-Politik vor und nach 1933. Mörder waren zumeist Angehörige von SD, SS, SA oder Gestapo, nach 1933 dann quasi staatlich.

Politik im nationalsozialistischen Verständnis umfasste alle NS-Interessen, auch – und insbesondere – die rein ökonomischen. Wie beim Mord an meinem Großvater.

Zur Lanker evangelischen Kirche:

»Erst seit dem 1. Advent 1924 fanden regelmäßige Gottesdienste alle vier Wochen in einem kleinen Saal des heutigen Gasthofes Postschänke, Ecke Kempener Alle/Hauptstraße statt. Hierzu kam der evangelische Pfarrer aus Uerdingen. Aber schon 1928 wurde eine eigene Kapelle gebaut, unscheinbar inmitten einer Häuserzeile an der Ossummer Straße. Am 17. Februar 1929 wurde sie als »Christuskirche« eingeweiht.«

KONRAD THEIS UND HANS SCHLUNING (HRSG.). DER KREIS
VIERSEN AM NIEDERRHEIN. STUTTGART 1978. S. 114.

Osterath und Lank gehörten zur Synagogengemeinde Krefeld, Büderich zu Düsseldorf. Juden waren in Osterath und Lank, wo es auch Synagogen und jüdische Friedhöfe gab, alteingesessen. Der Lanker jüdische Friedhof besteht heute. In Büderich sind nach den Archivunterlagen erst ab 1900 Menschen jüdischen Glaubens nachweisbar.

Es gab auch eine sehr kleine Minderheit Konfessionsloser. Und Zeugen Jehovas.

Protestanten und Glaubens-Juden waren eine nur kleine Minderheit.

In »Geschichte der Juden in Rheinland und Westfalen«. Köln 1998. S. 185, heißt es dazu:

»So kam es am Niederrhein bisweilen zu unerwarteten Allianzen zwischen der protestantischen und der jüdischen Minderheit; das Motiv lag im gemeinsamen Groll gegen die übermächtigen und wenig tolerante katholische Mehrheit.«

Die wesentlichen Faktoren bezüglich der soziologischen Struktur der Bevölkerung und der Erwerbstätigkeit in Büderich waren: Die K-Bahn von Düsseldorf nach Krefeld, in deren Gefolge die Stromversorgung folgte und die Industrialisierung einsetzte – ab 1915 die Böhler-Stahlwerke, dadurch bedingt ein massiver Zuzug industrieller Arbeitskräfte. Wohnungen wurden vom 1924 gegründeten »Gemeinnützigen Bauverein« errichtet. Die landwirtschaftliche Produktion lag überwiegend im

von den Franzosen zwangsweise eingeführten Zuckerrübenanbau und dem Gemüseanbau. Es gab in Büderich drei Getreidemühlen sowie ein Gaswerk. Die wesentliche ökonomische Bedeutung hatte das Stahlwerk der Firma Gebrüder Böhler & Co.

Die Struktur der Beschäftigten, aus der auf die soziologische Struktur der Bevölkerung geschlossen werden kann, sah für Büderich in der NS-Zeit wie folgt aus:

- 12,4% Land- und Forstwirtschaft
- 57,5% Industrie und Handwerk
- 13,8% Handel und Verkehr.

NACH: FRANZ SCHWEREN. DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DES KREISES GREVENBROICH SEIT DEM ENDE DES ACHTZEHNTEN JAHRHUNDERTS. DISS. KÖLN 1952, ANHANG 2.

In Osterath waren die wesentlichen Faktoren für die ökonomische Entwicklung die Bahnlinie Köln – Neuss – Krefeld mit dem Bahnhof in Osterath sowie die K-Bahn. 1929/30 wurde die Straße Kempen – St. Tönis – Willich – Osterath ausgebaut. In der Landwirtschaft dominierte der Ackerbau, vor allem ein vielseitiger und intensiver Feldgemüse- und Frühkartoffelanbau.

In Osterath gab es nach: Maria Eickers und Josef Wienands. Osterath unser Heimatdorf. Watten-scheid 1940 – zahlreiche kleinere und mittlere Unternehmen, u. a.:

Strümper Straße	Plattenfabrik Ostara (1933 versteigert), Krautfabrik
Krefelder Straße	Brauerei Bacher
Düsseldorfer Straße	Seidenfabrik Walter und Lerecht Stein sowie Drahtseilfabrik Stoessel
Willicher Straße	Sauerkrautfabrik
Ingerweg	RWE

Osterath war also auch bereits relativ stark industrialisiert, woraus auf eine ähnliche Struktur der Bevölkerung wie in Büderich geschlossen werden kann.

In Osterath gab es nach einer Meldung in der Niederrheinischen Volkszeitung am 7. Februar 1933 70 Arbeitslose, in Lank 38; die Arbeitslosigkeit war unterdurchschnittlich.



ERNTE-DANKFEST 1934 IN OSTERATH

Lank war verkehrstechnisch überwiegend durch die M-Bahn von Düsseldorf nach Moers erschlossen. Die Industrialisierung hatte hier gerade erst richtig eingesetzt, so dass auf eine mehr bäuerliche Struktur vor allem in den Kleingemeinden wie z. B. Nierst geschlossen werden kann.

Die politische Entwicklung lässt sich aus den Reichstagswahlergebnissen ablesen (s. Seite 18)

Eine kurze Analyse der Reichstagswahlergebnisse in Büderich, Lank und Osterath:

- Die KPD war in Büderich und Lank durchschnittlich vertreten, in Osterath stark überdurchschnittlich. Das ist für ein fast rein katholisches nieder-rheinisches Dorf sehr ungewöhnlich und war von den prominenten aktiven Osterather Kommunisten wie Anton Wienands abhängig.
- Die SPD-Ergebnisse waren massiv unterdurchschnittlich.
- Büderich, Lank und Osterath waren Zentrums-hochburgen. Das Zentrum hatte aber massive Verluste bis zur Hälfte ihrer Stimmenzahlen, bedingt auch durch die lokale rechts-katholische Konkurrenz. Und die Abwanderung zur Rechten und extremen Rechten.
- Die DNVP konnte ihren Anteil kontinuierlich ausbauen, trotz ihrer Verluste auf Reichsebene. Die Ergebnisse lagen dann im Reichsdurchschnitt.
- Die NSDAP-Ergebnisse waren unterdurchschnittlich.
- In Osterath war bis 1932 die KPD stärker als die NSDAP.
- 1933 war das Zentrum nur noch in Lank stärker als die NSDAP.

Wenn die Bevölkerung ganz überwiegend katholisch war: Woher rekrutieren sich die NSDAP-Mitglieder in Osterath?

STAHLHELM OSTERATH BEIM EXERZIEREN AUF DEM ALTEN SPORTPLATZ – NEBEN DEM AUFGEHOBENEN UND BEREITS »UMGELEGTEN« JÜDISCHEN FRIEDHOF





DIE GEMEINDEFÜHRUNG OSTERATH

venbroich war es Erich Börger. Erich Diestelkamp wurde 1949 vom Schwurgericht Krefeld wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt.

Bürgermeister und »Führer der Gemeinde« von 1933 bis 1945 waren in Büderich Daniels, in Lank bis 1933 Eugen Haiko Connemann, dann Gustav van Beek – nach dem in Strümp eine Straße benannt ist –, und in Osterath bis Ende 1933 Rudolf Bartels, dann Hugo Recken – nach dem in Osterath eine Straße benannt ist.

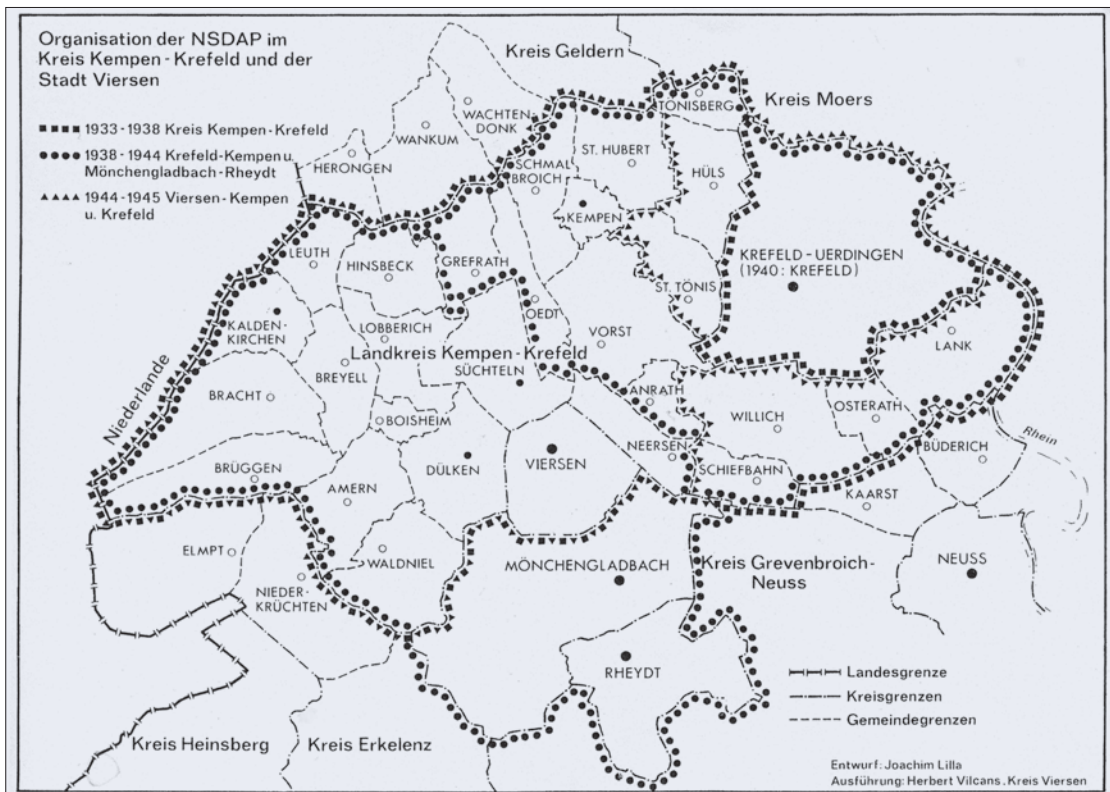
Die unterste staatliche Behörde war der Kreis. Nach 1933 gingen die Aufgaben des Kreistages und des Kreisausschusses auf den Landrat über. Das »Führerprinzip«, so dann auch in den Kommunen.

Der Kreisleiter der NSDAP im Kreis Kempen-Krefeld, der bis zum 12. März 1938 mit der kreisfreien Stadt Viersen geführt wurde, war bis 1937 Heinrich Niem, der Sitz war in Kempen. Dann wurden die NSDAP-Kreise neu geordnet. Im neuen NSDAP-Kreis Krefeld-Kempen wurde Erich Diestelkamp Kreisleiter mit Sitz in Krefeld. Im Kreis Neuss-Gre-

Ortsgruppenleiter der NSDAP waren in Büderich hintereinander Walter Becker, Heinrich Stamm, Paul Stenz und Franz Orthmanns. In Lank hintereinander Otto Puhlmann aus Uerdingen, Albert Wand, Friedrich Kirchhof und Zimmermann. In Osterath bis 1941 Walter Panzer – mit einer kurzen, aber entscheidenden Unterbrechung 1934. 1942 wurde Dohmen Nachfolger von Panzer.

Partei	Ort/Wahlkr.	1919	1920	1924a	1924b	1928	1930	1932a	1932b	1933
KPD	REICH	-	2,0	12,6	9,0	10,6	13,3	14,3	16,9	12,3
	D'DORF-WEST	-	-	18,9	12,4	14,7	17,7	19,8	22,6	15,5
	NEUSS	-	-	20,6	15,4	17,9	19,9	20,4	24,8	16,9
	KREFELD	-	0	12,9	9,4	10,5	14,8	16,4	19,7	14,3
	DUISBURG	-	-	-	-	-	25,1	26,9	28,9	21,3
	BÜDERICH	-	-	8,3	8,0	7,2	11,9	14,7	16,4	9,9
	LANK	-	-	12,9	8,3	6,8	9,3	8,6	15,6	6,7
OSTERATH	-	-	29,9	24,6	21,0	22,8	27,0	29,2	18,5	
SPD	REICH	37,9	21,6	20,5	26,0	29,8	24,5	21,6	20,4	18,3
	D'DORF-WEST	-	-	9,7	13,9	17,2	11,8	10,2	9,6	9,1
	NEUSS	26,6	10,6	6,1	9,2	10,3	8,2	6,9	6,9	6,0
	KREFELD	36,7	18,3	11,0	15,3	20,4	14,6	13,0	10,7	10,3
	DUISBURG	-	-	-	-	-	15,0	13,5	12,5	12,2
	BÜDERICH	15,0	21,9	8,5	7,5	9,6	7,8	7,7	7,7	7,0
	LANK	15,9	15,4	3,0	4,2	8,7	3,9	3,7	3,1	2,7
OSTERATH	-	2,1	0,9	2,9	5,9	3,6	3,8	4,0	4,0	
Zentrum	REICH	19,7	17,8	16,6	17,4	15,2	14,8	15,7	15,0	13,9
	D'DORF-WEST	-	-	40,7	43,1	35,6	30,7	34,1	32,9	30,4
	NEUSS	61,3	50,6	46,1	50,6	43,1	41,0	41,9	41,1	34,8
	KREFELD	43,0	40,6	42,9	43,3	34,3	30,5	32,0	30,6	27,0
	DUISBURG	-	-	-	-	-	20,1	22,4	21,5	21,6
	BÜDERICH	78,9	70,4	68,6	68,5	64,1	51,8	45,4	43,9	35,6
	LANK	82,5	83,8	64,8	75,5	63,5	49,3	56,8	55,7	45,8
OSTERATH	-	57,5	55,1	49,1	43,1	35,1	39,0	41,4	32,4	
DNVP/ Kampfbund Schwarz Weiß Rot	REICH	10,3	15,1	19,5	20,5	14,2	7,0	5,9	8,3	8,0
	D'DORF-WEST	-	-	10,8	11,3	10,7	5,9	5,9	7,0	8,0
	NEUSS	-	-	6,4	5,7	5,9	3,7	3,6	4,5	4,9
	KREFELD	2,6	3,2	6,5	6,6	5,8	4,2	5,5	6,7	8,3
	DUISBURG	-	-	-	-	-	5,5	5,8	5,9	8,5
	BÜDERICH	0,8	0,7	4,4	4,9	5,6	5,0	8,2	8,0	9,5
	LANK	0,4	0,5	9,7	7,3	7,7	9,5	8,0	8,1	9,2
OSTERATH	-	0,6	8,1	5,1	6,8	7,5	7,3	6,9	9,2	
NSDAP	REICH	-	-	6,5	3,0	2,6	18,3	37,3	33,1	43,9
	D'DORF-WEST	-	-	2,6	0,9	1,2	16,8	27,0	24,2	35,2
	NEUSS	-	-	-	-	1,1	9,7	24,0	19,7	35,6
	KREFELD	-	-	2,1	0,7	1,8	15,1	30,0	26,6	37,9
	DUISBURG	-	-	-	-	-	17,9	27,4	24,7	33,7
	BÜDERICH	-	-	1,1	0,5	0,7	9,1	21,9	20,9	36,3
	LANK	-	-	0,8	0,1	0,1	16,3	21,1	16,2	35,3
OSTERATH	-	-	0,4	0,2	0,6	16,2	21,3	17,4	35,2	

DIE REICHSTAGS-
WAHLEN IN
MEERBUSCH –
ZUSAMMEN-
STELLUNG DES
AUTORS AUS
ARCHIV-AKTEN,
ZEITUNGEN UND
VERÖFFENT-
LICHUNGEN.
IN DEN
MEERBUSCHER
GESCHICHTS-
HEFTEN 1 (1984)
VERÖFFENTLICHT.



KREISARCHIV VIERSEN: KREIS VIERSEN-KEMPEN DER NSDAP

Walter Panzer war ein alter Kämpfer: Am 28. Dezember 1925 in die NSDAP eingetreten, hatte er die Mitgliedsnummer 26296.

In den drei Gemeinden waren die Gliederungen der NSDAP vertreten sowie das Zellen- und Blockleistersystem voll ausgebaut.

Vor 1933 war die NSDAP im Kreis Kempen-Krefeld eine kleine Minderheit. Bevor am 23. Januar 1933 eine eigene Kreisorganisation unter Heinrich Niem zusammen mit der kreisfreien Stadt Viersen gebildet wurde, »galt unser Gebiet für den Gauleiter als »dunkler Punkt« im Geschehen des Gaues Düsseldorf«, so »Rückblick auf den Kreis Kempen-Krefeld 1933–1938«, S. 10. »Dunkler Punkt« als Anspielung auf »Schwarz« im Sinne von Katholizismus und Zentrumsparlei.

»Nach Hitlers Ansicht soll die Partei klein sein.«
KONRAD HEIDEN. HITLER. 1936. Bd. 1. S. 122.

Anfang 1933 gab es 19 Ortsgruppen mit 734 Parteimitgliedern. Nach dem 30. Januar 1933 traten in kurzer Zeit 4.370 Personen in die NSDAP ein, wie Hugo Recken und später Johannes Herbrandt. Die

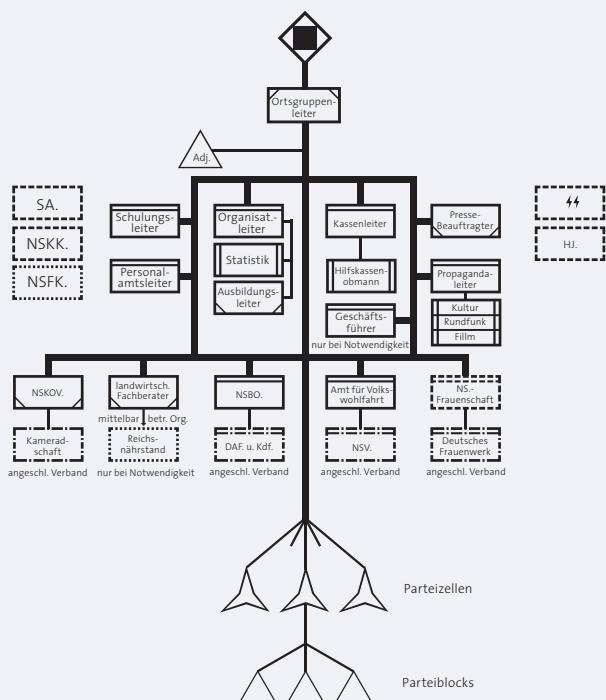
Mitgliederzahl stieg bis 1938 auf 9.500, davon waren 1.878 politische Leiter, rund 1.000 SA-Leute, einige Hundert SS-Angehörige sowie 5.795 Walter und Warte. Weiter gab es 32.350 Mitglieder der NSV sowie 34.000 Mitglieder der DAF – beides nicht an eine NSDAP-Mitgliedschaft gebunden. Deswegen gern gewählt, um Systemtreue ohne Parteimitgliedschaft zu demonstrieren.

In Lank wurde Anfang 1932 mit sieben Parteimitgliedern ein der Ortgruppe Osterath unterstellter Stützpunkt unter Richard Urbas gegründet. Der



SCHÜTZENKÖNIG OSTERATH MIT ANHANG – IM HINTERGRUND ORTSGRUPPENLEITER UND SA-FÜHRER

ORGANISATIONSHANDBUCH DER NSDAP:
DER ORTSGRUPPENLEITER DER NSDAP



In Osterath führte der örtliche Vertrauensmann der NSDAP Walter Panzer – nomen est omen – am 5. September 1930 eine erste öffentliche Versammlung durch. Die Parteigründungsversammlung, bei der Panzer Stützpunktleiter wurde, fand am 10. Dezember 1930 statt. Ende 1930 gab es in Osterath zehn NSDAP-Mitglieder. Im April 1931 wurde unter Ludwig Hever der SA-Sturm Osterath gebildet, zu dem auch Willich, Schiefbahn und Lank-Latum gehörten. Ende 1931 hatte die NSDAP in Osterath 25 Mitglieder. Ortsbauernführer in Osterath war Karl Sassen. Osterather Nationalsozialisten beteiligten sich an heimlichen Schießübungen in einer Kiesgrube bei Willich-Schiefbahn.

Als ein unbeteiligter Radfahrer angeschossen wurde, kamen diese Aktivitäten an die Öffentlichkeit. Für die bekannten Beteiligten folgenlos. Der – bürokratische – Rechtsstaat in Person von zuständigen Polizisten sowie Staatsanwälten und Richtern hatte bereits vor dem 30. Januar 1933 aufgehört zu leben, eine Vorab-Gleichschaltung betrieben, was den Nationalsozialisten zusätzlichen Rückenwind gab. Unabhängig von quantitativen – Anzahl – und qualitativen Qualifikationen für Führungspositionen aller gesellschaftlicher Institutionen – Aspekten.

Die katholische Geistlichkeit war immer eng mit der Zentrumspartei verbunden.

örtliche Polizeidezernent Senger, gleichzeitig örtlicher Zentrumsvorsitzender, ging massiv gegen die Flugblattverteilungen der Lanker Nationalsozialisten vor. Dies wurde vom Gendarmeriewachtmeister Füßel unterlaufen, der die Nationalsozialisten regelmäßig warnte und bezeichnenderweise später entsprechend scharf gegen Lanker Kommunisten vorging. Am 30. Januar 1933 wurde der Stützpunkt – nachträglich, also symbolisch – in eine Ortsgruppe umgewandelt. Ortsgruppenleiter wurde Kuhlmann.

»Das Führerprinzip durchläuft die Partei von oben bis unten. Grundsätzlich wird keine Organisation, keine Gliederung, keine Gruppe ins Leben gerufen, bevor ein geeigneter Mann als Führer gefunden ist.«

KONRAD HEIDEN. HITLER. 1936. Bd. 1. S. 122.

»Als Organisator, Einberufer, Redner und Kandidat führten die Pfarrer und Kapläne, die katholischen Lehrer und Rektoren und andere der katholischen Kirche verbundenen Personen die Wahlkämpfe des Zentrums. Ihnen wurde deutlich bewusst, dass unpolitische Tradition bei den Zentrumswählern gegen politische Überzeugungen bei anderen Parteien stand. Energische Anstrengungen insbesondere die »katholische Aktion«, eine Mobilisierung aller katholischen Vereine, kamen zu spät.«

KONRAD THEISS UND HANS SCHLUNING (HRSG.). DER KREIS VIERSEN AM NIEDERRHEIN. STUTTGART 1978.



FIRMA STEIN IN OSTERATH, MAI 1934

Die Allianz von katholischer Geistlichkeit und katholischer Gemeindeelite wollte die – politische – Macht als Selbstverständlichkeit, bedingt durch die konfessionelle Struktur: fast ausschließlich katholisch. Den gesellschaftlichen Wandel verstanden sie nicht und dass Menschen sich auch anders als von ihnen verordnet orientieren könnten. Sie konnten ausschließlich in ihren ideologischen Kategorien denken und handeln, ausschließlich ihre eigenen Interessen – gegen alle anderen



EHRUNG MIT FLAGGE UND HITLERGRUSS

Gruppen – vertreten. So war dann eine »Öffnung« in die – katholische – Gesellschaft unglaublich, daher ohne Erfolg. Denn diese »Öffnung« hatte lediglich die Konservierung der bestehenden – katholischen – Verhältnisse zum Ziel.

Und wozu sollte auch mobilisiert werden? Gab es doch einen starken Rechts-Katholizismus, der große ideologische Schnittmengen mit der NS-Ideologie hatte – bis hin zum Antisemitismus. Personifiziert ist dies durch den Nazi-Kaplan in Osterath Hilmer. Und die rechts-katholische Zentrums-Abspaltung »Gerechter Ausgleich«, die in Osterath bei Kommunalwahlen zu Lasten des Zentrums Erfolg hatte. Was dann folgerichtig war: Nach dem 30. Januar 1933 sind die Gemeinderatsmitglieder von »Gerechter Ausgleich« schnell zur NSDAP-Fraktion übergetreten. Und der »Stahlhelm« war auf allen Ebenen Bündnispartner der NSDAP – bis er später selber ausgeschaltet wurde.

Für die NS-Zeit:

Lothar Klouten. Kirche und Katholiken im Raum des heutigen Meerbusch während der Zeit des Nationalsozialismus. Volkshochschule Meerbusch 1988 (Meerbusch im Unterricht).

Darstellung mit Quellen, pädagogischer Begründung und Quellenangaben.

Daraus:

»Die Zentrumspartei

Der politische Arm des Katholizismus, die Zentrumspartei, die im Raum des heutigen Meerbusch eine Hochburg hatte, verlor aufgrund der Konkordatspolitik des Vatikans, die auf eine Preisgabe des Zentrums zur vermeintlichen Sicherung kirchlicher Rechte hinauslief, auch hier im März 1933 jede Bedeutung, um sich dann im Juli 1933 selbst aufzulösen.«

»Nazi-Kapläne

In Osterath amtierte 1930 bis 1933 Kaplan Peter Hilmer.«

»Osterather Geistliche und Gläubige

Pfarrer in Osterath waren 1923–1938 Ludger Pörting, 1938–1955 Joseph Hövelmann. Hövelmann stellte in seiner Chronik besonders heraus, dass der Weihbischof bei einem Besuch 1939 mit »Grüß Gott« willkommen geheißen wurde, und er schreibt von einer »gut besuchten Festandacht im Sinne des Priestertums«.

Kaplan Josef Conrads wurde bei der Gestapo Düsseldorf 1935 wegen des Verdachts staatsabträglicher Äußerungen in einer Predigt aktenkundig und 1942 versetzt.

Zwölf Osterather Bürger wurden bei der Gestapo Düsseldorf wegen eines Verstoßes gegen das Reichflaggengesetz aktenkundig: Sie hatten anlässlich der Fronleichnamsprozession 1938 an ihren Häusern rot-weiße Kirchenfahnen aufgehängt.«

Die katholisch-dörfliche Entwicklung ist in den Lokalzeitungen nachvollziehbar. Am 26. September 1931 erschien die erste Ausgabe der »Katholische Volkswacht für die Bürgermeistereien Osterath, Büderich, Lank und Kaarst«. Ab dem 1. November 1931 erschien sie unter dem Titel »Osterather Zeitung. Amtliches Mitteilungsblatt der Gemeinde Osterath, verbunden mit dem Osterather Anzeiger und der Katholischen Volkswacht«.

Bürgermeister Rudolf Bartels hatte also – politisch – entschieden, dieses neue katholische Lokalblatt zum amtlichen Mitteilungsblatt der Gemeinde Osterath zu machen.

In der Rheinischen Post am 5. Februar 1988 lesen wir unter der Überschrift »Katholische Volkswacht in Osterath gedruckt: »Die deutsche Frau schminkt sich nicht«: »Die Bände kamen eigentlich mehr zufällig ans Licht. Angelika Schischke, seit zehn Jahren Chefin der Druckerei Hamacher in Osterath, hatte gar keine Ahnung gehabt, welche verstaubten Schätze auf dem Dachboden ihres Hauses lagern. Mit der Nase darauf gestoßen wurde sie von einem Studenten.« Der Student war ich und wohnte etwa hundert Meter entfernt. Wie vom alten Rathaus Osterath, wo ich die Einwohnermeldekarten der Gemeinde Osterath bis 1945 entdeckte.

Herausgeber der bis zum 27. Juni 1936 erscheinenden Zeitung – also vier Jahre und neun Monate, zweimal wöchentlich: d.h. 114 Ausgaben – war Hubert Karl Meyer, geboren am 24. Mai 1888. Das Original befindet sich in der ehemaligen Druckerei Hamacher in Osterath, Ingerweg 2, das Stadtarchiv Meerbusch hat eine Mikroverfilmung erstellt.

Hubert Karl Meyer wurde bei der Gestapo 1935, 1939 und 1940 wegen »staatsabträglicher Äuße-

rungen« aktenkundig: RW 58-25749 und D.33054. Begründung: »Heimtücke« und »Opposition«. 1938 wurde er aus der Berufsliste der Schriftleiter gestrichen, erhielt also Berufsverbot. Nach der Befreiung von Osterath am 1. März 1945 durch US-amerikanische Einheiten nahm er seine journalistische Tätigkeit wieder auf. Dabei trat er durch Artikel gegen den vom US-Ortskommandanten im April 1945 eingesetzten evangelischen Bürgermeister Rudolf Bartels hervor.

Auf der Titelseite der Erstausgabe am 26. September 1930 lesen wir die programatische Erklärung des Herausgebers Hubert Karl Meyer:

»Dem gläubigen Volke werde ich berichten über die Versuche des Unglaubens, in unsere gottgläubigen Gegenden einzubrechen.« Dies am 26. September 1930, nachdem der spätere NSDAP-Ortsgruppenleiter Panzer am 5. September 1930 die erste öffentliche NSDAP-Veranstaltung in Osterath durchgeführt hatte. Wenn ein Glaube auf dem ureigensten Feld Konkurrenz erhält, dann gibt es eine Gegenreaktion. Gegen »die finsternen Mächte, die nicht aus Gott sind ... hier kenne ich keine Toleranz und keine Rücksichten! ... Mein Kampf gilt dem Unglauben überall.« Die Übernahme der Formulierung »Mein Kampf« ist bezeichnend. Und gilt »Mein Kampf« auch Protestanten und Juden, allen Minderheiten? Und was passiert, wenn aus der – bekämpften – Minderheit der Nationalsozialisten »der Kaiser« wird?

OSTERATHER ZEITUNG
26. SEPTEMBER 1930:
AN MEINE LESER

In der Osterather Zeitung vom 25. März 1933 steht geschrieben:

»Kirchliche Gründungsfeierlichkeiten der kath. Jungschar und Sturmschar.

Am kommenden Sonntag findet Nachmittags ½ 3 Uhr die feierliche Gründung der Jungschar und Sturmschar statt. Diese Sturmchargen sollen durch die Schule der harten Selbsterziehung gehen, um treue und begeisterte Glieder ihrer Kirche und ihres Vaterlandes zu werden. Sie wollen zeigen, dass katholisch-sein und deutsch-sein kein Widerspruch ist, dass vielmehr der katholische Jungmann auch der opferbereite Diener seines Vaterlandes ist und sich aus der religiösen Haltung heraus die Kraft holt, sich ganz seinem Volke und seinem großen deutschen Vaterlande zu weihen! Die Aufnahme wird von Pfarrer Pörting vorgenommen. Die Predigt hält der Präses, Kaplan Hilmer. – Der Kirchchor wird unter Leitung des Organisten Tepel die Feier durch den Vortrag verschiedener Werke verschönern. – Da diese Feierstunde mit der gewöhnlichen Sonntagsandacht zusammenfällt, wird der Besuch ein starker sein.«

Ein wenig pointiert formuliert: Gegründet wurde die rechts-katholische HJ.

An meine Leser in den Bürgermeistereien Osterath, Büderich, Lank, Kaarst und anderswo!

Katholische Volkswacht ist mein Name! In Deutschlands größter Notzeit bin ich geboren. In der Notzeit politischer Verwirrung, sozialer Verkrampfung und religiöser Verneinung.

Helfer beim Aufbau möchte ich sein.

Meine Politik ist angewandter Glaube. Im Kampfe um diese Wahrheit stehe ich in vorderster Front. Unabhängig nach jeder Richtung hin! Nur abhängig von der Wahrheit. Nur zu beeinflussen vom Glauben her!

Mein Name sagt es jedem, daß die Beurteilung politischer Dinge nur aus der Schau eines lebensvollen Glaubens an den Lenker der Geschichte und den Herrn der Völker her geschieht.

Helfer beim Aufbau möchte ich sein.

Meine sozialen Grundsätze sind in den Rundschreiben Leo XIII. und Pius XI. verankert. Alle Erscheinungen der sozialen Not unseres Volkes werden von dieser Ebene aus gezeichnet. In meinen Zeilen wird kein Raum sein für „Klassenkampftheorien“ die das Volk zerreißen und die Gemeinschaft zerstören. In meinen Zeilen wird auch kein Platz sein für „Kastenstaatsideen“, die nach der Größe der Geldtasche den Menschen beurteilen.

Allen Berufen gehöre ich! Allen, die für die Deutsche Volksgemeinschaft ihr Bestes hingeben und eine Wirtschaftsordnung erstreben, welche jedem Bruder und jeder Schwester im Vaterlande ein menschenwürdiges Dasein sichert.

Allen Berufen gehöre ich. Ich werde auch Verständnis haben für die Notwendigkeiten in der Wirtschaft, für ihre Schwierigkeiten in der Weltkrise. Der Wertgemeinschaft gehört meine Sympathie! Jede Gemeinschaft aber muß im Kleinen grundgelegt werden; daher werde ich alles fördern, was unserer heimischen Bürgerschaft dienlich ist.

Helfer beim Aufbau möchte ich sein.

Dem gläubigen Volke werde ich berichten über die Versuche des Unglaubens, in unsere gottgläubigen Gegenden einzubrechen. Ich werde wachen und aufrufen zum Kampfe gegen die finsternen Mächte, die nicht aus Gott sind. Ich werde nie müde werden in diesem Kampfe. Hier kenne ich keine Toleranz und keine Rücksichten!

Meine Politik ist der Glaube. Mein Sozialprogramm ist die Gerechtigkeit. Mein Kampf gilt dem Unglauben allüberall!

Auch über die Ereignisse unserer engeren Heimat möchte ich Dir berichten. Über das kirchliche Leben. Über das geistige Leben. Über den Sport. Über das kommunale Leben. Allerdings wird dies geschehen in einer durchaus sachlichen und vornehmen Weise. Ich habe kein Interesse an Sensationen!

Ich habe keine Freude an persönlichen Gehässigkeiten! Nun, lieber Leser weißt Du, wer ich bin und was ich will! Katholische Volkswacht ist mein Name. Aber auch mein Programm!

Katholische Volkswacht / Verlag und Schriftleitung.

In der Folgeausgabe der Osterather Zeitung ist zu lesen:

»Kirchliche Gründung einer Jungschar und Sturmschar.

Am vergangenen Sonntag wurden in einer erhebenden Feier die Jungschar und Sturmschar des katholischen Jünglingsvereins gegründet. In ihren schmucken Kitteln versammelten sich die Jungen vor dem Jugendheim und zogen im geschlossenen Zuge unter Vorantritt des großen Christusbanners zur Kirche. Nach dem schönen Vortrag des Ave Maria durch den Kirchenchor unter der Leitung des Organisten Tepel hielt Kaplan Hilmer eine großangelegte Predigt über das Wollen, den Geist und die Arbeit der Jungsschar und Sturmschar, die tiefen Eindruck auf die zahlreich erschienenen Gläubigen machte. Nach der Predigt gruppierte sich die Schar um den Altar, um das Glaubensbekenntnis abzulegen; darauf wurde jedem Einzelnen von Pfarrer Pörting und Assistenz der Kapläne Brandenburg und Hilmer das Christusabzeichen angeheftet. Mit viel Begeisterung sangen Jungschar und Sturmschar ihr Christustlied. Der sakramentale Segen und das Lied »Fest soll mein Taufbund immer stehen« beschloß die ergreifende Feier, die allen Anwesenden noch lange in Erinnerung bleiben wird.«

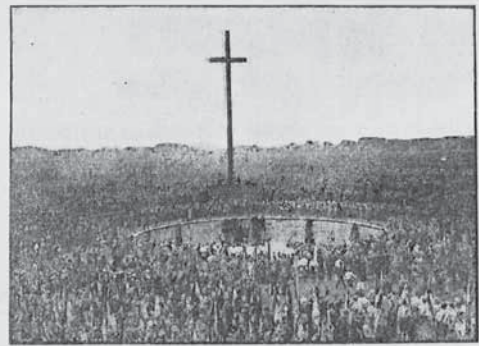
Was fällt auf? Die gesamte Osterather katholische Geistlichkeit war beteiligt.

Die Mitglieder des rechts-katholischen HJ waren dann schnell in der Original-HJ.

Am 3. Mai 1933 berichtet die Osterather Zeitung über eine Rede von Kaplan Hilmer beim »Fest der Nationalen Arbeit« am 1. Mai 1933:

»Alle Arme heran, um Adolf Hitlers Ziele zu erreichen.«

Am 5. Mai berichtet die Osterather Zeitung: »Das Fest der nationalen Arbeit wurde auch in unserer Gemeinde gebührend gefeiert. Straßen und Häuser waren festlich geschmückt und überall sah man reichen Flaggenschmuck. Am Vorabend versammelten sich die Abordnungen und Formationen auf dem Kirmesplatze, um die Maitanne am Bovert abzuholen und zum Sportplatz zu überführen. Bei einem kurzen Festakt erfolgte dort die Aufstellung derselben, wobei Ortsgruppenleiter Panzer in einer Ansprache auf die Bedeutung dieses sinnreichen alten Brauchs verwies. Herrlicher Frühlingssonnenschein war dem Feiertag, dem 1. Mai, beschieden. Die Betriebsgemeinschaften versammelten sich



Kaplan Hilmer auf der Schlageter-feier in Düsseldorf.

Am 1. Schriftl. Zeilze wurden die Reden am Schlageterabendmal nicht übertragen. Dadurch haben viele die Feueranstöße unserer Drey Kaplan Hilmer nicht unterrichten können, die nach allen Berichten auf die Hunderttausende einen gewaltigen Eindruck gemacht hat. Nach dem Übersetzen der Männergesangsvereine »Hilf ist der Herr« von Schubert durch Kaplan Hilmer, mit uns begleitet und über folgenden Gedantengang:

»Heilig ist der Herr! Mit diesem Bekenntnis haben wir auf diese Feiertage den Namen Gottes betragewen, in dessen Kraft unser Albert Leo Schlageter seinen Opfertod fand. Wir reigen unsere Seelen heute moegen einmütig, großmütig und freimütig vor dieses heiligen Schicksal; einmütig, weil wir nicht unempfindlich für diesen Schlag vom 26. Mai 1923 geworden sind; großmütig, weil unsere Gedanken, Gebanten des Friedens sind, die alle bösen Geister der Rachsucht bannen; freimütig, weil das Deutsche Volk in der Zeitvergangenheit ehemals eine Wiege opferbereiter, glaubensreicher Vaterlandsliebe sieht.

Albert Leo Schlageter hat uns ein Beispiel gegeben; er lebte wie ein Heiliger.

Damit hat er in den Grundstein des neuen Deutschland mit seinem Leben und mit seinem Blute versetzt: Gottesliebe und Vaterlandsliebe, Christentum und Heidentum sollen die Ecksteine des neuen Reiches sein!

Schlageter war seinem Volke treu bis in den Tod, weil er den Treueid im Namen Gottes geschworen hatte. Sein Heidentum im Kriege und nach dem Kriege war ein ständiger Ausdruck der tiefsten Erkenntnis: Deutschland, Dein Leben ist mein Leben, Dein Tod ist mein Tod! Deutschland, Du bist unbeflegbar, wenn auch Deine Söhne verundbar sind. Damit hat Albert Leo Schlageter das Grundgesetz der neuen Volksgemeinschaft verkündet:

Für Deutschland alles, für uns nichts!

Laßt uns vor diesem Kreuze eine Zempel anzünden dem Verdieneten Schlageters. Laßt uns der Deutschen Volksgemeinschaft mit dieser hl. Flamme die Feuerstafeln geben, damit dieses Heidentum in und allen seine Auf-

erhebung feiere im Namen des Herrn, der auch unser Volk will, weil Er sein Volk und Schöpfer ist!

Albert Leo Schlageter war groß in seinem Leben, größer noch in seinem Sterben, aufrecht wie eine Deutsche Eiche bis zur letzten Stunde, weil er den Glauben an sein Volk mit dem Glauben an Gott gepaart hatte. Sein Heidentod auf der Heimat Erde war wie das Sterben eines Heiligen und deshalb ein faktischer Triumph über allen Verrat, über alle Feigheit und Dohheit, ein Triumph des Geistes über rohe Gewalt, ein Triumph des nationalen Gewissens über Gemeinheit! Sein Heidentod war die Bluttaufe des neuen Deutschland, auf dessen Banner hell leuchtend die Worte stehen: Ehre, Freiheit, Friede, Glaube und Treue.

Das Blut Schlageters ist im Boden der Volksgemeinschaft nicht spurlos versickert; es ist Samen für jene todesmüde Bereitschaft geworden, die sich selbst verzehrt wie eine Opfergabe auf dem Altare des Vaterlandes.

Das ist die Botschaft dieses Heidentodes an die neue Zeit:

Deutschland ist alles, wir sind nichts!

Niemand hat eine größere Liebe als der, welcher sein Leben hingibt für seine Freunde.

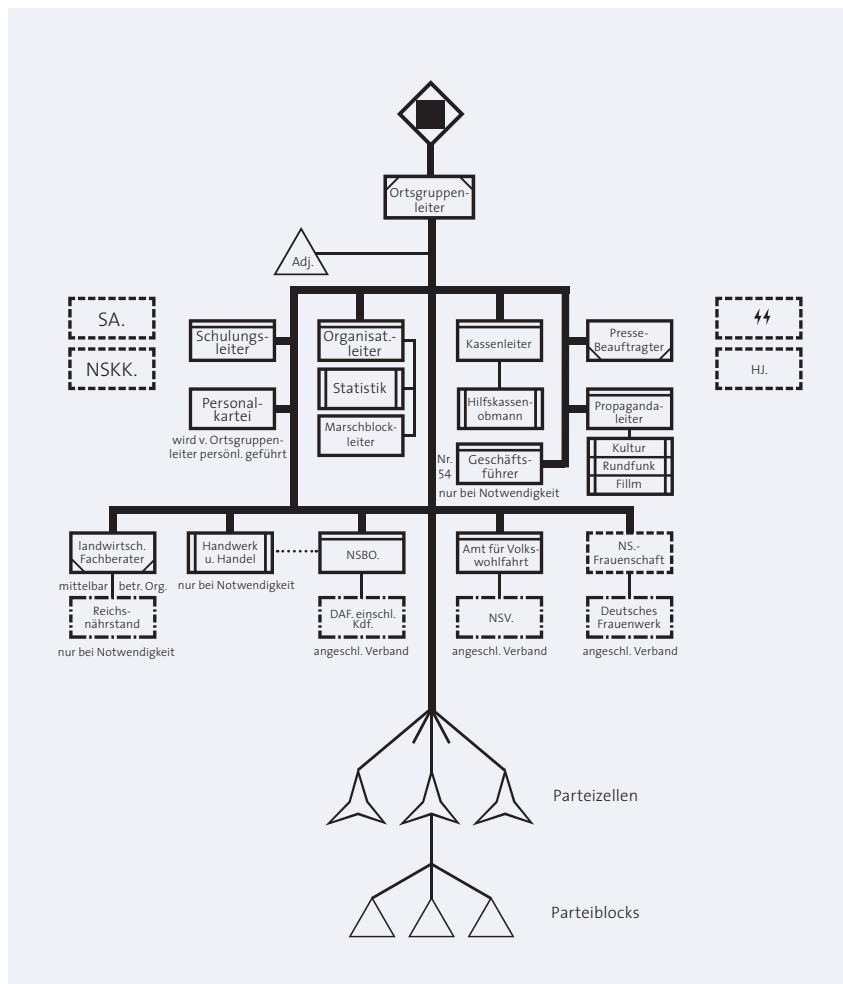
Laßt uns vor diesem Kreuze eine Zempel anzünden dem Heidentode Schlageters. Laßt uns im Geiste in diese Welt hinaustragen, unsere Fäden lassen und unsere Dreyen zum Gebet erheben: Herrgott, unser lieber Vater, gib unsern toten Helden die ewige Ruhe und laß ihm, dem Opfer des Glaubens an sein Vaterland, das ewige Licht Deiner Liebe leuchten. Herrgott, gib uns, den Lebenden, eine hl. Urkunde, damit wir stets dem edlen, aber auch schreckenden Gedanken nachhaken, dieses Heidentodes wert zu sein. . .!

Und nun, Freund Schlageter, rede Dich noch einmal aus deinem Grabe im hohen Schatzgahnd; komm und bringe mit dem Zeichen des Sieges und des Heidentums, mit diesem, Deinem Kreuze, Dein Deutschland, unser Vaterland!

Du bist für dieses Volk gestorben; wir sind bereit, in Deinem Geiste für dieses Volk zu leben!

OSTERATHER ZEITUNG 31. MAI 1933: KAPLAN HILMER AUF DER SCHLAGETER-FEIER IN DÜSSELDORF

morgens in ihren Betrieben zu einer kurzen Feier, wobei die Verpflichtung der neuen Vertrauensmänner erfolgte. Bei der Firma Walther & Lebrecht Stein A-G. nahmen auch Ortsgruppenleiter Panzer und Propagandaleiter van Well an dieser Feier teil. Die Feuerwehrkapelle spielte den Einleitungsmarsch, worauf Herr August Stein besonders den Ortsgruppenleiter herzlich begrüßte. In feierlicher Handlung verpflichtete er dann den neugewählten Vertrauensrat der Firma. Betriebszellenobmann Matthias Dörper dankte dann für das entgegengebrachte Vertrauen und versprach, immer nach dem Grundsatz »Gemeinnutz vor Eigennutz« handeln zu wollen zum Wohle der Firma und der Belegschaft. Ortsgruppenleiter Panzer dankte für die Einladung und wünschte der Firma einen weiteren erfolgreichen Aufstieg. Rechtsanwalt Kauffmann gab kurz die Richtlinien des neuen Arbeitsgesetzes bekannt, worauf er ein dreifaches Sieg-Heil ausbrachte und das Deutschlandlied anstimmte. Herr August Stein schloß hierauf die Feier mit dem Wunsche nach einem guten Arbeitserfolg. In der Pfarrkirche wurde um 8 Uhr ein Hochamt zur Erhaltung des Segens für Volk und Vaterland gehalten. Um 10 Uhr ver-



DER ORTSGRUPPENLEITER DER NSDAP 1937, GRAFISCHE DARSTELLUNG DER HORIZONTALEN GLIEDERUNG DER ORTSGRUPPE

sammelten sich die Formationen auf dem Schulhofe Bovert zu einem Festzug durch den Ort, worauf die Betriebsgemeinschaften in der Lokalen bei Freibier, Musik und Tanz in echter Kameradschaft frohe Stunden erlebten. Nachmittags maschierten die Formationen nochmals vom Sportplatz zum Saale Dörper, wo die Übertragung der Führerrede gehört wurde. Bei frohem Tanz in allen Sälen fand der denkwürdige Tag seinen Abschluss.«

Bereits am 1. Mai 1933 ist in Osterath die katholisch-nationalsozialistische dörfliche Volksgemeinschaft in Takt – und im Takt. Und: Im Sinne des NSDAP-Programms »Gemeinnutz vor Eigennutz« – für die der Volksgemeinschaft zugezählten Menschen und nach dem Führerprinzip als selbstverständliche eigeninitiative Realisierung des Kernziels: die Ermordung aller »Gemeinschaftsfremden«, zuvorderst die willkürlich als »Juden« definierten Menschen. Die vernetzte NS-Ideologie.

Am 31. Mai 1933 lesen wir in der Osterather Zeitung (siehe Artikel auf Seite 23):

»Die perfekte Symbiose von Rechts-Katholizismus und Nationalsozialismus, vereinte Glauben in Schlageter und damit im »Führer«: Eine Kultur des Todes.«

Horst Klemt schreibt zu Kaplan Hilmer (S. 41):

»Er war ein frühes Mitglied der NSDAP und trug das Parteiabzeichen an seinem schwarzen Rock ... Er sprach am 9. November (1933, LK) im Saal Dörper flankiert von SA-Männern über den NS-Putsch an der Feldherrenhalle in München (1923, LK). Danach suspendierte ihn der Bischof vom Dienst und gab ihm später die Stelle eines Geistlichen in einer Strafanstalt.«

In der Osterather Zeitung am 24. November 1934 ist zu lesen:

»Kaplan Hilmer ist jetzt zum Kaplan an St. Fronleichnam in Aachen ernannt worden.«

Warum reagierte der Aachener Bischof so?

Kaplan Hilmer war über die vom Aachener und anderen Bischöfen gewünschte Kollaboration mit den Nationalsozialisten zu einer offenen Symbiose mit ihnen übergegangen. Da dies öffentlich geschah, musste er aus der Öffentlichkeit entfernt werden. Andernfalls, wenn er »nur« persönlich vor Ort z. B. mit Ortsgruppenleiter Panzer kollaboriert hätte, wäre der Bischof nicht tätig geworden. Pfarrer Pörting und Kaplan Brandenburg wurden vom Bischof nicht gemaßregelt.

Ca. 8 % der Osterather waren NSDAP-Mitglieder, entsprechend der Einwohnerstruktur ganz überwiegend Katholiken. Ein unterdurchschnitt-

licher Wert. Der nichts über die qualitative Seite der NSDAP-Mitgliedschaft aussagt. Denn: In der von führenden Osterather Nationalsozialisten 1945 auf Veranlassung des Ortskommandanten erstellten NSDAP-Mitgliederliste – die im Stadtarchiv Meerbusch und im Kreisarchiv Viersen überliefert ist – finden wir neben Hugo Recken und Johannes Herbrandt einen guten Teil der katholischen Dorfelite Osteraths. Wie Schulrektoren und Lehrer sowie weitere bekannte Persönlichkeiten. Dafür ist ein 1940 veröffentlichtes Buch der Osterather Nationalsozialistin und Lehrerin an der katholischen Dorfschule Osterath Maria Eikers gemeinsam mit dem aktiven Osterather Nationalsozialisten und Lehrer an derselben Schule Josef Wienands mit »Zum Geleit!« des Osterather Nationalsozialisten und Leiters dieser Schule Hans Neuer sowie einem Vorwort von Pg. und Bürgermeister Hugo Recken »Erblicken wir alle in diesem Heimatbuch einen Wegweiser zur echten Volksgemeinschaft«, mit dem Titel »Osterath unser Heimatdorf« symbolisch für die intensive Vernetzung von Osterather katholischer Gemeindeflite und Osterather Katholischen Nationalsozialisten.

Im Buch lesen wir:

»Feiertage des deutschen Volkes
 Der Führer hat Geburtstag
 Am 20. April hat der Führer Geburtstag ... Da freut sich der Führer. Er weiß, dass das Volk ihn gern hat. Alle Deutschen wünschen ihm ein langes Leben und Kraft zu seiner schweren Arbeit für das Vaterland.
 Hitler ... Gott rief eines Volkes Seele, und diese Seele bist du.
 Von den Germanen
 Zeichen: ... Hakenkreuz als Siegeszeichen
 Das Hakenkreuz im weißen Feld auf feuerrotem Grund
 Gibt frei und offen aller Welt die hochgemute Kunde:
 Wer sich um dieses Zeichen schart, ist deutsch mit Seele, Sinn und Art und nicht bloß mit dem Mund.
 Die Adolf-Hitler-Straße
 ... Erzähle aus dem Leben Adolf Hitlers!
 Unsere Kirche erzählt!
 ... Nun aber schau ich wieder froh auf Osterath, da die Menschen auch hier wieder froh geworden sind, da sie seit 1933 durch unseren Führer Adolf Hitler Arbeit und Brot gefunden haben. Jetzt ist wieder Krieg. Hunderte Osterather sind gegen unsere Feinde ausgezogen. Es gilt nur noch, Deutschlands letzten Feind, England, niederzuringen. Unsere Truppen stehen nach glorreichen Siegen in Polen, Dänemark,

Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich vor Englands Toren. Auch dieser Feind wird besiegt. Dann läuten meine Glocken vom großen Sieg und langem Frieden.

Wie die Gemeinde verwaltet wird

Der Führer der Gemeinde ist der Bürgermeister. Unser jetziger Bürgermeister heißt Hugo Recken ... Für den Krieg werden jung und alt im Luftschutz ausgebildet.

Adolf Hitler, Führer und Reichkanzler

Wie er das Vaterland regiert

... wie der Bürgermeister in der Gemeinde, so hat der Führer im großen deutschen Vaterland viele Helfer.

Wie Osterath Führer und Helden ehrt

Jeder in unserer Gemeinde weiß, wie gut der Führer schon für das ganze deutsche Volk gesorgt hat. Alle sind ihm dankbar.

Unser Kriegerdenkmal

1938 lebten 4.418 Einwohner in 1.186 Haushaltungen, die in 6 Zellen und 30 Blocks aufgeteilt waren. Etwa 30 % der Parteigenossen übten eine aktive Tätigkeit für die NSDAP oder eine ihrer Untergliederungen aus. Das bedeutet für Osterath ca. 75 aktive Nationalsozialisten, davon gut die Hälfte Politische Leiter. »Politischer Leiter« als stellvertretender Blockleiter eines der Blocks war ab 1937 Johannes Herbrandt.

»Die Hochburgen der Loyalität sind das Kleinbürgertum und die gehobenen Mittelschichten in der Provinz.«

SEBASTIAN HAFFNER. JEKYLL & HYDE. 1939.

Wie sich 1931 ein »von antisemitischen Stereotypen seiner Umwelt geprägter Neunjähriger ›Juden‹ vorstellt«:

»Ich hatte noch keinen Juden gesehen, doch aus den Gesprächen der Erwachsenen schon viel über sie erfahren: Die Juden hatten alle eine krumme Nase und schwarze Haare und waren Schuld an allem Schlechten in der Welt. Sie zogen den ehrlichen Leuten mit gemeinen Tricks das Geld aus der Tasche und hatten die Krise gemacht, die meines Vaters Drogenhandlung abzuwürgen drohte, sie ließen den Bauern das Vieh und das Korn wegholen und kauften von überall her Getreide zusammen, gossen Brennspritus darüber und schütteten es dann ins Meer, damit die Deutschen verhungern sollten, denn sie hassten uns Deutsche über alle Maßen und wollten uns vernichten.«

FRANZ FÜHRMANN. DAS JUDENAUTO. VIERZEHN TAGE AUS ZWEI JAHRZEHNTE. BERLIN 1969. S. 8.

Verzeichnis KK 875/112 112

der Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Ortsgruppe O a t e r a t h

Zelle I			
Christ	Stefan	Williherstr.	24 Zellenleiter
Schrotz	Jacob	Hoterheideweg	58 Blockleiter
Leobertis	Peter	"	"
Breuer	Peter	"	21 Blockleiter
Kraft	Edward	"	31 Blockleiter
Kraft	Frau	"	31
Flatters	Anton	"	37 Ortsobmann DAF
Baokes	Josef	"	37 Zellenleiter
Flatters	Käthe	"	37 Zellenfrau
Kremer	Heinrich	"	57 Blockleiter
Ruhsmann	Heinrich	"	60
Renz	Peter	Görsgeheidew.	82 Blockleiter
Heyer	Josef	"	84 Propagandaleiter
van Elten	Willi	"	117
Stüttgen	Andreas	"	141
Sassen	Karl	Meyerweg	2 Kreisbauernsch.Abt.II
Plancken	Paul	Krefelderstr.	60 Blockleiter
Kroschen	Johann	"	71
A belen	Heinrich	"	74
Holzschneider	Karl	"	77
Berghoff	Anna Frau	"	161
Bendeneck	Johann	Viangasse	21
Kurt	Paul	Schreinhain	2
Keuper	Heinrich	"	2 Blockleiter
Sand	Paul	"	14
Sand	Paul Frau	"	14
Sassen	Johann	"	14
Mertens	Karl	"	40
Konen	Willi	"	41
Hethen	Willi	"	50 Landesbauernschaft
Feldera	Johann	Hingstenweg	2
Olig	Heinr. jr.	Bommerhöfe	7 Ortsbauernführer
Wefers	Leobert	Fellerhöfe	"
Woker	Frau	"	"
Nachtrag:			
Thieszen	Max	Hoterheideweg	21
Wirtz	Gerhard	Hoterheideweg	31
Stroms	Peter	"	33
Stroms	Adolf	"	39
Günther	Josef	"	46 NS Berster
Günther	Kurt	"	46
Kunkel	Helms	"	51
Heinrichs	Heinrich	Görsgeheideweg	82 b
Mertens	Josef	"	"
Hochsteinbach	"	"	"
Hierbaum	Josef	"	153
Letschart	August	"	140 NSV Blockwarter
Dotterweich	"	"	84 c

Zelle 2 KK 875/113 113

Litges	Ludwig	Kapellenstr.	42 Zellenleiter
Kursawa	Hans	"	6 Kassenleiter NSV (Ver)
Nichers	Maria	"	6
Viola	"	"	10
Brunninghaus	Otto	"	14 SA Führer
Raspold	Frau	"	11
Raspold	Ruth	"	11
May	Jacob	"	41
Sassen	Hubert	"	48 Blockleiter
Beckers	Heinrich	"	48 Kolonnenführer DRK
Schmitz	Karl	"	52
Stüttgen	Theo	"	54
Düttgen	Hubert	"	56
Noelink	Peter	"	56
Krings	Leo	"	45
Fanzer	Walter	"	45 Ortsgruppenleiter
Fanzer	Anneliese	"	45
Stelkens	Matthias	"	49 SA Sturmführer
Stelkens	Mia	"	49
Schmitz	Georg	Jahnstr.	27 Führer Reichskriegerb.
Kreutzer	Willi	Lindenstr.	4 SA
Luok	Fritz	Strümperstr.	35 Antaleiter u.Wart Voll
Nichter	Otto	"	56
Vellau	Josef	"	56 Zellenleiter NSV
Booms	Fritz	"	60
Miller	Fri.	"	60 Volksw./Hausw. NSV
Ide	Wilhelm	"	61 N J Sturmführer
Schüren	Josef	"	69 Blockleiter
Delissen	Peter	"	75
Rehlink	Wilhelm	"	75 Blockleiter
van Hell	Fritz	"	66 Propagandaleiter
Kullertz	Peter	"	68 Blockleiter
Hilges	Franz	"	74 Blockleiter
Leinenbach	Jacob	"	80
Schmets	"	Schieffberg	2 Kassenl. SA Scharführ
Schmets	Lulise	"	3 Vertr.Frauenchaftsl.
Bäcker	Willi	"	10 Antaleiter u. Fshh. Ort
Bäcker	Katharina	"	10 Mutter und Kind
Legermann	Max	"	18 Blockleiter u. SA
Schüttaler	Willi	"	24
Merks	Heinrich	Görsgeheideweg	24
Langhorst	Karola	"	13
Eukens	Heinrich	Hilbelweg	20
Webers	Christian	Winklerweg	21 Zellenwarter NSV
Steinfurt	Heinrich	Hilbelweg	72
Nachtrag:			
Viola	Hans	Kapellenstr.	12
Viola	Fritz	"	12
Kenis	Karl	"	16
Kippers	Heinrich	"	17
Hennig	Friedrich	"	76
Orthe	Hans	"	74
Baltus	Heinrich	"	60
Schäfer	Willi	"	72
Moser	Heinrich	"	60
Wills	Willi	"	72
Tholen	Heinz	Jahnstr.	1
Bastors	Hans	"	8
Schüttaler	Heinrich	"	17 Bloc leiter

KK 875/114 114

Hütiges	Peter	Kalverdonkweg	101
Killefret	Paul	Strümperstr.	64
van Hell	Günther	"	66
Kremer	Valentin	"	70
Jüllens	Theo	"	74 SA
Klitters	Heinrich	Görsgeheidew.	8
Schmets	Heinz	Schieffberg	2
Bäcker	Willi jr.	"	10
Legermann	Heinz	"	8 NF

Zelle 3 KK 875/115 115

Winks	Johann	Krefelderstr.	5 Zellenleiter SA Führer
Foorten	Josef	Hoterheideweg	1 Blockleiter
Held	Josef	"	1 Blockleiter
Held	Frau	"	1
Zahren	Frau	"	1
Becken	Hugo	Hauptstr.	1 Zellenfrau
Kuhn	Constantin	"	1 SA Führer
Bäcker	Hilse	"	4 Ortsfrauenchaftsl. 19
Sauer	Adolf	"	14 Blockleiter
Meuers	Hans	"	16 Vertr. f. Sauer
Wommssen	Dr.	"	17
Langels	Karl	"	19
Platen	Anton	"	21
Wills	Anton	"	27
Hennig	Hermann	"	28
Breits	Jakob	"	30
Dörper	Josef	"	32
Kammer	Willi	"	34
Wolf	Peter	"	38
Herberg	Dr. Hugo	Hindenburgstr.	1
Dohmen	Heinrich	"	3
Steles	Hans Dr.	"	7 Kriegs-Ortsgruppenleit
Lenzen	Josef	Bommerhöfsweg	25 bis 7.9.1941
Bäcker	Willi	Williherstr.	12 Blockleiter Vertr.
Herb andt	Johann	"	16
Frischmann	Hans	"	18
Herben	Willi	"	24 Blockleiter
Dickmann	Heinrich	"	"
Frank	Franz	Krefelderstr.	3 Ortsanleiter NSV
Franken	Peter	"	5
Offen	Peter	"	7
Offen	Frau	"	7
Wehrens	Peter	"	11
Schmits	Theodor	"	19
Wagner	Heinrich	"	23
Wagner	Joann	"	23
Wagner	Irngard	"	25 BDM Führerin
Wobers	Johann	"	25
Kähles	Karl	Bahnhofweg	3
Wosterba	Häsa	"	5 Blockleiter
Wosterba	Frau	"	5
deasing	Matth.	"	5 Hilfsdienst
Winkels	Jakob	Strümperstr.	2 Blockleiter u. SA
Zohls	Martin	"	4
Faulhaber	Jakob	"	11
Gilles	Anton	"	11
Johann	Christian	"	11
Fager	Heinrich	"	19
Hansen	Maria	"	21
Bauhaus	Ewald	"	25
Ernap	Peter	"	27
Hindgen	Josef	"	32 SA

VON OSTERATHER NSDAP-FUNKTIONÄREN AUF BEFEHL DES US-ORTSKOMMANDANTEN SEWELL ERSTELLTE NSDAP-MITGLIEDERLISTE IM APRIL 1945

KK 875/116

Nachtrag zu Zelle 3 116

Zehren	Heinrich	Hoterhelderweg 1	SS
Mosertz	Heinz	Bahnhofweg	
Mosertz	Hans	"	
Mosertz	Helmut	"	
Tereven	Hans	Strümpferstr. 20	
Inselberger	Hans	"	
Olenthal	Hermann	"	
Ruyter	Herbert	Hindenburgstr. 1	SS
Corall	Karl	Hauptstr. 23	
Lapenscharf	Dr. Hans	Bommerhofsweg 25	
Ritz	Hans	Bahnhofweg	
Quast	Hans	Willlicherstr. 16	Blockleiter
Gäther	"	Willlicherstr.	
Dickmann	Heinr. Jr.	"	29
Oster	"	"	40
Roberts	Willi	Kraefelderstr. 12	
Terhuven	Johann	"	NSKK
Lorenz	Theo	"	7
Krischer	Heinrich	Willlicherstr. 40	

Kippen *Schönbergstr.*

KK 875/117

Zelle 4 117

Hell	Heinrich	Neusserstr. 103	Zellenleiter
Kieser	Peter	"	100
Radmacher	Peter	"	1
Cases	Peter	"	4
Küppers	Heinrich	"	6
Schütz	Karl	"	16
Schütz	Maria	"	16
Bombers	Karl	"	7
Rehlinghaus	Fritz	"	24
Zimmermann	Hans	"	40
Schönborn	Johann	"	56
Hutter	Lorenz	"	23
Spilissenbach	Josef	"	91
Amberg	Johann	"	91
Lyramann	Josef	"	39
Hoyer	Frau	"	49
Schütz	Bernhard	"	85
Hüges	Josef	Pullerweg	12
Zehnpfeinig	Leo	"	14
Blügg	Josef	"	14
Weyers	Josef	Giesenend	27
Amend	Willi	Ingerweg	1
Feldmann	Paul	"	101
Raukes	Franz	Schüttenalle	14
Zander	Heinrich	Pullerweg	17
Heller	Jacob	Grüterweg	Blockleiter

Nachtrag:

Spilissenbach	Johann	Neusserstr. 2	
Bonten	Hans	"	
Jorissen	Peter	"	26
Weyenschops	Theo	"	23
Hoyer	Ludwig	"	49
Hüges	Constantin	"	58
Lanssen	Heinz	"	89
Radmacher	Heinrich	Giesenend	11
Inger	Hans	"	9
Hüges	Theo	"	22
Dottersweich	Hans	Ingerweg	5
Weyers	Theo	"	14
Huter	Helmut	Neusserstr. 21	
Stratmann	Willi	Gätherstr. 6	

KK 875/118

Zelle 5 118

Kuhaupt	Albert	Erachstr. 2	Zellenleiter
Münke	Heinrich	Düsseldorferstr. 3	Org. Leiter
Görden	Johann	"	5
Görden	Frau	"	5
Cleves	Jakob	"	19
Hilmer	Heinrich	"	11
Kirschbach	Willi	"	13
Lois	Josef	"	21
Schmitz	Willi	"	43
Delbans	Math.	"	43
Gennen	Hermann	"	47
Fischer	Wilhelm	"	47
Rickhoff	Wilhelm	"	51
Dölgens	Hans	"	53
Obser	Paul	"	59
Verhaag	Mathias	"	12
Cellers	Ludwig	"	14
Bäckers	Christel	"	22
Schneider	Johann	"	24
Busch	Josef	"	24
Graf	Paul	"	46
Schnapp	Lorenz	"	48
Strom	Mathias	"	52
Hoeren	Josef	"	60
Prins	Willi	"	62
Heller	Ella	Bahnhofweg 31	
Koeth	Leo	"	31
Jäger	Paul	Düsseldorferstr. 71	Zellleiter NSV Betriebsobmann

Nachtrag:

Radmacher	Peter	Düsseldorferstr.	
Görden	Mathias	"	5
Görden	Hans	"	5
Busch	Josef	"	19
Schneeloe	Rudolf	"	21
Körschen	Hans	"	22
Schäfer	Karl	"	18
Müller	Hans	"	16
Oellers	Willi	"	14
Wienands	Hans	"	8
Mertens	Gerhard	"	
Busch	Hans	"	28
Kühnelath	Peter	"	25
Werner	Anton	"	Blockleiter
Schmitz	Willi	"	Blockleiter
Strom	Robert	"	52
Delbans	Hans	"	
Geertz	Jakob	"	47
Schlenberg	Rudolf	"	47

KK 875/119

Zelle 6 119

Sibben	Gerhard	Neusserstr.	Zellenleiter
Spenser	Wileen	Düsseldorferstr. 107	
Schäfer	Johann	Düsseldorferstr. 111	
Franke	Willi	"	147
Emmer	Adolf	"	145
Hausch	Johann	"	145
Weyers	Jakob	"	154
Olbertz	Josef	"	169
Schäley	Johann	"	229
Fohl	Paul	"	279
Fohl	Frau	"	279
Willa	Andreas	Kornstr.	6
Willa	Frau	"	6
Küppers	Heinrich	"	15
Küppers	Frau	"	15
Emmich	Heinrich	Wienandweg	6
Kelshenberg	Wilhelm	"	29
Wienands	Willi	Ivangsweg	11
Kondholz	Wilhelm	Neusserfeldweg	15
Weyers	Josef	Neusserfeldweg	15
Pass	Wilhelm	Bovert	18
Windhäuser	Bernhard	Kalverndankweg	16
Bonger	Wilhelm	"	16
Schlangen	Christian	Bovert	17

Nachtrag:

Sperling	Fritz	Düsseldorferstr.	Zellenleiter
Bergmann	Hugo	"	
Fohl	Gunther	"	279
Hobens	Josef	"	291
Robertz	Hans	"	
Meyer	Heinrich	"	
Stefens	Walter	"	
Spenser	Hans	"	
Küppers	Hans	"	
Küppers	Heinz	"	
Scheldt	Karl	"	
Voita	Hubert	Neusserfeldweg 13	NSBO
Leffens	Arnold	"	SA
Vitz	Wichard	"	SA
Bücker	Johann	Kalverndankweg	

SA KK 875/120 120

Windhäuser	Bernhard	
Rehlinghaus	Otto	Scharführer
Richter	Otto	
Keeth		
Weyers	Willi	
Schäfer	Willi	S A Mann
Waltz		
Kippen		
Kohmann		
Wienands		

Görden	Johann	Scharführer
Bäcker	Johann	Scharführer
Wienands	Willi	S A Mann
Rondholz	Willi	S A Mann
Heuten	Jakob	S A Mann
Voits	Michael	S A Mann
Voits	Hubert	S A Mann
Sperling	Fritz	Truppführer
Bergmann	Hugo	Obertruppführer
Sibben	Gerhard	
Weyers	Karl	S A Mann
Baube	Oskar	Oberscharführer
Meyer	Heinrich	S A Mann
Lanssen	Josef	
Horrens	Heinr.	S A Mann
Oomen	Heinrich	S A Mann
Mertens	Gerhard	
Schnapp	Lorenz	
Gennen	Hermann	
Kirschbach	Wilhelm	
Spilissenbach	Johann	
Bonten	Johann	
Cases	Jakob	Scharführer
Schmitz	Bernhard	
Schmitz	August	S A Mann
Schmitz	Heinrich	
Schmitz	Michael	
Viola	Paul	
Zimmermann	Heinrich	
Steinfels	Hans	

Welter	Hans	
Schatz	August	
Rehlinghaus	Fritz	S A
Schütz	Karl	
Oellers	Willi	
Schäfer	Lehrer	
Geertz	Jakob	Rottenführer
Legermann	Max	S A Mann
Legermann	Aug.	S A Mann
Blum	Wilhelm	
Bäcker	Willi	Truppführer
Kuhn	Constantin	Oberscharführer
Kreutzer	Willi	
Kiefer	Willi	S A Mann
Sassen	Mathias	
Hindgen	Josef	S A Mann
Schmetz	Josef	
Erst	Edward	
Münke	Johann	Truppführer
Sauerborn	Konrad	S A Mann
Gross	Hans	Scharführer
Delbans	Peter	
Fischer	Theodor	
Telders	Johann	
Schmitz	Theodor	
Roberts	Willi	
Heussig	Hermann	Rottenführer
Hehen	Willi	Rottenführer
Stelkens	Math.	Obertruppführer
Flatters	Anton	
Herbrandt	Johann	
Weyers	Jakob	
Steinfels	Hubert	

Mitglieder der N.S. Fraktion

der ~~Stadt~~ Land- Gemeinde: Osterath

Bürgermeister: Bartels Pg. Ja
nein.

Fraktionsführer: B.A.C.K.E.R. Wilh.

Ortsgruppen-Kommunalfachberater: B.A.C.K.E.R...V.

Zu- u. Vorname:	Mitglieds- Nummer der Partei:	am	Geboren in	Beruf	Partei- tätigkeit	Mitglied der N.S. Fraktion (ed. Hospitant?)
Bücker Wilh.	378587	13.10. 1885	Fischeln	Gärtner	Zellenwart	Mitglied
Bauss Ewald	328347	24.2. 1907	Düsseldorf	Schlosser	Kassenw.	"
Heyer Ludwig	378589	30.5. 1900	Neuss	Presser	Truppführer	"
Blen Wilh.	432061	28.8. 1889	Büderich	Bauunter	Zellenwart	"
Gather Paul	456112	15.2. 1886	Büttchen	Landwirt	Landw. Fachber.	"
Mertens Gerh.	559628	30.7. 1906	Osterath	Brenner	Pg.	"
van Kessel Jul.	noch keine	14.4. 1890	Löberich	Anstrei- chermeister	Kampfb. Führer	"
Bommers Karl	noch keine	14.7. 1895	Osterath	Landwirt	Pg.	"

STADTARCHIV DÜSSELDORF: MITGLIEDER DER N.S.D.A.P.-FRAKTION DER LANDGEMEINDE OSTERATH

1933: Die erste Intrige gegen den evangelischen Bürgermeister Rudolf Bartels

Wie der Katholik Hugo Recken durch die dazu instrumentalisierten Nationalsozialisten Bürgermeister in Osterath wurde und sein Sieg über die örtlichen NSDAP-Funktionäre sowie die geschichtswissenschaftliche Bewertung

»Bist alsobald und fort und fort gediehen,
Nach dem Gesetz, wonach du angetreten.«

JOHANN WOLFGANG VON GOETHE

»Unsere Vorgänger waren 14 Jahre an der Macht.
Nun werden wir sehen, ob wir so lange durchhalten können.«

HERMANN GÖRING AM 30. JANUAR 1933

NACH: SEBASTIAN HAFFNER. JEKYLL & HYDE. 1939. S. 59.

Rudolf Bartels, geboren am 9. März 1878 in Wesel, war seit 1918 Bürgermeister in Osterath. Er war evangelisch, Demokrat und trat nach dem 30. Januar 1933 nicht in die NSDAP über.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde er vom Gemeinderat Osterath sowie Kreistag Krefeld jeweils einstimmig zum Bürgermeister von Osterath gewählt. LAV NRW, BR 0007, Nr. 32365

Wer sich nicht – äußerlich – anpasst, der wird aus dem Amt genötigt. Die politische Strategie: Unregelmäßigkeiten in der Amtsführung »feststellen« und dann so lange den Druck erhöhen, bis der Betroffene »freiwillig« geht – oder gegangen wird. Die konkrete strategische Methode in Osterath: Bildung eines NSDAP-Untersuchungsausschusses des Gemeinderates. Dieser Gemeinderat bestand dann ausschließlich aus acht Nationalsozialisten, weil die Gemeinderatsmitglieder der anderen Parteien illegal ausgeschlossen, ja wie Anton Wienands im KZ waren, oder zur NSDAP-Fraktion übergetreten waren, wie die von »Gerechter Ausgleich«.

In einer Prozessakte des Landgerichts Krefeld finden wir eine Eidesstattliche Versicherung von Rudolf Bartels vom 3. April 1933 zu Geschehnissen am 10. März 1933:

»... dass ich, als eine Abordnung der Nationalsozialisten, zu denen sich dann noch der Führer des Stahlhelms gesellte, zu mir kam, um mir vorzuschlagen, aus Anlass des Wahlerfolges der Nationalsozialisten die Hakenkreuzfahne zu hissen, den betreffenden Herren, und zwar den Ortgruppenlei-

ter Panzer und dem Führer der SA der Ortsgruppe Ludwig Heyer sofort gesagt, dass das Hiszen der Flagge stattfinden könne, unter der Bedingung, dass zugleich mit der Hakenkreuzfahne auch die schwarz-weiss-rote und die schwarz-weiße Flagge am Rathaus gezeigt würden.«

Am 15. April 1933 ist in der Osterather Zeitung zu lesen:

»Untersuchungsausschuss

Der Untersuchungsausschuss Osterath teilt mit, dass bei der Überprüfung der Verwaltung Unstimmigkeiten verschiedenster Art festgestellt wurden, und bittet die Bevölkerung, den Untersuchungsausschuss-Mitgliedern ungeklärte Angelegenheiten persönlicher Art zu übermitteln. Die Angaben können entweder bei den Untersuchungsausschuss-Mitgliedern Walter Panzer ... Wilhelm Bäcker ... Julius van Kessel ... Josef Lenssen ... Lorenz Schnapp ... oder Dienstags und Freitags in der Zeit von 11–12 Uhr im Bürgermeisteramt Zimmer 5 gemacht werden.«

Zimmer 5 im Rathaus war das Partei-Büro der NSDAP-Ortsgruppe Osterath. Wie es in Zeit-Dokumenten heißt: »Einheit von Partei und Staat.« Die Einwohner von Osterath wurden zur Denunziation von Bürgermeister Rudolf Bartels aufgefordert. In »seinem« Rathaus – als Machtdemonstration.

Denunziation aus der Mitte der Gesellschaft war ein Herrschaftsinstrument der Nationalsozialisten, das deswegen sehr effektiv war, weil viele Menschen keiner Aufforderung zur Denunziation bedurften. Die NS-Ideologie war in der breiten Mitte der Gesellschaft.

Das »Bauernopfer« in der Intrige gegen Bürgermeister Rudolf Bartels war Gemeindefinanzchef – Schweigerer. In einem Schreiben zu dessen Zwangsbeurlaubung formuliert Bartels am 9. Mai 1933 gegenüber dem Vorsitzenden des Kreisausschusses Kempen-Krefeld (KK 1022 Bl. 142): »... weil mir die Unterlagen nicht zur Verfügung stehen. Diese befinden sich heute noch bei der hiesigen Ortsleitung der N.S.D.A.P.« Darin nimmt Bartels u. a. Bezug auf ein Schreiben des Osterather Ortgruppenleiters Panzer an Schweigerer. (KK 1022 Bl. 164)

NSDAP
Osterath

Osterath, am 8. Mai 1933

Herrn

Matth. Schweigerer

Osterath

Auf Grund der heutigen Vorfälle bin ich nicht in der Lage Ihnen irgendwelche Auskünfte zu geben, bis die Angelegenheit vom Disziplinargericht bezu-ven der Staatsanwaltschaft erledigt ist. Persönliche Anfragen ihrerseits sind zwecklos da wir mit Ihnen nicht mehr in Verbindung treten werden. Im übrigen rate ich Ihnen sich hier im Bürgermeisteramt nicht mehr sehen zu lassen da ich für die evtl. Folgen keine Verantwortung übernehmen kann.



Walter Panzer
Ortsgruppenleiter

ORTSGRUPPENLEITER PANZER 08.05.1933 AN SCHWEIGER

Der »Bericht« des NSDAP-Untersuchungsausschusses (KK 1022 Bl.190–192) mit einer Liste von Behauptungen gegen Bürgermeister Rudolf Bartels geht am 2. Juni 1933 auf dem Postweg an den Landrat im Kempen: »Der vom Gemeinderat eingesetzte Untersuchungsausschuss beantragt hiermit, gegen den Herrn Bürgermeister Bartels, Osterath, ein Disziplinarverfahren auf Grund der in dem beiliegenden Protokoll gemachten Feststellungen einzuleiten.« (Bl. 201)

Am 11. Juni 1933 erscheint im »Generalanzeiger für Dortmund« ein lancierter Artikel:

»Nur Schulden machte er
Disziplinarverfahren gegen Bürgermeister von Os-

terath. Vom Prüfungsausschuss für Verwaltungsgeschäfte ist ein Antrag auf Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen Bürgermeister Bartels gestellt worden, der die kaum 4.000 Einwohner starke Gemeinde auf eine Schulenlast von über 1,5 Millionen heruntergewirtschaftet hat, Bartels ist einer der fanatischsten Zentrumsbonzen und Feinde der NSDAP, die jemals einen Bürgermeistersessel am Niederrhein gedrückt haben.«

Der Charakter des Artikels wird auch dadurch deutlich, dass Bartels nie Mitglied der Zentrumspar- tei war – im Gegensatz zu Hugo Recken. Es geht um Wirkung – in die Gesellschaft und bei dem Menschen, dem das brutale Mobbing gilt.

Am 1. Juli 1933 lesen wir in der Osterather Zeitung:
»Bericht über die Gemeinderatssitzung
... Der Vorsitzende, Bürgermeister Bartels, begrüßte bei der Eröffnung alle Gemeindeverordneten ...
1. Einführung des 1. Beigeordneten. Der Vorsitzende begrüßt den bereits vereidigten 1. Beigeordneten Herrn Panzer.«

Der NSDAP-Ortgruppenleiter als 1. Beigeordneter. Als formeller Schritt, die »Einheit von Partei und Staat« – in dieser Reihenfolge – in Osterath zu institutionalisieren.

Wie verträgt sich die kollegiale Loyalität von Panzer zu Bartels als Dienstvorgesetztem mit der Rolle von Panzer als NSDAP-Untersuchungsausschuss-Führer gegen Bartels? Bartels ist auf verlorenem Posten. Das ist vor Ort klar. Insbesondere der Gemeindeelite von katholischer Geistlichkeit und führenden Katholiken. Für die sich daraus die strategische Frage ergibt: Wie können wir – in Verbindung mit Bündnispartnern – diese Situation im Sinne unserer katholischen Interessen nutzen?

Die preußisch-protestantische Kontinuität war zu Gunsten der nationalsozialistischen Staatsideologie aufgelöst. Aus der Perspektive des Bündnisses von katholischer Gemeindeelite und katholischer Geistlichkeit eine Chance, die es galt im Sinne ihrer katholischen Gruppen-Interessen zu nutzen.

Die faktische Existenz Preußens endete 1933. Lange vor dem formellen Beschluss der Alliierten 1945. Hitler und die Nationalsozialisten beendeten die Existenz Preußens de facto.

Am 1. August 1933 macht der Landrat Kempen-Krefeld einen Vermerk (KK 1021):
»Der Leiter der Ortgruppe Osterath der N.S.D.A.P. Panzer hat mitgeteilt, dass nach Rücksprache mit seinen Parteigenossen gegen ein Verbleiben des Bürgermeisters Bartels im Amt keine Bedenken bestehen. In dieser Stellungnahme würde aber damit gerechnet, dass Bürgermeister Bartels ohnehin in etwa 2 Jahren wegen seines Krankheitszustandes aus seinem Amte scheiden würde.«

Eine staatliche Institution fragt zuständigkeitshalber bei einer Parteigliederung an.

Auf den 3. August 1933 ist das Protokoll einer Verhandlung über Bürgermeister Bartels beim NSDAP-Kreisleiter Niehm mit einer Zusammenfassung der Vorwürfe datiert. (KK 1021 Bl. 190–192) Darin wird festgestellt, dass es Spannungen zwischen Bürgermeister und Ortsgruppenleitung der NSDAP gäbe, dass übergeordnete Parteistellen eingeschaltet werden sollen – also Gauleiter Florian –, da alle Schwierigkeiten in der Gemeindeverwaltung an Bartels gebunden seien.

Am 23. September 1933 lesen wir im Osterather Local-Blatt einen ganz außergewöhnlich langen Artikel:

»Der Koks-Prozeß.

Osterath. Wie schon kurz mitgeteilt, fand am vergangenen Dienstag vor der Großen Strafkammer in Krefeld der sogenannte Koks-Prozess statt. ... Angeklagt waren: 1. Gemeinderentmeister a.D. Schweigerer ... Die Anklage lautet zu 1.: in den Jahren 1930–1933 mehrere Fuhren Koks in der Absicht rechtswidriger Zueignung sich von der Gemeinde Osterath verschafft zu haben ... Die nun folgende Aussage des Bürgermeisters war so unklar, dass die bis hierhin erfolgte scheinbare Klärung der Schuldfrage wieder unklar wurde ... Nun ergriff der Staatsanwalt das Wort: ... Er beantrage daher, in beiden Fällen die Angeklagten freizusprechen ... Während das Gericht sich zur Beratung zurückzog, machte das Untersuchungsausschussmitglied und Zeuge Bäcker dem Bürgermeister Vorhaltungen, dass er dem Untersuchungsausschuss doch andere Angaben gemacht habe, als jetzt vor Gericht. Der Bürgermeister erwiderte ihm darauf, dass seine Aussage unter Eid die richtige sei ... Nach kurzer Beratung sprach das Gericht das Urteil: Die Angeklagten werden freigesprochen ...«

Aufgrund des Auftretens von Bartels vor Gericht schreibt Ortgruppenleiter Panzer – der 1. Beigeordnete von Bürgermeister Bartels – am 21. September 1933 einen Beschwerdebrief an den Landrat in Kempen, in dem er behauptet, Bartels nehme die Vertretung der Interessen der Gemeinde nicht richtig wahr. (KK 1021)

Was gäbe es heute für – auch dienstrechtliche – Konsequenzen, würde ein kommunaler Dezernent die Bezirksregierung wegen seines vorgesetzten hauptamtlichen Bürgermeisters mit solch einem Tenor offiziell anschreiben?

Am 21. Oktober 1933 lesen wir in der Osterather Zeitung:

»Gemeinderatssitzung

Die am gestrigen Freitag im Rathaus stattgefundene Sitzung der Gemeindeverordneten wurde vom 1. Beigeordneten Panzer eröffnet.«

Rudolf Bartels war von seinem Amt als Bürgermeister in Osterath beurlaubt.

Am 23. Oktober 1933 schreibt Bürgermeister Bartels den Landrat in Kempen an (KK 1021 Bl. 146):

»... sehe ich mich genötigt, um meine Versetzung in den Ruhestand zu bitten.«

Dem folgt ein weiteres Schreiben von ihm an den Landrat. (KK 1021 Bl. 154)

Rudolf Bartels ist dann umgehend in den Ruhestand versetzt worden. Er war, wie er doppeldeutig formulierte, aus dem Amt genötigt worden.

Am 31. Oktober lesen wir in der Osterather Zeitung: »Amtliche Bekanntmachung

...

Der Bürgermeister

R.B.

Der Beigeordnete

Panzer«

Rudolf Bartels war zur No-Name-Person geworden.

So lesen wir es auch am 18. November 1933 unter der Überschrift »Volkstrauertag«.

»... Aufstellung in folgender Reihenfolge:

1. Tambourcorps Osterath
2. Feuerwehrkapelle
3. S.A.
4. Stahlhelm
5. N.S. Kriegsofener
6. Behörde
7. Gemeinderat und Geistlichkeit
8. Kriegerverein
9. N.S.D.A.P.
10. Hitlerjugend und Jungvolk
11. Bund Deutscher Mädel
12. Schulkinder
13. Vereinigter Männergesangverein
14. Männer-Quartett
15. Jünglingsverein
16. Reiterverein
17. Radlerverein«

Was fällt an dieser – im doppelten Wortsinn – »Aufstellung« auf?

Sie ist ein Spiegelbild der realen dörflich-katholisch-nationalsozialistischen Machtverhältnisse in Osterath. Insbesondere »7. Gemeinderat und Geistlichkeit«, denn Gemeinderat = katholische Osterather NS-Funktionäre.

Im Juli 1934 nach dem »Röhm-Putsch« wurde eine – erneute – Kassenprüfung angeordnet, bei der wiederum »Unregelmäßigkeiten« festgestellt wurden, aufgrund derer die Angelegenheit an die Gestapo weitergegeben wurde. Bartels sollte ganz aus Osterath verschwinden.

Am 24. Juli 1934 erreichte eine schriftliche Beschwerde den Landrat, von mehreren nicht der NSDAP angehörenden Osterathern – die sich haben dazu von dem katholischen Teil der Macht in Osterath inkl. dann der Symbiose von Hugo Recken und

Johannes Herbrandt instrumentalisieren lassen –, in der eine Reihe von Beschuldigungen wiederholt wurden, die schon ein Jahr zuvor nicht beweisbar waren. Nach einem regen Schriftwechsel geht auch dieser Angriff auf Bartels aus wie das Hornberger Schießen: Nichts ist beweisbar. Danach wird Rudolf Bartels zumindest nicht mehr in dieser Weise und unter Einbeziehung von Justiz und Gestapo von der Osterather katholischen Gemeinde-Elite terrorisiert.

Rudolf Bartels äußerte sich zu den Vorgängen:

»Die Partei gab dafür als Grund an, dass ich ihr zu liberal eingestellt sei, deshalb für den Nationalsozialismus nicht tragbar sei.« (KK 875 Bl. 79)

»Grund der mit der N.S.D.A.P. entstandenen Reibereien, die zu meiner Verhaftung führen sollten. Ich lehnte es ab, Parteimitglied zu werden, und war wegen meiner Eigenschaft als Demokratisches-Kreistagsmitglied für die Partei untragbar.« (KK 875 Bl. 128) Der Kreistag musste NSDAP-rein sein.

Dann 1945, als sich die Intrige wiederholte:

»Dass ich kein Parteimitglied, politisch bereits vor 1914 Demokrat und dadurch Mitglied des Kreistages sowie mehrerer Kommissionen geworden bin, wird Ihnen bekannt sein. 1933 wurde ich abgesetzt auf Bestreben einer kleinen konfessionell-intoleranten Clique, die das, was sie damals durch die Nazis erreichte, nun auch über die britische Militärregierung versucht zu erreichen.« (KK 875 Bl. 136) Dazu später die Details.

Hugo Recken wurde am 27. Mai 1891 in Oedt geboren und war als Katholik Mitglied der Zentrums-Partei. Mit Datum vom 1. Mai 1933 war er NSDAP-Mitglied. Wie er nach der Befreiung 1945 schriftlich in seinem Entnazifizierungsverfahren behauptete »zur Abwehr des Verlustes der Beamtenstelle im Spätherbst 1933«. (KK 1023 Bl. 163) Der Regierungspräsident berief ihn mit Datum vom 22. Dezember 1933 zum Bürgermeister in Osterath, am 24. Januar 1934 begann er seine Tätigkeit als Landbürgermeister (KK 1023).

Zuvor war er Bürgermeister in Vorst, wo er NSDAP-Mitglied wird. Zwischen Vorst und Osterath lag damals die Gemeinde Willich und sein Geburtsort Oedt grenzt direkt an Vorst.

Am 20. April 1933 verfügte die NSDAP-Parteileitung ein Aufnahmeverbot zum 1. Mai 1933, für das es nur sehr begrenzte Ausnahmen gab; so für HJ-Mitglieder, die nach Erreichen der Altersgrenze

in die NSDAP übernommen wurden. Die massive Abweichung von der ansonsten strikt eingehaltenen Norm im Fall Recken weist darauf hin, dass seine NSDAP-Mitgliedschaft ausdrücklich – von beiden Seiten – gewollt war. Es wird noch zu klären sein, wie es dazu kam.

»Diese Leute, die allein schon dadurch einen Beweis für Charakterschwäche geliefert haben, dass sie die Aufnahme in die Partei beantragten, tendieren, sobald sie ihr angehören, ohne Zweifel dazu, rasch ihre bisherigen Meinungen aufzugeben und das nazistische Gedankengut zu übernehmen.«

SEBASTIAN HAFFNER. JEKYLL & HYDE. 1939. S. 89.

Mitglied der NSDAP zu werden, dies immer ausdrücklich freiwillig auf eigenen Antrag, bedeutete das bewusste Bekenntnis zum gelebten nationalsozialistischen eliminatorischen Antisemitismus. Die NSDAP war eine nach außen abgeschlossenen Gesinnungs- und Kampfgemeinschaft, die alles tat, um aus ihrer Perspektive nicht unterwandert zu werden. Um in ihr Aufnahme zu erhalten, musste der dies Begehrende beweisen, dass er dieser Ehre und diesem Privileg durch sein praktischen Tun – in seinem privaten und beruflichen Leben, aus NS-Perspektive auch eine untrennbare politische Einheit – im Sinne des NSDAP-Programms durch Gefolgschaft und Treue würdig war. Als »Gemeindeführer« mit konkreten existenz- und lebensbedrohenden Konsequenzen für die von dieser terroristischen Partei-Staats-Ideologie auf Basis des NSDAP-Programms betroffenen »Gemeinschaftsfremden«, insbesondere denen, die an erster Stelle gemeint waren: »Der Jude ist unser Unglück.« »Juda verrecke.«

In seinem Entnazifizierungsverfahren behauptete Recken, er sei von Vorst nach Osterath versetzt worden, damit in Vorst ein Nationalsozialist Bürgermeister werden könne. Er war es. Dazu schreibt Paul-Günter Schulten unter dem Titel »Bürgermeister Dr. Freiherr von Bönigshausen beurlaubt«

BUNDESARCHIV BERLIN: NSDAP-GAUKARTEI.
HUGO RECKEN

Mitglieds Nr. 2115009		Vor- und Zuname <i>Recken Heinz</i>	
Geboren <i>27.5.91</i>	Ort <i>Reck</i>	Wohnung	
Beruf <i>Bgm.</i>	ledig, verheiratet, verw.	Ortsgr.	Gau
Eingetreten	1.5.33	Wohnung	
Ausgetreten		Ortsgr.	Gau
Wiedereingetr.		Wohnung	
Wohnung <i>v. Mühlen</i>		Ortsgr.	Gau
Ortsgr. <i>Vorst</i>	<i>Düffeldorf</i>	Wohnung	
<i>Abt. Post P. 137</i>		Ortsgr.	Gau
Wohnung <i>v.</i>		Wohnung	
Ortsgr. <i>Osterath</i>	Gau <i>Posthof</i>	Ortsgr.	Gau

im Heimatbuch des Kreises Viersen 1983 (S.117): »Wache Beobachter wie K.W. Engels, der spätere erste Landrat des Kreises nach dem Krieg, stellten zu der Versetzung des Bürgermeisters Recken von Vorst nach Osterath fest: »Bei der Versetzung handelt es sich keineswegs um eine Versetzung, wie man sie schon mal politischer Natur in letzter Zeit kennt, sondern um eine Anerkennung.««

Und weiter:

»Mit dem Gesetz der Nationalsozialisten zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wurde der Leiter der Gemeinde als Beauftragter des nationalsozialistischen Staates angesehen. »In diesem Sinne also ist der Gemeindeleiter nicht bloß Verwaltungsmann (was er bisher war), sondern mehr noch Führer, politischer Führer.««

Alle Behauptungen von Recken in seinem Entnazifizierungsverfahren haben diesen interessengeleiteten Lügen-Charakter. Es geht nicht um Darstellung von Realität, seiner Rolle im NS-System, sondern um Legitimation von bürokratischer Macht und den damit verbundenen Handlungen von Menschen, auch durch Wegdefinieren legitimiert – bis heute. Die heute verifizierbare damalige Realität kehrte Recken in ihr Gegenteil um.

In der Osterather Zeitung lesen wir am 27. Januar 1934 zur Amtseinführung Reckens:

»... auch der Gemeinde Osterath zur Zufriedenheit aller versehen werde ... dem ein guter Ruf vorausgeht ...«

Guter Ruf im NS-Sinn.

Im selben Schreiben wie oben (KK 1023 Bl.163) behauptete Recken: »In Osterath ständiger Kampf mit der Partei.« Wobei er sich darauf beruft, dass dies aufgrund seiner katholisch-konfessionellen Haltung so gewesen sei. Und: »Unterrichtung des Herrn Pastor über drohende Maßnahmen gegen Kirche.«

Der Kern der von ihm selbst und anderen geschaffenen pathologischen Recken-Legende, gefördert durch das falsche Bild vom realen Verhältnis zwischen katholischer Kirche und Nationalsozialismus nach 1945 in Verbindung mit dem Zeitgeist, von Recken und anderen instrumentalisiert. Heute vom Meerbuscher Stadtarchivar Regenbrecht im Auftrag von Bürgermeister Spindler kontextlos rezipiert. Wobei wir vor unseren Augen haben, wie dies alles anders verstanden werden kann. Wenn man es will, und nicht interessengeleitet ein feststehendes Ergebnis legitimiert.

Am 24. Februar 1934, also einen Monat nach der Amtseinführung Reckens, lesen wir in der Osterather Zeitung:

»**Aufruf.**

Aus Anlass der am 24. Februar im ganzen Reiche stattfindenden Gründungsfeier der Nationalsozialistischen Deutschen-Arbeiterpartei wird, der Bedeutung dieses wertvollen Ehrentags der Bewegung entsprechend, die gesamte Bevölkerung gebeten, am Samstag, den 24. Februar, zu flaggen und die Fahnen am 25. Februar zu Ehren der Gefallenen auf Halbmast zu setzen. Gleichzeitig wird die Bevölkerung zu der am Sonntag, den 25. Februar, um 11 ½ Uhr im Sale Dörper hierselbst stattfindenden Übertragung des Festakts aus Berlin aus Anlass der Totengedenkfeier eingeladen.

Osterath, den 22. Februar 1934

Der st. Bürgermeister Recken.«

Die amtliche Bekanntmachung Reckens, dass er Teil der NS-Bewegung ist, der er sich äußerlich unterwirft. Und die Osterather Bevölkerung amtlich zum Aushängen der NS-Hakenkreuzfahne auffordert. Eine Ergebnissadresse, die auf die katholisch-dörfliche Volks-Gemeinschaft zielt. »Seht, ich gehöre dazu.«

Am 9. Juli 1934, also gut vier Monate später, lesen wir in der Osterather Zeitung:

»Zum kommissarischen Ortsgruppenleiter der NSDAP Ortgruppe Osterath wurde Pg. Schwengers aus Willich ernannt.«

Am 29. September 1934 – also zweieinhalb Monate später – lesen wir in der Osterather Zeitung:

»Ortsgruppenleiter Panzer wieder in sein Amt eingeführt.

Der vor einigen Monaten auf seinen Wunsch beurlaubte Ortsgruppenleiter Pg. Panzer wurde Donnerstag abend durch den Kreisleiter Niem wieder in sein Amt als Ortsgruppenleiter eingeführt.

Kreisleiter Niem betonte, dass alle Vorwürfe, die Panzer von gegnerischer Seite gemacht wurden, sich als haltlos erwiesen.«

Ein ungewöhnlicher Vorgang. In der NS-Sprache bedeutend: Panzer ist gemäßregelt worden. Was war passiert?

Dies wird in dem nebenstehenden Schreiben von Bürgermeister Hugo Recken an den Landrat in Kempen am 13. November 1934 (KK 1013 Bl.77) deutlich.

Mit der mehrmaligen Formulierung »die Partei« positioniert sich Recken gegenüber dem Landrat systemkonform als Nationalsozialist. Den er mit dem Schreiben über die Umstände seiner Machtkonsolidierung in Osterath informiert. Die im Kontext weiteren zentralen Formulierungen des Schreibens: »... meine Pflicht als Bürgermeister bzw. Ortspolizeiverwalter ... Die Entfremdung mit dem Ortsgruppenleiter Panzer setzte wohl mit dem Augenblick ein, als ich in Beachtung der ministeriellen Bestimmungen über Partei und ihre Nebenorganisationen keine finanzielle Unterstützung mehr zuteil werden lassen konnte ... das zur Zeit im Rathaus noch immer untergebrachte Parteibüro verlegt werden müsse ... Der Herr Kreisleiter hat bereits Panzer und van Kessel vom Parteidienst beurlaubt und beantragt Einleitung des Gaugerichtsverfahrens ... Amtsenthebung des Beigeordneten Panzer ... Die gesamte Bürgerschaft mit ganz wenigen Ausnahmen diesen Dingen in der heutigen Zeit verständnislos gegenübersteht und vertrauensvoll zur Verwaltung hält.«

Fazit:

Bürokratisch – abgesichert von der Allianz katholischer Geistlichkeit und katholischer Gemeindeelite – den örtlichen NSDAP-Bürokratie-Amateuren schach – und matt. In ca. neun Monaten, einer Schwangerschaft. Wie beim Revival 1945.

Nach dem »Röhm-Putsch« im Juni 1934 war Konsolidierung auf allen Ebenen das Ziel der NS-Politik. So kam es in Osterath dazu, dass sich die katholische Gemeindeelite inkl. Hugo Recken mit Unterstützung des NS-Kreisleiters gegen die örtlichen NSDAP-Funktionäre durchsetzen konnte. Heinrich Niem entschied sich für die katholische Gemeindeelite – gegen die katholischen Nationalsozialisten.

»Der Gang des 30. Juni (1934, LK) heißt: ›Schlagt sie tot, es ist erlaubt!«

Man frage lieber, warum die Mörder mordeten.

Die einen mordeten, weil ihnen ein bestimmter Mord befohlen war. Die anderen mordeten, weil sie Angst hatten, oben zu missfallen, wenn die Strecke

Der st. Landbürgermeister
N.Nr. 3896 A

KK 1023096
Osterath, den 13. November 1934 33

An den
Herrn Landrat
Kempen

77

Betr. Wahl des Bürgermeisters.
Verf. v. 31. August 1934 K.A.II 124/02.

In der Anlage wird ein beglaubigter Auszug aus dem Niederschriftbuch der Gemeinderäte über ihre Anbringung zur Bestätigung des Unterzeichneten vorgelegt. Hinsichtlich des in der Sitzung entstandenen Abstimmungsverhältnisses erstatte ich nachfolgenden Bericht:

Die 4 ablehnenden Stimmen haben abgegeben die Gemeinderäte: Ortsgruppenleiter und erster Beigeordneter Panzer, der örtliche H.S.Hago-Führer van Kessel, der Kommunalreferent der Ortsgruppe der H.S.D.A.P. und Führer der S.A. Reserve I Böcker sowie der Führer der Aktiven S.A. jetziger Sturmführer Meyer.

Soweit ich die Angelegenheit beurteilen kann, ist die ablehnende Stellungnahme hauptsächlich auf das Betreiben des Gemeinderates van Kessel zurückzuführen. Van Kessel ist Führer der hiesigen H.S.Hago. Er hat in dieser Stellung ständig einen so eigenartigen Standpunkt eingenommen, daß schon verschiedentlich seine engsten und vertrautesten Mitarbeiter jegliche Unterstützung versagt haben. Dem Gemeinrat ist dazu eine gegnerische Einstellung gegen alle Beamten und Einrichtungen der Kommunalverwaltung in ganz besonderer Masse eigen, wie er auch der Ansicht ist, nur allein Nationalsozialist zu sein. Seine ablehnende Einstellung bei der Wahl wird zunächst darauf zurückzuführen sein, daß er sein Unterliegen in der Angelegenheit der Instanzsetzung der Gemeindeführer durch die Mieter (siehe dortige Entscheidung v. 26. Sept. 34 K.A.II P) nicht verschmerzen kann. Eine rein persönliche Note erhält aber seine gegnerische Einstellung durch den Fall der Räumung seiner angemieteten Wohnung. Van Kessel fühlt sich in diesem Falle von der Verwaltung im Stich gelassen, obschon, wie er weiß, alles Erdenkliche und eine weit über das Maß des Dienstlichen hinausgehende Vermittlung mit dem Eigentümer seiner Mietswohnung geschehen ist. Die Anlage selbst in gedrängter Kürze nach den vorhandenen Akten die Ent-

Auszug 1

... des Unterzeichneten seitens des Gemeinrat auf der Veranstaltung am Reichshandwerkerfest, daß er deshalb restlos seine Mitarbeiter einbüßte. Wie stets habe ich mich auch in den Fällen, die van Kessel betreffen, frei gemacht von jeder persönlichen Einstellung und mir meine Pflicht als Bürgermeister bzw. Ortspolizeiverwalter getan.

Das Mitglied des Gemeinderates Meyer, der als Hilfspolizeibeamter tätig war, habe ich wegen grober Dienstverletzung aus dem Gemeindevorstand entlassen müssen, nachdem ich ihm zur Erleichterung der wirtschaftlichen Umstellung für eine Übergangszeit noch ein Monatsgehalt gezahlt habe. Es darf wohl angenommen werden, daß die ausgesprochene Kündigung des Meyer zu seiner ablehnenden Einstellung veranlaßt hat. Eine beim Polizeipräsident Keln eingeholte Auskunft über den Gemeinrat als früheren Angehörigen der Schutzpolizei über die Beurteilung des H. bei.

Den Grund, der das Mitglied des Gemeinderates Böcker zu der ablehnenden Stellungnahme bewegen hat, habe ich erst später erfahren. Gelegentlich einer Aussprache erklärte mir Böcker, daß er sich ablehnend verhalten habe, weil er annahm, daß ich in allen Teilen stets mit Panzer nicht, obschon, wie ihm bekannt sei, Beanstandungen über die Führung der Amtsgeschäfte durch den Beigeordneten Panzer zu führen seien. Nachdem er jetzt wisse, daß seine Annahme irrig gewesen sei, bedauere er seine ablehnende Stellungnahme.

Die Entfremdung mit dem Ortsgruppenleiter Panzer setzte wohl mit dem Augenblicke ein, als ich in Beachtung der ministeriellen Bestimmungen der Partei und ihren Nebenorganisationen keine finanzielle Unterstützung mehr zu leisten werden lassen konnte. Auch ist es nicht ausgeschlossen, daß Panzer bereits vordem darin meinerseits eine Einstellung gegen die Ortsgruppe gefunden hat, daß ich aus dienstlichen Gründen wiederholt darauf hinweisen mußte, daß das zur Zeit im Rathaus noch immer untergebrachte Parteidbüro verlegt werden müsse. Bei dem im Rathaus vorhandenen Raumangel sind die Finanz- und Steuerabteilung zusammen im grossen Sitzungssaal untergebracht. Daraus ergibt sich häufiger, daß im gleichen Räume zu gleicher Zeit mit verschiedenen Einwohnern gerade über Angelegenheiten verhandelt wird, bei denen die internen Familien-Einkommen- u. Vermögensverhältnisse darzulegen sind. Dass dieser unhaltbare Zustand den Verwaltungsbetrieb stört und die Einwohner in Gegenwart anderer Personen nur mit Widerwillen ihre Verhältnisse eingehend klar legen, ist durchaus verständlich. Zudem befindet sich im Sitzungssaal kein Telefon, sodaß auch dadurch die reibungslose Abwicklung der Dienstgeschäfte

Auszug 2

kann nur dadurch abgeholfen werden, daß die von der Partei benutzten 2 Büroräume der hiesigen Verwaltung wieder zur Verfügung gestellt werden. Mehrfach habe ich mich darum bemüht, andere geeignete Räume für die Partei zu beschaffen, zuletzt unter Bereitstellung einer im Gemeindebesitz befindlichen Wohnbaracke gegen niedrigste Miete, womit auch der Ortsgruppenleiter einverstanden war. Dazu habe ich mich auch bereit erklärt, Büromöbel, soweit sie mir eben zu entbehren seien, unentgeltlich der Partei zur Verfügung zu stellen. Die Baracke, die zur Einrichtung von Büroräumen sehr geeignet ist, wurde erst verfügbar, nachdem diesseits 2 Familien trotz der hier herrschenden Wohnungsnot anderweitig untergebracht wurden. Panzer ging trotzdem dazu über einen Teil der Wohnbaracke für eine Übergangszeit wieder zu vermieten, und zwar nur um den Wohnungsfall van Kessel einseitig in dessen Interesse zu lösen und mich dadurch zu diesem in Gegensatz zu bringen. Wenn heute noch dieser unhaltbare Bürozustand andauert, so ist dies ein Verschulden des Ortsgruppenleiters und 1. Beigeordneten Panzer.

Dem Beigeordneten Panzer war auch der Inhalt der dortigen Verfügung vom 31. August 1934 K.A.II Nr. 124/02, nach der im Einvernehmen mit der Gau- und Kreisleitung meine Einweisung vorgenommen werden sollte, bekannt. Er hat diese Verfügung auch vor der Tätigkeit der Wahl den Gemeinderäten durch Verlesen zur Kenntnis gebracht. Bei Festlegung des Termins der Gemeinderatsitzung, d.h. 3 Tage vor der Sitzung, erklärte mir Panzer fast wörtlich: "Die Wahl ist ja nur eine Formsache. Die Angelegenheit ist, weil Gau- und Kreisleitung die Einweisung verlangen, in 3 Minuten erledigt." Eine so plötzliche Abkehr von früheren Standpunkt ist mir unverständlich. Bei der durch den Herrn Kreisleiter herbeigeführten Aussprache begründete Panzer seine ablehnende Einstellung mit der Angabe, daß Gefühl zu haben, daß ich zunächst einmal der Hitlerjugend gegenüber eingestellt sei, und daß dann auch unter seiner Amtsführung der alte Schlendrian wieder eingerissen sei. Panzer wird die Begründung immer schuldig bleiben, ich aber weise sie mit Entrüstung zurück, wobei ich mir versage, über seine Tätigkeit als Beigeordneter während der Zeit des Urlaubs meines Vorgängers heute ein Urteil abzugeben. Die Tatsache steht jedenfalls fest, daß der Beigeordnete Panzer wenige Tage vor meinem Dienstantritt in bestimmter Absicht Entscheidungen getroffen hat, deren Schaden ich von der Gemeinde abzuwenden habe.

Bei der Untersuchung des Falles durch die Kreisparteileitung habe ich feststellen können, daß ich nach wie vor das Vertrauen des Herrn Kreisleiters besitze; ich frage mich aber, ob ich bei den Bürgerständen, die Panzer und sein Anhang

Auszug 3

mir auch in Zukunft entgegengesetzt werden, der Gemeinde erfolgreiche Dienste leisten kann. Erfolgreich kann in Osterath nur der Verwaltungseifer wirken, dem zu den grossen Sorgen und der grossen Verantwortung, die ihm die Verwaltung der wirtschaftlich und finanziell fast völlig zusammengebrochenen Gemeinde bringt, von den örtlichen Parteistellen Schwierigkeiten nicht bereitet werden. Wenn das Vertrauen der vorgesetzten Behörde und der Partei mir die Leitung der Gemeinde Osterath übertragen hat, bitte ich heute diese Stelle um scharfes Durchgreifen zur Ausräumung der bestehenden Schwierigkeiten. Der Herr Kreisleiter hat bereits Panzer und van Kessel vom Parteidienst beurlaubt und beantragt Einleitung des Gaugerichtsverfahrens, die Aufsichtsbehörde wolle nun ebenfalls die Beurlaubung des 1. Beigeordneten bis zum Zeitpunkte ihrer endgültigen Entscheidung aussprechen, da bei dem völlig erschütterten Vertrauen keinerlei Möglichkeit zu einer reibungslosen und für die Gemeinde erspriesslichen Zusammenarbeit mehr besteht. Zur Lösung der Streitssache bin ich auch bereit, in meine frühere Gemeinde zurückzukehren; sollte ich aber nach dem Willen meiner vorgesetzten Behörde und der Partei in meinem jetzigen Amte verbleiben, müßte ich bitten, die Antegreifung des Beigeordneten Panzer durchzuführen. Sollte es dort von Bedeutung sein, die Einstellung der Bevölkerung zu erfahren, so kann ich berichten, daß die gesamte Bürgererschaft mit nur ganz wenigen Ausnahmen diesen Dingen in der heutigen Zeit verständnislos gegenübersteht und vertrauensvoll zur Verwaltung hält.

Rauy

Auszug 4

nicht reichlich genug ausfiel. Eine dritte Kategorie schließlich mordete einfach, weil sie durfte ...

Nehmt hundert Menschen, die vierzehn Jahre lang scharf und wild gemacht wurden: vernichte die Verderber Deutschlands, rottet die Untermenschen aus ... Rüstet die hundert, die es dem Adolf Hitler geschworen haben, mit Karabinern aus, und das Ergebnis ist zwangsläufig im 30. Juni in allen seinen Spielarten.«

Konrad Heiden. Hitler. 1936. Bd. 1. S. 457 f.

In der Osterather Zeitung am 23. März 1935 lesen wir zu Hugo Recken:

»... weil seitens der zuständigen Aufsichtsbehörde und von hohen Parteidienststellen in ihn das Vertrauen gesetzt wurde, dass er einerseits die an der Grenze von 3 Großstädten liegende und daher schwierig zu verwaltende Gemeinde Osterath nach allen Richtungen mustergültig leiten würde und andererseits die Gemeinde Osterath einen Bürgermeister erhalte, der jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt.«

Die Machtübertragung auf Bürgermeister Hugo Recken war konsolidiert. Und Ortsgruppenleiter Panzer in seine Funktion zurückgekehrt, um die ihm von übergeordneten NSDAP-Gliederungen zugewiesene Rolle wahrzunehmen. Im Sinne von Führerprinzip, Volksgemeinschaft und NSDAP-Programm. Symbiotisch gemeinsam mit Bürgermeister Recken, den NSDAP-Mitgliedern und der Gemeindeverwaltung. Wobei es quasi Doppelungen und Synergien so in Person von Johannes Herbrandt gab, sowie dem ganz überwiegend insbesondere katholischen Teil der Einwohner von Osterath, die der »Volksgemeinschaft« nach der NS-Ideologie zugerechnet wurden.

In diesem Sinn lesen wir in der Osterather Zeitung am 18. Mai 1935:

»Gemeinderatssitzung

Am 10. Mai ds. Js. fand im geschmückten Sitzungssaal des hiesigen Rathauses unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Recken eine öffentliche Gemeinderatssitzung statt, in welcher die von dem Beauftragten der NSDAP Herrn Kreisleiter Niem auf Grund der Deutschen Gemeindeordnung berufenen Gemeinderäte von dem Bürgermeister in ihr Amt eingewiesen, vereidigt und mittels Handschlag verpflichtet wurden. Der neue Gemeinderat besteht aus 7 Personen und zwar den Herrn Paul Gather, Wilhelm Könen, Hubert Kulgart, Jakob Weller, Peter Stoms, Johan Terwyen und Wilhelm

Thölen. In einer Ansprache wies der Vorsitzende (Hugo Recken, LK) die Gemeinderäte auf die Rechte und Pflichten ihres verantwortlichen Amtes hin und legte dar, dass sie auf Grundlage der in der Deutschen Gemeindeordnung enthaltenen Bestimmungen als Ehrenbeamte der Gemeinde beratend an den Aufgaben der Verwaltung mitzuarbeiten hätten. Auch bei der Kommunalverwaltung bestehe das Führerprinzip. Wenn die Gemeinderäte früher unter dem parlamentarischen System ihre Aufgaben unter dem Gesichtspunkt verschiedener Parteidogmen erledigten, hätten im nationalsozialistischen Staat die Gemeinderäte die Aufgabe, die dauernde Führung der Verwaltung der Gemeinde mit allen Schichten der Bürgerschaft zu sichern. Sie hätten den Bürgermeister eigenverantwortlich zu beraten und seinen Maßnahmen in der Bevölkerung Verständnis zu verschaffen. Weiter hätten sie bei ihrer Tätigkeit ausschließlich das Gemeinwohl zu wahren und zu fördern. Nach der Ansprache wurde der Eid auf den Führer von den Gemeinderäten geleistet. Als dann händigte der Bürgermeister den Gemeinderäten die Berufungsurkunde zu Ehrenbeamten aus. Die Sitzung endete mit einem Sieg Heil auf den Führer.«

Ebenfalls in der Osterather Zeitung am 18. Mai 1935 lesen wir die Meldung:

»Ausgrabungen auf dem jüdischen Friedhof«

Die extrem-antisemitische Maßnahme auf Betreiben von Hugo Recken als nationalsozialistischem Bürgermeister. In Verbindung mit einem Bestreben zur Amtsbestätigung. Wozu er glaubte durch eine praktische Maßnahme im antisemitisch-eliminativ nationalsozialistisch-ideologischem Sinn bei den örtlichen NSDAP-Funktionären und seinen mit diesen vernetzten bürokratisch-politischen nationalsozialistischen Vorgesetzten »Vertrauen« schaffen zu müssen. Deswegen seine massiven Interventionen, dass die »Umlegung« des jüdischen Friedhofs nicht auf den kommunalen Friedhof in Osterath erfolgt – also »arische« Gräber in der Nähe von »Jüdischen« liegen könnten –, sondern auf den jüdischen Friedhof in Krefeld – als antisemitische Exportmaßnahme. Als Basis im Anschluss im Bündnis mit seinem bürokratischen Symbionten Herbrandt und der Allianz der katholischen Geistlichkeit und der katholischen Gemeindegelitte die Macht übertragen zu erhalten – vom NSDAP-Kreisleiter Kempen-Krefeld Niem. Weil Recken in Osterath aus der Perspektive der überörtlichen NSDAP-Partei-Staats-Funktionäre der bessere Garant zur Realisierung des nationalsozialistischen Kernziels sei: Alle von ihnen als »Juden« definierte Menschen zu ermorden.

Siehe:

- »Das 25-Punkte-Programm der NSDAP«, S. 58 – 64, das »ABC des Beamtengesetzes«, S. 123 – 125 sowie »Die Um- und Durchsetzung von antisemitischen Maßnahmen ...«, S. 41 – 64
- »1935: Die Umlegung des jüdischen Friedhofs ...«, S. 65 – 70 und
- »1945–1949: Die Entnazifizierung von Hugo Recken und Johannes Herbrandt ...«, S. 141 – 164

Die Funktionäre der Osterather NSDAP vom Ortsgruppenleiter bis zu den Gemeinderatsmitgliedern waren ausgetauscht oder auf Recken-Linie gebracht worden. Hugo Recken konnte die Gemeinde politisch nach »Recht und Gesetz« führen, »mit einem Sieg Heil auf den Führer«.

Wesentliche Veränderungen bei der kommunalen Selbstverwaltung lassen sich in Stichpunkten zusammenfassen:

- Gegensätze zwischen Kommunalverwaltung und NSDAP um Kompetenzen und damit Macht – zur Umsetzung der NS-Ziele –, nicht ideologisch.
- Zerstörung der Einheit der Verwaltung.
- Aushöhlung und Zersplitterung des gemeindlichen Aufgabenbereichs. So übernahm die NSV aus Propagandagründen – »die Partei sorgt für alle Volksgenossen« – fast den gesamten Sozialbereich.
- Sozialabbau in den Gemeinden. Die staatlich verfügbaren Mittel dienten ganz überwiegend der Kriegsvorbereitung und damit dem Ziel des NSDAP-Programms, möglichst aller Juden weltweit habhaft zu werden, um sie zu töten. Folgerichtig mussten die Gemeinden 1939 zusätzlich eine Kriegsabgabe zahlen.
- Zugriff von NSDAP und deren Parteiorganisationen auf die gemeindlichen Finanzen, z. B. beim Bau der HJ-Heime.
- Lokalverwaltung als Instrument partei-staatlicher Zielsetzungen.
- Massiver Einfluss der NSDAP auf die Personalpolitik. Dabei Versorgung altgedienter Pg. und NS-Karrieristen, also Parteibuchwirtschaft im Sinne von Korruption.
- Dualismus Partei – Gemeinde – wie auf staatlicher Ebene Partei – Staat.
- Führerprinzip in der Gemeinde.
- Ausgehend von der NSDAP Politisierung aller Bereiche. Ein Bürgermeister war politischer Partei-Staats-Gemeinde-Führer.
- Zentralisierung im Bereich der staatlichen Verwaltung.

Diese Aspekte sind alle miteinander vernetzt. Um alle Bereiche der Gesellschaft effektiv und effizient in den Dienst des eliminatorischen nationalsozia-

listischen Antisemitismus zu stellen. Es gab keine quasi neutralen Verwaltungs-Reservate. Entweder ein Bürgermeister diente als Nationalsozialist und partei-staatlicher Beamter politisch dieser Zielsetzung – oder er blieb nicht Bürgermeister. Dazwischen gab es nichts. Nur die bürokratische Tarnung nach außen zur Legitimation und Absicherung unter allen Umständen – und sich ändernden politischen Systemen. Die sich ändern, aber Bürokratien nicht. Durch die in ihnen – führend und vernetzt – handelnden Menschen, ihr bürokratischer Habitus, der sich von Generation zu Generation durch die Bürokratie-Kultur reproduziert.

Die Durchsetzung des Führerprinzips in den Gemeinden hatte zum Ziel die

»Identifizierung der Selbstverwaltungsidee mit den politischen Zielen und weltanschaulichen Programm der NSDAP«.

So Karl Dietrich Bracher u. a. in »Die nationalsozialistische Machtergreifung.« (Köln 1974. Bd. 2. S. 102).

Die Ortsgruppenleiter hatten in den Gemeinden wesentlichen Einfluss auf insbesondere:

- Stellungnahmen zu Schutzhaftfällen
- Stellungnahmen zu Entlassungsanträgen von Schutzhäftlingen
- Stellungnahmen zu politischen Polizeiangelegenheiten
- Stellungnahmen zu Verlegungen von Schutzhäftlingen in KZ und zur »Moorkultivierung«
- Stellungnahmen zur Überwachung von Gemeindeeinwohnern
- Politische Beurteilungen von Gemeindebeamten, Lehrern etc.
- Einfluss auf alle gemeindlichen Entscheidungen.

»In Düsseldorf schloss Mitte November 1933 ein kommunalpolitischer Gaukongress die Phase der Machtergreifung in den Gemeinden ab. Zuvor hatte sich das Gauamt für Kommunalpolitik eine vollständige Übersicht über die Stellenbesetzung verschafft.«

PETER HÜTTENBERGER. DIE GAULEITER. DÜSSELDORF 1969. S. 95.

Auch die kommunale Ebene war vernetzt. Dann in der Symbiose NSDAP-Hauptamt für Kommunalpolitik und Deutscher Gemeindegtag in Verbindung mit der Symbiose NSDAP-Hauptamt für Beamte und Reichbund Deutscher Beamter in der bürokratischen Umsetzung des Holocaust in den Gemeinden. Im Sinne des Führerprinzips und der na-

tionalsozialistischen Volksgemeinschafts-Ideologie wurden alle Maßnahmen gegen »Gemeinschaftsfremde«, insbesondere die als »Juden« definierten Menschen, horizontal und vertikal vernetzt koordiniert – dies bürokratisch-strukturell wie personell. Wobei Bürgermeister den »Führerwillen« antizipierten und durch ihre Vorab-Maßnahmen die formellen partei-staatlichen politischen Bürokratien unter Zugzwang setzten und damit zu formellem Nachvollzug mit Erlassen und Anweisungen zwangen. Um die Einheit von Partei und Staat zu stabilisieren, vollzogen die übergeordneten Bürokratien die – koordinierten – kommunalen Maßnahmen nach. Alles ist vernetzt – im Sinne der Zielsetzungen des NSDAP-Programms.

Der Bürgermeister war in allen Fragen auf Koordination mit der NSDAP angewiesen, sei es mit dem Ortsgruppenleiter oder anderen NSDAP-Amtswaltern vor Ort oder höheren Parteiinstitutionen wie Kreisleiter Niehm oder Gauleiter Florian, ggf. auch Oberpräsident und Gauleiter in Essen Terboven in Koblenz. Die Zuständigkeiten Partei – Staat waren sowohl parallel als auch vernetzt – institutionell wie personell. Damit besonders effektiv und effizient. Wobei die Frage war: Wer hat »die Hosen an«. In Osterath war es Bürgermeister Hugo Recken, weil er im Sinne der NSDAP-Interessen deren bestmögliche Realisierung versprach. Die Konkurrenzsituation bedingte Synergieeffekte im Sinne der NSDAP-Interessen in der Umsetzung des NSDAP-Programms: »Konkurrenz belebt das Geschäft.«

Die von den Bürgermeistern an den Regierungspräsidenten auf dem formellen Bürokratie-Dienstweg 1934 im Sinne des Führerprinzips in den Gemeinden eingereichte Liste mit Kandidaten für die Gemeinderäte wurde dann von dort an Gauleiter Florian weitergeleitet, begutachtet und genehmigt. Das Gauamt für Kommunalpolitik führte eine Kartei über sämtliche Bürgermeister. »Weiterhin übte die Gauleitung auf die Gemeindeverwaltungen vor allem dadurch Druck aus, dass sie bei Stellenumbesetzungen auf die Einholung von Personalgutachten der Politischen Leiter (der NSDAP-Ortsgruppen, LK) über den Bewerber bestand.« (Hütteberger, S. 100)

Dieser Druck wurde nach unten weitergegeben: »Im August 1934 forderte der Landrat alle kreisangehörige Gemeinden auf, »in Zukunft Vorschläge von Beigeordneten, Schulzen und Schöffen zunächst dem Ortsgruppenleiter der NSDAP vorzulegen.« So Konrad Thies und Wolfgang Schluning (Hrsg.) in »Der Kreis Viersen am Niederrhein« (Stuttgart 1978, S. 118f.)

Die Kreisleitung der NSDAP musste den Hauptsatzungen der Gemeinden zustimmen. Siehe: Kreisarchiv Viersen, Bestand Lank 91.

Staatliche Maßnahmen und Gesetze schlugen bis in die Gemeinden durch. So das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« zur Entlassung aller als jüdisch definierten Beamten 1933. Das die bürokratischen Beamten-Strukturen so nachhaltig zerstörte, dass das Berufsbeamtentum nach 1945 rekonstruiert wurde. Diese Rekonstruktion ohne Anpassungen auf Basis der historischen Erfahrungen ist **der** – antidemokratische – Geburtsfehler der Bundesrepublik Deutschland.

»Die Gemeinde als örtliche politische Ebene war in der Hand der Partei. Durch die formell weiter bestehende Selbstverwaltung war die Gemeindeverwaltung sogar stärkeren Parteeinwirkungen ausgesetzt als die staatliche und allgemeine Verwaltung. Das Ausmaß der Parteeinwirkungen war regional und lokal verschieden; nicht selten war es auch von der Größe eines Ortes abhängig. Insbesondere in den katholischen Gebieten lässt sich feststellen, dass die konfessionelle und soziale Homogenität der Bevölkerung eine deutliche Schranke für den Einfluss der Partei auf die Gemeindeverwaltung darstellte.«

HORST MATZERATH. NATIONALSOZIALISMUS UND KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG. STUTT GART 1970. S. 434.

Die Nationalsozialisten in Osterath waren selbst (in wenigen Fällen: ehemalige) Katholiken. Für die überörtlichen NSDAP-Führer war es gleichgültig, wer vor Ort »die Hosen an hat«. Entscheidend war, wer aus ihrer Perspektive versprach, die nationalsozialistischen Zielsetzungen vor Ort am nachhaltigsten zu realisieren. In Osterath war es Bürgermeister Hugo Recken. Nicht Ortsgruppenleiter Panzer, nach 1942 Ortsgruppenleiter Dohmen. Deren Konkurrenzsituation weiter für Synergien im Sinne der nationalsozialistischen Zielsetzungen sorgte.

»Die Verwaltung selbst unterlag im Dritten Reich tiefgreifenden Strukturveränderungen. Auf relativ festen Normen beruhende geregelte Verwaltungsführung als fortwirkende Struktur des Verwaltungs- und Rechtsstaates (Sic! Beachte die Reihenfolge! LK) und der sich durch »Maßnahmen« verwirklichende totale politische Anspruch der totalitären Staatspartei stellten widerstrebende, unvereinbare Prinzipien dar. Bedeutet das erste Prinzip, das um der Rationalität der Verwaltung willen, wenn auch widerwillig, bis zu einem bestimmten Grad hingenommen wurde, eine gewisse Schranke

für die Willkür des Maßnahmensystems, so war im Ideal nationalsozialistischer Staats- und Verwaltungsführung dieser Widerspruch überwunden; die total technisierte, an keine Norm und keine Gewalt mehr gebundene Verwaltung, die nur noch Instrument, gleichzeitig aber durch die rein personale Bindung des Gefolgsmanns an den ›Führer‹ bzw. an den von ihm bestimmten ›Unterführer‹ indoktriniert und damit zur höchsten Leistung befähigt war.« MATZERATH. S. 435.

Die damit verbundene politische Verwaltungspraxis im Sinne der nationalsozialistischen Zielsetzungen insbesondere in der Realisierung des Holocaust auch in Verantwortung von Bürgermeister Hugo Recken wurde dann schein-legitimiert und so bürokratisch abgesichert. Um persönliche Verantwortlichkeiten zu relativieren, auch zu verschleiern, um schein-verantwortungslos zu bleiben – unter allen Bedingungen, auch des politischen Systemwechsels. Darin hatten – und haben – die deutschen Bürokraten umfassende Erfahrung und diese Erfahrung nutzen sie – bürokratisch-gnadenlos. Erst ich und mein Bürokratenetzwerk, dann der Rest der Welt. Das Gegenteil des postulierten Gemeinwohls – in allen politischen Systemen –, das ideologischen bürokratischen Legitimationscharakter nach außen hat.

Die spezifisch deutsche Bürokratie-Kultur, die andere gesellschaftliche Kulturen durch bürokratische Macht-Instrumentalisierung überlagert und dominiert, auch die demokratische Kultur. Dies mit negativen Konsequenzen für diese gesellschaftlichen Kulturen und die Gesellschaft insgesamt im Sinne von Verhinderung notwendiger gesellschaftlicher Evolution mit der Folge von Verschärfung von gesellschaftlichen Gegensätzen, die einen Punkt erreichen können, wo es zu gewaltsamen gesellschaftlichen Konflikten kommen kann, weil es keine friedlichen Möglichkeiten gesellschaftlicher Evolution gibt.

»Führer einer Gemeinde kann nur sein, wer den Geist der Nationalsozialistischen Weltanschauung in sich trägt.«

So der Leiter des Gauamtes für Kommunalpolitik Düsseldorf Ebel 1937. (Stadtarchiv Düsseldorf. Nachlass Ebel: Gauamt für Kommunalpolitik 131)

Und an selber Stelle weiter:

»Dem Parteibeauftragten steht die Auswahl und politische Erziehung derjenigen Menschen zu, die in der Gemeindeverwaltung tätig sind. Er hat die Männer auszuwählen, die berufen sein sollen, die Geschicke der Gemeinde zu lenken.«

Bei der Arbeitstagung in der Gauamtsführerschule Wehlenberg 15.–17. November 1935 ist im Protokoll zu NSDAP-Gauamtsleiter Ebel zu lesen:

»In seiner Eröffnungsrede wies er darauf hin, dass es an den Kommunalpolitikern, die zur Mitarbeit an der Neugestaltung des kommunalen Lebens berufen sind, liegt, dafür Sorge zu tragen, dass die Maßnahmen der Reichsregierung und der Partei, die eins sind, restlos durchgeführt werden.«
Stadtarchiv Düsseldorf. Nachlass Ebel: Gauamt für Kommunalpolitik.

Die selbstverständliche Exekution des nationalsozialistischen eliminatorischen Antisemitismus in den Kommunen. Auch durch das Gauamt für Kommunalpolitik in Verbindung mit dem NSDAP-Amt für Kommunalpolitik bei der NSDAP-Reichsführung vernetzt mit dem Deutschen Gemeindebund – »betreut« vom Reichinnenministerium – sowie dem Reichsbund Deutscher Beamter als NSADP-Organisation koordiniert. Als effektive und effiziente Teil-Organisation des Holocaust.

Wer war in der Gemeindeverwaltung Osterath dieser Mensch? Johannes Herbrandt.

Im Nationalsozialismus werden durch die handelnden Akteure aller Ebenen »... Begriffe wie Rechtsstaatlichkeit und Rechtsbewusstsein zu bloßen Worthülsen degradiert, wenn sich der Staat über allgemein verbindliche sittliche Wertvorstellungen, unter denen die Achtung vor dem menschlichen Leben den ersten Rang einnimmt, hinwegsetzt.«

ADALBERT RÜCKERL. VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG MIT DEN MITTELN DER JUSTIZ. IN: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE 43/82. S. 25.

Aus der Bürokraten-Perspektive geht es lediglich um die Legitimation von Maßnahmen – zu ihrer eigenen Absicherung von Verantwortungslosigkeit. Das in Bürokratie-Sprache, durch die die Ideologie durchscheint. Wenn man dies verstehen will.

»Die kommunale Selbstverwaltung war eines der traditionellen Elemente, die der Nationalsozialismus parasitär ausnutzte und zersetzte.«
MATZERATH. S. 437.

Parasiten in diesem Sinne waren die Bürokraten, die so handelten. Wie Bürgermeister Hugo Recken und sein Symbiont Johannes Herbrandt in Osterath.

Das Bundesverfassungsgericht charakterisierte die kommunale Selbstverwaltung in der NS-Zeit als »bloße Erscheinungsform des dezentralen gesteuerten Einheitsstaates«. (BverfGE Bd. 11, S. 275)
NACH MATZERATH. S. 434F.

In dem bürokratische Akteure in ihren jeweiligen Funktionen im Sinne der nationalsozialistischen Programmatik vernetzt agierten. Wie in Osterath Bürgermeister Hugo Recken in Symbiose mit Johannes Herbrandt.

Fokussiert auf die Personen Rudolf Bartels und Hugo Recken im konkreten Umfeld in Osterath: Die katholische Gemeindeelite instrumentalisierte ihre abgefallenen Glaubensbrüder von der NSDAP – siehe auch: Osterather Pfarrchronik von Pastor Hövelmann, S. 12 –, um die Chance zu nutzen, den Protestanten Bartels durch den Katholiken Recken ersetzen zu können. Dabei hatten die Agierenden zwei vernetzte Zielsetzungen: Weitest möglich die dörflich-katholisch-konfessionellen gesellschaftlichen Bedingungen zu konservieren und damit vernetzte katholisch-bürokratische Strukturen als integralen Teil der katholischen Dorf-Kultur gegen die nationalsozialistischen Auflösungsbestrebungen zu konservieren. Ein Bündnis von Katholiken, dessen nachhaltiger Erfolg – über die NS-Zeit hinaus – bedingt war durch das NS-Interesse nach Konsolidierung nach dem »Röhm-Putsch«. Mit einem im Hintergrund agierenden nationalsozialistischen Gemeindebeamten Johannes Herbrandt, der rechten Hand von Recken, einer Symbiose im gemeinsamen Interesse.

Zur Demonstration der katholischen Macht-Verhältnisse in Osterath hat Bürgermeister Hugo Recken an kirchlichen Veranstaltungen und Umzügen

teilgenommen. Die im Einzelfall in nationalsozialistische propagandistische Feierlichkeiten eingebettet waren.

Die Übergänge waren fließend und verschoben sich. Es gab nicht einfach klar Braun oder Schwarz, sondern Abstufungen dazwischen, die sich ändern bzw. verschieben konnten. Wer aber in gesellschaftlichen Funktionen war und blieb, der war Teil der nationalsozialistischen bürokratischen Mordmaschine. Wie Hugo Recken und Johannes Herbrandt. Spekulierend auf Unkenntnis der Besatzungsmächte und interessengeleitetem Desinteresse der – neuen-alten – zuständigen deutschen Bürokratien hat Hugo Recken dies nach der Befreiung 1945 zur Selbst-Legitimation uminterpretiert und uminterpretieren lassen, insbesondere durch seinen Symbionten Johannes Herbrandt und die katholische Geistlichkeit in Verbindung mit der katholischen Gemeinde-Elite. Mit dem Ergebnis der pathologischen Recken-Legende.

Die Enkel und Urenkel im bürokratischen Geist von Hugo Recken und Johannes Herbrandt führen dies heute fort. Wir werden erleben, wie weit sie damit Erfolg haben. Nichts ist determiniert, so Karl Popper.

**»Es gibt drei Dinge auf der Welt,
die nicht lange verborgen werden können:
die Sonne, der Mond und die Wahrheit.«**

KONFUZIUS

Hugo Recken als Bürgermeister in Osterath, Januar 1934 bis März 1945: Antisemitische Maßnahmen gegen als Juden bezeichnete Menschen und die geschichtswissenschaftliche Bewertung

a. Die Um- und Durchsetzung von antisemitischen Maßnahmen zur Diskriminierung, Terrorisierung, Absonderung, Enteignung und Ermordung der betroffenen Deutschen in Verantwortung des Bürgermeisters in Osterath Hugo Recken

»Nicht der Staat befiehlt uns,
sondern wir befehlen dem Staat.«

ADOLF HITLER

»Jede Herrschaft äußert sich und funktioniert als
Verwaltung.«

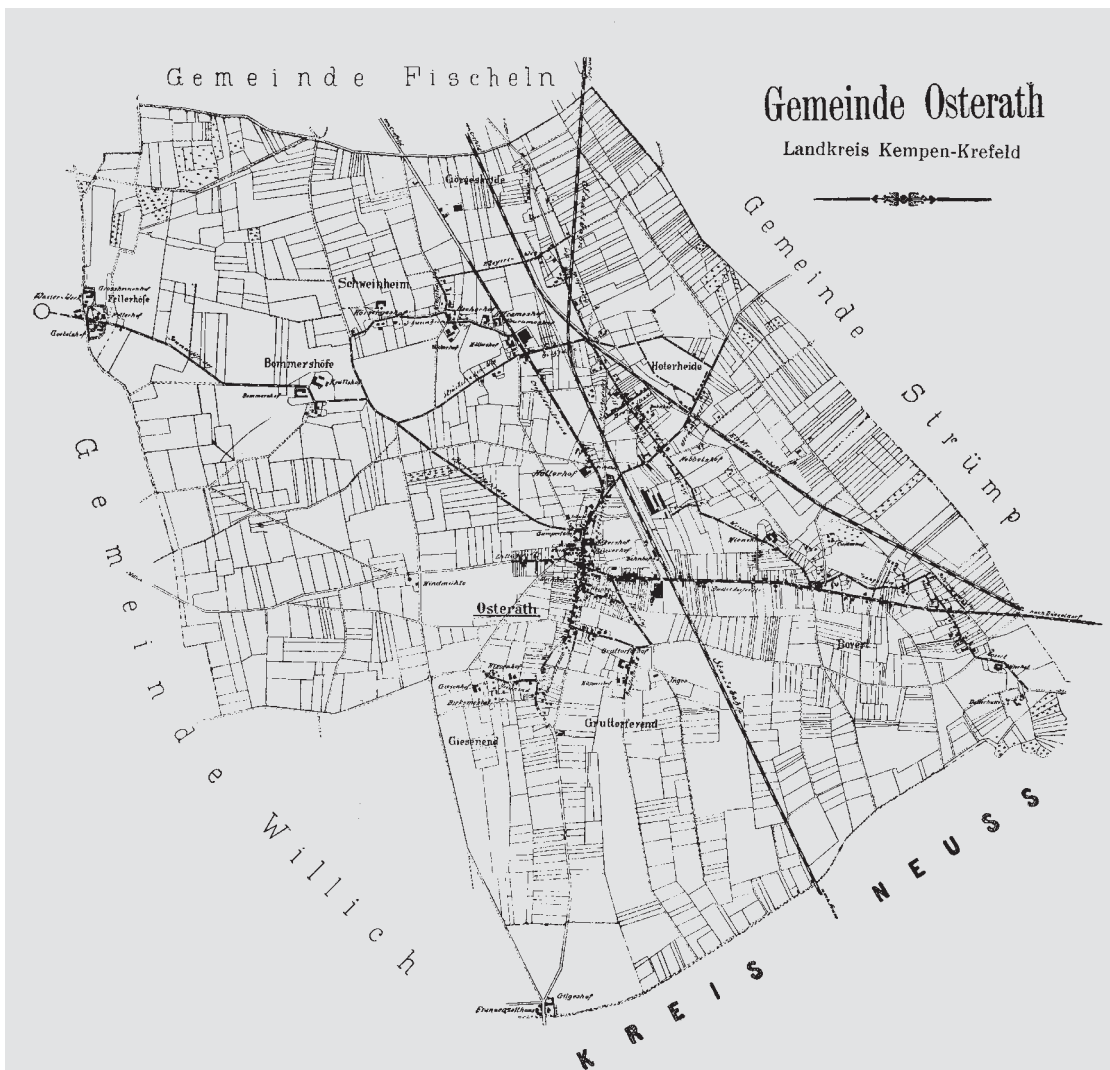
MAX WEBER

Hugo Recken war Bürgermeister in Osterath. Damit Verwaltungschef und als solcher verantwortlich

KARTE OSTERATH, 1940

für alles, was von Seiten der Gemeindeverwaltung an Maßnahmen umgesetzt wurde. Dies trifft ebenso zu für seine Rolle als örtlicher Polizeichef – und dann seine Rolle als die örtliche Gestapo. Durch die Verschmelzung von Partei und Staat auch auf der kommunalen Ebene, durch die Übernahme der Polizei durch die SS in Verbindung mit den sich daraus ergebenden Aufgaben eines Verwaltungs- und Polizeichefs war Hugo Recken Teil des NS-Terror-systems. Und dieses Terrorsystem definierte als einen zentralen zu eliminierenden Feind »den Juden«. Dies auch im Sinne des Göbbels-Zitats: »Wer Jude ist, bestimme ich.« Konkret: Wer »gemeinschaftsfremd« sei, das wurde willkürlich definiert. Aus dieser Verquickung ergab sich die Mittäter-Rolle von Bürgermeister Hugo Recken im Holocaust.

Reckens ideologische Ausrichtung wurde durch jeweils einwöchige Schulungen des Gauamtes für Kommunalpolitik Düsseldorf vertieft, zu denen er



regelmäßig dienstverpflichtet war. So verinnerlichte er die Grundsätze der NS-Ideologie, niedergelegt im NSDAP-Programm. Im Zentrum der eliminatorische NS-Antisemitismus.

Hitler – und über ihn die NSDAP – als Staatsgewalt legitimierte alle Terror- und Gewalthandlungen damit, dass er – aus seiner Perspektive damit Deutschland – angegriffen würde und damit Notwehr zum Selbstschutz gegeben sei. Notwehr im Sinne der Ermordung aller – vermeintlichen – Gegner. Fokussiert formuliert: »Mein Kampf«. Der Nationalsozialismus war – und ist – eine Kultur des Todes.

Per Gesetz galt das Postulat der »Einheit von Partei und Staat« – in dieser Reihenfolge und auf allen Ebenen. Die Nationalsozialisten postulierten die »Volksgemeinschaft« – und definierten, wer ihr angehört und wer nicht und deswegen ausgegrenzt bis »sonderbehandelt« – also schein-legal ermordet – wurde. Wobei das willkürlich festgelegt, geändert und erweitert wurde. In dieser »Volksgemeinschaft« galt das Führer- und Gefolgschaftsprinzip.

»Der nationalsozialistische Staat ist ein Rechtsstaat, weil in ihm die Rechtsidee aufs engste mit der Staatsidee verbunden ist. Denn beide führen sich auf dieselbe Quelle, nämlich die Volksgemeinschaft, zurück.«

PROF. DR. OTTO KOLLREUTHER. DER NATIONALSOZIALISTISCHE RECHTSSTAAT. 1934.



DIE HIERARCHIE DES NS-PARTEI-STAATES:
DAS FÜHRERPRINZIP, SCHAUBILD: LOTHAR KLOUTEN

Diese Juristen-Sophistik ist juristische Perversion. In diesem Stil ist alles zu legitimieren: Nenne mir ein Ziel, ich legitimiere es schein-juristisch scheinbegründet. Positivistischer Wahn – ethiklos. Was sich durchsetzt, ist Recht. Auch Auschwitz.

Die NSDAP-Institutionen dominierten nicht nur die gesellschaftlichen Subsysteme. Sondern nur soweit die NSDAP-Institutionen von ihren Machtmöglichkeiten keinen Gebrauch machten, regelte sich das private und öffentliche Leben nach den Normen des überkommenen oder neu geschaffenen »Rechts«.

»Nazideutschland ist der Inbegriff der Lüge, des Verbrechens und der brutalen Gewalt.«

SEBASTIAN HAFFNER. JEKYLL & HYDE. 1939. S. 8.

Oberpräsident für die Rheinprovinz war der Gauleiter von Essen Terboven.

Die Gestapo-Leitstelle Düsseldorf, die größte im Deutschen Reich, war der Bezirksregierung Düsseldorf angegliedert und im selben Gebäude untergebracht. So war der Dienstweg zur Übermittlung von Anordnungen zu Maßnahmen gegen »Juden« und ihre Weiterleitung an die Kreis-, Stadt- und Polizeibehörden besonders kurz – und bürokratisch effektiv.

Im »Nachrichtenblatt der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Köln« am 15. Oktober 1934 lesen wir (LAV NRW R, RW 34 Nr. 001):

»... die Erfolge der Kreis- und Ortspolizeibehörden auf dem Gebiet der politischen Polizei in erheblichem Maße zur Beseitigung staatsfeindlicher Bestrebungen und damit zur Befriedung des Regierungsbezirks beigetragen haben.«

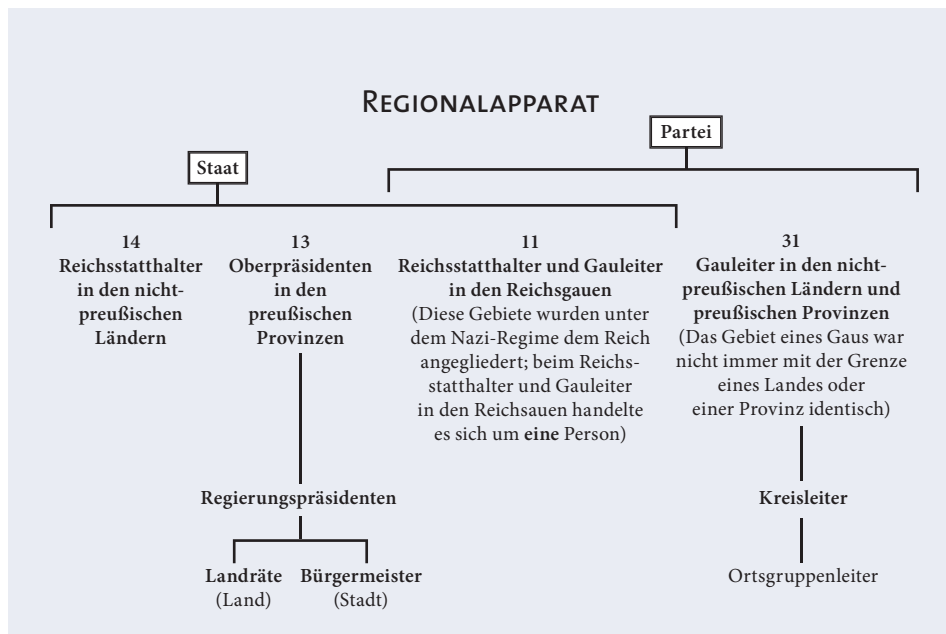
Das gilt analog für den Regierungsbezirk Düsseldorf: Die Erfolge auch in Osterath unter Ortspolizeichef Bürgermeister Hugo Recken.

Im Gestapo-Gesetz vom 10. Februar 1936 hieß es im § 4 »Zuträgerfunktion für alle Kreis- und Ortspolizeibehörden als Hilfsorgane der Gestapo« in Absatz 1 Satz 2:

»In diesem Rahmen haben die Kreis- und Ortspolizeibehörden den Weisungen der zuständigen Staatspolizeistelle Folge zu leisten.«

Das bedeutet: Den Primat der Gestapo, einem aus einer NSDAP-Parteigliederung entstandenen staatlichen Organ, gegenüber den Kreis- und Ortspolizeibehörden. Die wiederum über die Vernetzung mit der SS mit der NSDAP nochmals vernetzt sind.

Was bedeutet das für die polizeiliche Praxis? Die Kompetenzen waren neu geordnet worden.



Da Bürgermeister und Ortspolizeibehörde und damit örtliche Gestapo auch NSDAP-Mitglieder waren, war eine weitere Vernetzung gegeben. Auch mit den örtlichen NSDAP-Gliederungen, dies auch in der Verwaltung.

Am Beispiel von Bürgermeister Hugo Recken finden wir in den Gestapo-Akten im Staatsarchiv Nordrhein-Westfalen einige Schreiben von ihm an die Gestapo-Außendienststelle Krefeld oder die Gestapo-Leitstelle Düsseldorf. Seine schriftliche formelle dienstliche Kommunikation bezieht sich auf »Fälle«, in denen er im Rahmen der definierten Kompetenzen agierte, auch initiativ.

H. G. Adler in »Der Verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland« (S. 1025) zitiert aus »Stuckart/Schurbarth. Verwaltungsrecht« (Leipzig 1938, S. 60–62) zur »Organisation der Polizei«:

»4. Ortspolizeibehörden sind
a. in den Städten: die Leiter der Gemeinden (... Bürgermeister)

...

1. Die Geheime Staatspolizei

...

c. Kreis und Ortsbehörden der Geheimen Staatspolizei sind die Kreis- und Ortspolizeibehörden«

In den Dokumenten des Nürnberger Prozesses ist PS-1852 »Der Aufbau der Deutschen Polizei (Stand Sommer 1940)«. Ein Auszug:

»Der Reichsminister des Innern
Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei: Heinrich Himmler
– NSDAP und Staat

I

Ortspolizeibehörden
Bürgermeister mit Gemeindepolizeibeamten und Gestapo«

Im »Polizei-Handbuch« (37. Auflage, Lübeck 1942) wird in »Erster Teil: Staatsrecht« ausgeführt:

»Vorbemerkungen

Der Staat

I. Das Parteiprogramm

Mit einer neuen, zum Durchbruche und Siege gelangten Weltanschauung durchpulst in uns Geist staatliche Formen und staatliches Leben. Nur vom Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung her kann eine neue Staatslehre aufbauend über Begriffe formen. Mit dem Siege der Idee sind die Parteidogmen und der sie vertretenden Kampfbewegung die neue Staatsgrundsätze der Gemeinschaft des Volkes geworden. Sie sind richtungsweisend für neue und überkommene Gesetze (NSDAP-Programm).

Verfassung und Verwaltung

Nationalsozialistische Verfassungsgrundsätze.

1. Die nationalsozialistische Weltanschauung ist die weltanschauliche Grundlage der Existenz und damit der Organisation des Dritten Reiches.

»Die nationalsozialistische Idee hat ihren Sitz in der Partei.« (Hitler)

II. Staatsgrundgesetze

Da wesentliche Teile der Reichsverfassung vom 11.8.1919 z.Zt. aufgehoben oder gegenstandslos geworden sind, im übrigen auch in absehbarer Zeit eine Verfassung nationalsozialistischer Prägung erwartet werden kann, ist von dem Abdruck der veralteten Wortlauts Abstand genommen worden.«

Die juristischen Gehirnkrämpfe drücken sich in der verquerten Sprache aus. Der Text in Kurzfassung: Der Führerwille – aller Ebenen – ist Recht. Alles Weitere ist Legitimations-Beiwerk – für maß-

lose schein-legale Willkür. Im NS-Staat gab es kein Recht im juristischen Sinn. Alle Maßnahmen waren illegal und illegitim, damit kriminell und strafbar.

Wolfgang Benz hat formuliert:

»Mit der Verschmelzung von SS und Polizei verwichen die Grenzen zwischen normativ-kontrolliertem staatlichen Handeln und im Vollzug nationalsozialistischer Ideologie ausgeübter Willkür.«

Eben willkürlicher Staats-Terrorismus bis zur Gemeindeebene, schein-legal kostümiert.

Raul Hilberg hat in »Die Vernichtung der europäischen Juden« (S. 48) nach dem Dokument aus dem Nürnberger Prozess PS-2905 – von Reichsinnenminister Frick beglaubigte Organisationstafeln – den »Regionalapparat« dargestellt (s. vorherige Seite).

Zu den Hierarchien formuliert Hilberg (S. 49):

»Alle vier Hierarchien trugen nicht nur mit administrativen Maßnahmen, sondern auch mit ihren jeweiligen organisatorischen Eigenheiten zum Vernichtungsprozess bei. Die Beamtenschaft brachte ihre unbestechliche planerische und verwalterische Gründlichkeit ein.«

In meinem Buch »Hubert Vootz. Ein Leben für die Freiheit – Vom deutschen Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland« (S. 91) habe ich ein

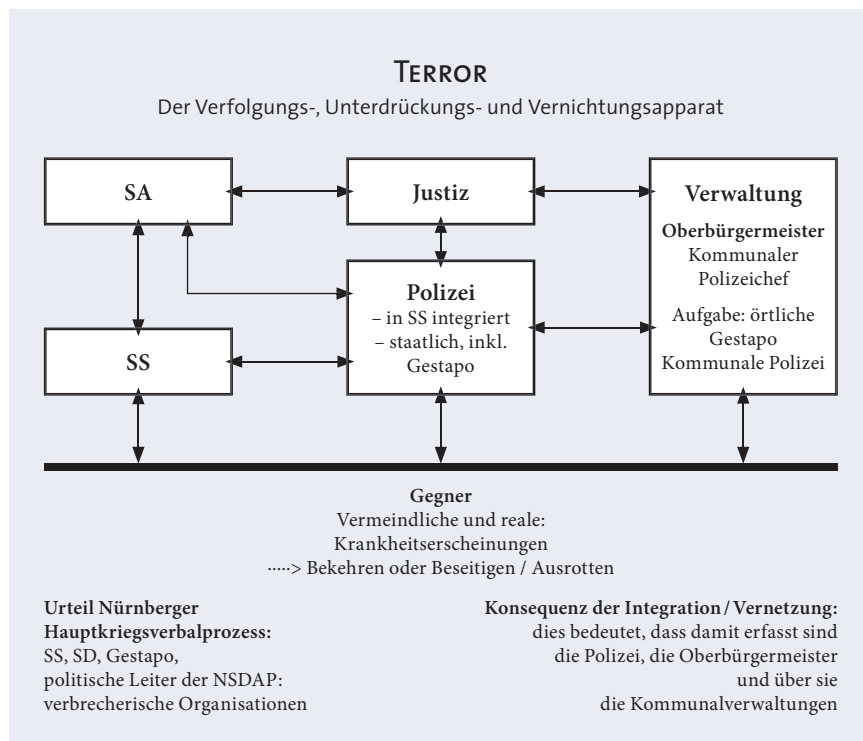
Terror-Schaubild veröffentlicht, das die Vernetzung von NSDAP und Staat auf allen Ebenen für die Rolle der Bürgermeister integriert:

Anselm Faust benennt in »Die Kristallnacht im Rheinland« (S. 69) die »personellen Verflechtungen zwischen Partei und ihren Verbänden, den kommunalen Verwaltungen und dem Polizeiapparat.«

»Die Vernichtung der Juden war nicht zentralisiert. Weder hatte man ein Behörde für Judenangelegenheiten gegründet, noch ein Budget für den Vernichtungsprozess bereitgestellt. Die antijüdischen Maßnahmen verteilten sich auf den Staatsdienst, das Militär, die Unternehmen und die Partei. Alle deutschen Organisationen wurden in das Projekt einbezogen. Jede einzelne Behörde trug dazu bei; man nutzte jede Spezialisierung; und an der Umklammerung der Opfer waren durchweg alle Gesellschaftsschichten beteiligt.« So Raul Hilberg in »Täter, Opfer, Zuschauer« (S. 33).

Zum arbeitsteiligen Charakter der Deportationen schreibt Yvonne Riecker in »Von der rechtlichen Gleichstellung bis zum Genozid« (S. 253):

»An deren Vorbereitung und Durchführung sowie an der Abwicklung der Folgeprobleme waren auf regionaler und lokaler Ebene in der Tat zahlreiche Instanzen beteiligt ... Es waren kleine und kleinste Verwaltungsakte, die erst in der Bündelung eine Deportation ergaben. Eine solche Aufspaltung der Zuständigkeiten entlastete die Beteiligten und enthemmte sie zugleich. Sie waren zudem durch die



TERROR
SCHAUBILD:
LOTHAR KLOUTEN

Sprache abgesichert, in deren Zentrum die Termini ›Evakuieren‹ und ›Arbeitseinsatz‹ standen. Diese Begriffe verhüllen den systematischen Mord gerade durch ihre Deutungsoffenheit.«

Dies auch in der Form, dass sich heute der Meerbuscher Stadtarchivar Regenbrecht selbstverständlich nichts dabei denkt, den Terminus »Evakuieren« unreflektiert wiederzugeben.

Raul Hilberg führt in »Täter, Opfer, Zuschauer« (S. 36) unter »Tätergruppen« »Kommunalbehörden« auf: »Beschränkungen der Freizügigkeit und des Wohnrechts.«

Stefan Nothe formuliert in »Alte Kameraden und neue Kollegen« (S. 36 f.):

»Ab 1936 war die gesamte Polizei formal ein Hilfsorgan der Gestapo und hatte diese bei allen ihren Maßnahmen zu unterstützen – und sie ist dieser Aufgabe in erheblichem Maße nachgekommen.«

Hilfsorgan im Sinne von: Integraler weisungsgebundener Bestandteil.

Holger Berschel formuliert in »Bürokratie und Terror« (S. 431):

Für die Vertreibung der Juden aus ihren Wohnungen und ihre Zusammenfassung in »Judenhäusern« waren zuerst die Gemeindebehörden zuständig, ehe 1941 die Gestapo auch hier die Leitung übernahm.«

Für Osterath bedeutet das:

Bis 1941 hat Bürgermeister Recken die »Entjudung« und Ghettoisierung in »Judenhäusern« im Rahmen seiner Amtsgewalt realisiert. Dann musste er sich mit der zuständigen Gestapo-Außendienststelle in Krefeld arrangieren. Daher sein Schreiben an diese vom 4. Juni 1942: »Es wird um Abschiebung des Juden gebeten.« (RW 58-34996, in: Anselm Faust. Die Kristallnacht im Rheinland, S. 100) Gemeint war Julius Gutmann – gemeinsam mit seiner Ehefrau Sabine. Am 24. Juli 1942 – also kaum sechs Wochen später – wurde das Ehepaar Gutmann nach Theresienstadt deportiert. Und: »Es« ist eine typische bürokratische Rationalisierung und Neutralisierung. Wie das Wort »Abschiebung«.

Berschel weiter (S. 431):

»Die Abmeldung der Deportierten erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Einwohnermeldeamt.«

Auf der Einwohnermeldedateikarte von Dan Lucas aus Osterath ist der Eintrag zu lesen:

»9.12.41 Osten Riga«

Darüber hinaus hatten die Bürgermeister eine generelle Kontrollfunktion, so Jaques Delarue in »Geschichte der Gestapo« (S. 90 f.):

»Die örtlichen Stadt- und Landpolizeistationen waren angewiesen, alles zu übermitteln, was ihnen an politisch interessantem zu Ohren kam.«

Ausführlich hat Hans-Günter Adler in seinem Buch »Der verwaltete Mensch« die Rolle der Bürgermeister beleuchtet:

»Die Landräte ... beauftragten mit den verlangten Maßnahmen die Bürgermeister der Städte und übrigen Gemeinden ihres Kreises. In allen solchen Orten wurde die vorbereitende Deportationsarbeit trotz Beauftragung der städtischen Schutzpolizei und auf dem Lande der Gendarmerie vom Bürgermeister mitbesorgt oder zumindest genau überblickt. Kein Landrat und kein Bürgermeister in Deutschland, aus dessen Verwaltungsgebiet auch nur ein einziger Jude verschickt worden ist, konnte nach dem Winter 1941/42 über den bürgerlichen Tod der Juden in Unkenntnis bleiben. Mit Ausnahme der Vorgänge bei der Verladung in einen Deutschland endgültig verlassenden Zug gibt es ungefähr keine wichtige Einzelheit der Deportation, die ein Landrat oder Bürgermeister nicht ebenso genau wissen musste wie ein Beamter der Gestapo, soweit er in die blutigen Geheimnisse der ›Endlösung‹ eingeweiht war.« (S. 373)

»Alle Informationen, die durch die ›Richtlinien‹ aus dem RSHA IV B 4 an die Gestapo gelangten, sowie alles, was in diesem Zusammenhang die Gestapo für sich selbst schriftlich festlegte, sind auch den Landräten, Bürgermeistern und zahlreichen anderen Amtsinhabern der zivilen Verwaltung mit Aufträgen zur Ausführung im eigenen Zuständigkeitsbereich oder nachrichtlich mitgeteilt worden. Was diese Stellen sich dabei dachten oder zu denken verabsäumten, ist eine andere Sache; mitgewirkt – sofern auch nur ein betroffener Jude in ihrem Wirkungsbereich lebte – haben sie alle, wenn sie nicht, sei es auch mit begrifflicherweise verschwiegenem Grunde, deswegen ihr Amt aufgegeben haben oder zumindest für die Dauer der Aktion ›erkrankt‹ sind. Selbstverständlich mussten die Landräte und untergeordneten Bürgermeister die Bestimmungen über den zu deportierenden Personenkreis kennen. Sie erfuhren, was mit dem Vermögen zu geschehen hatte. Sie mussten sich darum kümmern, dass innerhalb ihres Kompetenzbereiches den Juden all das weggenommen und sonst angetan wurde, was nur in bestimmten großen Städten die Gestapo selbst erledigte. Die Gestapo erteilte genaue Aufschlüsse, wenn diese auch gewiss nicht überall gleich ausfielen.« (S. 373)

»Das Zusammenspiel war perfekt, die ›Geheimnisträger‹ wussten fast nichts mehr von dieser ihrer Eigenschaft, weil sie im Staube der nicht den

Menschen sehenden formalen Verwaltung ihr Gewissen erstickten oder gar nichts sehen und hören wollten, was in den Papieren enthalten war, die sie empfangen, behandelten und selber schrieben, was sogar noch dann galt, wenn sie, sei es auch durch Vermittlung ihrer Untergebenen, unmittelbar leidvoll auf die Opfer der gesammelten unmenschlichen Maßnahmen einwirkten. Die Stuttgarter Gestapo stand schwerlich allein, wenn sie einen Landrat Ende März 1942 in der Sprache des ›Wannseeprotokolls‹ verständigte: ›Die in der letzten Zeit in einzelnen Gebieten durchgeführten Umsiedlungen nach dem Osten stellen den Beginn der Endlösung der Judenfrage im Altreich, der Ostmark und im Protektorat Böhmen und Mähren dar.‹ – Beginn der Endlösung, ganz unverfänglich steht es hier, es hat nichts zu bedeuten, zu Sorgen liefert das offenbar keinen Anlass, wenn auch die Deportierten, nahezu ganz ihrer Habe beraubt, irgendwohin verschwinden sollen. In diesem Brief wurde dem Landrat noch eingeschärft: ›Im Hinblick auf die vorläufig letzte Gelegenheit zur Entjudung der einzelnen Kreise ersuche ich, nur in schwersten Fällen von Gebrechlichkeit bzw. Erkrankung Juden vom Transport zurückzustellen.‹ Unbekümmert konnte dieser Brief nach dem Absatz über den ›Beginn der Endlösung‹ auf folgende Weise fortgesetzt werden: ›Im Rahmen dieser Umsiedlung geht in der nächsten Zeit ... ein weiterer Transport von Juden ... nach dem Osten.‹ Wie gewiss viele seiner Amtsbrüder in ähnlicher Lage, so hat auch unser Landrat am 30. März 1942 diesen Brief der Gestapo in ungefähren Wortlaut abgeschrieben, weil er den Auftrag den Bürgermeistern zweier Städte zu übermitteln hatte. Die Ankündigung des zweiten Transports wurde wörtlich mit dem vorhin mitgeteilten Satz über den ›Beginn der Endlösung‹ eingeleitet. Daran anschließend hat der Landrat auch alles Übrige nach der Vorlage kopiert.‹ (S. 374f.)

»Die vorgesehenen Transportopfer erfuhren amtlich von der Deportation mitunter durch eine staatspolizeiliche ›Eröffnung‹, die schriftlich oder mündlich oder in beiderlei Form im Büro der Gestapo (in kleineren Orten auch bei einer lokalen Polizeibehörde) erfolgen konnte. Oft war hierbei der Empfang durch Unterschrift zu bestätigen ... Mitunter wurden gleichzeitig die Reserveleute herangezogen, doch kam es auch vor, dass sie sogar noch am Tage der Abreise benachrichtigt wurden.« (S. 390)

»Die Bürokratie nahm sich der Angelegenheit an. Es war ein bürokratischer Vernichtungsprozess.«

SO RAUL HILBERG IN »DIE VERNICHTUNG DER EUROPÄISCHEN JUDEN« (S. 41).

»Von Deutschland ging der Vernichtungsprozess aus. Es verlief keine Kluft zwischen dem Mann auf der Straße und den Tätern, die man in jeder Behörde oder Dienststelle fand.«

SO RAUL HILBERG IN »TÄTER, OPFER, ZUSCHAUER« (S. 217).

»Wie wurde der deutsche Bürokrat mit seinen moralischen Widerständen fertig? Mit einem Unterdrückungsmechanismus und einem System von Rationalisierungen.«

SO RAUL HILBERG IN »DIE VERNICHTUNG DER EUROPÄISCHEN JUDEN« (S. 686).

WIE HUGO RECKEN: »ES« – NICHT »ICH«.

Im Sinne des Deutschen Beamtengesetzes §3 Abs. 2: Der Beamte hätte »jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat« einzutreten.

Das bedeutete für den Bürgermeister als örtliche Polizeibehörde und damit örtliche Gestapo nach Bader / Pohlen »Polizeirecht (in »Die Verwaltungsakademie«. O. J. (1940), S. 47):

»Die Geheime Staatspolizei hat in unmittelbarem Kampfe die politischen Feinde der Volksgemeinschaft zu erforschen, zu bekämpfen und zu vernichten.«

An oberster Stelle der politischen Feinde waren nach dem Verständnis der Nationalsozialisten per Geburt alle Menschen, die sie als »Juden« definierten. Die die – wie es hieß – »kämpfende Verwaltung« im Rahmen ihrer Aufgaben endzulösen hätte.

In den Dokumenten des Nürnberger Prozesses finden wir einen Geheimbericht der Einsatzgruppe A als PS 2273. Im Kontext von »Säuberungsarbeit« wird dort zu »möglichst restlose Beseitigung des Judentums« beschrieben, nach dem NSDAP-Programm das – im doppelten Wortsinn – globale Kernziel des nationalsozialistischen eliminatorischen Antisemitismus. Zu dessen ideologischen Wahn auch gehörte, dass es nach dem Verständnis von nationalsozialistischen Mördern für ihre nicht-jüdischen Mordopfer nicht zumutbar sei, neben ihren jüdischen Mordopfern verscharrt zu werden. So von Eugen Kogon in »Der SS-Staat« beschrieben. Das bedeutet: Eliminatorisch ist weitestdenkbar zu verstehen. Auch im Sinne von: Alles jüdische in und aus Osterath zu eliminieren – Menschen und ihre Häuser nebst Inventar und Geld sowie Sachen wie Leichen und Grabsteine, auch durch Überbauung des jüdischen Friedhofs mit Einfamilienhäusern. Recken »schwebte sicher die Idee eines ›judenreinen‹ Friedhofs vor«, so Günter Janß (S. 45). Mit Bezug auf die ursprüngliche Überlegung der Gemeindeverwaltung, eine Umlegung auf den neuen Friedhof

in Osterath zu realisieren, was dann von Hugo Recken nach seinem Amtsantritt in Osterath im Januar 1934 mit Zielrichtung auf einen »Export« nach Krefeld annulliert wurde. Die Bauherren der Einfamilienhäuser direkt über dem jüdischen Friedhof waren nicht zufällig aktive Osterather Nationalsozialisten. Dessen Existenz von Hugo Recken 1946 – als antisemitisch zu werten – amtlich schriftlich geleugnet wurde – und dies folgenlos. Da er persönlich als Bürgermeister für dessen Beseitigung initiativ verantwortlich war – auch im justiziablen, also straf- und zivilrechtlichen sowie dienstrechtlichen Sinn. Die Strafanzeige gegen ihn wegen »pietätloser Beseitigung des jüdischen Friedhofs« 1946 – im Kontext wohl von Sabine und Julius Gutmann gestellt – wurde bürokratisch ignoriert und mittels eines »Persilscheins« seines Symbionten und bürokratischen Mit-Täters Johannes Herbrandt zur Legitimation dieser Rechtsverweigerung neutralisiert.

Bürokraten vertrauen – blind – erstrangig Bürokraten, ihresgleichen, und können sich darauf ebenso blind verlassen. Bürokratie-Profis spielen die Bürokratie-Klaviatur zur Aushebelung von – formalem – Recht im Sinne ihrer Definitionsmacht von Realität. In dieser bürokratischen Kontinuität ist heute der Meerbuscher Stadtarchivar Regenbrecht im Auftrag seines bürokratisch-politischen Vorgesetzten Bürgermeister Spindler zur apologetischen Legitimation aller Maßnahmen von Hugo Recken aktiv – insbesondere auch aktiv-passiv, um auf Zeit und Vergessen zu spielen.

Wo beginnen bürokratische interessengeleitete Zweck-Lüge und Antisemitismus? Auch durch Dokumenten- und Informationsunterdrückung und deren Manipulation sowie bewusster gezielter interessengeleiteter bürokratisch-politischer Fehlbeurteilung (nicht geschichtswissenschaftlicher Analyse und Wertung) – auch durch kommentarlosen, den Inhalt ignorierenden, Abdruck von Quellen. Deren Inhalt dann auch negiert, wegbeurteilt, als nicht geschichtswissenschaftlich diskreditiert wird – mit dem sie Zitierenden, also mich persönlich. Auch durch die Behauptung, Quellen-Zitate seien »Vorwürfe von Klouten« – gegen Hugo Recken. Das ist bürokratische Perversion gegen meine Würde. Und die Würde der Opfer, die so symbolisch ein weiteres Mal aktiv zu Opfern gemacht werden.

Susanne Melling formuliert in »Immer treu« (S. 364 f.):

»Durch höchstrichterliche Entscheidung wurde die systemstabilisierende Funktion der Beamtenschaft als integraler Bestandteil des Nationalsozialistischen Unrechtsstaates unmissverständlich zum Ausdruck gebracht.«

Ex-NRW-Innenminister Herbert Schnoor schrieb 1990 (Melling S. 496):

»Auch die Polizei war ein Mittel des Terrors, auch sie hat die Gewaltherrschaft von 1933 bis 1945 ermöglicht, getragen und gestaltet.«

Dr. Anselm Faust formulierte in einer eMail an mich am 12. März 2012:

»Wer seit 1933 NSDAP-Mitglied und von 1934 bis 1945 Bürgermeister einer Gemeinde war, muss als aktiver Nationalsozialist angesehen werden; hätte er Vorbehalte gehabt oder gezeigt, hätte er sein Amt sehr schnell verloren. Auch wenn Recken nur ein »kleiner Täter« gewesen sein sollte, hat er doch das nationalsozialistische Unrechtsregime aus freien Stücken gestützt.«

Das Landgericht Düsseldorf stellte in einem Urteil am 27. Mai 1948 (8 KS 21/49) fest:

»Die gesamte Tätigkeit der Gestapo, die einen wesentlichen Teil der nazistischen Gewalt- und Willkürherrschaft darstellte, war ... ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.«

Ein Urteil gegen den Leiter des Judenreferats der Gestapo-Leitstelle Düsseldorf, Georg Pütz, auch verantwortlich für Deportation und Ermordung der aus Osterath verschleppten Menschen. In enger bürokratischer Koordinierung mit seinem Kollegen in Osterath, Hugo Recken.

Die Akten der Gemeinde Osterath, insbesondere was die Gemeindepolizei und die antisemitischen Verwaltungsmaßnahmen betrifft, sind erkennbar »ausgedünnt«. Dazu zwei Hinweise:

Egon Thiel schreibt in »Die Polizei in Osterath« (Meerbuscher Geschichtshefte 1995, S. 68):

»Was das Auffinden von Akten aus der Zeit des Nationalsozialismus angeht, so ist dies immer mit großen Schwierigkeiten verbunden. In den meisten Fällen wurden die Akten der Polizei- und Kommunalverwaltungen noch schnell vor dem Einrücken der Alliierten vernichtet. Vielfach gingen somit nicht nur belastendes Material, sondern auch alle weiteren historisch interessanten Akten unwiederbringlich verloren.«

Ähnlich formuliert Hans Kaiser in »Zum Schicksal der rheinischen Juden« (Viersen 1991, S. 82):

»Beim Kreis und in den Gemeinden hat man sich kurz vor dem Einrücken der Amerikaner Anfang März 1945 bemüht, alle Akten, die die Amtsträger des NS-Regimes hätten belasten können, zu vernichten.«

Amtsträger des NS-Regimes in Osterath waren u. a. Bürgermeister Hugo Recken und seine rechte Hand in der Gemeindeverwaltung, Johannes Herbrandt. Die Vernichtung der Akten, von der mir Zeitzeugen berichteten, bedeutet auch: Die Handelnden hatten ein Bewusstsein des Unrechtes dessen, was damit in Papierform dokumentiert »entsorgt« werden sollte. Doch nur dann, wenn man ausschließlich die Kommunalarchive einbezieht, ist eine große Lücke festzustellen. In den Akten z. B. des Staatsarchivs NRW in Düsseldorf sind die Lücken zumindest teilweise zu schließen.

Was Meerbusch betrifft, so gibt es ein weiteres – in die spezifisch Meerbuscher Kultur passendes – Detail: Johannes Herbrandt hat in den 1980er Jahren ehrenamtlich und allein das Stadtarchiv Meerbusch geführt. Ich habe ihn in diesem Kontext im Rahmen meiner Recherchen zu meiner Ersten Staatsarbeit »Verfolgung und Widerstand in Meerbusch 1933 – 1945« kennen gelernt.

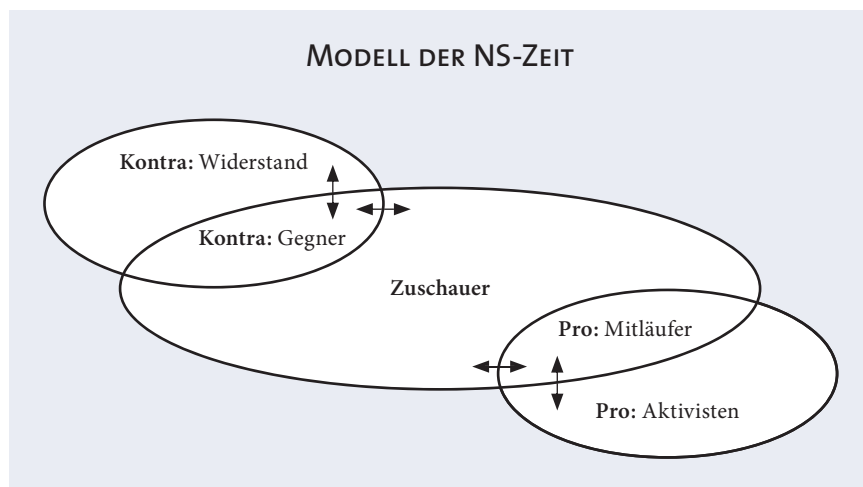
Aus dieser Perspektive sind alle Dokumente im Stadtarchiv Meerbusch im Bestand Osterath und diese in ihrer Gesamtheit zu verstehen und geschichtswissenschaftlich zu bewerten. Und sie können in den Kontext der Dokumente in anderen Archiven gebracht werden, die das – zum Teil – abbilden, was in Osterath »verloren ging«.

Auch in Lokalzeitungen wie der Osterather Zeitung sowie in Regionalzeitungen wie der in Düsseldorf erscheinenden »Rheinischen Landeszeitung, Volksparole« finden sich Berichterstattungen aus Osterath mit antisemitischen Bezügen. Hier ein Beispiel: In der »Rheinischen Landeszeitung, Volksparole« lesen wir am 13. November 1938 im Kontext der Reichskristallnacht zu einer »Großkundgebung der NSDAP-Ortgruppe Osterath im Saal Hannen (heute Weindorf, LK), die voll besetzt war«:

»Ortsgruppenleiter Panzer gedachte des durch jüdische Mörderhand niedergestreckten deutschen Diplomaten vom Rath, wobei eine Musikkapelle das Lied vom guten Kameraden spielte. Gauredner Amelung führte in seinem Vortrag aus, dass der jüdische Einfluss sich in den Jahren vor der Machtergreifung (sic!) immer mehr ausgeweitet habe. Die Juden seien uns Deutschen artfremde Elemente, die nur das Ziel verfolgten, die Geschlossenheit des deutschen Volkes zu zerstören. Immer mehr sei nach der nationalsozialistischen Erhebung das Judentum zurückgedrängt worden und nunmehr sei die Zeit gekommen, wo Deutsche in jüdische Paläste einziehen könnten und den Juden einmal Siedlungs- und Volkswohnungen zugewiesen würden. Nach Beendigung des Vortrages schloss der Ortsgruppenleiter mit der Führerehrung.«

In wenigen Sätzen kommt der gesamte antisemitische Wahn der Nationalsozialisten zum Ausdruck, den Zeitgenossen voll präsent und bewusst. Welche jüdischen Paläste – in Osterath? Und hier ist klar formuliert: Nach dem Ausschluss aus der »Volksgemeinschaft« kommt der nächste Schritt: die Enteignung. Als Selbstverständlichkeit zur Kenntnis genommen. Perversion und Pathologie als – vermeintliche – Normalität.

Im Bestand Osterath im Stadtarchiv Meerbusch gibt es insbesondere eine Akte mit zahlreichen Dokumenten zu antisemitischen Maßnahmen durch Bürgermeister Hugo Recken: III 1997 – in der – alten – Aktennummerierung von Johannes Herbrandt P 15. So z. B. zur Familie Dr. Goldberg, Arzt deutscher Nationalität in Osterath, jüdischen Glaubens.

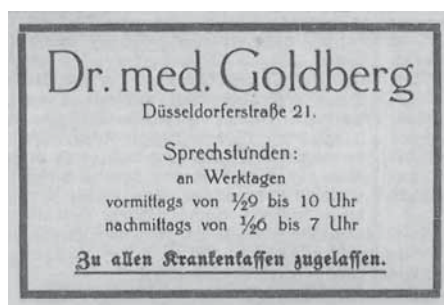


MODELL DER NS-ZEIT
SCHAUBILD: LOTHAR
KLOUTEN

In der Osterather Zeitung finden wir am 5. April 1933 und am 23. April 1935 Anzeigen von Dr. Goldberg:



ANZEIGE DR. GOLDBERG, 5. APRIL 1933



ANZEIGE DR. GOLDBERG, 23. APRIL 1935

Der Unterschied der beiden Anzeigen:

Dr. Goldberg war von den antisemitischen Maßnahmen gegen jüdische Ärzte betroffen. Er musste seine Öffnungszeiten massiv einschränken. Wie der mit einer »Jüdin« verheiratete »arische« Arzt Dr. Langenbach.

Dies wie alle anderen antisemitischen Maßnahmen waren den Menschen in Osterath bekannt. Und deren Folgen für die betroffenen Familien. Am Beispiel der Familie Cervelli – Paul Cervelli »Halbjude«, seine Frau »Arierin«, der Sohn Paul »Vierteljude« – hat mir Frau Cervelli 1984 berichtet, dass es Menschen in Osterath gab, die ihre Familie u. a. mit Nahrungsmitteln unterstützt haben.

Am 10. September 1935 erließ der Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung eine Anordnung zur Entfernung der Juden aus den Schulen. Zur Durchführung erstellte die Gemeinde Osterath eine Aufstellung: »Nachweisung der Rassenzugehörigkeit der die öffentlichen und privaten Volksschulen besuchenden reichsdeutschen Kinder«, bei der die Zahl der »Volljuden (beide Elternteile jüdisch)« mit »eins« angegeben ist, mit der handschriftlichen Zufügung »Goldberg«. Die Glaubensangehörigkeit des Kindes wird mit »mosaisch« angegeben, die Frage nach der Unmöglichkeit des Verbleibs an der Schule – der Volksschule Boverth – mit »ja«. Das Ehepaar Dr. Goldberg hat

ihr Kind Herbert dann auf eine Schule in Luxemburg geschickt.

Mit Datum vom 23. August 1936 erhielt Dr. Goldberg von Bürgermeister Hugo Recken das folgende Schreiben:

»Es wurde polizeilicherseits festgestellt, dass in Ihrem Haushalt die österreichische Staatsangehörige Gertrud Kreutner, 15 Jahre alt, ohne Genehmigung beschäftigt wird. Nach ... (Aufzählung einer Verordnung und deren Durchführungbestimmung, LK) Da Sie hiernach gegen die Bestimmungen der vorgenannten Verordnung verstoßen, fordere ich Sie auf, die Gertrud Kreutner sofort aus Ihren Diensten zu entlassen.«

Das bedeutet: Recken hat seinen Dorfpolizisten schnüffeln lassen, um etwas zu finden, Dr. Goldberg zu terrorisieren.

Herbert Goldberg kehrte nach der Flucht der Familie 1938 am 1. März 1945 als US-amerikanischer Soldat nach Osterath zurück. Er hat geholfen, Deutschland von den Nationalsozialisten zu befreien.

Wer tatsächlich zielgerichtet sucht, der findet.

Oder das Gegenteil, wenn es politisch gewollt ist, wie im Fall des Meerbuscher Stadtarchivars Regenbrecht. Verbunden mit bewusster Ignorierung von Quellen – auch im »eigenen« Archiv – und bewusster politischer Fehl-Bewertung – nicht geschichtswissenschaftlicher Interpretation.

In zwei Beiträgen von Marie-Sophie Aust in den Meerbuscher Geschichtsheften – »Jüdische Familien in Osterath« (1) und »Ein jüdischer Mitbürger in Osterath: Julius Gutmann und seine Familie« (2) – finden wir Hinweise dieser Zeitzeugin und von anderen Zeitzeugen zur Entwicklung der partei-staatlichen kommunalen antisemitischen Maßnahmen durch Bürgermeister Hugo Recken und in seiner Verantwortlichkeit als Bürgermeister, örtlicher Polizeichef und damit örtliche Gestapo – sowie deren Folgen:

»Das gute Zusammenleben endete bald nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten. Da es verboten wurde, Kontakt mit der jüdischen Bevölkerung zu unterhalten, konnten jüdische Freunde nur noch heimlich besucht werden, immer in der Furcht, evtl. von einem aktiven Nationalsozialisten gesehen und auf dem Bürgermeisteramt oder bei der Leitung der NSDAP ... angezeigt zu werden« (1, S. 77)

Die Reihenfolge Bürgermeisteramt – NSDAP ist kein Zufall: Recken war der Garant des NS-Terror-systems in Osterath für die Realisierung des NSDAP-Programms.

»Eine allgemeine Angst vor Repressalien und Denunziantentum hatte sich unmerklich eingeschlichen und bestimmte mehr und mehr das Klima. Im dörflichen Osterath, wo damals noch jeder jeden kannte und seiner Gesinnung nach einzuordnen wusste, hatte sich Misstrauen breitgemacht. Der Alltag hatte seine Normalität verloren.« (1, S. 77)

»Es begann im März (1933, LK) mit dem Aufruf der Partei zum Geschäftsboykott. Überall wurde verkündet: ›Deutsche – kauft nicht beim Juden!‹. Diejenigen, die sich davon nicht abhalten ließen, bekamen es zu spüren und wurden unter Druck gesetzt, z. B. wurde den Gemeindebeamten und -angestellten verboten, in jüdischen Geschäften einzukaufen.« (2, S. 53)

Eine antisemitische Maßnahme von Bürgermeister Hugo Recken. In eigener Verantwortlichkeit, im Vorgriff auf eine Anordnung dazu von überörtlichen partei-staatlichen Bürokratien.

1933 »beim Juden« – dann von Recken am 4. Juni 1942 an die Gestapo-Außendienststelle Krefeld: »Es wird um Abschiebung des Juden gebeten«. »Es«: Eine unpersönliche Sache – das Ehepaar Gutmann, das er persönlich – amtlich – terrorisiert hat. Wobei die Gestapo-Außendienststelle Krefeld dann von »den Juden« bzw. dem »jüdischen Ehepaar Gutmann« an Recken schrieb, also »weniger« nationalsozialistisch-ideologisch als Recken.

»Damals lebte auf der Strümper Straße eine Frau, die von ihrer Nachbarin angezeigt worden war, weil sie »jüdische Hühner gefüttert hatte«. Diese Frau wurde auf das Bürgermeisteramt geladen, verhört, verwahrt und musste anschließend für viel Geld eine 2 Meter hohe Mauer zwischen ihrem Grundstück und der benachbarten jüdischen Familie bauen. Es durfte kein Törchen in dieser Abtrennung sein, damit jeder heimliche Kontakt mit den Juden unmöglich war. (2, S. 53)

So satirisch dieses Geschehen heute wirken mag, es ist ein Spiegelbild der damaligen Realität – und des realen Habitus der großen Mehrheit der »Volksgemeinschaft«. Was lesen wir? Die Nachbarin zeigte die Fütterin jüdischer Hühner beim Bürgermeister an, der umgehend konsequent seines nationalsozialistischen Amtes waltete. Bürokratisch perfekt – und gnadenlos, als furchtbarer Bürokrat.

Stellen Sie sich einmal vor: Sie gehören zu der betroffenen jüdischen Familie. Oder sie wissen als

Teil der katholisch-dörflichen »Volksgemeinschaft« von diesem und allen weiteren antisemitischen Maßnahmen von Bürgermeister Hugo Recken. Was denken und fühlen Sie? Genau darum ist es gegangen. Und genau darum geht es auch heute.

»Judenfreundliches Verhalten« wurde zumeist auf Denunziation bei der Gestapo verfolgt und in zahlreichen Fällen bestraft. Verfolgt und bestraft wurde ein menschliches Verhalten gegenüber Mitmenschen, das als gegen die Volksgemeinschaftsideologie gerichtet ideologisch verstanden wurde: Die Exklusion der Menschen, die die Nationalsozialisten als »Juden« bezeichneten und töten wollten, wurde »hintergangen«, also die »nationalsozialistische Bevölkerungspolitik« im Sinne des NSDAP-Programms. In den Gestapo-Akten im Staatsarchiv NRW in Düsseldorf finden sich dazu viele Beispiele. In Kontext seiner Gestapo-Rolle hat Bürgermeister Recken staatspolizeiliche Verwarnungen ausgesprochen und Betroffene scheinlegal zu Exklusions-Maßnahmen genötigt. Da in Osterath diese Maßnahmen bekannt waren mit der Wirkung in der Gesellschaft. Die so von Recken als örtlichem nationalsozialistischen partei-amtlich-bürokratischen Repräsentanten des NS-Regimes beabsichtigt war. Auch in Richtung auf NSDAP-Funktionäre lokal und regional sowie gegenüber seinen Vorgesetzten. Es ging schließlich um seinen guten Ruf als Bürgermeister. Demonstriert in dokumentiertem – damals wie heute – Agieren im Sinne des exakten Gegenteils von »judenfreundlichem Verhalten«.

Sabine Gutmann schrieb am 17. Dezember 1945 (KK 1023 Bl. 182), nachdem sie mit ihrem Mann Julius als einzige Überlebende der aus Osterath deportierten Menschen aus dem KZ Theresienstadt nach Osterath zurückgekehrt war und Hugo Recken in Osterath erzählte, er würde wieder – wie 1933 – Rudolf Bartels als Bürgermeister ablösen:

»Recken ist von jeher eifrig bemüht gewesen, in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Nationalsozialisten herauszukehren. Besonders in der Judenfrage war er unerbittlich ... Von vier jüdischen Häusern ließ Recken zwei verkaufen, damit nicht soviel jüdische Häuser am Platze seien, wie Recken selber sagte.«

»Arisierung« war nationalsozialistisch-ideologisches Schein-Legales Wirtschaftsverbrechen im Sinne von ungesetzlichem Recht. Im Kontext der Wiedergutmachung wurde dies nach 1945 juristisch so beurteilt. Auch in Bezug auf die auf Initiative von Bürgermeister Hugo Recken »arisierten« Häuser von Menschen jüdischen Glaubens in Osterath und ihrem Eigentum. Dazu gibt es zahlreiche

Akten im Bestand des Landgerichts Krefeld – und in weiteren Beständen.

Angela Genger und Hildegard Jakobs formulieren in Düsseldorf – Getto Litzmannstadt (S. 19):

»Einige waren nach den Pogromen vom November 1938 in die größeren Städte zu Verwandten gezogen, weil die NSDAP-Funktionäre und ihre Helferinnen und Helfer sie nach Jahren massiver Bedrohung und direkter Gewalt endgültig vertrieben hatten und es keine jüdischen Hilfseinrichtungen für sie gab, von den sie nach dem Gewerbeverbot hätten unterstützt werden können. Sie hatten schon bis Ende 1938 fast alles verloren oder zurücklassen müssen, was sie ihr Eigen genannt hatten. Ihre Ersparnisse – soweit sie überhaupt nach solche besaßen – standen ihnen nur mehr nach Abzügen durch Sondersteuern und auf Antrag zur Verfügung.«

Osterath war von dieser Welt.

Nach der Befreiung 1945 war Recken dann der verfolgte Katholik, der den Nationalsozialisten aus katholisch-christlicher Überzeugung Widerstand leistete, die Osterather Juden auch schützte. So heute kontextlos von Stadtarchivar Regenbrecht rezipiert, die Recken-Selbst-Legitimation wiedergebend, als geschichtswissenschaftliche Wahrheit. Weil es von Bürgermeister Spindler bürokratisch-politisch so gewollt ist.

Ein Hohn für die Opfer, die so symbolisch ein zweites Mal von Bürgermeister Spindler zu Opfern gemacht werden. Tote können sich nicht wehren. Bürokratische Perversion, mit allen Mitteln inkl. struktureller Gewalt vertreten. Dies auch im Sinne von: Ich darf als Bürgermeister bürokratisch-politisch alles für mich persönlich folgenlos machen, um meine bürokratisch-politischen Ziele zu verfolgen. Es hat sich diesbezüglich in Meerbusch nichts geändert. Auch die Gefolgschaft nicht.

In den »Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde« finden wir im Band 51 (1982, S. 211–239) den geschichtswissenschaftlichen Beitrag von u. a. Arnd Bauerkämper »Zur Stellung des Bürgermeisters im nationalsozialistischen Staat. Wilhelm Gräfer in Lemgo«.

Die Lektüre dokumentiert: Hugo Recken war wie Wilhelm Gräfer ein Fraktal als Mensch in seinen gesellschaftlichen Rollen, gestaltet nach seinem freien Willen.

Der Konflikt in Lemgo um die Rolle des Bürgermeisters in der NS-Zeit und seine persönliche Ver-

antwortlichkeit war in Lemgo vor 30 Jahren. Die Uhren in Meerbusch gehen langsam – und nach.

Der Fokus des Beitrags ist die »aktive Rolle Gräfers bei der Verwirklichung nationalsozialistischer Politik im lokalen Bereich« (S. 217) – versus: »Die Verklärung seiner Person.« (S. 212)

Das Besondere an Gräfer: Ähnlich wie Jürgens in Düsseldorf wollte er den US-amerikanischen Einheiten Lemgo im April 1945 kampflos übergeben, wurde deswegen von Nationalsozialisten scheinlegal ermordet.

Im Gegensatz dazu beruht die Recken-Legende auf seinen eigenen apologetischen Behauptungen nach 1945, gestützt durch seine rechte Hand seit 1934 und nach 1945 Johannes Herbrandt sowie der Allianz katholischer Geistlichkeit und katholischer Gemeindeelite – sowie dem Zeitgeist, den Interessen der britischen Militärregierung und denen seiner Vorgesetzten auf Kreisebene.

Der besondere Fokus der Autoren liegt auf

»seinen (Gräfers, LK) Handlungsmöglichkeiten und seine realen Entscheidungen mit ihren vielfältigen Konsequenzen,« (S. 215) »das individuelle Handeln Gräfers innerhalb seines Kompetenzbereichs.« (S. 216)

Also exakt der Fokus dieser Arbeit zu Osterath und die Rolle von Recken, Herbrandt und weiteren lokalen Nationalsozialisten.

»Am 29. 12. 1923 wurde Wilhelm Gräfer zum Bürgermeister von Lemgo gewählt.« (S. 217). Recken war Bürgermeister in Vorst, trat nach seiner Versetzung im Sinne einer Anerkennung Ende Januar 1934 seinen Dienst in Osterath an.

Er hatte eine »national-konservative politische Einstellung.« (S. 218) Was für Hugo Recken im Grundsatz auch konstatiert werden kann.

Gräfer

»... am 1. Mai 1933 in die Partei eintrat und im Gegensatz zu vielen anderen Bürgermeistern im Amt blieb.« (S. 220)

Identisch zu Recken, inkl. des Termins.

Die Frage ist interessant: Welche Eintrittsdaten hatten alle anderen Bürgermeister, die zur NSDAP übertraten und im Amt blieben? Es wird bei sehr vielen der 1. Mai gewesen sein und dies hat aus der Perspektive der Nationalsozialisten hohen symbolischen Charakter – für die Machtübernahme in allen deutschen Kommunen.

Die Annäherung von Gräfer an die NSDAP belegen die Autoren mit Zitaten von ihm:

»... bis der letzte Feind vernichtet ist ... einem dreifachen Sieg Heil ... gegründet auf die Gemeinschaft von Rasse und Vaterland.« (S. 222 f.)

Den Kontext zu Recken-Zitaten in diesem Buch können Sie reflektieren.

»... die Bestrebungen der nationalsozialistischen Machthaber nach möglichst vollständiger Erfassung der Bevölkerung, wobei der Bürgermeister in Lemgo als ausführendes Organ fungierte.« (S. 228)

Wie in Lemgo, so in Osterath mit Recken.

»Andererseits unterlagen auch Bürgermeister und Gemeindebeamte der Kontrolle und Aufsicht von Staats- und Parteiinstanzen, so dass deren Stellung zunehmend der von Staatsbeamten glich.« (S. 228)

Genauer dürfte es heißen: Partei-Staats-Beamte – die »Einheit von Partei und Staat« auf kommunaler Ebene. Dieser Aspekt wurde in Osterath durch die Machtübertragung auf Recken durch NSDAP-Kreisleiter Niehm sowie die quasi Doppel-Agentenrolle von Johannes Herbrandt – teilweise – neutralisiert.

»Als eine der wichtigsten Funktionen des Bürgermeisters oblag Gräfer die Kontrolle über die Ortspolizei.« (S. 228)

Analog wie bei Recken in Osterath. Und genau die Bedeutung – und Vernetzung – dieser Bürgermeister-Funktion wird heute in Meerbusch (-Osterath) bürokratisch-politisch interessengeleitet wegdefiniert und wegmanipuliert, sowie als nicht geschichtswissenschaftlich verleumdet.

»Bei Anfragen höherer Polizeidienststellen war Gräfer verpflichtet, Informationen weiterzugeben und gegebenenfalls ermitteln zu lassen. Als Beispiel für die praktische Durchführung sind Anfragen der Außendienststelle Detmold der Gestapo an den Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.« (S. 228)

In Osterath: Anfragen der Gestapo-Außendienststelle Krefeld an Bürgermeister Recken als Ortspolizeibehörde. Warum genau diese Schriftstücke im Bestand Osterath nicht überliefert sind, das hat seinen nachvollziehbaren Grund:

Recken und Herbrandt war klar, dass sie – auch im juristischen Sinn – Schuld auf sich geladen hatten, sie hatten Unrechtsbewusstsein.

Zu »Die Durchsetzung der NS-Judenpolitik in Lemgo« formulieren die Autoren (S. 229): »Im Zuständigkeitsbereich Gräfers als Vorsitzender der Ortspolizeibehörde und als Vorgesetzter der kommunalen Verwaltung lag die Verwirklichung der staatlichen Judenpolitik auf kommunaler Ebene.« Analog: Bei Recken in Osterath.

»Antisemitische Maßnahmen«, »die Judenfriedhöfe geschändet« (S. 230), »die Ghettoisierung in sog. Judenhäusern« (S. 233): Ein Fraktal – generell, also auch für Osterath.

Ebenso wie die bewertenden Sätze der Autoren:

»... Bürgermeister Gräfer seinen Entscheidungsspielraum nicht zugunsten der jüdischen Einwohner Lemgos nutzte. Er hat vielmehr sowohl Verordnungen vorgesetzter Behörden ausgeführt als auch selbstständig die allgemeine Judenpolitik des Nationalsozialistischen Regimes durch weitere Maßnahmen auf kommunaler Ebene durchgesetzt.« (S. 233)

In einer NSDAP-Stellungnahme zu Gräfer heißt es:

»Gräfer ist ein sehr wendiger und anpassungsfähiger Mensch.« (S. 235)

Das kann so verstanden werden: Er zwecklügt besser als wir. Ist also der bessere Bürokrat – und Politiker. Und Hugo Recken? Bürokraten in ihren Bürokratien erhalten sich für ihre Interessen als Selbstzweck – unter allen – politischen – Bedingungen. Staatsformunabhängig.

»Konflikte mit der NSDAP-Ortsgruppe sind jedoch nicht als ›Widerstand‹ gegen das nationalsozialistische Regime zu interpretieren, sondern als Reaktion auf Versuche der Partei, in Kompetenzen des Bürgermeisters einzudringen.« (S. 237)

Analog bei Recken. Allerdings unter umgekehrten Vorzeichen: In Osterath hatte er als Bürgermeister »die Hosen an«. Deswegen waren seine Teilnahmen an (rechts-)katholischen Veranstaltungen – auch in propagandistische NSDAP-Feierlichkeiten eingebettet – Machtdemonstrationen gegenüber den Osterather Nationalsozialisten.

»Das politische Verhalten Gräfers ist ... durch weitgehende Übereinstimmung mit der NS-Ideologie und deren Realisierung sowie durch enge persönliche Kontakte zu führenden lokalen und regionalen Parteigrößen gekennzeichnet« (S. 237), »eine immer deutlicher werdende Hinwendung zur neuen nationalsozialistischen Regierung.« (S. 237) »... drücken Grundstimmungen und Ideologiemuster national

und monarchistisch gesonnener Bevölkerungsteile aus. Der Übergang von dieser politischen Auffassung zur spezifisch nationalsozialistischen Ideologie muss als fließend angesehen werden.«

Da sie auf Ideologien aufbaute und sie auch integrierte bzw. vereinnahmte. Erneute Analogie zu Recken – und dem Osterather Rechtskatholiken, der katholischen Gemeinde-Elite, im Verhältnis zu den katholischen Osterather Nationalsozialisten.

»Am Beispiel der nationalsozialistischen Judenpolitik lässt sich zeigen, dass Gräfer nicht nur Anordnungen und gesetzliche Regelungen, die seinen Kompetenzbereich berührten, rückhaltlos ausführte, sondern auch bestehende Freiräume in seiner Amtsführung nicht nutzte ... Eigeninitiative ... Anpassung und willige Unterordnung ... Opportunismus ... Die NSDAP vertraute einem Bürgermeister, von dem sie nicht ohne Grund annahm, dass er in der Gemeinde Zustimmung finden, andererseits gemäß den Prinzipien nationalsozialistischer Politik handeln würde.« (S. 238f.)

Wie Recken. Er im Kontext seiner katholisch-dörflichen sowie bürokratischen Eingebundenheiten auch nach der Befreiung 1945. Osterath ist nicht von ihm und seinem Symbionten Herbrandt befreit worden. Das hat bis heute gesellschaftliche Konsequenzen. Auch im Sinne von unbewältigter Vergangenheit.

»Anhand der Analyse der Stellung des Bürgermeisters Gräfer wird die These bestätigt, dass der Nationalsozialismus bei der ›Machtergreifung‹ in der ›Provinz‹ weitgehend auf Repräsentanten der traditionellen dörflichen und kleinstädtischen Elite zurückgriff.« (S. 239)

Auch Osterath ist – wie ich es in diesem Buch herausgearbeitet habe – ein Fraktal dieser Feststellung. Wobei Recken im Januar 1934 als Beförderung aus einem nahen katholischen Nachbardorf »exportiert« wurde, aus Vorst. Zur Sicherstellung katholischer Dorf-Kultur-Kontinuität, gegen den evangelischen Bürgermeister Rudolf Bartels – 1933 und nach der Befreiung 1945. Also staatsformunabhängig.

»Gelogen wird nicht nur mit Worten, sondern auch mit Schweigen.«

ARIENNE RICH

Die Namen der deutschen Bürokratie-Profis sowie ihre bürokratischen Funktionen sind austauschbar, auch fraktal. Was ist es, dass die spezifisch deut-

sche Bürokratie-Kultur so offensichtlich von anderen Bürokratie-Kulturen – negativ – abhebt, der »furchtbare« Bürokrat eher der Normalfall ist?

Die zielführenden Fragen dazu hat 1946 Alfred Weber in seinem Beitrag »Bürokratie und Freiheit« formuliert (S. 1033):

- Welche Allgemeinbedingungen unseres Daseins führen zur Bürokratisierung?
- Welche besondere Form hat sie?
- Wie weit ist sie abwendbar, ablösbar, wie weit unentrinnbar?
- Wie können wir ihren offenkundigen Gefahren der Ausgestaltung zum Totalitarismus oder gar Terrorismus entgegen?
- Wie können wir die Freiheit retten?«

Um das analytisch zu erfassen, ist es zielführend, auf Arbeiten zum Thema Bürokratie von drei Deutschen zurückzugreifen, die es aus ihrer jeweiligen zeitlichen und inhaltlichen Perspektive und damit sich synergetisch ergänzend durchdrungen haben:

- Otto Hintzen. Der Beamtenstand. 1911.
- Max Weber. Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. 1922.
- H. G. Adler. Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland. 1973.

Die Erscheinungsjahre sind von Bedeutung:

1911 – vor dem Ersten Weltkrieg, im monarchistischen Deutschland.

1922 – nach dem Ersten Weltkrieg, in der sich konsolidierenden Weimarer Republik.

1973 – nach der NS-Terrorherrschaft und mit dem zeitlichen Abstand, der unter Einbeziehung der bis dahin vorliegenden Forschungsergebnisse einen tiefen, geradezu röntgenartigen Blick auf die Bürokratie und ihre Rolle im Holocaust, davor und danach, erlaubte.

1999 erschien der – kurze – Sammelband-Bertrag von Bernd A. Rusinek »Nationalsozialismus, Judenverfolgung und ›Bürokratie‹« mit Fokus auf die Rolle der Finanzbehörden. Einem Bürokratie-Fraktal.

»Preußen war das Krebsgeschwür Deutschlands. Sein Gesetz: wachsen, verschlingen, zerstören.«
SEBASTIAN HAFFNER. JEKYLL & HYDE. 1939. S.128 F.
ERGÄNZEND DAZU AUF S. 130: »NEUROTISCHE FOLGEN«

Das mittelalterliche Vasallen-Verhältnis zwischen Lehen-Geber und Lehen-Nehmer transformierte sich im 18./19. Jahrhundert in den modernen Verwaltungs-Staat. Wobei der preußische Verwaltungs-Staat und dessen spezifische Bürokratie-Kultur bereits vor der Reichsgründung 1870 in den Staaten

des Deutschen Bundes eine Hegemoniestellung einnahm. Die nach 1870 weiter wucherte, insbesondere in Verbindung mit »Assessorismus« – der bürokratiekulturellen Auslese und Prägung durch Verwaltungslehranstalten – und dem – preußischen »Militarismus« – der bevorzugten Besetzung von Beamtenstellen durch ausgediente Unteroffiziere, den »Militäranwärtern«. Zwei im wilhelminisch monarchistisch-obrigkeitsstaatlichen Deutschland vernetzte, sich gegenseitig verstärkende bürokratiekulturelle Tendenzen, die bis heute staatsformunabhängig in die Gesamtgesellschaft wirken. Nicht auf Deutschland begrenzt: In die EU und damit international/global. »Am deutschen Wesen soll die Welt genesen.«

Otto Hintze arbeitete in »Der Beamtenstand« (1911) Merkmale der deutschen Beamten heraus:

- Unselbstständigkeit
- gegen den Dienstherrn
Abhängigkeit
Treue
Gehorsam
Verschwiegenheit

Dafür als Gegenleistung:

- Schutz des Dienstherrn
- Lebenslange Anstellung bei leidlicher Versorgung
- Das Prestige, Staatsdiener zu sein
- und damit an der Macht teilzuhaben.

Ein Teilaspekt der Bürokratie-Kultur ist das damit verbundene Ethos der Träger der Obrigkeitsfunktionen. Ausprägungen dieses Ethos:

- positiv: eine besondere Verantwortung und Pflicht
- negativ: die Lust an der administrativen Exponierung

Hier zeichnet sich ein Spannungsverhältnis ab: Gesellschaftlicher Auftrag versus

bürokratisches Machtstreben – in Verbindung mit bürokratisch organisierter – im doppelten Wortsinn – Verantwortungslosigkeit.

»Führerprinzip« in diesem Sinn:

Den Führerwillen handelnd adaptieren, die Verantwortlichkeit für das eigene Handeln imaginär auf den »Führer« projizieren – der ebenso verantwortungslos ist.

Dies augenscheinlich in:

- Streberei und Unterwürfigkeit nach oben
versus
Brutalität nach unten
- Geist der Abhängigkeit
- Routine und seelenloser Dienstmechanismus

»Tatsächlich ist die Tüchtigkeit in vielen Teilen Preußens und in Nazideutschland zu einem Selbstzweck geworden. Ihr wird eine Bedeutung beigemessen, die sie nicht hat – die eines absoluten Wertes ... Tüchtigkeit ist in den Augen der meisten Deutschen heute zu einem Wert und Selbstzweck geworden, weshalb sie keinen höheren Maßstab kennen.«

SEBASTIAN HAFFNER. JEKYLL AND HYDE. 1939. S. 47 + 51.

»Unten« in der NS-Zeit:

Die Nicht-Volksgenossen, auf die die gesamte bürokratische Aggression und Perversität gelenkt wurde, sich widerstandslos – auch vorseilend Hitler im Sinne des Führerprinzips und der Volksgemeinschafts-Ideologie antizipierend – lenken ließ.

Das normative Beamten-Ethos nach Otto Hintze:

- Treue, Ergebenheit, Pflichteifer im Dienstag
- wohlwollende patriarchalische Fürsorge
- die in der NS-Zeit ausschließlich den »Volksgenossen« galt.
Und konsequent umgekehrt.

»Patria atque Parentes.«

DAS RÖMISCHE GESELLSCHAFTS-PRINZIP

»Die Bürokratie ist ›rationalen‹ Charakters: Regel, Zweck, ›sachliche‹ Unpersönlichkeit beherrschen ihr Gebaren.«

MAX WEBER

Die normative Bedingung dafür:

Die Einhaltung des Gleichheitsgrundsatzes.

Wird diese normative Bedingung – wie im Nationalsozialismus – negiert, dort durch die Volksgemeinschaftsideologie in ihr Gegenteil verkehrt, dann bedeutet dies Ausgrenzung und organisierten Mord an ungleich behandelten Menschen.

Im nationalsozialistisch-ideologischen Partei-Staat gilt zentral der Ungleichheitsgrundsatz – in Vernetzung mit dem Führerprinzip:

Zu antizipieren, was Hitler im Kontext der NS-Ideologie – des NSDAP-Programms und »Mein Kampf« – wünscht, vorseilend und seelenlos-brutal, eben als »kämpfende Verwaltung« in durchaus militärischem Sinn. Zur Legitimation eigenen doch persönlichen Handelns und Nicht-Handelns, dessen Unrechtscharakter also bewusst war, nach der Befreiung 1945 umgekehrt: Ich konnte nicht anders, war gezwungen, hatte einen Befehlsnotstand.

Rusinek führt ein konkretes Beispiel an:

Den höheren Finanzbeamten Heisig.

Leitend an der Umsetzung antisemitischer Bürokratie-Maßnahmen beteiligt, so dem Schreddern von Grabsteinen Menschen jüdischen Glaubens zum Straßenbau, und generell an der »Verwertung jüdischen Vermögens«.

Heisig macht eine staatsformunabhängige bruchlose Karriere.

1946 erklärt er in juristischer Perversion, die Finanzverwaltung – damit er – habe mit der Enteignung der Juden »nichts zu tun gehabt«. Gegen einen überlebenden Menschen jüdischen Glaubens geht er mit bürokratischer Perversion vor, handelt sich so einen dezenten Rüffel des NRW-Innenministers ein, »ein seltenes Beispiel für Sprachgefühl in den Akten«.

Heisig betrieb unmittelbar nach Kriegsende seine Beförderung, und zwar »ggf. im Weg der Wiedergutmachung«. Er stellte sich als Mann des Widerstands dar, der wegen seiner »ablehnenden Haltung zum nationalsozialistischen Staat« und wegen der Schwierigkeiten mit der NSDAP von Beförderungen ausgeschlossen gewesen sei.

Am 9. April 1949 wird Heisig zum Präsidenten des Finanzgerichts Düsseldorf ernannt.

Ein Fraktal der Symbiose Recken – Herbrandt – wie für unzählige weitere Täter und Mit-Täter.

Die Begriffe »Sachlichkeit« und »Routine« sind vernetzt und sind nach Hintze und Weber die Grundcharakteristika der Bürokratietätigkeit.

Sachlichkeit zieht von einem Gesamtvorgang die Bestandteile ab, die der angestrebten und gleichmäßigen und arbeitsteiligen Verwaltungshandhabung im Wege stünden. Die Menschen und ihre Schicksale werden auf administrative Praktikabilität reduziert und es wird eine Distanz zu ihrem Schicksal geschaffen.

Dasselbe gilt für die Routine. Routinehandeln dampft darüber hinaus Einzelschicksale in Gleichförmigkeiten ein und versucht, sie auf den ausgetretenen Wegen tradierter Verwaltungstechnik zu behandeln. Menschen werden dabei auf den Vorgang reduziert und dabei in ihrer Identität notwendig negiert.

Die Funktion von Distanzierung, Reduktion der Menschen auf Vorgänge, alleinige Übersetzung des Geschehens in Delikts- und Ordnungsrelevanz hat auch die Sprache der Bürokratie. In dieser selbst geschaffenen verbalen Bürokratie-Umwelt, durch die im NS-Terrorstaat das ganze Ausmaß der mitproduzierten Perversität auf Distanz gehalten wurde, sind Sachlichkeit und Routine miteinander vernetzt.

Bürokraten sind nicht emotionslos. Ihre Affekte von Mitgefühl und Hass sind in ihrem Handeln zu finden. Das, was Karl Jaspers als

»heimliche Liebe und Abneigung«

umschreibt, bedingt eine Sachlichkeit mit vorgelagerter Abneigung – und dem damit verbundenen persönlich zuordenbaren bürokratischen Handeln gegen z. B. Menschen jüdischen Glaubens.

Wie bei der Symbiose Recken – Herbrandt. Januar 1934 bis März 1945 – und dann weiter bis zum Tod von Recken 1953. Sowie für Herbrandt bis zu dessen Tod.

Das Handeln von Bürokraten hat die Spielräume Ermessen und Zeit – im Sinne von Nutzung zugunsten von Menschen und Verschleppung. Die fraktale Realität der NS-Zeit waren Nichtnutzung von Ermessensspielräumen in kurzen Fristen. Beispiele zu Hugo Recken sind in diesem Buch dargestellt. Diese bürokratische Zeitpolitik war Ausdruck der Abneigung, des persönlichen Antisemitismus. Die Bürokraten wie Recken und Herbrandt waren im Takt des nationalsozialistischen Unrechtsregimes. »Bürgernahes« Handeln galt selbstverständlich ausschließlich NS-Funktionären und weiteren »Volksgeossen«, also den Tätern und Mit-Tätern.

H.G. Adler arbeitet auch die sprachliche Perspektive heraus:

- Verwaltung
- Walten
- Gewalt
- Staatsgewalt

Hier spiegelt sich Verwaltungslogik, -denken und -handeln, die »Normalität« bzw. »Selbstverständlichkeit« bürokratischen Handelns – staatsformunabhängig und unter allen Bedingungen.

»Kratie« mit altgriechischer Wurzel bezeichnet Herrschaftsformen.

Bürokratie bezeichnet demnach Büro-Herrschaft, die Herrschaft der – leitenden – Büro-Menschen.

Nach Bürokratie-Synonymen im Web gegoogelt, kam ich zu folgenden Ergebnissen:

- Beamtenherrschaft
- Beschränktheit
- Borniertheit
- Bürokratismus
- Dummheit
- Enge
- Engstirnigkeit
- Exaktheit
- Intoleranz

- Pedanterie
- Umständlichkeit
- Verwaltungsstaat
- Vorurteil

In den vierzehn alphabetisch sortierten Synonymen scheint durch, was bürokratischen Handeln von Bürokraten unter spezifischen Bedingungen sein kann: pervers.

H.G. Adler formuliert zum »Grundsatz der Verhältnismäßigkeit« (S. 1022):

»Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, wenn nicht peinlich genau definiert und gegen böswillige wie leichtfertige Verletzung abgesichert, ist ein fragwürdiges Mittel gegen polizeiliche Eigenmächtigkeiten. Bei jeder Erschütterung der rechtsstaatlichen Ordnung stehen wir vor dem Abgrund.«

Was für das Bürokratie-Subsystem Polizei gilt, das gilt für das gesamte gesellschaftliche Subsystem Bürokratie, ist ein Fraktal. Historisch, gegenwärtig, zukünftig und staatsformunabhängig. Wie das Beispiel der Symbiose Recken – Herbrandt exemplarisch dokumentiert.

Zu »Verwaltung und Missbrauch« (S. 980) führt H.G. Adler fokussiert auf das Handeln von Bürokraten aus:

»Beim subjektiven Verhältnis geht die Verwaltung über ihren Aufgabenkreis hinaus und tut das von sich aus, wozu sie von ihr fern stehenden Kräften im objektiven Verhältnis missbraucht wird; sie maßt sich ihr nicht zukommende Aufgaben an und verletzt die dienende Rolle, die ihrer Stellung innerhalb der öffentlichen Einrichtungen zukommt.«

Beispiele dazu der Symbiose Recken – Herbrandt finden Sie in diesem Buch zahlreich.

Die Adressaten dieses persönlich zurechenbaren bürokratischen Handelns erleben Missbrauch durch durchaus persönliche Bürokraten.

»Schutz des Menschen vor Verwaltung« formuliert H.G. Adler in Anbetracht der spezifisch deutschen Bürokratie-Erfahrungen dezidiert (S. 987–989):

»Die Rolle der öffentlichen Verwaltung bleibt so lange bedenklich, als es nicht gelingt, sie auf die ihr zustehenden Aufgaben zu beschränken. Die Verwaltung wird in dem Augenblick für die Gesellschaft gefährlich, wo sie selbstständig handelt. Ebenso verderblich ist es, wenn die Verwaltung beauftragt oder gar ermächtigt wird, als Befehls-

instanz zu wirken und in eigener Kompetenz ›behördenpflichtigen‹ Menschen namentlich über sie verfügende Befehle zu erteilen. Durch eine derart missbrauchte Verwaltung entsteht gleichsam eine Gegenwelt zur menschlichen Gesellschaft. Dann dient die Verwaltung nicht mehr der Gesellschaft, bildet sie nicht mehr ab; das korrelative Verhältnis wird aufgehoben und durch ein reziprokes ersetzt. Schließlich versucht die Verwaltung die Gesellschaft – genauer: den Wandel der Zustände – insofern zu ersetzen oder zu übernehmen, als sie ihr verschiedene Funktionen des sozialen Verkehrs abnimmt oder geradezu entzieht. So kommt die Verwaltung dazu, gleichsam ein Duplikat der Gesellschaft zu erzeugen. Das ist so zu verstehen, dass die Spiegelung, die das Gesellschaftliche in den Vorgängen der Verwaltung erfährt, durch die eigene Vorzeichnung ersetzt und diese in den gesellschaftlichen Ablauf, mit der Absicht ihn zu bestimmen, hineinträgt. Sobald dies geschieht, wird der Verwaltungsakt zum Akt schlechthin: der Akt, der das Leben, den Akt des Lebens in seinen Ausdruck, – eben das Gesellschaftliche – nachzeichnen soll, kehrt sich um und will selbst Leben, will gesellschaftliches Dasein sein ...

Eine intakte Verwaltung, die der Gesellschaft dient, schafft mit jedem Vorgang, den sie verbucht (›beurkundet‹) ein Korrelat zu einem Vorgang in der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Jeder Verwaltungsakt ist deswegen – zumindest auch – eine res gesta, also ein Vorgang. Im Vorgang spiegelt sich ein Geschehen der gesellschaftlichen Welt.«

Das war der Sinn der Machtübertragung auf Hugo Recken in Osterath. Dass er diesem Sinn im nationalsozialistisch-ideologischen Sinn entsprach, machte er bewusst in der »Umlegung« des jüdischen Friedhofs unmissverständlich in beide Richtungen deutlich.

»Eine Herrschaft, wenn nicht die des Papiers, so doch mit dem Papier hat begonnen. In einem so verwalteten Staat büßt der Mensch viel von seinem natürlichen Wesen ein; durch die vielen Verknüpfungen mit dem Schreibbetrieb der Verwaltung wird er gewiss nicht künstlerisch, sondern künstlich und gekünstelt. Gegen die ihn überschwemmende Ordnung der Verwaltung bleiben ihm als Grundlage seines natürlichen Daseins dann bald nur noch die ursprünglichen vitalen Akte zwischen Geburt und Tod ...

Leicht verdrängt die Verwaltung das primär Menschliche oder erkennt es nur stilisiert an; dann wird bald der Akt der Verwaltung als das sozial eigentliche (und möglichst ausschließliche) Wertvolle postuliert. Der Mensch, den die Verwaltung jetzt

meint oder ›ergreift«, ist nicht mehr der autonome im Geist einer humanen Auffassung, worunter sich ebenso demokratische, liberale oder humanitäre Ideale verstehen lassen. Ein so behandelter Mensch wird seiner natürlichen Würde beraubt.«

Darin war die Symbiose Recken – Herbrandt im nationalsozialistisch-ideologischem Sinn geradezu perfekt.

»Zu leicht wird mit der Verwaltung über den Mensch verfügt, wo das nicht durch gesetzliche oder andere Vorschriften verhindert wird; im totalitären Staat kann auf diesem bequemen Weg Menschen alles Recht, Beruf, Hab und Gut, Freiheit und Leben geraubt werden ... Hier wird eine ermächtigte ... Administrative zusammen mit der exekutiven Polizei angeschirrt: dies der verrufene Apparat, wo wir die ›Schreibtischmörder‹ genannten Funktionäre entdecken.

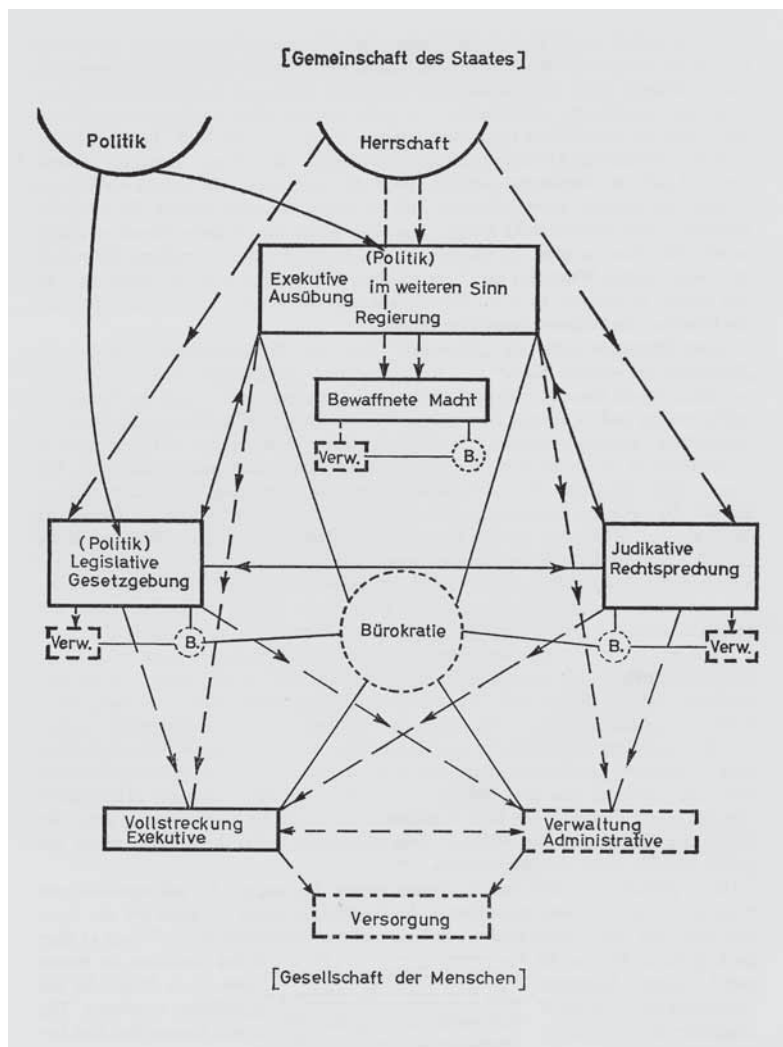
Mit der Hypertrophie jeder, auch der nicht bewusst oder gar absichtlich inhumanen Verwaltung erwächst die Gefahr der Zerstörung des Menschen ... Jedenfalls ist es besser, den Schutz der Menschen vor dem Missbrauch staatlicher Gewalt und der öffentlichen Verwaltung zu übertreiben (falls dies überhaupt denkbar wäre), als diesen in Wahrheit zu oft fehlenden und meist zu geringen Schutz auch nur im geringsten zu vernachlässigen.«

Recken war Bürgermeister, Chef der örtlichen Polizei und damit der örtlichen Gestapo, also mit Macht-Potenzierung ausgestattet. So, wie er in diesem Rahmen in Symbiose mit Herbrandt im nationalsozialistisch-ideologischem bürokratisch-politisch handelte, war es das Armageddon der davon betroffenen Menschen. Wie soll sonst der Tod als Konsequenz daraus von 21 der 23 betroffenen Menschen jüdischen Glaubens deutscher Nationalität definiert werden? Und das bürokratische Verhalten, wie es in diesem Buch beschrieben ist, nach der Befreiung 1945, das auch mehrere tödliche Ausgänge hatte?

Für Recken und Herbrandt war ihr Handeln offensichtlich immer normal und selbstverständlich – mit Unrechtsbewusstsein. Und diese Normalität und Selbstverständlichkeit wurde und wird von der Osterather bzw. Meerbuscher Volks-Gemeinschaft bzw. Dorf-Elite geteilt, materialisiert in der Straßenbenennung nach Hugo Recken – sowie der Recken-Legende. **Ver-rückter Wahn-Sinn.**

H.G. Adler hat seine Analyse in einer Grafik (siehe unten) fokussiert (S.972).

Etwas pointiert formuliert:
Die Bürokratie als Spinne im Netz, mit Agenten in allen anderen gesellschaftlichen Subsystemen.



H.G. ADLER:
DER VERWALTETE MENSCH

Bürokraten in Bürokratien haben »ihre« Bürokratie als Selbstzweck im Fokus. Agieren staatsformunabhängig, die jeweilige Verfassung, die politische Ideologie und das Recht haben für sie ausschließlich Legitimationscharakter – ihres persönlichen bürokratischen Handelns, vernetzt mit dem in ihrer Bürokratie und den weiteren Bürokratien.

Eine Potenzierung erfährt dieses Muster, wenn in bürokratischen Diktaturen – wie den faschistischen und kommunistischen – sich Partei- und staatliche Bürokratien vernetzen und gegenseitig durchdringen. Eine Partei übernimmt einen Staat, der lediglich Legitimations-Hülle bleibt. Bürokraten nutzen das in ihrem Sinn – und gemeinsamen Interesse: Sie nutzen die Chance, alle – wie es sich aus ihrer bürokratischen Perspektive darstellt – Fesseln für ihr bürokratisches Handeln abzustreifen. Um – auch aus ihrer Perspektive – absolut bürokratisch effektiv und effizient handeln zu können. Das nationalsozialistische Führerprinzip bedeutete so gewendet: Es gibt den Bürokraten, was sie wollen. Da das so ist, sind sie ebenso loyal. Die kommunistische Analogie: »Die Partei hat immer Recht.« – Im doppelten Wortsinn.

Eine Konsequenz ist, dass Macht und Gewalt bürokratischen Handelns sich potenzieren, für bürokratische Täter und ihre Opfer. Die Bedeutung im Kontext der nationalsozialistischen Volksgemeinschafts-Ideologie: Die willkürlich als »gemeinschaftsfremd definierten Menschen – insbesondere »Juden« – sind so aus bürokratischer Perspektive lebende Tote; es ist »nur« die Frage, wann und wie der Zustand des gesellschaftlichen – schrittweise – in den biologischen Tod transformiert wird. Als selbstverständlicher bürokratischer Verwaltungsakt, schein-legal schein-legitimiert. Die kommunistische Analogie: »Staatsgefährdung« bedingt den sozialen Tod.

Und in Deutschland heute?

Die spezifisch deutsche staatsformunabhängige Bürokratie-Kultur dominiert alle gesellschaftlichen Subsysteme, auch die politische Kultur, stellt so das Grundgesetz auf den Kopf und ist ihr eigener illegitimer gesellschaftlich-parasitärer Selbstzweck. Jenseits von »Recht und Gesetz« – die ausschließlich bürokratischen Legitimationscharakter haben. Die Diktatur der Bürokraten mit ihren vernetzten Bürokratien. Gesellschafts- und staatsgefährdend.

Aus dieser Perspektive sind die zu reflektierenden gesellschaftlichen Fragen:

Wie ist die Gesellschafts- und Staatsgefährdung durch die spezifisch deutsche staatsformunabhängige Bürokratie qualifizierbar und quantifizierbar?

Wie kann diese Bürokratie-Kultur in einen evolutionären Prozess im Sinne des gesellschaftlichen Auftrags von Bürokratie als gesellschaftlichem Subsystem verändert werden: Dass Bürokratie und die in ihr agierenden Menschen von ihrem Bewusstsein und strukturell darauf fokussiert sind, ihren Beitrag zu einer gemeinsamen würdigen Zukunft aller Menschen zu leisten?

Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diesen Weg real zu be-schreiten ist das Ziel. Dieser Weg beginnt mit der Reflexion. Angefangen bei Ihnen. Und Ihrer Kommunikation mit Menschen darüber. Sowie der gesellschaftlich wirksamen Organisation und Implementierung, die im Ergebnis zu einem Prozess positiven Wandels der Bürokratie-Kultur mit Eigendynamik und Synergien führt. Was bedeutet: Die bisherige Bürokratie-Kultur wird vom Kopf auf die Füße gestellt.

»Die Frage heute ist, wie man die Menschheit überreden kann, in ihr eigenes Überleben einzuwilligen.«

BERTRAND RUSSELL

Das 25-Punkte-Programm der NSDAP

»Wir werden weiter marschieren, wenn alles in Scherben fällt. Denn heute gehört uns Deutschland, und morgen die ganze Welt.«

NAZI-LIED

»Und wenn das Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's noch mal so gut.«

NAZI-LIED

Das 1920 beschlossene NSDAP-Programm ist die Fokussierung der Ideen des deutsch-österreichischen eliminatorischen Antisemitismus, verbrämt mit »sozialistischen« Programmpunkten. Die 1919 gegründete Deutsche Arbeiterpartei DAP wurde in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei NSDAP umbenannt.

»Es gibt in der Geschichte den Begriff der wertlosen Größe. Sie drückt oft tiefe Spuren in die Menschheit, aber es sind keine Furchen, aus denen Saat hervorgeht.«

KONRAD HEIDEN. HITLER. 1936. Bd. 1. S. 6.

Ein Fokus aus heutiger Perspektive ist die Analyse der nationalsozialistisch-ideologischen Perspektive dieses Programms:

Was verstanden Hitler und seine Vasallen unter den verwendeten Zentral-Begriffen?

Wie sind auf dieser Basis die Programmpunkte in ihrer nationalsozialistisch-ideologischen Vernetzung zu verstehen?

Die wiederum in ihrer Mobilisierungs- und Legitimationsfunktion ebenso vernetzt sind.

»Die Entwicklung einer simplifizierten Philosophie, die als ... Doktrin gilt und das gesamte Denken auf Klischees reduziert.«

OTTO F. KERNBERG. IDEOLOGIE, KONFLIKT UND FÜHRUNG.

»Im Kontext der Gruppen- und Massenpsychologie bezeichnet Ideologie ein System von Überzeugungen, die einer Gruppe, einer Masse oder einer Gesellschaft hinsichtlich des Ursprungs und der Funktion ihres Soziallebens gemeinsam ist, so wie die für ihre Gesellschaft erstrebten kulturellen und ethischen Ziele und Erwartungen.«

OTTO F. KERNBERG. IDEOLOGIE, KONFLIKT UND FÜHRUNG.

»Unter psychoanalytischem Blickwinkel ist vor allem das Ausmaß von besonderem Interesse, in diesem ein ideologisches System eine Weltanschauung enthält, die per definitionem all jene ausschließt, die sie nicht teilen, und zu Feinden erklärt, die kontrolliert und eliminiert werden müssen – ein System also, das danach strebt, sämtliche Aspekte des sozialen Verhaltens zu beherrschen.«

OTTO F. KERNBERG. IDEOLOGIE, KONFLIKT UND FÜHRUNG.

Im NSDAP-Programm ist die partei-staatliche nationalsozialistisch-ideologische Praxis von 1933 bis 1945 angelegt. In der wiederum die vernetzte Praxis der nationalsozialistisch-ideologischen Zentral-Begriffe Führerprinzip und Volksgemeinschaft der Kern der vernetzten Mobilisierungs- und Legitimationsfunktion waren.

Aus nationalsozialistisch-ideologischer Perspektive bedeutet das Führerprinzip die Legitimation grenzenloser Willkür, in der »Recht« ausschließlich formellen Legitimationscharakter insbesondere für gesetzliches Unrecht hat. Dies ist vernetzt mit der nationalsozialistisch-ideologischen Volksgemeinschaft als Legitimation zur Exklusion aller »Gemeinschaftsfremden«, insbesondere willkürlich definierten »Juden« – im Sinne von Schuld durch Geburt, die Eliminierung, also den Mord, legitimiert.

Die Kernaussagen werden erläutert mit Zitaten aus: Alfred Himstedt. Das Programm der NSDAP wird erfüllt! Zentralverlag der NSDAP Franz Eher Nachf. München 1940⁷. 85 Seiten.

In der Einleitung heißt es (S. 7 f.):

»Wenn du für die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei kämpfst, so kämpfst du damit für dein Volk. Adolf Hitler

So schreibt es der Führer im Vorwort eines jeden Mitgliedsbuchs der NSDAP und letzten Endes heißt Nationalsozialist sein weiter nichts als: glauben, opfern, arbeiten und kämpfen für das Leben des deutschen Volkes auf allen seinen Lebensgebieten.

Das Rüstzeug gibt uns die nationalsozialistische Weltanschauung. Ihre erste Verkündung erfuhr sie in den 25 Punkten des Programms der NSDAP ... Ein neues Lebensgefühl hat mit diesen Punkten Gestalt angenommen ... Das Programm ist so der Bauplan unseres Reiches geworden und voller Stolz können wir heute schon feststellen, dass der Bau von Jahr zu Jahr wächst und einst seine restlose Vollendung erfahren wird. Seit der Machtübernahme erleben wir die Verwirklichung des Programms in einer Weise, die selbst die größten Optimisten nie geahnt hätten.«

»... die restlose Verbundenheit mit der nationalsozialistischen Weltanschauung und ihrem Führer Adolf Hitler. Sie herzustellen und ständig zu erneuern und zu vertiefen, ist eine der Hauptaufgaben der NSDAP. Ihre Arbeit ist damit eine fortdauernde und nie zu Ende gehende Erziehungsarbeit, in der auch die Behandlung des Programms der NSDAP stets ihren Platz behalten wird.«

»Der Nationalsozialismus will zur Religion werden.«

KONRAD HEIDEN. HITLER. 1936. Bd. 2. S. 144.

Die Kernaussagen des NSDAP-Programms:

1. Anschluss von Österreich.

Himstedt:

»Gerade in Erfüllung dieser Forderung hat der Führer dem deutschen Volke bereits die größten Erfolge geschenkt.

Deutschland ist dort, wo Deutsche leben.

10.4.38 In allen fünf Erdteilen fanden an Bord deutscher Schiffe Abstimmungen statt, an denen sich die Auslandsdeutschen in bisher nicht gekanntem Ausmaß beteiligten.

16.3.39 Böhmen und Mähren sind auf Beschluss der Prager Regierung in den Schutz des Deutschen Reichs zurückgekehrt, zu dessen Lebensraum sie schon einmal ein Jahrtausend lang gehörten.

- 1.9.39 Beginn des polnischen Feldzuges, der uns weiteren ehemals bereits deutschen Lebensraum neu gewinnen lässt.«

»Das Programm Adolf Hitlers ist das Programm der deutschen Weltherrschaft.«
KONRAD HEIDEN. HITLER. 1936. Bd. 2. S. 254

2. Gleichberechtigung Deutschlands.
Himstedt:
»Adolf Hitler hat die Gleichberechtigung Deutschlands wiederhergestellt. Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain. Friedensgarnisonen, Politik des Friedens und der Freiheit«

3. Forderung nach Kolonien.
Himstedt:
»Seit der Machtübernahme stets Ziel der deutschen Politik.
Mit unserem Recht auf Leben erklären wir auch das Recht auf Raum für uns. Dabei können wir uns nicht allein mit der inneren Kolonisation begnügen. Sie reicht für die Lebensbedürfnisse unseres Volkes bei weitem nicht aus. So werden wir unser Recht auf Kolonien nie aufgeben.

Innere und großdeutsche Raumgewinnung

- 28.9.39 Grenz- und Freundschaftsvertrag mit der UdSSR
6.10.39 Der Führer stellt vor dem Reichstag als wichtige Aufgabe der Zukunft die Schaffung fester, völkischer Verhältnisse im Osten durch Umsiedlung klar heraus.

Vorbereitung kommender kolonialer Arbeit

- 14.6.35 Eine deutsche Kolonialtagung in Freiburg erhebt in aller Form Protest gegen die Koloniallüge.
18.1.36 Die »Afrikanische Fruchtkompanie AG« in Hamburg, ein deutsches Pflanzungs- und Reedereiunternehmen, berichtet, dass sie in Kamerun bereits 10.000 Hektar unter Bananenkultur hat. Ähnliche deutsche Kolonialgesellschaften und vor allem deutsche Unternehmen, Handwerker, Farmer stellen in allen geraubten deutschen Kolonialgebieten unter Beweis, dass Deutsche auch unter oft schwierigen Verhältnissen zu kolonisieren verstehen.
18.1.36 Gründung des »Reichskolonialbundes« unter nationalsozialistischer

Führung (Reichsleiter v. Epp) ... Leistung notwendiger, vorbereitender Arbeiten, unter anderem Unterhaltung kolonialpolitischer Ausbildungs- und Schulungsstätten.

- 18.1.39 In Windhuk beschließt eine Delegiertenversammlung des »Deutschen Südwestbundes« unter anderem einstimmig: »Der Deutsche Südwestbund steht auf dem Boden der moralischen und sachlichen Berechtigung der deutschen Kolonialforderung.«

- Aug. 40 Das Deutsche Volksbildungswerk führt Kurse für die afrikanische Sprache Kisuaheli durch.

- 25.8.40 Der NSD Dozentenbund führt das erste Arbeitslager der Kolonialwissenschaftler Deutschlands durch zur Bildung der ersten festen Gemeinschaften.

- 1.10.40 Neuregelung der theoretischen und praktischen Ausbildung des »staatlich geprüften Kolonialwirts« an der Kolonialschule in Witzenhausen durch Erlass des Reichserziehungsministers im Einvernehmen mit dem Reichsinnenminister.

- 1.10.40 An der Universität Göttingen wird ein Institut für koloniale Landwirtschaft gegründet.

Der Führer fordert Kolonien

- 28.4.39 »Die einzige Forderung, die ich an England stelle und immer stellen werde, ist die Rückgabe unserer Kolonien.« (Vor dem Großdeutschen Reichstag)«

4. Staatsbürger = Volksgenossen = deutschen Blutes – nicht: Juden.
5. Nicht-Staatsbürger: Gäste in Deutschland unter Fremdenengesetzgebung.
6. Nur Staatsbürger in staatliche Funktionen. Gegen Parlamentarismus.
Himstedt:
»Diese Punkte (4.–6., LK) sind heute allgemein anerkannte Staats- und Lebensgesetze unseres Volkes.
Reichsbürgerbrief
8.10.34 Standesämter zu Sippenämtern ausgebaut
21.5.35 Wehrgesetz und seine Ergänzung vom 26.6.36, wonach jüdische Mischlinge nicht Vorgesetzte in der Wehrmacht werden können.

- 3.12.38 Eine Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens enthält die gesetzliche Grundlage für die Gesamtentjudung der deutschen Wirtschaft. Besonders wichtig ist auch die Entjudung des Haus- und Grundbesitzes.
- 15.4.39 Reichsleiter A. Rosenberg gründet das »Institut der NSDAP zur Erforschung der Judenfrage«.
- 30.4.39 Ein Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden schafft die Möglichkeit, schneller als bisher auch auf diesem Gebiet eine klare Trennung zwischen Deutschen und Juden durchzuführen.
7. Staatsbürger haben Vorrang bei der staatlichen Förderung von Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten.
Himstedt:
»Heute ist das Recht auf Arbeit verwirklicht, die Arbeitslosigkeit ist überwunden.«
8. Keine Einwanderung nach Deutschland.
Himstedt:
»Heute gesetzlich entsprechend geregelt.«
9. Staatsbürger: gleiche Rechte und Pflichten.
Himstedt:
»Völlig erfüllt durch die nationalsozialistische Gesetzgebung und Volksverbundenheit.«
10. Staatsbürger: Pflicht, geistig oder körperlich zu schaffen.
Himstedt:
»Die Pflicht zur Arbeit ist einer der ersten durchgeführten Grundsätze des neuen Reiches geworden.«
11. Kein arbeitsloses Einkommen. Brechung der Zinsknechtschaft.
Himstedt:
»Durch eine Reihe von Maßnahmen und Gesetzen heute bereits verwirklicht.«
12. Restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.
Himstedt:
»Heute wird jede Spekulation schärfstens bekämpft.«
13. Verstaatlichung von Trusts.
Himstedt:
»Bei Reichsbahn, Reichsbank und Reichspost bereits völlig durchgeführt.«
14. Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.
Himstedt:
»Freiwillig bereits von vielen Betrieben erfüllt.«
15. Großzügiger Ausbau der Altersvorsorge.
Himstedt:
»Als Staats- und Volksnotwendigkeit bereits tatkräftig in Angriff genommen.«
16. Mittelstandsförderung.
Himstedt:
»Durch zahlreiche Maßnahmen eingeleitet.«
17. Bodenreform und Bodenpolitik.
Himstedt:
»Heute bereits gesetzlich festgelegt.«
18. Rücksichtsloser Kampf gegen Schädiger des Gemeininteresses: Todesstrafe.
Himstedt:
»Durch entsprechende Gesetze bereits verwirklicht.
Der Nationalsozialismus schützt deshalb die deutsche Volksgemeinschaft vor diesen Schädlingen durch deren rücksichtlose Bekämpfung. Und wer gar das Leben dieser Gemeinschaft auf irgendeinem Gebiet antastet, der hat selbst sein Leben verwirkt. Er wird vernichtet, genau wie ein Bauer das Unkraut vertilgt, damit das wertvolle Leben nicht gestört oder gar erstickt wird.
- 26.4.33 Gesetz über die Schaffung des Geheimen Staatspolizeiamtes.
- 10.2.36 Gesetz über die Geheime Staatspolizei.«
19. Ersatz des römischen Rechts – diene der materialistischen Welt – durch ein deutsches Gemeinrecht.
Himstedt:
»In der nationalsozialistischen Gesetzgebung heute schon wirksam. Durch die umfassende nationalsozialistische Rechtserneuerung vor der baldigen endgültigen Verwirklichung.
»Recht ist, was dem Volke dient, Unrecht, was ihm schadet!«
Von den wichtigsten weltanschaulichen Gesetzen sei erwähnt:
21.3.33 Straffreiheit für Straftaten, die im Kampfe um die nationale Erhebung des deutschen Volkes oder im Kampfe um die deutsche Scholle begangen worden sind.
4.10.33 Schriftleitergesetz
1.12.33 Gesetz über die Einheit von Partei und Staat
30.1.35 Deutsche Gemeindeordnung
15.9.36 Die Nürnberger Gesetze
26.1.37 Deutsches Beamtengesetz
1.5.35 Veröffentlichung der »Nationalsozialistischen Leitsätze für ein neues deutsches Strafrecht« ... Die Pflicht aus der

- Treue ist die höchste völkische, sittliche Pflicht. Nur der Volksgenosse, der seine Treuepflicht erfüllt, hat seinen Platz, seinen Wert und seine Ehre in der Gemeinschaft. Wer diese Treue verletzt, löst sich von seinem Volke, wird zum Verräter an der Volksgemeinschaft, verliert seinen Platz und seine Ehre in der Volksgemeinschaft und muss einen Treuebruch sühnen. Der Staat hat diese Sühne zu vollziehen und den Treuebruch zu bestrafen.
- 28.6.35 Das Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches beseitigt die liberalistische Einstellung »Keine Strafe ohne gesetzliche Strafandrohung« und stellt den nationalsozialistischen Grundsatz auf: »Kein Verbrechen ohne Ahndung.«
20. Für Deutsche: Schul- und Begabtenförderung.
Himstedt:
»Heute bereits weitgehend erreicht.«
21. Hebung der Volksgesundheit.
Himstedt:
»Heute schon verwirklicht.
15.5.34 Schaffung des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP.
15.1.35 Richtlinien für die rassenpolitische Erziehung in den Schulen.
30.9.38 Keine jüdischen Ärzte mehr in Deutschland!«
22. Bildung eines Volksheeres.
Himstedt:
»Heute volle Wirklichkeit.«
23. Presse- und Kulturlenkung: Nur Volksgenossen dürfen in der Presse tätig sein. Zeitungsverbot bei Verstoß gegen das Gemeinwohl. Bekämpfung »entarteter« Kunst.
Himstedt:
»Sofort in Angriff genommen und bis heute immer mehr durchgesetzt.«
24. Religionsfreiheit, vorausgesetzt keine Staatsgefährdung und muss der germanischen Rasse entsprechen.
Himstedt:
»Heute völlig gewährleistet.«
Gemeinnutz vor Eigennutz.
25. Zentrale Forderung zur Durchführung von 1.–24.:
Schaffung einer starken Zentralgewalt.
Himstedt:
»Dieses ist geschehen.

Damit bekennt sich das Reich aber gleichzeitig zur Totalität der nationalsozialistischen Weltanschauung und nicht zu einer reinen Totalität des Staates.

- 19.5.33 Gesetz zum Schutz der nationalen Symbole.
1.12.33 Das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat erhebt die NSDAP zur Körperschaft des öffentlichen Rechts und zur alleinigen staatstragenden Bewegung.
15.9.35 Das Reichsflaggengesetz von Nürnberg erklärt die Hakenkreuzfahne zur alleinigen deutschen Reichs-, National- und Handelsflagge.
28.8.39 Erlass des Führers über die Vereinfachung der Verwaltung, um schnelle und von bürokratischen Hemmungen freie Entscheidungen der Behörden herbeizuführen.«

Hitler war – bis 1932 – Österreicher. Daher der Anschluss Österreich an erster Stelle. Im nationalsozialistisch-ideologischen Sinn gedanklich erweitert: Anschluss der gesamten Welt. Um aller »Gemeinschaftsfremder« habhaft zu werden, um sie dann zu ermorden. »Gemeinschaftsfremd« war nach diesem Verständnis jeder Mensch, der nicht »arischer« pathologischer Nationalsozialist war. Das Selbstzerstörungs-Programm, das im Erfolgsfall die Selbst-Auslöschung der Menschheit bedeutet hätte. Denn dies war die innere Logik der Vernetzung von Führerprinzip und Volksgemeinschaft im nationalsozialistisch-ideologischen Sinn. Wer Staatsbürger, Volksgenosse, Arier sei, das wurde von den nationalsozialistischen Willkür-Habern definiert. »Wer Jude ist, bestimme ich«, so Göbbels. Und so ist die Vernetzung der 25 Punkte des NSDAP-Programms zu verstehen. Inkl. Ankündigung von Diktatur mit ausschließlich partei-staatlicher Zentralgewalt, mit Lenkung von Presse und Kultur, partei-staatlicher Exklusion-Politik inkl. Deportation und Mord: Todesstrafe für die Schädiger des Gemeininteresses. Was aus nationalsozialistisch-ideologischer Perspektive »Juden« durch Geburt waren.

»Als zu Beginn des Jahres 1933 erstmals ein Ministerialbeamter eine Definition der Bezeichnung »nichtarisch« in einen Richtlinienenerlass hineinschrieb, war das Schicksal der europäischen Juden besiegelt.«

RAUL HILBERG

Die grausame Mord-Realität des nationalsozialistischen eliminatorischen Rassenwahns war auf Euro-

pa und Nordafrika begrenzt. In den Machtbereich Hitlers gelangt, wäre jedes Land derselben Realität begegnet. Letztlich dem deutsch-japanischen Show-down.

Adolf Hitler am 24. Februar 1942 vor »alten Kämpfern«:

»Meine Prophezeiung wird ihre Erfüllung finden, dass durch diesen Krieg nicht die arische Menschheit vernichtet, sondern der Jude ausgerottet wird.«

Proklamation Hitlers an die NSDAP-Mitglieder am 24. Februar 1942:

»Heute haben die Gedanken unserer nationalsozialistischen und der faschistischen Revolution große und gewaltige Staaten erobert und meine Prophezeiung wird ihre Erfüllung finden, dass durch diesen Krieg nicht die arische Rasse vernichtet, sondern der Jude ausgerottet wird. Was auch immer der Kampf mit sich bringen oder wie lange er dauern mag, dies wird sein endgültiges Ergebnis sein. Und dann erst, nach der Beseitigung dieser Parasiten, wird über die leidende Welt eine lange Zeit der Völkerverständigung und damit des wahren Friedens kommen.«

Rademacher, Auswärtiges Amt, an dessen Personalabteilung am 24. März 1942:

»Je stärker sich der deutsche Sieg abzeichnen wird, umso größer und vordringlicher werden die Auf-

gaben des Referats, denn die Judenfrage muss im Laufe des Krieges gelöst werden, da sie nur so ohne allgemeines Weltgeschrei erledigt werden kann. Nach der Erledigung der Judenfrage in Deutschland wird es notwendig werden, an die anderen europäischen Länder der Reihe nach heranzugehen.«

»Wir befinden uns in einer Situation, in welcher der Untergang der Menschheit droht. Wie wir wissen, überlebt der Mensch in einer sonst lebensfeindlichen Umgebung mit Hilfe Zivilisation, und das entscheidende Merkmal der Zivilisation besteht in der Eliminierung von Gewalt.« S. 22.

»Weltherrschaft aus Langeweile.

Weil sie den Frieden sterbenslangweilig finden
Vernichtung
Hass und Verachtung.« S. 84f.

»Aber die Zerstörung der eroberten Länder ist kein ewiges Vergnügen. Es kommt der Tag, da sie völlig und endgültig zerstört sind. Dann muss etwas Neues und Größeres zerstört werden.« S. 86.

»Alles ist dem Untergang geweiht.« S. 125.

ZITATE AUS: SEBASTIAN HAFFNER. GERMANY –
JEKYLL & HYDE. 1939.

FOTO: CHARLIE CHAPLIN »DER GROSSE DIKTATOR«



Die ungebrochene Selbstverständlichkeit des NS-Bewusstseins in einem Fraktal:

Helge Grabitz war Oberstaatsanwältin in Hamburg: »... die grausamen Fotos ... die zum großen Teil heimlich von ... Beobachtern der Massaker, des »normalen Lebens« im Ghetto, der Ghetto-Räumungen, oder zum Beweis und zur Erinnerung an die glorreichen Heldentaten durch die Vollstrecker aufgenommen worden sind, und die wir bei Hausdurchsuchungen nicht etwa gesondert aufbewahrt oder heute gut versteckt, sondern in Familionalben (!) entdeckten. Zwischen Aufnahmen von Oma, Kind und Hund fanden wir Fotografien von Exekutionen, offenen Massengräbern, übervollen Leichenkarren mit grauenhaft ausgemergelten Körpern oder Ghetto-Szenen. Friedliche spießbürgerliche Idylle wechselten in diesen Alben mit der Dokumentation der Hölle.«

HELGE GRABITZ. NS-PROZESSE. PSYCHOGRAMME DER BETEILIGTEN. HEIDELBERG 1985. S. 161.

Die dantesche Hölle, die ein Spiegelbild der Hölle in den Köpfen ist. Wie den Köpfen der Braunen-Armee-Fraktion, die ein Fraktal der aktuellen Realität in deutschen Köpfen ist. Und ihre Basis in der Fiktion der Stunde Null hat – wie die Rote-Armee-Fraktion. Und unter spezifischen Bedingungen wieder zur gelebten Hölle werden kann. Weil es keine institutionalisierten Schutzmechanismen gibt und die »Erziehung nach Auschwitz« Kopfgeburt blieb. Die Chance beides zu ändern haben wir – noch.

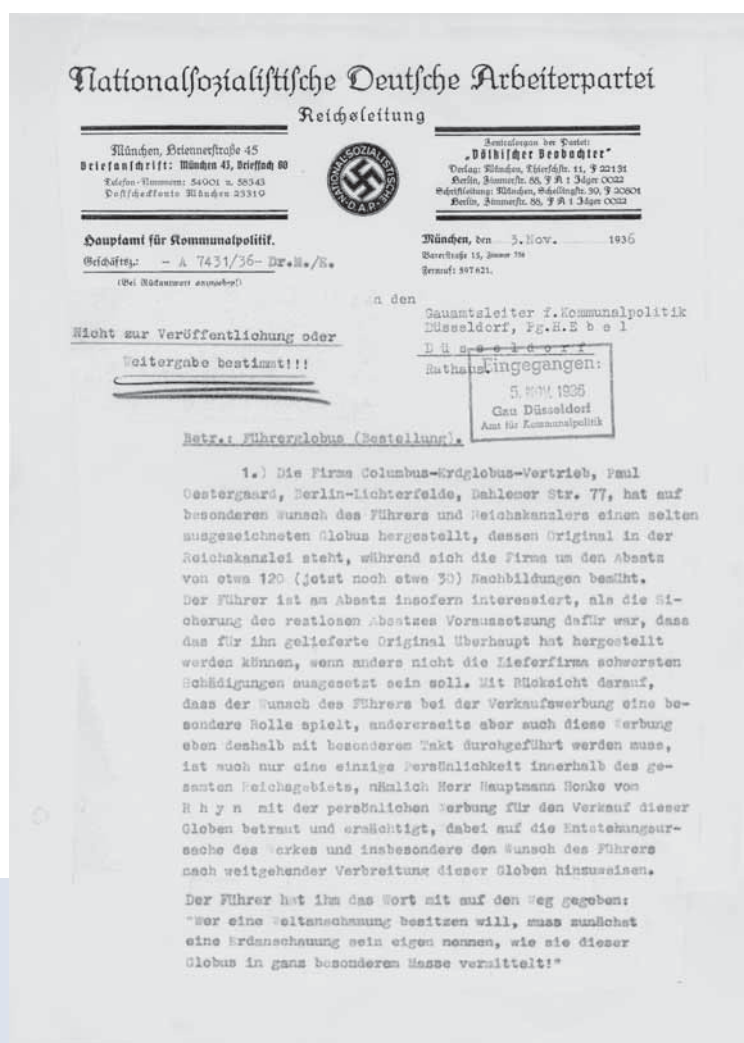
»... den schützenden Netzwerken der zurückgekehrten Täter, die bis weit in die Nachkriegszeit funktionierte haben. Massenmörder wurden in ihren Heimatdörfern voller gesetzestreuer Bürger der Justiz entzogen, indem sie versteckt oder mit einer neuen Identität versehen wurden.«

HARALD WELZER. TÄTER. S. 266.

Die Analogie zu Osterath

Die Täter wie die Symbiose Hugo Recken und Johannes Herbrandt, die Osterath nie verlassen haben, waren weitgehend bruchlos in ihren gesellschaftlichen Macht- und Gewaltpositionen – eine Stunde Null ist Fiktion. Die Täter behielten ihren Habitus bei, eine Änderung war rein äußerlich zur Legitimation vor der alliierten Staatsmacht und zur Kaschierung eines »demokratischen Neuanfangs«. Was von Historikern als Restauration bezeichnet wird – mit Blick auf die Weimarer Republik – war eine Re-Nazifizierung. Es gab formell kein Führerprinzip und keine Volksgemeinschaft mehr – man nannte sie anders. Real gab es keine Gestapo und keine Konzentrationslager mehr, den bürokratischen Macht- und Gewaltmitteln wurde im Einzelfall – der empfundenen Bedrohung entsprechend – direkte Gewalt eingesetzt. Wenn Johannes Herbrandt an hellen Tag in seiner schwarzen SA-Uniform z. B. 1948 »Hausbesuche« bei Familie Dr. Langenbach machte. Dr. Langenbach war kurze Zeit später tot. Wo ist im Effekt der reale Unterschied zu Gestapo und Konzentrationslager?

STADTARCHIV DÜSSELDORF:
NACHLASS EBEL,
GAUAMT FÜR KOMMUNALPOLITIK



b. 1935: Die Umlegung des jüdischen Friedhofs Osterath nach Krefeld und die Kontroverse über die Rolle von Bürgermeister Recken bis heute

»In Osterath wurde der dortige jüdische Friedhof 1934 geschändet und zerstört.«

TEXT AUF DER WEBSEITE »DENKMALGALERIE IN MEERBUSCH« DES »ORTSKURATORIUMS MEERBUSCH DER DEUTSCHEN STIFTUNG DENKMALSCHUTZ«.

Zwei Menschen haben sich mit der Geschichte des jüdischen Friedhofs in Osterath intensiv auseinandergesetzt:

- **Günter Janß.** Der Osterather Judenfriedhof und die Geschichte der jüdischen Gemeinde. Meerbuscher Geschichtshefte 14. 1979. S. 49–78.
- **Manfred Klaes.** Auf den Spuren der Vergangenheit. Lebensbilder Osterath. Meerbusch 2002.

Der Beitrag von Günter Janß wurde 1996 unter anderem Titel und in anderer Version in »Die Heimat. Krefelder Jahrbuch« veröffentlicht. Auf diesen Beitrag hatte Frau Dr. Schupetta verwiesen, als bei ihr von der Stadt Meerbusch angefragt wurde. Doch welche Schlussfolgerungen auf diesen Hinweis und den Inhalt beider Versionen sind von Herrn Regenbrecht gezogen worden – außer die Version in den Meerbuscher Geschichtsheften als Literatur zu benennen? Dazu schweigt er beredt. »Man kann nicht nicht kommunizieren.« Paul Watzlawick.

Im Bestand Osterath III 1997 finden wir ein Schreiben von Bürgermeister Hugo Recken an den stellvertretenden NSDAP-Ortsgruppenleiter Schwengers vom 10. Dezember 1934:

Landbürgermeister
Abt. A.

Osterath, den 10. Dezember 1934

An die
Ortsgruppe der N.S.D.A.P.
z.H.d.st. Ortsgruppenleiters Herrn Schwengers
OSTERATH

Durch die Inanspruchnahme einer am Sportplatz hieselbst gelegenen und der Gemeinde Osterath gehörenden Landparzelle zum Bau von Eigenheimen für kinderreiche Familien, muß der in diese Parzelle hinein stossende israelitische Friedhof entfernt und in einer vollständig abgegrenzten und mit einem besonderen Eingang versehene Ecke des neuen Friedhofs untergebracht werden. Ich bitte ergebenst um Mitteilung, ob die NSDAP gegen das diesbezügliche Vorhaben der Gemeinde Bedenken hat. Der Gemeinderat ist mit dieser Regelung einverstanden.

2.W.V. 1. 1. 35

Bekanntmachung. Errichtung von Eigenheimen.

Es besteht die Möglichkeit, auf dem zwischen dem Sportplatz und der Rheinischen Bahn liegenden Gemeindegrundstück verschiedene Eigenheime zu errichten, die hauptsächlich für kinderreiche Familien bestimmt sein sollen. Die Häuser sollen auf einem rund 1000 qm großen Baugrundstück errichtet werden und 4 Wohnräume, einen Wirtschaftsraum einen Stall und Keller erhalten. Die Baukosten einschl. der Grundstückskosten betragen rund 4800.— RM. Es ist erforderlich, daß die Bauinteressenten 800.— bis 1000.— RM. Eigenkapital bereitstellen. Bei der Zahlung eines Betrages von 800.— RM. sind für die anderen gewährten Darlehen an Zinsen zusätzl. 1% Tilgung im Jahr 257.— RM. aufzubringen. Das sind im Monat 21.41 RM. wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß sich durch die Tilgung der zu zahlende Betrag von Jahr zu Jahr ermäßigt. Die Trägerschaft für die Bauten übernimmt die Rheinische Heimstätte G.m.b.H. in Düsseldorf.

Um einen Überblick über die Zahl der zu errichtenden Häuser zu erhalten, werden diejenigen Interessenten, die mindestens 800.— RM. zur Verfügung stellen können, gebeten, einen Antrag auf Zuteilung eines Hauses, der aber beiderseits als gänzlich unverbindlich bleiben muß, bis zum 28. Februar ds. Ja. im hiesigen Rathaus Zimmer 8 zu stellen. Nach Ablauf dieser Frist wird den Bewerbern über alle Einzelheiten, die die Bauausführung betreffen, Aufklärung gegeben.

Osterath, den 4. Februar 1935.

Der st. Landbürgermeister
Recken.

OBEN: SCHREIBEN VON BÜRGERMEISTER HUGO RECKEN AN DEN STELLVERTRETENDEN ORTSGRUPPENLEITER OSTERATH

Also Umlegung auf eine weitestmöglich separierte Ecke des Osterather Friedhofs.

In der Osterather Zeitung finden wir am 9. Februar 1935 die »Bekanntmachung: »Errichtung von Eigenheimen« von Bürgermeister Hugo Recken.

Den sich bei der Gemeindeverwaltung meldenden Adressaten war klar, dass »ihr« Grundstück Teil des jüdischen Friedhofs sein könnte.

LINKS: BEKANNTMACHUNG VON BÜRGERMEISTER HUGO RECKEN, OSTERATHER ZEITUNG, 9.2.1935

Ausgrabungen auf dem israelitischen Friedhof.

Am Dienstag wurden die sterblichen Ueberreste der verstorbenen Israeliten auf dem israelitischen Friedhof ausgegraben und zum Friedhof nach Krefeld überführt. Der Friedhof wurde hier in das Gelände einbezogen für den Bau der neuen Siedlung, mit welchem demnächst begonnen wird.

LOTHAR KLOUTEN. DAS SCHICKSAL DER MEERBUSCHER JUDEN 1933–1945. IN: MEERBUSCHER GESCHICHTSHEFTE 1, 1984

Am 18. Mai 1935 finden wir in der Osterather Zeitung die Meldung »Ausgrabungen auf dem israelitischen Friedhof«.

Was war in Osterath innerhalb weniger Monate geschehen?

Diese Frage beantwortet Günter Janß: »In den zwanziger Jahren soll in Osterath der Plan entwickelt worden sein, eine Siedlung für kinderreiche Familien zu bauen. Dafür, dass das Projekt auch zu Anfang der dreißiger Jahre noch nicht verwirklicht worden war, gab es eine Menge Gründe: Inflation, die noch ungewohnten Arbeitsstrukturen in der jungen Demokratie und manches andere mehr. Ein Grund bestand auch in gewissen Hemmungen, weil die Gemeinde die Siedlung genau dort errichten wollte, wo sich der kleine Friedhof der Juden befand, in der »Hoterheide«. Aber ermutigt durch die immer aggressiver auftretende antisemitische Propaganda wählte man die Gelegenheit günstig und beschloss im Herbst 1934 die Schaffung der Heimstätte für kinderreiche Familien, wie seit langem geplant, denn es gäbe im gesamten Bereich der Kommunalgemeinde sonst kein anderes Gelände, das derart für das Vorhaben geeignet sei.« (S. 51f.)

Wer war »man«? Und wie ist das Argument keiner anderen Gelände-Alternative zu bewerten?

»Man« war die örtliche Elite in Gesellschaft und Politik inkl. Verwaltung, dort Hugo Recken und seine rechte Hand Johannes Herbrandt. Zur Schein-Legitimation wurde in bürokratischer Manier ein Grund erfunden: keine Gelände-Alternative. Ein Blick auf eine Osterather Karte aus dieser Zeit genügt zur Einsicht. Bürokratie schafft sich interessegeleitet ihre Legitimation – hier für eine extreme antisemitische Maßnahme. Zur bürokratischen Absicherung nach außen der Brief an den stellvertretenden NSDAP-Ortsgruppenleiter.

In der aktuellen apologetischen Darstellung der historischen Sachverhalte weist der Meerbuscher Stadtarchivar Regenbrecht im Auftrag von Bürgermeister Spindler – interessegeleitet bewusst –

unreflektiert auf ein Argument, das Johannes Herbrandt für Bürgermeister Hugo Recken – und sich selbst – nach 1945 verwandte: Die Umlegung des jüdischen Friedhofs sei im guten Einvernehmen mit der jüdischen Gemeinde erfolgt. Sehen wir uns dieses Legitimations-Argument genauer an.

Günter Janß führt aus, dass für die örtliche jüdische Gemeinde Gustav Kiefer einer Umlegung in Osterath zustimmen wollte, die jüdische Gemeinde in Krefeld, zu der die Osterather jüdischen Glaubens gehörten, teilte aber am 7. Februar 1935 Bürgermeister Hugo Recken schriftlich Bedenken mit. Zu diesem Schreiben formulierte Janß: »Aus den abschließenden Sätzen desselben Schreibens kann man jahrhundertalte Erfahrung verfolgter Judengemeinden heraushören und spürt deutlich die Sorge vor der sich ausweitenden Intoleranz des nationalsozialistischen Staates. Dort heißt es: »Nachdem Sie uns bestätigt haben, dass das Eigentum an dem Friedhofsgelände der Zivilgemeinde zusteht, haben wir uns den Anordnungen der Zivilgemeinde zu fügen. Wenn also die Umlegung unvermeidlich sein sollte, bitten wir Sie diese in pietätvoller Weise vorzunehmen ... Wir geben dabei der Erwartung Ausdruck, dass nach menschlichem Ermessen eine nochmalige Umlegung in späterer Zeit nicht mehr in Frage kommt.« (S. 52)

Wie oben zitiert war bereits am 9. Februar 1935 in der Osterather Zeitung die offizielle Anzeige von Bürgermeister Recken abgedruckt: »... auf dem zwischen dem Sportplatz und Rheinischer Bahn gelegenen Grundstück ...«, also unter Einbeziehung des jüdischen Friedhofs. Die geschaffenen Fakten mussten von Recken noch **Schein-Legal** verpackt werden, die Strategie der Nationalsozialisten.

Günter Janß führt weiter aus, dass Bürgermeister Hugo Recken auf die Verlegung des jüdischen Friedhofs drängte. Und:

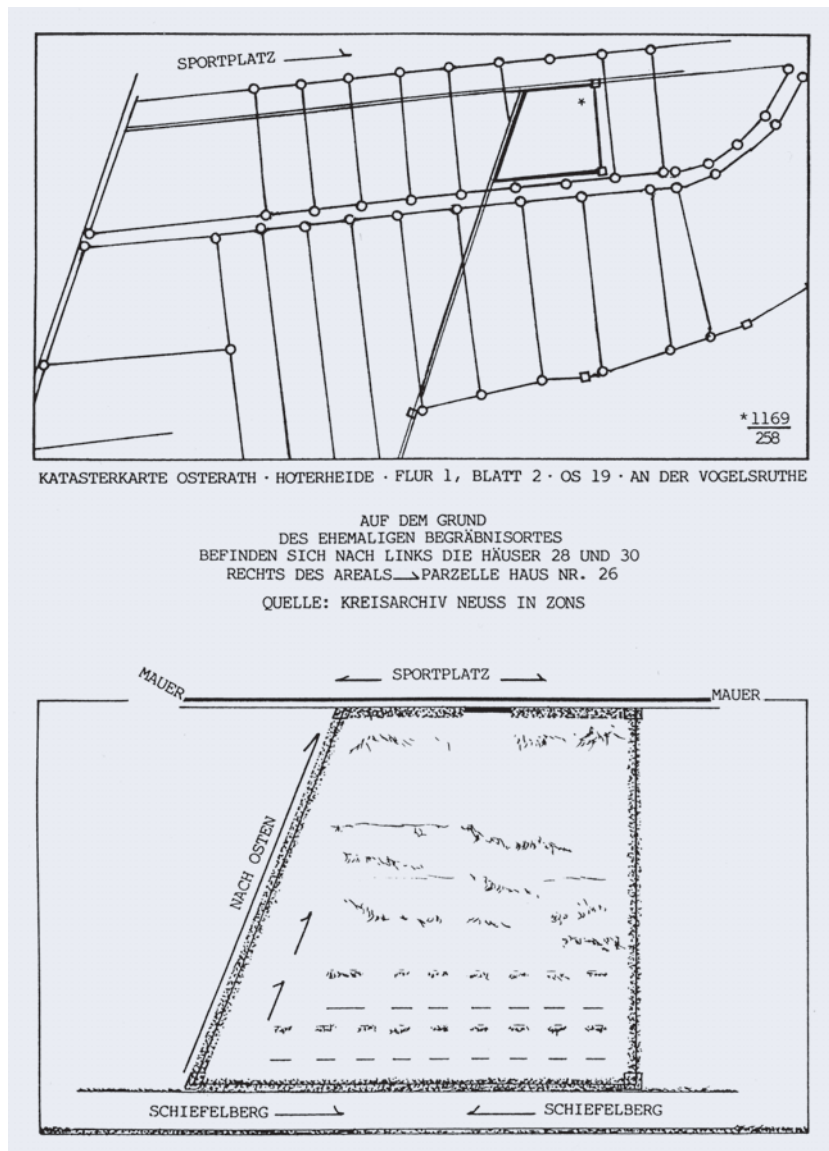
»Dem schwebte sicher die Idee eines »judenfreien« Friedhofs vor.« (S. 54f.)

»Ob und inwieweit er als Amtsträger in einem ideologisierten, totalitären Staat für den Wechsel des Verhandlungsansatzes verantwortlich und sogar letztverantwortlich war, kann im Rahmen dieser Ausarbeitung nicht sachgerecht diskutiert und entschieden werden.« (S. 68, Anm. 16)

Hat Herr Regenbrecht seine Argumentation aus diesem Zitat bezogen? Im Kontext der in diesem Buch dokumentierten Aktivitäten von Bürgermeister Hugo Recken: Er wollte, das aus Osterath alles Jüdische getilgt wird.

Janß weiter: »Als der Vorstand der Synagogengemeinde, um den innergemeindlichen Frieden zu retten, am 21. Februar 1935 noch einmal an die Landbürgermeisterei schrieb und dabei den Wunsch der Osterather Judengruppe wieder ins Gespräch zu bringen versuchte, antwortete man mit »Erstaunen und Befremden über den Sinneswandel«. In dem Schreiben der Bürgermeisterei vom

9. März 1935 an die Krefelder Synagogengemeinde werden nun schärfere Töne angeschlagen. Es wird sogar gedroht: »Bei den mündlichen Verhandlungen war allen beteiligten Stellen zugesagt worden, dass bei der Umlegung des Friedhofes und den dabei zu treffenden Maßnahmen nach jeder Richtung Entgegenkommen gezeigt würde. Nachdem nunmehr die von Ihnen aufgezeigten Schwierigkeiten aufgetreten sind, kann der hiesigen Stelle eine Mehrleistung, über die gesetzlich vorgeschriebene hinaus, nicht zugemutet werden. Aus diesem Grund werden bei einer Umbettung der Leichen auf den neuen Osterather Friedhof diejenigen Gräber nicht berücksichtigt, in welchen sich Leichen befinden, die bereits vor (mehr als) 30 Jahren beerdigt wurden. Unter Berücksichtigung der Ihnen mitgeteilten Verhältnisse bitte ich nochmals um die Übernahme der Leichen hiesiger jüdischer Religionsangehöriger. Einer diesbezüglichen Mitteilung sehe ich bis zum 25. ds. Mts. entgegen.« (S. 54)



KREISARCHIV NEUSS:
KATASTERKARTE
OSTERATH HÖTERHEIDE

In Elfie Pracht-Jöns. Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen. Teil II: Regierungsbezirk Düsseldorf. Köln 2000. Lesen wir auf S. 482 unter dem Titel »Die Friedhöfe in der Hoterheide in Osterath und an der Uerdinger Straße in Lank-Latum«:

»Im Jahre 1867 stellte die Bürgermeisterei Osterath den in der Ortschaft wohnenden Juden ein 638 qm großes Grundstück für die Anlage eines Begräbnisplatzes zur Verfügung, das in der Hoterheide 1,5 km nordöstlich des Ortszentrums lag ... Bei dem 1867 angelegten Osterather Friedhof handelt es sich um ein extrem abgelegenes und einsames Terrain ... Möglicherweise wurden lediglich die jüngeren Gräber umgebettet.«

Geht es nicht wie bürokratisch gewünscht, fällt der Schleier der bürokratischen Schein-Freundlichkeit und das Mittel der Nötigung wird genutzt. Die bürokratische Verärgerung ist auch bedingt durch den ausgelösten Zwang zur Schriftlichkeit. Ergebnisse mündlicher Verhandlungen sind gut interessengeleitet zu interpretieren, die Gegenseite gegenüber Bürokraten chancenlos. Und: Noch am 9. März 1935 ist offiziell vom »neuen Osterather Friedhof« als Option die Rede. Bürokratische Aussagen ohne absolute rechtliche Absicherung haben keinen Wert. Und die konnte es für Juden in Deutschland 1935 nicht geben.

Janß weiter: »Nach einer Zwischenantwort schon am 13. März 1935 schreibt der Synagogenvorstand fristgerecht und endgültig: »Unsere Osterather Glaubensgenossen haben sich auf unsere Vorstellung hin mit der Umbettung nach hier einverstanden erklärt ... Wir setzen aber voraus, dass die Umbettung sämtlicher Leichen, die auf dem Osterather Friedhof begraben sind, durch Sie und auf Ihre Kosten erfolgt, dazu gehört natürlich auch die Aus- und Zuwerfung der neuen Gräber hier und die Wiederaufstellung der Grabsteine.« (S. 54)

»Neun der zur Diskussion stehenden Gräber lassen sich auf dem neuen jüdischen Friedhof in Krefeld im Feld 10, in den Reihen 8 und 9, wenn auch sehr dicht gedrängt und in einer Ecke platziert, wiederfinden.« (S. 56)

»So weit wäre alles »legal« abgelaufen und in Ordnung, wenn sich nicht bis heute in Osterath und in der Siedlung Gerüchte hielten, dass nach der Umbettung auf dem Gelände des früheren Friedhofes noch Totenschädel und andere widerstandsfähige Knochenteile gefunden worden wären. »Als Zehnjähriger haben wir damals auf dem nahegelegenen Sportplatz Fußball gespielt. Grauen hat uns erfasst!« erzählt ein Zeuge. Man will auch wissen, wo die Knochen später innerhalb der Siedlung vergraben wurden. Auch glaubt man, für die berichteten Be-

obachtungen eine einleuchtende Erklärung liefern zu können. Die Bürgermeisterei Osterath hätte damals eine Kolonne von zwangsweise zur Arbeit verpflichteten Leuten mit der Umbettung beauftragt. Da den Leuten nur 10 Pfennig pro Stunde Lohn gezahlt worden sei, wäre es durchaus verständlich, dass sie nicht sonderlich motiviert für die unangenehme Arbeit gewesen wären. Auch habe es an geordneter Aufsicht gefehlt. Die Osterather Juden werden es nicht gewagt haben, die Abwicklung des Umbettungsauftrages zu überwachen, beziehungsweise bei Nichteinhalten der getroffenen Abmachung Beschwerde einzulegen.« (S. 57 f.)

»Aber nicht nur das veränderte geistige Klima im ganzen Land ließ die Osterather Juden hinsichtlich einer Beschwerde über die schludrige Ausführung der Umbettung vorsichtig sein, sondern auch das Wissen um ihre absolute Minderheitensituation im Ort.« (S. 60)

Sabine Gutmann schrieb am 17. Dezember 1945 (KK 1023 Bl. 182):

»Frühzeitig schon ließ er die jüdischen Gräber unter einem nichtigen Vorwand entfernen.« Julius Gutmann ergänzte: »... dass Recken in pietätloser Weise die Särge auf einem Pferdefuhrwerk mit den Grabsteinen nach Krefeld schaffen ließ.«

Recken wahrte den äußeren Schein. Zu seiner bürokratischen Absicherung.

Die Rheinische Heimstätte GmbH Düsseldorf, eine Vorgängergesellschaft der Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen, errichtete die Neubausiedlung, deren Häuser Schiefelberg 28 und 30 über dem jüdischen Friedhof liegen. Die Bauherren dieser Häuser waren aktive Osterather Nationalsozialisten. Was aus der Perspektive der eliminatorischen antisemitischen Ideologie der Nationalsozialisten symbolische Bedeutung hat. Was überbaut ist, hat nie existiert, es ist getilgt. Im Sinne von Bürgermeister Hugo Recken. Auch nach 1945, wie unten dokumentiert ist.

Der Meerbuscher Stadtarchivar Regenbrecht ist bis heute nicht in der Lage, seinen »Irrtum«, die »Umlegung« sei auf den Friedhof in Uerdingen erfolgt, öffentlich zu korrigieren. Bürokratie irrt nie; irrt sie, dann muss zur Legitimation die – vermeintliche – Macht-Position durch Schweigen gehalten werden.

Johannes Herbrandt hat sich zum Vorgang in zwei Schreiben geäußert, am 2. Januar 1946 und am 15. Juli 1947. Das erste Schreiben befindet sich in den Akten des Stadtarchivs Meerbusch, das zweite

im Nachlass Herbrandt im Stadtarchiv Meerbusch. Das erste Schreiben wird von Herrn Regenbrecht herangezogen, das zweite nicht. Es trägt die Überschrift.

»Zu den gegen Herrn Gemeindedirektor Recken aus Osterath erstatteten Anzeige wegen pietätloser Beseitigung des ehemaligen Judenfriedhofs in Osterath.«

Herbrandt wiederholt die bürokratisch-legitimierende und damit auch sich selbst legitimierende und absichernde Position von 1934/35; wo beginnt interessengeleitete bürokratische Zweck-Lüge? Die von Herrn Regenbrecht unreflektiert übernommen wird.

Zwei Formulierungen von Herbrandt sind darüber hinaus hervorzuheben: »Da eine Einebnung des Friedhofes nicht aus pietätlosen Gründen vorgenommen wurde und eine Umbettung erfolgte, halte ich die Errichtung eines Gedenksteins für nicht erforderlich.« »Der Judenfriedhof war damals bereits sehr verwahrlost und seit vielen Jahren nicht mehr benutzt.«

In der von Herrn Regenbrecht genannten Akte Bestand Osterath III 1997 finden wir drei weitere Dokumente:

Eine handschriftliche Notiz zum jüdischen Friedhof von vor der »Aufhebung«, auf der 18 Namen von Beerdigten mit Daten aufgelistet sind, inkl. Moses Gutmann 1933, dem Vater von Julius Gutmann. Und seine Mutter, die 1928 dort beerdigt wurde. Recken und Herbrandt waren vollständig informiert. 1934/35 und nach 1945.

Am 24. August 1945 schreibt der Regierungspräsident Düsseldorf die Oberbürgermeister und Landräte im Auftrag des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz »Betrifft: Jüdische Friedhöfe« an:

»Während der Naziherrschaft sind die jüdischen Friedhöfe verwüstet, zum Teil sogar eingeebnet worden. Es ist ein selbstverständliches Gebot der Pietät gegenüber den jüdischen Mitbürgern, dass, soweit es nicht schon geschehen ist, der Zustand der Verwüstung beseitigt und soweit die Friedhöfe eingeebnet sind, ein Gedenkstein errichtet wird, zum Andenken an die auf diesen Friedhöfen beerdigten Juden. Ich ersuche, das hiernach Erforderliche baldigst zu veranlassen.«

Der Landrat Kempen-Krefeld leitet dieses Schreiben am 1. September 1945 an die Bürgermeister weiter, zu diesem Zeitpunkt in Osterath Rudolf Bartels:

»Abschrift übersende ich mit Bezug auf meine Verfg. vom 22.8.1945 zur Kenntnis mit dem Ersuchen, das Erforderliche baldigst zu veranlassen.«

Johannes Herbrandt hat das offensichtlich bürokratisch torpediert. Dafür gibt es den Begriff Insubordination – auch im strafrechtlichen und dienstrechtlichen Sinn. Dass dies so geschehen konnte, dokumentiert, wie sicher sich Herbrandt sein konnte, dass er abgesichert ist.

Am 29. Juni 1946 folgte ein Schreiben des Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz Düsseldorf »Betrifft: Instandhaltung jüdischer Friedhöfe«, das über den Regierungspräsidenten Düsseldorf und den Oberkreisdirektor Kempen-Krefeld an die Gemeindedirektoren ging, in Osterath dann Hugo Recken:

»Anliegende Abschrift übersende ich Ihnen mit der Bitte, mir bis zum 24. ds. Mts. zu berichten, ob in ihrer Gemeinde ein jüdischer Friedhof liegt, in welchem Zustand sich dieser befindet, welche Maßnahmen zur Wiederherstellung getroffen wurden und bis zu welchem Zeitpunkt dieser Friedhof wieder ein würdiges Aussehen bekommt.«

Handschriftlicher Vermerk von Hugo Recken:

»Fehlannonce«

Bürokratie passt – so weit es in ihrer Macht liegt – die Realität der von ihr definierten und geschaffenen Realität an. »Fehlannonce« bedeutet: Recken teilt auf dem bürokratischen Instanzenweg nach oben mit, dass es in Osterath bezüglich der Fragestellung eine »Fehlannonce« gäbe; eine interessengeleitete bürokratische Zweck-Lüge. Wie der Umgang mit der schriftlichen Intervention des Ehepaares Gutmann und die Anzeige gegen Hugo Recken wegen pietätloser Beseitigung des jüdischen Friedhofs, legitimiert mit einer Gefälligkeits-Eidesstattlichen Erklärung »Zu dem Judenfall Gutmann« bürokratisch vom Tisch gewischt wurde. In diesem Kontext erhalten die beiden Schreiben von Johannes Herbrandt eine völlig neue Bedeutung. Nachträgliche Legitimation des Unrechts, an dem er beteiligt war, in Symbiose mit Bürgermeister Hugo Recken. Antisemitismus von verantwortlichen deutschen Bürokraten nach der Befreiung, heute durch die manipulierende bewusst auslassende Darstellung von Herrn Regenbrecht im Auftrag von Bürgermeister Spindler wiederum legitimiert und damit toleriert. Hier stellt sich nicht nur die Frage, wo Lüge beginnt. Sondern auch: Wo beginnt Antisemitismus?

Auf dem Straßenschild »Am Gutort« – der Name wurde auf Anregung der evangelischen Kirchengemeinde gewählt – befindet sich heute der Hinweis:

»In der Nähe befand sich der Osterather jüdische Friedhof Hoterheide/Schiefelberg, der »Gute Ort« genannt. Er wurde 1935 überbaut.«

Auf den Straßenrand gegenüber dem Straßenschild wurde ein Gedenkstein gelegt; ein Stein ohne alles. Also ohne reales Gedenken. Schein-Gedenken. Im Sinne der Recken-Legende.



BILD OBEN UND LINKS:
GUTORT (QUELLE: FALK NEVKEN)



Straße und der Heideckstraße umgesetzt, dies amtlich mit Datum vom 20. August 1935 festgehalten. Auch dies ist ein Indiz dafür, dass sich die Symbiose Recken – Herbrandt im Sinne des eliminatorischen NS-Antisemitismus verhalten hat.

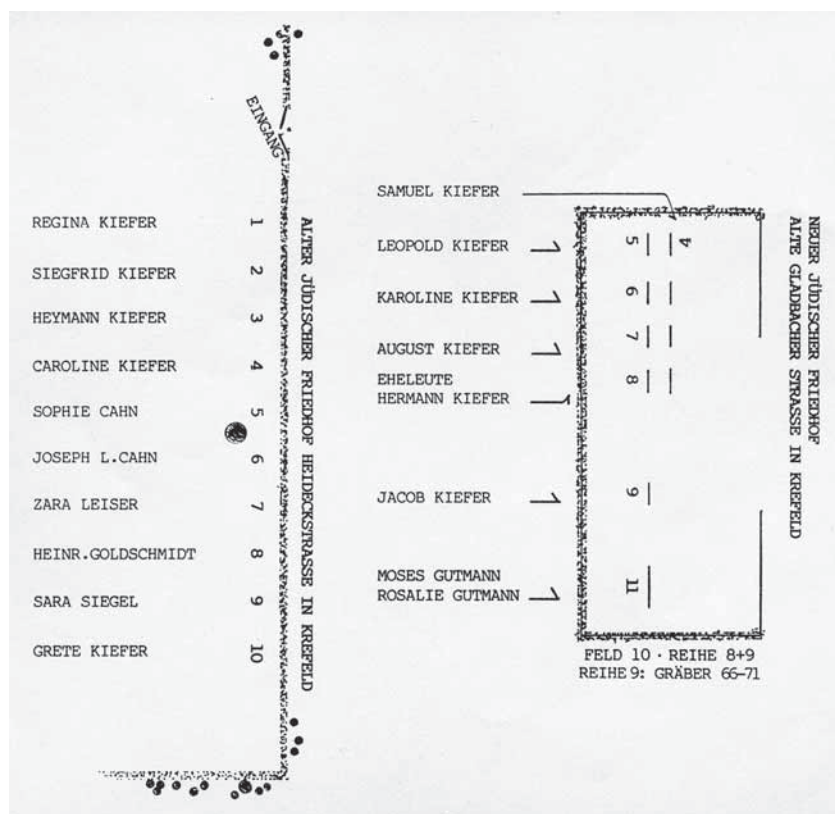
Wie ist die unreflektierte Wiedergabe heute der Legitimation dieser extremen antisemitischen Maßnahme 1934/35 und 1946/47 sowie in den Folgejahren von der Symbiose Recken – Herbrandt durch Herrn Regenbrecht ethisch, politisch, archivwissenschaftlich und geschichtswissenschaftlich sowie ggf. auch juristisch zu bewerten? Meine Bitte: Reflektieren Sie diese Frage selbst.

Manfred Klaes hat in akribischer Kleinarbeit die Lage der Gräber auf dem jüdischen Friedhof Osterath und dann auf zwei jüdischen Friedhöfen in Krefeld recherchiert und dokumentiert. Im Gegensatz zu der Falschdarstellung von Johannes Herbrandt 1945 und 1946 wurde die »Umlegung« je etwa zur Hälfte auf die Friedhöfe an der Gladbacher

»Es ist die Art aller Zeiten,
Irrtum statt Wahrheit zu verbreiten.«

JOHANN WOLFGANG VON GOETHE

LAGEPLÄNE DER GRABSTEINE
AUF ZWEI JÜDISCHEN FRIEDHÖFEN
IN KREFELD



c. Die Deportation nach Riga im Dezember 1941

Der organisierte Mord an der Mehrheit der von den Maßnahmen gegen Juden betroffenen Menschen und die Rolle von Bürgermeister Hugo Recken

Kafka: »Ein Henker ist heute ein ehrsamere, nach der Dienstpragmatik wohlbezahlter Beamtenberuf. Warum sollte also nicht in jedem ehrsameren Beamten ein Henker stecken?«

Janouch: »Die Beamten bringen doch keine Menschen um!«

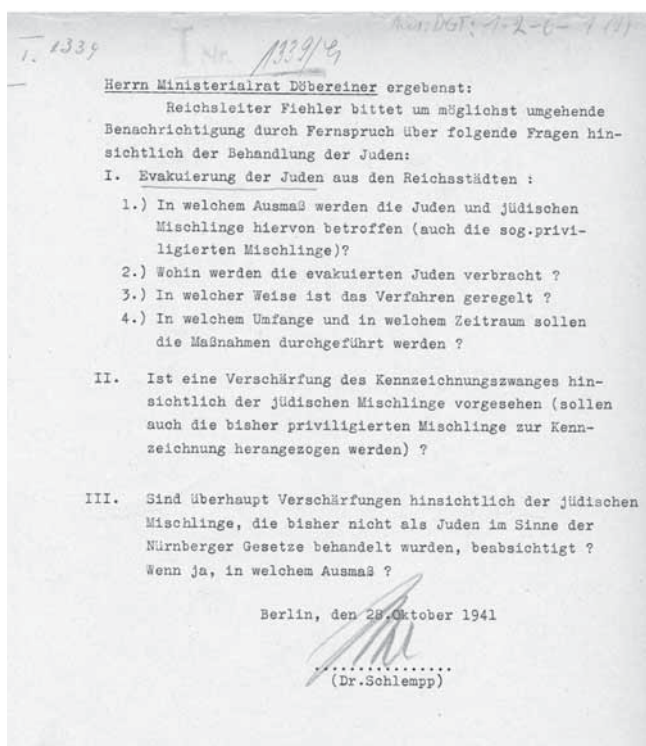
Kafka: »Und ob sie dies tun! Sie machen aus den lebendigen, wandlungsfähigen Menschen tote, jeder Wandlung unfähige Registraturnummern.«

»Als zu Beginn des Jahres 1933 erstmals ein Ministerialbeamter eine Definition der Bezeichnung »nichtarisch« in einen Richtlinien-erlass hineinschrieb, war das Schicksal der europäischen Juden besiegelt.«

RAUL HILBERG. 1982. S. 709.

Nach der vollständigen Ausgrenzung, Entrechtung und Enteignung blieb noch die finale Stufe: der bürgerliche und der biologische Tod. Der endgültige bürgerliche Tod durch Ausbürgerung. Für »Vermögensverfall« und Ausbürgerung hat H. G. Adler den Begriff »Finanztod« geprägt. Der biologische Tod durch Deportation und Mord durch organisierten Hunger, Erschießen, Erschlagen, Erhängen und Vergasen. Und »Vernichtung durch Arbeit«.

DER REICHSLEITER DES DEUTSCHEN GEMEINDEBUNDES
UND OBERBÜRGERMEISTER VON MÜNCHEN FIEHLER
AN DAS REICHSINNENMINISTERIUM AM 28. OKTOBER 1941



Das »Steueranpassungsgesetz« vom Oktober 1934 ist ein Fraktal der Terror-Willkür-Gesetzgebung im Sinne gesetzlichen Unrechts gegen willkürlich als Juden definierte Menschen. Es ging auf Fritz Reinhard zurück, dem NSDAP-Finanzfachmann, der am 6. April 1933 Staatssekretär im Reichsfinanzministerium wurde. Für Hitler und seine Vasallen zentrale Bürokratie-Positionen wurden von NSDAP-»Fachleuten« besetzt, um den gewünschten Prozess anzustoßen, zu steuern, zu vernetzen und Synergien im Sinne von – bürokratischer – Effektivität und Effizienz zu erreichen. Die kostengünstigste Organisation des Massenmords.

»§1 (1) Die Steuergesetze sind nach nationalsozialistischer Weltanschauung auszulegen.

§1 (3) Entsprechendes gilt für die Beurteilung von Tatbeständen«

Das NSDAP-Programm als rechtliche Grundlage und Auslegungsmaßstab eines Gesetzes. Da den ausführenden Beamten klar war, was wie gemeint war, ersparte sich die Bürokratie so das mühsame Ändern aller einschlägigen Gesetze. Der Ermessensspielraum war unbegrenzt, also auch von Steuergerichten nicht überprüfbar. Das Prinzip der Ausführungsbestimmungen zur Definition unbestimmter Rechtsbegriffe für die Rechtspraxis und damit auch einer juristischen Überprüfbarkeit im Einzelfall wurde auf den Kopf gestellt, vollständig ausgehebelt. Also gesetzliches Schein-Recht zur äußeren Legitimation von Unrecht. Die Bürokratie löste sich von ihrer verfassungsmäßigen Legitimationsbasis, wurde zum reinen Instrument zur Exekution der NS-Ideologie im NS-Terror-Mord-Partei-Staat mit dem Kernziel, alle willkürlich als Juden definierten Menschen weltweit zu ermorden.

»Was ist mit der nationalsozialistischen Weltanschauung?

... Hinter dem prahlerischen Namen verbirgt sich entweder nichts oder die Doktrin, die es gestattet oder sogar befiehlt, Juden zu berauben, zu quälen und zu töten.«

SEBASTIAN HAFFNER. JEKYLL & HYDE. 1939. S. 54.

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion und die umgehende Besetzung großer Gebiete sahen die Nationalsozialisten und ihre bürokratischen Helfershelfer eine neue Realisierungsmöglichkeit für ihr Ziel, Deutschland und weitere »angegliederte« Gebiete »judenrein« zu bekommen: durch Deportation. Mit einem Schlag sollte die Hälfte der noch in diesem Gebiet lebenden Menschen, die die

420 D6T 1-2-6-1/6
Deutscher Gemeindetag, Berlin NW 40, Filisenstraße 7

Durch fernschreiber

Stufgegeben | am 28. 11. 41 um 16⁰⁰ Uhr durch CP

ccoo
Blatt zum Ausfüllen des Fernschreibetages

fiehler muenchn

dt gemeindetag

nach fuehlungnahme mit dem rmdl teile ich s t r e n g
v e r t r a u l i c h mit :
von der abschlebung der juden aus dem reichsgebiet werden
juedische mischlinge und (vorlaeufig) die in mischehe lebenden
juden nicht betroffen. ferner werden alle ueber 70 jahre-
alten und kranke juden nicht abgeschoben.

25 000 juden werden nach minsk

25 000 juden nach riga

20 000 juden und 5 000 zigeuner nach litzmannstadt

verbracht, die abschlebung erfolgt nach keinem besonderen ver-
fahren. es werden transporte von je 1 000 personen zusammengestellt,
die von einem arzt und der erforderlichen polizeimannschaft
(1 beamter auf 15 personen) begleitet werden. aus berlin werden
11 000 , aus hannove r 11 000 , wien 10 000, prag 10 000,
muenchen 2 000- 3 000(naehere auskunft kann die dortige poli-
zei- leitstelle) geben) abgeschoben. die transporte nach
litzmannstadt rollen bereits, die transporte nach minsk
beginnen am 4. , nach riga am 13.11. am 4. dezember soll der
transport von 75 000 juden durchgefuehrt sein.

eine verschaerfung des kennzeichnungszwanges hinsichtlich der
juedischen mischlinge ist nicht beabsichtigt. lediglich im
protektorat sind die fuer mischlinge vorgesehenen ausnahmen nicht
in kraft gesetzt worden. die aktion ist vom fuehrer genehmigt.
die orte, wohin die juden abgeschoben werden, sind von ihm selbst
bestimmt worden.
zeitler xxxxx

Nationalsozialisten als »Juden« definierten, »abgeschoben« werden. Ein Teil in das Ghetto Riga, das dazu »judenrein« gemacht wurde: Etwa 43.000 überwiegend lettische, aber auch z.B. emigrierte Deutsche, wurden innerhalb weniger Tage in der Nähe von Riga »endgelöst«, erschossen und in Massengräbern verscharrt. Dazu kamen die ersten Deportationen, die direkt »miterledigt« wurden.

Adolf Hitler war also federführend von vornherein in den Holocaust involviert. Er war schließlich »der Führer«. Und sein Kernziel war die Ermordung aller Menschen, die er als Juden definierte. Wenn er sich die Ernennung bis runter zum NSDAP-Ortsgruppenleiter vorbehielt: Sein Herzensanliegen war »Chiefsache«. Siehe Dokumente Seite 71 unten links und Seite 72 oben links.

Aus den »Richtlinien für die Schulung im Kriege« der Reichsorganisation der NSDAP von 1942:

»Er (der Jude, LK) muss als der schließliche und entscheidende Gegner erkannt werden, auf den sich der Vernichtungswille unseres Volkes zu konzentrieren hat.«

»Die Deportationen der deutschen Juden war ein in den Behörden weithin bekannter Vorgang, der die Verwaltungen umfangreich beschäftigte. Von den Arbeitsämtern, den Industriebetrieben, den Finanzämtern, den Wohlfahrtbehörden bis hin zu

ANTWORT DES REICHINNENMINISTERIUM

LITZMANNSTADT=GHETTO LODZ

LANDESARCHIV BERLIN RP. 142/7, 1-2-6/ Nr. 1

den Gerichten wurde der Vorgang als ein bürokratischer Akt behandelt. Die Banken erließen genaue Richtlinien, wie mit den Anordnungen des Reichsfinanzministeriums umzugehen sei. Die NSDAP und ihre Organisationen, vornehmlich die NSV-Volkswohlfahrt, versteigerten und verteilten das Hab und Gut der Deportierten, nachdem zunächst vornehmlich die Finanzämter und andere Behörden sich aus dem beweglichen Hab und Gut für ihre Zwecke bedient hatten.« www.volksbund.de/partner/deutsches-riga-komitee

So lesen wir in der Entschädigungsakte Bernhard Abrahams in einem amtlichen Schriftstück mit dem Datum vom 7. Februar 1951 den Satz:

»Eine Herrenzimmereinrichtung befindet sich noch im Finanzamt Krefeld.«

»Am 4. November 1941 ... teilte das Reichsfinanzministerium den Oberpräsidenten die grundsätzlichen Regelungen der Arbeitsteilung bei den Deportationen mit ... In den folgenden detaillierten Bestimmungen wurde auch die Zusammenarbeit weiterer Dienststellen geregelt: mit den Regierungspräsidenten..., den Stadtverwaltungen, die möglichst schnell frei gemachte Wohnungen übernehmen sollten.«

HANS-DIETER SCHMID. S. 142

Das bedeutet: Über ihre Rolle im Holocaust sind die Kommunalverwaltungen, also die Bürgermeister wie Hugo Recken, von der Bezirksregierung Düsseldorf informiert worden. Und wie die Kooperation mit allen Dienststellen zu erfolgen habe.

Hans-Dieter Schmid führt dann (S. 142) zu »Schreibtischtätern« aus:

»Schreibtischtäter in »normalen« Bürokration wie Stadtverwaltungen ... ohne deren »fachkundige« Beihilfe die Verbrechen von SS und Gestapo, insbesondere die systematische Ermordung der europäischen Juden, nicht möglich gewesen wäre.«

Hugo Recken handelte nicht nur von seinem Schreibtisch aus. Er erfüllte seinen Part im Holocaust auch ganz persönlich von Angesicht zu Angesicht, wenn er z.B. Sabine und Julius Gutmann durch dauernde Vorladungen zu sich ins Rathaus terrorisierte und Julius Gutmann zum Verkauf seines elterlichen Hauses nötigte.

Bei Friedberger (S. 2) lesen wir:

»Das Formular zur Vermögenserklärung war ein Musterbeispiel für die pedantisch-bürokratische Vorgehensweise bei der restlosen Verwertung des von den Deportierten zurückgelassenen Vermögens. Im Unterschied zum Vermögensverzeichnis von 1938 fragte der zunächst 8-seitige, später 16-seitige Vordruck auf den Seiten 8–10 dezidiert nach dem Wohnungsinventar und den Kleidungsstücken. Dort wurde den für die Deportation vorgesehenen Personen zugemutet, jeden einzelnen Strumpf, jede Lampe und jeden Stuhl etc. aufzulisten, den sie noch besaßen. Das Formular wurde in der Regel mit der Benachrichtigung über den Deportationstermin und der Anweisung, sich in einem Sammellager einzufinden, zugeschickt, so dass das Ausfüllen des Formulars zugleich mit dem Gefühl der Angst und Ungewissheit über das bevorstehende Schicksal verbunden war.«

Bewusst organisierte bürokratische Perversion, in Osterath in Kooperation mit Bürgermeister Hugo Recken exekutiert. Indem er sich persönlich z. B. das Sparbuch von Julius Gutmann aushändigen lässt, den er dazu vorgeladen hatte, um es dann zuständigkeithalber an die Gestapo-Leitstelle Düsseldorf wiederum zur Weiterleitung an den Oberpräsidenten zu schicken.

Friedberger formuliert zusammenfassend (S. 10):

»... das ungetrübte, ja durchaus kollegiale Verhältnis der Finanzverwaltung zur Gestapo, das die Finanzbeamten zu willigen Komplizen bei der staatlich organisierten Judenverfolgung werden ließ.«

In diesem Zitat können die Wörter »Finanzverwaltung« und »Finanzbeamte« durch die Worte »Kommunalverwaltungen« und »Bürgermeister« ausgetauscht werden. Alle Bürokrationen kooperierten – oft im vorauseilenden Gehorsam, den »Führerwillen« quasi antizipierend, das ideologische Kernziel von Hitler und den Nationalsozialisten zu erreichen: Den Mord an möglichst allen Menschen, die sie als »Juden« definierten.

»Zu den Hinterlassenschaften dieser zwölf Jahre gehören unzählige einzelne Personenakten der deutschen Finanzverwaltung, die in ihrer ganzen bürokratischen Sachlichkeit und thematischen Schlichtheit die Zerstörung menschlicher Schicksale und Biographien spiegeln und damit in jedem einzelnen Fall Zeugnis ablegen von der Beteiligung

dieser Verwaltung an den nationalsozialistischen Verbrechen.« FRIEDBERGER. S. 24.

Solche Personalakten existieren auch im Bestand des Finanzamtes Krefeld von Menschen aus Osterath.

Der überwiegende Teil der niederrheinischen »Juden« wurde am 11. Dezember 1941 vom Schlachthof Düsseldorf-Derendorf nach Riga verschleppt. Alle aus Osterath verschleppten Menschen wurden im »Osten« ermordet.

»Der Transport war präzise vorbereitet; seit Wochen haben die Juden, die im Kreisgebiet (Kempfen-Krefeld, LK) wohnten, das nötigste Reisegepäck bereitstehen; etwa einen Monat vor dem Abreisetermin sind ihnen die genauen Vorschriften über Möbelverkauf, Kontenauflösung und Versiegelung der Wohnungen mitgeteilt worden.«

HANS KAISER. S. 102

Der Holocaust war fraktal, also selbstähnlich. Alle Schicksale und bürokratischen Mord-Prozesse ähnelten sich. Und Riga war das Auschwitz der Osterather Juden.

Fraktal war er auch in der Perspektive deutscher Bürokrationen aller Ebenen.

»Ein Karteiblatt für jeden abgeschobenen Juden erleichtert die Übersicht.«

So ein Erlass des Reichsfinanzministers vom 4. November 1941 im Kontext der anstehenden Deportationen.

»Da wir in der Organisation Anhänger von Sauberkeit und Ordnung sind, wird der politische Gegner oder Jude festgenagelt, aber selbstverständlich nur auf der Karteikarte.«

REICHSORGANISATIONSLEITUNG DER NSDAP. 19.7.1933

»Für sie, die Eingeweihten, war der Ton das, was zählte, weil er oft mehr sagte als die Worte: ›Gebt es ihnen‹, ›Los auf sie drauf‹, ›Wir werden es ihnen zeigen‹ und ›Schlagt sie zusammen‹.«

SEBASTIAN HAFFNER. JEKYLL AND HYDE. 1939. S. 79.

Bürgermeister Hugo Recken sandte wenige Tage vor dem 9. Dezember 1941 der Gestapo-Leitstelle Düsseldorf (II B4) Zimmer 226 auf die schriftliche Anordnung wiederum wenige Tage zuvor unter dem Betreff »Evakuierung von 12 Juden aus Osterath« die »ausgefüllten Formulare« zu diesen zwölf Menschen weiter. Die betroffenen Familien erhielten über ihn »Ausreiseaufforderungen«, am

9. Dezember 1941 begann ihre »Aussiedlung« durch ihre Festnahme.

»Mit der Benachrichtigung über die bevorstehende ›Evakuierung‹ erhielten die Betroffenen ein großes (15-seitiges) oder kleines (8-seitiges) Formular zur ›Vermögenserklärung‹, das die Gestapoaußenstellen oder Ortspolizeibehörden, meist zusammen mit den Namenslisten und statistischen Angaben der zu Deportierenden, ausgefüllt und von den Betroffenen unterschrieben, an die Gestapo-Einstellungsstelle in Düsseldorf weiterleiteten. Angehängt an die Formulare und ebenfalls von ihnen zu unterschreiben war eine Erklärung, in der es hieß, es sei ihnen eröffnet worden, dass ihr Vermögen beschlagnahmt sei und dem Deutschen Reich zufalle.«
GENGER / JAKOBS. S. 23.

»Am Tag der Deportation waren Einheiten verschiedener Sparten aus den Reihen der Sicherheits- und Ordnungspolizei im Einsatz. Gestapomitarbeiter und Beamte der Kriminalpolizei sowie Einheiten der Schutzpolizei und der Gendarmerie führten die Verhafteten und den Abtransport der Juden nach einem festgelegten Einsatzplan durch. Den Polizisten lag ein als ›geheim‹ klassifiziertes ... ›Merkblatt für eingesetzte Beamte‹ vor, das diese in 13 Artikeln genauestens über ihre Aufgaben instruierte. Für den Abtransport aus den einzelnen Orten war ein Kriminalbeamter als ›Transportführer‹ verantwortlich, dem ›je nach Bedarf‹ eine bestimmte Anzahl Kriminalpolizisten zugeteilt wurde. Wahrscheinlich erst an den ›Sammelstellen‹ in den größeren Städten waren dann Beamte der Gestapo zur Durchführung weiterer Maßnahmen und zur Überwachung des Abtransports zugegen. Jede diese ›Sammelstellen‹ wurde von einem leitenden Beamten befehligt, der den einzelnen Transportführern Listen mit den ›Namen und Anschriften der festzunehmenden Personen‹ aushändigte.«

ANDREAS NACHAMA U. A. (HRSG). VOR ALLER AUGEN. S. 17.

Auf die aus den Fotos hervorgehende »neugierige Passivität« der Zuschauer bezogen:

»Der Historiker Peter Steinbach hat darauf hingewiesen, dass die Machthaber eine solche Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung in dieser Form wohl nicht erwartet hatten. Diese Reaktion machte ihnen endgültig deutlich, dass die Vertreibung und Beraubung deutscher Juden mittlerweile gesellschaftlich weitgehend akzeptiert wurde.«

NACHAMA. S. 20.

Osterather als »Juden« definierte Menschen wurden am 9. Dezember 1941 morgens im Halbdunkeln mit einem LKW abgeholt. Die Bewacher waren Fremde in Zivil.

Auf der Einwohnermeldekarte von Dan Lucas lesen wir den Eintrag des zuständigen Sachbearbeiters des Einwohnermeldeamtes Osterath:

»9.12.41 Osten Riga«.

Marie-Sophie Aust hat in ihrem Beitrag in den Meerbuscher Geschichtsheften »Jüdische Familien in Osterath« (S. 77) beschrieben:

»Schon seit der Veröffentlichung des Reichsgesetzes über die Mietverhältnisse mit Juden am 4. Mai 1939 hatte man begonnen, die jüdischen Familien in sogenannten ›Judenhäusern‹ zwangsweise zusammenzulegen. Bis 1941 wurden ... alle noch in Osterath verbliebenen jüdischen Mitbürger in dem ehemaligen Wohnhaus der Familie Kiefer, Kaarster Str. 14, untergebracht. Von hier aus wurden sie am 9. Dezember 1941 auf einem Lastwagen der Sauerkrautfabrik nach Düsseldorf zur Sammelstelle für die Deportation nach Riga verfrachtet. Ruth Kiefer verheiratete Lucas mit ihrem noch nicht zwei Jahre alten Söhnchen Danny durfte ›als Vergünstigung‹ wegen des schlechten Wetters vorne beim Fahrer in der Kabine sitzen und musste nicht wie die anderen auf der zugigen Ladefläche des LKW transportiert werden. Als das geschah, standen ihre Nachbarn und ehemaligen (sic!) Freunde weinend am Straßenrand und winkten ihnen hilflos nach, wohl ahnend, dass sie sie nie wiedersehen würden.«

Was Marie-Sophie Aust schrieb, ist Teil ihrer persönlichen Vergangenheitsbewältigung. Zu der ihre Kooperation mit Johannes Herbrandt bis zu dessen Tod in der 1990er Jahren zählt.

»Genau genommen weiß jeder Deutsche auf Grund von Beobachtungen, was mit den Juden in Deutschland passiert. Aber weil er kaum etwas darüber liest und weil er das undeutliche Gefühl hat, dass es nicht gut wäre, viel darüber zu wissen, misstraut er oft lange dem, was er mit eigenen Augen sieht.«

SEBASTIAN HAFFNER. JEKYLL & HYDE. 1939. S. 109.

»In aller Öffentlichkeit, in Gegenwart hunderter Zuschauer gerieten diese Verfolgungsmaßnahmen von Polizei und Gestapo zusätzlich zu kollektiven Proklamationen der NS-›Volksgemeinschaft‹ zur rassistischen Militanz des NS-Regimes und seiner Führung.« NACHAMA. S. 63.

»Die ... besonders deutlich fokussierten Gestapomänner repräsentieren den gewalthaften Kern des in der Bildfolge festgehaltenen Geschehens, stärker

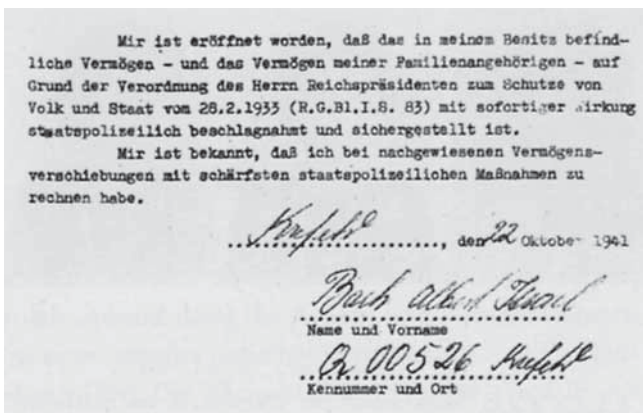


noch als die beteiligten Angehörigen der Ordnungspolizei. Die Geheime Staatspolizei war die administrativ-politische, auch die logistische Schaltzentrale der Deportationen. Die beiden Gestapomänner, zwei ›Scharführer‹ der Sicherheitspolizei, strahlen auf diesen Fotos in Körperhaltung und Gesichtsausdruck eine plebejisch-brachiale, bereits physischer einschüchterne Brutalität aus. Sie wirken wie eine vulgäre Mauer aus Befehl, Hass und physischer Gewalt, die kaum gebändigt in ihren Mienen zum Ausdruck kommt.« NACHAMA. S. 63 F.

Nach der »Klein-Übung« bei der Reichskristallnacht 1938 auf der Wevelsburg waren die – aus NS-Perspektive bürokratisch gelungenen – Deportationen 1940 nach Gurs das – fraktale – Muster für alle Deportationen, die folgten.

Wer war »man«? Bürgermeister Hugo Recken – und sein rechte Hand Johannes Herbrandt. Standen sie mit am Straßenrand?

Dass beide Unrechtsbewusstsein hatten, dokumentiert sich durch die Aktenvernichtung vor der Befreiung durch US-Amerikaner am 1. März 1945. Die Täter wollten im Bewusstsein ihres Unrechts ihre Taten vertuschen, um nicht bestraft zu werden.



VERMÖGENSVERFALL

DIESES FOTO GEHÖRT ZU EINER FOTO-SERIE, AUFGENOMMEN 1940 IN LÖRRACH UND ES IST FRAKTAL: SO ODER ÄHNLICH WAR ES IMMER UND ÜBERALL, WENN NATIONALSOZIALISTEN UND IHRE BÜROKRATISCHEN MIT-TÄTER – INKL. DES POLIZEI-FOTOGRAFEN – 1940 BIS 1945 MENSCHEN AUS IHREN HEIMATORTEN VERSCHLEPPTEN. DARGESTELLT IST AUS DER PERSPEKTIVE VON 1940 EINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT, DIE VOM POLIZEI-FOTOGRAFEN ALS »ORDNUNGSGEMÄSSE ABWICKLUNG« EINER AMTSHANDLUNG FESTGEHALTEN WURDE, DIE NACH DEM VERSTÄNDNIS DER AGIERENDEN BEAMTEN UND IHRER VORGESETZTEN RECHTMÄSSIG UND DAMIT LEGAL WAR.

Und wie bei der »Umlegung« des jüdischen Friedhofs 1935 organisierte er 1941 die für die Gemeinde Osterath kostengünstigste Transport-Lösung: nach einem Pferdefuhrwerk für die Grabsteine und Särge nun die Menschen auf einem offenen LKW. Wobei Dan Lucas und seine Mutter das Privileg erhielten, in der Fahrerkabine in den Tod fahren zu dürfen.

»Am 10. Dezember 1941 saß der alte Mann in Untersuchungshaft. Nach Gegenüberstellungen mit seinen Denunziantinnen und aussichtslosem Leugnen nahm sich Struckenmeyer das Leben. Am 11. Dezember um 3 Uhr morgens fand man ihn tot in seiner Zelle.«

ROBERT GELLATELY. HINGESCHAUT UND WEGGESEHEN. S. 267.

»In schärfster Form Feinde des deutschen Volkes der gerechten Todesstrafe zuzuführen.«
HEINRICH HIMMLER AM 12. DEZEMBER 1941 AN DIE HÖHEREN SS- UND POLIZEIFÜHRER IN DER BESETZTEN SOWJETUNION.

Im »Buch des Gedenkens« finden wir die folgenden Ausführungen zu den Deportationen nach Riga (S. 7f.) sowie zur Deportation am 11. Dezember 1941 ab dem Schlachthof in Düsseldorf-Derendorf (S. 692):



FOTO OBEN: ARISIERUNGSVERSTEIGERUNG

FOTO LINKS: VERSTEIGERUNGSANZEIGE

Fahrnis = Versteigerung
 Im Auftrage versteigere ich in Vörrach am (8133)
Freitag, den 22. November 1940, vormittags 10 Uhr
im Hause Stettengasse 5 a (Kojensfels)
 folgende Gegenstände:
 1 modernes Schlafzimmer, neuwertig, bestehend in 2 kompl. Betten, 2 Nachttischchen, 1 dreiteiliger Schrank, 1 Frisierkommode mit dreiteiligem Spiegel,
 1 moderne Kücheneinrichtung, neuwertig, bestehend in: 1 Küchenbüfett (elisenbein), 1 Küchentisch, 2 Stühle, sowie 3 Kochtisch, 1 Liegestuhl, 1 Tisch, elektr. Heizofen, 1 Flurgarderobe, 1 Schirmständer, 1 Beleuchtung, Kohleneimer, Lampen, 1 Kristall-Leuchter (Maria Theresia), 1 Kofosläufer, Bouclerläufer, Bilder, 1 Obstleroice, 1 Vorförleroice, 1 Konfektleroice, Kaffeeleroice (Teilig), 1 Bedapparat, verich. Küchengehirr.
 ferner am
Freitag, den 22. November 1940, nachmittags 2 Uhr
im Hause Adolf-Hiller-Straße Nr. 80
 1 Büfett, 1 Berikow, 1 Vitrine mit Ripplachen, 1 Ausziehtisch, 6 Stühle, 1 Sofa, Lehnstuhl, 1 Serviertischchen, Schränkchen, kleinere Tischchen,
 1 Schlafzimmer bestehend aus 2 kompl. Betten mit Steppdecken, 1 zweitüriger Spiegeltschrank, 1 Waschkommode mit Spiegel, 2 Nachttischchen, 2 Stühle,
 1 Chaiselongue, Küchenbüfett, Küchentisch, 1 Anrichte, Stühle, Hocker, 1 Abtaubrett, Fußzeugkästchen, 1 Kommode, Rohrstuhl, Wandbrett, 1 Nähtischchen, 1 Schirmständer, Spiegel, 1 Schreibkommode, 1 Bauernstisch, 1 Schreibmaschinentisch, Blumenständer, 1 Büchschrank, 1 Ofen (neuwertig), 1 Röhmaschine (verjektiv), 1 Koffergrammophon, 1 Schubtschrank, 1 Heizkissen, Toiletten garnitur (Bleikristall, Steilig), Fernglas, 1 Steblampe, 1 Rauchtsch, 1 Rauchleroice, 1 Kaffeemalchine, Bügeleisen (elektr.), Staubsauger, 1 Stoßarren, 1 Herrenfahrrad, Koffer, Reisebügeleisen (elektr.), 1 Spinnrad, 1 Liegestuhl, 1 Kofferständer, 4 Kopfstifen, Zug- und Nachttischlampen, 1 Kaffee- und 1 Teeleroice (verjektiv), Kristall-Teller, Schalen, Dosen, 1 Schwedenplatte (verjektiv), Fingerschalen, Karaffen, Sekt-, Wein-, Malaga-, Vitor-, Bier- und Bismengläser, 1 Tafeleroice (60teilig), 1 Teeleroice (Steilig), 1 Besteckkasten (57teilig), 1 Tischbesteck (24teilig), Teller, Tassen, Tabletts (verjektiv), haushaltungs- und Küchengeräte, Bilder, große Anzahl Bücher (Goethe, Schiller, Hebbel, Mörike, Kleist, Gottfr. Keller, Schefel etc.), Teppiche, Räuser, Schuhmacherwerkzeug, Keisten u. a. m.
 Der vereidigte und öffentlich bestellte Versteigerer:
W. Pfister
 Vörrach Palmstr. 22 Ruf 2884

WAS IST DIE BOTSCHAFT DIESES FOTOS?

ES STEHT FÜR ENTZIVILISIERUNG UND BRUTALISIERUNG DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT. GEWALT, TERROR, RAUB UND ERMORDUNG VON »GEMEINSCHAFTSFREMDE« UND DIE ANEIGNUNG IHRES BESITZES ALS SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT, NORMALITÄT IM SINNE VON GESELLSCHAFTLICHER SELBSTVERSTÄNDLICHER NORM. DER FÜHRERWILLE WIRD SELBSTVERSTÄNDLICH EXEKUTIERT, VON ALLEN »VOLKSGENOSSEN«. **GEWORDEN-SEIN WIE – FANATISCHE – NATIONALSOZIALISTEN, UND ES NICHT SEHEN, VERSTEHEN, WISSEN WOLLEN, VERDRÄNGEN. DASS DER VERKAUFSLERÖS – ZU GUNSTEN DER KRIEGSMITFINANZIERUNG DURCH ABSCHÖPFEN VON KAUFKRAFT – ETWA 20% DES REALEN WERTES AUSMACHTE, WAR EINE FORM VON KORRUPTION DER »VOLKGEMEINSCHAFT«: FÜR DAS NS-PARTEI-STAATS-REGIME KOSTENFREIER KAUF VON ZUSTIMMUNG UND LOYALITÄT – DURCH MIT-TÄTERSCHAFT IN FORM DES SELBSTVERSTÄNDLICHEN KAUF VON RAUBGUT. FRAKTAL FÜR DIE GENERELLE PERVERSE NS-IDEOLOGISCHE STRATEGIE: MIT GEWALT – PSYCHISCH UND/ODER PHYSISCH – NÖTIGEN, UM DIE OPFER ZUR FINANZIERUNG UND ORGANISATION IHRER ERMORDUNG WEITESTMÖGLICH ZU MISSBRAUCHEN UND DIE GESELLSCHAFT GLEICHZEITIG ZU KORRUMPIEREN. WAS DIE BEREITSCHAFT VORAUSSETZT, SICH KORRUMPIEREN LASSEN ZU WOLLEN.**

»Für die Transporte nach Minsk und Riga erließ ... das Reichsfinanzministerium am 4. November 1941 grundlegende Bestimmungen:
 »Die Abschiebung der Juden wird von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) durchgeführt. Die

Gestapo sorgt auch für die Sicherstellung des Vermögens ... Die Einziehungsverfügungen werden von den Regierungspräsidenten ... erlassen. Sie werden den Juden vor ihrem Abtransport durch Gerichtsvollzieher zugestellt.

Mit der 11. Verordnung schuf der Staat einen gnadenlosen Automatismus. Der angebliche ›Auslandsaufenthalt‹, die Verbindung zu den emigrierten Juden, verband den Deportationsvorgang mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit und damit dem gesetzlich geregelten Vermögensverfall. Mit der eigenen Unterschrift mussten die auf die Deportation wartenden Menschen in den jeweiligen Sammelagern ihren bürokratischen Tod besiegeln. Die Personalausweise, die ›Judenkennkarten‹, die ohne hin mit einem ›J‹ gekennzeichnet waren, erhielten daraufhin den Stempel ›Evakuiert nach Riga‹.

Der nationalsozialistische Staat nahm seinen eigenen Staatsbürgern die Staatsangehörigkeit und das Vermögen. Die nichtjüdische Allgemeinheit verdiente am Eigentum ihrer vertriebenen Landsleute.«

Über die konkrete lokale Bedeutung des Wortes »Arisierung« haben bei der Veranstaltung im Dezember 2011 in Osterath Zeitzeugen berichtet: Wie sie dabei waren, als ihre Eltern mit vielen anderen Dorf-Einwohnern – Volksgenossen – in der Turnhalle einer Schule das gesammelte Raubgut der aus Osterath verschleppten Menschen ersteigerten. Der Sinn dieser Veranstaltungen: Kaufkraft zur Kriegsfinanzierung abzuschöpfen. Das war außerhalb des Fokus der Steigernden. Wie die Tatsache, dass sie sich unrechtmäßig bereicherten. Die Restriktion nach 1945 dokumentiert, dass diese Handeln scheinjuristisch und **schein**-legal war. Wie eine verführte Herde haben sich die Osterather Volksgenossen um die Sachen gestritten.

»Partizipation und Zustimmung zu den rassistischen Maßnahmen des Nationalsozialismus ist auch und gerade in den Kleinstädten des ›Dritten Reichs‹ nachhaltig belegt.«

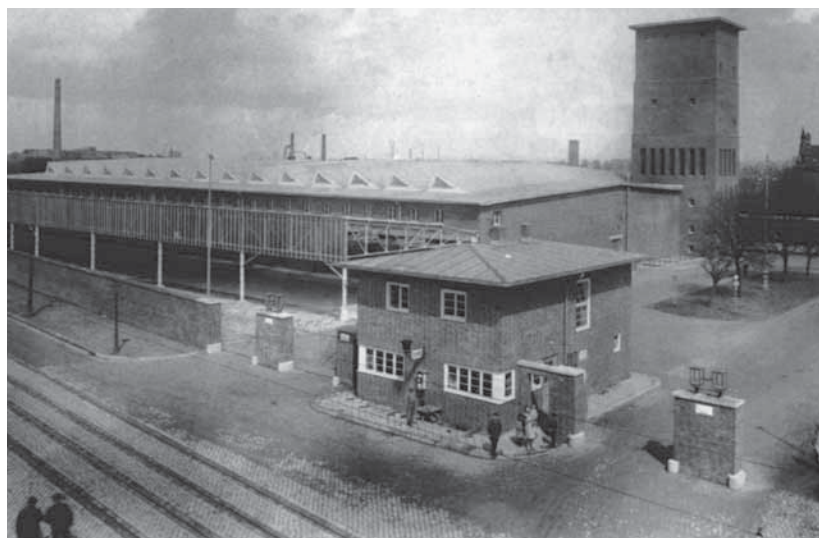
NACHAMA, S. 99.

»Die Auswahl der zu deportierenden Personen erfolgte in Düsseldorf gezwungenermaßen durch die

Vertreter der jüdischen Gemeinde, in Orten ohne innerjüdische Organisation durch die Gestapo-Außenstellen oder die Gemeindeverwaltung.

In der Regel erhielten die Betroffenen Ende November 1941, teilweise auch erst Anfang Dezember, also weniger als zehn Tage vor dem vorgesehenen Deportationstermin, eine schriftliche Mitteilung, die sie über den Zeitpunkt der Deportation und die damit zusammenhängenden Formalitäten, u. a. Abgabe ihres Vermögens, Durchsicht und Plombierung des Gepäcks sowie der Höhe der Transportkosten, informierte. Wegen der großen Zahl der beteiligten Ortschaften war die Zusammenziehung und Beförderung der Personengruppen mit einem enormen logistischen Aufwand verbunden. Für die Organisation waren die Gemeinden weitgehend selbst verantwortlich, so dass sich in Bezug auf die Handhabung Unterschiede zwischen einzelnen Ortschaften feststellen lassen. Die betroffenen Personen aus den kleineren Gemeinden wurden in der Regel am frühen Morgen des 10. Dezember 1941 von einem Beamten der Gestapo oder einem Ortpolizisten abgeholt, mit Lastwagen, teilweise auch mit Pferdefuhrwerken, zum Bahnhof oder zum Sammelpunkt in der nächstliegenden Stadt gebracht.

Die Züge mit den Juden aus den umliegenden Ortschaften trafen im Laufe des 10. Dezember 1941 am Düsseldorfer Hauptbahnhof ein. Von dort aus mussten alle Personen, auch die älteren Menschen und Kinder, die rund fünf Kilometer lange Strecke bis zum Schlachthof in einer streng bewachten Kolonne durch eigens zu diesem Zweck abgesperrte Straßen zu Fuß zurücklegen. Die von den Juden im Schlachthof vorgefundenen Bedingungen entsprachen der ursprünglichen Funktion des Gebäudes: eine kahle, feuchte und dreckige Halle, in der zudem ein fürchterlicher Gestank geherrscht haben muss. Dieser Aufenthaltsort wurde von den Vertretern der jüdischen Gemeinde in Düsseldorf in ihren Benachrichtigungsschreiben euphemistisch als ›Versammlungsraum des städtischen Gebäudes, Rather Str. 23‹ bezeichnet und kann nur als verzweifelter Versuch gewertet werden, diese weitere Herabsetzung der zur Deportation bestimmten Juden etwas abzuschwächen. In dieser Umgebung mussten die über tausend Menschen die Nacht vor



SCHLACHTHOF DÜSSELDORF-DERENDORF: DÜSSELDORF – LITMANNSTADT, S. 61.

ihrer Abfahrt aus Düsseldorf in eisiger Kälte und – in Ermangelung jeglicher Sitzgelegenheit – zumeist stehend verbringen. Zusätzlich sahen sich die Anwesenden permanenten Schikanen des Wachpersonals ausgesetzt, das während der in alphabetischer Reihenfolge durchgeführten Leibesvisitationen und Gepäckkontrollen willkürlich Wertgegenstände und Teile des Gepäcks konfiszierte.

Nach einer rund zwölfstündigen Wartezeit im Schlachthof mussten die Juden am 11. Dezember 1941, gegen 4:00 Uhr morgens, den Weg zum Güterbahnhof Derendorf antreten, wo sich die Ankunft des Personen-Sonderzuges, dessen Abfahrt für 9:30 Uhr vorgesehen war, aufgrund personeller Probleme bei der Reichsbahn wesentlich verzögerte. Als Konsequenz dieser Verspätung mussten die Betroffenen zunächst bis zur Einfahrt des Zugs vier Stunden an der Verladerrampe warten, um dann unter Gewaltandrohung und größter Hast in die Abteile gedrängt zu werden.«

Hilde Sherman beschreibt in »Zwischen Tag und Dunkel« zwei Begebenheiten im Schlachthof Düsseldorf-Derendorf:

»Ich drehte mich um ..., als ich plötzlich einen Stoß in den Rücken bekam und die schmale Treppe in den Schlachthof hinunterstürzte. Diesen Augenblick werde ich im Leben nicht vergessen: Oben bei der Treppe stand P. (Pütz, LK), ein hoher Gestapobeamter. Mit wutverzerrtem Gesicht brüllte er hinter mir her: »Auf was wartest du noch? Auf die Straßenbahn? Die fährt für dich niemals mehr.« (S. 29 f.)

»Plötzlich schlugen sie (die Gestapobeamten, LK) einem jungen Mann mit einem Gummiknüppel auf den Kopf. Er sank zusammen und blieb auf der Rampe liegen. Dort lag er drei Stunden später noch immer, der erste Tote unseres Transports.« (S. 31)

Aus dem Abgleich der Deportationsliste gehen drei Namen hervor, die den Schlachthof nicht lebend verlassen haben. Das Morden begann in Deutschland, im Schlachthof.

Ab Düsseldorf wurden ca. 9.000 Menschen verschleppt, zumeist ab dem Schlachthof Derendorf. Der ganz überwiegende Teil dieser Menschen wurde »im Osten« von den Nationalsozialisten und ihren Mord-Mittätern ermordet.

Die immer noch genannte Zahl von 6.000 deportierten Menschen ab Düsseldorf beruht auf rudimentären staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in den 1960er Jahren gegen Angehörige des Juden-Referats der Gestapo-Leitstelle Düsseldorf,

siehe Berschel, S. 363. Bis auf eine liegen uns heute alle Deportationslisten vor. Aus den vorliegenden Deportationslisten ergibt sich eine Gesamtzahl von ca. 8.400 verschleppten Menschen. Im Kontext der Deportationen davor und danach werden mit der – bisher – nicht dokumentierten Deportation ca. 9.000 Menschen verschleppt worden sein. Wo ist eine Grenze geschichtswissenschaftlicher – bürokratischer – Penetranz, wo beginnt – normale – Menschlichkeit?

Vor bundesdeutschen Gerichten gab es zwei große Verfahren im Kontext der Deportationen ab dem Schlachthof in Düsseldorf-Derendorf sowie dem Mord-Geschehen in und um Riga, deren Urteile in »Justiz und NS-Verbrechen« abgedruckt sind.

Vor dem Landgericht Düsseldorf gegen Mitglieder des Judenreferats der Gestapo-Leitstelle Düsseldorf. Deren Leiter Georg Pütz wurde 1949 zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt: Wegen insbesondere Mitwirkung an der Deportation der Juden aus Düsseldorf und Umgebung nach Lodz, Minsk, Riga, Izbica und Theresienstadt. (Nr. 142)

Deren Verwaltungsbeamter Hermann W. wurde 1949 zu dreieinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt: Wegen insbesondere Mitwirkung an den Deportationen nach Lodz, Minsk, Riga, Izbica und Theresienstadt durch Erfassung des jüdischen Vermögens, Aufstellung der Deportationslisten, Abfassung der Schlussberichte für das Reichssicherheitshauptamt, Beschaffung der Transportmittel bei der Reichsbahn sowie Abwicklung und Begleitung der Transporte und Gepäckkontrolle. (Nr. 148)

Vor dem Landgericht Hamburg wurden die Mordtat-Geschehen in Lettland verhandelt. 1951 wurden Kurt Richard Rudolf Migge und Rudolf Joachim Seckt zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen verurteilt: Als Mitglieder der Sicherheitspolizei Riga für insbesondere die Selektion und den Abtransport von Juden des Rigaer Ghettos, die anschließend in einem auswärtigen Waldstück erschossen wurden. (Nr. 307)

1973 wurde Otto Tichel zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt: Als Mitglied des Polizeibattallions 21 wegen insbesondere Liquidierung des Rigaer Ghettos, bei der im Wald von Rumbula mindestens 25.000 lettische Juden erschossen wurden. (Nr. 789)

Gerhard May wurde 1977 zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt: Als Mitglied der Sicherheitspolizei Riga und der Einsatzgruppe A wegen der Selektion von Juden im Rigaer Ghetto, die anschließend in der Nähe Rigas erschossen wurden. (Nr. 843)

Viktor Bernhard Arjas wurde 1979 zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt: Als Leiter der lettischen Hilfspolizei wegen insbesondere der Mas-

Die Reise in den Tod begann im Schlachthof

Auch die Polizei war am Holocaust beteiligt. Wie, das beleuchtet das Buch „Himmlers grüne Helfer“.

Von René Schleucher

Es ist an Perfidität kaum noch zu überbieten: Die Düsseldorfer Sammelstelle, an der sich zwischen 1941 und 1944 die jüdische Bevölkerung zur Deportation einfinden musste, war ausgerechnet der Schlachthof. Von dem Ort aus, an dem montags bis samstags das Vieh geschlachtet wurde, schickte man sonntags Menschen in den sicheren Tod. In die Ghettos von Lodz, Minsk, Riga und von dort weiter in die Vernichtungslager, wo die Juden zu Tausenden erschossen oder vergast wurden.

Vor 62 Jahren, am Morgen des 27. Oktober 1941, wurden die ersten 996 Juden von Düsseldorf gen Osten deportiert. Zunächst musste der Tross zu Fuß vom Schlachthof an der Rother Straße zum Derendorfer Güterbahnhof laufen. Dort wurden die Menschen in einen Sonderzug gezwängt und auf eine Reise ohne Wiederkehr geschickt.

Auf ihrem Fußmarsch begleitet wurden die Juden aus Düsseldorf und den Nachbarstädten von

etwa 150 Polizisten. Diese hatten sicherzustellen, dass niemand flüchtete. Zuvor hatten die Beamten bereits das Gepäck nach Waffen, Devisen und Schmuck durchsucht und die Namen auf einer Liste abgehakt. Außerdem waren sie dafür zuständig, die Wohnungen der Deportierten zu verschließen und zu versiegeln. Denn das Vermögen der Juden raffe der deutsche Staat an sich.

Die Rolle der Polizei im NS-Staat ist Thema eines Buches von Heiner Lichtenstein. 13 Jahre nach der Erstveröffentlichung ist nun eine zweite Auflage erschienen. „Himmlers grüne Helfer“ beleuchtet, inwieweit deutsche Polizisten am Holocaust beteiligt waren – am Abtransport aus den Heimatstädten in die Ghettos und an der Vernichtung selbst. Darin enthalten ist auch ein Kapitel über einen Hauptmann der Düsseldorfer Schutzpolizei, Paul Salitter. Er ist Verfasser eines Berichts über einen Judentransport von Düsseldorf nach Riga 1941, der ein zentrales Dokument im Prozess gegen Adolf Eichmann 1961 in Jerusalem war.



„Himmlers Helfer“: Beamte des 3. Polizeireviers an der Oststraße während der NS-Herrschaft.

Auf das Thema kam der langjährige WDR-Redakteur Lichtenstein (71), weil er viele Kriegsverbrecherprozesse als Berichterstatter verfolgt hat, auch den Majdanek-Prozess in Düsseldorf. Insofern ist es keine leere Floskel, wenn er sagt: „Ich kenne keine Stadt, die sich so intensiv mit ih-

rer NS-Vergangenheit beschäftigt hat, wie Düsseldorf.“

Das wird auch so bleiben: Erst kürzlich hat sich ein polizeihistorischer Arbeitskreis gegründet, der auch die Rolle der Düsseldorfer Polizei im Dritten Reich aufarbeiten wird.

► „Himmlers grüne Helfer“ (mit

einem Vorwort von Paul Spiegel) ist zum Preis von acht Euro nur bei der Mahn- und Gedenkstätte, Mühlenstraße 29, und bei der Gewerkschaft der Polizei NRW, Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf, Telefon 291 01 42, erhältlich. Dort ist das Buch im Eigenverlag erschienen.

RHEINISCHE POST, 29. OKTOBER 2003

senerschließung der im Großen Ghetto lebenden Juden im Wald von Rumbula. (Nr. 856)

Karl Tol wurde 1983 zu dreieinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt: Als Mitglied der Einsatzgruppe 2 wegen insbesondere Massenerschießungen von Juden im Bickernicker Wald, im Ghetto Riga sowie in der Nähe von Riga. (Nr. 883)

Verurteilt wurden also ausschließlich Polizeibeamte. Die Polizei ist ein Bürokratie-Fraktal.

Im Interview mit dem Überlebenden Karl Coppel aus Neukirchen-Vluyn 2001 lesen wir zur Ankunft auf dem Bahnhof Skirotawa:

»Dort wurden zunächst alle alten, kranken und gebrechlichen Transportteilnehmer in einen nahe gelegenen Wald bei Skirotawa transportiert und von SS-Leuten erschossen.«

Hilde Sherman hat in einem Interview 1994, im Archiv von Yad Vashem Kassette Nr. VD 431, berichtet:

»Und ein Kind von vier Jahren.«

Damit kann sie Dan Lucas gemeint haben.

Mehr habe ich bis heute nicht zu seinem Schicksal in Riga finden können. Die Recherche geht weiter.

Details zu den Verschleppten, die Deportation und ihr Schicksal in Riga in den Dokumenten dieses Kapitels und im Teil »Dokumente«.

Umsiedlungsaktion – Man spricht nicht von Tod

zwei Stunden noch
alles ist gepackt
fünfundzwanzig Kilo
der Morgen ist kalt
wir sind nicht mehr jung
zu alt
um unser ganzes Leben auf unsere Schultern
zu laden
dorthin zu gehen
wohin wir nicht gehen wollen
wissend
wissend
dass wir nicht hierher zurückkommen werden
wir sind erschöpft
diese Jahre waren hart
lieber Gott wie konnte es dazu kommen
wir sind die Verlorenen
wir sind vergessen

Gott hat uns verlassen

löscht das Feuer
macht das Licht aus
schlüssel
um die Tür unseres Lebens abzuschließen
wir haben eine lange Reise vor uns
in welches fremde Land
mit welchem Empfang?

ANNE RANASINGHE KATZ

Lothar Klouten
Menschen jüdischen Glaubens in Osterath

A. Deportationen

Litzmannstadt 27. 10. 1941
 Emily Ephraim, geb. Salomon

Riga 11. 12. 1941
 Bernhard Abrahams
 Berta Gutmann
 Marta Königsthal
 Selma Königsthal
 Alfred Levy
 Alice Fellheimer, geb. Kiefer
 Franziska Kiefer
 Selma Kiefer
 Gustav Kiefer
 Carola Lucas, geb. Kiefer
 Ruth Lucas, geb. Kiefer
 Dan Lucas, geb. 23. 02. 1939

Izbica 24. 04. 1942
 Ida Kiefer

Theresienstadt 25. 07. 1942
 Klara Lachs, geb. Kiefer.
 dann: 26. 09. 1942 Treblinka
 Selma Davids, geb. Kiefer
 Valentin Davids
 Hedwig Davids, geb. Rives
 Julius Gutmann
 Sabine Gutmann

Theresienstadt 27. 07. 1942.
Dann: 16. 10. 1944 Auschwitz
 Karl Gutmann
 Emmi Gutmann, geb. David

Sobibor 20. 03. 1943 aus den Niederlanden
 Siegfried Gutmann

Aus der Geburtsurkunde von Dan Lucas geht hervor, dass seine Mutter ihn zu Hause, im »Judenhaus« Kaarster Str. 14, ohne Hilfe eines Arztes oder einer Hebamme geboren hat.

Dan Lucas wurde gemeinsam mit seiner Mutter Ruth nach Riga verschleppt. Er wurde im Alter von noch nicht einmal drei Jahren von den Nationalsozialisten ermordet.

Der Vater von Dan Lucas – Max – und dessen Bruder Justin, verheiratet mit der Schwester seiner Mutter, waren nach Kenia ausgewandert. Hatten dann keine Chance mehr, ihre Familien aus Deutschland nachzuholen, die bei den Eltern bleiben wollten.

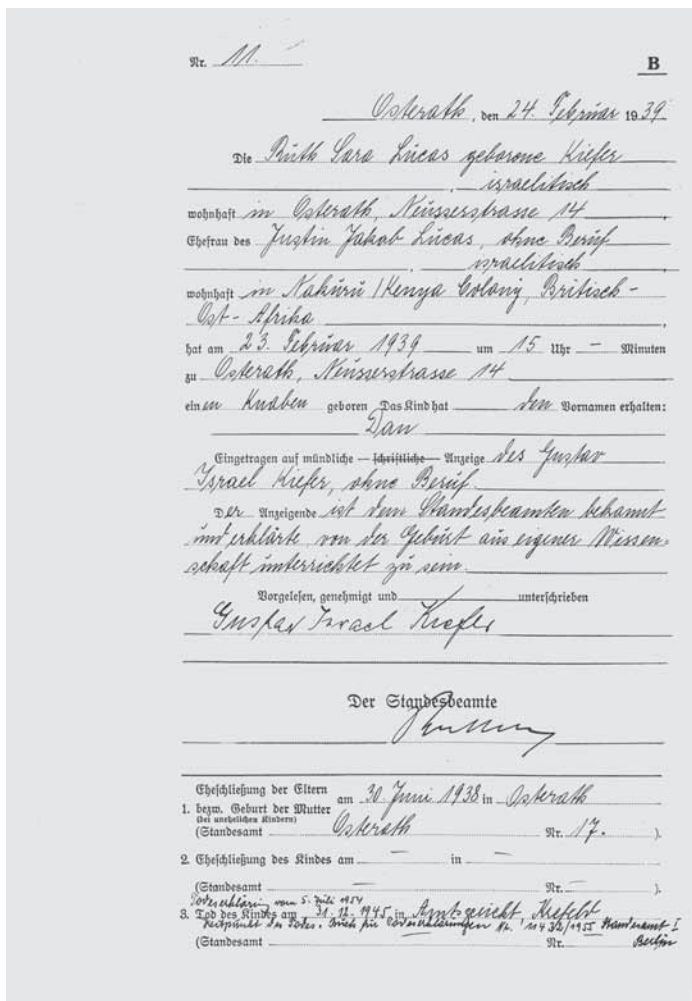
Von den 23 verschleppten Menschen überlebten lediglich Sabine und Julius Gutmann. Sie kehrten nach Osterath zurück.

B. Adressliste

Schiefelberg. Jüdischer Friedhof. 1934 aufgehoben
 Meerbuscher Str. 7. Bis ca. 1900 Standort der Synagoge
 Meerbuscher Str. 27. Nach 1900 im Anbau Betsaal
 Meerbuscher Str. 17. Familie Langenbach
 Meerbuscher Str. 21. Familie Goldberg
 Kaarster Str. 8. Sabine und Julius Gutmann sowie Berta Gutmann. Dann: Kaarster Str. 14 und Strümper Str. 25
 Kaarster Str. 14. Familie Kiefer
 Hoterheideweg 44. Familie Lucas, dann Kaarster Str. 14
 Strümper Str. 25. Marta und Selma Königsthal
 Krefelder Str. 11. Paul Cervelli

C. Weitere Verifizierungen sind möglich

GEBURTSURKUNDE
 DAN LUCAS



Lucas

		A B C D E F G H J K L M N O P Q R S Röh St T U V W Z																									
		1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32																									
Name		Lucas																									
geborene		Kiezer																									
Geburts- tag -mon.-jahr		21 8 12 Osterath isr vh																									
Beruf		Heimarbeiterin																									
Abstammung		deutsch																									
An Ausweispapieren haben vorliegen		Meldeschein																									
Ehegesch. am 30.6.38.		Standesamt																									
Vater Name Vorname		geboren am/in																									
Mutter Vorname geborene		geboren am/in																									
Ketten		Lucas geboren am in 26.12.07.Nürnberg Glaubens- bekenntnis isr																									
Justin Dan																											
Afrika																											
Vorname der Kinder		Geburts- tag -mon.-jahr Ort (Kreis) Glaubens- bekenntnis eigene Karte																									
1 Dan		23 2 39 Osterath isr																									
2																											
3																											
4																											
5																											

Fortsetzung der Kinder auf der Rückseite. Karte Nr. hierzu Karten Nr. Reichskartei DRP Nachdruck verboten! Bestell-Nr. 3071. Personengrunderkarte.

STADTARCHIV MEERBUSCH:
VORDERSEITE DER EINWOHNER-
MELDEKARTE VON
»DAN LUCAS« –
»9.12.41 OSTEN RIGA«

STADTARCHIV MEERBUSCH:
RÜCKSEITE DER EINWOHNER-
MELDEKARTE VON
»DAN LUCAS« –
»9.12.41 OSTEN RIGA«

Zu- und Abgangszahl	Wohnungen (Zuzüge- und Abgänge)	Mohlfestag	Beruf (bei Berufswechsel)		
9.12.41.	Neusserstr. 14 Osten Riga				
Arbeitsbuch					
Nr.					
Berufgruppe					
Berufart					
Kraftwagen-Erfassung					
Personen-Kraft-Nr.					
Lastwagen-Nr.					
Kraftrad-Nr.					
Vorname der Kinder		Geburts- tag -mon.-jahr Ort (Kreis)		Glaubens- bekenntnis	eigene Karte
6					
7					
8					
9					
10					

Die überwiegend deutschen Menschen jüdischen Glaubens kamen aus über 60 Gemeinden, u. a.

Alpen	Emmerich	Issum	Lobberich	Opladen	Süchteln
Anrath	Friemersheim	Jüchen	Mönchengladbach	Osterath	Uedem
Breyell	Garzweiler	Kaldenkirchen	Monheim	Rees	Viersen
Brüggen	Goch	Kamp-Lintfort	Moers	Rheinhausen	Waldniel
Dinslaken	Grefrath	Kempen	Mülheim/Ruhr	Rheydt	Wesel
Dülken	Grevenbroich	Korschenbroich	Neuss	Ruhrort	Wevelinghoven
Düsseldorf	Hamborn	Krefeld	Oberhausen	St. Hubert	Wickrath
Duisburg	Hochneukirch	Langenfeld	Odenkirchen	St. Tönis	Willich
Dormagen	Hüls	Lank	Oedt	Straelen	

YAD VASHEM
Gedenkstätte für den
Holocaust und das Heldentum
P.O.B. 3477, Jerusalem, Israel

דד-עד
געדנקבלאט
ידישיש'ער דריקונג
3477 ת.ד.

DAS GESETZ ZUM ANDENKEN AN DIE MÄRTYRER UND HELDEN, 5713 - 1953 legt in Artikel Nr. 2 fest:
Es ist die Aufgabe von Yad Vashem, dokumentarisches Material in Israel über all die Juden zu sammeln, die ihr Leben hingaben, die gegen den Nazifreund und dessen Helfer kämpften und rebellierten, und deren Namen und Andenken zu verewigen, wie auch das der Gemeinden, Organisationen und Institutionen, die wegen ihrer Angehörigkeit zum jüdischen Volk vernichtet wurden.
(Gesetzbuch Nr. 132, 28.8.53)

מטרת הגישה אל ליטום את שמו של כל ניספה על דף זכרון וכתובת באותיות דפוס ובנקודות
ANGABEN ZUM OFFER: BITTE FÜLLEN SIE FÜR JEDES OFFER EIN EIGENES GEDENKBLATT AUS, IN DRUCKBUCHS TABERN

1. שם משפחה מטקרי	Familienname: Kiefer
2. שם פרטי	Vorname: Ida
3. שם משפחה קודם (בני נשים: שם משפחה)	Früherer Name: Goldschmidt (bei Frauen Mädchenname)
4. תאריך לידה/גיל שנפטר Geburtsdatum/ungef. Alter:	14. 3. 1886
5. מין Geschlecht:	w
6. מצב משפחתי Familienstatus:	4 מבן משפחה
7. מקום לידה Geburtsort und Land:	
8. אם הימשה - שם משפחה Mutter des Opfers	
9. אב הימשה - שם פרטי Vater des Opfers	
10. בן/בת הימשה - שם פרטי Ehegatte/-in des Opfers	
11. מקום מגורים Ständiger Wohnort und Land:	
12. מקום מגורים מגורים במהלך המלחמה Wohnort und Land während des Krieges:	Osterath / Deutsches Reich
13. מקום הימשה Todesdatum und -jahr:	14 תשרי תש"ג
14. מקום הימשה Todesort:	Beruf des Opfers:
15. מקום המוות Todesumstände:	16. תאריך תש"ג Todesort:
17. מקום המוות Deportation:	22. 4. 1942
18. מקום המוות Bericht von:	פרטי המגביר
19. מקום המוות Ich der/ähe Unterzeichnete	אני, החתימ (תם)
20. מקום המוות woohnhaft in (vollständige Adresse)	גור כבודתי
21. מקום המוות Beziehung zum Opfer (Familie/andere)	קירבה לימשה (משפחתי/אחרת)
22. מקום המוות מגביר/ה בת כבודתי ומתחתיה Erkläre hiermit, dass ich alle Angaben wahrheitsgetreu und nach bestem Wissen feststellen habe.	אני, החתימ (תם) מצהיר/ה, כי כל הנתונים הנ"ל נכונים ונכונים כפי ידיעתי והכרתי.
23. מקום המוות Ort und Datum	מקום ותאריך הימשה
24. מקום המוות Während des Krieges befand ich mich im: Lager/Ghetto/Widerstand	בזמן המלחמה הייתי במחנה/בגטו/במחתרת

בזמן המלחמה הייתי במחנה/בגטו/במחתרת
Während des Krieges befand ich mich im: Lager/Ghetto/Widerstand

אנתי להם בביתי ובחומותי יד ושם אשר לא יכרת
... ihnen will ich in meinem Haus, in meinen Mauern Denkmal und Namen geben ... der nicht soll getilgt werden.
Isaia 56:5

YAD VASHEM
Gedenkstätte für den
Holocaust und das Heldentum
P.O.B. 3477, Jerusalem, Israel

דד-עד
געדנקבלאט
ידישיש'ער דריקונג
3477 ת.ד.

DAS GESETZ ZUM ANDENKEN AN DIE MÄRTYRER UND HELDEN, 5713 - 1953 legt in Artikel Nr. 2 fest:
Es ist die Aufgabe von Yad Vashem, dokumentarisches Material in Israel über all die Juden zu sammeln, die ihr Leben hingaben, die gegen den Nazifreund und dessen Helfer kämpften und rebellierten, und deren Namen und Andenken zu verewigen, wie auch das der Gemeinden, Organisationen und Institutionen, die wegen ihrer Angehörigkeit zum jüdischen Volk vernichtet wurden.
(Gesetzbuch Nr. 132, 28.8.53)

מטרת הגישה אל ליטום את שמו של כל ניספה על דף זכרון וכתובת באותיות דפוס ובנקודות
ANGABEN ZUM OFFER: BITTE FÜLLEN SIE FÜR JEDES OFFER EIN EIGENES GEDENKBLATT AUS, IN DRUCKBUCHS TABERN

1. שם משפחה מטקרי	Familienname: Kiefer
2. שם פרטי	Vorname: Gustav
3. שם משפחה קודם (בני נשים: שם משפחה)	Früherer Name: (bei Frauen Mädchenname)
4. תאריך לידה/גיל שנפטר Geburtsdatum/ungef. Alter:	30. 4. 1879
5. מין Geschlecht:	m
6. מצב משפחתי Familienstatus:	4 מבן משפחה
7. מקום לידה Geburtsort und Land:	
8. אם הימשה - שם משפחה Mutter des Opfers	
9. אב הימשה - שם פרטי Vater des Opfers	
10. בן/בת הימשה - שם פרטי Ehegatte/-in des Opfers	
11. מקום מגורים Ständiger Wohnort und Land:	
12. מקום מגורים מגורים במהלך המלחמה Wohnort und Land während des Krieges:	Osterath / Deutsches Reich
13. מקום הימשה Todesdatum und -jahr:	14 תשרי תש"ג
14. מקום הימשה Todesort:	Beruf des Opfers:
15. מקום המוות Todesumstände:	16. תאריך תש"ג Todesort:
17. מקום המוות Deportation:	11. 12. 1941
18. מקום המוות Bericht von:	פרטי המגביר
19. מקום המוות Ich der/ähe Unterzeichnete	אני, החתימ (תם)
20. מקום המוות woohnhaft in (vollständige Adresse)	גור כבודתי
21. מקום המוות Beziehung zum Opfer (Familie/andere)	קירבה לימשה (משפחתי/אחרת)
22. מקום המוות מגביר/ה בת כבודתי ומתחתיה Erkläre hiermit, dass ich alle Angaben wahrheitsgetreu und nach bestem Wissen feststellen habe.	אני, החתימ (תם) מצהיר/ה, כי כל הנתונים הנ"ל נכונים ונכונים כפי ידיעתי והכרתי.
23. מקום המוות Ort und Datum	מקום ותאריך הימשה
24. מקום המוות Während des Krieges befand ich mich im: Lager/Ghetto/Widerstand	בזמן המלחמה הייתי במחנה/בגטו/במחתרת

בזמן המלחמה הייתי במחנה/בגטו/במחתרת
Während des Krieges befand ich mich im: Lager/Ghetto/Widerstand

אנתי להם בביתי ובחומותי יד ושם אשר לא יכרת
... ihnen will ich in meinem Haus, in meinen Mauern Denkmal und Namen geben ... der nicht soll getilgt werden.
Isaia 56:5

YAD VASHEM
Gedenkstätte für den
Holocaust und das Heldentum
P.O.B. 3477, Jerusalem, Israel

דד-עד
געדנקבלאט
ידישיש'ער דריקונג
3477 ת.ד.

DAS GESETZ ZUM ANDENKEN AN DIE MÄRTYRER UND HELDEN, 5713 - 1953 legt in Artikel Nr. 2 fest:
Es ist die Aufgabe von Yad Vashem, dokumentarisches Material in Israel über all die Juden zu sammeln, die ihr Leben hingaben, die gegen den Nazifreund und dessen Helfer kämpften und rebellierten, und deren Namen und Andenken zu verewigen, wie auch das der Gemeinden, Organisationen und Institutionen, die wegen ihrer Angehörigkeit zum jüdischen Volk vernichtet wurden.
(Gesetzbuch Nr. 132, 28.8.53)

מטרת הגישה אל ליטום את שמו של כל ניספה על דף זכרון וכתובת באותיות דפוס ובנקודות
ANGABEN ZUM OFFER: BITTE FÜLLEN SIE FÜR JEDES OFFER EIN EIGENES GEDENKBLATT AUS, IN DRUCKBUCHS TABERN

1. שם משפחה מטקרי	Familienname: Kiefer
2. שם פרטי	Vorname: Franziska
3. שם משפחה קודם (בני נשים: שם משפחה)	Früherer Name: Levy (bei Frauen Mädchenname)
4. תאריך לידה/גיל שנפטר Geburtsdatum/ungef. Alter:	23. 6. 1881
5. מין Geschlecht:	w
6. מצב משפחתי Familienstatus:	4 מבן משפחה
7. מקום לידה Geburtsort und Land:	
8. אם הימשה - שם משפחה Mutter des Opfers	
9. אב הימשה - שם פרטי Vater des Opfers	
10. בן/בת הימשה - שם פרטי Ehegatte/-in des Opfers	
11. מקום מגורים Ständiger Wohnort und Land:	
12. מקום מגורים מגורים במהלך המלחמה Wohnort und Land während des Krieges:	Osterath / Deutsches Reich
13. מקום הימשה Todesdatum und -jahr:	14 תשרי תש"ג
14. מקום הימשה Todesort:	Beruf des Opfers:
15. מקום המוות Todesumstände:	16. תאריך תש"ג Todesort:
17. מקום המוות Deportation:	11. 12. 1941
18. מקום המוות Bericht von:	פרטי המגביר
19. מקום המוות Ich der/ähe Unterzeichnete	אני, החתימ (תם)
20. מקום המוות woohnhaft in (vollständige Adresse)	גור כבודתי
21. מקום המוות Beziehung zum Opfer (Familie/andere)	קירבה לימשה (משפחתי/אחרת)
22. מקום המוות מגביר/ה בת כבודתי ומתחתיה Erkläre hiermit, dass ich alle Angaben wahrheitsgetreu und nach bestem Wissen feststellen habe.	אני, החתימ (תם) מצהיר/ה, כי כל הנתונים הנ"ל נכונים ונכונים כפי ידיעתי והכרתי.
23. מקום המוות Ort und Datum	מקום ותאריך הימשה
24. מקום המוות Während des Krieges befand ich mich im: Lager/Ghetto/Widerstand	בזמן המלחמה הייתי במחנה/בגטו/במחתרת

בזמן המלחמה הייתי במחנה/בגטו/במחתרת
Während des Krieges befand ich mich im: Lager/Ghetto/Widerstand

אנתי להם בביתי ובחומותי יד ושם אשר לא יכרת
... ihnen will ich in meinem Haus, in meinen Mauern Denkmal und Namen geben ... der nicht soll getilgt werden.
Isaia 56:5

YAD VASHEM
Gedenkstätte für den
Holocaust und das Heldentum
P.O.B. 3477, Jerusalem, Israel

דד-עד
געדנקבלאט
ידישיש'ער דריקונג
3477 ת.ד.

DAS GESETZ ZUM ANDENKEN AN DIE MÄRTYRER UND HELDEN, 5713 - 1953 legt in Artikel Nr. 2 fest:
Es ist die Aufgabe von Yad Vashem, dokumentarisches Material in Israel über all die Juden zu sammeln, die ihr Leben hingaben, die gegen den Nazifreund und dessen Helfer kämpften und rebellierten, und deren Namen und Andenken zu verewigen, wie auch das der Gemeinden, Organisationen und Institutionen, die wegen ihrer Angehörigkeit zum jüdischen Volk vernichtet wurden.
(Gesetzbuch Nr. 132, 28.8.53)

מטרת הגישה אל ליטום את שמו של כל ניספה על דף זכרון וכתובת באותיות דפוס ובנקודות
ANGABEN ZUM OFFER: BITTE FÜLLEN SIE FÜR JEDES OFFER EIN EIGENES GEDENKBLATT AUS, IN DRUCKBUCHS TABERN

1. שם משפחה מטקרי	Familienname: Levy
2. שם פרטי	Vorname: Alfred
3. שם משפחה קודם (בני נשים: שם משפחה)	Früherer Name: (bei Frauen Mädchenname)
4. תאריך לידה/גיל שנפטר Geburtsdatum/ungef. Alter:	7. 3. 1883
5. מין Geschlecht:	m
6. מצב משפחתי Familienstatus:	4 מבן משפחה
7. מקום לידה Geburtsort und Land:	
8. אם הימשה - שם משפחה Mutter des Opfers	
9. אב הימשה - שם פרטי Vater des Opfers	
10. בן/בת הימשה - שם פרטי Ehegatte/-in des Opfers	
11. מקום מגורים Ständiger Wohnort und Land:	
12. מקום מגורים מגורים במהלך המלחמה Wohnort und Land während des Krieges:	Lank / Deutsches Reich
13. מקום הימשה Todesdatum und -jahr:	14 תשרי תש"ג
14. מקום הימשה Todesort:	Beruf des Opfers:
15. מקום המוות Todesumstände:	16. תאריך תש"ג Todesort:
17. מקום המוות Deportation:	11. 12. 1941
18. מקום המוות Bericht von:	פרטי המגביר
19. מקום המוות Ich der/ähe Unterzeichnete	אני, החתימ (תם)
20. מקום המוות woohnhaft in (vollständige Adresse)	גור כבודתי
21. מקום המוות Beziehung zum Opfer (Familie/andere)	קירבה לימשה (משפחתי/אחרת)
22. מקום המוות מגביר/ה בת כבודתי ומתחתיה Erkläre hiermit, dass ich alle Angaben wahrheitsgetreu und nach bestem Wissen feststellen habe.	אני, החתימ (תם) מצהיר/ה, כי כל הנתונים הנ"ל נכונים ונכונים כפי ידיעתי והכרתי.
23. מקום המוות Ort und Datum	מקום ותאריך הימשה
24. מקום המוות Während des Krieges befand ich mich im: Lager/Ghetto/Widerstand	בזמן המלחמה הייתי במחנה/בגטו/במחתרת

בזמן המלחמה הייתי במחנה/בגטו/במחתרת
Während des Krieges befand ich mich im: Lager/Ghetto/Widerstand

אנתי להם בביתי ובחומותי יד ושם אשר לא יכרת
... ihnen will ich in meinem Haus, in meinen Mauern Denkmal und Namen geben ... der nicht soll getilgt werden.
Isaia 56:5

YAD VASHEM: GEDENKBLÄTTER FÜR DIE VON NATIONALSOZIALISTEN ERMORDETEN MENSCHEN AUS OSTERATH

YAD VASHEM
Gedenkstätte für den Holocaust und das Heldentum
P.O.B. 3477, Jerusalem, Israel

דד-עד
GEDENKBLATT

יד ושם
ישראלים הר הירוק
3477 ת.ד.

DAS GESETZ ZUM ANDENKEN AN DIE MÄRTYRER UND HELDEN, 5713 - 1953 legt in Artikel Nr. 2 fest:
Es ist die Aufgabe von Yad Vashem, dokumentarisches Material in Israel über all die Juden zu sammeln, die ihr Leben hingaben, die gegen den Nazifreund und dessen Helfer kämpften und rebellierten, und ihren Namen und Andenken zu verewigen, wie auch das der Gemeinden, Organisationen und Institutionen, die wegen ihrer Angehörigkeit zum jüdischen Volk vernichtet wurden. (Gesetzbuch Nr. 132, 28.8.53)

מטרי הנתיחה: לא לרשום את שמו של כל ניספה על ידי נמרד ולכתוב באותיות דפוס ובנקוד אנגלים זמין: **BITTE FÜLLEN SIE FÜR JEDES OPFER EIN EIGENES GEDENKBLATT AUS, IN DRUCKBUCHS TABERN**

1. שם משפחה: Abraham	2. שם פרטי: Bernhard
3. שם משפחה קודם (באישה): ...	4. תאריך לידה/גילוי ששוע: 21.6.1876
5. מקום לידה: Dorant Kheva, Ostpreußen	6. מועד עלייה: 1931
7. מקום מגורים: ...	8. מקום מגורים: ...
9. מקום מגורים: ...	10. מקום מגורים: ...
11. מקום מגורים: ...	12. מקום מגורים: ...
13. מקום מגורים: ...	14. מקום מגורים: ...
15. מקום מגורים: ...	16. מקום מגורים: ...

16643

YAD VASHEM
Gedenkstätte für den Holocaust und das Heldentum
P.O.B. 3477, Jerusalem, Israel

דד-עד
GEDENKBLATT

יד ושם
ישראלים הר הירוק
3477 ת.ד.

DAS GESETZ ZUM ANDENKEN AN DIE MÄRTYRER UND HELDEN, 5713 - 1953 legt in Artikel Nr. 2 fest:
Es ist die Aufgabe von Yad Vashem, dokumentarisches Material in Israel über all die Juden zu sammeln, die ihr Leben hingaben, die gegen den Nazifreund und dessen Helfer kämpften und rebellierten, und ihren Namen und Andenken zu verewigen, wie auch das der Gemeinden, Organisationen und Institutionen, die wegen ihrer Angehörigkeit zum jüdischen Volk vernichtet wurden. (Gesetzbuch Nr. 132, 28.8.53)

מטרי הנתיחה: לא לרשום את שמו של כל ניספה על ידי נמרד ולכתוב באותיות דפוס ובנקוד אנגלים זמין: **BITTE FÜLLEN SIE FÜR JEDES OPFER EIN EIGENES GEDENKBLATT AUS, IN DRUCKBUCHS TABERN**

1. שם משפחה: David	2. שם פרטי: Bedvig
3. שם משפחה קודם (באישה): ...	4. תאריך לידה/גילוי ששוע: 10.10.1876
5. מקום לידה: ...	6. מועד עלייה: 1931
7. מקום מגורים: ...	8. מקום מגורים: ...
9. מקום מגורים: ...	10. מקום מגורים: ...
11. מקום מגורים: ...	12. מקום מגורים: ...
13. מקום מגורים: ...	14. מקום מגורים: ...
15. מקום מגורים: ...	16. מקום מגורים: ...

16643

YAD VASHEM
Gedenkstätte für den Holocaust und das Heldentum
P.O.B. 3477, Jerusalem, Israel

דד-עד
GEDENKBLATT

יד ושם
ישראלים הר הירוק
3477 ת.ד.

DAS GESETZ ZUM ANDENKEN AN DIE MÄRTYRER UND HELDEN, 5713 - 1953 legt in Artikel Nr. 2 fest:
Es ist die Aufgabe von Yad Vashem, dokumentarisches Material in Israel über all die Juden zu sammeln, die ihr Leben hingaben, die gegen den Nazifreund und dessen Helfer kämpften und rebellierten, und ihren Namen und Andenken zu verewigen, wie auch das der Gemeinden, Organisationen und Institutionen, die wegen ihrer Angehörigkeit zum jüdischen Volk vernichtet wurden. (Gesetzbuch Nr. 132, 28.8.53)

מטרי הנתיחה: לא לרשום את שמו של כל ניספה על ידי נמרד ולכתוב באותיות דפוס ובנקוד אנגלים זמין: **BITTE FÜLLEN SIE FÜR JEDES OPFER EIN EIGENES GEDENKBLATT AUS, IN DRUCKBUCHS TABERN**

1. שם משפחה: Königsthal	2. שם פרטי: Selma
3. שם משפחה קודם (באישה): ...	4. תאריך לידה/גילוי ששוע: 23.6.1883
5. מקום לידה: Karls Lyben	6. מועד עלייה: 1931
7. מקום מגורים: ...	8. מקום מגורים: ...
9. מקום מגורים: ...	10. מקום מגורים: ...
11. מקום מגורים: ...	12. מקום מגורים: ...
13. מקום מגורים: ...	14. מקום מגורים: ...
15. מקום מגורים: ...	16. מקום מגורים: ...

16643

YAD VASHEM
Gedenkstätte für den Holocaust und das Heldentum
P.O.B. 3477, Jerusalem, Israel

דד-עד
GEDENKBLATT

יד ושם
ישראלים הר הירוק
3477 ת.ד.

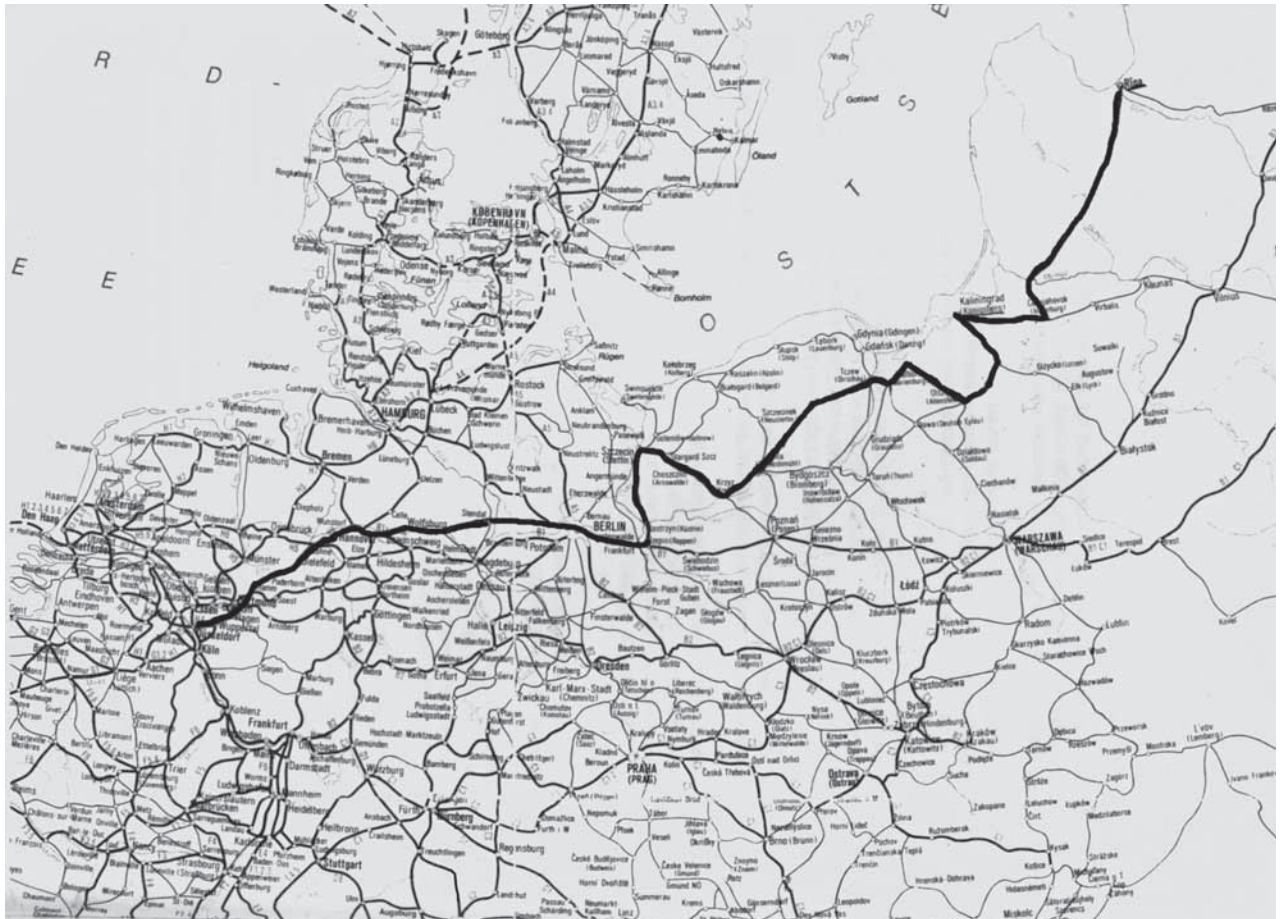
DAS GESETZ ZUM ANDENKEN AN DIE MÄRTYRER UND HELDEN, 5713 - 1953 legt in Artikel Nr. 2 fest:
Es ist die Aufgabe von Yad Vashem, dokumentarisches Material in Israel über all die Juden zu sammeln, die ihr Leben hingaben, die gegen den Nazifreund und dessen Helfer kämpften und rebellierten, und ihren Namen und Andenken zu verewigen, wie auch das der Gemeinden, Organisationen und Institutionen, die wegen ihrer Angehörigkeit zum jüdischen Volk vernichtet wurden. (Gesetzbuch Nr. 132, 28.8.53)

מטרי הנתיחה: לא לרשום את שמו של כל ניספה על ידי נמרד ולכתוב באותיות דפוס ובנקוד אנגלים זמין: **BITTE FÜLLEN SIE FÜR JEDES OPFER EIN EIGENES GEDENKBLATT AUS, IN DRUCKBUCHS TABERN**

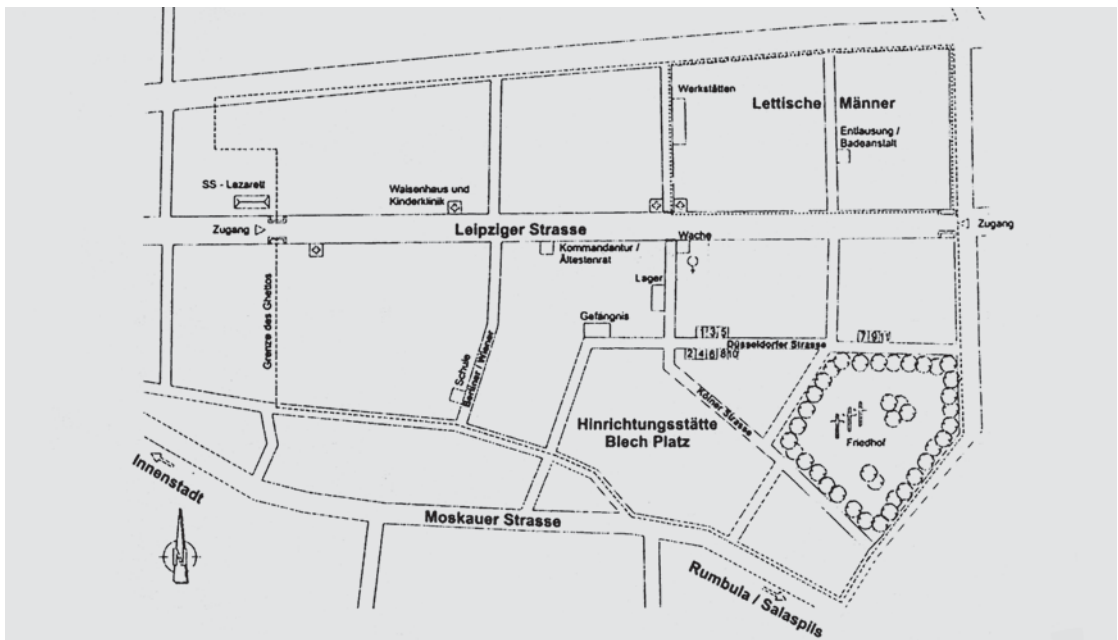
1. שם משפחה: Königsthal	2. שם פרטי: Marta
3. שם משפחה קודם (באישה): ...	4. תאריך לידה/גילוי ששוע: 6.8.1881
5. מקום לידה: Karls Lyben	6. מועד עלייה: 1931
7. מקום מגורים: ...	8. מקום מגורים: ...
9. מקום מגורים: ...	10. מקום מגורים: ...
11. מקום מגורים: ...	12. מקום מגורים: ...
13. מקום מגורים: ...	14. מקום מגורים: ...
15. מקום מגורים: ...	16. מקום מגורים: ...

16643

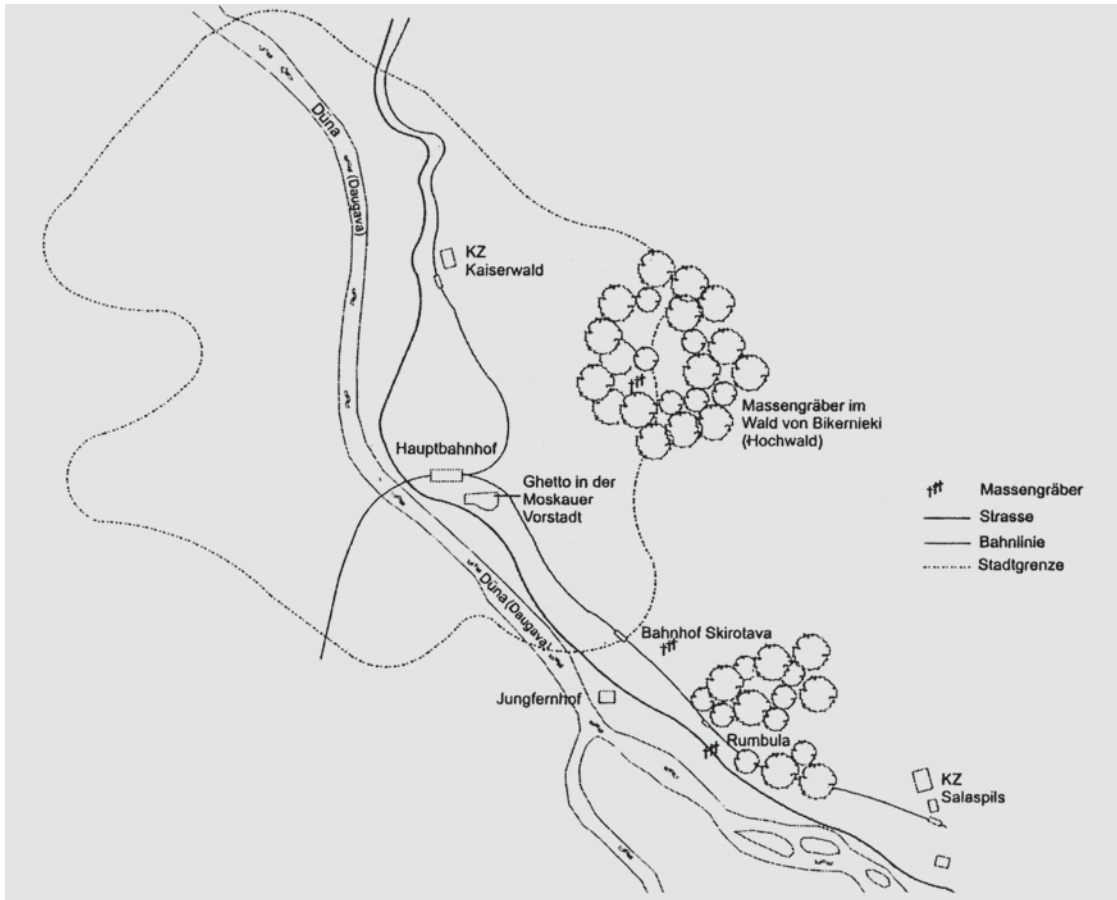
YAD VASHEM: GEDENKBLÄTTER FÜR DIE VON NATIONALSOZIALISTEN ERMORDETEN MENSCHEN AUS OSTERATH



LOTHAR KLOUTEN: KARTe DES DEPORTATIONSWEGES NACH RIGA



PLAN DES GHETTOS IN DER MOSKAUER VORSTADT 1942



LAGE DER LAGER UND MASSENGRÄBER IN UND UM RIGA

**Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der
Juden unter der nationalsozialistischen
Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945**

Lucas, Dan

geboren am 23. Februar 1939 in Osterath /
Kempfen-Krefeld / Rheinprovinz
wohnhaft in Osterath

Deportationsziel:
ab Düsseldorf
11. Dezember 1941, Riga, Ghetto

Todesdatum/-ort:
für tot erklärt

BUNDESARCHIV | STAND: 12. MÄRZ 2012

BUNDESARCHIV: EINTRAG »DAN LUCAS« IM GEDENKBUCH

d. Drei Familien als exemplarische Beispiele

1. Sabine und Julius Gutmann

Julius Gutmann wurde am 9. Februar 1883 in Osterath geboren. Sein Vater führte im elterlichen Haus Kaarster Str. 8 eine kleine Metzgerei, die Julius Gutmann nach seiner Ausbildung zum Metzgermeister übernahm.

Das Elternhaus von Julius Gutmann war durch die – die große Mehrheit der Deutschen jüdischen Glaubens betreffenden – Entwicklung geprägt: Im 19. Jahrhundert identifizierten sich diese Menschen zunehmend mit dem aufkommenden deutschen Nationalbewusstsein. Sie neigten ihrer Sozialstruktur entsprechend der bürgerlichen Mitte und der Rechten zu. Und sie waren ganz überwiegend akulturiert, national denkend und kaisertreu. So besaßen sie ein Selbstverständnis als Deutsche jüdischen Glaubens. Diese Haltung war gekennzeichnet durch das gleichzeitige Festhalten an der religiösen Tradition und am deutschen kulturellen Erbe. Die so sozialisierten Menschen lehnten dann eine Emigration prinzipiell ab. Bei vielen von ihnen verband sich politische Naivität mit dem blinden Glauben an ihre christlichen Mitbürger und die deutsche Kultur. Dieses Festhalten am Deutschtum wurde vor allem für die älteren Generationen zu einer ausgewogenen Tragödie, die dann auch ihre Kinder und Kindeskiner betreffen konnte; wie bei Dan Lucas in Osterath, wenn die Kinder gemeinsam mit den Kindeskindern ihre Eltern nicht verlassen wollten. Bis in den Tod in Ghettos und KZs kennzeichnete ein hilfloses Nichtverstehen ihren Habitus.

Julius Gutmann war ein Spiegelbild, ein Fraktal dieser Entwicklung. 1909 ist er Schriftführer im Osterather Kegelklub »Alle Neune«. Er ist Mitglied

der Synagogengemeinde Krefeld, zu der Osterath gehörte, und des jüdischen Jugendbundes Krefeld. Im Ersten Weltkrieg Frontkämpfer u. a. in Riga, mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse und dem Verwundetenabzeichen ausgezeichnet und 50 % kriegsbeschädigt, hat er an der Ost- und Westfront für »Kaiser, Volk und Vaterland« sein Leben eingesetzt und gekämpft. Die deutschen Soldaten jüdischen Glaubens im Ersten Weltkrieg haben nicht nur ihre persönliche Ehre, sondern auch die des deutschen Judentums vor ihren Kameraden vertreten. Mit dieser Vergangenheit glaubten sie, ein gutes und anerkanntes Glied im Vaterland geworden zu sein.

Julius Gutmann lernte während der Lazarettbehandlung in Krefeld Helene Zimmermann kennen. Nach dem zuerst die Mutter, dann 1933 der Vater gestorben war – begraben auf dem jüdischen Friedhof in Osterath, dann 1935 auf den in Krefeld »verlegt« – verlobten sich die beiden 1933. Sie planten für August 1935 die Trauung, wollten dann abwarten bis rechtlich klar war, ob dies zulässig sei. Denn Helene Zimmermann war nach dem nationalsozialistischen Rechtsverständnis 1935 »Arierin«. Nach Erlass der »Nürnberger Gesetze« beantragte Julius Gutmann eine Ausnahmegenehmigung. Dazu die Dokumente aus Bestand Osterath III 1997, dann eine geschichtswissenschaftliche Kommentierung.

Mit Datum vom 26. November 1935 stellt »Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde« Julius Gutmann ein Führungszeugnis aus: »... in der Zeit vom Tage der Geburt bis zum heutigen Tage hier polizeilich gemeldet gewesen und dass über ihn in den polizeilichen Listen eine Straftat nicht verzeichnet ist.«

Der Bürgermeister
als Ortspolizeibehörde.

Muster a.

Osterath, den 26. November 1935.

Führungszeugnis.

Dem Metzger Julius Gutmann
am 9. 2. 83 zu Osterath Kreis Kempen-Krefeld
geboren, wird amtlich bescheinigt, daß er – ~~er~~ – in der Zeit vom Tage der Geburt
bis zum heutigen Tage _____
hier polizeilich gemeldet gewesen und daß über ihn -- ~~er~~ -- in den polizeilichen Listen eine Straftat nicht
verzeichnet ist.

Gebühr

Unterschrift.
Vertretungsinhaber

Form. 95. Formularverlag Bwe. G. Wefers, Kempen.

STADTARCHIV
MEERBUSCH:
FÜHRUNGSZEUGNIS
JULIUS GUTMANN

Seine »Straftat« nach dem Verständnis der nationalsozialistischen Partei-Staats-Ideologie war seine Geburt als Mensch mit jüdischen Glauben. Die Rolle von Hugo Recken als Bürgermeister, örtlicher Polizeichef und damit örtliche Gestapo war die Exekution der nationalsozialistischen antisemitisch-eliminatorischen Partei-Staats-Ideologie vor Ort, auch ganz persönlich gegenüber Julius Gutmann, das auch von Angesicht zu Angesicht.

»Weil ich Frontkämpfer bin, wende ich mich vertrauensvoll an den Führer, der immer Verständnis für die Sorgen seiner Frontkameraden gezeigt hat. Seiner Entscheidung werde ich mich in jedem Fall beugen ... Mit deutschen Gruß!«

Aus heutiger Perspektive unglaubliche Formulierungen. Vor allem, dass ein Mensch jüdischen Glaubens Ende 1935 einen Brief »Mit deutschem Gruß!« beendet. Hier spiegelt sich das Selbstverständnis von Julius Gutmann. Für ihn ist es undenkbar, dass sein Glaube ihn auf einmal außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft stellt.

Dass dies so ist, wird in einer kaum zu überbietenen Deutlichkeit im Schreiben der NSDAP-Kreisleitung Viersen-Kempfen vom 8. Juni 1936 formuliert:

»Er hat seine Pflicht als Soldat getan. Das haben auch die Negersoldaten unter General v. Letow-Vorbeck in Afrika getan. Das berechtigt aber keinesfalls zur Heirat mit einer deutschen Frau!«

Was fällt hier noch auf? Es ist keine staatliche Behörde, die eine Stellungnahme zu einem Antrag an die Reichsregierung formuliert. Die staatliche Behörde – das Preußische und Reichsministerium des Innern – hatte den Ausnahmeantrag von Juli-

us Gutmann auf dem realen Instanzenweg an die NSDAP-Kreisleitung Viersen-Kempfen geleitet. Die NSDAP ist real der Staat, dessen formale Institutionen noch als leere Hülle zur Schein-Legitimation existieren dürfen. Wie die Bezirksregierung Düsseldorf, die laut Eingangsstempel vom 25. Juni 1936 auf dem Schreiben der NSDAP-Gauleitung Düsseldorf vom 22. Juni 1936 die Vorgabe der NSDAP gegenüber Julius Gutmann formal – und nach Außen – zuständigkeitshalber bürokratisch zu exekutieren hatte. Organisierte Intransparenz im höchstem Maß, die heute zur Legitimation von bewussten Fehl-Interpretationen instrumentalisiert wird.

Im Detail und Einzelfall geht es dann um die Frage: Bedingt durch die – jenseits von formalem Recht und Gesetz sowie formaler Bürokratieorganisation gelegenen – Interessen des NSDAP-Partei-Staates handeln Menschen in ihren partei-bürokratischen Rollen, wie Bürgermeister Hugo Recken in Osterath im Macht-Verhältnis hier zum NSDAP-Ortsgruppenleiter, dem örtlichen NSDAP-Beauftragten für Kommunalpolitik und der NSDAP-Gemeinderatsfraktion. Wer ist im konkreten Einzelfall im Rahmen dieser Interessen, die überörtlich andere als örtlich sein können, womit dann das Führerprinzip zum Tragen kommt, »Chef im Ring«? Das ist nicht selbstverständlich zu Gunsten der örtlichen NSDAP-Funktionäre entschieden, wie das Beispiel Recken dokumentiert.

Wenig später lernte Julius Gutmann Sabine Herzberger aus Krefeld kennen, ein »Volljüdin«. Sie hat ihr Leben in einem Artikel in der Rheinischen Post am 25. November 1978 zusammengefasst:

EINWOHNER-
MELDEKARTE
JULIUS GUTMANN

A B C D E F G H I J K L M N O P Q R S T U V W X Y Z		Mb Sb Sch FE Tbc Gb Kb Pab Aik		NA		BS Ed Ep EE B K Ek Au	
Kempfen		4. Gutmann		Julius		Geb.: _____	
Os. 1		Osterath, K&Kempfen-Krefeld		9.2.1893		7. ehelich 8. Religion bei der Geburt 9. Stellung: _____	
4.36		Ketsgermeister		11. _____ 12. _____		13. eigene Kinder (angef.) 14. Eltern (Name, Geburtsdatum, Geburtsort)	
6. Wohnort (Niederlassungsbezeichnung)		21. Vorkommen höherwertiger Eigenschaften in der Sippe		23. erblich – nichterblich Körperbauart nach Kretschmer		27. Erbkrankheit	
Osterath, NeuBerstr. 8		keine bekannt geworden.		rund Vermischter Kaffeeart ziemlich rein Haarfarbe: schwarz-grau Augenfarbe: grau-blau Schädelform: Rundschädel		Der H. angezeigt am: _____ Wohnort: _____ EG: _____ Erblich auf: _____ Durchgeführt am: _____ Wesung bis: _____ wegen: _____ EOD: _____ 28. mal vorbestraft wegen: _____	
9. Hauptdiagnose		22. Vorkommen von Erbkrankheiten in der Sippe		24. Schulart und Schulleistungen		25. Körperliche Entwicklung	
10. Verstorben am: _____ Todesursache: _____		keine bekannt geworden.		normal		26. Charakterentwicklung, Sonderbegabungen	

Ergänzungsbogen

für Untersuchungen gemäß §§ 3 und 16 der Ersten Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre

Kempen/N'rhein den 16. April 1936.

Name Gutmann
(bei Frauen auch Mädchennamen)
geboren in Krefeld
Beruf Metzger
Wohnort Mühlstr.
Personenstand ledig
Vorname Julius
am 9. 6. 83 ehelich?
~~unehelich~~
Straße Mühlstr. 1 Nr. 8
Glaubensbekenntnis
des Vaters _____
der Mutter _____
des Untersuchten _____

Sind Ihnen die Untersuchten bekannt oder wodurch haben sie sich ausgewiesen?

Wohnort

Angaben über den nichtdeutschblütigen Verlobten

Raum für Lichtbilder (Ganztaufnahmen)

der vorbezeichneten Person

von vorn



Sind die Bilder kennzeichnend oder inwiefern etwa nicht? (Bilder, die einen nicht charakteristischen oder irigen Eindruck machen, sind zurückzuweisen und durch bessere zu ersetzen)

von der Seite



Die Bilder sind **charakteristisch**.

¹⁾ Genaue Bezeichnung des Gesundheitsamts, das die Untersuchung vornimmt.

²⁾ Das Nichtzutreffende ist zu durchstreichen.

ERGÄNZUNGSBOGEN JULIUS GUTMANN (VORDERSEITE)

»Am 11. Januar 1901 wurde Sabine Gutmann als Tochter des Pferdehändlers Herzberger ... geboren. Die Familie gehörte zum alteingesessenen Stamm der Krefelder Juden. Sabine wuchs behütet im kleinbürgerlichen Haushalt auf, wo von Politik eigentlich nie gesprochen wurde. Man fühlte rheinisch-

krefeldisch, gehörte im übrigen religionstreu der jüdischen Gemeinde an. Sabine besuchte die jüdische Volksschule ... und die Bürgermädchenschule. Sabine heiratete den Metzger und Viehkaufmann Julius Gutmann, selbstverständlich einen Juden, und zog mit ihm nach Osterath. Während Julius

1. Sieht man dem Antragsteller jüdischen Einschlag stark — wenig — gar nicht — an?
 Wenn ja, kurz auszuführen, an welchen Merkmalen. (Dabei ist darauf hinzuweisen, inwieweit die Lichtbilder die Merkmale gut oder weniger gut zum Ausdruck bringen. Nicht im Lichtbild zum Ausdruck kommende Abweichungen im Aussehen sind genau anzugeben.)
- Grösse 165 cm. Gewicht 86, 3 Kh. Sitzhöhe 84 cm. Rundlich, untersetzte Körperbauform. Runds Schädel, flache Hinterhaupt. Stirn flach, leicht fliehend. Nase leicht gebogen, lang, fleischig, wulstige Lippen, Augen mandelförmig. Farbe grau-blau. Kinn : Leicht vorspringend, Mento-Labialfalte eingezogen. Haarfarbe schwarz-grau. Hals gedrungen.

2. Körperliche Erscheinung (abgesehen von Merkmalen jüdischen Einschlags):	Stattlich — <u>mittel</u> — kümmerlich angenehm — <u>mittel</u> — unangenehm harmonisch — disharmonisch
3. Eindruck der Persönlichkeit:	günstig — <u>mittel</u> — ungünstig

4. Besitzt das Gesundheitsamt über den Untersuchten und seine Sippe nähere Angaben? — Welche?
 (Vorhandenes Material ist nach Möglichkeit abgeschrieben beizufügen.)

Siehe beiliegende Sippentafel

D. Gewaltig

ERGÄNZUNGSBOGEN JULIUS GUTMANN (RÜCKSEITE)

Gutmann in Osterath seinen Geschäften nachging, arbeitete Sabine Gutmann in der Krawattenfabrik Herz in Krefeld. Die Firma war in jüdischem Besitz, beschäftigte zahlreiche jüdische Angestellte. »Wir hörten Bemerkungen vom arischen Personal. Vier Wochen vor der Kristallnacht wurde die Inhaberin, Frau Herz, enteignet, die Firma arisiert. Am Tag nach der Kristallnacht wurden alle Juden rausgeworfen. Mein Mann durfte auch nicht mehr arbeiten. Ich habe uns mit Nöharbeiten über Wasser gehalten.« Eines Morgens um 5:30 Uhr drangen SA-Leute in die Osterather Wohnung des Ehepaares Gutmann ein. »Es blieb keine Untertasse ganz.

Alles, aber auch alles, wurde kaputt gemacht. Es waren SA-Leute aus Uerdingen.«

Zur Reichskristallnacht in Osterath schrieb Julius Gutmann am 17. Dezember 1945 (KK 1023 Bl. 182):

»1938 wurden wir von Recken ins Gefängnis geworfen. Recken erschien im Gefängnis und erklärte uns Juden, dass wir alle nach Anrath ins Staatsgefängnis gebracht würden. In derselben Nacht wurde unter Duldung des Recken unser ganzes Heim zerstört.«

Zfd. Nr.	Geburts- und Vornamen	Berwandtschaftsgrad	Geburtsort und Kreis Geburtsdatum	Religion (bei der Geburt)	Eheschließung		
					a) am	b) in	c) mit
1	Steph. Gutmann	V.	1) Redtenzwing 2) bei Lableruf 3) 26. 12. 1854	ipab.	a) 26. 5. 1882 b) Philippsburg c) Propäz. Loeb	a) Osterath b) Kaufgarmittler	
2	Propäz. geb. Loeb	M.	1) Philippsburg 2) im Pröbent 3) 31. 1. 1852	ipab.	a) 26. 5. 1882 b) Philippsburg c) Steph. Gutmann	a) Osterath b) ohne Lohn	
3	Julius Gutmann	P.	1) Osterath 2) Kempen. Kreisfeld 3) 9. 2. 1883	ipab.		a) Osterath b) Metzger	

SIPPENTAFEL JULIUS GUTMANN (AUSSCHNITT VON SEITE 2)

a) Sterbeort b) Sterbedatum	a) Körperbautyp (nach Kretschmer) b) Vorwiegender Kasseanteil	a) Frühere und jetzige Körperlinie und seelische Ertränkungen b) Todesursache	Sachliche Unterlagen zu erhalten durch	Charaktereigenschaften auffallende Begabungen
a) Osterath b) 3. 1. 1933		b) Altersschwäche		30
a) Osterath b) 13. 6. 1988		b) Altersschwäche		
	a) dünn b) a. Offiziell	a) dünn	Lebensversicherung Kempen. Kreisfeld	

SIPPENTAFEL JULIUS GUTMANN (AUSSCHNITT VON SEITE 3)

der Nacht vom 10. zum 11. November, in den frühen Morgenstunden zwischen 3 und 4 Uhr, haben ihn dann auswärtige SA-Männer verhaftet und nach Anrath gebracht. Dort wurde er bis zum 30. November 1938 im KZ-Flügel des Gefängnisses in Willich-Anrath festgehalten.«

Wegen seiner Kriegsbeschädigung ist Julius Gutmann nicht ins KZ Dachau deportiert worden.

Im Kontext der Reichskristallnacht gab es eine Beobachtung, die sich dann bei den Versteigerungen nach Arisierung und Deportation konsequent fortsetzte:

»Nachbarn unterschlugen Gegenstände, die ihnen anvertraut worden waren, oder stahlen Einrichtungsgegenstände in den aufgebrochenen Nachbarwohnungen.« KAROLA FRINGS. S. 44.

Umwertung und Auflösungen von Werten, die nationalsozialistische Gewalt-Praxis im Privaten – Sozialdarwinismus legitimiert mit »Gemeinschaftsfremdheit« im Sinne der Volksgemeinschafts-Ideologie.

Erst brennen die Bücher.
Später brennen die Gotteshäuser.
Dann brennen die Menschen.

I.) Einschreiben

Osterath/Rhld. den 1. Januar 1936.

Reichs- und Preussisches
Ministerium des Innern
- 6 JAN 1936 Vm
JSGA
H. G. G.

Gesuch des
nichtarischen, deutschen Staats-
angehörigen, Julius Gutmann zu
Osterath bei Krefeld, Neusserstr.
8, um Bewilligung der Erlaubnis
zur Eheschliessung mit einer
Arierin deutscher Staatsange-
hörigkeit.

Herrn Reichs-
Ministerium des Innern

Das Reichsinnenministerium
ersuche ich um gefl. Prüfung, ob
mir, unter Berücksichtigung der
nachfolgenden Begründung, die
Erlaubnis erteilt werden kann, mi
der arischen, deutschen Staats-
angehörigen, Fräulein Helene
Zimmermann, 45 Jahre alt, wohn-
haft zu Krefeld, Elisabethstr. 32,
die Ehe einzugehen.
Ich bin geboren am 9. Februar
1883 zu Osterath/Rheinl. als
rechtmässiges Kind volljüdischer
Eltern. Meine Grosseltern waren
ebenfalls Volljuden und, wie
meine Eltern und ich, deutsche
Staatsangehörige.
Beruflich ausgebildet wurde ich
in Metzgergewerbe und bin seit
Jahren selbständiger Metzgermeis-
ter. Sowohl in krisineller wie in
politischer Beziehung habe ich
bis heute eine tadellose Führung
aufzuweisen.

An das
Reichsinnenministerium
in

Bestimmungen auszusetzen. Bis zum Erlass der Gesetze zum
Schutz des Blutes und der Rasse, hat unser Verhältnis
ununterbrochen fortbestanden. Am Tage nach Erlass der Gesetze
habe ich meiner früheren Braut mitgeteilt, dass ich ein
Gesuch um Befreiung von denselben einreichen werde, über
dessen Ergebnis sie benachrichtigt werden würde.
Zur Beachtung der Gesetze sei es unerlässlich, dass das
tisher bestandene Verhältnis unverzüglich abgebrochen werde.
Dieser Einsicht haben wir uns beide gefügt.
Rein moralisch schon, fühle ich mich Fräulein Zimmermann
gegenüber verpflichtet, alles zu tun, um eine Eheschliessung,
auf dem gesetzlichen Wege zu ermöglichen, eine in dem Sinne
günstige Entscheidung würde auch mir, hilflosen und einsamen
Mann, den immer wieder zurückgestellten Lebenswunsch erfüllen
die Frau, die ich in den langen Jahren unserer Bekanntschaft
als treu und zuverlässig schätzen lernte, zu meiner Gefährtin
fürs Leben zu machen. Ich darf wohl ergebenst darauf hinweisen,
dass Fräulein Zimmermann 45 Jahre alt ist, wogegen ich in 52
Lebensjahre stehe, somit die Befürchtung einer Nachkommenschaft
nicht anzunehmen ist. Rein menschlich gesehen, hat Fri. Z.
ja wohl ein wohlverdientes Anrecht auf Besiegelung des Ver-
hältnisses durch die Eheschliessung. Auch dürfte wohl der
Umstand gefl. Berücksichtigung finden, dass es für beide
Teile in dem vorgeschrittenen Alter, fast unmöglich wird,
sich ganz umzustellen und sich an einen anderen Menschen zu
gewöhnen. Ich bin Schwerkrriegsbeschädigter und brauche wohl
nicht besonders darauf hinzuweisen, dass ich eine Pflegerin
benötige, der ich vertrauen und die mir etwas sein kann.
Die in der Anlage beigefügten Unterlagen, bekunden, dass ich
zu jeder Zeit meine Pflicht für Volk und Vaterland erfüllt
habe und darüber hinaus noch mit Kriegsauszeichnungen beehrt
wurde. Dem Staat gegenüber war ich immer loyal eingestellt.
Meine Leumundszeugnisse beweisen, dass mein Leben rein und
einwandfrei gewesen ist. Weil ich Frontkämpfer bin, wende ich

meiner Militärdienstpflicht habe ich genügt. Ich bin Front-
kämpfer, Inhaber des Eisernen Kreuzes, des Verwundetenanzei-
chens, sowie heute noch 50 % kriegsbeschädigt.
Eingezogen wurde ich am 1. April 1918 nach Minden / Westf.
und nach kurzer Ausbildung als Ersatzreservist, 2. Kompanie
auf den russischen Kriegsschauplatz eingesetzt. An den dort
stattgefundenen Schlachten und Kriegshandlungen war ich als
Ersatzreservist beteiligt. Am 10. 5. 1917 wurde ich mit der
Verleihung des Eisernen Kreuzes II. Klasse ausgezeichnet.
An der Schlacht um Riga, 1. 9. bis 5. 9. 1917, habe ich als
angehöriger der 2. Komp. Landst. Inf. Reg. 7, teilgenommen.
(Stamrolle 3617 / 77 Zentralnachweisamt)
Von Riga aus wurde ich an der Westfront eingesetzt und habe
dort an mehreren Schlachten teilgenommen. Am 22. 4. 1918
wurde ich durch Fliegerbombe und Brustschuss so schwer ver-
wundet, dass ich kriegsdienstuntauglich wurde.
Die erste Behandlung erfolgte im Feldlazarett und nachdem ich
transportfähig war, im Lazarett in Giessen. Nach dreimonatiger
Behandlung dortselbst, wurde ich eines Lazarett in Krefeld
überwiesen. Die Behandlung hier hat 9 Monate gedauert. Dann
konnte ich entlassen werden, blieb jedoch bei der jetzt beste-
henden Rentenversorgung, 50% kriegsbeschädigt.
Die Kriegsbeschädigung ist derart, dass ich ohne fremde Hilfe
weder körperliche Arbeit verrichten, noch mich selbst voll-
ständig an- und auskleiden kann.
Während der Lazarettbehandlung in Krefeld lernte ich Fräulein
Helene Zimmermann kennen. Nach längerer Bekanntschaft beschlos-
sen wir, einander zu ehelichen. Aus finanziellen - zu denen
später noch erbrechtliche Gründe traten, haben wir die Ehe-
schliessung aufschieben müssen. Die Verlobung hatte vor 2
Jahren stattgefunden. Nach dem Ableben meiner Eltern, hatten
wir die Trauung für August 1935 vorgesehen. Informationen, die
das hiesige Standesamt mir zu der Zeit gegeben hatte, waren
nicht erschöpfend, sodass ich es für besser hielt, die Trau-
ung bis zum Erlass erschöpfender, gesetzlicher Bestimmungen

3.
wende ich mich vertrauensvoll an den Führer, der immer Ver-
ständnis für die Sorgen seiner Frontkameraden gezeigt hat.
Seiner Entscheidung werde ich mich in jedem Falle beugen.
Ich ersuche um eingehende Prüfung meines Antrages und gefl.
Genehmigung zur Erlaubnis, die Ehe mit meiner früheren Braut
einzugehen zu dürfen.

Mit deutschen Gruss!

Julius Gutmann

Anlagen.



1. Rentenbescheid.
2. Frontkämpferurkunde.
3. Führungszeugnis.
4. Verleihungsurkunde d. Eisernen Kreuzes.
5. Bescheinigung d. Zentralnachweisamtes.
6. Sterbeurkunde des Eltern. *Eden*
7. Sterbeurkunde der Grosseltern. *Müller*

SCHREIBEN VON JULIUS GUTMANN AN DAS REICHS- UND PREUSSISCHE MINISTERIUM DES INNERN, EINGANG AM 6. JANUAR 1936

STELLUNGNAHMEN
ZUM SCHREIBEN VON
JULIUS GUTMANN:
NSDAP-KREISLEITUNG
VIERSEN AMT FÜR VOLKS-
GESUNDHEIT UND N.S.D.
ÄRZTEBUND 8. JUNI 1936

17

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei

Gaulitung  Düsseldorf
Kreisleitung:  Vierfen-Kempen


Amt für Volksgefundheit
und N.S.D. Ärztebund.

St. Tömls, den 8.6.36.

Bezr.
Unf. Tagh. Nr.

Stellungnahme zu dem Gesuch um Heiratserlaubnis der Frl.
Zimmermann mit dem Volljuden Julius Guttmann aus Osterath.

Jch halte eine Heirat einer Arierin mit einem Volljuden für unvereinbar mit der Nationalsozialistischen Weltanschauung. Auch der Grund, dass durch das vorgerückte Alter der Ehepartnerin mit grosser Wahrscheinlichkeit Kinder nicht mehr aus dieser Ehe zu erwarten sind, kann ich nicht als stichhaltig anerkennen. Er hat seine Pflicht als Soldat getan. Das haben auch die Negersoldaten unter General v. Lettow-Vorbeck in Afrika getan. Das berechtigt aber keinesfalls zur Heirat mit einer deutschen Frau!

 Weill Hitler!
Kreisamtsleiter des Amtes für Volksgefundheit

STELLUNGNAHMEN
ZUM SCHREIBEN VON
JULIUS GUTMANN:
GAUAMTSLEITER SCHULZE,
17. JUNI 1936

33.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei

Gaulitung Düsseldorf

Gaukampfbatt
„Rheinische Landeszeitung“
(Volksparie)
Hofstr. 11 Rheinische Eisenbahn (Volksparie) Düsseldorf
Hilbert Des Schloßstr. 21 - Herringerstr. 102 13

Amt für Volksgefundheit
N.S.D. Ärztebund

Düsseldorf, den 17.6.1936.
Ehrenstraße 8

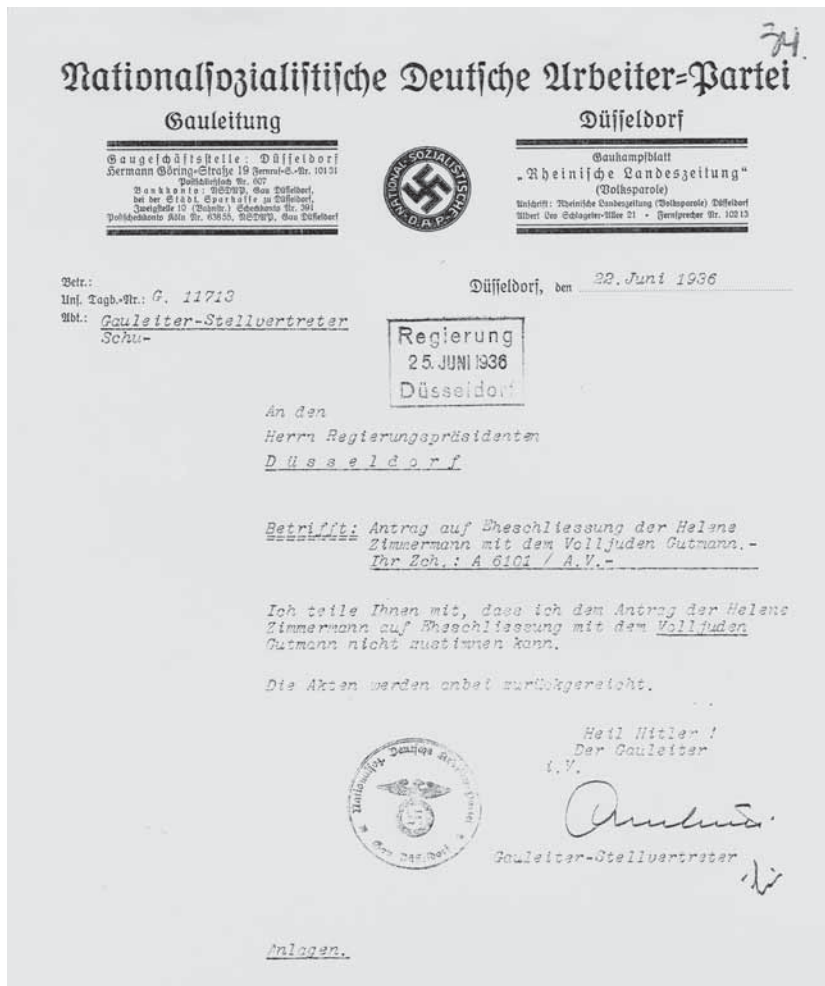
Unfer  Kreisleitung Düsseldorf

EINGEGANGEN 011713 17 JUN 1936	in die Gaulitung der NSDAP., Düsseldorf. Hermann-Goeringstr. 19
--------------------------------------	--

Kanzlei: 

Diesseits wird eine Verhehlungung der Helone
Zimmermann mit dem Volljuden G u t m a n n aus Osterath abgelehnt.
Ich verweise auf die Stellungnahme des Kreisamtsleiters Dr. Weill Hitler.

 Weill Hitler!
Dr. Schülts
Gauamtsleiter.



STELLUNGNAHMEN
ZUM SCHREIBEN VON
JULIUS GUTMANN:
GAULEITER-STELLVERTRETER
22. JUNI 1936 – MIT
EINGANGSSTEMPEL DER
BEZIRKSREGIERUNG
DÜSSELDORF, 25. JUNI 1936

Zu der Folgezeit in Osterath formulierte Sabine Gutmann am 17. Dezember 1945 (KK 1023 Bl. 182):

»Uns selbst ließ Recken sehr oft vorladen und drang darauf, dass wir Osterath verließen.« Dazu formulierte Julius Gutmann an selber Stelle: »Ich habe damals in ständiger Angst gelebt, die insbesondere durch die Einstellung des Bürgermeisters R. hervorgerufen wurde. Niemals ist es Recken eingefallen, als Mensch zu handeln und etwas zur Erleichterung unserer Lage zu tun. Jedesmal, wenn die Hausklingel ging, wurde ich in große Angst versetzt, wieder zu Recken gerufen zu werden.«

Der amtliche Terror von Bürgermeister Recken gegen das Ehepaar Gutmann. Um sie aus Osterath wegzunötigen. Als Teil seines Ziels eines judenfreien Osterath, nachdem der jüdische Friedhof bereits unter seiner bürokratischen Federführung beseitigt war. Damit der Osterather Friedhof judenrein bliebe.

Was hätten die anderen Familien aus Osterath zu berichten gehabt, die dieselben Erfahrungen mit Bürgermeister Hugo Recken machten? Die nicht

berichten konnten, weil sie alle verschleppt und ermordet wurden, unter Beteiligung vor Ort in Verantwortung von Bürgermeister Hugo Recken.

Hier traf keine anonyme bürokratische Institution auf als »Juden« bezeichnete Menschen, sondern ein Bürokrat handelte als Mensch gegenüber anderen Menschen, ganz persönlich, auch von Angesicht zu Angesicht. Und er funktionierte uneingeschränkt im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie der Volksgemeinschaft, aus der als »Juden« definierte Menschen ausgeschlossen waren – mit allen Konsequenzen, bis zur Ermordung.

Zum elterlichen Haus Kaarster Str.8 schrieb Julius Gutmann am 17. Dezember 1945 im Kontext von Steuerschulden bei der Gemeinde Osterath (KK 1023 Bl. 182):

»Seiner Zeit hatte ich 300 RMK. Schulden bei der Gemeinde. Recken war als Gläubiger unbarmherzig. Seinem hartnäckigen Drängen folgend musste ich schließlich zum Verkauf meines Hauses schreiten, zumal ich durch die drohende Beschlagnahme jüdischen Vermögens keinen anderen Ausweg mehr hatte.«

Der Bürgermeister
I.
Am
Jugend Amt Osterath 121 und 222
Heinrich 20

An
die Geheime Staatspolizei
Krefeld
Ulmstr. 25

6. Juni 1942

Das Finanzamt Krefeld hat die Haus Osterath, Neumarkt-
strasse 14, als oberflächliches Judenhaus in Verwaltung genommen. In
diesem Hause wohnt als Mieter das Ehepaar Gutmann. Dem Finanz-
amt liegt ein Kaufvertrag des Hallings aus Osterath zur Geneh-
migung vor. Es bestehen keine Bedenken, dem Halling das Haus
als Eigentum zu übertragen.
Es liegt im Interesse der Gemeinde, dass der Jude das
Haus sofort räumt und nach Krefeld überführt, da diesem
durch den Bezug des Hallings die seitherige Wohnung dieses
Volksgenossen frei wird und für einen anderen Mieter zur Ver-
fügung steht.
Der Jude Gutmann kann in Krefeld eine Wohnung erhalten
Bereits am 15.12.41 hat der Oberbürgermeister in Krefeld mit
und auch der Juden mitgeteilt, dass er in Krefeld Aufenthalt
nehmen könne.
Der Jude hat aber bisher keinmal Anzeigener gemacht,
einen Wohnortwechsel vorzunehmen, obwohl er ihn noch am
7.1.42 aufgefordert hatte nach Krefeld zu ziehen.
Es wird um Abschiebung des Juden gebeten.

leit Krefeld, den 9. Juni 1942

- II B 3/1454/42 -

1.) Demzufolge An den
Herrn Bürgermeister
als Ortspolizeibehörde
in Osterath
durch den Herrn Landrat
als Kreispolizeibehörde
in Krefeld.

Betrifft: Jüdisches Ehepaar Gutmann, wohnhaft in Osterath.
Vorname: Bericht vom 4.6.1942 - Abt. I.
Anlagen: Keine.

Den Obengenannten ist die staatspolizeiliche Auflage zu
erteilen, dass sie bis zum 1.7.1942 ihre Wohnung in Osterath zu
räumen und in Krefeld Wohnung zu nehmen haben.
Wegen Zuweisung einer Wohnung in Krefeld haben sie sich
an die Polizeiverwaltung Krefeld, Inspektor Wahl, Krefeld,
Südwall 34, zu wenden.
Über das Veranlassete erbitte ich alsbaldigen Bericht.

Krefeld, den 3. Juli 1942.

Das jüdische Ehepaar Gutmann, wohnhaft in Osterath,
hat ihren Umzug von Osterath nach Krefeld noch nicht vollzogen,
und ist auch bisher bei den Inspektor Wahl noch nicht vorstellig
geworden.

Krim. O.Sekr.

2. Krefeld, den 10. Juli 1942.

Nach fernmündlicher Mitteilung des Bürgermeistersamts
Osterath soll der Umzug der Eheleute Gutmann am 14. oder 15. Juli
stattfinden.

Krim. O.Sekr.

II B 3/14/4/42. Krefeld, den 11.7. 1942.

1. Kenntnis genommen.
2. v. 17.7.42. in Krefeld. Unterst. die Frau. Landrat
an Krefeld.

Bürgermeister Recken exekutierte bürokratisch-antisemitisch. Wieder ein »Judenhaus« weniger in Osterath.

Wodurch war die offensichtliche ökonomische Misere von Julius Gutmann bedingt? Dazu lasen wir vorher die Schilderung seiner Frau. Und Marie-Sophie Aust schreibt dazu (S. 53):

»So fuhr Julius Gutmann mit seinem Rad durchs Dorf, auf dem Gepäckträger das von treuen Kunden bestellte Fleisch, und lieferte seine Ware persönlich aus. Aus einem Bericht des Osterather Bürgermeisters an den Landrat wissen wir, dass der Metzger jede Woche eine halbe Kuh kaufte und diese nach erfolgter Bearbeitung pfundweise weiterverkaufte. Es traute sich kaum noch jemand, seinen Fleischerladen auf der Kaarster Straße zu betreten, denn das hätte ja beobachtet und der Betreffende angezeigt werden können. Inzwischen hatten alle Angst vor der Macht und dem Einfluss der allgegenwärtigen Partei, die derartige Anzeigen verfolgte.«

Krefeld, den 4. 8. 1942.

Das jüdische Ehepaar Gutmann, wohnhaft in Osterath
wurde am 24.7.1942 nach Theresienstadt evakuiert und dürfte
somit die Angelegenheit ihre Erledigung gefunden haben.

Krim. O.Sekr.

II B 3/1454/42. Krefeld, den 8. 8. 1942.

1. Kenntnis genommen:
2. Austragen.
3. z.O. II B 3/42.
Karteikarte anlegen
4. z.O. Personalakten.

Nachdem Julius Gutmann der Viehhandel untersagt wurde, bestand die Metzgerei auf dem Papier noch bis 1938. Dann blieb noch die karge Kriegsversehrente. Und die Näharbeiten seiner Frau. Julius Gutmann versuchte trotz aller Recken – Schläge sein gewohntes Leben in seinem Heimatdorf Osterath so weit wie möglich fortzuführen. Am 1. Juli 1941 heirateten er und Sabine standesamtlich, am 9. Juli 1941 religiös.

Nach dem zwangsweisen Verkauf des elterlichen Hauses Kaarster Str.8 zog das Ehepaar Gutmann gemeinsam mit seiner Schwester Berta in das

GESTAPO-AUSSENDIENSTSTELLE KREFELD

Osterather »Judenhaus« Kaarster Str.14. In dieses Haus und in das Haus Strümper Str.25 wurden alle noch in Osterath lebenden »Juden« auf Veranlassung von Bürgermeister Hugo Recken auf engstem Raum zusammengepfercht. Diese Menschen und die beiden Häuser waren das, was Bürgermeister Hugo Recken noch bürokratisch zu exekutieren hatte – und wollte.

In den Akten der Gemeinde Osterath wurde dann ein Eintrag gefälscht: Das Ehepaar Gutmann sei vorübergehend in Krefeld auf der Alten Linner Str.39 wohnhaft gewesen. Wer in der Gemeindeverwaltung Osterath hatte die Möglichkeit Akten zu »frisieren«? Und was wurde noch »frisiert«?

Die Schwester von Julius Gutmann, Berta, wurde am 11. Dezember 1941 gemeinsam mit vielen weiteren Menschen aus Osterath und Lank nach Riga deportiert und dort von den Nationalsozialisten und ihren bürokratischen Helfershelfern ermordet. Julius Gutmann erhielt von seiner Schwester Berta kein Lebenszeichen mehr. Ebenso wenig wie von den Angehörigen seiner Familie und der seiner Frau. Bis auf die Familienmitglieder von Sabine und Julius Gutmann, die wie sie selbst nach Theresienstadt deportiert wurden, und dort bzw. in Auschwitz von den Nationalsozialisten ermordet wurden. Fast alle ihre Familienmitglieder ermordeten die Nationalsozialisten – bis z. B. einen Neffen, der 1939 mit einem Kindertransport nach England kam.

Vom Haus Kaarster Str.14 wurde das Ehepaar Gutmann in das Haus Strümper Str.25 vertrieben, dann erreichte Bürgermeister Hugo Recken sein Ziel: Alle Osterather deutscher Nationalität, die im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie als »Juden« definiert wurden, wurden deportiert, alle »Judenhäuser« »arisiert«, Osterath war »judenrein«. Abgesehen von einigen Menschen wie Paul Cervelli – »Halbjude« – und Frau Dr. Langenbach, mit einem »Arier« verheiratete »Volljüdin«, den Bürgermeister Recken zur Scheidung versuchte zu nötigen, um die »Jüdin« loszuwerden. Um seinem guten Ruf als nationalsozialistischer Bürgermeister gerecht zu werden.

Was passierte im Kontext des Hauses Kaarster Str. 14? Dazu die Dokumente aus einer Gestapo-Akte zu Julius Gutmann (LAV NRW R, RW 58- 24996), dann eine geschichtswissenschaftliche Kommentierung dieser Dokumente.

Bürgermeister Hugo Recken schreibt mit Datum vom 4. Juni 1942 die Gestapo-Außendienststelle Krefeld an.

»Das Finanzamt Krefeld hat das Haus ... als ehemaliges Judenhaus in Verwaltung genommen.«

Das Haus ist also formell »arisiert«, es muss von Bürgermeister Recken noch »entjudet« werden. Es ist in Vorbereitung der folgenden, ebenfalls vor Ort von Bürgermeister Recken organisierten Deportationen »arisiert«.

»Dem Finanzamt liegt ein Kaufgesuch des Hellings vor. Es bestehen keine Bedenken ... das Haus als Eigentum zu übertragen.«

Ein konkretes Beispiel für die reibungslose bürokratische Koordinierung der antisemitischen Maßnahmen zur Enteignung und Deportation zwischen Gestapo, Finanzverwaltung und Bürgermeister Recken als Gemeindeverwaltung, Ortpolizeibehörde sowie örtliche Gestapo – im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten.

»Es liegt im Interesse der Gemeinde, dass der Jude das Haus sofort räumt ... Wohnung ... Volksgenosse frei wird.«

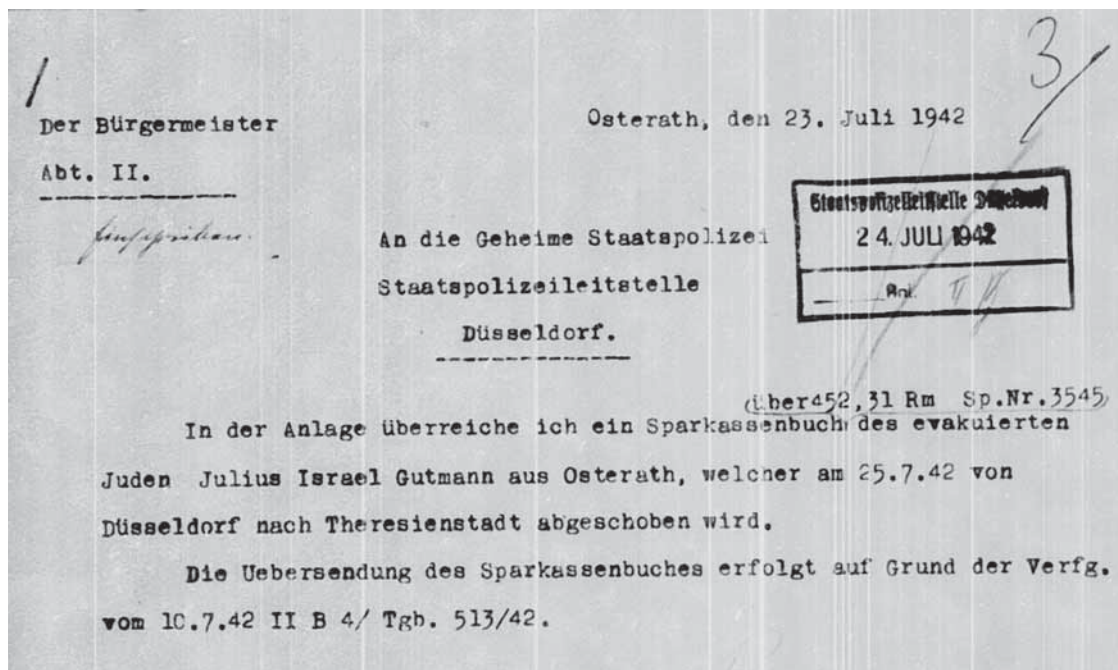
»Der Jude«: Gemeint ist das Ehepaar Gutmann. Das Feindbild der nationalsozialistischen Ideologie: »Der Jude.« »Es« und »der Jude« als bürokratische Rationalisierung – unpersönliche Exekution einer »normalen« Verwaltungsmaßnahme. Dies zu Gunsten eines »Volksgenossen«. »Juden« sind keine Volksgenossen, werden daher »rechtmäßig« durch die Gemeindeverwaltung in Person Bürgermeister Hugo Recken exekutiert, enteignet und vertrieben. »Der Jude hat bisher keine Anstalten gemacht ... Es wird um Abschiebung des Juden gebeten.«

Nach dem nationalsozialistischen Verständnis ist **Jude**-Sein Legitimation für bürokratische Zwangsmaßnahmen, Deportation und Mord. Das Ehepaar Gutmann lässt sich von Bürgermeister Hugo Recken trotz aller seiner bürokratischen »Bemühungen« nicht einfach vertreiben. Also will Bürgermeister Hugo Recken, dass die Gestapo im Rahmen ihrer Kompetenzen durch Deportation nachhilft. Dazu wird er persönlich initiativ.

Antwort der Gestapo-Außendienststelle Krefeld an Bürgermeister Hugo Recken mit Datum vom 9. Juni 1942 – also nach fünf Tagen, der Bedeutung aus nationalsozialistischer Perspektive angemessen umgehend.

»... ist die staatspolizeiliche Auflage zu erteilen.« Recken hat sein Ziel, das er mit seinem Schreiben an die Gestapo-Außendienststelle Krefeld verbunden hat, erreicht: Im Rahmen der Kompetenzverteilung die bürokratische Aufforderung an Bürgermeister Hugo Recken, das Ehepaar Gutmann formell als Ortpolizeibehörde und damit örtliche Gestapo »eine staatspolizeiliche Auflage zu erteilen.«

Das hat er dann umgehend weisungsgemäß als Gestapo-Hilfsorgan bürokratisch exekutiert.



BÜRGERMEISTER-SCHREIBEN AN DIE GESTAPO-LEITSTELLE DÜSSELDORF VOM 23. JULI 1942

Aktenvermerk der Gestapo-Außendienststelle vom 11. Juli 1941 – in rot

»... die Juden sind demnächst zu evakuieren!«

In rot hat die bürokratische Bedeutung: Umgehende Maßnahme.

»Die Juden« – das Ehepaar Gutmann. Im Gegensatz zu Recken oben: »der Jude«. Bürgermeister Hugo Recken formuliert nationalsozialistisch-ideologischer als die Gestapo-Außendienststelle Krefeld.

Die Deportation des Ehepaares Gutmann ist terminiert (s. Deportationsliste S. 104).

Aktenvermerk der Gestapo-Außendienststelle Krefeld am 4. August 1942:

»Das jüdische Ehepaar Gutmann, wohnhaft in Osterath wurde am 24.7.1942 nach Theresienstadt evakuiert und dürfte die Angelegenheit ihre Erledigung gefunden haben.«

»Evakuiert«, also verschleppt, und damit »erledigt«: Die euphemistische Feststellung des bürgerlichen Todes des Ehepaares Gutmann, deren bürokratischer **Nicht**-Existenz. In Verantwortung von Bürgermeister Hugo Recken, auch durch entsprechende Einträge des Einwohnermeldeamtes Osterath auf die Einwohnermeldekarten von Sabine und Julius Gutmann bürokratisch exekutiert.

Herr Regenbrecht hat die Dokumente aus dem Buch von Dr. Anselm Faust in seinem »Recherchebericht« abkopiert – kommentarlos. Hat dann Frau Dr. Schupetta instrumentalisiert, um ihr über die Pressemitteilung der Stadt Meerbusch eine Bewertung dessen

in den Mund zu legen, was ich nie veröffentlicht oder vorgetragen habe, dies als »Vorwürfe« gegen Recken qualifiziert. In Kenntnis der Dokumente – und ihrer Bedeutung. Wie ist dieses Handeln von Herrn Regenbrecht – als Archivar und Historiker – aus ethischer, politischer und archivwissenschaftlicher sowie geschichtswissenschaftlicher Perspektive zu bewerten? Und wo beginnt – strafbewährter – Antisemitismus – durch bewusste und gezielte Quellen- und Informationsunterdrückung?

In der zweiten Gestapo-Akte zu Julius Gutmann – LAV NRW R, RW 58-9277, Bl.3 –, von Herrn Regenbrecht in seinem Recherchebericht »vergessen«, findet sich ein Brief von Bürgermeister Hugo Recken – zuständigkeitshalber – an die Gestapo-Leitstelle Düsseldorf datiert auf den 23. Juli 1942 (siehe oben):

Das bedeutet: Bürgermeister Hugo Recken war vollständig in den Teil-Holocaust von Osterath direkt und persönlich involviert. Er hatte alle Informationen zu den Zuständigkeiten inkl. seiner als Bürgermeister, Ortspolizeibehörde und damit örtliche Gestapo, war vollständig in den bürokratischen Informationsfluss der Holocaust-Umsetzung einbezogen und handelte im Sinne seines guten Rufs als Bürgermeister; hier auch mit der Formulierung »Israel«. Und hier konkret, indem er das Sparbuch von Julius Gutmann, das dieser ihm persönlich im Bürgermeisteramt hatte aushändigen müssen, der zuständigen Bürokratie zusandte, der Gestapo-Leitstelle Düsseldorf.

Auf Blatt 4 noch der Eintrag des Gestapo-Sachbearbeiters:

»... dem Oberfinanzpräsidenten Düsseldorf zu den bereits abgegebenen Evakuierungsunterlagen nachgesandt.«

Wieder das reibungslose Zusammenagieren der deutschen Bürokratien im Holocaust. Immer dasselbe fraktale Muster.

Die Kopie des Bürgermeister-Schreibens an die Gestapo-Leitstelle Düsseldorf ist in den Akten der Gemeinde Osterath »verloren gegangen«.

Wieder die Worte »evakuieren« und »abgeschoben«. Euphemismen – im Sinne von: Beschönigung, Verdeckung, bürokratische Zweck-Lüge.

Am 3. September 1945 – nach der Befreiung – teilt der Osterather Bürgermeister Rudolf Bartels dem Landrat in Kempen zu »Betrifft: Wiedergutmachung Gutmann« u. a. mit (KK 7855):

»Das Sparkassenbuch wurde nach Mitteilung der Kreissparkasse abgerechnet und ordnungsgemäß dem Landesfinanzamt Düsseldorf mit einem Bestand von 463,14 RM überwiesen.«

In dem bereits mehrfach zitierten Artikel in der Rheinischen Post am 25. November 1978 berichtete Sabine Gutmann über ihre Erlebnisse in Theresienstadt:

»Als wir in Theresienstadt ankamen, wurde ich aus dem Waggon geprügelt. Mit 35 Frauen hatten wir einen Raum von 16 Quadratmetern. Viele von unserem Transport starben in der ersten Nacht. 15 nahmen sich das Leben. Acht Monate habe ich krank auf einem Bett in der Ecke gelegen. Einer meiner Brüder und seine Frau waren auch da, sie wurden bald nach Auschwitz geschafft ... Ich habe mir Gift besorgt. Man hat es mir abgenommen und ich musste meinem Mann versprechen, dass ich mich nicht umbringe.«

Wie das »Leben« des Ehepaars Gutmann im KZ Theresienstadt verlief, wie sie überlebten, dazu gibt es fast keine Informationen. In den Entschädigungsakten des Ehepaars Gutmann sind wenige Hinweise zu finden. So, dass Sabine im Juli 1943 zwangsweise sterilisiert wurde, die extrem schlechten Bedingungen zu massiven gesundheitlichen Folgeerkrankungen führten. Die von den zuständigen Entschädigungsbeamten zunächst generell angezweifelt wurden, weil sie davon ausgingen, dass es in Theresienstadt kein Krankenhaus gegeben habe. Mit einem Gutachten zu einer eingehenden medi-

zinischen Untersuchung konnte Sabine Gutmann dann diesen Punkt zur »Zufriedenheit« dieser Beamten klären lassen.

Hans Kaiser formuliert in »Zum Schicksal der Rheinischen Juden 1933 – 1945« (S. 104) zu der Deportation nach Theresienstadt am 25. Juli 1942:

»Etwa die Hälfte der Deportierten aus Krefeld und dem Landkreis war bereits nach fünf Monaten tot, davon die meisten im ersten und zweiten Monat nach der Ankunft; und für viele andere wurde Theresienstadt zum Vorhof für das Vernichtungslager Auschwitz.«

Siehe Zimmerlisten auf den Seiten 102 – 103.

Raul Hilberg schrieb in »Die Vernichtung der europäischen Juden« zu Theresienstadt:

141.184 Zugänge
16.832 Überlebende, also ca. 12 %

Nach der Befreiung durch sowjetische Truppen am 8. Mai 1945 kehrte das Ehepaar Gutmann am 27. August 1945 nach Osterath zurück, in ihr Heimatdorf. Dazu Sabine Gutmann in dem Artikel in der Rheinischen Post am 25. November 1978:

»In Osterath haben die Leute gewinkt, als wir ankamen. Ich wog noch 85 Pfund.«

Dem Tod so eben entkommen. Um in Osterath eine scheinbar veränderte Situation vorzufinden.

Marie-Sophie Aust schreibt (S. 60 f.):

»... auf der kleinen Mauer vor dem Bürgermeisteramt Julius Gutmann und seine Frau mit kleinen Köfferchen saßen und darauf warteten, dass jemand ihnen weiterhalf. In Gutmanns Haus lebten fremde Leute und sie wussten zunächst nicht, wohin, bis ein ehemaliger Klassenkamerad von Julius das Ehepaar in seinem Haus aufnahm.

Sabine Gutmann, die bei ihrer Rückkehr 44 Jahre alt war, überlebte die schwere Zeit der Verfolgung und Vertreibung. Sie engagierte sich schon bald in Osterath in der Gemeindepolitik und gehörte zu den ersten 20 Gemeindevertretern, die 1946 von der britischen Militärregierung zur Bildung eines Gemeinderates aufgefordert wurden. Am 6. Februar 1946 trat dieser noch nicht gewählte, sondern ernannte Gemeinderat erstmals zusammen und Sabine Gutmann wurde bei dieser ersten Sitzung zum Mitglied des Arbeits-Ausschusses und des Entnazifizierungs-Ausschusses gewählt. Sie gehörte diesen Gremien bis zum Oktober 1946 an, als nach erfolgten Kommunalwahlen eine neue Gemeindevertretung aus Kandidaten der verschiedenen Parteien ihre Arbeit aufnahm.

Julius Gutmann dagegen erholte sich nie mehr von den durchlittenen Nöten. Am 14. März 1948 ist er im Alter von 65 Jahren im Dominikus-Krankenhaus in Düsseldorf-Heerdt gestorben. Er wurde in Krefeld auf dem Neuen Jüdischen Friedhof an der Alten Gladbacher Straße begraben.

Einige Jahre nach seinem Tod kehrte Sabine Gutmann nach Krefeld zurück und verbrachte ihren Lebensabend in ihrer Heimatstadt. Dort starb sie am 27. Dezember 1986 im Alter von beinahe 86 Jahren. Ihre letzte Ruhestätte fand sie neben ihrem Mann im Grab Nr. 4 in der ersten Reihe von Feld 2.«

Als das Ehepaar Gutmann nach Osterath zurückkehrte, war die rechte Hand von Bürgermeister Hugo Recken weiter im Amt. Hugo Recken dann wieder ab Ende Januar 1946 als Gemeindedirektor. Als das Ehepaar Gutmann im Dezember 1945 von den intriganten Bestrebungen erfuhr, wie 1933 Bürgermeister Rudolf Bartels durch Hugo Recken ersetzen zu lassen, legten sie beim zuständigen Landrat in Kempen schriftlich dagegen Protest ein. Obwohl Sabine Gutmann als Gemeinderatsmitglied und Mitglied des Entnazifizierungsausschusses politischen Einfluss hatte: Der bürokratische Einfluss von Johannes Herbrandt zu Gunsten »seines« alten Chefs war stärker. In Verbindung mit dem Bürokratennetzwerk – in Person des Oberkreisdirektors. So weit waren die lokalen Verhältnisse in Osterath und im Kreis Kempen-Krefeld schon wiederhergestellt. Diesmal nicht offen, sondern verdeckt. Wie die gesellschaftliche Isolierung des Ehepaars Gutmann, auch im Kontext von Hugo Recken und Johannes Herbrandt. Daher ging Sabine Gutmann nach dem Tod von Julius Gutmann in ihre Heimatstadt Krefeld zurück.

Schreiben des Oberkreisdirektors am 10. Januar 1946 an den Regierungspräsidenten (KK 1023 Bl. 206):

»Ich bin nach eingehender Nachprüfung der von den Eheleuten Gutmann gegen den Bürgermeister Recken erhobenen Vorwürfe eingetreten und zu der Auffassung gekommen, dass sie zu Unrecht erhoben werden. Anliegend füge ich die Berichte des Gemeindeinspektors Herbrandt und des Gemeindevorstandes Narsawa, desgleichen eine eingehende Stellungnahme des Bürgermeisters Recken zur gefl. Kenntnisnahme bei.

Ich habe den Eindruck, dass weniger die Eheleute Gutmann Veranlassung zu der Beschwerde geben, sondern der vom Amt suspendierte Bürgermeister Bartels und der mit der Verwaltung der Gemeinde beauftragte K. Bürgermeister Wienands: Wie mir mitgeteilt wird, sollen diese die Eheleute Gutmann mit einem Kraftwagen nach Düsseldorf gefahren haben.

Da die gegen Bürgermeister Recken erhobenen Beschuldigungen sich als haltlos erweisen, bitte ich die Beschwerde der Eheleute Gutmann abzulehnen. In diesem Zusammenhang dürfte Sie interessieren, dass der Bürgermeister Recken nach eingehender Prüfung seiner Person von der Militärregierung als Gemeindedirektor wieder zugelassen worden ist. Ob allerdings Recken für die Verwaltung des Amtes Osterath bestellt worden ist, steht noch nicht fest.«

Dasselbe Muster wie in der aktuellen bürokratischen Vorgehensweise: ein Spinnennetz interessengeleiteter bürokratischer Zweck-Lügen. Hier verwaltungsintern, so dass die Opfer, das Ehepaar Gutmann, keine Chance haben. Und gleichzeitig werden Rudolf Bartels und Anton Wienands direkt bürokratisch effektiv miterledigt. Dass das Ergebnis von vornherein vorgegeben ist, findet seinen Ausdruck in der mehrfachen Formulierung »Bürgermeister Recken« – nicht ehemaliger oder suspendierter, sondern ohne jeden Zusatz, also ohne Einschränkung. In der Bürokratensprache teilt der Oberkreisdirektor seinem vorgesetzten Regierungspräsidenten mit: Unser Bürokraten-Netzwerk ist wieder weiter konsolidiert, die Fremdkörper werden exekutiert. Unter Instrumentalisierung des Ehepaars Gutmann, das sich – von Hörensagen aber als Tatsache hingestellt – habe von Bartels und Wienands benutzen lassen. Wenn sie – warum zu zweit? – das Ehepaar Gutmann mit einem PKW nach Düsseldorf gefahren haben sollten: Dann wird aus einem Akt der Freundlichkeit eine Intrige konstruiert, die Realität also bürokratisch auf den Kopf gestellt.

Lesen Sie »Die Debatte 2012« – ein Déjà-vu bzw. ein Fraktal. Nichts hat sich geändert.

»Der Täter passt nicht zu den Untertanen. Das Ungeheuerliche wird von sehr durchschnittlichen, schwachen, unbedeutenden Männern begangen ... Nicht anders sind ihre bürokratischen Kollegen, die in den Büros sitzen und ihre Opfer mit Methoden quälen, die zwar geringere körperliche Schmerzen hervorrufen, aber nicht weniger wirksam sind. Dieser Sadismus ist überall pedantisch und roh und die Qualen der Opfer werden damit ins Unerträgliche gesteigert.«

SEBASTIAN HAFNER. JEKYLL & HYDE. 1939. S.83.

LAV NRW R, BR 2080 Nr. 675

Akte des Oberversicherungsamts Düsseldorf zu Sabine Gutmann:

Julius Gutmann starb am 14. März 1948 in einem Krankenhaus. Er war dort einige Tage zuvor eingeliefert worden. Diagnostiziert wurde eine Kombination von Herzschwäche, Leberschwellung, hochgradiger Erregung und akutem Verwirrungszustand.

Die Spruchkammer des Oberversicherungsamtes Düsseldorf entschied am 2. September 1953, also etwa fünfzehn Jahre nach dem Tod von Julius Gutmann, mit Urteil (Bl. 7/8):

»Es ist sicher, dass der Ehemann der Klägerin ohne die erlittene Verfolgung mindestens 1 Jahr länger gelebt hätte, die Verfolgung also ursächlich für den Tod anzusehen ist.«

»Kurz nach seiner Aufnahme sei er unruhig und verwirrt worden, habe KZ-Wachen gesehen und geglaubt, er würde jeden Augenblick wieder abgeholt.«

Die Ursache des posttraumatischen Belastungssyndroms von Julius Gutmann war ein »Hausbesuch« von Johannes Herbrandt in seiner schwarzen SA-Uniform kurz vor seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Für Julius Gutmann war so Deutschland weiter ein großes offenes Konzentrationslager. Aus ärztlicher Perspektive konnte es sich dabei nur um Halluzinationen eines Verwirrten handeln. Wie dann fünf Jahre später für die Richter am Oberversicherungsamt Düsseldorf.

Was die entscheidenden Menschen nicht im Fokus haben konnten, weil es außerhalb ihrer bürokratisch limitierten Wahrnehmung lag:

Welchen gravierenden Einfluss auf das mutwillig verkürzte Leben von Julius Gutmann die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit für ihn traumatischen *Deja-Vu*-Erlebnisse mit seinem NS-Peiniger Hugo Recken und dessen Symbionten Johannes Herbrandt hatten, so wie ich es in diesem Buch konkret beschreibe.

Es gibt auch einen durch bürokratische strukturelle Gewalt – fahrlässig / mutwillig – herbeigeführten sozialen Tod. Und es sind immer Menschen, deren konkretes, persönlich zurechenbares Handeln Menschen so massiv betreffen kann. Im Kontext des Terminus *Mobbing* mit zunehmend deutlicheren juristischen Konsequenzen. Was 1945 bis 1948 noch nicht justiziabel war, das war unethisch – und unchristlich.

Wie die verdeckte bürokratische strukturelle Gewalt durch Bürgermeister Hugo Recken nachträglich legitimiert wurde, wird aus einer Eidesstattlichen Erklärung von Frau Polakowski vom 14. Juli 1949 deutlich, die wir im Bestand Osterath III 1997 finden und die sicher mitverantwortlich für die lange Dauer des Verfahrens war:

»Zu dem Judenfalle Gutmann gebe ich nachstehende Erklärung ab:

Ich bin längere Zeit Mieter bei der jüdischen Familie Gutmann in Osterath, Neusserstr. 8 gewesen und habe dort zur Zeit des Judenpogroms gewohnt. Die Verhaftung des Julius Gutmann und den Überfall auf die Wohnung habe ich miterlebt. In der eigent-

ÚSTŘEDNÍ KARTOTÉKA — TRANSPORTY.
Osoby došlé do Terezína z různých území, přežily v Terezíně podle publikace MSP, repatr. odbor: „Terezín-ghetto“

Gutmann Sabine

roční data: 11. 1. 1901

původní transp. číslo: 421 - 10/2 Düsseldorf

folio v knize „Terezín“ 142

IV. 256

KARTEIKARTE THERESIENSTADT SABINE GUTMANN

ÚSTŘEDNÍ KARTOTÉKA — TRANSPORTY.
Osoby došlé do Terezína z různých území, přežily v Terezíně podle publikace MSP, repatr. odbor: „Terezín-ghetto“

Gutmann Julius

roční data: 9. 1. 1883

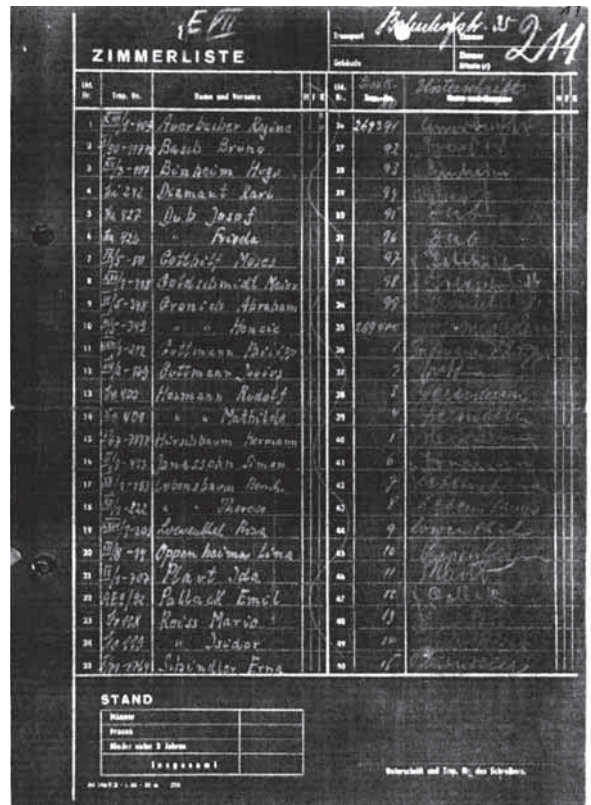
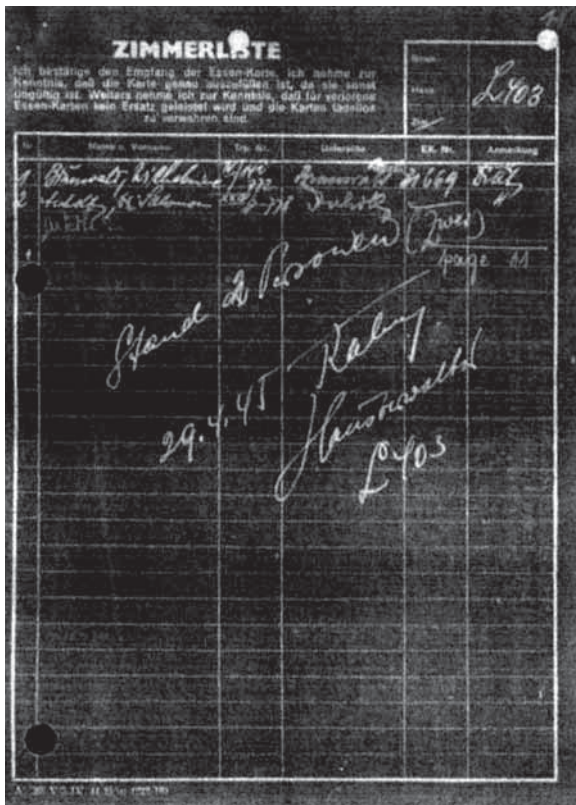
původní transp. číslo: 469 - 10/2 Düsseldorf

folio v knize „Terezín“ 142

IV. 256

KARTEIKARTE THERESIENSTADT JULIUS GUTMANN

lichen Pogromnacht vom 9.–10. November, in der sonst überall etwas passierte, ist bei Gutmann und den anderen Juden in Osterath nichts vorgefallen. Am Morgen des 10. November ist Herr Gutmann vormittags spätestens zwischen 9 ½–10 Uhr verhaftet worden. Ich entsinne mich dieser Zeit genau und irre nicht. Ob Gemeindepolizei oder Gendarmerie die Verhaftung vorgenommen haben, kann ich nicht sagen. Gegen elf ½ Uhr des gleichen Tages kam die Berta Gutmann, Schwester des Inhaftierten, zu mir und sagte, dass Bürgermeister Recken alle Erleichterungen zugesagt habe. Die Männer saßen bereits im Keller-Vorraum und es könnten Verpflegung, Decken, Kissen und anderes herüber gebracht werden. Dann kam es in der folgenden Nacht vom 10. zum 11. November 1938 in den frühen Morgenstunden zwischen 3 und 4 Uhr zu dem Überfall durch fremde S.A. Ich bezeuge insbesondere, dass mir Berta Gutmann, wenn sie auf ihr Leid zu sprechen kam, mehrfach betont hat, dass Bürgermeister Recken ein guter Mensch sei, der auch



ihnen, den Juden, gut sei. Ich entsinne mich dabei des Vorfalles, als einmal Herr Recken draußen am Fenster vorbeiging, Berta Gutmann dies wiederum bestätigte.«

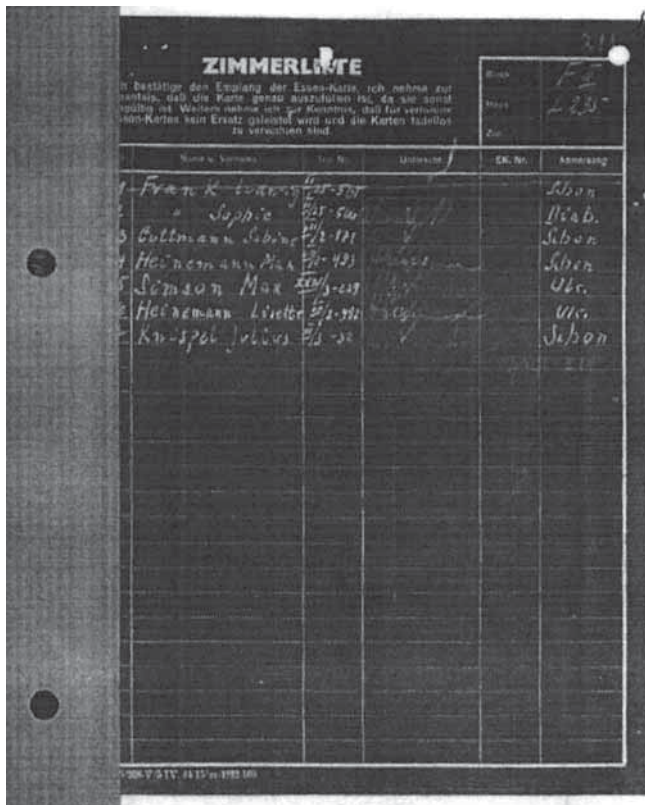
Das ist so dick aufgetragen, dass es heute schon fast satirisch wirkt. Als es geschrieben wurde, war es extrem pervers. Eine Ermordete so zu instrumentalisieren. Gegen deren bereits auch toten Bruder und dessen Ehefrau, auch Opfer des NS-Rassewahns. Verbrämter Antisemitismus. Im Interesse von Hugo Recken. Weil Sabine Gutmann sich nicht bürokratisch von Recken abschrecken ließ und um ihr gutes Recht im Rahmen des Entschädigungsverfahrens kämpfte. Also das Fraktal der für den Adressaten nicht verifizierbaren, weil intransparenten büro-

»Hier ist begraben (hebräisch)
 Julius Gutmann
 9.2.1883 – 14.3.1948
 Seine Seele sei eingebunden in das (hebräisch)
 Bündel des Lebens (hebräisch)
 Im Gedenken
 An die lieben Geschwister
 Carl, Siegfried, Berta,
 Emmi, Else,
 Henny, Hanna, Josef,
 Max, Siegmund.
 Ermordet in Auschwitz u. Riga.«

DER TEXT DES GRABSTEINS VON JULIUS GUTMANN,
 WWW.STEINHEIM-INSTITUT.DE

kratischen Zweck-Lügen. Bürokratie agiert i. d. R. nicht-öffentlich, bzw. lässt nicht-öffentlich agieren. Wie aktuell im Kontext des Ältestenrats des Rates der Stadt Meerbusch in Verantwortung von Bürgermeister Spindler. Dessen Konsequenz eine Verhöhnung der Osterather Opfer des nationalsozialistischen Rassewahns ist, dies in Verantwortung vom im Kontext auch antisemitisch-initiativen Bürgermeister Recken. Wo beginnt Antisemitismus?

Fast alle Familienangehörigen von Sabine und Julius Gutmann sind von den Nationalsozialisten und ihren Mit-Tätern ermordet worden. »Viele verlorene Stimmen und Leben«, so Elie Wiesel. Darum kehrte Julius Gutmann »geschlagen an Leib und Leben« (Aust S.60) zurück. »Sehr still in sich gekehrt, auf Fragen nur in sich hineinschweigend. Ein Überlebender.« (Aust S.51) Die Summe der physischen und psychischen Folgen von Verfolgung – insbesondere ganz persönlich von Bürgermeister Hugo Recken durch dessen antisemitischen bürokratischen Terror auch von Angesicht zu Angesicht – und KZ-Aufenthalt bedingten das, was heute als posttraumatische Belastungsstörung definiert wird und das Sterben von Julius Gutmann massiv beschleunigte. Dass derselbe Mensch und dessen rechte Hand Johannes Herbrandt dann wieder massiv Einfluss auf das Leben von ihm und seiner Frau nahmen und sie trotz schriftlicher Intervention organisiert ignoriert wurden, wie oben dokumentiert, das wird für seinen physischen und psychischen Gesundheitszustand auch nicht folgenlos geblieben sein.



ZIMMERLISTEN GHETTO THERESIENSTADT 29. APRIL 1945 – SABINE UND JULIUS GUTMANN

Auf dem Bürgersteig vor dem elterlichen Haus von Julius Gutmann, Kaarster Str. 8, erinnert heute ein Stolperstein an ihn, seine Frau Sabine und seine Schwester Berta.

Ein Gutmann hat überlebt: Kurt, am 18. Februar 1927 in Krefeld geboren, weil es der Mutter von Kurt gelang, ihn in einem Kindertransport nach Großbritannien zu bringen. Wo er sich nach Erreichen des Mindestalters zur britischen Armee freiwillig meldete und bis zu seiner Entlassung 1948 Dienst tat. Seitdem lebt er in Deutschland und war Dolmetscher und Redakteur. Er hat einen Sohn – und Enkel. Ein Same bleibt immer. Kurt Gutmann ist heute Vorsitzender des Verbandes Deutscher in der Resistance, in den Streitkräften der Anti-Hitlerkoalition und der Bewegung »Freies Deutschland« e. V. DRAFD.

Das reale Fraktal von Julius Gutmann und seinem Peiniger Hugo Recken:

Ulrich Oppermann beschreibt in »Es kann hier keinerlei Rücksichten geben.« Enteignung und Deportation am Beispiel einer kleinstädtischen Familie« das Schicksal von Julius Goldschmidt, Jahrgang 1871, wie Julius Gutmann Metzgermeister, er in Berleburg.

So, wie Julius Gutmann von Hugo Recken genötigt wurde, das elterliche Haus zu verkaufen, so

wird Julius Goldschmidt vom NS-Kollegen von Recken genötigt, sich mit einer »Frist von einer Woche« zum Verkauf von Grundstücken zu entscheiden, deklariert als »Ausgleichsgrundstücke für den sozialen Wohnungsbau«. Was dem einen »sein« jüdischer Friedhof für eine Kinderreichensiedlung, ist dem anderen »sozialer Wohnungsbau« auf dem Grund eines Menschen jüdischen Glaubens. Und das bürokratische »Spiel« mit Zeit und Schein-Legitimation. Wie Julius Gutmann wird Julius Goldschmidt Schritt für Schritt die ökonomische Grundlage zielgerichtet entzogen, im Sinne der »nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik«. Wie Julius Gutmann muss er in ein »Judenhaus« umziehen, mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

Wie Julius Gutmann wird Julius Goldschmidt am 27. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert. Enteignet wird er auf Grundlage des »Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 16. Mai 1933 ... in Verbindung mit dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. Juli 1933«. Die äußerliche bürokratische Legitimation dieses Unrechts.

Von den 21 Familienangehörigen von Julius Goldschmidt werden 13 deportiert, nur er überlebt. Wie Julius Gutmann kehrt er Mitte 1945 in sein Heimatdorf zurück.

»Auf Goldschmidts Rückgabeverlangen ging die Stadtverwaltung monatelang trotz Mahnung erst gar nicht ein, kassierte aber weiterhin wie selbstverständlich die Pacht. Sie lehnte jede Rückerstattung ab. Es sei alles rechtmässig gewesen.«

OPFERMANN. S. 96.

So brachte die Stadtverwaltung von Berleburg bürokratisch zum Ausdruck, dass das Überleben von Julius Goldschmidt ein nicht vorgesehener Betriebsunfall war. Wie der von Julius Gutmann für Hugo Recken, der ebenso mit bürokratischer struktureller Gewalt gegen ihn agierte.

Das reale Fraktal zu Osterath nach der Befreiung am 1. März 1945 durch US-amerikanische Einheiten:

»Die mehrheitsgesellschaftliche Wahrnehmung unterschied auch nach dem Ende des Nationalsozialismus auf bemerkenswerte Weise zwischen den Handlungsträgern der Verfolgung und deren Opfern. Während die familiären und beruflichen Jubiläen des Berleburger Zahnarztes Dr. Otto Nölke, Altparteigenosse, SS-Mitglied und 1949 wegen Beteiligung an der Synagogenbrandstiftung verurteilt, jeweils ausführliche und freundliche bis herzliche Erwähnung in der Lokalpresse fanden, musste

Julius Goldschmidt neunzig werden, um diese Form der Anerkennung zu erfahren. In einer 1 ½ Zeilen-Notiz aus Anlass seines Geburtstages einige Jahre zuvor hatte man sich ohne nähere Begründung gewundert, dass er so »auffallend rüstig« sei. Als Goldschmidt 1962 starb, war dies der lokalen Presse keine Meldung wert. Eine Woche nach ihm starb Karl Heinrich Schneider, jener Parteigenosse und ehemalige geschäftsführende Bürgermeister, der es sich nicht hatte entgehen lassen, das Hab und Gut der deportierten Juden und angeblichen Zigeuner persönlich öffentlich zu versteigern. Wegen Beteiligung an der Deportation der letzteren war er 1949 verurteilt worden. Nach dem Ende des Nationalsozialismus weitete dieser Mann in den besten Jahren seine wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten kräftig aus. Entsprechend umfangreich fiel der seine vielen Verdienste aufzählende Nachruf aus. Nölke und Schneider hatten wie viele andere vor wie nach 1945 geachtete Positionen in der Mitte der kleinstädtischen Gesellschaft inne, während Julius Goldschmidt an deren Rand blieb und froh sein konnte, überlebt zu haben.« OPFERMANN. S. 97.

Da ist am Ende ein kleiner Unterschied. Weil Julius Gutmann – gemeinsam mit seiner Frau Sabine – das Wirken der Symbiose Recken/Herbrandt nicht still und schweigend hinnahm, nicht in der ihm zugewiesenen Opferrolle blieb, sondern gegen seine NS-Peiniger Recken und Herbrandt direkt aktiv wurde, hat das damit verbundene Handeln seines NS-Peinigers Recken sein Leben in der neuen Volksgemeinschaft verkürzt, wie per Urteil festgestellt.

Nach dem Militärregierungsgesetz Nr. 59 vom 10. November 1947 wurde das Entschädigungsverfahren für Arisierungen geregelt. Die Umsetzung lag bei der deutschen Bürokratie.

Das über zahlreiche Akten verteilte Entschädigungsverfahren von Sabine Gutmann ist ein Fraktal aller Entschädigungsverfahren der Menschen aus Osterath, die ich alle durchgearbeitet habe. Das Muster: Verfahrenszeit über viele Jahre, die bürokratische Zeit-Politik zu Lasten der Opfer. Alle Angaben werden von zuständigen deutschen Bürokraten im Rahmen ihres Ermessens erst einmal angezweifelt. Müssen im Detail dokumentiert und nachgewiesen werden. Was unter den konkreten Bedingungen nach Deportation, Enteignung und Verlust aller beweglicher Güter inkl. Dokumenten nicht möglich sein kann. Es waren also bewusste bürokratische Schikanen, um das Recht formell, aber nicht dem Sinn nach zu erfüllen. Im doppelten Wortsinn verantwortungslos exekutiert. Die Opfer wurden erneut bürokratisch zu Opfern gemacht.

Im Gegensatz zu z. B. den Pensionansprüchen von verurteilten NS-Mördern, bei denen im Gegensatz z. B. zu Beteiligten am 20. Juli 1944 nicht festgestellt wurde, dass verurteilte Beamte bzw. deren Nachkommen keinen Pensionsanspruch mehr haben.

Die gelernte staatsformunabhängige bürokratische Willkür, mit ihren hintergründigen ideologischen braunen Färbungen, schein-sachlich exekutiert. Der bürokratische Kleinkrieg gegen die Opfer – von Mit-Tätern. Wie denen bei der Oberfinanzdi-

ITS AROLSÉN: BLATT AUS DER DEPORTATIONS-LISTE – SABINE UND JULIUS GUTMANN

Nr.	Name	Vorname	Geb.Dat.	Beruf	Wohnort
461	Grünbaum	Thekla S.	18.12.1872	ohne	Krefeld
	geb. Blumenfeld		Gießen		
462	Grünberg	Jul. I.	18.12.1876		Krefeld
					Stwall 11
463	Grünberg	Olga S.	16.12.1881		Krefeld
	geb. Barsdorf		Krefeld		
464	Grünewald	Helene S.	20.2.1885		Rheindahlen
	geb. Kliesberg		Gastrop		Stadtwaldstr. 23
465	Grünebaum	Emilie S.	29.6.1876		Duisburg
	geb. Levy		Altenkirchen		Baumstr. 34
466	Grünewald	Robert I.	31.7.1867		Krefeld
			Kaldenkirchen		Neusserstr. 63a
467	Gruyters	Sofie S.	25.8.1886		Krefeld
	geb. Schwarz		Krefeld		Uerdingerstr. 266
468	Guckenheimer	Issak	3.5.1866		Krefeld
			Grossrohrheim		H. Wesselstr. 62
469	Gutmann	Jul. I.	9.3.1882		Osterath
			Osterath		Neusserstr. 14
470	Gutmann	Otto I.	13.6.1882		Moers
			Burhave		Burgstr. 16
471	Gutmann	Sabine S.	11.11.1901		Osterath
	geb. Hersborger		Krefeld		Neusserstr. 14
472	Haber	Regina S.	27.3.1870		Duisburg
	geb. Haber		Perchinsko		Baumstr. 34
473	Haber	Siegfried I.	1.6.1.1869		etc.
			Perchinsko		
474	Hamborg	Minna S.	11.10.1861		Krefeld
			Brenn		Klosterstr. 6
475	Hählein	Minna S.	9.1.1873		Rheydt
			Schw. Hall		H. Wesselstr. 68
476	Hänzel	Adolf S.	8.8.1872		Rheydt
	geb. Levy		Bülkes		Königstr. 61
477	Hansuer	Oskar I.	9.10.1871		Duisburg
			er. Röhden		Baumstr. 34
478	Hansuer	Helene S.	1.10.1860		etc.
			Esseldorf		
479	Harf	Marin S.	17.1.1878		Wickrath
	geb. Hausmann		391		H. Wesselstr. 62
480	Harf	Siegfried I.	4.1.1880		
			32a		

reaktion Düsseldorf: Erst zentral für die Arisierung zuständig, dann für die Entschädigungen – im Sinne von Abwehr möglichst aller Ansprüche. Was dieselben Beamten einmal vereinnahmt haben, das wollen sie nicht mehr rücktransferieren. Denn das ist das Eingeständnis ihres persönlichen Unrechts.

War es Zufall, dass die Zuständigkeiten so extrem unsachlich organisiert wurden? Dies widerspricht der spezifisch deutschen Bürokratie-Kultur diametral.

Das immer wiederkehrende Muster der Arisierung-Profiteure auch in Osterath: Die Behauptung, z. B. ein Haus sei in einem sehr schlechten Zustand übernommen worden, die Investitionen müssten auf Basis des Verkehrswertes gegengerechnet werden – die Profiteure rechnerisch im Einzelfall dann Zahlungen der Opfer erhalten – wofür dann »Zeugen« angeführt werden, die bei amtlicher konkreter Befragung keine Angaben zum Zustand des Hauses bei »Arisierung« machen können oder wollen, um keinen Meineid zu leisten. Ein guter Opfer-Anwalt leitet dem zuständigen Gericht eine Zeitungsanzeige der Profiteure weiter, in dem das Haus mit Angaben angeboten wird, die im krassen Gegensatz zur Behauptung des schlechten Zustandes bei Übernahme stehen. Wie gelernt wird gelogen, manipuliert und betrogen. Die Täter geben sich als Opfer, die sich nur so gegen ungerechte Ansprüche wehren können. »Der Jude« will ihnen schon wieder an ihr Eigentum.

Sabine Gutmann in einem Entschädigungs-Formblatt:

»Verkauf Februar 1939 zur Bezahlung von Steuern und Kontributionen sowie zur Finanzierung einer eventuellen Auswanderung.«

Steuern = Gemeindesteuern

Kontributionen = »Sühnezahlung« nach der Reichskristallnacht 1938

Da sie **schein**-gesetzlich keinen Zugriff auf das Bankkonto hatten, konnten sie keine Auswanderung organisieren.

»... von den Erwerbern in bar überwiesener Kaufpreis von RM 5.000 ganz oder teilweise zur freien Verfügung erhalten hätte.«

Ein immer wiederkehrendes gern verwandtes **Schein**-Argument: Die jüdischen Veräußerer hätten einen Teilbetrag zur freien Verfügung gezahlt. Gute Opfer-Anwälte wiesen dann nach, dass gesetzlich gar nicht möglich war, dass Juden über ihre Konten verfügen konnten. Und womit Täter und ihre Anwälte offensichtlich nicht rechneten: Dass die Bank wie im Fall Gutmann dem zuständigen Gericht eine vollständige Kontenaufstellung zukommen lassen konnte, aus der unzweideutig hervorging, dass eine

behauptet Zahlung dort nie eingegangen ist. Die alliierten Bomben haben nicht das getroffen, was gewünscht war. Und die Bankangestellten ließen keine Unterlagen »verschwinden«.

»... hier vorliegenden Unterlagen des Oberfinanzpräsidenten Düsseldorf (Devisenstelle) vom 6. 11. 1939 nicht mehr frei über ihre Konten verfügen konnten.«

»Kuhaupt übergaben wir zur Aufbewahrung bei der Deportation ... Nichts davon erhielten wir zurück.«

Deutsche – arische – Freunde in der Not.

»... meinem Bevollmächtigten Herrn Bartels ...«

Recken und Herbrandt waren keine Bartels-Freunde, so wurden sie noch mehr Feinde.

»... das Gesetz nur auf feststellbare konkrete Vermögensgegenstände bezieht«

Was nicht mehr persönlich greifbar ist oder wie ein Haus materiell existiert, ist nach dieser bürokratischen Rechts-Auslegung von der Entschädigung ausgeschlossen. Also fast alles. Gegen den Sinn des Gesetzes.

Wenn dann alles nichts mehr gegen berechnete Ansprüche half, dann wurde das Erbrecht instrumentalisiert. Im Fall Gutmann mit der Behauptung, das Haus sei auf den Vater von Julius Gutmann – Moses – eingetragen, der 1933 verstarb, und Sabine Gutmann habe keinen Erbschein von Moses Gutmann. An dieser Stelle trat dann – wie in sehr vielen anderen Fällen – der auch für solche Rechtsmissbrauchs-Fälle gegründete »Jewish Trust Corporation for Germany« mit seinem »Regional Office« in Mülheim/Ruhr in Aktion, um berechnete Ansprüche durchzusetzen. In vielen Fällen mit Erfolg, oft im Form eines Vergleichs. Auf den sich die Profiteure dann einließen, aus Angst, ansonsten voll zahlen zu müssen.

Die Direktorin des Amtsgerichts Neuss, Frau Gerats, bewegt sich im Rahmen ihrer rechtlichen und bürokratischen Vorgaben. Im diesem Rahmen schreibt sie mir mit Datum vom 12. Juli 2012:

»Zu Ihrer Frage, ob das Eigentum von Herrn Julius Gutmann auf die Gemeinde oder auf eine private Person gewechselt hat, kann ich Ihnen mitteilen, dass eine Privatperson Eigentümer nach Julius Gutmann geworden ist.«

Ein auf den ersten Blick im Zeitkontext nicht auffälliger Satz. Was macht diesen Satz so ganz besonders?

Das Landgericht Krefeld als zuständiges Restitutionsgericht für Julius Gutmann, seine Frau Sabine und seine Schwester Berta hatte nach dem Tod von Berta Gutmann und von Julius Gutmann Erbsprüche und damit Restitutionsansprüche

mit dem Hinweis abgewehrt, im Grundbuch sei der Vater von Julius Gutmann, Moses, eingetragen und Sabine Gutmann müsse einen entsprechenden Erbschein vorlegen, um ihre Ansprüche zu dokumentieren. Was sie nicht konnte, da es diesen Erbschein nicht geben konnte. Weil Julius Gutmann nach dem Tod seines Vaters 1933 im Grundbuch eingetragen war, Sabine als seine Frau Erbin von Julius war, wie auch von Berta.

Was bedeutet das juristisch? Der entscheidende Richter am Landgericht Krefeld hat die Delikte Urkundenfälschung und Urkundenunterdrückung begangen, also zwei Straftaten. Wo kein Kläger, dort kein Richter. Insbesondere über einen kriminellen Richter.

Beim Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen in Berlin liegen Akten zu Berta Gutmann, Valentin Davids, Margarete Königsthal, Bernhard Abrahams, Carola Lucas sowie Selma und Gustav Kiefer. Was bedeutet das grundsätzlich? Dass es zu diesen Menschen jüdischen Glaubens aus Osterath, die von Nationalsozialisten wie Hugo Recken und ihren bürokratischen Mit-Tätern verschleppt und ermordet wurden, bis heute 2012 offene Vermögensfragen gibt.

In der Akte zu Berta Gutmann ist formell amtlich festgehalten:

- »I Sabine Gutmann
- II a) Julius Gutmann (Ehemann von I)
- b) Berta Gutmann (Schwester von Julius G.)
- III Moses Gutmann (Erben: II a + b)«

Sabine Gutmann hat u. a. von »arischen Freunden« zur Aufbewahrung gegebene Gegenstände zurückgefordert. »... diese Gegenstände seien beim Einmarsch der Amerikaner abhanden gekommen. Hierüber hat das Amt die Ehefrau des Antragsgegners als Zeugin gehört ... glaubhafte Aussage der Zeugin Kuhaupt.« Die gelernte juristische Sophistik zu Lasten eines Opfers – einer Jüdin. »Rauchen ist nicht gesundheitsschädlich. gez. Dr. Marlboro«

Zu dem gern zur Abwehr von Restitutionsansprüchen genutzten Schein-Argument, Opfer hätten über ihr Vermögen frei verfügen können: »Unsere Ermittlungen haben inzwischen ergeben, dass das Sparkonto des verfolgten Metzgermeisters Julius Gutmann bei der Kreissparkasse Osterath Nr. 3545 auf Anweisung des Oberfinanzpräsidenten Düsseldorf vom 10. 11. 1939 gesperrt wurde und der Ver-

folgte lediglich einen monatlichen Freibetrag in Höhe von RM 100,- abheben durfte.« Das galt generell. Wie so viele andere Begriffe hat der »Freibetrag« hier eine neue entrechtende und enteignende Bedeutung erhalten.

Constantin Goschler schreibt in der Web-Ressource »Die öffentliche Auseinandersetzung um die Rückerstattung jüdischen Eigentums nach 1945 und 1990«:

»Die Auseinandersetzung um die Rückerstattung geraubten jüdischen Eigentums ... eignet sich besonders dazu, um grundlegende Einstellungen in der deutschen Öffentlichkeit gegenüber der Judenverfolgung zu untersuchen. ... basierte diese Auffassung auf der Vorstellung der prinzipiellen Kontinuität der bürgerlichen Rechtsordnung in Deutschland vor und nach 1945, die während des ›Dritten Reiches‹ lediglich punktuell durch Staat und Partei durchbrochen worden sei ... In dieser vielstimmigen Kritik dominierte ein Bild der Judenverfolgung, wonach die Verantwortung beim Staat bzw. nationalsozialistischen Parteigliederungen gelegen habe, während der deutschen Gesellschaft keine lediglich passive Rolle zugesprochen wurde ... jene heimliche oder offene Obstruktion, die das Handeln westdeutscher Verwaltungen und Gerichte in den ersten Jahrzehnten nach Kriegsende oftmals geprägt haben ... Hier spielen symbolische Aspekte eine wesentliche Rolle: Die Auseinandersetzung um das jüdische Eigentum erinnert die Europäer daran, dass das Projekt der europäischen Integration auf eine Geschichte der Verfolgung und Verwüstung reagiert. War die schöne phönizische Königstochter Europa in der Mythologie nach ein Objekt des Raubs, so muss sich das politische Europa heute damit auseinandersetzen, inwieweit es sich als gemeinsames Subjekt unter anderem auch durch den Raub des jüdischen Eigentums und den gewaltsamen Ausschluss der Juden konstituierte. Zukunft und Vergangenheit Deutschlands und Europas liegen deshalb bei diesem Thema eng beieinander.«

Arisierung, Rückerstattung und – wie im Folgenden dargestellt wird – Entnazifizierung inklusive deren juristischer Begleitung stehen in einem unmittelbaren untrennbaren Zusammenhang. Der bürokratischen Perfektion der Arisierung steht die bürokratische Perfektion bei der organisierten Nicht-Realisierung von Rückerstattung und Entnazifizierung gegenüber. Mit ihren gesellschaftlich-kulturell-politischen Konsequenzen bis heute. Wie der pathologischen Recken-Legende.

2. Familie Cervelli: »Halbjuden« und ihre »arischen« Familien trifft das »Recht« und Bürgermeister Hugo Recken – fast – gleichermaßen wie »Volljuden«

Paul Cervelli, geboren am 2. Juli 1906 in Viersen, war nach den ideologischen Kriterien der Nationalsozialisten »Halb Jude« – seine Mutter war getaufte Jüdin, sein Vater »Arier«. Seine Frau war »Arierin«, ihr Sohn Helmut »Vierteljude«. Die Familie wohnte Krefelder Str. 11. Heute gedenkt auf dem Gehweg vor dem Haus ein Stolperstein Paul Cervelli.

Er war von den Maßnahmen zur Ausschaltung der als Juden definierten Menschen aus dem Wirtschaftsleben betroffen. 1937 setzte sich die Gestapo mit ihm auseinander, weil er an einer Volksabstimmung teilgenommen hat. Seine Frau wurde erst in die NS-Frauenschaft genötigt. Als bekannt wurde, dass ihr Mann »Halb Jude« ist, wurde sie ausgeschlossen. So ging es dem Sohn Paul mit der HJ: Erst reingenötigt, dann rausgeworfen.

Die NSV – Nationalsozialistische Volkswohlfahrt – hatte größte Teile der staatlichen und kommunalen Sozialleistungen übernommen, inklusive der dann »Winterhilfswerk« genannten Unterstützungen. Familie Cervelli war von allen Unterstützungen ausgeschlossen, weil Paul Cervelli »Halb Jude« war.

Frau Cervelli hat mir 1984 berichtet, dass die Familie von Menschen aus Osterath unterstützt wurde. Und dass sich ihr Mann wegen der antisemitischen Maßnahmen in Osterath, also in Verantwortung von Bürgermeister Hugo Recken, das Leben nehmen wollte.

1939 wurde Paul Cervelli zur Wehrmacht eingezogen, blieb bis November 1942 Soldat – und damit unbehelligt, wie seine Familie. Dann wurde Frau Cervelli vom Gemeindebeamten Herbrandt ins Rathaus einbestellt. Ihr Mann sei nicht arischer Abstammung. Die Gemeindeverwaltungsspitze hatte also intensiv recherchiert, wer der Judenreinheit von Osterath noch im Wege stünde. Bürgermeister Hugo Recken teilte dieses Ergebnis der Einheit von Paul Cervelli mit, der dann umgehend aus der Armee entlassen wurde und seine Uniform abgeben musste.

Am 17. August 1944 kam der Dorfpolizist Ide im Auftrag von Bürgermeister Hugo Recken in das Haus Cervelli, und erkundigte sich nach dem Verbleib von Paul Cervelli. Er sei bei Dröge ein Bier trinken. Zurückgekehrt musste Paul Cervelli so-

fort 30 Pfund Gepäck und für drei Tage Verpflegung einpacken, um dem Dorfpolizisten Ide ins Rathaus und dort ins Polizeigefängnis – eine Zelle im Keller – zu folgen. »Wir nehmen ihren Mann in Schutzhaft, damit ihm nichts passiert.« Was verstanden die nationalsozialistischen Bürokraten unter »Schutzhaft«? »Volksgemeinschaftsfremde« zu verhaften, dann endzulösen. Paul Cervelli wurde zum Schlachthof in Düsseldorf-Derendorf transportiert. Kam von dort nach einigen Stunden zurück: Es habe sich um einen Irrtum des Landrats in Kempen gehandelt.

Nach den Erinnerungen von Helmut Cervelli wurde sein Vater Sonntag morgens verhaftet, war mittags zurück: weil er getauft sei.

Der Vater habe in Krefeld, wohin er nach der Verhaftung gebracht worden sei, noch seine verhaftete Mutter gesehen. Die nach Berlin-Moabit verschleppt worden sei, wo sie von den Russen befreit wurde.

Am selben Tag nach der Rückkehr hätte die Familie Nachmittags den Dorfpolizisten Ide getroffen, NSDAP-Mitglied: »Wie, Sie sind noch hier? Da haben Sie aber noch einmal Glück gehabt.« Dieser Satz spricht für das umfassende Wissen eines Dorfpolizisten über die Verfolgungsmaßnahmen.

An Ide hat Helmut Cervelli eine weitere Erinnerung: Solange er in das Jungsvolk gezwungen wurde und nicht hinging, wurde er von diesem abgeholt.

»Recken hatte immer das NSDAP-Parteiabzeichen am Jackett.«

Die Familie Recken wohnte gegenüber etwa 50 Meter Luftlinie zur Familie Cervelli im Rathaus. Helmut Cervelli und der Recken-Sohn kannten sich gut. Drauf komme ich später zurück.

Aus Paul Cervellis Familie sind etwa 40 Menschen von den Nationalsozialisten und ihren Mit-Tätern ermordet worden.

Nach der Befreiung durch US-amerikanische Einheiten wollten viele (Ex-)Nationalsozialisten von Helmut Cervelli, Mitglied des Osterather Entnazifizierungsausschusses, »Persilscheine« für die Entnazifizierung, auch wenn er sie nicht kannte. Wie der Ortsgruppenleiter Dohmen und der Lehrer Weiß.

Osterath, den 12. Juli 1949

Eidesstattliche Erklärung.

Seit 1933 bin ich als Geschäftsinhaber (Friseur) in Osterath ansässig und kenne den früheren Bürgermeister jetzigen Gemeindevorstand Recken sehr gut. Herr Recken war in der ganzen Nazizeit mein Kunde, obschon ich rassistisch belastet war und mein Geschäft von der Partei boykottiert wurde. Oft hat Bürgermeister Recken sich mit mir über das Naziregime und über die Judenfrage unterhalten. Daraus ging eindeutig hervor, dass Herr Recken trotzdem er Parteigenosse war, innerlich das Naziregime ablehnte und scharfer Gegner der Rassenpolitik der Nazis war.

Herr Recken hat mir nie Schwierigkeiten bereitet, im Gegenteil er hat mir in meiner schweren Lage, soweit er konnte, geholfen.

Einstellung und Haltung des Herrn Recken hat mir bewiesen, dass er kein Judengegner gewesen ist.

Paul Cervelli

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

Hugo Recken schrieb im Kontext seines Entnazifizierungsverfahrens von »Verhaftung durch die Gestapo«. Die reale Bedeutung dieses Recken-Satzes: Der im Auftrag von Bürgermeister Hugo Recken handelnde Dorfpolizist Ide hatte als Legitimation seinen Dienstvorgesetzten auch als örtliche Polizeibehörde – und damit örtliche Gestapo. Recken spekulierte darauf, dass diese Verquickung nicht bekannt sei. Heute ist sie – seit langem – bekannt, wird aber im Kontext der Recken-Legende im Auftrag von Bürgermeister Dieter Spindler apologetisch verleugnet, ihr sogar in seinem Auftrag vom Stadtarchivar Regenbrecht die Geschichtswissenschaftlichkeit abgesprochen. Ein Bürgermeister, von Hause aus Jurist, maß sich an zu bestimmen, was geschichtswissenschaftlich sei. Der Anspruch auf Definitionsmacht ist Ausdruck von Diktaturen aller Couleur.

Aus der Entschädigungsakte von Paul Cervelli geht hervor, dass die zuständigen deutschen Bürokraten entschieden, dass es bei ihm und seiner Familie nichts zu entschädigen gäbe.

Für diese Einschätzung war ein Schreiben von Gemeindevorstand Hugo Recken an die Kreisverwaltung vom 22. Juli 1952 maßgeblich (Bestand Osterath III 1997):

»Es trifft zu, dass Cervelli in Osterath ein Friseurgeschäft hatte. Nach Bekanntwerden seiner Abstammung war es Parteimitgliedern untersagt, mit C. in geschäftliche Verbindung zu treten. Diese feindliche Einstellung weiter Kreise führte sicherlich zu einem geschäftlichen Rückgang. Wie hoch sich der wirtschaftliche Schaden beziffert, kann von hier aus nicht angegeben werden, da Unterlagen darüber nicht vorliegen und Vergleiche nicht möglich sind. Vielleicht kann das Finanzamt in Krefeld einen Überblick geben über die Einkommensentwicklung des Geschäfts Cervelli. Mir ist bekannt, dass C. von der Polizei verschiedentlich vernommen worden ist. Wie diese Vernehmungen durchgeführt wurden und ob es zu den geschilderten Übergriffen gekommen ist, entzieht sich meiner Kenntnis.«

Bürokratische Perversion und Scheinheiligkeit in kaum zu überbietender Form. Rhetorisch lavierend findet Recken die **Schein**-Legitimation für den Status quo in seinem – ihn in seiner Rolle als NS-Bürgermeister, örtlichen Polizeichef und örtliche Gestapo rechtfertigenden – Sinn: »Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.« Muss nur gut bürokratisch verpackt legitimiert werden.

Die Steigerung war, dass Hugo Recken vorher in seinem Entnazifizierungsverfahren für einen Persilschein mit einer Unterschrift von Paul Cervelli diese Unterschrift fälschte. So sein Sohn Helmut nach Einsicht des Dokuments. Er hat Originalunterschriften seines Vaters unter Zeugnisse. 1984 waren die Geschehnisse seit 40 Jahren Geschichte. Nach dieser langen Zeit war Frau Cervelli

im Gespräch deutlich anzumerken, wie sehr sie dabei unter dem Erlebten noch litt. Welche Reflexion, Einsicht und Trauer stand dem und steht dem gegenüber? Und welches Gedenken?

»Oh, welche wirren Netze wir weben,
wenn wir die Welt täuschen streben.«
SIR WALTER SCOTT

Volksschule in Esterath ⁽²⁾ Nr. Kempen - Krefeld
 Schuljahr 1942/43 IV. Klasse 2. Halbjahr

1. Führung und Haltung: sehr gut

2. Leistungen:

Leibeserziehung: a) Leichtathletik b) Schwimmen c) Turnen d) Spiele gut

Deutsch: a) mündlich gut Musik gut
 b) schriftlich gut Zeichnen und Werken bes. d. d. d. d.
 Heimatkunde gut Hauswirtschaft: a) Handarbeit
 Geschichte b) Hauswert
 Erdkunde Rechnen und Raumlehre gut
 Naturkunde: Schrift gut
 a) Lebenskunde
 b) Naturlehre

Evangelische Katholische Religion

3. Bemerkungen: steigt!

Esterath, den 24. Juni 1943.

Die Klassenlehrer in: Kempen Lehrer: Cervelli Paul Schulleiter: Cervelli Paul

Unterschrift des Vaters oder seines Stellvertreters: Cervelli Paul

ZEUGNIS MIT UNTERSCHRIFT VON PAUL CERVELLI

Helmut Cervelli
 Jahnstr. 25
 40670 Meerbusch
 22. 06. 2012

Sehr geehrter Herr Klouten,

Eidesstattliche Erklärung vom 12.7. 49

Punkt 1: korrigiert »kenne Recken« Punkt!

Punkt 2: ich Helmut Cervelli kannte jeden Kunden meines Vaters. Korrigiert: Recken war nie im Geschäft meines Vaters. Mein Vater hat Recken nie die Haare geschnitten. - Lüge -

Punkt 3: Bürgermeister Recken konnte sich demnach nicht mit meinem Vater unterhalten haben, weil er kein Kunde war. - Lüge -

Punkt 4: Judenfrage mit meinem Vater???? Verdammte - Lüge - siehe Recken / Gutmann

Punkt 5: Einstellung und Haltung des H. R. So einen Wisch (leider Dokument hätte mein Vater nie geschrieben geschweige unterschrieben. Ich vermute, dass hier ein Faksimile angelegt wurde. So ein Stück Lüge habe ich nie noch nie gelesen.

b.w.

Ernst Recken Sohn des H. R.

E. R. hat während des Krieges kleine Jungen verführt und misshandelt. Er ist mit uns in den Heizungskeller des Amtes gegangen. Ich habe ihm einmal gegen das Schienbein getreten!!

E. R. besuchte das Fichte Gymnasium in Krefeld. Als ich dort 1946 eingeschult wurde, bekam ich gerade noch mit, dass E. R. der Schule verwiesen wurde, wegen Jungenmissbrauch. Danach war er in Neuss mit den gleichen Umständen ist er dort ebenfalls verwiesen worden. Letztendlich hat er in Köln sein Abitur gemacht!! Alte Seilschaften des alten Recken.

Recken → mein Danke!!
 Mit freundlichen Grüßen
 Ihr
 Helmut Cervelli

HANDSCHRIFTLICHER BRIEF VON HELMUT CERVELLI

Helmut Cervelli
 Jahnstr. 25
 40670 Meerbusch
 22. 06. 2012

Sehr geehrter Herr Klouten!

Eidesstattliche Erklärung vom 12.7. 49

Punkt 1: korrigiert »kenne Recken« Punkt!

Punkt 2: ich Helmut Cervelli kannte jeden Kunden meines Vaters. Korrigiert: Recken war nie im Geschäft meines Vaters. Mein Vater hat Recken nie die Haare geschnitten. - Lüge -

Punkt 3: Bürgermeister Recken konnte sich demnach nicht mit meinem Vater unterhalten haben, weil er kein Kunde war. - Lüge -

Punkt 4: Judenfrage mit meinem Vater???? Verdammte - Lüge - siehe Recken / Gutmann

Punkt 5: Einstellung und Haltung des H. R. So einen Wisch / leider Dokument hätte mein Vater nie geschrieben geschweige unterschrieben. Ich vermute, dass hier ein Faksimile angelegt wurde. So ein Stück Lüge habe ich noch nie gelesen.

Ernst Recken, Sohn des H. R.

E. R. hat während des Krieges kleine Jungen verführt und misshandelt. Er ist mit uns in den Heizungskeller des Amtes gegangen. Ich habe ihm einmal gegen das Schienbein getreten!!

E. R. besuchte das Fichte Gymnasium in Krefeld. Als ich dort 1946 eingeschult wurde, bekam ich gerade noch mit, dass E. R. der Schule verwiesen wurde, wegen Jungenmissbrauch. Danach war er in Neuss mit den gleichen Umständen ist er dort ebenfalls verwiesen worden. Letztendlich hat er in Köln sein Abitur gemacht!! Alte Seilschaften des alten Recken.

Recken - nein Danke!!

Mit freundlichen Grüßen
 Ihr
 Helmut Cervelli

ABSCHRIFT DES HANDSCHRIFTLICHEN BRIEFS VON HELMUT CERVELLI

3. Familie Dr. Langenbach: Die von Hugo Recken in seinem Entnazifizierungsverfahren missbrauchten »Entschuldigungsjuden«

»Eine merkwürdige, nur wenigen eingeweihten Nazis bekannte Tatsache ist, dass mit den ›Nürnberger Gesetzen‹ Liebenden der Krieg erklärt wurde und zwar solchen, die trotz des Gesetzes und der Drohungen zusammenblieben. Endlich konnte man sich an jener ›bürgerlichen‹ Liebe rächen, die nicht nüchtern-berechnend war.«

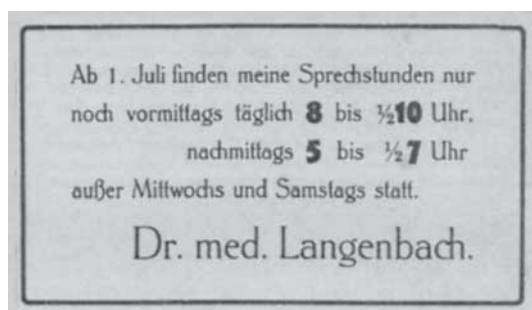
SEBASTIAN HAFFNER. JEKYLL & HYDE. 1939. S. 79f.

Im Kontext seines Entnazifizierungsverfahrens behauptete Hugo Recken schriftlich (KK 1023 Bl. 163): »Schutz der Juden. Bürgermeister verhalf der Familie Dr. Langenbach (Frau ist Jüdin) zur Flucht vor der Verhaftung durch die Gestapo.« Dafür fanden sich dann auch Zeugen.

Wie sah die Perspektive der Familie Dr. Langenbach aus?

Dr. Langenbach war »Arier« und Arzt, seine Frau Lucie »Volljüdin« und Ärztin, ihre Tochter Jutta war »Halbjüdin«. Bei dem Ehepaar Dr. Langenbach handelte es sich also um eine »Mischehe«.

Dr. Langenbach unterlag denselben antisemitischen Maßnahmen wie »jüdische« Ärzte. So wurde er **schein**-legal gezwungen, seine Sprechzeiten – wie Dr. Goldberg – massiv einzuschränken, wie eine Anzeige in der Osterather Zeitung am 26. Juni 1936 dokumentiert:



OSTERRATHER ZEITUNG, 27. JUNI 1936,
ANZEIGE DR. LANGENBAUCH

Wer hatte ihm dies amtlich-bürokratisch mitgeteilt? Bürgermeister Hugo Recken.

Als ein Beispiel solcher amtlich-bürokratischen Schreiben von Bürgermeister Hugo Recken, deren

Diktion die antisemitische Aggression durchscheinen lässt und in denen er die Diskriminierung gegen »Mischehen« – wie bei der Familie Cervelli – konsequent bürokratisch exekutiert, eins vom 23. Dezember (sic!) 1936 (Bestand Osterath III 1997):

»Um unliebsame Erörterungen bzgl. der Beflagung der Wohnungen zu vermeiden, teile ich zu Ihrer Orientierung mit, dass nach dem Runderlass des Reichs- und Preuss. Ministers des Innern vom 7. 12. 1936 ein Beflaggen von Gebäuden oder Wohnungen mit der Reichs- und Nationalflagge für solche deutschblütigen Ehegatten nicht mehr gestattet ist, die in einer deutschjüdischen Mischehe leben.«

Das bedeutet den optischen und faktischen Abschluss aus der »Volksgemeinschaft«.

Bürgermeister Hugo Recken forderte Dr. Langenbach auf, sich von seiner Frau scheiden zu lassen, was deren Deportation zur Konsequenz gehabt hätte. Das wusste und wollte Recken, um Osterath »judenrein« zu bekommen. Er versuchte Dr. Langenbach zur Scheidung zu nötigen, da seine diskriminierenden Maßnahmen mit ihren ökonomischen Folgen nicht den gewünschten Erfolg hatten. Hätte Dr. Langenbach dem Druck von Recken nachgegeben und sich scheiden lassen, dann hätte er wieder flaggen dürfen; als Teil der »Volksgemeinschaft«, in deren Schoss er dann zurückgekehrt wäre.

»Die Gestapo und andere NS-Institutionen übten enormen Druck auf die nichtjüdischen Ehepartner in sogenannten Mischehen zwischen Juden und Nichtjuden aus, doch gab es trotzdem im ›Altreich‹ noch immer 16.760 solcher Ehen.«

ROBERT GELLATELY. HINGESCHAUT UND WEGGESEHEN. S. 201.

In Bestand Osterath III 1997 finden wir ein handschriftliches Schreiben von Lucie Langenbach, dass den Eingangsstempel der Gemeinde Osterath vom 23. Januar 1939 trägt:

»Hiermit teile ich Ihnen mit, dass ich den Vornamen Sara annehmen muss.«

Vor der Unterschrift »Lucie Langenbach« steht mit Abstand und in abweichender Schreibweise »Sara«.

Record III

Name: Mrs. Lucie Langenbach	No: 27365
Nat: in Germany	Nat: German/Jewish
B. D: -	X Ref: 149/241
B. P: Germany	PRUSIA
Address: Lived for 28 years in Osterath, Rhine land.	
Occupation: Left there in March 1945 and went to	
Last news: Mrs. Langenbach for Westphalia. Nothing has been	
Date: heard since she left Westphalia.	
Enquirer's name: Mrs. Joh. Mass, 35-32 147th Street,	
Address: Flushing L. I. New-York.	
Relation: Niece.	

ITS AROlsen: VERKARTUNG EINER ANFRAGE –
LUCIE LANGENBACH

Die Symbolik ist klar: Der aufgenötigte Name ist fremd, nicht Teil ihrer Persönlichkeit.

Im Gesamtkontext hatte die Familie Dr. Langenbach keinerlei Veranlassung Bürgermeister Hugo Recken zu vertrauen, denn die konkreten Erfahrungen mit seinem realen antisemitischen Handeln sprachen dagegen.

»Das Motiv vieler Denunziationen war im Zusammenhang mit Rassefragen der Gedanke an einen persönlichen Vorteil.«

ROBERT GELLATELY. HINGESCHAUT UND WEGGESEHEN- S. 268.

In der Gestapo-Akte von Dr. Langenbach (LAV NRW R, RW 58-40669) ist eine Erklärung von ihm, datiert auf den 22. April 1940:

»... erklärt hiermit, dass er arischer Abstammung und im Besitz eines Radioapparates ist.«

Das bedeutet: Die Familie Dr. Langenbach war wegen Radiohören von Juden denunziert worden. Das Gerät durfte er behalten, weil das Postamt Osterath am 29. April 1940 der Gestapo schriftlich mitteilte (LAV NRW R, RW 58-40669):

»... dass selbst darauf, dass die Ehefrau Langenbach Jüdin ist, gegen die weitere Teilnahme des Langenbach am Rundfunkempfang Bedenken nicht bestehen.«

Ein ungewöhnlicher Vorgang, denn die Stellungnahme hätte unter den Bedingungen des NS-Terror systems anders ausfallen sollen. Der verantwortliche Postmeister in Osterath hatte sich damit sehr weit vorgewagt. Dass er – Herr Dohmen – später auch der NSDAP-Ortsgruppenleiter wurde, macht den Vorgang noch außergewöhnlicher. Und dokumentiert, welche Handlungsspielräume – auch für Hugo Recken als Bürgermeister – es tatsächlich gab. Recken nutzte diese Handlungsspielräume zugunsten von Menschen nicht. Er handelte antisemitisch-

bürokratisch. Und behauptete nach der Befreiung das Gegenteil, sekundiert von der Osterather katholischen Geistlichkeit, Johannes Herbrandt und »Zeugen«. Mit Erfolg – bis heute.

Am 17. September 1944 sollte Frau Dr. Langenbach – wie Paul Cervelli – verhaftet und nach Theresienstadt deportiert werden – wie Sabine und Julius Gutmann. Zu der Verhaftung kam es nicht. Weil die Familie gewarnt und versteckt wurde. Eine Gemeinschaftsaktion von Herrn Dohmen und dem Ex-Bürgermeister Rudolf Bartels. Zu den Umständen der Warnung unten. Rudolf Bartels war Jäger, hatte in der Eifel eine Jagd, auf dem Jagd-Gelände einen ausrangierten Waggon. Dort wurde die Familie untergebracht und gepflegt. Mitte 1945 kehrte die Familie nach Osterath zurück.

Die Familie Dr. Langenbach war mit Rudolf Bartels befreundet. Der nach der Flucht der Familie in deren Haus einzog, nach deren Rückkehr der Familie das Haus übergab. Diese Beziehung hat Rudolf Bartels die zusätzliche Feindschaft der Symbiose Recken/Herbrandt eingetragen.

Dr. Eduard Langenbach wurde entnazifiziert. Und als Entlasteter eingestuft. Wie letztlich Hugo Recken und Johannes Herbrandt. Opfer und Täter werden in der Bewertung zur Säuberung vom Nationalsozialismus gleichgestellt.

Dr. Langenbach starb am 6. März 1948, im selben Jahr wie Julius Gutmann und Rudolf Bartels. Aus der Entschädigungsakte von Frau Dr. Langenbach geht hervor, dass sie einen Antrag auf Entschädigung stellte, den aber dann zurückzog.

Dr. Langenbach hatte kurz vor seinem Tod von Johannes Herbrandt in dessen SA-Uniform einen »Hausbesuch« erhalten. Wie später im selben Jahr offensichtlich Julius Gutmann. Und wohl auch Rudolf Bartels.

Wie die Unterschrift von Paul Cervelli wurden die Unterschriften von Dr. Wilhelm Langenbach, seiner Frau Lucie und ihrer Tochter Jutta unter einem Persilschein von Hugo Recken gefälscht.

Diese Fälschung war die Basis für ein auf den 1. Oktober 1948 datiertes Schreiben des Oberkreisdirektors Kempen-Krefeld, in dem auf weitere »Beweise« Bezug genommen wird:

- Amtliche Erklärung des Gemeindedirektors in Osterath, also Hugo Recken selbst.
- Bescheinigung des katholischen Pfarramtes Osterath, also von Pfarrer Josef Hövelmann. Der als beamteter Lehrer in Krefeld 1934 den Beamteneid auf Hitler unterschrieben hat. Und von dem die

zuständigen britischen Stellen ausgingen, dass er die NSDAP aktiv unterstützt habe, deswegen entnazifiziert wurde.

- Rudolf Lensing: Bürgermeister in Osterath seit Januar 1946, da vermeintlich nicht in der NSDAP, nicht belastet und deswegen nicht entnazifiziert. Mit der NSDAP-Mitgliednummer 8578766 seit dem 9. November 1940 NSDAP-Mitglied.

Lucie Langenbach ist auf dem Osterather Friedhof begraben.

Wer die Familie Dr. Langenbach warnte – und wozu das Geheimnis von Hugo Recken instrumentalisiert wurde

Es ist Herbst 1944. Die westalliierten Streitkräfte stehen fast schon an der belgisch-niederländischen Grenze, nicht sehr weit von Osterath entfernt. Das Leben in Osterath geht seinen gewohnten Kriegsgang. So weit ist die dörfliche Nazi-Welt noch intakt.

NSDAP-Ortsgruppenleiter Dohmen ist der Osterather Postmeister. Eine seiner Mitarbeiterinnen ist die Dienstverpflichtete junge Frau Brassel. Da sie unverheiratet ist, gehört zu ihren regelmäßigen Verpflichtungen der nächtliche Telefondienst.

Die Routine wird am Abend des 17. September 1944 durchbrochen. In Gegenwart von Frau Brassel zieht sich Herr Dohmen eine Postuniform über und verlässt das Haus. Das weicht von allem Üblichen ab, weil der Postmeister grundsätzlich keine Post austrägt, erst recht nicht in der Nacht. Nach etwas zwei Stunden erkundigt sich Frau Dohmen aufgeregt bei Frau Brassel, ob ihr Mann noch nicht zurückgekehrt sei. Sie verneint, etwas später kehrt Herr Dohmen zurück. Und sagte zu Frau Brassel: »Bitte merken Sie sich: Sie haben mich heute Abend nicht gesehen.« Frau Brassel denkt sich erst nichts dabei. Auch in der späteren Nacht nicht, als Herr Dohmen sie bittet, im Flur nicht Licht anzuschalten. Sie bekommt mit, dass das Haus von aktiven Osterather Nationalsozialisten beobachtet wird.

Als sich Frau Brassel am nächsten Morgen auf den Weg nach Hause macht, bemerkt sie an zwei Stellen Straßensperren von SA-Leuten. Das ist sonst nicht an der Tagesordnung. Auf dem Weg nach Hause wird sie von Frau Fells in deren Wohnung

gebeten, entgegen deren üblichem Verhalten. Durch einen Türspalt sieht Frau Brassel mehrere Osterather Nationalsozialisten, u. a. Herrn Held. Frau Fells, die ihr später berichtet, unter Druck gesetzt worden zu sein, versucht sie in ein Gespräch zu verwickeln. »Der Jud Langenbach ist geflüchtet.« Was sie darüber wisse. Frau Brassel erklärt nichts zu wissen, da sie die Nacht im Post-Dienstraum zumeist schlafend verbracht habe.

Nach der Rückkehr von Dr. Langenbach nach Osterath hat er Frau Brassel auf deren Nachfrage bestätigt: »Ja, es war Herr Dohmen, der mich und meine Familie gewarnt hat.«

Einige Zeit später nach der Befreiung durch US-amerikanische Einheiten am 1. März 1945 hat das Ehepaar Dohmen Frau Brassel besucht, um sich dafür zu bedanken, dass sie geschwiegen hat. Geschwiegen hat sie auch gegenüber ihren Eltern und allen anderen Menschen.

In seinem Entnazifizierungsverfahren hat Hugo Recken ausschließlich am Beispiel seiner behaupteten Warnung an die Familie Dr. Langenbach belegen wollen, er habe Juden geholfen. Eine Zweck-Lüge. Die mit Unterstützung aus der Allianz katholischer Geistlichkeit und katholischer Gemeindeelite sowie des Gemeindebeamten Johannes Herbrandt Erfolg hatte, auch weil der Zeitgeist dem entsprach.

Hugo Recken hat sein Amt als Bürgermeister und damit Polizeichef – und örtliche Gestapo – umfassend systemkonform ausgefüllt. Dabei hat er nicht unter Zwang, sondern freiwillig – und auch initiativ – gehandelt.

Die Geschehnisse hatten bei Dr. Langenbach nach 1945 die Folge geistiger Verwirrung und den frühen Tod.

Hugo Recken hatte keine negativen gesundheitlichen, psychischen, materiellen oder beruflichen Folgen. Nach einer kurzen Phase von etwa einem Jahr nach der Befreiung am 1. März 1945 hat er seinen beruflichen Weg bis zu seinem Tod 1953 in ungebrochener Kontinuität fortgesetzt. Als sei er als NS-Bürgermeister von 1934–1945 nicht im Rahmen seiner von ihm umfassend systemkonform ausgefüllten Funktion entsprechend in das NS-Terrorregime direkt und auch aktiv verstrickt gewesen.



GEDENKTAFEL AUF DEM OSTERATHER FRIEDHOF FÜR DIE OPPER DER NATIONALSOZIALISTEN FOTO: CHRISTOPH BEHLEN

Nachtrag
Dokumentation 8.1
Langenbach/Heilbronn
Seite 1 bis 4

„Noch eine ganze Weile vor dem Ableben von Herrn Johannes Herbrandt war es mir möglich mit ihm ein Gespräch per Telefon zu führen im Bezug auf die Familie des Dr. Wilhelm Langenbach, nämlich auf die Empfehlung, dass er mir mehr über die Familie sagen könne.

Nach den ersten weniger bedeutenden Bemerkungen, berichtete Johannes Herbrandt mir, dass zwischen seiner Ehefrau und Frau Langenbach enge Freundschaft bestanden hatte. Eine Freundschaft, die zusammenbrach, als er die Familie Langenbach mit einer prekären Situation konfrontierte.

Wie Herbrandt mir sagte, hatte er im Schrank noch eine „Schwarze Uniform“. Diese hatte er an einem Nachmittag, es war längere Zeit nach dem Krieg, anprobiert. Seine Ehefrau war bei ihrer Freundin Henriette zum Kaffee eingeladen. Nach vielleicht erstem Zögern entschied er sich in diesem Aufzug die Familie Langenbach aufzusuchen.

Und so führte diese Konfrontation zum Abbruch der Freundschaft zwischen den Frauen und der Beziehung zur Familie Langenbach.“

Dieses Geschehen habe ich nicht als wahr erfasst, sondern als Angeberei und hatte diese Aussage deshalb nicht in die Langenbach'sche Dokumentation aufgenommen. Jetzt, viele Jahre später, komme ich zu der Überzeugung dieses Handeln in die Dokumentation einbringen zu müssen!

Der genaue Zeitpunkt dieses Gesprächs ist mir nicht mehr in Erinnerung. Eine Niederschrift und Zeugen hat es nicht gegeben!

War das real geschehen?
War es ein Wichtigtun? Was also sollte ich glauben!?



e. Geschichtswissenschaftliche Bewertung

Osterath war ein fraktaler Mikrokosmos der antisemitischen »Bevölkerungs-Politik« des NS-Terrorregimes. Vor Ort von den dafür Verantwortlichen bürokratisch exekutiert, allen voran Bürgermeister Hugo Recken – in Symbiose mit seiner rechten Hand Johannes Herbrandt. Recken war ein williges und auch initiatives Rädchen im Holocaust-Getriebe, ein williger Vollstrecker Hitlers. Gemeinsam mit Herbrandt und seinen Helfershelfern.

Wolfgang Benz (2009, S.15f.) führt zur Symbiose Hitler/Bormann aus:

»Als ... verkörperte er die zweifelhaften Tugenden des ausführenden Organs ohne eigene Macht und Bedeutung, nämlich Servilität gegen dem Inhaber der Macht und Härte in der Durchsetzung nach unten ... trat nach außen kaum in Erscheinung, spielte hinter den Kulissen eine erhebliche Rolle.«

Dieses symbiotische Handeln begegnet uns bei Recken/Herbrandt. Wobei Herbrandt im Gegensatz zu Bormann auf Reichsebene aufgrund seiner Funktionen als Blockleiter und NS-Beamtenführer in Osterath reale Macht hatte.

Solche Symbiosen ziehen sich durch die Weltgeschichte und folgerichtig durch die Literatur. So bei J. R. R. Tolkien »Herr der Ringe« Saruman und Grima. Im Gegensatz zu diesen beiden überlebten Recken und Herbrandt ihren Showdown am 1. März 1945 – als sei nichts gewesen.

Hugo Recken hat als Katholik im Januar 1934 erst den evangelischen Bürgermeister Rudolf Bartels abgelöst, sich dann gegen die örtlichen NSDAP-Funktionäre durchgesetzt. Flankiert von der Union von katholischen Geistlichen und katholischer Gemeindeführung. Recken war daher in seinem Verwaltungshandeln relativ frei. Diesen Spielraum hat er für als »Juden« definierte Menschen nicht genutzt. Wie Julius Gutmann auf den Punkt brachte: »Niemals ist es Recken eingefallen, als Mensch zu handeln und etwas zur Erleichterung unserer Lage zu tun.«

Hugo Recken handelte als nationalsozialistischer Bürokrat. »Es wird um Abschiebung des Juden gebeten.« »Es« – eine unpersönliche bürokratisch entmenschlichte Sache. Ein Ding wird »abgeschoben«. Für 21 der betroffenen Menschen deutscher Nationalität aus Osterath mit tödlichem Ausgang. Im Sinne des NSDAP-Programms.

Die interessengeleiteten bürokratischen Zwecklügen von vor und nach 1945 finden heute engagiert apologetisch – im Sinne von Wolfgang Benz – ihre Fortsetzung. So kann Zeit auch gerinnen.

Johannes Herbrandt hat eine »Orts- und Kriegschronik der Gemeinde Osterath« überliefert, die 1989 vom Stadtarchiv Meerbusch in Auszügen veröffentlicht wurde. Johannes Herbrandt listet in der Chronik die im Krieg zu Tode gekommenen Osterather in zwei Kategorien auf: Gefallene Soldaten und »Weitere Kriegsoffer«. Bei den »weiteren Kriegsoffern« finden wir eine Gruppe von Menschen nicht: Die deportierten und ermordeten Osterather deutscher Nationalität. Das war bisher das selbstverständliche Bewusstsein in Osterath und Meerbusch insgesamt. Und lässt auf das Bewusstsein sowie damit auf die reale Einstellung zu den ermordeten Osterathern deutscher Nationalität – wie die aus Büderich und Lank – schließen: Sie seien Opfer des – unpersönlich-anonymen – Nationalsozialismus allgemein, ohne konkreten – menschlichen – Bezug zu Osterath bzw. Meerbusch. Die Grundlage der »Basiserzählung« in ihrer spezifisch Meerbuscher dorf-kulturellen Ausprägung. Mit gesellschaftlichen und individuellen Konsequenzen bis heute, die Gegenwart und die Zukunft.

»Legenden, Lügen, Vorurteile«
BUCHTITEL VON WOLFGANG BENZ

Was hier zum Ausdruck kommt, ist die – nationalsozialistische – Wahnvorstellung der Angst vor »dem Juden« und dessen vermeintlicher Rache. Das schlechte Gewissen meldet sich. Und diejenigen, die es haben, schließen von sich auf die Opfer.

Wie war die Realität dieses vermeintlichen Rache-Bewusstseins der Opfer?

Herbert Goldberg kommt am 1. März 1945 als Mit-Befreier nach Osterath zurück. Freundestrahlend geht er in ein Geschäft: »Ich bin zurück«. In meinem Heimatdorf.

Eine Frau Lucas kommt in der 1950er Jahren nach Osterath, geht freudestrahlend in ein Osterather Geschäft: »Ich bin zurück!« In meinem Heimatdorf.

Sabine und Julius Gutmann kehren aus Theresienstadt nach Osterath zurück. Sie wollen im Frieden im Heimatdorf von Julius leben. Ohne von ihren NS-Terroristen weiter drangsalieren zu werden.

Die Familie Dr. Langenbach kehrt nach ihrer Flucht nach Osterath zurück. Sie wollen im Frieden in ihrem Heimatdorf leben.

Der »Judenfreund« Rudolf Bartels, 1918 als Protestant nach Osterath zugezogen, lässt sich trotz aller »Bemühungen« von Recken und Vasallen unter Instrumentalisierung auch der Gestapo nicht aus Osterath vertreiben. Die Verbundenheit zu seiner Wahl-Heimat Osterath findet im Relief auf seinem Grab auf dem Osterather Friedhof seinen Ausdruck.

Menschen können nur in Frieden leben, wenn man sie lässt. Osterath, die katholische Gemeindeelite, war – und ist – mit sich selbst nicht im Frieden. Kein Frieden nach innen – kein Frieden nach außen. Lediglich **Schein**-Äußerlichkeit. Ein Ausdruck davon war und ist das schlechte Gewissen den Verfolgten gegenüber, kompensiert in Angst und Neid. Typisch deutsch. Wir sind immer und unter allen

Umständen die eigentlichen Opfer. Dafür lassen sich immer Argumente zur Legitimation basteln. Das Ergebnis steht fest, es muss nur **schein**-begründet werden. Nur nicht dran rühren, am Tabu. Konkret der Manifestation in Form der Recken-Legende. Die mit allen Mitteln verteidigt wird. Was ein Beweis ihrer Existenz und des Wissens um die Fakten der daran Beteiligten ist. Es ist die Angst, mit der Recken-Legende die Legitimität als Dorfelite zu verlieren. Aus dieser Perspektive: Diese Legende ist pathologisch. Und diese Pathologie färbt ab.

So kamen 1948 innerhalb weniger Monate Julius Gutmann, Dr. Langenbach und Rudolf Bartels unter aktiver Wirkung von Johannes Herbrandt zu Tode.

NACH DER BEFREIUNG VON DER US-ARMBE
FÜR DAS RHEINLAND HERAUSGEBENE
DEUTSCHSPRACHIGE ZEITUNG

2. APRIL 1945

12. MAI 1945

3. JULI 1945

Kölnischer Kurier

Herausgeber: Die amerikanische 12. Heeresgruppe Antische Zahlen

Kriegsverbrecher - wohl bekannt

LONDON. — Das Hauptquartier der alliierten Organisation zur Ermittlung und Ausforschung von Kriegsverbrechern wird vorläufig in "Scotland Yard in London untergebracht werden. Die besten Detektive von Scotland Yard, der Pariser Sureté und des amerikanischen Federal Bureau of Investigation werden sich an den Arbeiten beteiligen. Umfangreiche Akten und Listen über Kriegsverbrechen wurden schon seit Jahren angelegt und befinden sich in Händen der neuen Organisation.

Kardinal Faulhaber erklärt

MÜNCHEN. — Der Erzbischof von München, Kardinal Faulhaber, erklärte einem Berichterstatler der United Press: „Es werden Jahre nötig sein, um den Einfluss des Nazismus im deutschen Leben zu überwinden. Die Nationalsozialisten hatten sich durch Jahre der Jugend bemächtigt. Der Schade geht sehr tief. Wir müssen von neuem beginnen und das religiöse Leben neu aufbauen. Für die Aufgabe der Neuerziehung bedürfen wir in erster Linie Lehrer, die nicht dem Hitlerium verfallen waren.“

Der 3. Weltkrieg war schon im geheimen vorbereitet

DIE geheimen Vorbereitungen für einen dritten Weltkrieg, die das nationalsozialistische Regime in Erkenntnis der kommenden Niederlage Deutschlands seit Jahren durch den systematischen Aufbau eines getarnten Wehrwirtschaftsapparates in damals neutralen Ländern getroffen hatte, wurden im Unterausschuß des amerikanischen Senats, der sich mit Deutschlands wehrwirtschaftlichen Hilfsquellen befaßt, am Montag aufgedeckt.

Der Unterstaatssekretär für Wirtschaftsfragen im amerikanischen Außenministerium, Clayton, berichtet dem Unterausschuß des Senats u. a.:

„Selbst während große Teile deutschen Gebietes von den alliierten Armeen bereits besetzt waren, schafften die Nationalsozialisten noch beträchtliche Geldmittel und besonders ausgebildete Fachleute ins Ausland, um dort Hilfsmittel für einen neuen Versuch der Welt Eroberung anzusammeln.“

„Deutsche Beteiligungen an ausländischen Unternehmen waren vielfach mit Hilfe von Holdinggesellschaften und Kartellen getarnt. Die ersten Maßnahmen sind bereits im Gange, um die internationalen deutschen Wirtschaftsgebilde zu zerschlagen.“

„In Südamerika“, so fährt der Bericht fort, „war die deutsche Wirtschaftsdurchdringung schon seit Jahren besonders stark. Allein in Argentinien wurden 108 von deutschem Kapital beherrschte Schlüsselunternehmungen festgestellt, von denen bereits 4 liquidiert wurden, in Brasilien ist der Einfluß deutschen Kapitals auf 48 Schlüsselstellungen bereits ausgemerzt, während 70 andere gesäubert wurden. In Chile sind

22 Schlüsselstellungen von getarnten deutschen Kapitaleinfüssen gesäubert worden, in Ecuador 19.“

Der Bericht erwähnt folgende Methoden, durch die die Nationalsozialisten getarntes Kapital im Ausland anhäufeten:

1. Bankguthaben wurden statt unter Namen des Inhabers unter Chiffren in Ländern angelegt, wo das rüflosig war.
2. Dänische Einnahmen im Ausland wurden nicht nach Deutschland überwiesen, sondern im Ausland stehen gelassen.
3. Für deutsche Exporten ins neutrale Ausland wurden langfristige Kredite gewährt, um so die deutschen Devisenguthaben in neutralen Ländern aufzufüllen.
4. Deutsches Kapital beteiligte sich in größtem Umfang an gewinnbringenden neutralen Konzernen.
5. Freies verfügbares deutsches Kapital im neutralen Ausland wurde weitgehend in einträglichem Haus- und Grundbesitz angelegt.
6. Deutsche Vermögenswerte im neutralen Ausland wurden durch schriftliche Scheinverträge an Strohmänner übertragen mit der Geheimabmachung, daß die Übertragung nach 5 Jahren hinfällig wird.

1945: Die zweite Intrige gegen Bürgermeister Rudolf Bartels

Der vom US-amerikanischen Ortskommandanten eingesetzt wurde. Diesmal über die dazu instrumentalisierte britische Militärregierung – Wie Hugo Recken abermals Rudolf Bartels ablöste und das kurze Intermezzo des kommissarischen Bürgermeisters Anton Wienands, KPD

Am 1. März 1945 wurden Osterath und die Osterather durch US-amerikanische Einheiten vom Nationalsozialismus und den Nationalsozialisten befreit. Wie die katholische Geistlichkeit und die katholische Gemeindeelite – unabhängig davon, ob sie, wie in den meisten Fällen, NSDAP-Mitglieder geworden waren oder nicht –, die nun trachtete, sich mit der neuen Staatsgewalt in ihrem Sinn zu arrangieren. Zunächst wurde Bürgermeister Hugo Recken vom US-amerikanischen Ortskommandanten in seinem Amt belassen.

»Alles war vorher geplant und koordiniert.
Nichts blieb dem Zufall überlassen.«
HEINER LICHTENSTEIN.

Ein Merkmal der organisierten Nationalsozialisten war ihre bürokratische Perfektion – für alles. So hat der Kern der aktiven Nationalsozialisten auch den erneuten Übergang in den Untergrund organisiert. Im Gegensatz zu den 1920er Jahren auf der Basis der noch umfassenden auch ökonomischen Möglichkeiten. In Konferenzen z.B. im Haus der Wannseekonferenz in Berlin sowie in Straßburg im Herbst 1944 wurde der Übergang geplant. Ökonomisch und organisatorisch.

Das Doppelspiel auch zur Täuschung war: Es gab ab Herbst 1944 die ARLZ-Maßnahmen in Zuständigkeit der Gauleiter als Reichsverteidigungskommissare – Auflösungs-, Räumungs-, Lähmungs- und Zerstörungs-Maßnahmen. Es gab auf der parteistaatlichen Ebene regionale »Richtlinien für Maßnahmen bei unmittelbarer Feindbedrohung und Feindbesetzung«.

Hierzu zählte der Aufruf von Gauleiter Friedrich Karl Florian am 10. April 1945 in der Rheinischen Landeszeitung zum »Kampf dem jüdisch-angloamerikanischen Sklaventum«.

Und es gab die NSDAP-internen Maßnahmen zum »Täuschen – Tarnen – Verpissen«, wie sie in der Eidesstattlichen Erklärung des Osterather Nationalsozialisten Josef Smeets am 25. August 1945 deutlich werden, aufgenommen durch den Hilfspolizisten Heinrich Eller (Stadtarchiv Meerbusch Bestand Osterath, Entnazifizierung):

Ermordeter wird als Mörder gesucht

MICHAEL SOKOLNIKOW, der Mann der durch seine Verschiebung von Nazigroschen ins Ausland zum Multimillionär wurde und angeblich am 10. Juni in der Nähe von Madrid ermordet wurde, soll gar nicht tot sein, sondern einen Unbekannten haben ermorden lassen, um selber spurlos zu verschwinden. Sokolnikow wird jetzt von der spanischen Polizei gesucht.

Vor drei Wochen wurde in einem Auto in der Nähe von Madrid die halbverkohlte Leiche eines Mannes gefunden, die durch Paß, einen Ring und ein Paar neue Schuhe als Michael Sokolnikow identifiziert wurde.

Die Polizei vermutet einen Rachemord, weil Sokolnikow Millionenwerte unterschlagen haben soll, die er für prominente Nationalsozialisten ins Ausland gebracht hat.

Inzwischen wurden ein Österreicher namens Katz und drei Franzosen unter Mordverdacht verhaftet.

Die Madrider Polizei hat Grund zu der Annahme, daß Sokolnikow gar nicht ermordet wurde, sondern daß er sich mit den riesigen Barmitteln, die ihm zur Verfügung standen, seine Freiheit erkaufte.

Der Unbekannte

Um seine Spur zu verwischen, soll Sokolnikow dann einen unbekanntem Spanier haben umbringen lassen, der ihm in der Statur ähnelt und der mit seinem Ring und seinen neuen Schuhen und seinem Paß ausgestattet wurde. Mit der Verbrennung der Leiche wollte man dann die Identifizierung weiter erschweren. Von dem echten Sokolnikow fehlt jede weitere Spur.

Sokolnikow, der Sohn eines wohlhabenden Moskauer Textilfabrikanten, reiste stets auf einen deutschen Paß. Während der deutschen Besetzung erwarb er bereits ein Riesenvermögen in Frankreich, bevor er sich auf die Juwelenverschiebung für Parteigenossen verlegte.

Später ging er nach Spanien, wo er mit seiner deutschen Freundin in einem Luxushotel auf großem Fuß lebte. Er hatte auch versucht, sich eine Schiffskarte nach Südamerika zu verschaffen.

NACH DER BEFREIUNG VON DER US-ARMEE FÜR DAS RHEINLAND HERAUSGEGEBENE DEUTSCHPRACHIGE ZEITUNG,
3. JULI 1945

»Am 15. September 1944 erhielten wir als Ortsgruppe den Befehl von der Kreisleitung in Neuss sämtliche Unterlagen der Ortsgruppe und der einzelnen Ämter, sämtliche Parteisachen in Kisten zu verpacken, weil dieselben von der Kreisleitung abgeholt würden. Die alten Sachen wurden bei Stein auf Anordnung durch den Ortsgruppenleiter (Dohmen, LK) verbrannt. Die Parteisachen (Schriftstücke) wurden nach ein paar Tagen durch Hubert Gather nach Neuss gebracht ... Der nach September 1944 eingegangene Schriftverkehr und Anordnungen befanden sich im persönlichen Besitz von Dohmen in Mappen mit dem Vermerk: Geheim. Wo dieselben geblieben sind, weiß ich nicht.«

»Der lautlose Übergang von der Lüge zum Selbstbetrug ist nützlich: Wer auf ›Treu und Glaube‹ lügt, lügt besser, spielt seine Rolle besser, findet leichter Glauben beim Richter, beim Historiker, beim Leser, bei Frau und Kindern.«

PRIMO LEVI. DIE UNTERGEGANGENEN UND DIE GERETTETEN.

Die deutschen HZ

Von Thomas Mann

Deutschlands größter lebender Dichter, der Nobelpreisträger Thomas Mann, hat die letzten Jahre in Amerika verbracht. Nun, da sich die Tore des Konzentrationslagers – Symbol der Hitler-Jahre Deutschlands – geöffnet haben, hat der „Kölnische Kurier“ den Dichter ersucht, seine Ansichten der deutschen Öffentlichkeit bekanntzugeben. Thomas Mann hat uns den folgenden Artikel sogleich telegraphisch aus Amerika übermittelt. Wir sind stolz, die Spalten des „Kölnischen Kurier“ dem großen Dichter öffnen zu können und damit dem deutschen Publikum wieder die Möglichkeit zu geben, einem freien Deutschen ohne Furcht vor der Gestapo zu lauschen.

Das Recht erstickt und die Wahrheit; die Lüge das Wort führend ganz allein; die Freiheit zertrampelt; der Charakter, jede Anständigkeit zermalmt und eine Korruption von oben bis unten, die zum Himmel stinkt; die Menschen, gedrillt von Kind auf in einem lästerlichen Wahn von Rassensuperiorität, Erwähltheit und Recht auf Gewalt, erzogen zu nichts als Begehrlichkeit, Raub und Plünderung. Das war der Nationalsozialismus, und das soll deutsch, soll die der deutschen Natur einzig angemessene Verfassung sein.

Meine Leser in Deutschland! Ihr konntet euch von dieser Herrschaft aus eigener Kraft nicht befreien; das war wohl nicht möglich. Die Befreier mußten von außen kommen, sie haben das zerbrochene Land besetzt und müssen es auf Jahre hinaus noch verwalten.

Deutsch war es einmal, und möge es wieder sein, der Macht. Achtung, Bewunderung abzugewinnen, durch den menschlichen Beitrag zum freien Geist.

Terroristische Bewegungen wie die NSDAP stellen sich auf jede Situation aus ihrer Perspektive ein. Dabei antizipieren sie auch das Bild, das ihre Feinde von ihnen haben. Um dies dann zu instrumentalisieren. So wurden aus überzeugten Nationalsozialisten gute Katholiken. Da sie antizipiert hatten: Insbesondere die West-Alliierten hatte ein Deutschlandbild, nach dem es eine Kluft zwischen NSDAP und katholischen Eliten gegeben habe. Das berechnend wurde zwischen den NSDAP-Aktivisten vor Ort auch vereinbart, wessen Namen dann nicht in zu schreibende NSDAP-Mitgliederlisten auftauchen sollen. Wie in Osterath der Name Rudolf Lensing.

Im Kölnischen Kurier finden wir am 7. Juli 1945 den Artikel »Der Dritte Weltkrieg war schon im Geheimen vorbereitet«. Beschrieben wird der Bericht des US-Unterstaatssekretärs im Außenministerium Clayton vor einem Untersuchungsausschuss des Senats:

»Selbst während große Teile deutschen Gebietes schon von den alliierten Armeen bereits besetzt waren, schafften die Nationalsozialisten noch beträchtliche Geldmittel und besonders ausgebildete Fachleute ins Ausland, um dort Hilfsmittel für einen neuen Versuch der Welt Eroberung anzusammeln.«

Dieses Komplott wurde aufgedeckt.

So finden sich auch Artikel über Schein-Selbstmorde von NSDAP-Aktivisten: Täuschen – Tarnen – Verpissen – Weitermachen bis zum »Endsieg« – dem »deutschen Frieden«. Es gibt in diesem Kontext Selbsttötungen, die kritisch gesehen werden können. Wie die von Terboven als Reichsstatthalter in Norwegen – Gauleiter Essen, Oberpräsident Rheinprovinz, ein sehr enger Hitler-Vertrauter – in seinem Residenzbunker bei Oslo.

Der US-amerikanische Ortskommandant Mondell bestellte am 10. April 1945 Rudolf Bartels, Rechtsanwalt Dr. Thomassen und Fabrikant Georg Stoessel ein, seine Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters. (KK 875 Bl. 128ff.) Dr. Thomassen und Stoessel lehnten ab, weil ihre Berufspflichten sie bänden und weil sie in der Kommunalverwaltung unerfahren seien. Bartels ließ sich überzeugen und dann zusichern, dass Mondell ihn bei den von ihm erwarteten örtlichen Problemen unterstützt.

»Alles wurde zugesagt und auch bis zum Abzug der Amerikaner gehalten. Bereits einige Wochen

NACH DER BEFREIUNG VON DER US-ARMEE
FÜR DAS RHEINLAND HERAUSGEGEBENE
DEUTSCHPRACHIGE ZEITUNG, 12. JULI 1945

später verfasste ein hier ansässiger übelbeleumdeter Zeitungsreporter Karl Hubert Meier (Strafregisterauszug beiliegend) eine Eingabe an die amerikanische Besatzung, die unwahre Behauptungen über mich enthielt. Diese Schmähschrift über mich überbrachte der hiesige katholische Pfarrer persönlich der Militärregierung ... Der Pastor Hövelmann ... trat für seinen Schützling Recken ein, weil dieser Katholik ist ... Er wird geschützt durch eine kleine, aber örtlich einflussreiche Klique, die sich zum Teil aus früheren Nationalsozialisten zusammensetzt. Bürgermeister Recken versucht erklärlicher Weise aus dieser Situation für sich Nutzen zu ziehen. Er lässt durch den Pfarrer behaupten, dass er niemals innerlich Nationalsozialist gewesen sei. Ich stelle hingegen zum Beweis, dass er Parteimitglied war und sogar in öffentlichen Parteiversammlungen als Redner für die Partei aufgetreten ist.«

Die autistische Perspektive der katholischen Dorfelite ist festgehalten in der Chronik der Pfarrei St. Nikolaus Osterath:

»Auf ganz seltsame Weise wurde der Bürgermeister Hugo Recken beiseite geschoben. Sein Vorgän-

ger brachte es fertig, ihn fast ein Jahr aus dem Amt zu treiben. Dann konnte er in sein Amt zurückkehren.«

Die extrem selektive Wahrnehmung schließt alles aus, was nicht »passt«, insbesondere was von außen kommt. Es kann ausschließlich in persönlichen Feindbildern gedacht werden. Hier der Protestant, der den guten Katholiken aus dem Amt drängt, der dann zurückkehren kann, also seinen legitimen Platz wieder einnehmen kann.

Das Pathologische daran: Es hat sich bis heute in Meerbusch nichts geändert: »Die Vorwürfe von Klouten gegen Recken.« »Es wird um Abschiebung des Juden gebeten.« Fakten werden bürokratisch im Sinne von struktureller Gewalt zu persönlichen Meinungen umdefiniert, die inkompetent und illegitim seien, insbesondere persönlich auf den vermeintlichen Absender bezogen.

Annette Barfurth-Igel führt zu dieser ersten Phase von Bürgermeister Rudolf Bartels aus (S. 557): »Zu seiner Beratung und Unterstützung ernannte die Militärregierung noch als vorläufige Gemeinderäte den Rechtsanwalt Dr. Gustav Thomassen sowie den Fabrikanten Georg Stoessel und berief den als Kommunisten bekannten Anton Wienands zum besoldeten Beigeordneten. Die Bevölkerung wurde auf die neue Verwaltung mit dem Hinweis verpflichtet, dass »den Anordnungen der neuen Gemeindeverwaltung unbedingt Folge zu leisten sei.«

In der Übergangsphase zwischen Recken und Bartels leitete die rechte Hand von Hugo Recken, Johannes Herbrandt, Ende März bis zum 10. April die Gemeinde kommissarisch. Was ihm die Chance gab, sowohl gegenüber Ortskommandant Mondell, den Mitarbeitern in der Gemeindeverwaltung als auch der verbündeten Allianz katholischer Geistlichkeit und katholischer Gemeindeelite im gemeinsamen Interesse für die Zukunft mit Recken weiter – auch illegitimen – Einfluss zu nehmen. Er führte seine Rolle im nationalsozialistischen Terrorsystem bruchlos weiter. Das war möglich, weil ihn Ortskommandant Mondell trotz aller über ihn vorliegenden Informationen im Amt ließ, Mondell ließ sich täuschen. Mit gesellschaftlichen Konsequenzen bis heute. Kleine Ursache, große nachhaltige Wirkung.

Im Pfarrarchiv Osterath finden wir das folgende Dokument (K16/157):

»Johann Mathias Münks, geboren am 25. 5. 1892 zu Osterath, hat heute vor mir und den beiden mitun-

ARTIKEL VON DWIGHT D. EISENHOWER, OBERKOMMANDO DER ALLIIERTEN STREITKRÄFTE IN EUROPA, 2. APRIL 1945

Nazis werden bestraft

Von Dwight D. Eisenhower

Erstens: Deutschland und die Welt müssen ein für alle mal vom Nationalsozialismus befreit werden. Die Nationalsozialistische Partei und alle ihre Gliederungen werden aufgelöst werden. Die Führer der Partei, Angehörige der Gestapo und alle Personen, die der Teilnahme an Kriegsverbrechen verdächtig sind oder der Teilnahme an Terrorakten auf Weisung der Partei, werden verhaftet und vor Gericht gestellt werden. Wenn die Angeklagten in einem ordentlichen Gerichtsverfahren für schuldig befunden sind, wird sie die volle Strenge des Gesetzes treffen, in den schwersten Fällen die Todesstrafe.

Zweitens: Es wird Pflicht jedes Deutschen sein, bei der Ergreifung dieser Kriegsverbrecher mitzuhelfen und sie der alliierten Militärregierung zu überantworten.

Fünftens: Alle Beamten, einschließlich der Justizbeamten sowie der Beamten und Angestellten der öffentlichen Dienste, müssen auf ihren Posten bleiben und sind zur Fortführung ihres Amtes verpflichtet, soweit nichts Anderweitiges verfügt wird. Beamte, die nicht Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei waren und die Partei nicht tätig unterstützt haben, haben nichts zu befürchten, sofern sie ihre Amtspflicht nicht verletzen.

Sechstens: Aus allen Schlüsselstellungen der öffentlichen Dienste werden Nationalsozialisten rücksichtslos entlassen und durch Verwaltungspersonal nach Maßgabe der Befähigung ersetzt werden.

Rettung der Seelen

Von Franz Werfel

Franz Werfel, der weltberühmte Verfasser von „Juarez und Maximilian“, der „Vierzig Tage der Musa Dagh“ und des jetzt in Amerika so erfolgreichen „Lied von der Bernadette“ hat in den Jahren der tiefsten Schmach Deutschlands in den Vereinigten Staaten gelebt. Die folgende Botschaft des Dichters an das deutsche Volk wurde dem „Kölnischen Kurier“ telegraphisch übermittelt. Es gereicht uns zur besonderen Ehre, das Wort dieses Meisters der deutschen Sprache, der zwölf Jahre hindurch nicht zum Publikum sprechen durfte, unseren Lesern zu vermitteln.

Es ist eine furchtbare Prüfung, durch die Ihr durchgehen müßt, deutsche Menschen, eine Prüfung ohne Muster und Beispiel in der Weltgeschichte. Nicht, daß Eure stolzen Armeen zerschlagen und gefangen sind, nicht daß Eure blühenden Städte in Trümmern liegen, nicht daß Millionen von Euch aus ihren verkohlten Wohnstätten vertrieben, obdachlos und hungrig über die Landstraßen wandern, nicht in all diesem materiellen Elend, wie grauenhaft es auch ist, liegt die furchtbare Prüfung, der Ihr unterworfen seid. Dasselbe Elend, das Euch jetzt hohläugig durch Ruinen jagt, habt Ihr den andern Völkern Europas kalten Herzens selbst bereitet, und habt Euch nicht einmal umgesehen nach dem Jammer, der Euer Werk war. Die Völker haben diesen Jammer überdauert. Auch Ihr werdet den Jammer überdauern, unter einer einzigen Bedingung freilich, daß Ihr Eure Seele rettet. Und dies ist die furchtbare Prüfung und die große Frage: „Wird Deutschland seine Seele retten?“

*

Die Grundbedingung für diese Seelenrettung ist objektive Erkenntnis des Geschehenen und subjektive Erkenntnis der Schuld. Deutsche Menschen, wißt Ihr, was durch Eure Schuld und Mitschuld geschehen ist in den Jahren des Heils 1933 bis 1945 — wißt Ihr, daß es deutsche Menschen waren, die Millionen und Millionen friedfertiger, harmloser, unschuldiger Europäer mit Methoden umgebracht haben, die den Teufel selbst schamrot machen würden? Kennt Ihr die Bratöfen und Gaskammern von Maideneck, den Jauchenberg verwesender Mordopfer in Buchenwald, Belsen und hundert anderen Höllenlagern? Wißt Ihr von den Dünger- und Seifenfabriken, die in der Nähe mancher Lager errichtet wurden, damit Menschenfett und Menschenknochen der Volkswirtschaft nicht verlorengehen? Habt Ihr gehört von der Frau des Lagerkommandanten, die transparente Lampenschirme aus Menschenhaut als „Heimschmuck“ bevorzugte?

Viele Deutsche erleben und wenden sich ab und murmeln: „Was habe ich damit zu schaffen?“ Das ist es gerade: Ihr habt zu schaffen damit, jeder einzelne unter Euch. War jemals die Weltgeschichte das Weltgericht, das Gottesgericht, so war sie es jetzt und hier. Habt nicht Ihr von Eurer „Volksgemeinschaft“ geprahlt, in welcher das Individuum nur ein fanatisches Atom ist, das bedingungslos dem Ganzen dient? Nicht einzelne Verbrecher haben also jene Greuel begangen, sondern die „Volksgemeinschaft“ in Person, wo das Ganze für jene und jeder für das Ganze einsteht. Das Verbrechen des Nationalsozialismus und die unsagbare Verrohung des deutschen Wesens sind logische Folgen der frechen Teufelslehren, die vom „Recht des Stärkeren“ schwärmen und behaupten, Recht sei einzig und allein das, was dem Volke, das heißt ein paar Bonzen und Gaunern, nützt. Nichts kann es ungeschehen machen, daß Ihr diese Teufelslehren nicht nur angenommen, sondern ihnen zugejubelt und sie mit Feuer, Eisen und Blut verteidigt habt, und daß in Eurer Mitte außer dem Pastor Niemöller kein einziger Mann sichtbar wurde, der Gott für mehr achtete als die Gestapo. Niemals hat ein unheroischeres Geschlecht mit heroischer Weltanschauung geprotzt. Das ekelerregende Benehmen Eurer Führer, Bonzen und Generale offenbart vor Euren Augen nun die ganze Lüge.

*

„Tröste, tröste, mein Volk“ ruft der Prophet Jassapah in der Bibel, der Ihr Euch jetzt vielleicht wieder zuwenden werdet. Jedes Volk besitzt seinen „Trost“, den ihm keine Niederlage rauben kann. Es sind die guten Geister, die aus ihm im Laufe der Geschichte hervortreten, um vor Gott und der Welt für seinen Wert und seine heilige Bestimmung zu zeugen.

Deutsche Menschen, in dieser schrecklichen Stunde der Prüfung gedenket mit Demut und Dankbarkeit Eurer heiligen und großen Meister, die in der Ewigkeit für Euch zeugen. Sie allein können die Schmach von Euch nehmen. Im Angesichte Gottes, der alles vorübergehen läßt und so auch diese Stunde.

NACH DER BEFREIUNG VON DER US-ARMEE FÜR DAS RHEINLAND HERAUSGEBENE DEUTSCHPRACHIGE ZEITUNG, 12. JULI 1945

terzeichneten Zeugen Leo Hövelmann und Joseph Tepel den früheren Irrlehren abgeschworen und das vorgeschriebene Glaubensbekenntnis abgelegt. Darauf ist Kraft bischöflicher Ermächtigung vom 7. Nov. 1946 Johann Mathias Müns durch mich seine Aufnahme in den Schoss der katholischen Kirche erfolgt. Hövelmann Pfarrer ...«

Die Irrlehre war der Nationalsozialismus. Die verlorenen Schafe wechselten von »heim ins Reich« zu »heim ins himmlische Reich«. Nachdem sie ein »Reueprotokoll« unterschrieben und eine dreimonatige »pfarramtliche Unterrichtung in den religiösen Wahrheiten« absolviert hatten, wurden sie feierlich in die katholische Kirche wieder aufgenommen (Hövelmann S.13) Es fand also eine katholisch-ideologische Umerziehung statt, eine Reeducation besonderer Art. Die erfolgreich Umerzogenen haben dann sicherlich auf Aufforderung von Pfarrer Hövelmann Briefe unterschrieben, um den Katholiken Recken wieder gegen den Protestanten Bartels durchzusetzen.

In der Chronik der Pfarrei St. Nikolaus Osterath lesen wir:

»Zwischen 1933 und 1944 waren 61 Katholiken aus der Kirche ausgetreten. Viele davon wegen ihrer Parteizugehörigkeit. Nun kehrten 27 wieder zurück.«

Wohin kehrten sie konkret zurück?

Pfarrer Hövelmann hat als Lehrer für katholische Religion in Krefeld 1934 seinen Amts-Eid auf Adolf Hitler unterschrieben, wie seiner Personalakte im Stadtarchiv Krefeld im Original zu entnehmen ist. Die zuständigen britischen Behörden sahen ihn als aktiven Unterstützer der NSDAP an, daher musste er das Entnazifizierungsverfahren durchlaufen, was seiner Entnazifizierungsakte im Staatsarchiv NRW entnommen werden kann. Sein Habitus wird auch daran deutlich, dass er, wie vielfach überliefert ist, als Lehrer an der katholischen Dorfschule in Osterath oft Kinder misshandelt hat. Ein in verschiedener Weise gewaltsamer Mensch in einer gewaltsamen Gesellschaft – mit dem katholischen Mantel.

Die US-amerikanische Journalistin Martha Gellhorn berichtete im April 1945 aus dem Rheinland: »Niemand ist ein Nazi. Niemand ist je einer gewesen. Es hat vielleicht ein paar Nazis im nächsten Dorf gegeben und es stimmt schon, diese Stadt da, zwanzig Kilometer entfernt, war eine regelrechte Brutstätte des Nationalsozialismus. Um die Wahrheit zu sagen, ganz im Vertrauen, es hat hier eine Menge Kommunisten gegeben. Wir waren schon

immer als rot verschrien. Oh, die Juden? Tja, es gab eigentlich in der Gegend nicht viele Juden. Zwei vielleicht, vielleicht auch sechs. Sie wurden weggebracht. Ich habe sechs Wochen lang einen Juden versteckt ... Wir haben nichts gegen Juden; wir sind immer gut mit ihnen ausgekommen. Wir haben lange schon auf die Amerikaner gewartet. Ihr seid gekommen und habt uns befreit ... Die Nazis sind Schweinehunde ... Oh, wie wir gelitten haben ... Die Bomben ... Sie reden alle so. Wir stehen mit fassungslosen und verächtlichen Gesichtern da.«

Am 22. Juni 1945 lösten die Briten im heutigen Nordrhein-Westfalen die US-Amerikaner ab.

Im August 1945 hatte Osterath 4.391 Einwohner. Ähnlich wie 1933 mit 4.314 Einwohnern.

Die rechte Hand von Hugo Recken als Bürgermeister ab Januar 1934 war der Gemeindebeamte Johannes Herbrandt, seit dem 11. Juli 1933 in einer Gehilfenstelle bei der Gemeinde Osterath beschäftigt. (KK 1022 Bl. 309f.) Herbrandt wurde vom US-amerikanischen Ortskommandanten Mondell im Gegensatz zu Recken in der Gemeindeverwaltung belassen.

Herbrandt war von 1936 bis 1945 im Reichsbund der deutschen Beamten, in diesem Kontext »Vertrauensmann der Gemeindebeamten«. 1938 wurde er Mitglied der NSDAP, 1933 der SA, und war stellvertretender Blockwart in Osterath. Beginnend am 11. Juli 1933 als Gemeinde-Inspektor brachte er es im Laufe seiner Symbiose mit und für Recken in zwölf Jahren bis zu seiner Ernennung zum stellvertretenden Gemeindedirektor am 23. Februar 1946.

Herbert Roser (S.76) schreibt:

»Nach der »Machtergreifung« bildeten die NS- »Vertrauensmänner« die unterste Stufe des überall in der Verwaltung verbreiteten Spitzelsystems ... Auf lokaler Ebene wurden außerdem »Beamtenarbeitsgemeinschaften« gebildet, deren Mitglieder sich größtenteils nicht aus beamteten Parteigenossen, sondern Angehörigen und Sympathisanten der NS-Bewegung zusammensetzten.«

Sympathisanten einer terroristischen Bewegung.

»Das Parteiprogramm bildet die Richtschnur für das Tun und Lassen des Beamten.«

DR. KARL VOGT. HAUPTSCHRIFTFLEITER DES REICHSBUNDES DEUTSCHER BEAMTER 1939

Auf der Webseite des Bundesarchivs lesen wir:

»Dem Hauptamt (der NSDAP für Beamte, LK) ob-

lag u. a. die Betreuung des 1934 errichteten Reichsbund Deutsche Beamte (RDB), ein der NSDAP angeschlossener Verband. Der Leiter des Hauptamtes für Beamte war in Personalunion Reichswalter des RDB. Aufgabenbereich war u. a. die Beförderung und Versetzung.«

Gössel schreibt zum »Reichsbund Deutscher Beamter« (S. 107):

»Der Reichsbund Deutscher Beamter ... wurde zur Einheitsorganisation für alle Beamte ... Zu seinen Aufgaben gehörten lt. Satzung die Erziehung der Mitglieder zu vorbildlichen Nationalsozialisten.«

Im Deutschen Beamtengesetz 1937 lesen wir:

»§ 1

(1) Der deutsche Beamte steht zum Führer und Reich in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis (Beamtenverhältnis).

(2) Er ist Vollstrecker des Willens des von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei getragenen Staates.

(3) Der Staat fordert von dem Beamten unbedingten Gehorsam und äußerste Pflichterfüllung; er sichert ihm dafür eine Lebensstellung.

§ 3

(2) Der Beamte hat jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einzutreten und sich in seinem gesamten Verhalten von der Tatsache leiten zu lassen, dass die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in unlöslicher Verbundenheit mit dem Volke steht.

§ 4

(1) Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reichs und Volks, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein ...«

Prof. Dr. Arthur Brand führte dazu in seinem Kommentar zum DBG u. a. aus:

»Das sog. Ethos des Berufsbeamtentums ... kommt darin zum Ausdruck, dass die Partei mit ihrem nationalsozialistischen Ideengut den Staat und die ihn verkörpernde Beamtenschaft führt ... Der neue Staat verlangt eine Beamtenschaft, ... die unausgesetzt tatkräftig mithelfen muss, den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung im Volke mehr und mehr zu festigen ... Der Beamte ist politischer Soldat in Zivil ... Es gilt der Satz; »Erst Deutscher (Nationalsozialist), dann Beamter.««

Die am 21. April 1933 verfügte Mitgliedssperre der NSDAP ab dem 1. Mai 1933 wurde am 20. April 1937 gelockert.

»... für diejenigen Volksgenossen verfügt worden, die durch ihre nationalsozialistische Haltung und Betätigung in den Jahren seit der Machtübernahme des Führers sich eine Anwartschaft auf Aufnahme in die NSDAP erworben haben. Bei der Aufnahme von Volksgenossen in die NSDAP muss oberster Leitsatz aller mit der Aufnahme befassten Dienststellen der Partei sein, dass der Führer in der Partei eine verschworene Gemeinschaft politischen Kampfertums gestaltet wissen will. In die NSDAP sollen nach dem Ausspruch des Führers nur die besten Nationalsozialisten aufgenommen werden. Die Freiwilligkeit ist eines der wertvollsten und wesentlichsten Merkmale der Bewegung, das voll aufrechterhalten werden muss.«

Weiter auf Seite 127

BUNDESARCHIV
BERLIN:
NSDAP-AUFNAHME-
ANTRAG
PAUL SALITTER

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
München, Traunthaus

ANTRAG


Gau: *Ostpreußen*
Ortsgruppe: *Königsberg Pr.*
Ortspunkt: *Gauk. Bezirk*

Dieser Raum darf nicht befüllt werden
Mittgl.-Nr. **4924415**

auf Aufnahme in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Hiermit stelle ich Antrag auf Aufnahme in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Ich bin deutscher Abstammung und frei von jüdischem oder farbigen Rasseerbschaft, gehöre keinem Geheimbund, noch einer sonstigen verbotenen Gemeinschaft oder Vereinigung an und werde einer solchen während meiner Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nicht beitreten. Ich verspreche, als treuer Obedientemann des Führers die Partei mit allen meinen Kräften zu fördern.
Ich verpflichte mich zur Zahlung der festgesetzten Aufnahmegebühr und des monatlichen, im voraus zahlbaren Mitgliedsbeitrages, der sich für mich aus der Beitragsordnung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ergibt. Außerdem bin ich zur Zahlung eines einmaligen freiwilligen Förderungsbeitrages von *15* Reichsmark bereit.

Referent schreiben: *Paul Salitter*
Vor- und Zuname: *Paul Salitter*
Beruf oder Art der Tätigkeit: *Polizei-Gewehrmaschinenführer*
Geburtszeit: *15. 12. 1898*
Geburtsort: *Leskelaan der Odeleba*
Wohnort: *Königsberg Pr.* Wohnung: *Friedrichstr. 21a*
A. Salitter
Ortsgruppenleiter — Ortsgruppenleiter
Königsberg Pr. den *31. 5. 37*
Paul Salitter
Eigenhändige Unterschrift



Hauptamt für Beamte der Reichleitung der NSDAP. ABC des Deutschen Beamtengesetzes. Berlin 1940: Themenfokussierte Zusammenfassung

»Die Nazis belügen Gott und die Menschen.«
SEBASTIAN HAFFNER. GERMANY: JEKYL & HYDE. 1939. S. 103.

Diese Quelle ist ein Fraktal:
Für das, in welchem Legitimations-Kontext Beamte handelten, deutsche Bürokratien insgesamt und die deutsche Gesellschaft insgesamt. Sowie wie alle Teilaspekte von der NS-Führung vernetzt organisiert waren, damit Eigendynamik und Synergien erhielten – im Sinne der Realisierung des NSDAP-Programms, im Zentrum die Ermordung aller »Juden« der Welt.

In dieser Quelle wird deutlich:
Jedes einzelne Wort, dies dann vernetzt mit den Sätzen, Absätzen, Artikeln und Gesamt-ABC ist aus nationalsozialistischer Perspektive zu verstehen, es ist ein ABC des nationalsozialistischen Selbst-Verständnisses. So wie Sebastian Haffner in Jekyll & Hyde, 1939, feststellte: Wenn Nationalsozialisten »Weiß« sagen, dann verstehen wir – erst einmal – »Schwarz« – und umgekehrt. Die spezifische ideologisierte NS-Sprache muss übersetzt, dekodiert werden, um den Sinn hinter den Buchstabenkombinationen zu verstehen, zu deuten, zu interpretieren – und Schlüsse daraus zu ziehen. Alles wird umgewertet, in sein Gegenteil verkehrt. Zur Legitimation des Mordens.

In diesem Kontext mein Hinweis auf:
Lutz Winckler. Studie zur gesellschaftlichen Funktion faschistischer Sprache. Frankfurt a.M. 1977. Sprache und Ideologie dienten den Nationalsozialisten als Machtinstrument für ihre gesellschaftlich totale terroristische Herrschaftsausübung. So wie es fraktal in allen Diktaturen und terroristischen Bewegungen ist, allen Kulturen des Todes.

»Hitler verfolgt keine Idee, dient keinem Volk, hat kein staatsmännisches Konzept, sondern befriedigt einzig sein Ego. Seine Motive sind sture Eigenliebe, Erbitterung und korrupte Phantasie. Er ist ein armseliger Mensch – ohne Würde, ohne Haltung, ohne wahre Größe ... Alles ist vorgetäuscht und Taktik.«
SEBASTIAN HAFFNER. GERMANY: JEKYL & HYDE. 1939. S. 27.

»Deutsch« bedeutet:
Bewusst ein Teil der »arischen« »Volksgemeinschaft« zu sein.

Woraus sich Vernetzungen ergeben, insbesondere die selbstverständliche Übernahme der Umkehrung: »Gemeinschaftsfremde«, also insbesondere »Juden«, werden ausgegrenzt und ermordet. Denn als Gemeinschaftsfremde haben sie kein Lebensrecht, sind lediglich eine unzumutbare Belastung der Volksgemeinschaft.

»Die Prüfung zur Feststellung der Eignung als Nazi ist jedoch keine Mutprobe, sondern dient dem Nachweis

der Skrupellosigkeit. Der Novize muss in der Lage und dazu bereit sein, die Schutzlosen zu verfolgen, zu berauben und zu ermorden.«

SEBASTIAN HAFFNER. GERMANY: JEKYL & HYDE. 1939. S. 70.

»Leistungen als Beamte für »Führer, Volk und Reich« bedeutet:

Nach und mit allen Kräften gelebte Volksgemeinschaft im Sinne von unbegrenztem Kampf gegen Gemeinschaftsfremde mit allen »legalen« Mitteln, also allen Mitteln bis zur Ermordung.

»Diese Männer kennen keine Religion, Moral und Ästhetik. Nicht einmal eine soziale Norm ... Die Naziführer haben nichts, keine Verfassung, kein Prinzip, kein Ideal. Sie dienen nicht einmal ihrem Land.«

SEBASTIAN HAFFNER. GERMANY: JEKYL & HYDE. 1939. S. 53.

»Deutscher Friede« bedeutet:

Alle als Juden willkürlich definierte Menschen sowie alle anderen willkürlich als gemeinschaftsfremd definierten Menschen sind weltweit ermordet. Also alle Menschen, die nicht-arisch und nicht pathologische Nationalsozialisten sind, so gut wie die gesamte Menschheit.

»Die entscheidenden Merkmale der Naziführer sind grenzenlose Korruption, grenzenlose Tüchtigkeit und grenzenloser Zynismus.«

SEBASTIAN HAFFNER. GERMANY: JEKYL & HYDE. 1939. S. 43.

»Ein im deutschen Volk wurzelndes, von nationalsozialistischer Weltanschauung durchdrungenes Beamtentum, das dem Führer des Deutschen Reiches und Führer Adolf Hitler in Treue verbunden ist, bildet einen Grundpfeiler des nationalsozialistischen Staates.«

bedeutet:

Die Volksgemeinschaft-Bürokratie setzt adaptierend den Willen von Adolf Hitler zum Mord an allen »Gemeinschaftsfremden« um, schafft dazu die Voraussetzungen, inkl. der effektiven und effizienten Realisierung: Kostengünstiger Mord an allen willkürlich als gemeinschaftsfremd definierten Menschen – in Vernetzung mit den weiteren Macht-»Pfeilern«, also insbesondere NSDAP, Polizei inkl. Gestapo und Wehrmacht. »Ziel und Richtung des Staates werden durch die nationalsozialistische Weltanschauung und durch die Partei bestimmt.«

bedeutet:
Der Primat der pathologischen Welt-Anschauung, des Welt-Verständnisses der pathologischen Nationalsozialisten als Vorgabe im Sinne des NSDAP-Programms: grenzenloser Mord. Die NSDAP als Instrument Hitlers ist der Staat, dessen von allen Beamten gelebtes Kernziel die Ermordung aller Gemeinschaftsfremden ist.

»Die außerordentliche Wirkung seiner primitiven Propaganda erklärt sich ... daraus, dass Hitler von Anfang

an Propaganda, Überzeugen und Verhandeln mit Gewalt und Terror verknüpft hat. Gewalt, ständige, direkte unverhüllte Anwendung nackter Gewalt, um jeder Behauptung und Forderung Nachdruck zu verleihen – das ist Hitlers Methode, mit der er steht oder fällt.«

SEBASTIAN HAFFNER. GERMANY: JEKYL & HYDE. 1939. S. 24.

»Aktive Betätigung ... Der Beamte darf nicht nur Mitläufer, er muss Mitkämpfer des Führers sein.« bedeutet:

Bewusste aktive Adaption des Führerwillens – im Sinne des Führerprinzips.

Es konnte bei den Beamten keine »Mitläufer« geben – wie sie sich dann nach 1945 in den Entnazifizierungsverfahren – meist mit Erfolg – präsentiert haben. Denn wer von Nationalsozialisten als »Mitläufer« verstanden wurde, der wurde sofort entlassen.

»Von Angst und Ehrgeiz getrieben handeln sie gegen ihr Gewissen.«

SEBASTIAN HAFFNER. GERMANY: JEKYL & HYDE. 1939. S. 102.

»Außerdienstliches Verhalten« bedeutet:

Im Bewusstsein seiner NS-Stellung tritt der »deutsche« Beamte immer und überall als Vollstrecker des hitlerschen Willens auf. Das gilt im besonderen Maße für Beamte, die »Politische Leiter« sind, wie z. B. Blockleiter. Totale gesellschaftliche Machtausübung, es gibt kein im Sinn des NSDAP-Programms unpolitisches Privatleben.

»Hitlers Doktrin, wonach nur die größten Lügen eine Chance haben, geglaubt zu werden – weil es unmöglich scheint, dass jemand den Mut hat, sie auszusprechen.«

SEBASTIAN HAFFNER. GERMANY: JEKYL & HYDE & HYDE. 1939. S. 44,

»Deutscher Gruß »Heil Hitler« bedeutet:

Die Beamten grüßen immer – im Dienst und außerdienstlich – mit dem »Erheben des rechten Armes und durch den gleichzeitig deutlichen Ausspruch »Heil Hitler«.

Als gleichzeitige Ergebenheitsgeste und Machtdemonstration. Ein Fraktal für diesen Aspekt der NS-Realität.

An dieser Stelle passend der aus meiner Perspektive treffendste Flüster-Witz aus der NS-Zeit:

»Heil Hitler!« – »Heil Du ihn.«

»Flaggenhissung. Das Hissen der Hakenkreuzfahne bei feierlichen Anlässen (z. B. Geburtstag des Führers, 1. Mai, Entedankfest, 9. November usw.) gehört zu den Pflichten eines jeden deutschen Beamten.«

»Gefolgschaftsappelle, die meist aus besonderen Anlässen oder aus Anlass allgemeiner Gedenktage stattfinden, bekunden den nationalsozialistischen Geist der Betriebs- und Behördenangehörigen und ihre Verbundenheit untereinander und mit den übrigen Volksgenossen.« bedeutet:

Alle Formen von Ergebenheitsgesten und Macht-

demonstrationen sind vernetzt.

»Gehorsam. Will ein Beamter die Pflicht zur Treue seinem Führer gegenüber ganz erfüllen, so muss er unbedingt alles tun, was ihm dienstlich geheißten wird.« bedeutet:

Selbstverständlicher preußisch-bürokratischer Kadavergehorsam. »Führer befehl, wir folgen.« Im Sinne des Führerprinzips: Es ist klar, was Hitler will, und es wird selbstverständlich exekutiert.

»Er lebt in der ständigen Angst, betrogen zu werden, und fühlt sich nur sicher, wenn er jemand einen Schlag versetzen kann; er hat kein friedliches, sondern ein kriegerisches Selbstbewusstsein.«

SEBASTIAN HAFFNER. GERMANY: JEKYL & HYDE & HYDE. 1939. S. 32.

»Mitgliedschaft bei Gliederungen der Partei und den ihr angeschlossenen Verbänden«. Als Mitglied des Reichsbund Deutscher Beamte: »Unterstützung der Regierung als Vollzieher der Weisungen des Führers in ihren beamten-politischen Maßnahmen.« bedeutet: Da aus Perspektive der Nationalsozialisten alles Handeln politisch war, meint diese Formulierung den selbstverständlichen Hinweis auf die Rolle der Beamten in der Ermordung der »Gemeinschaftsfremden«.

»Nationale Feiertage«. Ernennung und Beförderung i. d. R. zu nationalen Feiertagen: »30. Januar, 20. April, 1. Mai, 30. September, 9. November«, bevorzugt »der Geburtstag des Führers«.

So findet es sich auch bei NSDAP-Mitgliedschaften. Hugo Recken: 1. Mai 1933. Als – freiwillige – Ergebenheitsgeste.

»Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Die NSDAP ist Trägerin des neuen deutschen Staates« als »Körperschaft des öffentlichen Rechts«. bedeutet:

Die schein-juristische schein-legale Vernetzung von NSDAP und deutschem Staat – das Primat der NSDAP: Ein Partei-Staat, in dem die formalen staatlichen Institutionen die tote Legitimations-Hülle für bürokratische Realisierung des hitlerschen terroristischen Willens sind.

»Nationalsozialistische Presse. Das regelmäßige Studium der nationalsozialistischen Tagespresse, in erster Linie des Völkischen Beobachters, gehört zu den unerlässlichen Pflichten des deutschen Beamten.« bedeutet: Selbstverständliche und freiwillige Selbst-Indoktrinierung durch das Göbbels-Zentralblatt, über das die offiziellen »Sprachregelungen« des NS-Staats-Partei-Staates kommuniziert wurden. Internalisierung des eliminatorischen NS-Antisemitismus, der selbstverständlich exekutiert wurde. »Ich habe nur meine Pflicht getan, kein Unrecht begangen, als katholischer Christ gehandelt, war gezwungen.«

»Öffentliche Kundgebungen und sonstige Veranstaltungen der NSDAP. Diese Kundgebungen sind dazu bestimmt, den deutschen Volksgenossen zum Nationalsozialistischen Staatsgedanken zu erziehen. An ihr

müssen deshalb auch alle Beamten in erster Linie teilnehmen.« bedeutet:

Die Nationalsozialisten vernetzten alle ihre Machtmöglichkeiten zur tiefen Implantierung des selbstverständlichen Mordes an allen »Gemeinschaftsfremden«.

»Opferbereitschaft. Der Beamte muss bereit sein, für sein Vaterland und sein deutsches Volk jedwedes Opfer zu bringen.« bedeutet:

Sich selbst bewusst freiwillig zum Sklaven zu machen, Preisgabe der eigenen Würde, des persönlichen Selbst. Um alle humanen gesellschaftlichen zivilisatorischen Schranken abzulegen, so zum perfekten Instrument des Vernichtungs-Willens Hitlers und seiner Vasallen zu werden. Sich freiwillig und bewusst zu einem armseeligen Menschen zu transformieren.

»Deutschland« verlangt auch Opfer, die ganz allgemein als unehrenhaft angesehen werden:

Opfer an Charakter, Gewissen, Einsicht und Moral.«
SEBASTIAN HAFFNER. GERMANY: JEKYLL & HYDE. 1939. S. 124.

»Partei und Staat«, »Wort des Führers: »Nicht der Staat befiehlt uns, wir befehlen dem Staat.«

Klarer und deutlicher ist es nicht zu formulieren.

»Das erste Land, auf dem sie rumgetrampelt sind, war Deutschland. Nicht einmal Deutschland ist sich dessen genügend bewusst.«

SEBASTIAN HAFFNER. GERMANY: JEKYLL & HYDE. 1939. S. 57.

»Pflichten« bedeutet:

Selbstverständliche freiwillige bewusste Realisierung des NSDAP-Programms.

»Politische Leiter. Bei Beamten, die Politische Leiter sind, gilt ein Verhalten im Rahmen ihrer parteiamtlichen Tätigkeit nicht als außerdienstliches Verhalten.«

»Politische Pflichten ... er jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintritt und für die Idee Adolf Hitlers kämpft und die nationalsozialistische Weltanschauung gegen jeden Angriff verteidigt. Zur Pflicht des Beamten der Partei gegenüber gehört es auch, dass er alle Vorgänge, die den Bestand des Reiches oder der NSDAP gefährden könnten, zur Kenntnis eines Dienstvorgesetzten bringt.« bedeutet:

Redundante Formulierung zu dem, was bereits vorher kommuniziert wurde. Und sowohl Aufforderung zur Denunziation als auch Drohung für den Fall des Unterlassens. Ausdruck des grundsätzlichen und pathologischen Misstrauens der Nationalsozialisten gegenüber allen anderen Menschen – weil sie sich selber kannten.

»Für den Durchschnittsdeutschen existiert eine private und eine politische Moral, wobei die politische Moral das ganze Gegenteil von der privaten ist. Verrat, Erpressung, Diebstahl, Meineid, Mord, Raub sind nach deutscher Auffassung im politischen Leben keine Verbrechen und Exzesse wie im Privatleben.«

SEBASTIAN HAFFNER. GERMANY: JEKYLL & HYDE. 1939. S. 116.

»SA. Sturmabteilung der NSDAP ist eine Gliederung der Partei. Der Beamte muss politischer Kämpfer sein; unpolitisch sein heißt, kein Interesse zu haben an der deutschen Volksgemeinschaft, ein Haltung, die für einen Beamten des nationalsozialistischen Staates unmöglich ist.« Mitgliedschaft in SA – oder SS – des Beamten als Pflicht. »... dienen die deutschen Volksgenossen in erster Linie als Instrument zur Vertretung und Stärkung des Weltanschauungskampfes der Bewegung.« bedeutet:

Synergetische Vertiefung der Bindung des Beamten an Hitler und damit an die selbstverständliche Mitwirkung im Rahmen aller persönlichen Fähigkeiten bei der Ermordung aller Gemeinschaftsfremden.

»Treueeid. Die dem Führer und Reichskanzler bis zum Tode zu haltende Treue wird mit dem Treueeid besiegelt.«

»Die Naziführer haben überhaupt nichts für Deutschland getan. Sie lieben Deutschland nicht. Es ist ihnen völlig gleichgültig und sie bemühen sich niemals, es zu kennen oder zu befragen. Es würde ihnen auch nichts ausmachen, es zu zerstören.«

SEBASTIAN HAFFNER. GERMANY: JEKYLL & HYDE 1939. S. 55.

»Vaterlandsliebe«

»Keine Vaterlandsliebe, sondern Vaterlandsbindung. Es ist ein Gefühl, das die sittliche, geistige und ästhetische Verantwortung teilweise lähmt. Es ist sozusagen ein blinder Fleck im geistigen Auge.«

SEBASTIAN HAFFNER. GERMANY: JEKYLL & HYDE 1939. S. 125.

»Völkische Pflichten«

»Der Machthaber ist niemandem gegenüber verantwortlich, er ist respektabel und unangreifbar.«

SEBASTIAN HAFFNER. GERMANY: JEKYLL & HYDE. 1939. S. 24.

»Volksgemeinschaft«

»Diese Deutschen führen ein Doppelleben wie Dr. Jekyll and Mr. Hyde.«

SEBASTIAN HAFFNER. GERMANY: JEKYLL & HYDE. 1939. S. 105.

BUNDESARCHIV BERLIN:
NSDAP-ZENTRALKARTEI
JOHANNES HERBRANDT
(VORDER- UND RÜCKSEITE)

Name: <i>Herbrandt Johannes</i>	Wohnung: <i>O. Kapellen 6</i>
Verf. o. oek. Beruf: <i>Kaufm.</i> Gebort: <i>Kempfen</i>	Ortsgr.: <i>Bitterfeld</i> Gau: <i>Dieseld.</i>
Geb.-Datum: <i>24.12</i> Geb.-Ort: <i>Kempfen</i>	Monatsmeh. Gau: <i>St. St.</i>
Nr.: 4697516 Aufn.: <i>1. 5. 37</i>	Et. Nr./ vom
Wahlkarte beantragt am: <i>9. 5. 37</i>	Wohnung:
Wahlkarte beantragt am: <i>9. 5. 37</i> genehm.	Ortsgr.: <i>Bitterfeld</i> Gau:
Austritt:	Monatsmeh. Gau: <i>St. St.</i>
Geldsicht:	Et. Nr./ vom
Ausschluss:	Wohnung:
Aufgehoben:	Ortsgr.: <i>Bitterfeld</i> Gau:
Gefahren wegen:	Monatsmeh. Gau: <i>St. St.</i>
Zurückgenommen:	Et. Nr./ vom
Abgang zur Wehrmacht:	Wohnung:
Zugang von Wehrmacht:	Ortsgr.: <i>Bitterfeld</i> Gau:
Gestorben:	Monatsmeh. Gau: <i>St. St.</i>
Bemerkungen:	Et. Nr./ vom
	Wohnung:
	Ortsgr.: <i>Bitterfeld</i> Gau:

Monatsmeh. Gau: <i>St. St.</i>	30. Dez. 1937				
Et. Nr./ vom	Mitgliedskarte ausgestellt am:				
Wohnung:	1. Mitgl.-Buch ausgef. am:				
Ortsgr.: <i>Bitterfeld</i> Gau:	Lauffhr. Nr. Gau:				
Monatsmeh. Gau: <i>St. St.</i>	2. Mitgl.-Buch ausgef. am:				
Et. Nr./ vom	Lauffhr. Nr. Gau:				
Wohnung:	Verwarnung m. Demerabekennung auf:				
Ortsgr.: <i>Bitterfeld</i> Gau:	Laut:				
Monatsmeh. Gau: <i>St. St.</i>	<table border="1" style="width: 100%; height: 40px;"> <tr><td></td><td></td><td></td></tr> </table>				
Et. Nr./ vom					
Wohnung:	Registrierungs-Vorgang:				
Ortsgr.: <i>Bitterfeld</i> Gau:	<table border="1" style="width: 100%; height: 40px;"> <tr><td></td><td></td><td></td></tr> </table>				
Monatsmeh. Gau: <i>St. St.</i>					
Et. Nr./ vom					
Wohnung:					
Ortsgr.: <i>Bitterfeld</i> Gau:					

BUNDESARCHIV BERLIN:
NSDAP-GAUKARTEI
JOHANNES HERBRANDT

Name: <i>Herbrandt Johannes</i>	Wohnung: <i>O. Kapellen 6</i>
Verf. o. oek. Beruf: <i>Kaufm.</i> Gebort: <i>Kempfen</i>	Ortsgr.: <i>Bitterfeld</i> Gau: <i>Dieseld.</i>
Geb.-Datum: <i>2. 4. 08</i> Geb.-Ort: <i>Kempfen</i>	Monatsmeh. Gau: <i>St. St.</i>
Nr.: 4697516 Aufn.: <i>1. 5. 37</i>	Et. Nr./ vom
Wahlkarte beantragt am: <i>9. 5. 37</i>	Wohnung:
Wahlkarte beantragt am: <i>9. 5. 37</i> genehm.	Ortsgr.: <i>Bitterfeld</i> Gau:
Austritt:	Monatsmeh. Gau: <i>St. St.</i>
Geldsicht:	Et. Nr./ vom
Ausschluss:	Wohnung:
Aufgehoben:	Ortsgr.: <i>Bitterfeld</i> Gau:
Gefahren wegen:	Monatsmeh. Gau: <i>St. St.</i>
Zurückgenommen:	Et. Nr./ vom
Abgang zur Wehrmacht:	Wohnung:
Zugang von Wehrmacht:	Ortsgr.: <i>Bitterfeld</i> Gau:
Gestorben:	Monatsmeh. Gau: <i>St. St.</i>
Bemerkungen:	Et. Nr./ vom
	Wohnung:
	Ortsgr.: <i>Bitterfeld</i> Gau:

NSDAP-Reichsschatzmeister und Oberster Parteirichter (Hrsg.). Richtlinien für das Verfahren bei der Aufnahme neuer Mitglieder in die Partei. O. O. 1937. Im Bundesarchiv Berlin, NS 001/001117

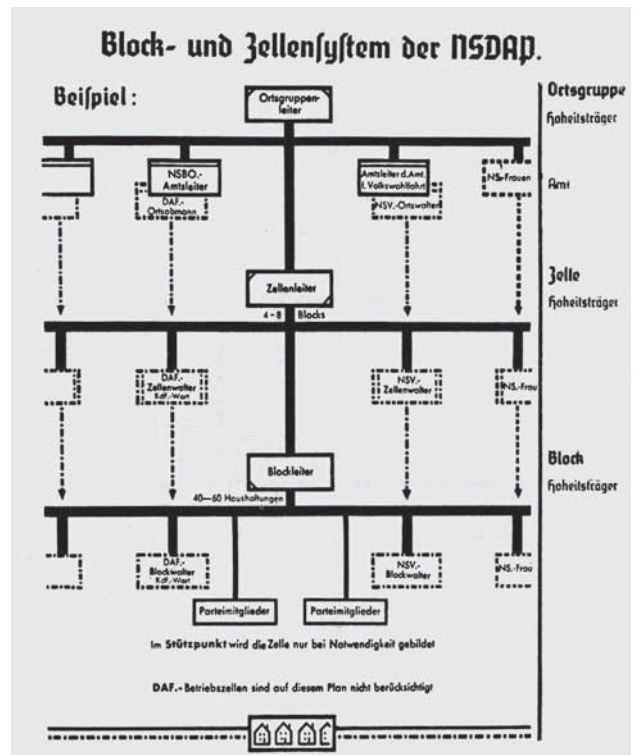
»Bei der Lockerung der Mitgliedersperre 1937, die zeitlich mit dem stark erhöhten Personalbedarf nach der Umstrukturierung der Blöcke zusammenfiel, wurde versucht, gezielt ›Volksgenossen‹ aufzunehmen, die zu aktiver Mitarbeit bereit waren und dies bereits in anderen NS-Organisationen in den vergangenen Jahren unter Beweis gestellt hatten.«
MÜLLER-BOTSCH. S. 296.

»Über die Bestimmungen zur Aufnahme von Mitgliedern steuerte die NSDAP zugleich die Zusammensetzung des Funktionärskorps entlang der NS-Rassepolitik und legte immer strengere Kriterien bei der Aufnahme und Funktionsübertragung an.«
MÜLLER-BOTSCH. S. 98.

Johannes Herbrandt gab seinen NSDAP-Aufnahmeschein bei der NSDAP-Ortsgruppe Osterath ab. Der Aufnahmeschein ging mitsamt einer positiven Stellungnahme von NSDAP-Ortsgruppenleiter Panzer an einen für Parteiaufnahmen gebildeten Prüfungsausschuss bei der NSDAP-Kreisleitung in Kempen. Dieser Prüfungsausschuss bewertete in einer Sitzung in Anwesenheit von Ortsgruppenleiter Panzer und zwei weiteren »verdienten« Osterather NSDAP-Mitgliedern, ob Herbrandt die notwendigen Voraussetzungen zur Aufnahme in die NSDAP erfüllt. Kreisleiter Diestelkamp stimmte dem positiven Prüfungsergebnis zu, Herbrandt war in die NSDAP aufgenommen. Denn der Düsseldorfer NSDAP-Gauleiter Florian verzichtet auf sein letztes und entscheidendes Wort.

»Diese Leute, die allein schon dadurch einen Beweis für Charakterschwäche geliefert haben, dass sie die Aufnahme in die Partei beantragen, tendieren, sobald sie ihr angehören, ohne Zweifel dazu, rasch ihre bisherigen Meinungen aufzugeben und das nazistische Gedankengut zu übernehmen.«
SEBASTIAN HAFFNER. JEKYLL & HYDE. 1939. S. 89.

Mitglied der NSDAP zu werden bedeutete das bewusste Bekenntnis zum gelebten nationalsozialistischen eliminatorischen Antisemitismus. Es war immer ausdrücklich freiwillig und auf eigenen Antrag. Die NSDAP war eine nach außen geschlossene terroristische Gesinnungs- und Kampfgemeinschaft, die alles tat, um aus ihrer Perspektive nicht unterwandert zu werden. Um in ihr Aufnahme zu erhalten, musste der dies Begehrende beweisen, dass er dieser Ehre und diesem Privileg durch sein



ORGANISATIONHANDBUCH DER NSDAP 1937: BLOCK- UND ZELLENSYSTEM DER NSDAP

praktisches Tun – in seinem privaten und beruflichen Leben, aus NS-Perspektive auch eine untrennbare politische Einheit – im Sinne des NSDAP-Programms durch Gefolgschaft und Treue würdig war. Als einflussreicher Gemeindebeamter mit konkreten existenz- und lebensbedrohenden Konsequenzen für die von dieser terroristischen Partei-Staats-Ideologie auf Basis des NSDAP-Programms betroffenen »Gemeinschaftsfremden«, insbesondere denen, die an erster Stelle gemeint waren: »Der Jude ist unser Unglück.« »Juda verrecke.«

Die NSDAP-Mitgliedskarte erhielt Herbrandt von der dafür zuständigen NSDAP-Reichsleitung. In der Zwischenzeit war er »Parteiwanter«. Damit oblagen ihm alle Pflichten der Parteigenossen, insbesondere die Melde- und Beitragspflicht, allerdings konnte er nicht alle Rechte eines ordentlichen NSDAP-Mitglieds beanspruchen. Nachdem er wie vorgesehen seine NSDAP-Mitgliedskarte innerhalb von drei Monaten erhalten hatte, war er NSDAP-Mitglied mit allen Pflichten und Rechten.

Der Schulungsleiter der NSDAP-Ortsgruppe Osterath leitete NSDAP-Veranstaltungen, um die »NSDAP-Tauglichkeit« neuer Mitglieder wie Herbrandt zu prüfen. Die Teilnahme war obligatorisch. Nur wer diese NSDAP-Kurse »erfolgreich« absolvierte, kam für »höhere« Aufgaben wie der Mitarbeit in NSDAP-Blöcken in Betracht. Wie dies bei

Herbrandt der Fall war, der dann Blockleiter werden wollte. Dies bedingte, dass er zu den »besten Parteigenossen innerhalb der Ortgruppe zählte«. NSDAP-Ortsgruppenleiter Panzer berief Herbrandt zum Blockleiter-Anwärter. Nach einer mehrmonatigen Probezeit mit »erfolgreichem« Praxiseinsatz und dem »Nachweis der arischen Abstammung bis

1800« wurde Herbrandt auf Vorschlag von Ortsgruppenleiter Panzer von Kreisleiter Diestelkamp feierlich zum NSDAP-Blockleiter in Osterath ernannt. Wie alle Politischen Leiter der NSDAP trug Herbrandt eine hellbraune NSDAP-Uniform. Er hatte auch – über 1945 hinaus – seine graue SA-Uniform. Seine NSDAP-Dienstbezeichnung lautete

Im »Dienstbuch für Blockleiter in der N.S.D.A.P.« lesen wir:

»... die Hoheitsträger an der Front mitsamt den Zellen und Blockleitern ... in steter Fühlung mit den Volksgenossen ihres Bereichs lebende Führer ihrer Gefolgschaft sein sollen.«

»Der Stellvertreter des Führers« Rudolf Hess

»Die Block- und Zellenleiter sind mit die wichtigsten Politischen Leiter der Partei. Sie sind die Stütze unserer Organisation und tragen als un-mittelbare Mittler der Partei dem Volk gegenüber eine ungeheure Verantwortung ... Sie sollen die Seelsorger, Mittler und Vertrauensleute der Partei sein, die ihr höchstes Ziel darin sehen, das volle Vertrauen des ihnen anvertrauten Volksteils zu erhalten.«

»REICHSORGANISATIONSLIETER« DR. ROBERT LEY.

»Der Blockleiter ist somit der äußere Führer der Partei und muss dazu beitragen, folgende Aufgaben möglichst restlos zu lösen.«

a) Clearingstelle zu »allen wertvollen Volksgenossen«, also denen, die freiwillig und bewusst an der Umsetzung des NSDAP-Programms mitwirken.

»b) alles Verwerfliche, Sabotierende und das Volksganze Schädigende auszuschalten und dafür zu sorgen, dass Saboteure und Volksschädlinge durch die zuständigen Organe der Partei und des Staates unschädlich gemacht werden; denn die NSDAP will die Einheit, weil Zersplitterung Schwächung unserer Kraft bedeutet.«

Also »Ausschaltung« im Sinne von KZ und Ermordung aller »Reichsfeinde« wie »Gemeinschaftsfremde«, um alle Kräfte auf die Realisierung des NSDAP-Programms konzentrieren zu können, im Kern die Ermordung aller »Juden« weltweit, was einen globalen Eroberungskrieg bedingte.

c) und d) Im Kern Redundanzen zu a)

»Zu diesem Zweck muss der Blockleiter sich im klaren sein, und sich fortlaufend unterrichten.«

a) b) c)

zu a: »Er muss insbesondere wissen, dass er sich der Ehre, Politischer Leiter und damit Mitarbeiter des Führers sein zu dürfen, durch ständig neue Erfüllung der übernommenen Pflichten stets von

neuem würdig zu erweisen hat ... die Kameradschaft als schönstes Erlebnis unserer politischen und weltanschaulichen Gemeinschaft.«

»zu b: Dieses Kameradschaftsgefühl greift über auf das Volksganze. Im Kleinen muss die Einheit des Volkes angestrebt und verwirklicht werden.«

Der Block als gesellschaftliches Fraktal im terroristischen NS-Partei-Staat.

»Mit der intensiven Überwachung und Schulung der Parteigenossenschaft ... auf das genaueste erledigt.«

Allseitige Überwachung und Indoktrinierung im Sinne des NSDAP-Programms.

»Bei der finanziellen Sicherung der Maßnahmen der Partei fallen dem Blockleiter ganz besondere Aufgaben durch die Einziehung der Mitglieder- und Hilfskassenbeiträge, durch den Verkauf von Eintrittskarten, Broschüren, Plakaten, Anzeichen usw. zu.«

Die NSDAP als hypermoderne Merchandising-Partei. Merchandising zur Abschöpfung von Kaufkraft mit dem Ziel der Mit-Kriegsfinanzierung als Bedingung des Kern-Parteiprogramm-Ziels: alle »Juden« weltweit zu ermorden. Wobei dieses Merchandising – auch im Kontext der Blockhelfer – »allen wertvollen Volksgenossen« sowie denen gilt, die so ihre systemkonforme Haltung dokumentieren wollen.

»Die Handhabung des Dienstbuches.«

Ein Fraktal bürokratisch-perfekter Anweisung – Perfektion ohne Kontext zur Realisierung des NSDAP-Programms. Ein Beispiel von mehreren:

»Das Öffnen des Markenheftchens erfolgt zweckmäßigerweise derart, dass Daumen und mittlerer Finger der linken Hand an der Ecke links oben und rechts unten einen kleinen Druck ausüben. Das Heftchen öffnet sich dann von selbst wie eine Tüte und es können die Markenwerte mit der rechten Hand ohne weiteres herausgenommen werden. Nach Gebrauch ist das Markenheftchen dann stets wieder in die hierfür vorgeschriebene Tasche zu schieben.«

Der kleine Fingerdruck für den Holocaust.



BILD LINKS: LOTHAR KLOUTEN: FOTO BLOCKLEITER
BILD RECHTS: SA-STURMHauptführER



»Blockleiter der NSDAP«. »Die Grundhaltung des Politischen Leiters ist soldatisch«, so das NSDAP-Organisationshandbuch.

1932 – vor der Machtübergang am 30. Januar 1933 – waren die Kreisorganisationen gebildet worden, zeitgleich wurde das Block- und Zellsystem eingeführt. Ein Zufall? 1937 erfuhr das Blocksystem eine wesentliche Änderung: Von der Organisation nach der Anzahl der Parteigenossen wurde die Größe der Blocks nach Einwohnern bestimmt. Dies als Teil der bereits seit April 1933 laufenden Kriegsvorbereitungen, denn der von den Nationalsozialisten erwartete Bürgerkrieg blieb aus, sie konnten sich auf den äußeren Krieg konzentrieren.

Die NSDAP definierte den geographischen Bereich eines Blocks als »Hoheitsgebiet« – des jeweiligen Blockleiters als Führer der Partei- und Volksgenossen in »seinem« Hoheitsgebiet. In einem Block lebten etwa 170 Volksgenossen; »Juden« zählten nicht. Der Blockleiter wurde – jährlich wiederholend – persönlich auf Hitler vereidigt. Wie Beamte – auch der Polizei – und Wehrmachtsangehörige.

In »seinem« Block, seinem »Hoheitsgebiet«, hatte Herbrandt mehrere ehrenamtliche Helfer, de-

ren »Führer« er war. Diese Helfer waren z. T. nicht NSDAP-Mitglieder, hatten aber ihre »arische Abstammung« nachzuweisen. Diese »Blockhelfer« waren von Ortsgruppenleiter Panzer berufen und ernannt worden, soweit sie nicht NSDAP-Mitglieder waren. Die wurden von ihm wohl berufen, aber von Kreisleiter Diestelkamp ernannt. Blockhelfer waren »Vertrauensmänner der NSDAP«.

Im Block, der Zelle und der Ortsgruppe Osterath gab es monatliche »Führerbesprechungen« und »Dienstappelle«. Für die monatlichen Treffen mit seinen Blockhelfern galt für Herbrandt: »Der Blockleiter legt für die Zukunft vorgesehene Aufgaben fest.« (RADATZ. S. 14)

Dem Organisationshandbuch der NSDAP von 1936 entnehmen wir zu den Aufgaben eines Blockleiters: Er war für die »gesamtpolitische Lage in seinem Hoheitsgebiet verantwortlich«.

»Die Verbreiter schädigender Gerüchte hat er feststellen zu lassen und sie an die Ortsgruppe zu melden, damit sie zuständige staatliche Dienststellen unterrichten kann. Der Blockleiter treibt nationalsozialistische Propaganda von Mund zu Mund.«

»Ewig rührige Prediger, Mahner und Verfechter der nationalsozialistischen Weltanschauung.«
 »DER HOHEITSTRÄGER«. NR. 2. 1937.

»Der Hoheitsträger muss sich um alles kümmern. Er muss alles erfahren. Er muss sich überall einschalten.«
 HAUPTAMT DER NSDAP ZU DEN AUFGABEN EINES BLOCKLEITERS

»Der Blockleiter hat die propagandistische Kernarbeit zu leisten, er muss bei den Volksgenossen die innere Bereitschaft erzeugen, das Verständnis wecken, er muss die Voraussetzungen schaffen, die immer notwendig sind, um eine politische Aufgabe erfolgreich durchzuführen.«
 DER STUTTGARTER KREISLEITER 1937

»Die Wohnungen gehörten ja schon dem Blockwart, da hatte der Hauswirt nichts mehr zu melden. Die kamen ja dauern an, die hatten immer irgend etwas. Die klingelten Sturm, da denken sie Wunder

und rennen hin, »Heil Hitler« und schon waren sie drin. Und denn kuschen sie schon.«
 EINE 1906 GEBORENE HAMBURGERIN

»Man sagte, die da oben, die sind nicht so schlimm, am schlimmsten sind die Kleinen, die Blockwarte, die konnten einen triezen und bedrohen wegen Äußerungen. Da musste man vorsichtig sein.«
 EINE ZEITZEUGIN.

»Kleine Hitler«
 FORMULIERUNG ZAHLREICHER ZEITZEUGEN

»Es gibt jedoch einige Merkmale, an denen man erkennen kann, ob man es mit einem Nazi zu tun hat. Im großen und ganzen sind die Nazis unter den ... niederen Parteifunktionären ... Das wichtigste und einfachste Kriterium ist die Haltung zur Politik gegenüber den Juden in Deutschland ... Ein Nazi ist jemand, der dieser allgemeinen und sadistischen Orgie vorbehaltlos zustimmt und sich daran beteiligt ... Schon seit Jahren bemühen sich die Nazis



LINZER TAGESBLATT, 28.10.1939: AUS DEM TAGEWERK EINES BLOCKWALTERS

nicht mehr, sich Vorwände auszudenken, um die Juden zu berauben, zu quälen und zu ermorden.«

SEBASTIAN HAFFNER. GERMANY: JEKYLL & HYDE 1939. S. 68f.

»Die Blockwarte haben durch ihre tägliche selbstverständliche, ja oft unbewusste Aufsicht über die Bewohner mehr zur Stärkung des Regimes beigetragen als die Geheime Staatspolizei.«

ERICH KORDT. 1947

»Bei den unteren NSDAP-Funktionären »handelte es sich um eine aktive, organisierte Unterstützung der NSDAP-Parteiorganisation. Die Funktionäre der NSDAP-Ortsgruppen bildeten eine Gruppe von NS-Aktivisten, die mehrheitlich erst nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in die NSDAP eintraten ... Mit dieser Kategorisierung – NS-Aktivisten, die aus dem Befreiungsgesetz von 1946 aufgegriffen wird – ist meines Erachtens die Gruppe am zutreffendsten bezeichnet. Innerhalb der fünf Untergruppen von Verantwortlichen wird sie als eine Untergruppe zu der Gruppe 2 (Belastete) angeführt.« MÜLLER-BOTSCH. S. 8.

»Die schrittweise Entrechtung und Verfolgung der Jüdinnen und Juden in Deutschland bis hin zu ihrer Deportation in Konzentrationslager und Vernichtungslager erfolgte zu einem erheblichen Teil vor dem Hintergrund und dem Zusammenspiel mit der antisemitischen Propaganda- und Verfolgungspraxis der unteren NSDAP-Funktionäre auf Ortsgruppenebene.« Müller-Botsch. S. 42.

»Über diese Struktur des Erfassens und Meldens beteiligten sich auch die unteren Parteieinheiten an der Verfolgung tatsächlicher und vermeintlicher politischer Gegner, deren systematische Verfolgung bis zur Deportation der in ihrem Zuständigkeitsbereich lebenden Juden sowie Verfolgung der »jüdischen Mischlinge« und weiterer »rassepolitischer Gegner.«

MÜLLER-BOTSCH. S. 99.

»Vernichtungskartelle aus Mitläufern und Blockwarten, Beamten und NS-Bonzen.«

KARIN WICKMANN IN »DIE ZEIT«. 16. JANUAR 1998

»Faktisch arbeiteten »Blockwarte« ... als Hilfspolizisten der Gestapo zu, indem sie die ständige Kontrolle von politisch Verdächtigen übernommen oder besondere Vorkommnisse zur Anzeige brachten.«

DETLEF SCHMIECHEN-ACKERMANN. S. 592.

In Karl Reibel »Das Fundament der Diktatur: Die NSDAP-Ortsgruppen 1932–1945« finden wir folgende Informationen:

NS-Nachrichtendienst in den Ortsgruppen »SD-Beobachter«. »Einsatz der Politischen Leiter der NSDAP im Dienst des RFSS« – Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei Heinrich Himmler. (S. 310)

»... nahmen die Politischen Leiter in den Ortsgruppen eine exponierte Stellung im organisierten Überwachungswesen des NS-Regimes ein – zum einen im Feld der »politischen Beurteilungen«, zum anderen als direkte Informationslieferanten für den SD bzw. die Gestapo.« (S. 310)

»... mit welchem Selbstverständnis die unteren Parteifunktionäre über die Menschen in ihrem Dienstbereich urteilten und sie Kraft ihres Postens in »gute« und »schlechte« Staatsbürger im Sinne des NS-Regimes einteilten.« (S. 314)

»Ein elementarer Bestandteil der Aufgaben der NS-Funktionäre in den Ortsgruppen war die ... aktive Mitwirkung an der Verfolgung und Vernichtung jüdischen Lebens in den Städten und Gemeinden in Deutschland.« (S. 316)

»Treibende Kraft war ein antisemitisch geprägter oder von Ideologie- und Regimetreue geleiteter Wille zur Gewalt.« (S. 321)

»Die Ortsgruppenverwaltung bildet ... ein wichtiges Bindeglied zwischen den Organen der NSDAP und den in die Vernichtung jüdischen Lebens in Deutschland ebenso verwickelten Kommunal-Instanzen.« (S. 327)

»Die NSDAP-Ortsgruppenorganisation war eines der entscheidenden Herrschaftsinstrumente der Hitler-Partei zum Aufbau und Erhalt der Diktatur in Deutschland.« (S. 382)

»Ein gravierendes Problem für die Ortsgruppen-Bürokratie war der Mangel an Personal ... durch den Einsatz von »Stellvertretern« Ersatz für Amtsleiter im Fall ihres Ausscheidens bereitstellen zu können.« (S. 384)

»Eine der Hauptaufgaben der Politischen Leiter in den Ortsgruppen war die Umsetzung der Grundprinzipien der NS-Weltanschauung in die Wirklichkeit, um die Bevölkerung in den Ortsgruppen so zu beeinflussen, dass sie die Ziele von Hitlers Ideologie als ihre eigenen begriffen.« (S. 386)

Das Gewicht der Zellen im NS-Herrschaftsgefüge wird auch dadurch deutlich, dass die unteren zehn Ränge der insgesamt 30 »Amts«-Ränge der NSDAP die der Zelle umfassten. Das dokumentiert: Die NSDAP-Basisgliederung hatte die zentrale Machtposition in der Umsetzung des Mordes an allen willkürlich als Juden definierten Menschen, an allen »Gemeinschaftsfremden« – beginnend bei »Asozi-

alen«, weil sich abweichend äußernden Menschen. Der unbegrenzte Mord als Normalität, an der sich zu beteiligen Selbstverständlichkeit ist.

Johannes Herbrandt war als gelernter und aktiver Bürokrat ein perfekter NSDAP-Blockleiter in Osterath, der seinen gesamten parteiamtlichen Auftrag umfassend umsetzte, dabei seine persönliche Synergie als rechte Hand von Bürgermeister Recken im Sinne des NSDAP-Parteiprogramms nutzte.

Ein Aspekt der Blockleiter-Tätigkeit von Herbrandt war die kontinuierliche Anfertigung von Berichten zu Stimmung und politischer Lage in »seinem« Block sowie zu den dortigen NSDAP-Aktivitäten und dessen Organisationsstand. Kontinuierlich und systematisch bürokratisch verfolgte er die Umsetzung der bevölkerungspolitischen Ziele der NSDAP: Erfassung, soziale Isolierung und Terrorisierung der willkürlich als »gemeinschaftsfremd« definierten Menschen, insbesondere der »Juden«.

Herbrandt führte die »Hauskartei« »seines« »Hoheitsgebietes«: In dieser Kartei erfasste er lückenlos alle Bewohner und nutzte Hausbesuche und Gespräche, um sich einen Eindruck von allen im Block lebenden Menschen zu verschaffen, den er schriftlich festhielt.

Was die als »Juden« definierten Menschen betraf: Herbrandt registrierte in enger Zusammenarbeit mit der (Gemeinde)Polizei und dem Osterather Einwohnermeldeamt diese Menschen in seinem »Hoheitsgebiet«. Um sie letztlich loszuwerden, denn das war der Sinn der ganzen Aktivitäten.

Hatte Herbrandt etwas zu »berichten«, und das wurde von ihm erwartet, kam er dieser Erwartung pflichtgemäß nach, dann ging es auf einem normierten Dienstweg über die NSDAP-Kreisleitung in Krefeld ggf. an die zuständige Gestapo-Außendienststelle Krefeld. Oder in seinem Fall auch informell an Bürgermeister Recken, der dann selbst tätig wurde oder seine Gemeindepolizei beauftragte.

Leumundsanfragen der Gestapo wurden über die »Hauptstelle Politische Gutachten« bei der Gauleitung Düsseldorf direkt an die Blockwarte und Zellenleiter gerichtet.

Zur Durchsetzung des NSDAP-Programms hatte Herbrandt »Judenfreunde« zu melden und auf die Einhaltung aller Vorschriften für Juden zu achten. Es listete jüdischen Besitz und jüdische Wohnungen auf. Eine Informationsgrundlage für die folgenden »Arisierungen« und Verschleppungen. Zur politischen Überwachung führte er eine normierte

Haushaltskartei, notierte Unmutsäußerungen und Verhalten bei Beflaggung, gab Leumundszeugnisse ab und war Ansprechpartner für Menschen, die etwas über andere Menschen zu berichten hatten. Er hatte zu vermerken, seit wann der »Völkische Beobachter« bezogen wurde, ob die Familie bereits vor dem Flaggengesetz von 1935 eine Hakenkreuzfahne besaß und welche Rundfunkgeräte im Haushalt vorhanden waren.

Als NSDAP-Blockleiter hatte Herbrandt die »Volks-genossen« »seines« Blocks zum Besuch von NSDAP-Kundgebungen und NSDAP-Feierstunden anzuhalten und ihnen den Beitritt zu Parteigliederungen und angeschlossenen Verbänden nahezu legen.

Herbrandt war auch für die Organisation der »inneren Front« in »seinem« Block zuständig, der Organisation der Kriegsvorbereitungen. Im Krieg hatte er Blockleiter-Aufgaben während und nach Bombenangriffen auf Osterath, die Überwachung von Zwangsarbeitern und nächtliche Streifendienste. Die NSDAP wollte auf Nummer sicher gehen und vertraute nur ihren eigenen Mitgliedern.

Sein Vorgesetzter Bürgermeister Recken war hier als »stellvertretender Gemeindegruppenführer« des Reichsluftschutzbundes ab 1937 in einer weiteren amtlichen Funktion mit ihm vernetzt. Wie auch im Kontext des Deutschen Roten Kreuzes, dessen Ortsgruppenschäftsleiter Bürgermeister Recken ab 1939 war. Die Nationalsozialisten instrumentalisieren das DRK für die Umsetzung des NSDAP-Programms. Der im April 1933 gegründete Reichsluftschutzbund diente der Kriegsvorbereitung und war in Osterath nach der Berichterstattung in der Osterather Zeitung als Ortsgruppe mit Zellen und Blocks – wie die NSDAP – organisiert.

Herbrandt war ganz umfassend willfähiges Instrument der Umsetzung des NSDAP-Programms in allen seinen persönlichen und mit Bürgermeister Recken vernetzten Funktionen und Ämtern.

Ein Teil von Osterath war also das persönliche Hoheitsgebiet von Herbrandt. Und er war der NSDAP-Parteiführer der Osterather Beamten. In Symbiose mit Recken führte er die Gemeinde Osterath.

Es gab also zwei vernetzte Bürokratien: die partei-staatliche und die partei-amtliche, deren Schnittstelle Herbrandt in Osterath war – quasi als Doppelagent für Bürgermeister Recken und die NSDAP, nach allen Seiten flexibel und offen.

In einem Schreiben von Bürgermeister Hugo Recken an den Landrat in Kempen am 20.12.1937 steht zur »Anstellung Herbrandt« (KK 1022 Bl. 310):

»Während der Zeit seiner Beschäftigung hat Herbrandt gezeigt, dass er bereit ist, jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einzutreten. Es ist verheiratet und hat die arische Abstammung für sich und seine Ehefrau nachgewiesen.«

So Recken zu seiner rechten Hand Herbrandt. Was muss dann für Recken als Bürgermeister, örtlicher Polizeichef und örtliche Gestapo gelten, über den höheren SS- und Polizeiführer in Düsseldorf auch unmittelbar mit der SS vernetzt? Siehe das Zitat aus der Osterather Zeitung vom 23. März 1935: »... die Gemeinde Osterath einen Bürgermeister erhalte, der jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt.« Die »Sprachregelung« für nationalsozialistische Amtswalter, denen die NSDAP-Verantwortlichen – aus guten Gründen – vertrauten: »rückhaltlos ... eintritt«.

Dieses Schreiben ist ein manifestierter Ausdruck der Symbiose Recken/Herbrandt bis zum Tod von Recken 1953 – und darüber hinaus, auch dem Tod von Herbrandt.

Von allen diesen Zusammenhängen hatte erst der US-amerikanische Ortskommandant Mondell, dann der britische Ortskommandant Grier so gut wie keine Vorstellung. Erst mit dem Nürnberger Prozess wurde schrittweise klar, dass es »nicht nur« Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit insgesamt über 50.000.000 Opfern gegeben hat, sondern wie umfassend vor allem deutsche Bürokratien mit ihren Bürokraten aller Ebenen darin verquickt waren. Vor Ort wie in Osterath kam es dann darauf an: Wie gelang es interessengeleitet den verantwortlichen Alliierten ein Bild der örtlichen Realität in Verbindung mit den konkreten örtlichen Verantwortlichkeiten zu vermitteln? Wobei dies von denjenigen realisiert wurde, von denen die Alliierten aus der Perspektive ihres Bildes der deutschen Realität annahmen, dass sie unbelastet und daher glaubwürdig seien.

Wie katholische Geistliche und aktive Katholiken, die so unter den Generalverdacht des Widerstandes gegen das NS-Regime fielen, von ihnen dann – auch in Entnazifizierungsverfahren – instrumentalisiert. So wurde von Alliierten oft der Bock zum Gärtner gemacht. Gegen Gärtner dann Wölfe in Schafspelzen intrigant installiert. In Osterath – wie 1933 – Recken gegen Bartels. Hier hat auch die Aktenvernichtung in Verantwortung von Recken und Herbrandt vor dem Einrücken der US-amerikanischen Einheiten in Osterath am 1. März 1945 eine erwünschte Wirkung erzielt.

Was zwischen den beiden Ortskommandanten und ihren Osterather Gesprächspartnern abließ, war ein

Kommunikationsprozess, intern und extern, der von beiden Seiten aus ihrer jeweiligen Perspektive und ihren Interessen geführt wurde. »Gelernten« Katholiken ist es auch hier – bedingt durch ihre katholische Sozialisation – gelungen, ihre Gesprächs- »Partner« in ihrem Sinn zu beeinflussen. Beeinflussen im Sinne von: Erfolgreich ihre Sicht der Realität zu »vermitteln« – der der örtlichen Osterather, auch auf die Verantwortlichkeiten von Personen wie Recken und Herbrandt bezogen.

Die Entlassung von Bürgermeistern war alliierter Postulat, die von Gemeindebeamten nicht. Und mit diesem Ergebnis des Kommunikationsprozesses war die Basis für die Zukunft gelegt – wieder mit Recken im verantwortlichen Gemeinde-Amt in Osterath. Die Frage war »nur« noch: Wie gehen wir das an, mit welchen konkreten Schritten? Und wie lange dauert es – dieses Mal –, dieses Ziel zu erreichen? Und wie sichern wir dieses Ziel nachhaltig – auch in der Zeit – ab?

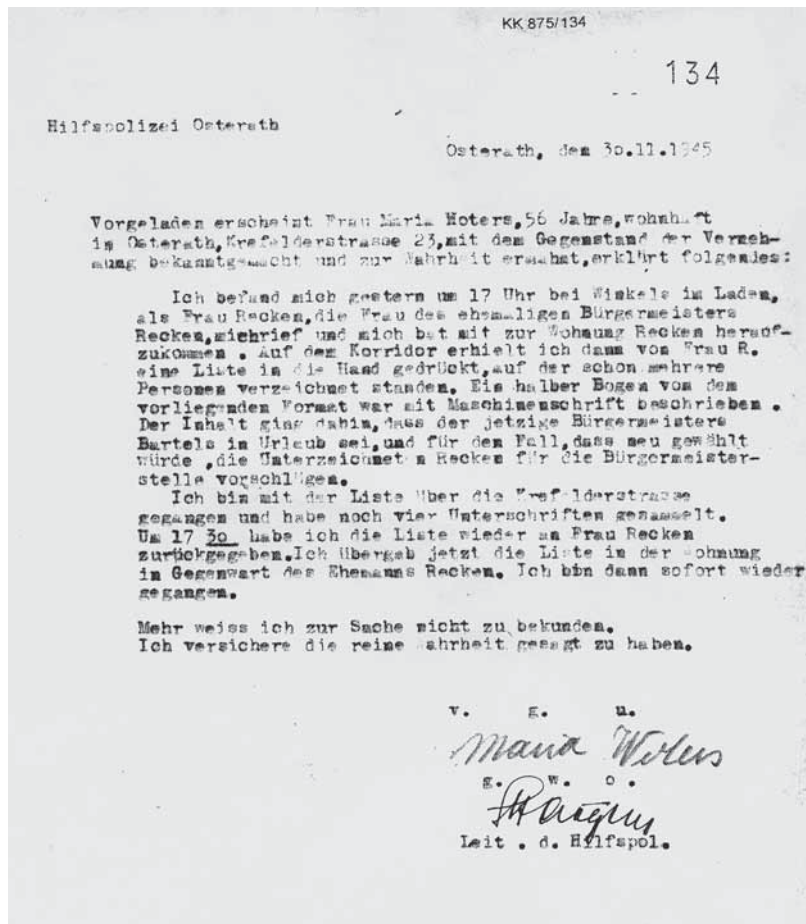
Am 7. November 1945 schreibt der Landrat des Kreises Kempen-Krefeld (KK 875 Bl. 107):

»Gegen den Bürgermeister Bartels, in Osterath, ist von der Militärregierung heute eine Untersuchung angeordnet worden. Für die Dauer dieser Untersuchung wird Herr Bartels von seinem Amt als Bürgermeister suspendiert und der bei der Gemeinde Osterath als Beigeordneter tätige Anton Wienands mit der kommissarischen Leitung der Amtsgeschäfte des Bürgermeisters, in Osterath, hiermit beauftragt.«

Drei Tage später, am 10. November 1945, schreibt Rudolf Bartels an die britische Militärregierung des Kreises Kempen-Krefeld in Kempen (KK 875, B. 79f.):

Die angeordnete Untersuchung beruhe auf einer Anzeige des entlassenen Hilfspolizeibeamten Josef Lenßen, eines »alten Nazis«, der in der NS-Zeit 2. Beigeordneter der Gemeinde Osterath gewesen sei. Diese Denunziation sei als Racheakt zu verstehen. Lenßen habe am 10. April bei seiner Amtsübernahme die Hilfspolizei in Osterath geleitet, sei dazu von Recken eingestellt worden, zu dem dieser eine enge Beziehung habe.

Das bedeutet: Recken hat die Gelegenheit, nicht sofort am 1. März 1945 entlassen worden zu sein, genutzt, personelle Weichen für die Zukunft zu stellen, mit (Ex-)Nationalsozialisten, seinen Teilbündnispartnern, in Verbindung mit Herbrandt. Der dann in der Übergangszeit zu Bartels kommissarisch die Gemeinde leitete und weiter konsolidierte – vor dem 10. April 1945, gerade etwa fünf Wochen nach der Befreiung. Er und sein Umfeld rechneten sicher damit, dass sich dies wiederhole,



wenn Bartels beurlaubt würde. Der Kommunist Wienands, als kommissarischer Bürgermeister, war ein »Betriebsunfall«, der schnell reguliert wurde, auch durch Herbrandt von innen der Gemeindeverwaltung unter Kontrolle war. Und: Wienands war kein Bürokrat, daher Bürokratie-Profis wie Herbrandt ausgeliefert.

Bartels weiter:

»Etwa Anfang Oktober ging bei mir eine Anfrage des Landgerichts Aachen ein, das wissen wollte, wie der mit 3 Monaten Gefängnis und Bewährungsfrist bestrafte Josef Lenssen sich geführt habe. Erst durch diese Anfrage erfuhr ich und der Ort Osterath, dass Lenssen vorbestraft war. Als ich ihm das mitteilte und ihm sagte, dass er unter diesen Umständen nicht mehr Polizeibeamter bleiben könne, begehrte er auf ... die Entscheidung der Militärregierung ... ordnete seine Entlassung an. Als ich ihm diese mitteilte, glaubte er, durch Drohung mich zu beeinflussen, um sie rückgängig zu machen.«

In KK 875 Bl. 135 finden wir den folgenden Text des Landrats vom 30. November 1945:

»Am ... 29. Nov. ... überbrachte ein Bote aus Osterath der Militär-Regierung in Kempen ein Schreiben in der Bürgermeisterangelegenheit in Osterath, das von etwa 30 Bürgern der Gemeinde unterschrieben war ... erklären hiermit an Eides statt, ... ohne Einwirkung und ohne Wissen des Herrn Bürgermeister Recken angefertigt und unterzeichnet haben ... Es solle damit zum Ausdruck kommen, dass die gesamte Gemeinde dringend wünscht, dass Bürgermeister Recken bald möglichst in sein Amt eingesetzt wird.«

Recken wird als Bürgermeister tituliert, der wieder in »sein« Amt eingesetzt werden solle.

Das Machtübertragungs-Revival ist im vollem Gange.

Warum »an Eides statt«? Dazu das Protokoll der Hilfspolizei Osterath der Vernehmung von Maria Hoters am 30. November 1945 (KK 875 Bl. 134) Die Antwort: So sollte das Vernehmungsprotokoll neutralisiert werden. Was auch gelang. Die Intrige

konnte ungestört weiterlaufen. Organisiert von Recken selbst. Flankiert durch Herbrandt von innen der Gemeindeverwaltung, abgesichert durch die katholische Geistlichkeit und die katholische Gemeindegeliste, zu der auch NSDAP-Rückkehrer zählten. Ein Bündnis in gemeinsamem Interesse. Das sich mit dem Staatsformwechsel nicht verändert hatte.

Am 17. Dezember 1945 schreibt Julius Gutmann, mit seiner Frau Sabine die beiden einzigen überlebenden Deportierten aus Osterath, an den Landrat im Kempen, unterzeichnet auch von seiner Frau (KK 1023 Bl. 181f.):

»Seit gestern wird hier in Osterath erzählt, und zwar von Bürgermeister a.D. Recken, dass Herr Bürgermeister Bartels zu seinen, Reckens, Gunsten, auf das Bürgermeisteramt verzichtet und Recken wieder als Bürgermeister eingesetzt werde.«

Dagegen protestiert Julius Gutmann, insbesondere begründet mit dessen antisemitischen Verhalten auch ihnen persönlich gegenüber in der NS-Zeit.

Am 30. Dezember 1945 schreibt Bürgermeister Rudolf Bartels an den Landrat (KK 875 Bl. 136f.):

»... ich zu meiner Rehabilitierung Wert darauf legen müsse, das Amt wenigstens auf kurze Zeit wieder anzutreten ... Ich bin nunmehr 52 Jahre Staat- und Kommunalbeamter und möchte mit diesem Klecks auf der Weste nicht in der Versenkung verschwinden.«

Eine Rehabilitierung wurde Bartels nicht gewährt. Katholische Eliten kennen keine christliche Gnade. Bartels verschwand in der Osterather Versenkung und starb 1948. Wie Julius Gutmann und Dr. Langenbach.

Am 30. Januar 1946 schreibt der Landrat (KK 1023 Bl. 190), dass Rudolf Bartels von einem Militärgericht überführt worden sei. Wegen: »Falsche Anmaßung von Amtsgewalt der alliierten Streitkräfte und eine Handlung zum Schaden der guten Ordnung oder des Interesses der alliierten Streitkräfte.« Mir gelang es nicht zu verifizieren, in welchem alliierten Recht das kodifiziert wurde und was für einen Straftatbestand diese Formulierung umschreibt. Denn es ist eine Allgemeindefinition, unter die alles fallen kann.

Der Landrat verfügt die Entlassung von Bartels mit Wirkung vom 7. November 1945.

»Da die Osterather Gemeindevertretung mit großer Mehrheit darum gebeten hat, dass der letzte Bürgermeister Herr Recken zum Gemeindegeldirektor ernannt werden möge, gebe ich meine Zustimmung zur Übernahme dieses Amtes durch Herrn Recken.«

Spiel, Satz und Sieg. In etwa neun Monaten – einer Schwangerschaft. Wie 1933, staatsformunabhängig in einem Staatsformwechsel dieselbe – erfolgreiche – Intrige 1933 und 1945. Mit – überwiegend – denselben Akteuren und demselben Ziel.

Am 25. April 1946 schreibt Rudolf Bartels an den Oberkreisdirektor in Kempen (KK 875 Bl. 148):

»Mir ist erst heute bekannt geworden, dass durch den Herrn Pastor Hövelmann in Osterath und seinem engeren kommunalpolitischen Anhang Anfang Dezember 1945 bei einer Sammlung von Unterschriften für die Wiedereinsetzung des damals amtsenthobenen Bürgermeisters Recken eine schwere Beleidigung gegen mich ausgesprochen wurde, dadurch, dass behauptet wurde, ich sei durch eigennützige und selbstsüchtige Handlungen von der Militärregierung vom Amt suspendiert worden. Der frühere kommissarische Bürgermeister Wienands hat die Angelegenheit, da auch er angegriffen wurde, durch Bericht vom 6. Dezember dorthin mitgeteilt mit dem Antrag, gegen die Verleumder Strafantrag zu stellen. Ich bitte um Mitteilung, ob die Angelegenheit dort aufgegriffen ist und wie weit die Verfolgung dieses Antrages jetzt vorgeschritten ist.«

Der Strafantrag gegen Pastor Hövelmann und dessen Entwurf in den Akten der Gemeindeverwaltung – Recken Gemeindegeldirektor und Herbrandt sein Stellvertreter – sind dann »verschwunden«. (KK 875 Bl. 149 und 152) Folgenlos.

Am 25. Mai 1946 schreiben mehrere Osterather an Bürgermeister Rudolf Lensing (KK 875 Bl. 154):

»Die Berufung des früheren Bürgermeisters Bartels und des früheren besoldeten Beigeordneten und kommissarischen Bürgermeisters Wienands in den Vorstand der Kreissparkasse in Krefeld findet den immer stärker werdenden Widerstand der Mehrheit der Bevölkerung.«

Die – neue – (Volks)Gemeinschaft soll – wieder – Katholiken-rein sein. Wer einer Minderheit – politisch oder religiös – angehört, der ist katholisch-gemeinschaftsfremd. Der Unterschied: Es gibt keine Gestapo und keine Deportation und kein KZ. Die psychischen und physischen Auswirkungen auf die Betroffenen sind dennoch ähnlich. Deswegen der frühe Tod von Julius Gutmann, Dr. Langenbach und Rudolf Bartels. Mehr als »nur« soziale Tode. Ähnlich wie die bürgerlichen Tode vorher unter der NS-Terrorherrschaft.

Für Rudolf Bartels war 1933 und 1945 nicht zu verstehen, was passierte, mit und gegen ihn in Osterath geschah. Ihm fehlte das Verständnis katholischer

Sozialisation. Obwohl er seit 1918 in Osterath lebte, von 1918 bis Ende 1933 Bürgermeister war, dann wieder seit dem 10. April 1945: Die katholische Kultur war eine Welt außerhalb seiner Welt. Von beiden Seiten.

Ähnlich, wie ich es für Julius Gutmann stellvertretend für Menschen jüdischen Glaubens herausgearbeitet habe.

Wie es im Zitat aus »Geschichte der Juden im Rheinland und Westfalen« bezogen auf Protestanten und Juden heißt:

»... die übermächtige und wenig tolerante katholische Mehrheit«.

Zum Beginn der Phase nach der zweiten Intrige gegen Bürgermeister Rudolf Bartels schreibt Annette Barfurth-Igel (S. 558): »Am 21. Januar 1946 fand sich der ernannte Gemeinderat unter Anwesenheit von Major Grier und Oberkreisdirektor Feinendegen zu seiner ersten Gemeinderatssitzung zusammen.«

Ernannt waren u. a. Sabine Gutmann und Rudolf Lensing, der zum Bürgermeister ernannt wurde. In der Sitzung wurde die Besetzung der Stelle des Gemeindedirektors mit Hugo Recken beschlossen. Sabine Gutmann stimmte dagegen.

3. Januar 1946 Stadtrat Viersen

Kommandant Oberstleutnant Sewell

Protokollbuch der Stadt Viersen. Stadtarchiv Viersen

»Wir versuchen, alle Regierungen innerhalb der britischen Zone, gleich welcher Instanz, zu demokratisieren, so dass das Volk selbst den Kreis regiert und nicht die ganze Verwaltung in den Händen der Beamten liegt ...

Dann wünschen wir die Beseitigung des Führerprinzips, indem wir den höchsten Beamten mit ausführender Gewalt zu einen politisch ungebundenen Diener der Stadtverwaltung machen. Indem wir alle Mitglieder der Stadtverwaltung zu Staatsdienern machen, denen es nicht gestattet ist, sich

KK 1023/209

188

Osterath, den 21. Januar 1946

An den

Herrn Kommandanten
des Kreises

Kempen - Krefeld
-.-.-.-.-

Betr. Bewerbung um die Gemeindedirektorstelle in Osterath.

Die Nazi-Herrschaft hat nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt ins Unglück gestürzt. Wenn ich gut dafür war für die Gemeinde ins K.Z.Lager zu gehen, wenn ich gut dafür war ca. 2 Jahre dafür erwerbslos zu sein, wenn ich meine Frau frühzeitig opfern musste, wenn ich 1945 auf Anordnung der Nazi nochmals verhaftet wurde und ich seit dem 10. April zu 50% und seit dem 8. Januar 1945, also in der grössten Notzeit, die ganzen Geschäfte hier in der Verwaltung zu 100% und zur Zufriedenheit der übergeordneten Dienststelle erledigt habe, so habe ich auch heute den Mut mich um die Dienststelle als Gemeindedirektor zu bewerben.

Ich bitte den Herrn Kommandanten mich für diese Dienststelle zu berücksichtigen.



Kempen - Krefeld
Kommissarischer Bürgermeister.

Landkreis Kempen/Krefeld
Der Oberkreisdirektor

politisch zu betätigen. Wir hoffen die Macht der Beamten herabzusetzen und die Macht der demokratischen Stadtvertretungen zu erhöhen ... und sich nicht von irgendeinem Beamten oder Blockleiter kommandieren zu lassen.«

Was das betrifft:

Osterath war wohl auch in der britischen Besatzungszone, aber nicht von dieser Welt. Die Gemeindevertretung wollte mit großer Mehrheit »ihren« Gemeinde-Führer Hugo Recken – gemeinsam mit seinem Symbionten Johannes Herbrandt – zurück. Mit Wirkungen bis heute.

Wer war der mehrfach erwähnte Anton Wienands? Und welche Rolle spielte er in Osterath?

Anton Wienands wurde am 26. Juni 1894 geboren. Er war Kommunist in Osterath. Er war KPD-Ortsgruppenleiter, Gemeinderatsmitglied in Osterath und Kandidat für den preußischen Landtag. Vom 28. Februar bis zum 16. März 1933 wurde er im Polizeigefängnis Osterath inhaftiert. Von dort kam er in das Gefängnis Anrath; ein Flügel dieses Gefängnisses war bereits das für den gesamten linken Niederrhein zuständige Konzentrationslager und blieb es bis zur Befreiung 1945. Vom KZ Anrath kam er bis einschließlich Juni 1933 in die Polizeigefängnisse Sonnenburg und Berlin-Plötzensee, die in KZs umgewandelt worden waren. (RW 58-11767)

In der Osterather Zeitung am 4. März 1933 – er war bereits inhaftiert – lesen wir die »Wahlvorschläge für die Gemeinderatswahl am 14. März 1933«, »Wahlvorschlag 3 Kennwort: Kommunistische Partei Deutschlands«, »1. Wienands Anton Hilfsmoniteur«.

In derselben Ausgabe der Osterather Zeitung ist zu lesen:

»Anstelle des Schlossers Anton Wienands, der als Wahlvorsteher für den Bezirk 3 bereits ernannt und als solcher bekannt gegeben wurde, ist ... ernannt worden.«

In der Osterather Zeitung am 15. März 1933 lesen wir unter »Feststellung der Ergebnisse der Gemeinderatswahl in Osterath«, »Verteilung der Mandate«: »Kommunisten Wienands Anton«.

Nach der Befreiung von Osterath am 1. März 1945 wurde Anton Wienands mit der Ernennung von

KREISARCHIV VIERSEN: SCHREIBEN DES KOMMISSARISCHEN BÜRGERMEISTERS OSTERATH ANTON WIENANDS AN DEN BRITISCHEN KOMMANDANTEN DES KREISE KEMPEN-KREFELD 21. JANUAR 1946

Rudolf Bartels zum Bürgermeister am 10. April 1945 besoldeter Beigeordneter. Ein evangelischer Bürgermeister und ein kommunistischer Beigeordneter: Für die katholische Geistlichkeit und die katholische Gemeindeelite eine Provokation durch die neue Staatsgewalt, die sie in ihrem Sinn begannen beheben zu wollen.

Vom 7. November 1945 bis zum 29. Januar 1946 war Anton Wienands kommissarischer Bürgermeister – eine noch größere Provokation.

Auf den 27. November 1945 ist ein Schreiben von Wilhelm Maahsen an den Landrat datiert (KK 875 Bl. 127): »Beschwerde gegen den kommissarischen Bürgermeister Wienands.« Eine Auflistung von Hauptungen.

Am 22. Januar 1946 schreibt Anton Wienands an den Militärkommandanten in Kempen (KK 1023 Bl. 188): »Bewerbung auf die Gemeindedirektorstelle in Osterath.«

Was fällt in diesem Schreiben auf?

Es ist ein persönliches Schreiben mit persönlichen Details. Kein unpersönliches bürokratisches Schreiben – mit Hinweisen auf bürokratische Leistungen und bürokratische Netzwerk-Verbindungen. Mit Ausnahme seiner Verwaltungstätigkeit in Osterath ab dem 10. April 1945. Die spielt aber in einer bürokratischen Bewertung keine Rolle.

Er wurde dann mit der Ernennung von Hugo Recken zum Gemeindedirektor und von Rudolf Lensing zum Bürgermeister Gemeinde-Angestellter, stieg also bürokratisch ab.

Am 9. November 1946 erhielt er von Recken eine Kündigung zum 31. Dezember 1946. Der Kommunist sollte endgültig entsorgt werden.

Zum Kündigungsschreiben äußerte sich Anton Wienands am 21. November 1946 in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf (KK 16420):

Der im Kündigungsschreiben angegebene Grund sei, dass die von ihm wahrgenommene Stelle wegfallen solle. Dies sei fadenscheinig. Denn auf die Stelle werde auf Anordnung von Gemeindedirektor Recken der Ex-Stahlhelmer und Ex-SA-Mann Gelberg – mit Herbrandt in der SA Osterath – eingearbeitet, obwohl der Entnazifizierungsausschuss beschlossen habe, dass dieser für fünf Jahre kein Amt bekleiden dürfe.

Wo sind die Dokumente des Entnazifizierungsausschusses Osterath dazu? »Ausgedünnt«?

Eine der Bürokratie-Strategien: Unliebsame Stellenbesetzer werden durch – vermeintliche – Stellenstreichung legitimiert entsorgt. Es geht bei Bürokratie immer um formale Legitimation nach außen, egal in welchem politischen System.

Und: An diesem Beispiel dokumentiert sich die reale Entnazifizierungs-Praxis: Wer einem Bürokraten-Netzwerk angehörte, der blieb oder kam rein. Wer dennoch auf Veranlassung der Besatzungsmacht entlassen wurde, wurde nach deren Ende wieder eingestellt.

Ein wesentlicher Aspekt, in dem sich Hugo Recken und Johannes Herbrandt von sehr vielen Osterather Männern unterschieden: Sie mussten nicht an die Front. Die NSDAP sah ihren Platz für den Endsieg an der Heimatfront in Osterath. Dort bei den verbliebenen Mitgliedern des Führungschorps der NSDAP. Und im Gegensatz zu anderen NSDAP-Bürgermeistern wurde Hugo Recken von den US-Amerikanern nicht interniert.

Die katholischen Verhältnisse in Osterth waren also wiederhergestellt. In der Gemeindeverwaltung gesteuert durch Johannes Herbrandt. Ein deutscher Bürokratie-Profi nahm illegitim Einfluss auf die Bürokratie vor Ort und darüber hinaus – auch zum eigenen Vorteil und zur eigenen Absicherung. Ein Instrument dazu war die interessengeleitete bürokratische Zweck-Lüge. Bis heute.

»Die Menschen glauben viel leichter eine Lüge, die sie schon hundertmal gehört haben, als eine Wahrheit, die ihnen völlig neu ist.«

ALFRED POLGAR.

Die Basis für die Recken-Legende war gelegt. Der nächste Schritt war die bürokratie-immanente Legitimierung seiner – fiktiven – Amtszeit seit Ende

Januar 1934, damals auf zwölf Jahre bis Ende 1946 begrenzt. Im »Auszug aus dem Protokollbuch der Gemeindevertretung« Osterath vom 19. Februar 1946 – auf einem Vordruck mit »193« – lesen wir (Kreisarchiv Viersen, Bestand KA):

»3. Festsetzung der Bezüge des Gemeindedirektors ...

Der Gemeindedirektor erhält die Bezüge des früheren beamteten Bürgermeisters (Bes.Gr. A 3b). Für seine Person erhält Gemeindedirektor Recken den ministeriellen Richtlinien entsprechend nach einer 12-jährigen Dienstzeit in Osterath die nächst höhere Besoldungsgruppe A 2d.«

»Bürgermeister. Hauptamtliche B... werden nach § 44 DGO auf zwölf Jahre berufen. Sie sind also B. auf Zeit und somit verpflichtet, nach Ablauf ihrer Amtszeit das Amt weiterzuführen.«

HAUPTAMT FÜR BEAMTE DER REICHSLEITUNG DER NSDAP.

ABC DES DEUTSCHEN BEAMTENGESETZES. BERLIN 1940. S. 30.

Genau das ist die – staatsformunabhängige – Recken-Legende. Und genau um die geht es heute. Wieder bürokratisch schein-legitimiert von Seiten Herrn Regenbrecht im Auftrag von Bürgermeister Spindler. Koste es, was es wolle. Auch in der Verwendung bürokratischer Mittel – bis hin zu struktureller Gewalt. Das ist die reale und wirksame Kontinuität der spezifisch deutschen staatsformunabhängigen Bürokratie-Kultur. Unter diesen Vorzeichen bedarf es nur eines kleinen Schritts – in einem Staatsformwechsel – zu direkter bürokratischer Gewalt.

**»Wer die Wahrheit nicht weiß,
der ist bloß ein Dummkopf.
Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt,
der ist ein Verbrecher.«**

BERTOLT BRECHT

Die Rolle des Gemeindebeamten Johannes Herbrandt

Die Rolle des Gemeindebeamten Johannes Herbrandt sowie der Allianz von katholischer Geistlichkeit und katholischer Gemeindeelite sowie deren geschichtswissenschaftliche Bewertung

In der ganz überwiegend katholischen Gemeinde Osterath gab es seit der Weimarer Republik bis zur Bundesrepublik Deutschland zwei vernetzte staatsformunabhängige Kontinuitäten. Der Gemeindebeamte Johannes Herbrandt machte im Kontext seiner Symbiose mit Bürgermeister Hugo Recken sowie den katholischen Geistlichen und der katholischen Gemeindeelite Karriere: Vom einfachsten Gemeindeangestellten Juli 1933 bis Februar 1946 zum stellvertretenden Gemeindedirektor. Er war der Mann im Hintergrund für alle Fälle – von Bürgermeister Hugo Recken und der NSDAP. Er zog im Hintergrund die Fäden, ohne die primäre Verantwortlichkeit zu haben – oder anzustreben. Er wurde nach dem 1. März 1945 vom US-amerikanischen Ortskommandanten Mondell im Amt belassen, der britische Ortskommandant Grier änderte dies nicht. In der Übergangszeit zwischen Recken und Bartels leitete er kommissarisch die Gemeindeverwaltung, blieb dann in einer leitenden Funktion. So konnte er von innen der Gemeindeverwaltung daran federführend mitwirken, dass »sein« Chef Hugo Recken im Januar 1946 wieder in Amt und Würden kam.

Beide Intrigen – 1933 und 1945 – liefen in jeweils neun Monaten ab, der Zeit einer Schwangerschaft.

Zwölf Jahre:

– von 1933 bis 1945 war die nationalsozialistische Gewalt- und Terrorherrschaft.

– von Februar 1934 bis gegen Ende 1946 war die 1934 NS-verfügte Amtszeit von Hugo Recken als NS-Bürgermeister in Osterath, von März 1945 bis Januar 1946 von den Alliierten unterbrochen, dann durch Gemeinderatsbeschluss per interessengeleiteter bürokratischer Zweck-Lüge am 19. Februar 1946 legitimiert – die Recken-Legende war nach zwei Schwangerschaften geboren.

– im Windschatten von Recken seit dessen Amtsantritt im Februar 1934 und als dessen Agent in der Gemeindeverwaltung von März 1945 bis Januar 1946 hat Johannes Herbrandt seit seinem Dienstantritt als einfacher Angestellter bei der Gemeinde

Osterath im Juli 1933 bis Februar 1946 als beamteter stellvertretender Gemeindedirektor vergleichsweise schnell Karriere gemacht, von Februar 1934 bis zum 1. März 1945 als Doppelagent der NSDAP und von Recken – als dessen Symbiont, dann weiter bruchlos ab dem 2. März 1945.

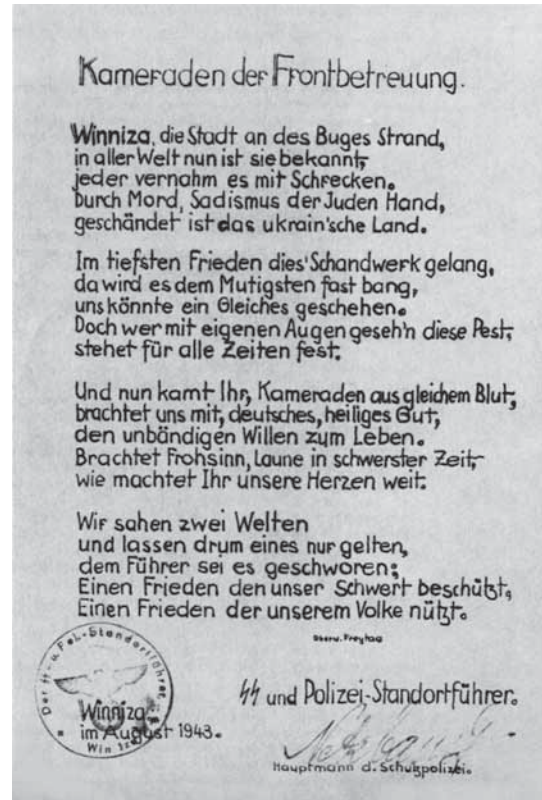
Katholischer Geistlichkeit und katholischer Gemeindeelite ging es unter allen – politischen – Bedingungen darum, ihre Position zu behaupten. Und dabei in Kooperation erst die Osterather Nationalsozialisten, dann die US- und die britische Militärregierung gegen den Protestanten Rudolf Bartels zu Gunsten des Katholiken Hugo Recken zu instrumentalisieren. Nur im Zusammenwirken konnte dies gelingen. Und es gelang. Auch 1934 zugunsten von Bürgermeister Hugo Recken die örtlichen NSDAP-Funktionäre auswechseln bzw. auf Linie bringen zu lassen. Und 1945/46 das Ehepaar Gutmann zur Machtsicherung – erneut – aus der dörflichen (Volks-)Gemeinschaft zu isolieren.

Ein Teil – nicht mehr – der örtlichen Nationalsozialisten ist aus der katholischen Kirche ausgetreten. Die Ausgetretenen sind überwiegend wieder in die katholische Kirche eingetreten – um der neuen (Volks-)Gemeinschaft anzugehören. Nach katholisch-ideologischer Umerziehung. Und haben damit die Macht der Allianz von katholischer Geistlichkeit und katholischer Gemeindeelite gestärkt.

Was wir hier vor uns haben ist ein exemplarisches Beispiel von staatsformunabhängiger Machtkontinuität in einem katholischen Dorf bis in die 1950er Jahre – und darüber hinaus. In der es keine Stunde Null 1945 gab.

Für diese Kooperation von Bürokratie und Katholizismus existiert eine besondere Basis:

Für eine Bürokratie – religiös oder weltlich – existiert nur das, was es – von ihr – schriftlich gibt. Der logische Umkehrschluss: Beide vernetzten Bürokratien gehen davon aus, dass Dokumentenvernichtung gleichbedeutend mit Nicht-Geschehen und Nicht-Existenz ist. Wird dies – z.B. mit Dokumenten anderer Herkunft, selbst wenn sie von Angesprochenen stammen – in Frage gestellt, dann kommen bürokratische Machtabsicherungsmechanismen zum Tragen. Wie in der Debatte um die – Umbenennung der – Hugo-Recken-Straße.



ERNST KLEE U. A. (HRSG.), »SCHÖNE ZEITEN«, JUDENMORD AUS DER SICHT DER TÄTER UND GAFFER, FRANKFURT A. M., 1988

1945–1949: Die Entnazifizierung von Hugo Recken, Johannes Herbrandt und Pastor Joseph Hövelmann sowie ihre geschichtswissenschaftliche Bewertung

»Über Weniges ist nach 1945 so viel gelogen worden, wie über die Nähe oder Ferne zur NSDAP.«

DIE ZEIT. 10. JANUAR 2004.

»Verfassungsrecht vergeht,
Verwaltungsrecht besteht«

OTTO MAYER

»Ideologien mag man abstreifen wie Kleider,
Mentalitäten hingegen bleiben an der Haut kleben.«

THEODOR GEIGER

Die – nicht aussagefähige – Ultrakurzfassung: Hugo Recken wurde erst in Ia, letztlich in die Kategorie V – Unbelastete – eingestuft, Johannes Herbrandt erst in die Kategorie II – Belastete, dann nach einigem bürokratischem Aufwand und mehreren Stufen letztlich in Kategorie V.

Pastor Joseph Hövelmann musste einen Entnazifizierungs-Fragebogen ausfüllen. Dann ging das Verfahren in deutsche Hände über – und wurde beendet.

Was sagt das katholische Kirchenrecht in Bezug auf die in diesem Buch dokumentierten Handlungen von Pfarrer Hövelmann?

Richard Puzza. Katholisches Kirchenrecht. Heidelberg 1986.

Norbert Reef. Das Recht der katholischen Kirche nach dem neuen Codex Iuris Canonis. Freiburg 1983.

Delikt c. 1374

Aktive Unterstützung ... kirchenfeindlicher Organisationen.

Delikt C. 1391 nn. 1-3

n.1: Urkundenfälschung und

Urkundenunterdrückung

n.2: Verwendung gefälschter Urkunden

n.3: Falsche Angaben in öffentlichen

kirchlichen Dokumenten

Recken, Herbrandt und Hövelmann spielten zusammen mit einer Gruppe Osterather und weiteren regionalen (Ex-)Nationalsozialisten das Bürokratie-Spiel:

Das auf Zeit und Ermessen. In Verbindung mit ihren Bürokraten-Netzwerken. Aus ihrer Perspektive mit Erfolg.

»Davon profitierten nicht wenig Belastete, die glimpflicher davonkamen als die minder belasteten Fälle, die zu Beginn der Entnazifizierung behandelt worden waren.«

WOLFGANG BENZ. 2009. S.17

Alles scheint aufs Vergessen angelegt.

MAX HORKHEIMER. 1946

In der US-amerikanischen Direktive JCS 1067 zur »Säuberung der öffentlichen Verwaltung« im April 1945 lesen wir:

»Alle Mitglieder der Nazipartei, die nicht nur nominell in der Partei tätig waren ... (Als solche) sind diejenigen zu behandeln, die (1) ein Amt innehatten ... von der örtlichen bis zu den Reichsstellen der Partei ... (2) irgendwelche Naziverbrechen, rassische Verfolgungen oder Diskriminierungen veranlassten oder an ihnen teilgenommen haben ... keine dieser Personen in irgendeiner der oben aufgeführten Beschäftigungsarten aus Gründen der verwaltungstechnischen Notwendigkeit, Bequemlichkeit oder Zweckdienlichkeit beibehalten werden.«

Dies ist in der Direktive Nr. 24 des alliierten Kontrollrates zur »Entfernung von Nationalsozialisten aus öffentlichen Ämtern« vom 12. Januar 1946 – wenige Tage vor dem Dienstantritt von Hugo Recken als Gemeindedirektor in Osterath – fast wortwörtlich übernommen und konkretisiert. Diese Direktive hatte den Charakter eines unmittelbar geltenden Gesetzes, band also Legislative und Exekutive – also alle Bürokratien – unmittelbar.

Dort heißt es in »1. Zweck und Ziel«:

»Diese sind durch Personen zu ersetzen, die nach ihrer politischen und moralischen Einstellung für fähig erachtet werden, die Entwicklung wahrer demokratischer Einrichtungen in Deutschland zu fördern.«

Unter »2. Begriffsbestimmungen« wird ausgeführt:

2a) Als Personen, die der Partei »aktiv und nicht nur nominell angehört haben« und solche, »die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen«, sind anzusehen:

I. Personen, die als Amtsträger oder in einer anderen Weise in der Partei, von den Orts- bis hinauf zu den Reichsstellen, oder in einer ihr

angeschlossenen oder in solchen Organisationen, die militärische Lehren fördern, aktiv tätig waren;

II. Personen, die nationalsozialistische Verbrechen, Rassenverfolgung oder ungleichmäßige und ungerechte Behandlung gutgeheißen oder an solchen Taten willig teilgenommen haben.«

»Der Ausdruck ›öffentliches Amt‹ schließt alle Staats- und Gemeindebeamten oder Angestellten ein ... Der Ausdruck ›Entfernen‹ im Sinne der Direktive bedeutet, dass der Betreffende sofort und unbedingt zu entlassen ... ist ... Personen, die aus öffentlichen Ämtern entfernt werden, haben keinen Anspruch auf Ruhegehälter oder andere Beamtenrechte ... Es ist wesentlich, dass die leitenden deutschen Beamten ... erwiesene Gegner des Nationalsozialismus sind, selbst wenn dies die Anstellung von Personen nach sich zieht, deren Eignung, ihren Aufgabenkreis zu erfüllen, geringer ist.«

»f. Die Namen der entfernten Personen und die Gründe für ihre Entfernung sind den zuständigen Leitern der Vermögensverwaltung (Militärregierung) oder den entsprechenden Behörden der Militärregierung zu übermitteln, die gemäß den einschlägigen Gesetzen und Anordnungen der Militärregierung die Maßnahmen zur sofortigen Sperre und Kontrolle des Vermögens solcher Personen treffen.«

»b. Alle Mitglieder der NSDAP, die der Partei beitraten oder als Mitglieder aufgenommen wurden, bevor die Mitgliedschaft in der Partei im Jahre 1937 ein Zwang wurde oder die in anderer Weise sich mehr als nominell an der Tätigkeit der NSDAP beteiligt haben.«

»Beamte

Alle Personen, die nach dem 30. Januar 1933 zu einer der nachgenannten Stellungen ernannt wurden, und diejenigen Personen, die solche Stellungen bereits inne hatten und sie trotz wiederholter nationalsozialistischer Säuberungsaktionen beibehalten haben: ... 68. Bürgermeister«

»11. Richtlinien für Entfernung und Ausschluss nach Ermessen

Die Ausmerzung des Nationalsozialismus und Militarismus macht es erforderlich, Personen, die voraussichtlich undemokratische Traditionen verewigen würden, von allen ausschlaggebenden oder einflussreichen Stellungen zu entfernen und auszuschließen.«

»12. Unter Entlassung oder Ausschluss nach Ermessen fallende Kategorien ...

c) Personen, die nach dem 1. April 1933 der SA beitraten ...

f) Nominelle Mitglieder der NSDAP, die dieser Partei nach dem 1. Mai 1937 beitraten.«

AMTSBLATT DES KONTROLLRATS NR. 5 VOM 31. MÄRZ 1946, S. 98 FF.

Hier spiegelt sich u. a., wie deutsche Bürokratie-Profis durch für sie gewohnte sophistische Interpretation den klaren Willen des Gesetzgebers aushebeln wollten. Im diametral umgekehrten Verhältnis zu ihrem Handeln vor der Befreiung. Wenn sie dies unter den Bedingungen der vollständigen alliierten Regierungsgewalt und Kontrolle taten, unabhängig vom Erfolg im Einzelfall – wie bei Herbrandt und Recken –, wie agierten dann die staatsformunabhängigen Bürokraten-Netzwerke, wenn sie Spielraum für bürokratisches Handeln erhielten?

»Kontrollratsgesetz Nr. 10

Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben vom 20. Dezember 1945 ...

Artikel II. 1. Jeder der folgenden Tatbestände stellt ein Verbrechen dar: ...

c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Gewalttaten und Vergehen, einschließlich der folgenden den obrigen Tatbestand jedoch nicht erschöpfenden Beispiele: ... Freiheitsberaubung ... Verfolgung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen ...

2. ... wird eines Verbrechens ... für schuldig erachtet, wer

a) als Täter oder

b) als Beihelfer bei der Begehung eines solchen Verbrechens mitwirkte oder es befohlen oder begünstigt oder

c) durch seine Zustimmung daran teilgenommen hat oder

d) mit seiner Planung oder Ausführung in Zusammenhang gestanden hat oder

e) einer Organisation oder Vereinigung angehört hat, die mit seiner Ausführung in Zusammenhang stand ...

4. a) Die Tatsache, dass jemand ein amtliche Stellung eingenommen hat, ... befreit ihn nicht von der Verantwortlichkeit für ein Verbrechen und ist kein Strafmilderungsgrund.

b) Die Tatsache, dass jemand unter dem Befehl seiner Regierung oder eines Vorgesetzten gehandelt hat, befreit ihn nicht vor der Verantwortlichkeit für ein Verbrechen ...

Artikel III 1. Die Besatzungsbehörden sind berechtigt, innerhalb ihrer Besatzungszonen die folgenden Maßnahmen zu treffen:

a) Wer sich innerhalb der Zone befindet und der Begehung eines Verbrechens verdächtig ist, ... kann verhaftet werden; das in seinem Eigentum stehende oder seiner Verfügungsmacht unterliegende bewegliche oder unbewegliche Vermögen soll unter Aufsicht gestellt bis darüber endgültig verfügt wird.«

WWW.VERFASSUNGEN.DE

Für den damaligen Kreis Kempen-Krefeld beschreibt die Rahmenbedingungen der Entnazifizierung:

Gerhard Rehm (Bearb.). Der Landkreis Kempen-Krefeld in der Nachkriegszeit. Die monatlichen Berichte des Oberkreisdirektors an die Militärregierung (September 1945 – Juli 1948). Viersen 2008. Daraus:

»September 1945 (S. 48)

Die Prüfung der Personen, insbesondere der Anhänger der Nazipartei und ihrer Gliederungen, wird systematisch fortgesetzt ...

Die Reinigung der Ämter ist noch nicht abgeschlossen. Sie waren überall stark mit Nazielelementen durchsetzt. Die Frage von Ersatzmännern für gemäßregelte Beamte und Angestellte stößt auf nicht unerhebliche Schwierigkeiten. Der Reinigungsprozess wird daher nur schrittweise vorwärts gehen.«

»Oktober 1945 (S. 71)

Soweit die Aufrechterhaltung der Verwaltungsbetriebe die Entlassung von Nazis zulässt, erfolgt diese sofort. Die aus den Ämtern entlassenen Nazis halten enge Verbindungen zueinander.«

Diese vernetzte bürokratische Argumentation »gegen den Strich« verstanden:

Damit legitimierten die Verantwortlichen in der Kreisverwaltung Kempen-Krefeld ihr Handeln gegenüber der Militärregierung im Kempen. Sie legitimierten so, das Bürokraten-Netzwerker wie Herbrandt nicht entlassen werden konnten, weil »alternativlos«. Und wieder in Amt und Würden eingesetzt wurden, wie im Januar 1946 Recken. Die Militärregierung hat sich täuschen lassen. Bedingt durch die Adaption ihres Bildes der deutschen Realität durch die Kreisverwaltungsspitze, die dies im Sinne ihrer Mit-Bürokratennetzwerker instrumentalisierte. Staatsformunabhängig, auf das eigene persönliche und Gruppen-Interesse bedacht, auf das ein Recht bestünde, erarbeitet durch die Gefolgschaft zuvor.

In den »Kempen-Krefelder Mitteilungen«, dem »Amtsblatt für den Landkreis Kempen-Krefeld. Herausgegeben von der Militärregierung« vom 18. Januar 1946 lesen wir (Bestand Osterath 1500) zur »Bildung von Säuberungsausschüssen« die »Ansprache des Kommandanten an den Kreistag« am 15. Januar 1946.

»Eine Hauptaufgabe des Kreistages ist die Säuberung des Landkreises von den Nazis ... Die Militärregierung ist immer bemüht gewesen, die zu entfer-

nen, von denen sie annahm, dass sie Nazis gewesen sind ... Mit den Fällen der Gemeinden und den örtlichen Beamten sollen sich die Säuberungskommissionen der Gemeinden befassen.«

Das wurde dem äußeren Schein nach von den Verantwortlichen in den deutschen Bürokriatien umgesetzt. Wie, das haben wir an den Beispielen Herbrandt, Recken und Hövelmann vor Augen.

Eine klare – unbürokratische – Sprache: »Säuberungsausschüsse«.

Dann bürokratisch in »Entnazifizierung« umgedeutet. So dann u. a. von Historikern übernommen, damit auch die veränderte Perspektive, bedingt durch bürokratische Definitions-Macht. Bis heute.

Die Briten bringen nicht ein Jahr nach Kriegsende den Deutschen das Vertrauen entgegen, diese Angelegenheit selbst zu regeln. Und geben damit den Bürokraten-Netzwerken den Handlungsspielraum in die Hände, ihre Mitglieder zu protegiieren. Unabhängig davon, ob sie nach dem geltenden Recht zu sanktionieren und zu entlassen waren, denn für Bürokraten sind politische Fragen nur vordergründig von Bedeutung, soweit sie sie zur Legitimation ihres Bürokraten-Handelns instrumentalisieren können. Zur Wahrung des Scheins wurde »gesäubert« – von den aktiven Nationalsozialisten, die nicht den Bürokraten-Netzwerken angehörten. Drei Profiteure: Hugo Recken, Johannes Herbrandt und Joseph Hövelmann.

In der britischen Besatzungszone bedeutete das »Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus« vom 5. März 1946 den Übergang der Entnazifizierung in deutsche Verantwortung, konkretisiert durch die Zonen-Instruktion Nr. 2 vom 17. Januar 1946. Im Gesetz heißt es:

»Die Beurteilung des Einzelnen geschieht in gerechter Abwägung der individuellen Verantwortlichkeit und der tatsächlichen Gesamthaltung.«

Der Freibrief für bürokratisch genutztes Ermessen.

Mit der Verordnung Nr. 110 vom 1. Oktober 1947 glaubte die britische Militärregierung dann den deutschen Behörden einen aus ihrer Perspektive zielführenden Handlungsrahmen vorgegeben zu haben.

Im Entnazifizierungsverfahren – und darüber hinaus – haben sich die Beteiligten gegenseitig »Persilscheine« – und damit für sich selbst – ausgestellt. Im Kontext ihrer bürokratischen Symbiose. Herbrandt hatte trotz seiner Einstufung in die Kategorie »Minderbelastete« keinerlei Konsequenzen zu tragen,

wurde also geschützt und protegiert. Im Gegenteil: Er wurde weiter befördert. Da er sich gegenüber Hugo Recken absolut loyal verhielt, dafür seinen Vorgesetzten Bürgermeister Rudolf Bartels in einer Weise hinterging, die dienstrechtliche, strafrechtliche und zivilrechtliche Konsequenzen hätte haben müssen – auch für Recken. Hohes Risiko – hohe Position: Stellvertretender Gemeindedirektor einen Monat nach Reckens Amtseinführung als Gemeindedirektor im Januar 1946 – beginnend als einfachster Verwaltungsangestellter im Juli 1933.

Die geschichtswissenschaftliche und die juristische Literatur sind sich einig:

Die Entnazifizierung – die Säuberung von Nationalsozialisten – ist gescheitert.

Recken und Hövelmann, noch mehr Herbrandt, sind Prototypen dafür.

Gescheitert an den Westalliierten, weil sie sich täuschen ließen, dann täuschen lassen wollten – als Selbst-Legitimation, als sie im beginnenden Kalten Krieg auf die Feinde ihrer – kommunistischen – Feinde zurückgriffen. Und an den deutschen Bürokratien, die die Entnazifizierung schnellstmöglich beenden wollten. Vernetzt mit den lokalen und regionalen Bürokraten-Netzwerken, die »ihre« Angehörigen schützen und im Amt halten wollten. Wo dies erst nicht gegen die alliierte Besatzungsmacht gelang, dann später nach deren Ende durch Wiedereinstellung. Wiedereinstellung derer, die in diesen Netzwerken waren – im Einzelfall seit vor 1918. Die Kontinuität deutscher Bürokratie – unter / in / über welchem politischen System auch immer. Der äußerliche Unterschied die jeweilige ideologische Legitimation, die gewechselt wurde wie die Kleidung.

Mitglieder des Entnazifizierungsausschusses der Gemeinde Osterath waren u. a. die NS-Verfolgten Sabine Gutmann – für die KPD – und Paul Cervelli – parteilos –. Sie waren erwiesenermaßen unbelastet. Im Gegensatz zu ihrem Gemeindeverwaltungsmitarbeiter Johannes Herbrandt. Paul Cervelli wurde von (Ex)Nationalsozialisten um »Persilscheine« gebeten, gab sie aber nicht. Warum auch?

Sabine Gutmann schloss sich gegen ihre Herkunft der Partei an, die für sie die Verfolgten am deutlichsten repräsentierte: die KPD. Stellte sich damit außerhalb der – neuen – Dorf-(Volks)Gemeinschaft. Weniger – aber auch – Paul Cervelli, da er sich keiner der Dorf-Parteien anschloss, unabhängig blieb.

Als der Osterather Entnazifizierungsausschuss im Februar 1946 gebildet wurde, war der besoldete Beigeordnete Anton Wienands (KPD) aus dem Amt

gedrängt worden, wurde im selben Monat offiziell durch Johannes Herbrandt als stellvertretender Gemeindedirektor ersetzt. Und die katholische Geistlichkeit verbunden mit der katholischen Dorfelite in Union mit der Bürokratie in Person der Symbiose Recken/Herbrandt war es gelungen, den evangelischen Bürgermeister Rudolf Bartels abermals – wie 1933 – mit einer Intrige durch den Katholiken Hugo Recken ersetzen zu lassen. Die dörflichen katholischen Verhältnisse waren also wieder zurechtgerückt. Und im Entnazifizierungsausschuss saß für die CDU der katholische Pfarrer Hövelmann. So war auch dort durch den Recken-Protegee alles unter Kontrolle.

Vorher – im Jahr 1945 seit der Befreiung durch US-amerikanische Einheiten am 1. März 1945 – gab es eine aktive Entnazifizierung in Osterath, wie aus den beiden Akten im Bestand Osterath 1500 und 1501 hervorgeht. In Verantwortung von Bürgermeister Rudolf Bartels und seines besoldeten Beigeordneten Anton Wienands. Also so weit, wie Johannes Herbrandt es – noch nicht – verhindern konnte.

Im August 1944 überschritten alliierte Einheiten bei Aachen die deutsche Grenze, nicht weit von Osterath. Neben den letzten regionalen Durchhalte-Kriegsanstrengungen gab es den Versuch der Fortführung der Mord-Politik im Rheinland.

Einer der Nürnberger Nachfolgeprozesse war der Einsatzgruppenprozess in Nürnberg 1947/48. Einer der Angeklagten war der Einsatzgruppenleiter Gustav Nosske. Er wurde zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt, 1951 entlassen. Von den 24 Angeklagten schieden zwei wegen Krankheit und Suizid aus dem Verfahren aus. Von den übrigen 24 Angeklagten wurden 14 zum Tode verurteilt, 4 tatsächlich hingerichtet, alle anderen nach kurzer verbüßter Strafe entlassen.

Im Urteil gegen Nosske lesen wir (Trials of War Criminals Before the Nürnberg Military Tribunals. Volume IV: »The Einsatzgruppen Case« »The RuSHA Case«, S.558f. Web-Ressource. Übersetzung des Autors):

»Im September 1944 wurde der Angeklagte, der inzwischen nach Deutschland zurückgekehrt war (Nosske wurde Leiter der Gestapo-Leitstelle Düsseldorf, LK), vom Höheren SS- und Polizeiführer (Düsseldorf, LK) beauftragt, alle Juden und Halbjuden in diesem Bereich (Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln und Dortmund, also aus Osterath Lucie Langenbach und Paul Cervelli, LK) zu erschießen. Der Angeklagte erklärte, dass er gegen diesen Befehl protestierte und der Befehl schließlich widerrufen bzw. er nicht zu dessen Durchführung gezwungen wurde. Nosske protestierte gegen diesen

Befehl mit der Begründung, dass er annahm, dass viele der Opfer, insbesondere die Halbjuden, Deutsche seien (Als Einsatzgruppenleiter hat er da nicht differenziert. LK) Sein Handeln demonstriert entgegen der Gutachten mehrerer Angeklagter zum Befehls-Zwang, dass die Mitglieder der deutschen Wehrmacht gegen Befehle protestieren konnten ohne Gefahr zu laufen, selbst erschossen zu werden. Obwohl es wahr ist, dass der Angeklagte einige Nachteile erlitt wegen seiner Weigerung, die Menschen im Bereich Düsseldorf zu erschießen, wurde er nicht erschossen oder entlassen.«

Kommentar: Nosske wird seinen Vorgesetzten Höheren SS- und Polizeiführer von Dienstzimmer zu Dienstzimmer primär auf die Nicht-Durchführbarkeit des Befehls aufmerksam gemacht haben. Nosske hatte nicht mehr »seine« Einsatzgruppe zur Verfügung und es gab im Bereich Düsseldorf keine Polizei-Einheiten mehr. Die Gestapo-Beamten mordeten »nur noch« individuell. Für kollektiven Mord fehlte zu diesem Zeitpunkt im Bereich Düsseldorf das – ausgebildete – Personal. Das bedeutet: Nosske hätte das »Gesetz gegen die Gemeinschaftsfremden« ebenso konsequent umgesetzt wie seine Tätigkeit als Einsatzgruppenleiter. Im Einsatz für den Führer und sich an seinen Eid auf Hitler gebunden fühlend. Wie alle Menschen, die ihren persönlichen Eid auf Hitler geschworen hatten. Über die Befreiung hinaus.

Damit haben wir bereits die Muster von vernetzten individuellem Habitus, Säuberung und juristischer Aufarbeitung erfasst.

1985 habe ich im Rahmen des heimatkundlichen Arbeitskreises Osterath vorliegende Zeitzeugeninterviews zum Kriegsende in Osterath ausgewertet und eigene Zeitzeugeninterviews geführt. Das Ergebnis war mein Beitrag in den Meerbuscher Geschichtsheften 1985 »Das Kriegsende in Osterath« (S.98–106). Daraus:

»Ein Teil der (am 1. März 1945, LK) auf den Kirchplatz Geführten wurde anschließend in die Kirche gebracht, in der Nacht in den Keller eines nahe liegenden Hauses. Neben Dr. Ley wurden noch einige andere von ihnen in die USA transportiert, wo sie in Gefangenschaft blieben. Bürgermeister Recken wurde Anfang April 1945 seines Amtes enthoben. An seiner Stelle musste der Gemeindebeamte Johannes Herbrandt in den folgenden Tagen kommissarisch die Gemeinde leiten ... Am 3. März mussten deutsche Gefangene den ganzen Tag mit dem Gesicht zur Gartenmauer am ehemaligen Plöneshof, jetzt Theodor-Heuss-Straße, stehen. Der Grund war, dass die US-Amerikaner

wegen des Werwolfs teilweise in Panik gerieten (Ein Werwolfkommando hatte den von den US-Amerikanern eingesetzten Bürgermeister von Aachen ermordet). Bis Ende März durften sich die Osterather nur im Ort aufhalten, für Ausnahmen wurden Passierscheine benötigt. Diese Regelung wurde durch die Einführung der Registration Cards im April 1945 abgelöst ... Im Haus Hochstraße 15 war in den ersten Tagen die Kommandantur eingerichtet. Im Bürgermeisteramt war ein niederer amerikanisches Militärgericht, im Keller ein Auffanglager eingerichtet ... Am 19. März 1945 wurden Buderich, Lank und Osterath bis zur Bahnlinie geräumt. Das bedeutete weitere Einquartierungen ... Die Evakuierung dauerte sechs Wochen.« (S. 105f.)

Aus meiner Ersten Staatsarbeit »Verfolgung und Widerstand in Meerbusch 1933–1945« Kapitel 23. Die Vorgänge in Meerbusch vom lokalen Kriegsende bis zur Gesamtkapitulation am 9.5.1945« (S.328f.):

»Die gesamte gesetzgebende und vollziehende Gewalt lag in den Händen der Militärregierung. Große Plakate, die öffentlich zum Aushang gebracht wurden und in englischer und deutscher Sprache gedruckt waren, verkündeten Proklamationen, Deklamationen, Befehle, Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen, Anordnungen, Anweisungen usw. des Kontrollrates, der zonalen, regionalen und örtlichen Befehlshaber und Gesetzgeber, und bestimmten, was Recht sei und was zu tun und zu lassen sei. Es gab zunächst kaum eine Angelegenheit allgemeiner oder persönlicher Bedeutung, die nicht von oder über den Kommandanten entschieden wurde.«

NSDAP-Ortsgruppenleiter Dohmen und sein Vorgänger Panzer wurden von den Alliierten verhaftet und für längere Zeit interniert.

Mit Datum vom 19. Mai 1945 finden wir im Bestand Osterath 1500 einen handschriftlichen Brief einer Osteratherin »An die Militär-Kommandantur in Osterath«, der typisch war. Der »Antrag auf Rückgabe des Radio-Gerätes« schließt mit der Formulierung:

»... bitte ich in der Sache den Herrn Pastor Hövelmann zu hören.«

Sechs Wochen nach der Befreiung war das katholische Dorf-Machtspiel schon wieder im vollen

Gänge. Auch deswegen, weil es für die Besatzungsmacht – ob nun US-Amerikaner und dann Briten – außerhalb ihres Fokus lag.

Eine Reihe Osterather Nationalsozialisten wurde verhaftet, musste u. a. die Radioapparate abgeben und nach der Haftentlassung Hausarrest einhalten, verbunden mit Dienstverpflichtungen.

In KK 882 »Sofortmaßnahmen Aktion Werwolf« lesen wir ein Schreiben des Landrats Kempen-Krefeld an die Bürgermeister vom 4. April 1945: »Bei allen örtlich bekannten Mitgliedern, soweit sie Parteifunktionen ausgeübt haben, sind die Radioapparate zu beschlagnahmen und sicher zu stellen«. In Osterath wurden bei 25 bekannten aktiven Nationalsozialisten 31 Radioapparate konfiziert.

In einem Dokument von Bürgermeister Rudolf Bartels vom 24. August 1945 sind von ihm die »Personen nach Gesetz No. 52« – Sperre und Kontrolle von Vermögen von Nationalsozialisten – aufgelistet:

»43. Hugo Recken, Bürgermeister, Osterath, Hauptstr. 1 (entlassen)«

In der diesem Dokument zugehörigen »Nachweisung über die aufgrund des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung gesperrten Privatkonten« vom 1. November 1945 lesen wir:

»Hugo Recken 8.000,--
Kreissparkasse Zweigstelle Osterath«

Das bedeutet:

Die britische Militärregierung für den Kreis Kempen-Krefeld in Kempen ging davon aus, dass Recken zu den NS-Tätern, zumindest NS-Mittätern, zählen könnte.

Die Aufgabe des Entnazifizierungsausschusses war insbesondere: Alle aktiven Nationalsozialisten aus dem öffentlichen Dienst auszuschließen. Die realen Machtverhältnisse in Osterath Ende 1945 dokumentierten sich dadurch, dass gerade Herbrandt blieb, wo er war.

Im Gegensatz zu Sabine Gutmann und ihrem Mann Julius, die erneut aus der (Volks-)Gemeinschaft ausgeschlossen wurden. Weil sie es wagten, sich zu ihrem persönlichen Peiniger Hugo Recken im Dezember 1945 schriftlich zu äußern und sich so erst die bürokratische Feindschaft von Johannes Herbrandt, dann ab Januar 1946 von Gemeindedirektor Hugo Recken – und seinem Stellvertreter ab Februar 1946 Johannes Herbrandt – zuzogen.

»Überprüft wurde ... der gesamte Lebenswandel zwischen 1933 und 1945. Um ihre Belastung zu mindern oder ihre Ablehnung des NS-Regimes unter Beweis zu stellen, legten viele Betroffene eidesstattliche Erklärungen von Freunden, Bekannten und Kollegen, die sogenannten Persilscheine, vor, die ihren politischen Leumund bezeugen sollten ... Persilscheine, deren Wahrheitsgehalt in vielen Fällen nicht allzu hoch anzusetzen war.«

Matthias Meusch. Die Entnazifizierung und die Anfänge der juristischen Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus. in: Landtag Nordrhein-Westfalen. 1946. Politik und Alltag im Gründungsjahr des Landes Nordrhein Westfalen. Düsseldorf 2006, S. 51.

»Beginnend im Oktober 1945 führte die Militärregierung das System der Kategorien ein ... Kategorie I – V (I: Hauptschuldige, II: Belastete, III: Minderbelastete, IV: Mitläufer, V: Entlastete). (MEUSCH. S. 51)

»12.02.1952 Inkrafttreten des Gesetzes zum Abschluss der Entnazifizierung im Land Nordrhein-Westfalen« (MEUSCH. S. 52)

Etwa 10% der NRW-Einwohner wurden der Entnazifizierung unterzogen:
817.819 Personen
90 Kategorie I und II
33.531 Kategorie III
59.630 Kategorie IV
624.568 Kategorie V = über 75%
(NACH: MEUSCH. S. 52)

Im Staatsarchiv Nordrhein-Westfalen gibt es gut 1.200.000 Entnazifizierungsakten. Das bedeutet: Etwa 50% der Betroffenen gingen in die Berufung – um dann i. d. R. als Unbelastet eingestuft zu werden.

Im April 1948 beschloss der Landtag Nordrhein-Westfalen ein Entnazifizierungsgesetz. Das Gesetz wurde von der britischen Militärregierung abgelehnt. Die Landtagsdrucksachen dazu sind eine historisch interessante Lektüre. In der Landtagssitzung am 9. Dezember 1947 führte Landesjustizminister Dr. Heinemann – später Bundespräsident – aus:

»Als wir noch alle unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft standen, hatte ein großer Teil unseres Volkes den sehnlichen Wunsch, die Träger und die Nutznießer dieses Systems einmal für alle Schandtaten zur gründlichen Rechenschaft gezogen zu sehen ... Ich

bin überzeugt davon, dass eine spätere Zeit einmal sagen wird, dass mit den Trägern des Dritten Reiches ungeheuer glimpflich verfahren worden ist.«

Wohin waren die – aktiven – Nationalsozialisten verschwunden?

Eine rhetorische Frage: Sie waren ganz überwiegend da, wo sie auch vorher waren. Nur das ihre Vergangenheit wegdefiniert wurde.

Um eine Perspektive darzustellen:

Der Leiter des Judenreferats der Gestapoaußendienststelle Krefeld Schulenburg – zuständig auch für die als »Juden« definierte Menschen in Osterath und Lank – wurde in die Kategorie IV eingestuft.

In die Kategorie IV wurde ebenso der Leutnant der Schutzpolizei Paul Salitter eingestuft, der den Deportationszug nach Riga 11. Dezember 1941 ab Schlachthof Düsseldorf-Derendorf leitete und dessen Deportationsbericht eine zentrale Rolle im Eichmann-Prozess in Jerusalem hatte.

Der Unterschied von Schulenburg und Salitter zu Recken und Herbrandt: Sie durften nicht mehr in den öffentlichen Dienst zurückkehren. Sie waren also nicht in den Bürokraten-Netzwerken.

Werfen wir noch einen genauen Blick auf die Argumentation von Hugo Recken in seinem Entnazifizierungsverfahren sowie ihrer apologetischen Rezipierung heute durch Herrn Regenbrecht in Kontext zu den geschichtswissenschaftlichen Fakten.

In einer von Hugo Recken erstellten Auflistung von zwei Seiten führt er elf Punkte zu seiner Entlastung auf. (KK 1023 Bl. 163) Hier ist zwischen den Zeilen die Gesamtkonstellation mit Johannes Herbrandt sowie katholischer Geistlichkeit und katholischer Gemeindeelite zu lesen – wenn diese Perspektive wahrgenommen wird. Seine Darstellung wurde ihm letztlich offiziell im Urteil des NRW-Entnazifizierungsausschusses vom 11. Juli 1949 bestätigt. (LAV NRW R, NW 1034 Nr. 4803)

An seinem einzigen konkreten Beispiel der Familie Dr. Langenbach, »Schutz der Juden«, habe ich in diesem Buch geschichtswissenschaftlich dokumentiert, dass Hugo Recken in seiner Funktion als Bürgermeister, örtlicher Polizeichef und damit auch örtliche Gestapo keinen Menschen jüdischen Glaubens oder als Halbjuden definierte Menschen geschützt hat. Im Gegenteil: Im vorauseilenden Gehorsam und auf eigene Initiative hat er Verfolgungsmaßnahmen umgesetzt bzw. umsetzen lassen.

Für Bürokraten ist die Zweck-Lüge Teil des Selbstverständlichen nicht nur im bürokratischen Alltag.

Und der Verweis auf zwei Recken-Entnazifizierungs-Akten im Landesarchiv NRW in Düsseldorf und ihrer – vermeintlichen – Teil-Nichtverfügbarkeit wird von Bürgermeister Spindler als Legitimation benutzt, auf Zeit zu spielen, um im Sinne der Recken-Legende bürokratisch auf Vergessen zu spekulieren. Tatsächlich sind alle Entnazifizierungsakten ohne Einschränkung frei verfügbar. Den Text der entsprechenden eMail der zuständigen Mitarbeiterin des Landesarchivs NRW können Sie im Kapitel »Die Debatte 2012« lesen.

Der NSDAP-Gauleiter Düsseldorf Florian wurde von einem deutschen Gericht in Düsseldorf verurteilt, dann begnadigt.

Auf diese Begnadigung haben sich dann zahlreiche NS-Täter bezogen: Wenn dieser Haupt-Täter begnadigt würde, dann könne er in Relation zur Schwere der Taten nicht verurteilt werden. So Georg Pütz, Leiter des Judenreferats der Gestapo-Einstelle Düsseldorf, auch zuständig für die Deportation der Menschen aus dem heutigen Meerbusch.

Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf begann 1947 gegen ihn Ermittlungen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Diese Ermittlungen ergaben sich aus dem Artikel II 1c des Kontrollratsgesetzes Nr. 10, nach dem die gesamten Maßnahmen gegen von den Nationalsozialisten als Juden definierten Menschen – ob nun durch die NS-Führung oder deren Helfershelfern – als Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufzuklären und zu ahnden waren. Helfershelfer auf allen Ebenen.

Georg Pütz gehörte bis 1937 der katholischen Kirche an, trat dann aus, 1948 wieder ein. Was ihm bereits vor dem Wiedereintritt die Unterstützung von Seiten der katholischen Geistlichkeit in seinem Gerichtsverfahren und später bei Begnadigungsanträgen eintrug.

Herbert Schmid zitiert aus den Vernehmungen von Georg Pütz sowie der Urteilsbegründung zur Verurteilung u. a. wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit:

»Aus Gründen der Menschlichkeit habe ich mich dann bewegen lassen, den einen oder anderen Juden vom Abtransport zu schonen.« (S. 173) »Wäre es dem Angeklagten darauf angekommen, nur seine unausweichlichen Dienstobliegenheiten zu erfüllen, dann hätte er das Los von der Verschickung betroffener Juden in vielfacher Hinsicht erleichtern und bei der Durchführung der Transporte menschlich handeln können, anstatt das Elend, die Not und die Seelenpein der Opfer sowie ihrer Angehö-

rigen und Freunde durch hartherziges, gefühlloses und unmenschliches Verhalten noch zu vergrößern.« (S. 178)

Georg Pütz wurde zu einer vieljährigen Haftstrafe verurteilt, die er überwiegend verbüßte.

Und das antisemitische bürokratische – auch initiative – Handeln von Hugo Recken und seiner rechten Hand Johannes Herbrandt – vor und nach 1945 –, wie es in dieser Arbeit dokumentiert ist? Und dessen – bürokratische – Legitimation heute?

Um sich einer Antwort auf diese beiden vernetzen Fragen zu nähern, macht es Sinn, die Entnazifizierungsverfahren von Recken und Herbrandt in ihrem historischen Kontext vor und nach der Befreiung am 1. März 1945 im Detail auf der Basis des fallrekonstruktiven biographischen Forschungsansatzes aus der historisch orientierten Politischen Soziologie zu analysieren. Mit Bezug auf: Christine Müller-Botsch. »Den richtigen Mann an der richtigen Stelle.« Biographien und politisches Handeln von unteren NSDAP-Funktionären. Frankfurt a. M. 2009.

Um einen Fokus zu beschreiben, drei Zitate aus: Sebastian Haffner. Germany: Jekyll & Hyde. 1939. Berlin 1996.

»... Psyche der Deutschen verstehen. Zu deren krankhaften Geisteszustand gehört ihre Fähigkeit, sich die Realität so vorzustellen, wie sie sie brauchen.« (S. 33)

»Die Nazis sind wichtiger und gefährlicher als ihre gegenwärtigen Führer ... Nur wenn jene Leute ausgeschaltet werden, sind der Frieden, die Freiheit und die Zivilisation in Deutschland wie in Europa gesichert.« (S. 60 und 67)

»Seine Führer begehen die Verbrechen, vor denen er zurückschreckt, die er insgeheim für notwendig und wünschenswert hält, und sie ersparen ihm sogar gnädig die Unannehmlichkeit, sich als Mittäter vorzukommen.« (S. 117)

Christine Müller-Botsch führt – auf unser Thema fokussiert – aus:

»Je später das Spruchverfahren stattfand, desto milder fielen die Sprüche aus. Davon profitierten insbesondere die stärker belasteten Funktionäre.« (S. 46)

»Im Befreiungsgesetz war vorgeschrieben, dass sämtliche Funktionsträger auf Ortsgruppenebene in der Klageschrift durch den öffentlichen Ankläger aufgrund ihrer formalen Belastung als Belastete

(Klasse II), unter besonderen Umständen auch als Minderbelastete (Klasse III) angeklagt werden. Diese Vorhaben erfolgten auch vor dem Hintergrund, dass das Korps der Politischen Leiter der NSDAP als verbrecherische Organisation eingestuft worden war.« (S. 44)

Müller-Botsch bezieht sich auf das Urteil des Nürnberger Prozesses, in dem das Korps der Politischen Leiter der NSDAP als verbrecherische Organisation verurteilt worden war.

Im Fokus von ihr sind

»Selbstrepräsentationen gegenüber der NSDAP und der Spruchkammer« (S. 266)

»Die Selbstrepräsentationen der Belasteten sagen mehr über den allgemeinen gesellschaftlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit als über die jeweilige Person, die sich zu verantworten hatte.«

CHRISTINE ARBOGAST

»Die Selbstrepräsentationen der NSDAP-Funktionäre im Spruchkammerverfahren können als Prozess der selektiven Aufnahme und des Mitkonstruierens der westdeutschen Entnazifizierungsdiskurse vor dem Hintergrund der verschiedenen biographischen Fallstrukturen beschrieben werden.« (S. 262)

»Fokussieren, Verleugnen, Reformulieren: Der handelnde Umgang der ehemaligen Funktionäre mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen.« (S. 263)

»Um nicht als Belasteter eingestuft zu werden – die für die unteren Funktionäre formal vorgesehene Einstufungskategorie –, müssen die ehemaligen Funktionäre nachweisen, dass in ihrem Fall eine Einstufung als Minderbelasteter, Mitläufer oder Entlasteter gerechtfertigt sei.« (S. 264)

»Die Einstufungen sagen weit mehr über das politische Klima der Nachkriegszeit in Westdeutschland und den Willen zur Integration der politisch Belasteten in die Bevölkerung aus, als dass die Urteile der Spruchkammern Rückschlüsse auf die tatsächliche politische Belastung ... zulassen.«

KATHRIN MEYER

Neuordnung der Biographie im Verfahren in Entlastungsabsicht:

- Fokus auf diejenigen Aspekte von NS-Ideologie und NS-Maßnahmen, mit denen sie dann vorgeblich nicht einverstanden waren.
- Situationen werden in den Vordergrund der Darstellung geschoben

- in denen sie nun Handlungsdruck vermitteln wollen
- die als Zeichen für Hilfsbereitschaft gegenüber NS-Verfolgten gedeutet werden könnten

Zum Beleg der Behauptungen sowie zur Entlastung von Anklagepunkten werden zielgerichtet Entlastungsschreiben organisiert, die »Persilscheine«.

In der Selbstdarstellung:

- weglassen
- verschweigen
- dethematisieren

nach: S. 264f.

»Vielfach nutzen sie auch ein begrenztes Wissen der Spruchkammern aus.« (S. 265)

»Hinter dem Fälschen der eigenen Lebensgeschichte verbarg sich die Idee, dem alten Elitenauftrag treu zu bleiben. Und auch hier spielt regelmäßig das Rasse-Diapositiv eine entscheidene Rolle.«

CHRISTIAN SCHNEIDER. IN: WILFRIED LOTH U.A. (HRSG.). S. 257.

Dies konnte auch – im konkreten Einzelfall – bürokratisch interessegeleitetes Wollen gewesen sein. Insbesondere – wie in den vernetzten Fällen Recken und Herbrandt – wenn es um Mitglieder von Bürokraten-Netzwerken ging. Was im Folgenden konkret belegt werden wird.

Was war im Fokus des öffentlichen Klägers, welche Aspekte von Parteitätigkeiten und Tätigkeiten im Kontext öffentlicher Ämter?

Primär die notwendig subjektive, damit mit einem sehr weiten Ermessensspielraum verbundene Abschätzung des Verhaltens des NS-Belasteten für die Zukunft.

Lediglich rudimentär die faktischen Aktivitäten. Die i. d. R. so weit, wie sie doch in der Klage eine Rolle spielten. Insbesondere dann, wenn schriftliche Zeugenaussagen dazu vorlagen, die gewichtet und gewertet wurden – bis hin zu dethematisiert. Wie z. B. die von Sabine Gutmann bei Recken. So wie gerade bei Recken und Herbrandt alle, die nicht »passten«. Bis hin zu Rechtsbeugung im Amt im Fall eines Strafantrags wegen Mordversuch, dazu später die Details.

Müller Botsch nennt als Beispiele nicht beachteter Aktivitäten, die im Kontext von Recken/Herbrandt relevant sind:

- NSDAP-Bockleiter stellen ihre Funktion als reine NSDAP-Beitrags-Kassierung hin.
- Die Aufrechterhaltung der Inneren Front – Luftschutz – wird von NS-Belasteten als soziales und humanitäres Handeln umgedeutet, »ich gehöre zu den Guten«. Im Kontext mit den Deutschen

als – eigentlichen – Opfern, also auch ihm als Opfer. nach: S. 264ff.

»Die Darstellung von Parteibeitritt, Funktionsübernahme und -ausübung: Produktion und Reproduktion von Nachkriegsdiskursen im biographischen Kontext.« (S. 268)

Was NS-Belastete durchgängig in Spruchkammerverfahren nicht zugaben:

- jegliche Beteiligung an NS-Gewaltverbrechen
 - Denunziationen
 - Beteiligung an der Reichskristallnacht 1938
 - antisemitische Einstellungen und Handlungen
 - revisionistische und imperialistische Einstellungen
- (S. 266f. und 271)

»Nicht Thematisieren, Verschweigen und Verleugnetes kann ... gleichwohl auf der latenten Ebene zum Ausdruck kommen.« (S. 266)

Man muss also »zwischen den Zeilen lesen«, die Bedeutung von Formulierungen und sprachlichen Konstruktionen dekodieren.

»Die Argumentationen und Darstellungen sind ... eng mit jenen biographischen Handlungsmustern und -orientierungen verbunden, die auch das spezifische Verhalten im Nationalsozialismus strukturiert haben. Die Präsentationen sind verbunden mit den jeweiligen biographischen Erfahrungen und Sinnbezügen. Insofern konstruieren die Funktionäre mit ihren Argumentationen die Nachkriegsdiskurse in einem erheblichen Maße mit, beziehungsweise wählen – interaktionistisch verstanden – aus dem Pool der Nachkriegsdiskurse diejenigen aus, die für sie »passen« und die mit ihrer Biographie verbunden sind.« (S. 268f.)

Im Sinne des Modells »Basierzählung« von Thomas Herz.

»In der Regel werden mehrere Argumente aufgeführt, die fallspezifisch kombiniert werden.« (S. 269) Mit beruflichen Orientierungen wird insbesondere von denjenigen argumentiert, die in ihren Biographien generell so argumentieren.

»Ein NSDAP-Beitritt wird hier insbesondere mit Absicherung von Positionen begründet.« (S. 269)

»Die Auswahl der Argumente der ehemaligen Funktionäre zeigt auch, was von ihnen als »sagbar« akzeptiert und mit der Nachkriegsgesellschaft kom-

patibel angesehen wird.« (S. 270) »Im Entnazifizierungsverfahren konstruierte Selbstsichten.« (S. 271)

Müller-Botsch entwickelt ein Modell von vier »Typen biographischer Bedeutung der NSDAP-Parteitätigkeit« (S. 272ff.), die im Folgenden auf Recken und Herbrandt bezogen werden.

Typus 1: NSDAP-Parteitätigkeit als biographische Chance.

- a. Funktionsausübung als legitimes Ausleben einer bislang negativ sanktionierten Handlungsstruktur.
- b. NSDAP-Funktion als Gelegenheit zur Realisierung bislang nicht gelebter biographischer Entwürfe.

Typus 2: NSDAP-Parteitätigkeit als eine Modifikation biographischer Handlungsorientierungen angesichts veränderter Herrschaftsverhältnisse.

Typus 3: NSDAP-Parteitätigkeit als Instrument zur Fortsetzung anderer biographischer Handlungsorientierungen.

- a. Funktionsausübung als Instrument zur Dokumentation nationalsozialistischer Gesinnung.
- b. Parteibeitritt und Funktionsausübung als Instrumente zur Fortsetzung anderer biographischer Handlungsorientierungen.

Typus 4: Beitritt und Funktionsausübung als erzwungener Bruch mit biographischen Handlungsorientierungen.

nach: S. 272–284

Militärregierung - Deutschland
Britisches Kontrollgebiet
Landkreis Kempen-Krefeld

Entnazifizierung

1. Alle Personen, welche im Landkreis Kempen-Krefeld wohnen und welche unter irgend eine der folgenden Kategorien fallen, wollen sofort Fragebogen ausfüllen:
 - a) NSDAP - Alle Mitglieder
 - b) Waffen SS - 1. vom Unterscharführer an aufwärts
2. Mitglieder vor April 1933
 - c) Allgemeine SS - 1. vom Unteroffizier an aufwärts
2. Mitglieder vor April 1933
 - d) Totenkopf SS - Alle Dienstgrade
 - e) SA - 1. vom Scharführer an aufwärts
2. Mitglieder vor April 1933
 - f) HJ - vom Gefolgschaftsführer an aufwärts
 - g) BDM - von Mädelgruppenführerin an aufwärts
 - h) NSF - von Frauenschaftsführerin an aufwärts
 - i) NSKK - vom Scharführer an aufwärts
 - k) NSFK - vom Scharführer an aufwärts.
2. Fragebogen sind erhältlich beim Bürgermeisteramt in der Gemeinde, wo die Person wohnt und sind nach Ausfüllung beim Bürgermeisteramt wieder einzureichen.
3. Diese Verordnung wird wirksam mit dem Tage der Bekanntmachung.
4. Alle Fragebogen müssen dem Bürgermeisteramt bis spätestens zum 7. April 1946 wieder zugestellt sein.
5. Diese Verordnung findet keine Anwendung auf Personen, welche bereits Fragebogen ausgefüllt haben und welche über das Ergebnis der Prüfung des Fragebogens benachrichtigt worden sind.

Im Auftrage der Militärregierung
Landkreis Kempen-Krefeld

KREISARCHIV VIERSEN: VERORDNUNG DER MILITÄRREGIERUNG ZUR ENTNAZIFIZIERUNG

»Die biographische Bedeutung einer NSDAP-Parteitätigkeit ist für den Verlauf der NSDAP-Parteitätigkeit innerhalb der NSDAP-Ortsgruppe erheblich relevanter als andere in der Literatur fokussierte Aspekte bei der Untersuchung von NSDAP-Mitgliedern und Funktionären.« (S. 272)

Als Reflex auf die »Basiserzählung« wird die individuelle Ebene und ihr insbesondere lokal-gesellschaftlicher Kontext ausgeblendet. So kommt es zu einer – unangemessenen einseitigen – Betonung der »Strukturgeschichte«. Die Vernetzung und damit verbundene Synergie beider sich gegenseitig bedingenden Ebenen führt zu Verstehen.

»Hier stellen sich auch weiterführende Fragen. Inwieweit gerade durch die Selbstkonstruktion im Kontext der Entnazifizierung bestimmte Nachkriegsdiskurse, die teilweise bis heute wirksam sind, befördert und mitproduziert wurden.« (S. 265)

»... die Bearbeitung der NS-Vergangenheit in der bundesrepublikanischen Gesellschaft, auch in transgenerationaler Perspektive.« (S. 271)

Wie die Recken-Legende in Osterath. Und für das ehemalige Amt Lank die Gustav-van-Beek-Allee, benannt nach dem NS-Bürgermeisterkollegen von Recken in Lank. Sowie das historische Umfeld des HJ-Heims in Büderich, heute Verwaltungsgebäude. Die gesammelten Leichen im Keller der spezifisch Meerbuscher »Basiserzählung« im Sinne von Thomas Herz. Die nicht – wohin auch immer – ausgegraben und umgebettet wurden. Bis heute.

»Es stellt sich ... die Frage, inwieweit es genau diese im Kontext des Entnazifizierungsverfahrens hergestellten Selbstdarstellungen sind – als jemand, der Dissens mit dem Regime hatte, unter Druck gehandelt hat, gegebenenfalls Verfolgten geholfen hat und selbst durch das Regime geschädigt wurde – die von den Belasteten von da ab vertreten und bis heute an die folgenden Generationen weiter vermittelt werden.« (S. 265)

Im konkreten Dreifach-Fall kommt hinzu: Das symbiotische Handeln von Recken und Herbrandt – aus dessen Perspektive auch zur eigenen Absicherung – weit über den Tod von Recken 1953 bis in die 1990er Jahre, in Verbindung mit der vom Osterather Gemeinderat 1953 geschaffenen gesellschaftlich-kulturell-politischen Recken-Legende, in deren Tradition heute der amtierende Meerbuscher Bürgermeister Spindler agiert. In Meerbusch – wie

anderswo – gab es keine »Stunde Null«. Die müssen wir uns heute – endlich – erarbeiten. Dem Gedenken eine Chance.

Sehen wir nun einmal auf der Basis des Vorherstehenden ganz genau hin:

1. Literatur, die den juristischen und praktischen Rahmen der Entnazifizierung konkret definiert.
2. In die Entnazifizierungsakten insbesondere von Recken und Herbrandt.
3. Wie ist das Verhältnis von juristischem Anspruch und der aus den Akten ablesbaren – juristischen – Realität? Wie ist die Divergenz zu deuten und zu bewerten?

Das legitime und legale insbesondere Straf-Recht vor der Außerkraftsetzung der Weimarer Verfassung nach dem 30. Januar 1933. Das alliierte Recht und das daraus abgeleitete deutsche Umsetzungsrecht sind auf dessen Grundlage einordenbar. Das bedeutet auch: Dieses Recht war kein nachträgliches Recht, also nach Vollzug der juristisch zu beurteilenden Sachverhalte erlassenes Recht, sondern spezifische Konkretisierung.

Also die Weimarer Verfassung und das daraus abgeleitete Recht, insbesondere das Strafgesetzbuch in der vor März 1933 geltenden Fassung. Das alliierte Recht, so wie es in diesem Kapitel bereits aufgeführt ist. Sowie:

Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 und Anlage zum Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus. Stuttgart 1946.

Irmgard Lange (Bearb.). Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen. Richtlinien – Anweisungen – Organisation. Siegburg 1976.

Das umfassende sechsbändige Werk von Lange in seiner vollständigen Version im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.

Clemens Vollnhals (Hrsg.). Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949. München 1991.

Robert M. W. Kempner war in verantwortlicher Position im preußischen Innenministerium an der Abfassung der preußischen Denkschrift von 1930 »Die NSDAP als staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung« beteiligt, die er unter dem Titel »Der verpasste Nazi-Stop« in Verbindung mit weiteren Dokumenten zur Denkschrift 1983 veröffentlichte.

Dieses formelle Staatsdokument ist eine juristische Basis zur rechtlichen Bewertung mehrerer Aspekte: Der Charakter der NSDAP als terroristische Vereinigung mit einer Gruppe verifizierter Terroristen als Führer, an der Spitze Adolf Hitler. Die kriminellen Handlungen des Reichsanwalts, der

sich als aktives NSDAP-Mitglied entpuppte. Sowie das illegitime, illegale und kriminelle Handeln aller Menschen in Verantwortungspositionen ab spätestens dem Zeitpunkt, als im März 1933 die Weimarer Verfassung illegitim und illegal ausgehebelt war. Da die demokratievertheidigenden Aktivitäten Robert M. W. Kempners bekannt waren, war es aus der NS-Perspektive konsequent, ihn mit als ersten aus dem Staatsdienst illegal zu entfernen.

Robert M. W. Kempner emigriert in die USA, wurde dort Jura-Professor und kehrte 1945 als Assistent des US-Chefanklägers bei den Nürnberger Prozessen zurück. Unter dem Titel »Die preußische Bürokratie auf der Anklagebank« trug Robert M. W. Kempner dort seine Anklagerede gegen Wilhelm Frick vor. Der juristische Stil dieser Rede hat mich zum folgenden Teilkapitel meines Buchs inspiriert.

Bei genauem Hinsehen sind für konkrete Fragestellungen immer Muster zu identifizieren. So auf den Fall Recken bezogen konkret:

Peter Gelber. Die Mär von »Fremdbestimmten« und »Widerstandskämpfern«. Entnazifizierung von NS-Bürgermeistern am Beispiel von Fällen vor der Spruchkammer Wiesloch. In: Badische Heimat 1/1997, S. 85–95.

Der Beitrag des Historikers Peter Gleber beruht auf dessen Magisterarbeit zum Thema.

Dem Kapitel »Quellen« können Sie alle von mir herangezogene Quellen, Zeitzeugeninterviews etc. entnehmen. Und »Literatur« die gesamte von mir herangezogene Literatur. Im Buch finden Sie an zahlreichen Stellen für diesen Teil relevante Fakten.

Aus dem NSDAP-Mitgliederbuch (im Besitz des Autors):

»Schimpfe fleissig über die Juden und kaufe ebenso fleissig bei Ihnen ein! Das vernichtet sie am sichersten!« »Spare an Deiner Bewegung jeden Pfennig, damit Du den Juden und dem Staat dafür etwas mehr geben kannst!«

Richten wir hier den Fokus auf die ersten Jahre ab 1933.

Hugo Recken ist Bürgermeister in Vorst, Johannes Herbrandt beginnt im Juli 1933 als einfacher Gemeindeangestellter in Osterath, Joseph Hövelmann ist katholischer Religionslehrer in Krefeld.

Wie ist das Verhältnis von Reckens Darstellung seines Wechsels nach Osterath und der verifizierbaren Realität insbesondere von ihm selbst stammender Formulierungen in Quellen? Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus den daraus gewonnenen Erkenntnissen ableiten?

Im Staatsarchiv Nordrhein-Westfalen finden wir im Bestand Bezirksregierung Düsseldorf die Personal-

akte Hugo Recken NW 0007 Nr. 47434. In ihr finden wir den von Recken ausgefüllten »Fragebogen zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtenstandes vom 7. April 1933«. Zu »5. Welcher politischen Partei haben Sie bisher angehört? Von wann bis wann?« schrieb Recken:

»Im Zentrum im Jahr 1923, Austritt März 1933, alsdann Übertritt zur N.S.D.A.P.« »Ich bestätige hiermit, alle Angaben nach bestem Gewissen gemacht zu haben. Hugo Recken.«

Nach eigener per Formel und Unterschrift bestätigter Aussage war Hugo Recken einer der »Märzgefallenen«. Aus der Logik von NSDAP-Aufnahmestopp zum 1. Mai 1933 und der Tatsache, dass der überwiegende Teil der im Amt belassenen in die NSDAP gewechselten Bürgermeister im Regierungsbezirk Düsseldorf nach der Aufstellung des Gauamtes für Kommunalpolitik im Nachlass Ebel im Stadtarchiv Düsseldorf aus NS-Symbolik zum 1. Mai 1933 in die NSDAP aufgenommen wurde, bedeutet dies: Die Behauptung von Recken nach 1945, im Herbst 1933 in die NSDAP genötigt worden zu sein, um seine Bürgermeisterstelle nicht zu gefährden, ist ein Lüge. Wie alle seine Behauptungen zu seiner Entlastung im Entnazifizierungsverfahren.

Eine weitere Quelle in der Recken-Personalakte: Mit Datum vom 10. November 1933 schreibt der Regierungspräsident Düsseldorf an den Herrn Landrat in Kempen, Eingangsstempel Kreis Ausschuss Kempen 12. November 1933:

»Ich ersuche ergebenst um Bericht bis zum 20. ds. Mts., ob inzwischen der Bürgermeister Recken in Vorst mit der vertretungsweisen Verwaltung der Bürgermeisterstelle in Osterath und der Bürodirektor aus Viersen mit der Bürgermeisterstelle in Vorst beauftragt ist.«

Das Revirement ist also schon längst eingestielt – unter Einbeziehung von Recken. Nicht wie Recken dann als Beispiel seiner »NS-Verfolgung« behauptet, ein Vorster Nationalsozialist wurde Bürgermeister in Vorst, sondern ein als qualifiziert angesehener Viersener Beamter nach Vorst versetzt. Für beide war es eine Beförderung, keine Degradierung – und auch nicht gegen ihren Willen. Die Realität war also das jeweilige Gegenteil von dem, was Recken nach 1945 behauptete. Jedes Lügengebäude hat so viele tragende Pfeiler, dass die Widerlegung weniger der tragenden Pfeiler zu dessen gesamten Einsturz führt.

Noch eine Quelle aus der Recken-Personalakte: Das Amt für Kommunalpolitik der NSDAP-Gauleitung

Abschrift

Angaben zur politischen Überprüfung.

1. Meine Anmeldung zur Partei erfolgte im Spätherbst 1933 nur unter dem Druck der Ortspartei und zur Abwendung wirtschaftlicher Not meiner Familie. Das Aufnahmedatum wurde von der Partei eigenmächtig auf den 1. Mai 1933 zurückdatiert. Vordem gehörte ich als eingeschriebenes Mitglied der Zentrumspartei an und war Kreisgangsabgeordneter bis zur Auflösung dieser Partei.
Meinen aus den angegebenen Gründen erfolgten Parteibeitritt, bin ich unentwegt bestrebt gewesen, durch feste gegnerische Haltung der Partei gegenüber auszugleichen.
2. Der Ortspartei Vorst nach kurzer Zeit nicht mehr genehm sowie zur Ermöglichung der Unterbringung eines alten Kämpfers in die Bürgermeisterstelle einer gesunden, vermögenden Gemeinde erfolgte bereits im Januar 1934 meine Abberufung von Vorst nach Osterath, einer wirtschaftlich und finanziell äusserst notleidenden Gemeinde mit einer Schuldenlast von über einer Million bei nur 4300 Einwohnern. Die nachzuholende vorgeschriebene Wahl in Osterath erfolgte bei meiner politischen Vorbelastung und in Kenntnis meiner inneren Einstellung mit 6 gegen die 4 Stimmen der Nazis unter Führung des Ortsgruppenleiters, der selbst Anspruch auf die Bürgermeisterstelle in Osterath erhob.
Meine Zwangsversetzung war die erste politischer Art im Kreise, der erst bedeutend später weitere folgten.
3. Der offene brutale Kampf der NSDAP setzte ein mit der von mir gegen den Widerstand der Partei im August 1934 durchgeführten Entlassung des als Hilfspolizist bei der Gemeinde beschäftigten SA-Sturmführers und Gemeinderatsmitgliedes Heyer.
Fortgesetzt wurde der Kampf der Partei wegen meiner religiösen Einstellung und Bestätigung als Katholik und rassistisch in all den Jahren nicht ab. Den Höhepunkt erreichte er, als ich eine Gewerbeoberlehrerin, die ohne meine Genehmigung ein Kreuzifix aus der Berufsschule entfernter zwang, dieses wieder anzubringen. Die Bezeichnung "der schwarze Hund" auch in Beschwerdeschriften an die Kreisleitung wurde mir zum Ehrentitel. Der Ausstoss meiner Tochter Irmgard, die bis zur Schliessung die höhere konfessionelle Marienschule in Krete besuchte, aus dem BDM im Jahre 1938 war eine weitere Folge.
4. Die Nichtgewährung gewöhnlicher gemeindlicher Unterstützung an Partei HJ, BDM, und SA brachte mir weitere Anfeindung ein.
5. Öffentliche Ansprachen nichtpolitischer Art wie an Kriegergedenktagen, Schulentlassungen und Beerdigungen sowie aus anderen Anlässen fanden so stark den Widerspruch der Partei, daß ich durch die Kreisleitung etwa Mitte 1936 Redeverbot erhielt. So führte die öffentliche Begrüssungsansprache an den Diözesabischof, der im Sommer 34 zur Firmung in unserer Pfarrgemeinde weilte, zu einem besonders scharfen Zusammenstoss mit der Partei, Politische Reden während des Naziregimes habe ich keine gehalten.
6. Ganz besonders stark wurde ich wegen meines Verhaltens den jüdischen Mitbürgern gegenüber angefeindet. Jede nur mögliche Hilfe habe ich diesen unschuldig verfolgten Mitbürgern angedeihen lassen. Meine Weigerung, nach dem Judenpogrom 1938 das jüdenfeindliche Hetzblatt "Der Stürmer" im Rathause auszuhängen, führte zur schärfsten Beschwerde an den Kreisleiter.
7. Alle diese Beweise meiner parteiegnerischen Einstellung führten endlich im Jahre 1938 zur Durchführung eines Parteigerichtsverfahrens gegen mich mit dem Ziel auf Abschluss aus der Partei. Nur dem Umstand, dass die Bevölkerung stärkstens zu mir hielt, istbeizuschreiben, dass der Parteiausschluss vermieden wurde.
8. Im August 1942 kam es infolge von Schwierigkeiten in Luftschutzangelegenheiten zu einem erneuten Bruch mit der Kreisleitung der Partei. Nur die Kriegsverhältnisse vermieden ein zweites Parteigerichtsverfahren, das unweigerlich den Parteiausschluss und damit die Entfernung aus dem Amte zur Folge gehabt hätte.

9. Im Sommer 1944 habe ich mich bei der Gestapo in Krefeld persönlich für die verhafteten Mitbürger, die als frühere Mitglieder der Zentrums- und Kommunistischen Partei dem Gemeinderat angehört hatten, mit dem Erfolge eingesetzt, dass die Verhafteten frühzeitiger entlassen wurden.

Gegen besseres Wissen und unter Verletzung meiner Dienstpflicht habe ich damals die kommunistischen Mitbürger Wienands und Stroms, die heute wieder führend in der KPD tätig sind, bei der Gestapo politisch als staatsbejahend beurteilt, obschon das Gutachten der Ortspartei ablehnend gehalten war.

10. Am 13. September 1944 konnte ich eine jüdische Mitbürgerin, die Gattin des hiesigen Arztes Dr. Langenbach, vor der Verhaftung durch die Gestapo und der Überführung in ein Lager bewahren. Unter Bruch meines Dienst- und Parteieides sowie unter Zurücksetzung aber auch aller Rücksichten auf meine Familie und mich selbst habe ich diesen Schritt zur Rettung eines unschuldig verfolgten Mitmenschen, vielleicht einer ganzen Familie getan. Eine sorgenvolle Zeit folgte, als ich mehrmals durch die Gestapo verhört wurde. Als der Zufluchtsort der Familie Langenbach bekannt wurde, habe ich diese erneut gewarnt.

Bereits am 20. ds. gleichen Monats habe ich trotz der Sorge, die mir der Fall Langenbach noch bereitete, das Untertauchen eines ortsfremden Halbjuden mit seiner Mutter in meiner Gemeinde angeraten und gefördert und damit 2 Menschen, deren Vater und Gatte vor den Verfolgungen der Partei ins Ausland flüchten musste, Mut zum Weiterleben und den Glauben wiedergegeben, dass sie doch nicht aus der Volksgemeinschaft ausgestossene seien.

Mit diesen Taten, die zum Teil mit Gefahren für Leib und Leben verbunden waren, dürfte ich mich nicht nur restlos von dem so verhängnisvollen und verbrecherischen System des Nationalsozialismus, einer Partei, der ich vor der Zeit nur nominiell angehörte, getrennt sondern auch meinen immer wieder gezeigten aktiven Widerstand gegen die Partei bis zu letzten Folgerung unter Beweis gestellt haben.

11. Wo ich politisch stand, beweisen wohl auch die Schwierigkeiten, die ich mit der Partei wegen meiner ablehnenden Einstellung gegenüber dem Volkssturm zu bestehen hatte. Öffentliche Brückierung durch den Volkssturmführer, Rechtsanwalt Dr. Tiegelkamp-Büderich im Januar 1945 war die Folge. Die in der Erkenntnis des bevorstehenden militärischen Zusammenbruchs in voller Absicht herbeigeführten Verzögerungen bei der Ortsbefestigung führten immer wieder zu Auseinandersetzungen mit dem politischen Verbindungsoffizier bei der Kreisleitung. Meinen Widerstand und die endgültige Weigerung, vor den anrückenden amerikanischen Panzertrouppen die unzulänglichen Strassensperren zu schliessen, dankt mir die ganze Bevölkerung.

12. Auch dürfte mein Verhalten den englischen und amerikanischen Soldaten gegenüber für mich sprechen.

Meine Sorge war es, den gefallenen Soldaten trotz des Widerstandes der Partei nach ordnungsmässiger Einsargung eine letzte würdige Ruhestätte zu bereiten, auch in dem Falle, als von einer deutschen militärischen Stelle angeordnet wurde, dass ein neuseeländischer Flieger als Angehöriger von Hilfstruppen nicht auf einem Gräberfeld sondern irgendwo auf dem Friedhofe unterzubringen sei.

Die abgesprungenen Flieger habe ich auch nach der verbrecherischen Goebbels-Propaganda, die geradezu zum Mord an alliierte Soldaten aufforderte, unter vollem persönlichen Einsatz vor Übergriffen verhetzter Menschen bewahren müssen.

Im alle bei dem Fortigen Alther Leigen,
Anliegende Beweisstücke, bezeugen die Wahrheit meiner Angaben.
Osterath, den 16. April 1948

Die Richtigkeit wird bescheinigt.
Osterath, den 16. April 1948
Der Gemeindevorstand

gen. Hugo Recken *Hugo Recken*

Düsseldorf teilt mit Datum vom 20. Dezember 1934 dem Herrn Regierungspräsidenten in Düsseldorf betr.: Berufung der Bürgermeister des Kreises Kempen-Krefeld mit:

»Gegen die beabsichtigte Berufung
1) des stellvertr. Bürgermeisters Recken
in Osterath
2) Schneider in Vorst
3) ...
wurden vor mir, nachdem der Kreisleiter
keinerlei Bedenken hatte, Einwendungen
nicht erhoben.«

Hier dokumentiert sich der reale Dienstweg – und dessen Konsequenzen. Die NSDAP ist die Entscheidungsinstanz, die Bezirksregierung die leere Hülle, die den NSDAP-Willen zu exekutieren hat. Mit seinem NS-Gesellenstück der »Umlegung« des jüdischen Friedhofs hat sich Hugo Recken diese NSDAP-Zustimmung »erworben«. Diese »Umlegung« war eine extreme antisemitische Maßnahme, in der Recken juristisch verantwortlich zahlreiche im Strafgesetzbuch definierte Straftaten begangen hat. Insbesondere § 253 Erpressung, § 263 Betrug und § 274 Urkundenunterdrückung. Und weitere Straftatbestände wie Störung der Totenruhe. Der Zweck – seine Bestätigung durch die NSDAP – rechtfertigte für ihn alle Mittel.

Wir können auf der Basis seines erkennbaren Argumentationsmusters davon ausgehen, dass Recken bei Beweis dieser Fakten nach 1945 eine neue Argumentation aufgebaut hätte: Er habe so gehandelt, um in der Folgezeit in der Position zu sein, Schlimmeres zu verhindern. Dafür hätte er wiederum Zeugen gefunden wie Herbrandt und Hövelmann. Und auch diese Argumentation würde heute von Stadtarchivar Regenbrecht im Auftrag von Bürgermeister Spindler übernommen. Für den guten Katholiken Recken.

Im Stadtarchiv Düsseldorf finden wir im Nachlass Ebel den Bestand »Gauamt für Kommunalpolitik Düsseldorf«.

Der Leiter dieses Gauamtes Ebel hielt zu einem »Gespräch« mit Regierungsdirektor Hild bei der Bezirksregierung Düsseldorf dessen Zusage schriftlich fest: Dass dieser den Landrat Odenthal in Kempen anweisen werde, A zunächst zum kommissarischen Bürgermeister in W zu bestellen.

Dem gesprächsweise vorgetragenen »Wunsch« des bei der NSDAP-Gauleitung Düsseldorf zuständigen Parteiamts-Führers entspricht der zuständige Bezirksregierungsbeamte – selbstverständlich.

So ist die von Hugo Recken selbst geschriebene Eintragung in seinem Personalbogen beim Gauamt zu verstehen:

»Übernahme der Verwaltung in Osterath erfolgte auf besonderen Wunsch der Kreisleitung der NSDAP und der vorgesetzten Behörde.«

»Partei – Staat« – neu: »Es galt eben generell – Partei – dann Staat.«

Ebenso in diesem Sinn ist in den Gauamts-Akten die Abschrift einer Aktennotiz des Kempener Landrats vom 17. Juli 1934 zur Landrätekonzferenz am 10. Juli 1934 mit der Anweisung des Regierungspräsidenten an die Landräte zu verstehen, die bisher vertretungsweise eingesetzten Bürgermeister »sofort in ihr Amt einzuführen bzw. zu bestätigen ... Recken in Osterath sofort Schneider in Vorst sofort van Beek in Lank«

In einer weiteren Notiz ist festgehalten, dass dies von NSDAP-Kreisleiter Krefeld-Kempen Diestelkamp am 1. August 1934 bestätigt wurde. Mit Datum vom 14. Dezember 1934 teilt der Regierungspräsident NSDAP-Gauamtsleiter Ebel Vollzug mit.

Die Einheit von Partei und Staat – genau in dieser Reihenfolge.

Den Abschluss bildet eine »Beurteilung des Bürgermeisters Recken, Osterath« durch den NSDAP-Ortsgruppenleiter Panzer vom 10. Mai 1935:

»Bürgermeister Recken hat es durch sein Reden verstanden, die Bevölkerung zum größten Teil auf seine Seite zu bringen, aber diejenigen, die mehr mit ihm zu tun hatten, sind schnell wieder von ihm abgefallen, da er nicht, wie man es wohl annehmen sollte, zu seinem Wort steht. Bürgermeister Recken versucht bei Außenstehenden immer einen guten Eindruck zu erwecken und die etwa entstehenden Unannehmlichkeiten, die durch das Gesetz bedingt sind, den Dienststellen der Partei zu überlassen.«

Das hat der NSDAP-Kreisamtsleiter für Kommunalpolitik Kempen um einen Satz ergänzt:

»Die politische Einstellung des Recken ist stark von seiner früheren zentrierten Einstellung noch heute durchtränkt, er ist mit Vorsicht zu genießen.«

Da Hugo Recken aus der Perspektive von Kreis- und Gauleiter die bestverfügbare personelle Möglichkeit im Sinne der Umsetzung der nationalsozialistischen Zielsetzungen war, offenbaren diese Beurteilungen seine bürokratische Professionalität – im Sinn von interessengeleiteter bürokratischer Zweck-Lüge und Durchlavieren unter allen Bedingungen. Mit der Osterather katholischen Dorfelite im Rücken.

18

Vereidigungs-Nachweis.

Der unterzeichnete
(Name und Dienststellung) _____

Religionslehrer Josef Hövelmann

hat heute den Diensteid der öffentlichen Beamten wie folgt
geleistet:

"Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches
und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die
Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft
erfüllen, so wahr mir Gott helfe."

Krefeld-Uerdingen a. Rh., den 21. ~~August~~ ^{Sept.} 1934.
Stadtteil Krefeld.

(Unterschrift): Josef Hövelmann Rel. L.

Beglaubigt: Willems, Diemer

VEREIDIGUNGS-NACHWEIS HÖVELMANN, 1934

Mit Datum vom 21. Dezember 1934 wird Hugo Recken vom Regierungspräsidenten auf 12 Jahre als Bürgermeister in Osterath berufen. Also bis zum 21. Dezember 1946. Ein Datum, auf das wir später zurückkommen werden.

Johannes Herbrandt lebt in Kempen, der Kreisstadt. Über seinen Vater, der in einer führenden Position der Gemeindeverwaltung Kempen ist, hat er Beziehungen zu den Beamten-Netzwerken. Gustav van Beek ist Kempener Bürgermeister, der spätere NSDAP-Bürgermeister in Lank. Man(n) kennt sich. Über das Netzwerk werden Recken und Herbrandt verknüpft – Saruman und Grima –, Herbrandt kommt vor Recken im Juli 1933 in die Gemeindeverwaltung Osterath. Der Beginn dieser bis zum Tod von Recken im August 1953 – und weit darüber hinaus – dauernden Symbiose.

So wie Herbrandt innerhalb der Gemeindeverwaltung Osterath 1933 gegen Bürgermeister Rudolf Bartels agiert, die Unterwanderungs-Strategie der NSDAP, straf-, zivil- und dienstrechtlich zu ahnden, wiederholt er dieses »erfolgreiche« Manöver 1945. Illegitim und illegal mit hoher krimineller Energie. Die Wirksamkeit 1933 und 1945 setzt die Mitwirkung weiterer interessierter Personen voraus: die katholische Gemeindeelite in Osterath, vereint mit den Osterather katholischen Nationalsozialisten. Johannes Herbrandt engagiert sich dann in und für die NSDAP.

Zu Joseph Hövelmann finden wir im Stadtarchiv Krefeld dessen Personalakte als katholischer Religionslehrer. Es gibt in seinem Entnazifizierungs-Fragebogen an, Mitglied des Zentrums gewesen zu sein. Mit Datum vom 5. Oktober 1933 lesen wir in

einem Schreiben von Hövelmann an das Schulamt der Stadt Krefeld-Uerdingen, in dem er um einen Zuschuss zur Teilnahme am »Kursus für Religionslehrer an Berufsschulen«

»Die sittliche religiöse Vertiefung der beruflichen und nationalen Lebens durch den Religionsunterricht«

bittet. Mit Datum vom 21. September 1934 unterschreibt Hövelmann seinen Beamten-Dienst auf Adolf Hitler. (siehe Faksimile auf Seite 156.)

Hövelmann ist im Kontext seiner gesellschaftlich-kulturellen Sozialisation an diesen Eid gebunden – in welchem Umfang und bis wann?

1938 wird er zum Pfarrer in Osterath berufen. Übernimmt von seinem Vorgänger Pörting die Rolle als katholischer Geistlicher im gesellschaftlichen Mikrokosmos Osterath.

Reflektieren wir: Recken, Herbrandt und Hövelmann arrangieren sich aktiv mit der terroristischen Vereinigung NSDAP, richten ihre Tätigkeiten auf sie aus, werden ein Teil von ihr. Aktiv, ohne Zwang. Sie kennen die NS-Ideologie und ihr Kernziel, an dem sie damit im Rahmen ihrer Positionen aktiv mitwirken: alle »Gemeinschaftsfremden« zu ermorden. Aktive Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, Beihilfe, Mittäterschaft, Täterschaft. Zum gesamtem Katalog des Strafgesetzbuchs inkl. Mord. Als Selbstverständlichkeit in einer gewaltsamen Gesellschaft, in der es aus der Perspektive von Recken, Herbrandt und Hövelmann besser ist, zu den Tätern zu zählen

Mord verjährt nicht.

»Zu den Mördern gehörten ja nicht nur jene Schergen, die die Menschen direkt verfolgt, denunziert, im Versteck aufgespürt, abtransportiert und umgebracht haben, sondern auch diejenigen, die das System der Barbarei propagiert, organisiert und gerechtfertigt haben.«

ANKE BRUNN. EX-NRW-MINISTERIN FÜR WISSENSCHAFT.

Recken, Herbrandt und Hövelmann sind in der Zeit des NS-Terror-Mord-Partei-Staates Mitglieder in NS-Organisationen, die vernetzt und integraler Bestandteil dieses Schein-Staates sind. Der die Bedingungen für Staat-Sein nicht erfüllt. Das, was als Fiktion von Staat äußerlich als leere Hülle vegetiert, ist reines NS-Instrument – ohne Ethik und ohne Recht, bindungslos. Die Nationalsozialisten führen aus ihrer Perspektive einen Krieg, dessen Front die gesamte Gesellschaft ist – in Deutschland und der ganzen Welt. Der in diesen Sinn angestrebte »deut-

sche Friede« bedeutet: Weltweit sind alle Menschen ermordet, die nicht pathologische »arische« Nationalsozialisten sind. Die Menschheit ist ausgelöscht. Bis zur Befreiung 1945 und dem Stand der Realisierung des NS-Kernziels wirken daran Recken, Herbrandt und Hövelmann aktiv mit – im Rahmen ihrer gesellschaftlichen vernetzten Positionen und ihrer Möglichkeiten. Und unter neuen Bedingungen und verschobenen Prämissen darüber hinaus. Verdeckt und im blinden Fleck der gesellschaftlichen Wahrnehmung, da es in gesellschaftlichen Tabubereichen wie Antisemitismus geschah.

Dies ist aus den vorliegenden schriftlichen Aussagen insbesondere in den Entnazifizierungsakten von Recken und Herbrandt, weiteren Quellen sowie Zeitzeugenaussagen weitgehend zu dekodieren – wenn man für diese Perspektive frei ist.

Der Sinn des Prozesses, der dann interessengeleitet zur »Entnazifizierung« umgedeutet wurde, war die Säuberung von Nationalsozialisten und deren Einflüsse u. a. in den Bürokratien als Basis einer demokratischen Entwicklung.

Das wurde in alliiertes und deutsches Recht umgesetzt – und zu Gunsten der Zielgruppe in bewährter sophistischer Weise gezielt massiv in sein Gegenteil ausgelegt. Die konsequente Fortsetzung juristischer Perversion. Mit gesellschaftlichen Konsequenzen bis heute.

Nach dem Sinn und dem Buchstaben des Säuberungs-Rechts war eindeutig: Recken und Herbrandt gehören nicht mehr in den öffentlichen Dienst, Hövelmann ist kirchlich zu maßregeln. Für alle drei geschieht im Kern das exakte Gegenteil. In Verbindung mit ihren vernetzten Netzwerken – auch von (ex)Nationalsozialisten.

Was finden wir dazu in den Entnazifizierungsakten von Recken und Herbrandt – die uneingeschränkt für jeden Interessierten zugänglich sind?

LAV NRW R, NW 1034 Nr. 4803 Hugo Recken
Jeder Mensch kann diese digitalisierte Akte im Lesesaal des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, Mauerstraße, am PC einsehen – und kopieren.

Blatt 066 Wilhelm Bürvernich. 1. August 1946

»... dass der frühere Bürgermeister von Osterath Herr Recken ... das Parteiabzeichen offen trug und ich den Eindruck hatte, dass Herr Recken als Nationalsozialist und in meinem als Mieterbeigen Hauses, wo Nationalsozialisten als Mieter untergebracht sind, mir den Zuzug verweigerte.«

Blatt 068 Albrecht Neviger 17. Februar 1946

»Seit November 1939 wurde ich durch den Bürgermeister der Gemeinde Osterath, Parteigenosse Hugo Recken, aus rassistischen Gründen verfolgt. Sein Hauptziel war, wie aus beiliegender Fotokopie zu ersehen ist, den Juden oder Halbjuden in der Gemeinde das Leben auf alle Fälle unmöglich zu machen. In meinem Fall intrigierte er in Gemeinschaft mit einer Familie Schmidthuisen und erzwang auf die brutale Art und Weise, im Verein mit der Gestapo, meine Trennung von meiner damaligen Haushälterin, meiner jetzigen Frau, und meinem Kind. Er war stets eifrig bemüht, auf allen Gebieten – besonders auf dem Gebiet der Judenverfolgung – die erste Geige zu spielen.«

Blatt 065 Michael Schumacher. 1. April 1945

»Schadenersatzklage. Betrifft: Bürgermeister Hugo Recken ... Mieterschutzverein (Vorsitzender August Legermann) ... Zwangsräumung am 6. September 1936 ... 3 kleine Kinder ... weil ich Kommunist war und aus der Kirche ausgetreten bin.«

Blatt 064 Sabine Gutmann. 22. Januar 1946 an den britischen Kreiskommandanten

»Als im Dez. 41 die 10 Juden ins KZ gekommen sind, wir diese nach Krefeld begleitet haben, fanden wir bei der Rückkehr um 2 Uhr bereits die Vorkehrung für den Umzug nach Krefeld vor. Bei der Rücksprache mit Recken äußerte sich dieser, wenn die Revolte losging, wäre es doch besser, wenn wir an einem Platz wohnten, wo mehrere Juden wären als hier ganz allein.«

Das Ehepaar Gutmann habe sich geweigert, Osterath zu verlassen, sei dann später deportiert worden. (Dass Recken den Umzug des Ehepaars Gutmann von langer Hand vorbereitet hatte, dokumentiert die Quelle im Stadtarchiv Meerbusch mit der von ihm organisierten Juden-Wohnung in Krefeld.)

»Wir sind z.Zt. persönlich bei Herrn Oberregierungsrat Dr. Auerbach gewesen und haben Schriftstücke überreicht, die der Regierung Aufklärung über das Verhalten des Bürgermeisters Recken den Juden gegenüber Auskunft geben.«

(Diese Schriftstücke sind dann auf dem Dienstweg »verloren gegangen«. Wie die Strafanzeigen gegen Hövelmann, Recken und Herbrandt.)

Blatt 057 Josef Hüsges. 10. Juli 1947

»Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass der damalige Bürgermeister Hugo Recken, heute Gemeindedirektor in Osterath, beim Abtransport der Juden Julius Gutmann und Frau gesagt hat: Gut, dass die letzten dreckigen Juden aus Osterath fort sind.«

Blatt 056 und Blatt 058 Peter Cammanns. 5. Februar 1946

»... in Osterath der Erz-Nazi-Bürgermeister Parteigenosse Hugo Recken als Gemeindedirektor ... sein mehr als schändliches und gemeines Verhalten während der Hitlerherrschaft ... Über den schmutzigen Charakter des alten Nazi-Parteigenossen Recken herrscht in der Öffentlichkeit schon einige Klarheit ... Pfarrer Hövelmann ... sich als katholischer Priester so nachhaltig und mit allen seinen Kräften für die Widereinstellung des Recken eingesetzt hatte. Ich sehe noch die Plakatanschläge der Nazis in Osterath! »Achtung! Achtung! Am Sonntag den ... spricht Pg. Recken!« Damals: Recken als Propagandaredner der NSDAP. Heute: Recken als »braver Katholik« ... ist stramm hinter der Nazifahne hermaschiert ... Seine ständigen Redensarten waren ja auch entsprechend. Recken war es auch, der sich während des ganzen Krieges für die totalitären Kriegsmaßnahmen Hitlers fanatisch einsetzte. Auch Reckens eigene Worte, als notgelandete alliierte Flieger auf das Bürgermeisteramt geführt wurden, klingen mir noch unvergessen in den Ohren. Recken sagte. »Herein mit den Schweinen!« Ich frage: Ist das nationalsozialistisch oder etwa katholisch?«

(Für Osterath sind lediglich Gräber von alliierten Piloten überliefert. Recken hat im Entnazifizierungsverfahren angegeben, für würdige Beerdigungen gesorgt zu haben. Im Kontext ist diese Aussage interpretationsfähig.)

Blatt 088 und Blatt 089

Pfarrer Hövelmann. 1. September 1947
Pfarramtliche Bescheinigung
Persilschein für Hugo Recken – pfarramtlich.

Blatt 029

Handschriftliche Notizen aus dem Kreis-Entnazifizierungsausschuss, damit amtlich:

»Johannes Herbrandt weigert sich zu reden.«
»Recken hat sich geweigert zu reden.«

Ausschussbeschluss

v. 3. 7. 1947.

Betr. : Fragebogen : Hugo Recken, Gemeindegeldirektor, Osterath.

Die unterzeichneten Hauptausschuß-Mitglieder schließen sich der Auffassung des Unterausschusses an, wonach Recken nicht als Aktivist bezeichnet werden kann, jedoch mehr als nur nominelles Parteimitglied war. Für einen so exponierten Posten wie dem eines Gemeindegeldirektors erscheint Recken für uns nicht tragbar, zumal er ja auch in seiner Einstellung gegenüber Juden und Antifaschisten (siehe Erklärung Gutmann und Viehmann) eine sehr zweifelhafte, wenn nicht sogar nazistische Rolle gespielt hat.

Kempfen, den 3. Juli 1947

ges. Kortsan
 „ Tulaag
 „ L. Wirtz
 „ H. Pielen

ges. Schlinker

Unserer Ansicht nach war Recken ein aktiver Nationalsozialist. Als Nazibürgermeister war er auf jeden Fall aktiver als ein Zellenleiter. Er hat die Juden gehaßt und verfolgt.

Kempfen, den 3. Juli 1947

Böngs
 Leyer

+ Sartingen,
 Die Ausschußmitglieder Nacken und Missing sind der Auffassung, daß das beigebrachte Belastungsmaterial, welches zum größten Teil nicht bewiesen werden konnte, nicht ausreicht R. als Aktivist zu bezeichnen, zumal ein großer Teil der Osterather Bevölkerung und auch der gewählte Gemeinderat einstimmig R. das Vertrauen ausgesprochen haben. Da nun nach den uns gegebenen Richtlinien und auch nach der Auslegung und Handhabung unseres Ausschusses und des Düsseldorfer Berufungsausschusses nur Aktivist aus ihrer Stellung entfernt werden sollen, können wir uns nicht entschließen, R. abzulehnen.

Kempfen, den 3. Juli 1947

ges. Nacken
 „ Missing
 „ Sartingen

Brüste wenden

F. d. R.
 Deutscher
 Entnazifizierungsausschuß
 für den Kreis Kempfen-Krefeld
 Sekretariat

Blatt 057 Handschriftliche Notiz aus dem Kreis-Entnazifizierungsausschuss
Abstimmung zur Kategorisierung von Hugo Recken
IV 7, III 5 u. a. Hermann Dortans

Blatt 052 Hermann Dortans, SPD, führender Kreispolitiker, 1. März 1948 an den Kreis-Entnazifizierungsausschuss

»Bei Recken muss ich Kat. 4 ablehnen, wenn damit gleichzeitig die Zulassung als Gemeindedirektor verbunden ist. Ich habe in Osterath ebenfalls mit mir objektiv erscheinenden Leuten Rücksprache genommen und halte meine damalige Einschränkung aufrecht, d.h. ich muss mich bei Recken für Kat.3 entscheiden.«

LAV NRW R, NW 1023 Nr. 05278 Johannes Herbrandt
Wie bei der Recken Akte: Ist frei für jeden Menschen verfügbar.

Blatt 007 Aufstellung von Herbrandt in seinem Entnazifizierungs-Fragebogen zu seinem Einkommen 1931–1945 25. November 1946
1934–1937 Gemeindeangestellter von 1640 RM auf 2722 RM
1937–1945 Gemeindebeamter von 2722 RM auf 4560 RM

Blatt 037 Einreihungsbescheid Kategorie II und IV.
26. Januar 1946

»Ist für die Stellung als Gemeindedirektor nicht zugelassen. Es ist ihm jedoch zu erlauben, eine Stellung nicht über eines Obersekretärs in der gleichen Berufsgruppe oder eine entsprechende Stelle im öffentlichen, halböffentlichen Dienst oder Privatunternehmen anzunehmen.«

(Einen Monat später hatte der Gemeinderat Osterath Herbrandt zum stellvertretenden Gemeindedirektor gemacht, als Stellvertreter von Recken. Bürgermeister Lensing war auch NSDAP-Mitglied, im Gegensatz zur Annahme der Briten.)

Blatt 046 Bürgermeister Rudolf Lensing.
8. August 1949
Persilschein für Johannes Herbrandt.

Blatt 019 und Blatt 020 Gemeindedirektor Hugo Recken. 6. August 1949
Persilschein für Johannes Herbrandt.

Blatt 022 Pfarrer Hövelmann. 6. August 1949
Persilschein für Johannes Herbrandt.

Blatt 029 »Abschrift«. 25. Mai 1949
SA Krefeld 26. November 1935
Ausschluss von Johannes Herbrandt aus der SA 1935.
(Das Original existiert in keinem Archiv, wurde von einem Osterather Gemeindebeamten als Abschrift amtlich bestätigt. Frage: Wo sind die gesamten NSDAP-Unterlagen aus dem Bereich des NSDAP-Kreises Krefeld-Kempfen heute versteckt?)

Blatt 036 Gemeinderäte Osterath am 25. Mai 1949
Gemeinsamer Persilschein für
Johannes Herbrandt, NSDAP-Mitglied
Rudolf Lensing, NSDAP-Mitglied 09. 11. 1940
Nr. 8578768 (s. Seite 163)

Erich Bacher	NSDAP-Mitglied, Ehefrau Hilde: NSDAP-Ortsfrauenschafts-Führerin
Paul Bommers	Karl Bommers: NSDAP Strümp
Wilhelm Merzenich	NSDAP-Mitglied – Lank/Ilverich
Josef Oellers	NSDAP-Mitglied
Karl Röllges	
W. Gillessen	NSDAP-Mitglied
Hermann Stahl	NSDAP-Mitglied
J. Schündelen	
Peter Pescher	NSDAP-Mitglied – Krefeld
Aug. Bommers	
H. Wiebusch	NSDAP-Mitglied
Ferd. Splissenbach	sein Bruder Josef war NSDAP-Mitglied

Blätter 046 bis 049 Michael Schumacher. 2. Juni 1946

»Strafantrag wegen versuchten Mord« gegen Johannes Herbrandt

Schumacher beschreibt ausführlich und im Detail eine Straftat am 4. Oktober 1933 in Osterath, bei deren Verübung ihn eine Gruppe SA-Leute, darunter Johannes Herbrandt, schwer misshandelt habe, verbunden mit schwerer Körperverletzung.

(Die Personenbeschreibung von Johannes Herbrandt ist konkret – und aus meinem eigenen Erleben von ihm zutreffend. Mit der Schein-Legitimation, Herbrandt habe zu diesem Zeitpunkt (noch) nicht in Osterath gewohnt und Schumacher habe ihn wohl mit einem anderen SA-Mann verwechselt, haben die verantwortlichen Bürokraten die Straftat Rechtsbeugung im Amt begangen. Hätten sie ihrer gesetzlichen Pflicht genüge getan, dann wären Julius Gutmann, Dr. Langenbach und Rudolf Bartels 1948 unter Einwirkung von Johannes Herbrandt wohl nicht zu Tode gekommen.)

Welches Resümee können wir an dieser Stelle ziehen?

Wir haben es hier mit Rechts-Terrorismus im doppelten Wortsinn zu tun – vor und nach der Befreiung 1945.

»Das Dritte Reich ist verschwunden, aber nicht der Antisemitismus.«

JULIUS DREIFUSS AM 28. OKTOBER 1946.

Nach der Befreiung 1945 fanden äußerliche Anpassungsprozesse statt. Anpassungsprozesse, die in die katholische Kultur von Äußerlichkeit passten. Unter den gegebenen Bedingungen der Herrschaft der Alliierten ging es in der Säuberung darum, durch äußere Anpassung und Nutzung der bürokratischen Machtinstrumente kollektiv die Positionen zu behalten ggf. darin zurückzukommen. Alles andere empfanden diese Menschen kollektiv als Unrecht. Umgekehrt weigerten sie sich, den Gedanken zu reflektieren, was ihr persönliches und kollektives Unrecht sein könnte. Sie wollten sich unter allen Umständen immer als die eigentlichen Opfer verstehen. Wie sie dann in der Restriktion ihre Opfer als Täter verstanden und insbesondere die als Juden verfolgten Menschen aus ihrer Perspektive diejenigen waren, die ihnen – wieder – zu Unrecht an ihr Eigentum wollten. »So ist der Jude eben.«

Nach der deutschen Gemeindeordnung 1935 § 3(1) »Der Bürgermeister führt die Verwaltung in voller und ausschließlicher Verantwortung.« hatte Hugo Recken »die volle und ausschließliche Verantwortung in zivil-, straf- und arbeitsrechtlicher Hinsicht«, so der amtliche Kommentar.

Hugo Recken hat – in Verbindung insbesondere mit seinem Symbionten Johannes Herbrandt – vor und nach 1945 – zahlreiche dokumentierte Straftaten begangen. Für die er sich vor irdischen Richtern nicht verantworten musste – wie Johannes Herbrandt und Joseph Hövelmann sowie viele andere Menschen aus Osterath.

Da juristisch als Morde qualifizierbar, die auch in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen, der Affekt ausschließt, ist die staatsanwaltschaftliche Auseinandersetzung mit den Todesfällen Julius Gutmann, Dr. Langenbach und Rudolf Bartels ein offenes Kapitel deutscher Rechts-Geschichte.

Eine ganz persönliche zentrale Erkenntnis von mir: Alles ist möglich, auch wahrscheinlich.

Das lässt sich konkret verifizieren – im wissenschaftlichen sowie im juristischen Sinn. Wenn ich dafür frei bin. Daraus kann ich lernen.

Strukturierte Gedanken zur Osterather – und Meerbuscher – Gesellschaft und Kultur

Die Perspektive:

Osterath als gesellschaftlich-kulturell-politischer Raum – vernetzt mit den umliegenden und den hierarchisch übergeordneten Räumen

Im Osterather Raum besteht eine Abstufung von individueller Macht sowie im Verhältnis zur Position in Staats-Macht bzw. Staats-Gewalt gesellschaftliche – zum Teil erzwungene – Akzeptanz von Verhalten – inklusive struktureller und direkter Gewalt – von Einzelnen sowie in Verbindung von Menschen.

Unter spezifischen Bedingungen kann sich das Gesamtgefüge verschieben, so in Staatsformwechseln, die zu einer Neujustierung gesellschaftlicher und staatlicher Zielsetzungen führen, auch die, die mit Ausübung von Staats-Gewalt verbunden sind.

Dabei sind formelle und informelle Ebenen vernetzt. So die formelle Ebene bürokratischer schriftlicher Kommunikation und die informelle Ebene des – im Kontext ihrer persönlichen Dispositionen – persönlichen Handelns von Bürokraten.

Auf den beiden vernetzten Ebenen kann der individuelle Bürokrat im Rahmen dessen, was in der Bürokratie-Kultur akzeptables Verhalten ist, vernetzt mit dessen Entsprechung im Raum agieren. Dies dann vernetzt mit anderen Handelnden – auch außerhalb der eigenen Bürokratie –, jeweils kombiniert nach den spezifischen augenblicklichen und langfristigen individuellen und kollektiven Interessen.

Im nationalsozialistischen Terror- und Mord-Partei-Staat wurde das bereits vorher angelegte Gewalt-Potenzial staatliche Zielsetzung. Nach außen legitimiert mit der Volksgemeinschafts- und Führerideologie. Im Sinne von gewaltsamer Exklusion willkürlich definierter Menschen als Schein-Gruppen bis hin zu deren Ermordung – in Verbindung mit der Selbstverständlichkeit der gewaltsamen Umsetzung bis zum Mord.

Die Position im NS-Terror-Mord-Gefüge bestimmte dabei, in welchem Umfang Einzelne ihre Perversion ausleben durften, ja sollten – genau danach ausgewählt wurden. Dem steht gegenüber, in welchem Maße die ausgeschlossenen Menschen davon betroffen waren.

Unter dem Mantel der ideologischen Legitimation waren Bürokraten frei zu handeln.

Im Kontext der Bürokratie-Kultur immer im Gedanken an ihre bürokratische und gesellschaft-

liche Absicherung – auch nach einem erneuten Staatsformwechsel.

Die als Juden definierten Menschen in Osterath wurden unter bürokratischer Täterschaft und Mit-Täterschaft der dafür verantwortlichen Osterather Bürokraten auch persönlich Auge in Auge terrorisiert, entrechtet, enteignet und dann aktiv und bewusst in Kenntnis der Todes-Konsequenz in den Tod geschickt. Allen voran Bürgermeister Hugo Recken.

Bis auf den – aus Perspektive dieser Bürokraten – bürokratischen Betriebsunfall, dass im Herbst 1945 Sabine und Julius Gutmann aus Theresienstadt lebend zurückkehrten.

Durch die Besetzung Osteraths am 1. März 1945 durch US-amerikanische Einheiten hatte formell ein Staatsformwechsel stattgefunden, der weder direkt, noch kurz- und langfristig Einfluss auf die Osterather Gesellschaft und ihre vernetzten Kulturen hatte.

Die Osterather katholische Gemeindeelite in Union mit der katholischen Geistlichkeit begriff diesen Staatsformwechsel als Chance, ihren vernetzten gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Einfluss auszubauen. Osterath war zu 98% katholisch, die überhaupt aus der katholischen Kirche ausgetretenen Nationalsozialisten kehrten von »Heim ins Reich« »heim ins himmlische Reich«. Indem sie ein Reuebekenntnis unterzeichneten, dass sie dem Irrglauben – des Nationalsozialismus – abschworen, dann drei mal die Woche über drei Monate pfarramtliche Unterweisung in »den kirchlichen Wahrheiten« erhielten, also katholisch-ideologisch umerzogen wurden. Eine Reeducation der – so von den Alliierten sicher nicht vorgesehenen – besonderen Art. Nationalsozialismus und Nationalsozialisten waren von der Macht ausgeschlossen, die katholische Dorf-Macht konnte sich nicht nur reorganisieren, sondern eine neue Qualität erreichen.

Dies war auch deswegen möglich, weil die katholische Dorf-Elite verstand: Ein zentraler Aspekt des Deutschland-Bildes der US-Amerikaner – dann ab Ende April 1945 der Briten – war, dass katholische Kirche und katholische Gläubige von den Nationalsozialisten verfolgt worden waren, unter den Generalverdacht der Widerstandes gegen das NS-Regime fielen.

Das nutzten sie für ihr Macht-Agieren gegenüber der neuen Staatsgewalt und stellten ihre kollektive Darstellung der Dorf-Realität zuvor darauf ab. Das auch in den Folgejahren in der Entnazifizierung – und bis heute in den Folgegenerationen.

Die Osterather katholische Gemeinde-Elite – vernetzt mit den wiederum vernetzten – umliegenden und übergeordneten Eliten agierte in diesem Sinn: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist – so weit wir es müssen und wollen.

Und gebt Gott – damit seinen Stellvertretern vor Ort auf Erden, also uns – was Gottes ist.

Der katholische totalitäre Allmachts-Anspruch, realisiert weitest möglich unter den spezifisch gesellschaftlich-kulturell-politischen Bedingungen.

Die gesellschaftlich-kulturell-politische Macht-Wirksamkeit dieses eliten-kollektiven Handelns ergab sich wesentlich aus der intakten staatsformunabhängigen spezifisch deutschen Bürokratie mit ihrer Bürokratie-Kultur, die in der Folgezeit wieder vollständig hergestellt wurde. Der antidemokratische Gründungs-Fehler der Bundesrepublik Deutschland.

Aus der Perspektive der in der Bürokratie-Kultur Agierenden wurden die bürokratie-fremden Strukturelemente eliminiert, die von den Nationalsozialisten implantiert worden waren.

Das bedeutet:

Die Macht der Bürokratie-Eliten und ihrer informellen Netzwerke wurde wieder vollständig hergestellt. Nach außen auch gegenüber der Besatzungsmacht legitimiert mit Entnazifizierung und Demokratisierung.

Für – deutsche – Bürokraten ist Ideologie und Recht lediglich Mittel zum Zweck der eigenen Legitimation im Sinne bürokratischer Absicherung und Unverantwortlichkeit.

Das Gegenteil dessen, was Robert M. W. Kempner für die USA konstatiert: Achtung der Republik und Mut zur Republik.

Die Osterather Gesellschaft fand nach dem 1. März 1945 eine bruchlose Fortsetzung, es gab keine »Stunde Null«. So war es aus der Perspektive der katholischen Gemeinde-Elite ein großes Unrecht, dass Bürgermeister Hugo Recken, seit Januar 1934 im Amt, vom US-Ortskommandanten Mondell Ende März 1945 entlassen wurde. So wie alle Bürgermeister entlassen wurden. Dieses – vermeintliche – Unrecht war im Januar 1946 geheilt: Hugo Recken war Gemeindedirektor und blieb dies bis zu seinem Tod im August 1953.

In diesem gesellschaftlich-kulturell-politischen spezifisch Osterather Biotop war es möglich, dass zur Entlastung der seit Januar 1934 bruchlos bestehenden Symbiose in der Gemeindeverwaltung Recken/Herbrandt nicht nur Persilscheine produziert

wurden. Ihr Kontext war Nötigung, Erpressung, Bestechung sowie Fälschung von Unterschriften – von Verfolgten. Die maßgeblich Agierenden: Hugo Recken, Johannes Herbrandt – der vom US-Ortskommandanten Mondell in der Verwaltung belassen worden war, also justiziable Obstruktion von innen betrieb – und Pastor Hövelmann. Der Zweck heiligt alle Mittel.

Aus der Perspektive der katholischen Gemeinde-Elite in Osterath machten die geduldeten Dorf-Parias, das überlebende Ehepaar Gutmann, einen unverzeihlichen Tabu-Bruch: Sie hielten sich nicht an die selbstverständliche gesellschaftliche Regel, wie vor 1945 sag- und klaglos die Opferrolle einzunehmen.

Nicht nur, dass Sabine Gutmann für die KPD in den Gemeinderat und dessen Entnazifizierungsausschuss ging, gemeinsam mit dem parteilosen verfolgten Halbjuden Paul Cervelli. Wo sie vom von der CDU entsandten Pastor Hövelmann neutralisiert wurden.

Als das Ehepaar Gutmann im Dezember 1945 durch öffentliche Äußerungen von Hugo Recken selbst erfuhr, dass ihr persönlicher Peiniger in der NS-Zeit wieder in Amt und Würden kommen soll, indem er – wie 1933 – den vom US-Ortskommandanten Mondell eingesetzten evangelischen Bürgermeister Rudolf Bartels, nun im Verein mit dem kommunistischen besoldeten Beigeordneten Anton Wienands, wurden sie gegen Recken aktiv. Was sie schriftlich unternahmen, das findet sich zum guten Teil heute nicht nur in den Archivalien der Adressaten, sondern auch im Stadtarchiv Meerbusch. Wurde also von den – mit Recken solidarischen – Bürokraten und ihren informellen Netzwerken z. B. der Bezirksregierung Düsseldorf unter Verletzung ihrer Amtspflichten an diese in Kopie weitergegeben. Wie die Inhalte von Terminen z. B. in Amtsräumen der Bezirksregierung Düsseldorf. Wobei diese Informationen dann gezielt instrumentalisiert wurden, um Recken scheinzulegitimieren sowie gleichzeitig und parallel Rudolf Bartels, Anton Wienands, Juli-

us Gutmann und Sabine Gutmann gesellschaftlich und politisch zu eliminieren. Selbstverständlich erhielt das Ehepaar Gutmann keinerlei mündliche Informationen oder Kopien von Recken-Schreiben, Persilscheinen etc.

Die bürokratischen und informellen Aktionen von Hugo Recken vernetzt mit seinem Symbionten Johannes Herbrandt – der dann zum stellvertretenden Gemeindedirektor befördert wurde – auf den empfundenen Tabubruch des Ehepaars Gutmann – waren dann – ausweislich eines Gerichtsurteils aus dem Jahr 1953 – ursächlich für den vorzeitigen dramatischen Tod von Julius Gutmann 1948, der Panik hatte, wieder deportiert zu werden, weil sein persönlicher Peiniger Hugo Recken dies schon einmal sechs Jahre zuvor erreicht hatte. Julius Gutmann starb an dem durch die bürokratische Perversion von Hugo Recken ausgelösten posttraumatischen Stress. Ein Recken-Todesopfer. Das die Hälfte seines Betriebsunfalls heilte.

Opfer wie die Osterather und anderen jungen Menschen, die vom Recken-Sohn sexuell missbraucht wurden. Der Recken-Sohn, weil er über seinen Vater keine Hilfe bekam. Und die Menschen, die Recken im Verbund mit Pastor Hövelmann und Johannes Herbrandt nötigte und erpresste. Um die heile katholische Dorf-Welt der katholischen Dorf-Elite abzusichern.

Im Kontext gab es 1948 – also demselben Jahr wie Julius Gutmann – zwei weitere Todesfälle:

Dr. Wilhelm Langenbach und Rudolf Bartels. Zu einem Toten ein zweiter Toter begrenzt den Zufall. Ein dritter Toter im unmittelbaren Kontext begrenzt den Zufall mathematisch auf fast null. Und das, bevor es für Recken und Herbrandt in ihrem Entnazifizierungsverfahren 1949 Ernst wurde.

So werden katholische christliche Werte praktisch gelebt.

Bis heute.

Name: Lensing Rudolf	Wohnung: J. Garten
Droher	Ortsgr.: Jesselberg Gau: Essen
Geb.-Datum: 4.3.22 Geb.-Ort: Jesselberg	Monatsmeld. Gau: Mt. Bl.
Mitgl.-Nr.: 8578768 Aufn.: 1. Sept. 1941	lt. RL/ vom Bl.
Aufnahme beantragt am: 9.11.40	Wohnung:
Wiederaufn. beantragt am: genehm.	Ortsgr.: Gau:
Austritt:	Monatsmeld. Gau: Mt. Bl.
Geldsch.:	lt. RL/ vom Bl.
Ausschluss:	Wohnung:
Aufgehoben:	Ortsgr.: Gau:
Gestrichen wegen:	Monatsmeld. Gau: Mt. Bl.
Zurückgenommen:	lt. RL/ vom Bl.
Abgang zur Wehrmacht:	Wohnung:
Zugang von:	Ortsgr.: Gau:
Gestorben:	Monatsmeld. Gau: Mt. Bl.
Beurlaubungen:	lt. RL/ vom Bl.
	Wohnung:
	Ortsgr.: Gau:

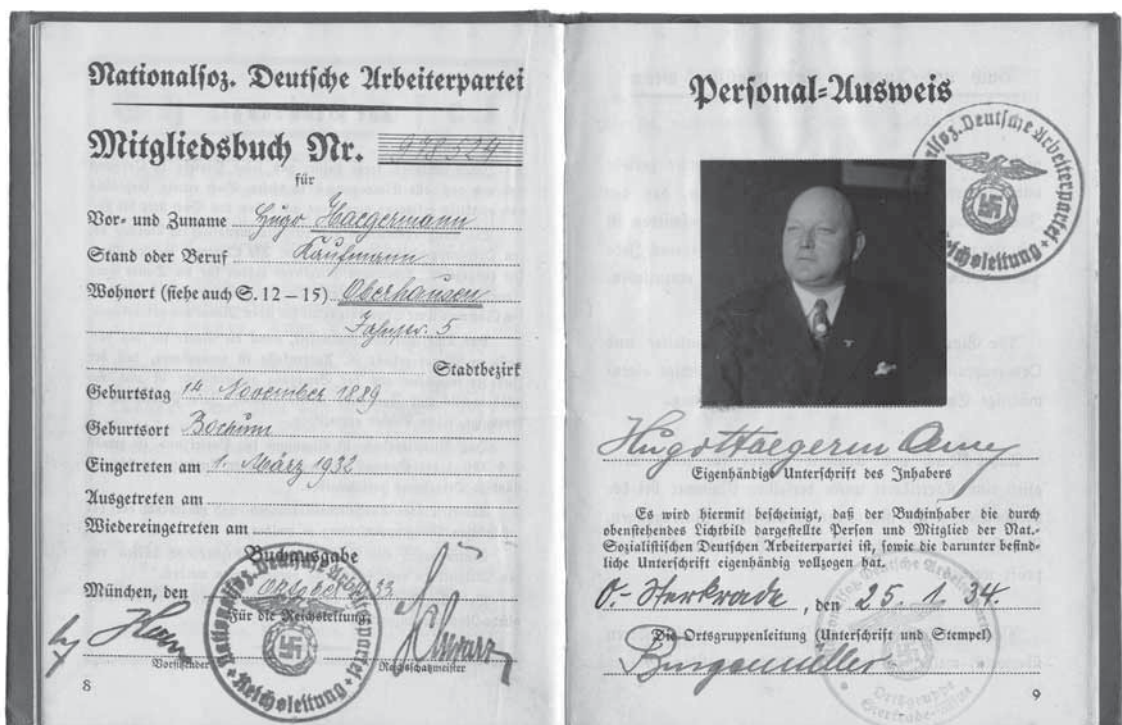
NSDAP-KARTEIKARTE
RUDOLF LENSING

Heute zum Beispiel im Auftrag des katholischen Meerbuscher Bürgermeisters Dieter Spindler vom Meerbuscher Archivleiter Regenbrecht. Indem er zum Beispiel in einer Presseerklärung der Stadt Meerbusch im Auftrag von Bürgermeister Spindler behauptet, die sich im Staatsarchiv Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf befindende Recken-Entnazifizierungsakte sei in der Entsäuerung, also Konservierung, daher zeitlich nicht abschätzbar nicht einsehbar. Sie ist in digitalisierter Form von jedem Interessierten im Lesesaal des Landesarchiv einsehbar – und kopierbar. Und enthält alle Quellen, die ich angesprochen habe. Ist deswegen »Gift«, das über eine interessengeleitete bürokratische Zweck-Lüge neutralisiert werden soll.

Wie groß die Macht der heutigen Meerbuscher überwiegend katholischen Gemeinde-Elite ist, doku-

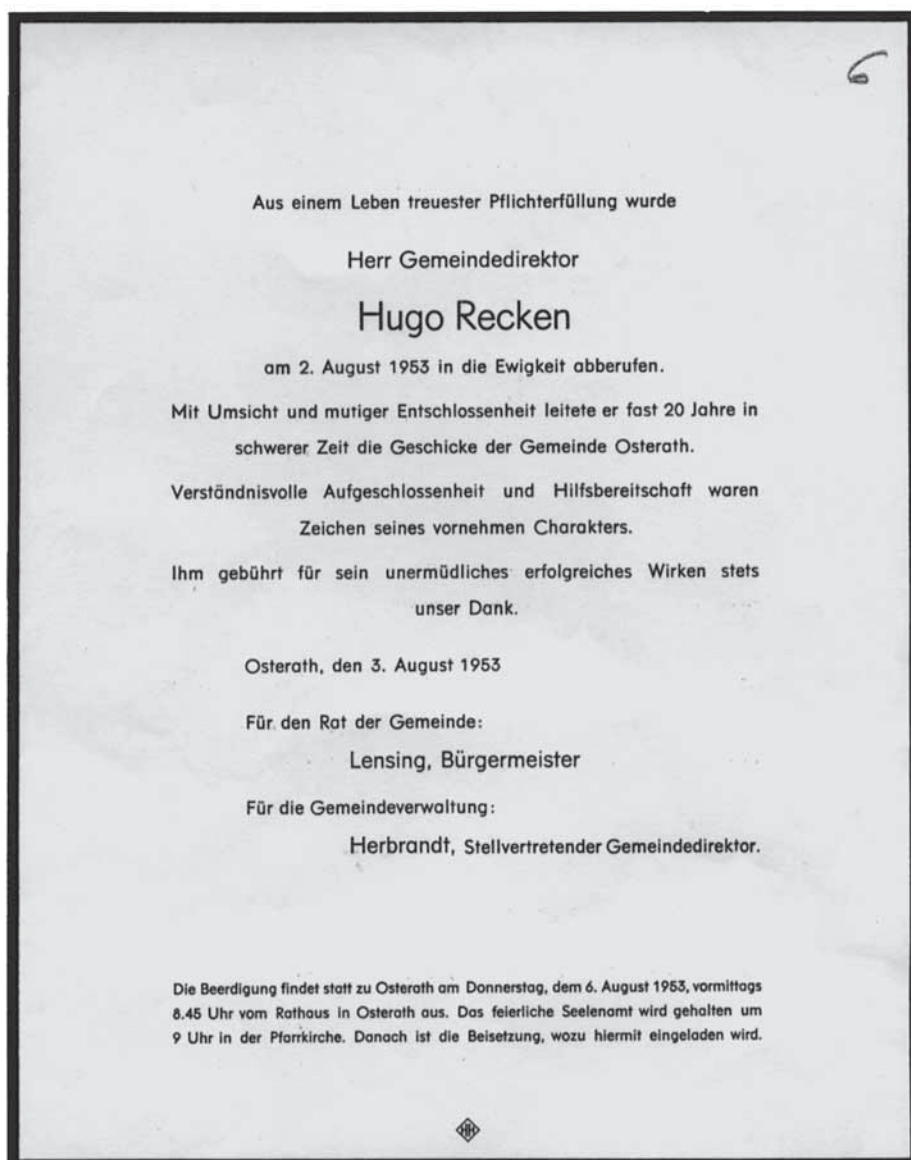
mentiert sich daran, dass die Meerbuscher Lokalredaktionen von Rheinischer Post und Westdeutscher Zeitung meine beiden Pressemitteilungen ignorieren, in denen ich das manipulierende Agieren von Regenbrecht im Auftrag seines Vorgesetzten Spindler offen lege. Die Redakteure könnten sich im Landesarchiv selbst überzeugen. Warum sie dies nicht tun, das liegt auf der Hand.

Es geht um Macht und Gewalt, um die Definitionsmacht über Realität. Die passend gemacht wird – mit allen Mitteln. Was außerhalb des Fokus dieser armseligen Menschen ist: Ich bin nicht von ihnen abhängig, sie haben keinen Einfluss auf mich – und mein Buch über das Gesamtthema, das kommt. Und dann werden sie mit allen Mitteln versuchen, dessen Verkauf zu torpedieren. Ihr Agieren ist kalkulierbar. Friede ihren Seelen.



NSDAP-PARTEIBUCH

1953: Der Tod von Hugo Recken und die Straßenbenennung nach ihm – Apologie der Kontinuität seit 1934



TRAUERANZEIGE HUGO RECKEN (STA MEERBUSCH NACHLASS HERBRANDT)

Am 3. August 1953 erschien diese Traueranzeige.

Der Text impliziert eine seit 1934 ununterbrochene Tätigkeit für die Gemeinde Osterath. Tatsächlich war sie von März 1945 bis Februar 1946 für fast ein Jahr unterbrochen. Der Sinn der Falsch-Aussage ist die Symbolik – für die Union von Gemeindebürokratie und Allianz katholischer Geistlichkeit und katholischer Dorfelite, für die Hugo Recken als Person stand. In Symbiose mit dem im Hintergrund agierenden Johannes Herbrandt.

Im Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 3. August heißt es (STA Meerbusch Bestand Osterath Gemeindeprotokolle 1952–1956):

»Die Sitzung fand statt zum Gedächtnis des verstorbenen Gemeindedirektors Hugo Recken.

Der am 2.8.53 verstorbene Gemeindedirektor Recken war im Sitzungssaal des Rathauses aufgebahrt. An seinem offenen Sarge versammelten sich die Ratsmitglieder, die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Gemeindeverwaltung sowie die Angehörigen des Verstorbenen.

Bürgermeister Lensing würdigte in seiner Ansprache das Lebenswerk des zu früh verstorbenen Gemeindedirektors, der fast 20 Jahre die Geschicke der Gemeinde Osterath leitete. Er war in den langen Jahren seiner Tätigkeit den Bürgern immer Freund und Helfer. Klugheit, Gerechtigkeit und Güte kennzeichneten seinen Lebensweg. Mit all seiner Kraft diente er der Gemeinde und förderte durch zielbewusste Arbeit und tatkräftig ihr Wohl. Das saubere gepflegte Ortsbild, die zahlreichen Verbesserungen und Verschönerungen legen dafür ein beredtes Zeugnis ab. Jetzt hinterlässt er ein geordnetes und finanziell gesichertes Gemeinwesen. Auch in schwerer Zeit war er sich und seiner Gemeinde treu und hat sich für sie geopfert. Nach einem Gebet für die Seelenruhe des Verstorbenen nahmen Gemeinderäte und Mitarbeiter Abschied vom Gemeindedirektor Recken.«

Welche Stichworte stehen im Zentrum?

Das saubere Ortsbild und die zahlreichen Verbesserungen und Verschönerungen.

Wesentlich ist also der äußere Schein – inkl. der geordneten Finanzen.

Und:

Wer zählte zu den Bürgern – und wer nicht?

Zur »Volksgemeinschaft« – und wer nicht?

Scheinheiligkeit. In Bürokratie-Deutsch verpackte Lüge.

Protokollant: Johannes Herbrandt.

Dem Artikel in der Rheinischen Post am 7. August 1953 »Hugo Reckens letzter Weg« können wir entnehmen, dass die katholische Geistlichkeit anwesend war, die seine Zeit in Osterath seit Januar 1934 begleitet hatte. Und die katholische Gemeindeelite.

Im Kontext der vorhergehenden Darstellungen dieser Arbeit können die Zitate aus diesem Artikel verstanden werden:

»Johannes Herbrandt ... am Grab des väterlichen Freundes und gerechten Vorgesetzten.«

»Dem Ränkespiel politischer Gegner vor allem in der Zeit des politischen Terrors habe er stets mannhaft Widerstand entgegengesetzt.«

»Die Gruft ... liegt gegenüber dem Grabmal eines seiner Vorgänger, des Bürgermeisters Rudolf Bartels, der, von ganz anderer Art, ebenfalls als markante Persönlichkeit in die Geschichte Osteraths eingegangen ist.«

In der Westdeutschen Zeitung am 7. August 1953 lesen wir:

»Ein würdiges Geleit«

»Im politischen Ränkespiel einer schweren Zeit sei er mutig und entschlossen als tief religiöser Mann in seinem Glauben und sich selbst treu geblieben.«

Dieses Zitat hat Herr Regenbrecht offensichtlich als Vorlage für seine bewertende Formulierung in der Pressemitteilung der Stadt Meerbusch nach der Ältestenratssitzung am 15. März 2012 genutzt.

Stellen Sie sich vor:

Sie kennen die vorhergehenden Darstellungen dieser Arbeit nicht. Wie verstünden Sie die Zitate?

Es war nur konsequent, die Recken-Legende quasi zu institutionalisieren: eine Straße »Hugo-Recken-Straße« zu benennen. Und darauf zu achten, dass die Recken-Legende der Kontinuität äußerlich aufrecht erhalten wird. Unabhängig von der Tatsache, dass sie eine interessengeleitete bürokratische Zweck-Lüge ist.

»Wenn wir Hitler loswerden wollen, muss er dreifach ausgetilgt werden – als Institution, als Mensch, als Legende.«

SEBASTIAN HAFFNER. JEKYLL & HYDE. 1939. S. 37.

»Ein Land, das seine politische Säuberung versäumt, versäumt es, sich selbst zu erneuern.«

ALBERT CAMUS

»Wenn die Tatsache, auf die man stößt, in Widerspruch zur herrschenden Theorie steht, muss man die Tatsache akzeptieren und die Theorie aufgeben, selbst wenn letztere, von bedeutenden Größen unterstützt, allgemein vertreten wird.«

CLAUDE BERNARD

Die Debatte um die Straßenumbenennung seit Dezember 2011 – und die Rolle des Meerbuscher Stadtarchivleiters Michael Regenbrecht im Auftrag des Meerbuscher Bürgermeisters Dieter Spindler (CDU): Wo beginnt apologetische interessengeleitete bürokratische Zweck-Lüge?

»Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht.

Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich.

Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.«

RICHARD VON WEIZSÄCKER

»Die Ermordeten sollen noch um das Einzige getrogen werden, was unsere Ohnmacht ihnen schenken kann, das Gedächtnis«.

THEODOR W. ADORNO. WAS BEDEUTET: AUFARBEITUNG DER VERGANGENHEIT? 1959.

Die Debatte hat eine Vorgeschichte.

1983 stellte ich meine Erste Staatsarbeit fertig: »Verfolgung und Widerstand in Meerbusch 1933–1945«. Entstanden insbesondere, weil es bis dahin keine geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der Zeit der NS-Terrorherrschaft in Meerbusch gab. In den Folgejahren erschienen eine Reihe von Beiträgen von mir u. a. in den Meerbuscher Geschichtsheften, die auf meiner Ersten Staatsarbeit beruhten und weitere Forschungsergebnisse von mir berücksichtigten. Und eine Reihe von Veröffentlichungen, die sich auf meine Erste Staatsarbeit und meine Veröffentlichungen beziehen.

1988 führte meine Erwähnung des Schreibens von Bürgermeister Hugo Recken vom 4. Juni 1942 »Es wird um Abschiebung des Juden gebeten« im Rahmen meines VHS-Vortrags und der damit verbundenen Veröffentlichung zum 50. Jahrestag der Reichskristallnacht in Meerbusch zu einer Reaktion der Tochter von Hugo Recken: »So etwas hat mein Vater nicht getan.« Ausdruck der Recken-Legende.

Als Dr. Dohms beauftragt wurde, »Meerbusch. Die Geschichte der Stadt und der Altgemeinden« herauszugeben, gehörte zu seinen ersten Aufträgen, mich darüber in Kenntnis zu setzen, dass ich nicht den Teil »Das Dritte Reich (1933–1945)« schreiben sollte. Eine geschichts-politische Entscheidung mit einem – aus meiner Perspektive – fatalem Ergebnis. Lesen Sie, was Sophie Wego geschrieben hat. Zum guten Teil aus meiner Ersten Staatsarbeit übernommen – ohne Quellenangaben, also Plagiat –; aber

nur das, was geschichtspolitisch unverfänglich ist. Auf geistiges Eigentum gibt es keinen Rechtsschutz.

1994 bat mich die SPD-Ratsfraktion Meerbusch, der ich bis 1989 fast zehn Jahre angehört habe, um eine Liste mit Straßennamen, die insbesondere wegen ihrer Benennung mit Belasteten der NS-Zeit zu bedenken seien. Und nach welchen NS-Verfolgten ich Straßenbenennungen empfehlen würde. Auf dieser Liste stehen u. a. die Hugo-Recken-Straße sowie das Ehepaar Gutmann. Darauf gab es dann keinerlei Feedback von Seiten Meerbuscher Sozialdemokraten. Wie Anfang 2012, nachdem der SPD-Ortsverein Osterath von mir auf seine Bitte Hintergrundinformationen zu Hugo Recken erhalten hatte. 2011 trat der Bürgerverein Pro Osterath an mich heran, wie im Vorwort bereits dargestellt. Mein Vortrag am 14. Dezember 2011 beruhte auf meinen geschichtswissenschaftlichen Arbeiten.

»Unerbetene Erinnerung.«

BUCHTITEL VON RAUL HILBERG

Die geschichts-politische Reaktion des Meerbuscher Bürgermeisters Dieter Spindler (CDU) auf die Anregung des UWG-Fraktionsvorsitzenden Christian Staudinger-Napp war, den Leiter des Stadtarchivs Meerbusch Michael Regenbrecht mit einer kurzfristigen Recherche zu Hugo Recken zu beauftragen. Der Titel des auf den 25. Januar 2012 datierten Papiers: »Recherchebericht des Stadtarchivs Meerbusch zur Person Hugo Recken, Osterather Bürgermeister in den Jahren 1934 bis 1945 und Osterather Gemeindedirektor 1946 bis 1953.« Mit Datum vom 9. Februar 2012 leitete Bürgermeister Spindler den »Recherchebericht« in Kopie den Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat zu. Die Headline des Anschreibens: »Berichterstattung in der Presse über den Vortrag von Herrn Lothar Klouten hinsichtlich des Schicksals von Juden in Osterath zur NS-Zeit.« Herr Spindler fokussiert also auf meine Person, klammert die Initiative aus der Mitte der Veranstaltungsteilnehmer und dann von Herrn Staudinger-Napp – bewusst – aus. Und insbesondere Kopien von Dokumenten waren zum Teil unleserlich. Lediglich Herr Staudinger-Napp hat auf meine Anregung hin Herrn Regenbrecht um die Datei als Attachment gebeten und erhalten. Das

reale Interesse der anderen Fraktionsvorsitzenden am vordergründigen Sachverhalt kann daraus geschlossen werden. Hintergründig ist für Bürgermeister und Fraktionsvorsitzende – bis auf den »unangepassten« Herrn Staudinger-Napp – wesentlich, die Leichen im Keller zu belassen, wo sie sind.

**»Und ist so gut,
als wär' es nicht gewesen.«**

JOHANN WOLFGANG VON GOETHE

In diesem Sinn ist dann auch der »Recherchebericht« von Herrn Regenbrecht im Auftrag seines Dienstvorgesetzten Bürgermeister Spindler zu lesen. Auf den Kern fokussiert:

Eine recht oberflächliche Recherche – begründet mit Zeitdruck –, die alle genannten Informationen und Dokumente in keinerlei Kontext bringt. Insbesondere die Dokumente aus der NS-Zeit unreflektiert wiedergibt, bis hin zur Übernahme von NS-Sprachregelungen wie »Abschiebung« – des Ehepaares Gutmann. Nach Herrn Regenbrecht erfolgte die Verlegung des jüdischen Friedhofs Osterath nach Uerdingen; tatsächlich wurde er je zu Hälfte auf die jüdischen Friedhöfe an der Gladbacher Straße in Krefeld und in Uerdingen verlegt, wo heute viele der Grabsteine sind. Das im Gegensatz zur Schutz-Darstellung von Johannes Herbrandt nach 1945, dass die »Umlegung« ausschließlich auf den jüdischen Friedhof an der Gladbacher Straße erfolgt sei; eine der unzähligen vernetzten bürokratischen Zweck-Lügen im Fall. Was auch ein Hinweis auf die geschichtswissenschaftliche Qualität der »Recherche« von Herrn Regenbrecht ist. Dass dies so ist, können Sie in diesem Buch dezidiert nachvollziehen.

»Kein Archiv ohne Draußen.«

JACQUES DERRIDA

Die von Herrn Regenbrecht angegebenen – und nicht angegebenen – Akten im Stadtarchiv Meerbusch und im Kreisarchiv Viersen in Kempen der Gemeinde Osterath habe ich durchgearbeitet. Kurzes Resümee: Herr Regenbrecht hat – bewusst – auftragsgemäß selektiv gearbeitet.

**»Heute besteht Geschichte darin,
Quellen zu Überresten zu machen.«**

MICHAEL FOCAULT

Im Artikel zur Präsentation des »Rechercheberichts« in der Westdeutschen Zeitung am 15. Februar 2012 »Bürgermeister Hugo Recken im Zwielficht« heißt es: »... stöberte durchs Kreisarchiv Viersen und das Landesarchiv NRW«. Das Wort »stöberte« ist treffend gewählt. Weiter:

»Auch nach der Sichtung des Materials enthält sich Regenbrecht jeder Bewertung Reckens. Die Belege reichen nicht aus. Zwei wesentliche Akten aus dem Hauptstaatsarchiv seien angefordert, aber noch im Entsäuerungsprozess. Wann sie zugänglich werden, sei völlig offen.«

Was bedeutet: Auftragsgemäße Enthaltung und bürokratische Zeit-Politik.

Am 8. März 2012 erschien auf www.buergerstimme.com mein Artikel »Bürgermeister 1933–1945: auch ›Hitlers willige Vollstrecker«.

Am 9. März 2012 führte die UWG-Ratsfraktion Meerbusch ein Pressegespräch zum »Recherchebericht« »zusammen mit dem Historiker Lothar Klouten« durch, um eine »Hintergrundbetrachtung abzugeben«. Dazu hatte ich eine umfangreiche Stellungnahme vorbereitet und trug meine Informationen den Journalisten vor, um dann auf deren Fragen zu antworten. Herr Staudinger-Napp erhielt von mir weitere Exemplare zur Weitergabe an die Fraktionsvorsitzenden.

Das Pressegespräch war im Vorfeld der Ältestenratssitzung am 15. März 2012, wo in nichtöffentlicher Sitzung das Thema Benennung der Hugo-Recken-Straße einziger Tagesordnungspunkt war. Das dokumentiert: Der Wunsch nach Gedenken war von Bürgermeister Spindler zum Gegenstand von Geschichtspolitik gemacht worden. Die Westdeutsche Zeitung berichtete noch am 9. März 2012 online über das Pressegespräch, die Rheinische Post am 12. März 2012.

In der WZ lesen wir: »Klouten zu den Aussagen über Hugo Recken: »Man muss sie im historischen Kontext betrachten.« Die UWG-Ratsfraktion wollte: »Ein externer Historiker soll den ›Fall Recken bearbeiten, das Thema zudem öffentlich diskutiert werden. Die Stadt solle offen mit ihrer Geschichte umgehen«, sagte Fraktionsvorsitzender Christian Staudinger-Napp. Eine Umbenennung der Hugo-Recken-Straße könnte ein weiterer Schritt sein, »aber nur in Abstimmung mit den Anwohnern«, betonte seine Stellvertreterin Daniela Glasmacher.«

»Kloutens Befürchtung, dass Bürgermeister Dieter Spindler das Thema mit Regenbrechts Recherche abwürgen wolle, weil er sich möglicherweise mit seinem konservativen Amtsvorgänger verpflichtet fühle, weist Stadtsprecher Gorgs energisch zurück;

»Es ging darum ergebnisoffen erste Daten zusammenzutragen.« Das Ergebnis werde gemeinsam diskutiert.«

Die Keywords: »ergebnisoffen« und »erste Daten«. Ersten Daten müssen – mindestens – zweite Daten folgen.

In der RP lesen wir: »Die Diskussion über Recken erinnert an die Umbenennung des Carl-Diem-Wegs in Bösinghoven.« Und zu einem sachverständigen Gutachter: »Dafür komme zum Beispiel der frühere Leiter des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf, Dr. Anselm Faust, in Frage, der Verfasser der Publikation ›Reichskristallnacht im Rheinland.« Dr. Faust war Archivdirektor. In seiner genannten Publikation hat er den Schriftwechsel von Bürgermeister Hugo Recken mit der Gestapo-Außendienststelle Krefeld im Juli 1942 publiziert:

»Es wird um Abschiebung des Juden gebeten.«

Das Ergebnis der Ältestenratssitzung am 15. März 2012:

Herr Regenbrecht solle weiter recherchieren. Bis wann?

Am 16. März 2012 erschien in der Rheinischen Post der Artikel »Dr. Anselm Faust urteilt über Hugo Recken.« Dr. Faust hatte auf meine Bitte hin eine kurze Beurteilung formuliert.

»Wer seit 1933 NSDAP-Mitglied und von 1934 bis 1945 Bürgermeister einer Gemeinde war, muss als aktiver Nationalsozialist angesehen werden; hätte er Vorbehalte gehabt und gezeigt, hätte er sein Amt sehr schnell verloren. Auch wenn Recken nur ein »kleiner Täter« gewesen sein sollte, hat er doch das nationalsozialistische Unrechtsregime aus freien Stücken gestützt.«

Der Enkel von Hugo Recken, Heiko Hensell, wird zitiert: »Er wisse von Osterathern, dass sein Opa Hugo Recken bei der Fronleichnamspzession der katholischen Gemeinde an prominenter Stelle mitgezogen sei. »Für einen überzeugten Nazi eher unwahrscheinlich«, kommentierte Hensell. Kaum ins Bild passe auch, dass Hugo Recken seine Tochter (»meine Mutter«) auf ein bischöfliches Gymnasium geschickt habe. Die Nähe zur Kirche sei den Nazis doch ein Dorn im Auge gewesen. »Das muss man doch nicht groß erklären, das weiß doch jeder, der im Geschichtsunterricht aufgepasst hat«, so Hensell.«

»Mein Opa war kein Nazi«, so ein Buchtitel.

»Tatsächlich fördert historische Forschung oft Genaueres und Zutreffenderes zu Tage als noch so ernsthaftes Erinnern.«

KARL OTTO CONRADY

Die Rheinische Post druckte am 17. März 2012 einen Leserbrief von mir ab:

»Wer weiß etwas über Hugo Recken?

Der Historiker Lothar Klouten meldet sich zur Diskussion um Hugo Recken (Osterather Bürgermeister während des Dritten Reichs) zu Wort:

Im Kontext meiner Ersten Staatsarbeit ›Verfolgung und Widerstand in Meerbusch 1933–1945‹ habe ich zahlreiche Zeitzeugen befragt und Zeitdokumente gefunden. Wie im Keller des Rathauses Osterath die Einwohnermelde-datei Osterath inklusive der jüdischen Einwohner und die Osterather Zeitung in der Druckerei Hamacher. Bei der Veranstaltung im Dezember in Osterath meldeten sich Zeitzeugen, berichteten – und aus ihrer Mitte kam der Vorschlag, die Hugo-Recken-Straße umzubenennen. Meine Bitte an Zeitzeugen: Schreiben Sie Herrn Staudinger-Napp, Fraktionschef der UWG, Ihre Erinnerungen zu Hugo Recken, speziell seinem Handeln gegenüber den Deutschen, die als ›Juden‹ diskriminiert, verfolgt, enteignet, ihrer Gesundheit und ihres Lebens beraubt wurden. Mail: christian.staudinger-napp@arcor.de. ›Jeder hätte Helfer Hitlers werden können. (...) Die menschliche Natur allein ist zu schwach.« (Zitat aus Guido Knoop. Hitlers Helfer. Täter und Vollstrecker. München 1999, S. 23)«

Nach der Ältestenratssitzung am 15. März 2012 gab der Pressesprecher der Stadt Meerbusch im Auftrag von Bürgermeister Spindler eine Pressemitteilung heraus, auf der Webseite der Stadt Meerbusch verfügbar. Lesen Sie den Text der Pressemitteilung und lassen Sie ihn kurz auf sich wirken. Dann lesen Sie meine Analyse dieses Textes. Und dann reflektieren Sie bitte selbst den Kontext.

»Der Glaube an das Gedruckte ist seit Gutenberg einer der mächtigsten Aberglauben dieser Welt.«

LUDWIG MARCUSE

»Du sollst nicht falsches Zeugnis über deinen Nächsten ablegen.«

EXODUS 20,16

»Lügen scheint zum Handwerk nicht nur des Demagogen, sondern auch des Politikers ... zu gehören. Ein bemerkenswerter und beunruhigender Tatbestand.«

HANNAH ARENDT

»Nach dem Sturm schlägt man
auf die Barometer ein.«

DIRK VAN LAAK

»Diskussion um NS-Vergangenheit Hugo Reckens
soll versachlicht werden

Ältestenrat beauftragt das Stadtarchiv mit weite-
ren Nachforschungen

– Ein Foto von Herrn Regenbrecht, mit einer aufge-
schlagenen Akte in den Händen –

Die Diskussion über die Rolle des ehemaligen
Osterather Bürgermeisters Hugo Recken während
der NS-Zeit soll versachlicht werden. Das ist der
Wille des Ältestenrats. »Alles, was an Quellen und
Zeitzeugenaussagen zur Person Hugo Recken noch
verfügbar ist, muss gründlich gesichtet werden«, so
Bürgermeister Dieter Spindler. Erst danach sei es
möglich, ein qualifiziertes und differenziertes Ur-
teil abzugeben.

Gründliche Prüfung

Auch die derzeit eingehenden Zeitzeugenaussagen
müssten überprüft werden. Auslöser der Beratung
im Ältestenrat waren Aussagen des Osterathers Lo-
thar Klouten, welche die Meerbuscher UWG dazu
bewegt hatten, eine unverzügliche Umbenennung
der Hugo-Recken-Straße zu fordern. Klouten hatte
zuletzt Anfang der 80er Jahre in den Meerbuscher
Geschichtsheften zwei Aufsätze über das Schicksal
jüdischer Familien in Meerbusch veröffentlicht.

Stadtarchivar Michael Regenbrecht, so der
Wunsch des Ältestenrats, soll nun wissenschaftlich
belegte Erkenntnisse über die Person Hugo Recken
zusammentragen. Unter anderem soll Reckens Ent-
nazifizierungsakte nochmals eingesehen werden.
Ein Teil der alten Papierdokumente wird nach An-
gaben des Landesarchivs konserviert und ist des-
halb derzeit nicht greifbar – aber bereits vorbestellt.

Ausgewiesener Fachmann

Regenbrecht, der sich nach seinem Studium der Ge-
schichte im Rahmen seiner Forschungs- und Lehr-
tätigkeit an der Universität Wuppertal und später in
eigenen Arbeiten, Vorträgen und Ausstellungen in-
tensiv mit lokalgeschichtlichen Themen befasst hat,
prüft die Vorwürfe gegen Recken eingehend. Dabei
hat er unter anderem die NS-Dokumentationsstelle
Krefeld und die NS-Mahn- und Gedenkstätte Düs-
seldorf zu Rate gezogen. »Recken war weder örtlicher
Chef der Gestapo, noch ihr Mitarbeiter«, so Dr.
Ingrid Schupetta, die im Auftrag der Dokumenta-
tionsstelle Krefeld umfangreiche Untersuchungen
über die Gestapo in der Region geführt hat. Die
örtliche Polizeibehörde in Osterath sei lediglich
Hilfsorgan und Weisungsempfänger der Staatspoli-
zeistelle Düsseldorf gewesen. Demzufolge habe Re-
cken auch persönlich niemanden deportieren lassen
können.

Zeitzeugen mit interessanten Aussagen

Inzwischen haben sich bei Regenbrecht mehrere
Zeitzeugen gemeldet. Sie erinnern sich vor allem
an das örtliche Engagement Reckens als Katholik in
der Gemeinde St. Nikolaus. So habe Recken Pro-
bleme mit der Düsseldorfer Gauleitung bekommen,
weil seine Tochter die katholische Marienschule
in Krefeld besuchte. Recken beharrte darauf. Über
Wochen, so ein Zeuge, habe Recken am schwarzen
Brett des Rathauses einen wütenden Artikel des
»Stürmers« aushängen müssen, der ihn als Teilneh-
mer der Fronleichnamspzession in Frack und
Zylinder zeigte. Berichtet wurde zudem von der
deutsch-jüdischen Familie Dr. Langenbach aus
Osterath, die Hugo Recken vor dem Zugriff der
NS-Schergen warnte und in ihrem Versteck in der
Eifel heimlich mit Lebensmittelkarten versorgen
ließ.

**Viele Vorwürfe wohl wissenschaftlich nicht
haltbar**

Weitere Vorwürfe Lothar Kloutens halten laut Re-
genbrecht einer wissenschaftlichen Prüfung nicht
stand. Beispiele stellt er derzeit auf Wunsch des Äl-
testenrats zusammen. Regenbrechts Eindruck bis
jetzt: »Die bisher vorliegenden Erkenntnisse weisen
Recken natürlich nicht als Widerstandskämpfer
aus. Es war als Bürgermeister durchaus konform, er
war aber auch ein Mensch mit christlichen Prinzi-
pien, nach denen er handelte.«

»Wir sollten niemals aus den Augen verlieren,
dass der Weg zur Tyrannei
mit der Zerstörung der Wahrheit beginnt.«

BILL CLINTON

»Du musst bedenken,
dass eine Lüge dich nicht bloß die Wahrheit kostet,
sondern die Wahrheit überhaupt.«

FRIEDRICH HEBBEL

Eine Presseerklärung eines Stadt-Pressesprechers
im Namen seines Bürgermeisters ist eine politische
Erklärung mit politischen Zielsetzungen, für die
rhetorische Mittel eingesetzt werden. Sehen wir uns
den Text dieser Presseerklärung aus dieser Perspek-
tive näher an.

»Die Diskussion über die Rolle des ehemaligen Bür-
germeisters Hugo Recken während der NS-Zeit soll
versachlicht werden.« Das impliziert: Was vorher
kam – und seien es Dokumente –, war unsachlich –
und damit unqualifiziert.

»Das ist der Wille des Ältestenrats.« Ein ver-
meintlich monolithischer nichtöffentlicher Block
spricht ein Machtwort. Welche Macht hat er? Die
Vorgeschichte impliziert: Der UWG-Fraktions-
vorsitzende Staudinger-Napp ist der Outlaw im

Gremium, das also nicht monolithisch ist. Das bedeutet: Es geht in der Summe der rhetorischen Formulierungen um Wirkung nach außen in die Gesellschaft.

Dann wird Bürgermeister Spindler zitiert, was die Bedeutung des Satzes hervorheben soll: »Alles, was an Quellen und Zeitzeugenaussagen zur Person Hugo Recken noch verfügbar ist, muss gründlich gesichtet werden.« »Erst dann sei es möglich, ein qualifiziertes und differenziertes Urteil abzugeben.« Womit die veröffentlichte Formulierung vom in seiner Qualifikation unstrittigen Dr. Anselm Faust rhetorisch ausgeklammert und ignoriert wird.

»Auch die derzeit eingehenden Zeugenaussagen müssen überprüft werden.« Überprüft ist ein politischer, ggf. juristischer Begriff. Geschichtswissenschaftlich müsste die Formulierung etwa lauten: »Auch die derzeit eingehenden Zeitzeugenaussagen müssen in den historischen Kontext gebracht und dann bewertet werden.«

»Auslöser der Beratung im Ältestenrat waren Aussagen des Osterathers Lothar Klouten, welche die Meerbuscher UWG dazu bewegt hatten, eine unverzügliche Umbenennung der Hugo-Recken-Straße in Osterath zu fordern.« Richtig hieße es: Ex-Osterather. Namensnennung ohne Zusatz – Schein-Neutral. Meine »Aussage« war das Zitat des Recken-Briefes an die Gestapo-Außendienststelle Krefeld: »Es wird um Abschiebung des Juden gebeten.« Und die Position der UWG hat – wie oben dokumentiert – nichts mit dieser Darstellung zu tun. Die Formulierung »dazu bewegt« impliziert im Kontext: Da hat sich die naive UWG vor den Karren von diesem Klouten spannen lassen.

Da der Name Klouten gefallen ist, kommt konsequenter Weise im Folgesatz der – vermeintlich – finale rhetorische Todesstoß: »Klouten hatte zuletzt Anfang der 80er Jahre in der Meerbuscher Geschichtsheften zwei Aufsätze über das Schicksal jüdischer Familien in Meerbusch veröffentlicht.« Zwei Aufsätze in einer nicht-geschichtswissenschaftlichen Publikation und das auch vor so langer Zeit: Dieser Mensch ist nicht qualifiziert. Hier wird die Grenze zwischen politischer Rhetorik und manipulativer, bewusst selektiver Rhetorik deutlich überschritten. Ein Blick auf meine Veröffentlichungen genügt zur Erkenntnis. Mit einem Mittel struktureller Gewalt wird eine Legitimation kultureller Hegemonie im Sinne Gramscis formuliert, einem Stil, der ansonsten Diktaturen aller Couleur vorbehalten ist.

Der Sinn dieser bewussten Manipulation ist es, die dann folgende Lobhudelei zur Qualifikation von Herrn Regenbrecht – »ausgewiesener Fachmann« – noch zu überhöhen bzw. mich rhetorisch auszu-

grenzen: Ich gehörte nicht zur (Volks-)Gemeinschaft der Historiker.

»Stadarchivar Michael Regenbrecht, so der Wunsch des Ältestenrats, soll nun wissenschaftlich belegte Erkenntnisse über die Person Reckens zusammentragen.« Wie ist hier die Begrifflichkeit »wissenschaftliche Erkenntnis« definiert? Im Kontext ist dies ein ideologischer rhetorischer Begriff, mit dem nur von vornherein gewünschte Ergebnisse – von Bürgermeister und Ältestenrats-Mehrheit – zugelassen werden sollen. Wo – und wann – leben wir?

»Unter anderen soll Reckens Entnazifizierungsakte nochmals eingesehen werden. Ein Teil der alten Papierdokumente wird nach Angaben des Landesarchivs konserviert und ist deshalb derzeit nicht greifbar – aber bereits vorbestellt.« Die rhetorische Begründung für das Spiel auf Zeit – und Vergessen. Mit einer groben Lüge: Die Akte ist digitalisiert, kann im Lesesaal des Landesarchivs in Düsseldorf von jedem Bürger frei eingesehen werden – und auch kopiert. Und: Herr Regenbrecht kann mit der geschichtswissenschaftlichen Analyse der Akten in dem Archiv beginnen, dessen Chef er ist. Und die Akten des Kreisarchives Viersen, die er in seinem »Recherchebericht« nennt, vollständig und nicht selektiv zur Kenntnis nehmen – sowie geschichtswissenschaftlich analysieren. Was auch für die Akten des Staatsarchivs NRW und andere Archive gilt. Entspricht es dem Kriterium von »wissenschaftlich belegte Erkenntnisse« bewusst selektiv ergebnisorientiert politisch zu agieren?

Wie wissenschaftlich ist es, im Kontext – Zitat des Recken-Briefes – zu formulieren »Vorwürfe gegen Recken«?

Herr Regenbrecht zitiert dann Frau Dr. Schupetta: »Recken war weder örtlicher Chef der Gestapo, noch ihr Mitarbeiter.« »Die örtliche Polizeibehörde in Osterath sei lediglich Hilfsorgan und Befehlsempfänger der Staatspolizeistelle Düsseldorf gewesen. Demzufolge habe Recken auch persönlich niemanden deportieren lassen können.« Nach Lektüre dieser Sätze und in Anbetracht dessen, was sie gefragt wurde und darauf differenziert geantwortet hatte, formulierte Frau Dr. Schupetta die Begrifflichkeit »interessengeleitete Geschichtspolitik«. Und wo habe ich veröffentlicht oder vorgetragen, dass Recken persönlich hat deportieren lassen? Ein schlechter manipulativer rhetorischer Trick im Kontext, mich abzuqualifizieren. Aus der Perspektive von Frau Dr. Schupetta wird umgekehrt ein Schuh daraus.

Die Zeitzeugen, die sich bei Herrn Regenbrecht gemeldet haben sollen, sind interessant. Ihre Darstellungen müssen im historischen Kontext gewertet werden, nicht nur einfach aufgelistet.

»Weitere Vorwürfe Lothar Kloutens halten laut Regenbrecht einer wissenschaftlichen Prüfung nicht stand. Beispiele stellt er derzeit auf Wunsch des Ältestenrats zusammen.« Ich harre der konkreten Beispiele – und ihrer geschichts-wissenschaftlichen Begründung. Diese Buch ist die Dokumentation dessen, was im Sinne von »wissenschaftlicher Prüfung« möglich ist.

Abschließend formuliert Regenbrecht die von seinem Vorgesetzten Bürgermeister Spindler erwartete Absolution für Hugo Recken: »Die bisher vorliegenden Erkenntnisse weisen Recken natürlich nicht als Widerstandskämpfer aus. Er war als Bürgermeister durchaus konform, er war aber ein Mensch mit christlichen Prinzipien, nach denen er handelte.« Um es pointiert auszudrücken: Wer nach seinen christlichen Prinzipien handelte, konnte in seiner amtlichen Funktion als Bürgermeister in der NS-Zeit konform handeln, sich also aktiv daran beteiligen, Menschen zu diskriminieren, auszugrenzen, zu entrechten, zu enteignen und in der Tod zu schicken. Als Katholik erhielt Hugo Recken dafür die Absolution – bis heute. Damit wäre nicht nur die Frage nach der Benennung der Hugo-Recken-Straße erledigt: Wäre.

In Formulierungen von Wolf Schneider in »Wörter machen Leute«:

»Das Wort als Aggressor«
»Fahnenträger der Gewalt«
»Wörter wie Arsen«
»Umwertung der Wörter«
»Das Verhältnis zwischen Sprache und Realität«
»Kobolde deuten die Welt«

**Ich lass von ihr, sie sich von mir betrügen,
umlügend unsere Fehler zum Vergnügen.**

WILLIAM SHAKESPEARE

Die WZ berichtete am 21. März 2012 über diese Pressemitteilung, die RP am 22. März. Der Extra-Tip am Sonntag Meerbusch hat die Pressemitteilung am 1. April (sic!) 2012 kommentarlos abgedruckt.

Einen Leserbrief von mir zu dieser Pressemitteilung druckten die RP und die WZ am 17. März 2012 ab.

»**Versachlichen: Gemeinsam**

Aus dem Artikel ergeben sich zwei grundsätzliche Fragen: Welches Verständnis von Versachlichung ist gemeint? Wie wird hier »wissenschaftlich belegte Erkenntnisse« definiert? Denn: Das Zitat von Dr. Faust wird nicht erwähnt. Dessen Buch über die Reichskristallnacht im Rheinland und die dort wie-

dergegebenen Schreiben von Bürgermeister Hugo Recken an die Gestapo-Außendienststelle Krefeld, wo er um »Abschiebung des Juden« nachsucht, quasi der Stein des Anstoßes war.

Woraus der nächste Aspekt folgt: Es ist ein schlechter rhetorischer Trick, sich von etwas zu distanzieren, was ein Autor nie schriftlich oder mündlich dargestellt hat. Recken konnte niemanden deportieren lassen. Er war als Bürgermeister örtlicher Polizeichef, damit auch die örtliche Gestapo. Und wie »wissenschaftlich« ist es, meine auf Dokumenten und historisch dokumentierten Fakten beruhende Darstellung als »Vorwurf« zu qualifizieren? Und dann noch nebulös zu formulieren, dies stelle er dem Ältestenrat auf Wunsch zusammen? Ist das eine Retourkutsche von Herrn Regenbrecht darauf, dass ich ihn z.B. damit korrigiert habe, dass die Umlegung des jüdischen Friedhofs in Osterath nicht nach Uerdingen, sondern auf den neuen Friedhof an der Gladbacher Straße erfolgt ist?

Und was soll im konkreten historischen Kontext »ein Mensch mit christlichen Prinzipien, nach denen er handelte« bedeuten? In Osterath war 1933 der Nazi-Kaplan Hilmer, der das sicher auch für sich in Anspruch genommen hat. Quellen, Zeitzeugenaussagen und historische Geschehen müssen immer im historischen Kontext eingeordnet und dann bewertet werden. Das bedeutet auch: Politisch gewollte Ergebnisse sind nicht vorgegeben; ansonsten ist es nicht geschichts-wissenschaftlich. Ich biete Herrn Regenbrecht an, ihm Dokumente und Fundstellen zu benennen sowie meine entsprechenden Kontakte zu vermitteln.«

Am 2. April 2012 sandte ich Herrn Regenbrecht eine E-Mail:

»Guten Tag Herr Regenbrecht!

Ausschließlich zum Stadtarchiv Meerbusch:

Im Bestand Osterath befindet sich die Akte P 15, in der sich einige Dokumente zu Maßnahmen der Gemeindeverwaltung gegen als Juden definierte Osterather deutscher Nationalität befinden.

In der Einwohnermeldekartei Osterath bis 1945 sind die Karteikarten der als Juden diskriminierten Menschen. Mit Einträgen wie z. B. bei Dan Lucas:

»9. 12. 41 Osten Riga«.

In der Sammlung / dem Nachlass Herbrandt befinden sich u. a. zwei Dokumente:

- Schreiben von Herrn Herbrandt vom 15.07.1947 »Zu der gegen Herrn Gemeindedirektor Recken aus Osterath erstattete Anzeige wegen pietätloser Beseitigung des jüdischen Friedhofs in Osterath«
- Todesanzeige der Gemeinde Osterath für Hugo Recken 1953

In Ihrem Recherchebericht geben Sie Artikel in den Meerbuscher Geschichtsheften an. Insbesondere

den Artikel von Günter Janß ›Der Osterather Judenfriedhof und die Geschichte der jüdischen Gemeinde‹ empfehle ich Ihnen zur intensiven Analyse. Und die Anmerkung 12 im Artikel ›Die Polizei in Osterath‹ von Egon Thiel empfehle ich Ihnen zu reflektieren.

Auch in diesem Kontext:

Im Bestand Osterath dürfte sich die Akte zum Entnazifizierungsausschuss der Gemeinde Osterath 1945ff. befinden. Die ich bei Gelegenheit einsehen möchte.

Mit freundlichen Grüßen.

Lothar Klouten«

Der Text der genannten »Anmerkung 12« lautet:

»Was das Auffinden von Akten aus der Zeit des Nationalsozialismus angeht, so ist dies immer mit großen Schwierigkeiten verbunden. In den meisten Fällen wurden die Akten der Polizei- und Kommunalverwaltungen noch schnell vor dem Einrücken der Alliierten vernichtet. Vielfach gingen damit nicht nur belastendes Material, sondern auch alle weiteren historisch interessanten Akten unwiederbringlich verloren. Somit bleibt als einzige Quelle die Befragung von noch vorhandenen Zeitzeugen übrig und die beleuchteten Sachverhalte zeigen sich mitunter recht dürftig.«

Was denken Sie: Habe ich ein Feedback von Herrn Regenbrecht erhalten?

»Die meisten Menschen haben vor der Wahrheit mehr Angst als vor der Lüge.«

ERNST FERSTL

Am 2. Mai besuchte ich gemeinsam mit Frau mit Frau Fingerhut von der UWG-Fraktion Meerbusch das Stadtarchiv Meerbusch. Herr Regenbrecht verhielt sich bürokratisch freundlich. Er meinte dann einen rhetorischen Treffer landen zu können, indem er mir gegenüber erklärte, dass die von mir erstellten 26 Kopien – deren Anzahl er für gering hielt – kostenfrei seien, wenn sie im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit seien und das Stadtarchiv ein Belegexemplar dieser Arbeit erhalte. Ich bedankte mich für die kostenfreien Kopien und sagte ihm ein Belegexemplar zu.

Ähnlich der Vorsitzende des Geschichtsvereins Meerbusch Herr Rameil, der ins Stadtarchiv kam. Der glaubte einen rhetorischen Treffer gelandet zu haben, indem er mich süffisant als den großen Historiker ansprach und dann mit bedeutungsschwangerer Stimme auf lediglich acht Veröffentlichungen von mir in den Meerbuscher Geschichtsheften in gut 30 Jahren verwies. Diese Zahl ist zumindest um 400 % höher als die vom Stadt-Pres-

sesprecher in der Pressemitteilung für Bürgermeister Spindler genannte. Und hat genauso wenig mit der Realität zu tun – insbesondere der außerhalb von Meerbusch. Herr Rameil sah sich genötigt, sich so als Teil der Meerbuscher Gemeinde-Elite positionieren zu müssen.

Als er mich am 9. Mai 2012 im Landesarchiv NRW in Düsseldorf traf, war er erkennbar erstaunt. Das passte nicht in sein Bild vom Nicht-Historiker Lothar Klouten. Danach trafen wir uns noch mehrfach dort.

Am 2. Mai 2012 schrieb ich Herrn Regenbrecht eine E-Mail:

»Nochmals danke für Ihre freundliche Unterstützung heute.

Sie erhalten wie zugesagt ein Exemplar meines neuen Buches, das in Arbeit ist.

Als ich an meiner Ersten Staatsarbeit »Verfolgung und Widerstand in Meerbusch 1933–1945« arbeitete – die erste geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung dieses Themas –, war Herr Herbrandt – ehrenamtlicher – Leiter des Stadtarchivs Meerbusch, also einer Ihrer Vorgänger. Herr Herbrandt gewährte mir umfassende Akteneinsicht, nachdem er verstand, dass es mir um Geschichtswissenschaft geht. In diesem Kontext: Damals P 15 ist heute III 1997. Und Frau Dr. Aust gewährte mir Zugang insbesondere zu ihrem Fotoarchiv sowie ihren Zeitzeugenkenntnissen. Meine gesammelten Dokumente und Aufzeichnungen habe ich mit den 26 heute erstellten Kopien ergänzt, die meine aktuelle erweiterte Perspektive betreffen. Grüßen Sie bitte Herrn Rameil von mir.«

Am 25. Mai 2012 mailte ich den Meerbuscher Lokalredaktionen von Rheinischer Post und Westdeutscher Zeitung eine Pressemitteilung:

Wer einmal lügt

In der Pressemitteilung der Stadt Meerbusch im Auftrag von Bürgermeister Spindler zur Ältestenratssitzung im März 2012, in der ich persönlich angegriffen und diffamiert wurde, wird vom Leiter des Stadtarchivs Meerbusch Herrn Regenbrecht – im Auftrag seines Vorgesetzten Bürgermeister Spindler – u. a. behauptet: Eine der Recken-Entnazifizierungsakten befände sich in der Entsäuerung, sei daher nicht einsehbar, sei vorbestellt, es sei offen, wann sie einsehbar sei. Dies als Legitimations-Argument für eine unbegrenzte zeitliche Verzögerung weiterer Recherche-Ergebnisse des Stadtarchivs Meerbusch bzw. seines Leiters Herrn Regenbrecht zur Rolle von Hugo Recken in der NS-Zeit als Bürgermeister in Osterath Januar 1934 bis März 1945 sowie dann Januar 1946 bis zu sei-

nem Tod 1953 als Gemeindedirektor in Osterath. Die im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf zuständige Frau Dr. Hönerlage teilte mir heute auf meine Anfrage per E-Mail mit:

»Die Entnazifizierungsakten NW 1023 Nr. 4803 liegen seit April im Lesesaal digital vor und können von Ihnen am Benutzer-PC eingesehen werden. Wie das zuständige Dezernat auf meine Anfrage mitteilte, hat die zweite Entnazifizierungsakte zu Hugo Recken folgende Signatur: NW 1037-BI Nr. 15313. Die Akte liegt noch analog vor und ist ohne Sondergenehmigung im Lesesaal einsehbar.«

Auch eine weitere Pressemitteilung von mir wenige Tage später hatte keinerlei Reaktion der Meerbuscher Lokalredaktionen.

Warum wohl?

Welche politischen Konsequenzen in Meerbusch folgen aus der Aufdeckung dieser gezielten Desinformation von Herrn Regenbrecht im Auftrag seines Vorgesetzten Bürgermeister Spindler, mit der Stadtrat und Bürgerschaft bewusst getäuscht wurden?

Am 25. Mai 2005 schrieb mir Kurt Gutmann, Überlebender aus der Familie von Sabine und Julius Gutmann und Vorsitzender von DRAFD e. V.:

»Unterstützung Ihres Buchprojekts zur Geschichte von Meerbusch-Osterath
Mit regem Interesse habe ich in den letzten Wochen Ihr Buchprojekt zum Umgang mit der Verfolgung ›rassisch Minderwertiger‹ in meiner Heimat verfolgt.

Als Kind vor meiner Emigration nach Schottland und als junger Soldat der britischen Armee nach 1945 habe ich im Rheinland selber antisemitische und faschistische Angriffe erleben müssen und deshalb blicke ich mit Hochachtung auf Ihre Bemühungen, diese Geschichte für eine Gemeinde auch gegen Widerstände zu dokumentieren.

Als Herr Bürgermeister Hugo Recken am 4. Juni 1942 an die Gestapo-Außendienststelle Krefeld zu Sabine und Julius Gutmann schrieb: ›Es wird um Abschiebung des Juden gebeten‹, waren meine Mutter Jeanette Gutmann, geb. Kann, und mein Bruder Hans-Josef schon abtransportiert. Ihr Transport war am 2. April über Düsseldorf in Richtung Izbica gegangen. Von diesem Transport gab es keine Überlebenden.

Vielen Dank für Ihre Bemühungen.

Ich und auch meine Kinder würden es begrüßen, wenn Sie tatkräftige Unterstützung bekommen, um diese Geschichte lebendig zu halten.«

Am 26. Mai 2012 erhielt ich ein Schreiben des Bundespräsidialamtes:

»Bundespräsident Joachim Gauck dankt Ihnen für Ihre E-mail vom 23. April 2012 und für Ihre Glückwünsche zu seinem Amtsantritt. Die vielen Beweise der Zustimmung und der Verbundenheit sind ihm Ermutigung für die kommenden Aufgaben. Mit all seiner Kraft und mit seinem Herzen wird er dafür arbeiten, dem in ihn gesetzten Vertrauen gerecht zu werden.

Die aktive Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit ist dem Bundespräsidenten ein wichtiges Anliegen. Zu einer tief empfundenen Erinnerung tragen Aktivitäten, wie sie in den von Ihnen beigefügten Anlagen – von Dokumenten, Zeitzeugenaussagen und Literaturzitierten über Mahnmale bis hin zu Stolpersteinen – beispielhaft erwähnt sind, in erheblichem Maße bei.

Daran zu erinnern, wird dem Bundespräsidenten ein Anliegen sein.«

Am 26. Juni 2012 schrieb der Fraktionsvorsitzende der UWG Herr Staudinger-Napp an Bürgermeister Spindler:

»Entnazifizierungsakte Hugo Recken
Sehr geehrter Herr Bürgermeister Spindler, bezüglich des o. g. Thema möchte ich um einen kurzen Sachstandsbericht Ihrerseits bitten. Seinerzeit hatten Sie mitgeteilt, dass die Entnazifizierungsakte Hugo Recken NR 1034 Nr. 4803 nicht einsehbar wäre, weil sie sich in der Entsäuerung befindet. Nach meinen Informationen kann die Akte anscheinend aber doch jederzeit digital im Landesarchiv NRW Mauerstraße in Düsseldorf eingesehen werden.«

Die Zeit läuft.

Von Seiten der Stadt Meerbusch bzw. Bürgermeister Spindler beredete Funkstille.

Schweigende Lüge.

Heute ist der 2. August 2012.

Ich bin dabei, das Manuskript zu diesem Buch abzuschließen.

Dieses Buch zu schreiben ist die richtige Entscheidung von mir.

Wir werden erleben, was es bewirkt.

Auch im Sinne des zentralen Satzes der Riga-Überlebenden Prof. Dr. Gertrude Schneider in »Reise in den Tod. Deutsche Juden in Riga 1941–1944« S. 12:

»Ein Weiterleben mit diesen Verletzungen ist oft nur mittels Umdeutungen des Erlebten und der eigenen Handlungen möglich.«

Das gilt gleichermaßen für die Opfer wie die Täter – und deren Nachkommen. Also auch für die Herren Spindler und Regenbrecht.

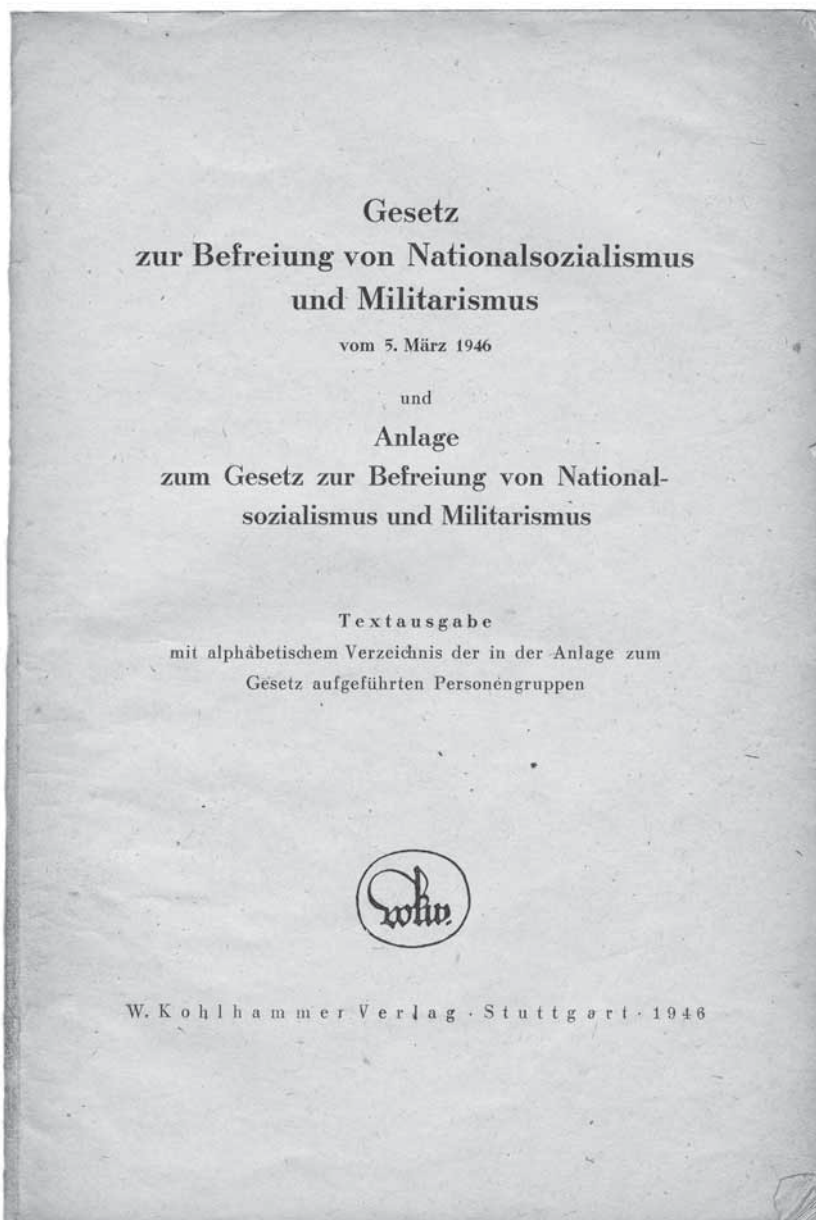
Unsere gesellschaftliche Aufgabe ist es, das bewusst zu machen. Als Basis zu einer realen Entnazifizierung von Gesellschaft und allen ihren Menschen – über Deutschland hinaus. Für eine gemeinsame Zukunft in Würde aller Menschen. Die Würde des Menschen ist unteilbar.

»Gedenken macht Leben menschlich. Vergessen macht es unmenschlich. Wir wissen natürlich von

einer Gnade des Vergessens. Aber auch wenn Erinnerung Trauer und Scham transportiert, füllt es die Zukunft mit Perspektiven. Und Leugnen der Vergangenheit forciert das Geschäft des Todes; gerade wenn und weil er nur Heute will. Das Maß der Rechenschaft über das Gestern bestimmt das Maß an Stabilität für das Morgen.«

HANS-JOCHEN VOGEL (HRSG.). GEGEN VERGESSEN – FÜR DEMOKRATIE. MÜNCHEN 1994.

DER ERSTE ABSATZ DES BEITRAGES (S. 13) VON EBERHARD BETHGE »FORSCHEN – VERMITTELN – GEDENKEN. SCHRITTE GEGEN DAS VERGESSEN«. DER HEUTIGE VORSITZENDE VON »GEGEN VERGESSEN – FÜR DEMOKRATIE« IST BUNDES-PRÄSIDENT JOACHIM GAUCK.



TITELSEITE DES BUCHES

2012 June

ה'תש"ב

5772-TAMUZ

Society of Survivors of the Riga Ghetto



NEWSLETTER

Summer Issue



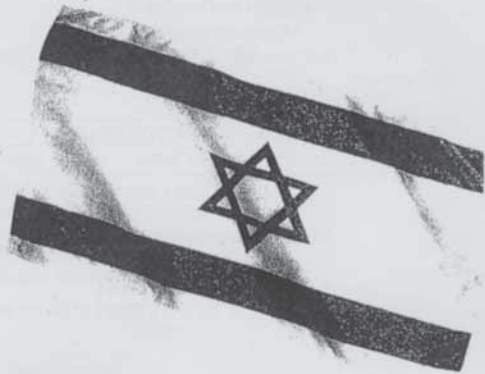
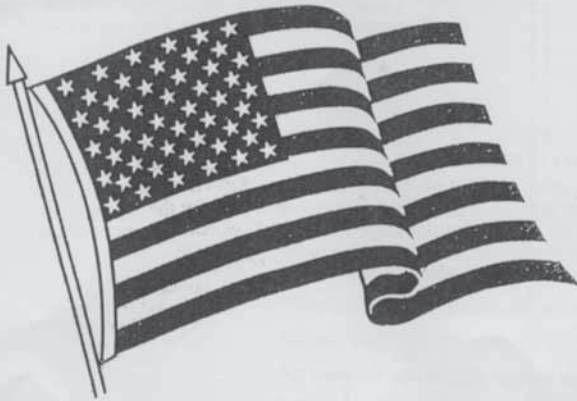
A SHTIKL MISHEGOSS (LITTLE BIT O' NONSENSE)

The following is based on stereotypes, so for those who are offended, I stand pelted with matzoh balls:

Face it. There are some things that "feel" Jewish [Jewish or not], while other things are simply "Goyish," even if they're Jewish. As Lenny Bruce said, "Dig . . . if you live in New York or any other big city you are Jewish. It doesn't matter if you are Catholic. If you live in New York you are Jewish. If you live in Butte, Montana, you are going to be Goyish even if you are Jewish."

Jewish vs. Goyish

- Superman is Jewish, Lois Lane is Goyish.
- Seltzer is Jewish, club soda is Goyish.
- Raymond of *Everybody Loves Raymond* is Jewish, Doug of *King of Queens* is Goyish.
- Onion bagels are Jewish, jalapeño bagels are Goyish.
- Music and weight loss camps are Jewish, wilderness camps are Goyish.



NEWSLETTER AUS NEW YORK, SOMMER 2012

Eine geschichtswissenschaftliche Gesamtbewertung: Der Erinnerung eine Chance

»Verwaltung umzingelt den Menschen – auf seinen Wunsch. Das Individuum wird in der westlichen Welt zunehmend von einer Bedingung begleitet, die ihm verhältnismäßig neu ist: das Verwaltet-Sein.«

FRITZ MORSTEIN MARX

»Eine« impliziert: Es kann durchaus verschiedene geschichtswissenschaftlichen Gesamtbewertungen geben. Denn es gibt nicht **die** historische Wahrheit. Der Anspruch auf diese Wahrheit ist der ideologische Machtanspruch auf kulturelle Hegemonie im Sinne Gramscis, auf Deutungs-Macht. In welchem ideologischen Gewand dieser Anspruch auch immer daherkommt: Er ist ein totalitärer Anspruch. Dessen Umkehrung in den Worten von Joseph Vogt: Besinnung auf »die Heterogenität von Entstehungsgeschichten, Herkünften und tatsächlichen Praktiken«.

Was ist der Kern geschichtswissenschaftlicher Methodik?

- Quellensuche
- Quellenanalyse
- geschichtswissenschaftliche Kontextualisierung, Einordnung und Erklärung
- aus transparent definierten Perspektiven, womit annähernd intersubjektive Überprüfbarkeit möglich ist

Das bedeutet:

- Quellensuche ist nie erschöpfend.
- Quellenanalyse kann sehr unterschiedlich sein – auch nach der Einordnung in den historischen Kontext. Ebenso können geschichtswissenschaftliche Bewertungen sehr unterschiedlich sein.

»Geschichte muss immer wieder neu geschrieben werden, nicht, weil neue historische Tatsachen bekannt werden, sondern weil sich der Standpunkt des Betrachters ändert.«

ARNOLD TOYNBEE

»Die Quellen sprechen nicht selbst.«

JÜRGEN KOCKA

»Wer in der Zukunft lesen will, der muss in der Vergangenheit buchstabieren.«

ANDRE MALRAUX

Nach der Geschichtstheorie von Johann Gustav Doroysen ist Geschichtswissenschaft ein Modell des

Zusammenhangs von Vergangenen und Gegenwärtigem.

»Man weiß, dass die Verarbeitung der Vergangenheit zur Geschichte, also das Geschäft des Historikers, nur unter leitenden Gesichtspunkten der Gegenwart möglich ist, also subjektiv, als Rekonstruktion: zwar in Ansehung der Befunde, aber immer auch als Konstrukt, und das heißt immer auch abhängig von den sich mit der Zeit wandelnden Erfahrungen und Erwartungen derer, die die Geschichte für ihre Gegenwart schreiben. Denn Geschichte hat ja nie nur mit Vergangenheit zu tun, sondern auch immer mit der Gegenwart und Zukunft. Die Geschichte ist nicht das Vergangene, sondern, so der niederländische Historiker Johan Huizinga, die geistige Form, in der sich eine Kultur über die Vergangenheit Rechenschaft gibt. Geschichte ist, so der Diplomat Carl Jakob Burckhardt, was ein Zeitalter an einem anderen interessiert.«

JÜRGEN KOCKA

»Ein allgemeiner Prozess der Abstraktion und Entsinnlichung der NS-Vergangenheit, der die Geschichte gewissermaßen ihres Personals und ihrer Orte beraubte, so dass man sich in der Öffentlichkeit sogar mit einigem Pathos gegen die vergangene Gewaltherrschaft aussprechen konnte, ohne sich mit konkreten Orten und wirklichen Menschen – weder den Tätern noch den Opfern – zu befassen.«

ULRICH HERBERT, S. 110.

»Die gemeinsame Aufgabenstellung der Zeithistoriker besteht nun darin, nach den Inhalten der öffentlichen Diskurse über die NS-Vergangenheit zu fragen, also nach dem Vergessenen und Beschwiegenem in der Erinnerung nach den subjektiven und objektiven Dimensionen zeitgenössisch verzerrter Bilder ›des Dritten Reichs‹ in der Öffentlichkeit.«

AXEL SCHILD, IN: WILFRIED LOTH U.A. HRSG., S. 21.

Historische Erkenntnis ist standortgebunden.

Wahrnehmung ist bereits Interpretation. Indem Informationen in die eigene – subjektive – Kognition eingepasst werden. Wobei es wesentliche Differenzierungen gibt: Erstens, ob der wahrnehmende Mensch »nur« subjektiv wahrnimmt oder sich seiner Subjektivität bewusst ist – und so die Chance

zu einer Annäherung an Objektivität hat. Zweitens, ob bewusst interessengeleitet selektiv ausgewählt wird – und das dann Ausgewählte auch aus der interessengeleiteten Perspektive nochmals uminterpretiert wird. Dies auch im Sinne von: Informationen – bewusst – nicht wahrnehmen (wollen).

Was ist der gesellschaftliche Auftrag von Geschichtswissenschaft als Gesellschaftswissenschaft, als historische Sozialwissenschaft? Eine grundsätzliche Antwort auf diese Kernfrage ist mit den drei Grundfragen aller Religionen und Philosophien vernetzt:

Wer bin ich?

Woher komme ich?

Wohin gehe ich?

Der gesellschaftliche Auftrag von Geschichtswissenschaft ist es, ihren spezifischen Beitrag zum offenen gesellschaftlichen Diskurs dieser Fragen zu leisten.

Was sind Bedingungen zur Wahrnehmung dieses gesellschaftlichen Auftrags?

Meine Antwort:

Lebens-Geschichte

Die Ebene verlassen,
auf der Geschichtswissenschaft ganz überwiegend betrieben wird,
und in die – menschliche – Tiefe gehen:
Die Ebene des kollektiven Verdrängens und Vergessens durchstoßen
Und zur realen Geschichte des Lebens gelangen.
Geschichte beschreibt menschliches Leben.
Wenn Geschichte als Wissenschaft ihren gesellschaftlichen Auftrag wahrnehmen will,
muss sie den Zusammenhang von Geschichte und Menschen dokumentieren,
mit allen denkbaren Facetten.

Die nationalsozialistische von Adolf Hitler geprägte Ideologie ist nicht aus dem Nichts entstanden und nicht im Nichts verschwunden. Adolf Hitler und die ihn umgebenden Menschen haben ihre spezifische Sozialisation erlebt, geprägt von den gesellschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Bedingungen. Zu denen in Deutschland und Österreich seit gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein eliminatorischer Antisemitismus zählte.

Nach dem 1. Weltkrieg wurden Hitler und das von ihm geprägte NSDAP-Programm der Fokus dieser gesellschaftlichen Entwicklung. In einem Umfeld, das von Hitler und seiner Umgebung instrumentalisiert und gestaltet wurde. Von Beginn an flankiert von der ganz überwiegend bruchlos in die Weimarer Republik übernommenen monarchistischen Eli-

te in den Bürokratien und den anderen gesellschaftlichen Subsystemen.

So hat das Reichsgericht nicht, wie es verpflichtet gewesen wäre, deutsche Kriegsverbrechen und Kriegsverbrecher verfolgt und dann rechtsstaatlich verurteilt. Eine wesentliche Basis für die in der Hitler-Propaganda zentrale »Kriegsschuldlüge«.

Das Reichsgericht hat dann 1932 eine zweite analoge Rechtsverweigerung begangen. Indem der Oberreichsanwalt die Annahme der Denkschrift der preußischen Landesregierung »Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung« verweigerte. Der Sinn dieser Denkschrift: Die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die NSDAP. Die Analogie zum offenen Verbotsverfahren gegen die NPD liegt auf der Hand. Wie der Sinn der kriminellen Handlung des Oberreichsanwalts: einen weiteren Sargnagel in die Weimarer Republik zu schlagen.

Die sich mit Hitler verbündenden Nationalkonservativen und Reaktionäre auch in den beiden Kirchen – so sind sie dann auch in den SD-Berichten tituliert worden – hatten die Vorstellung, sie könnten Hitler und die NSDAP instrumentalisieren, zur Vernichtung der verhassten Demokratie und der verhassten Arbeiterbewegung. Dass Hitlers Interessen mit diesen beiden Zielen erst begannen, das lag außerhalb der Kognition dieser Menschen. Und sie gaben Hitler und seinen Vasallen die Macht. In Verbindung mit den ebenso unreal taktierenden »Führern« der demokratischen Parteien und der KPD. Dies war aus heutiger Perspektive eine gut gelungene Gemeinschaftsaktion mit millionenfach tödlichem Ausgang.

Hitlers im NSDAP-Programm niederlegte Idee war auch seinen Zeitgenossen klar: Den deutschen Staat als Partei übernehmen und die Kernziele realisieren. Da »der Jude« für alles Negative verantwortlich sei, würde er dafür verantwortlich gemacht, von der Erde getilgt. Jude sein ist nach diesem Verständnis ein Verbrechen per Geburt, das mit dem Tod zu sühnen sei. Dieses Ziel korrespondiert mit dem zweiten Kernziel: Will man das erste erreichen, muss man die Macht, die Verfügung über die Menschen bekommen, die ermordet werden sollen. Was nur Eroberungskrieg bedeuten kann. Legitimiert mit der Ideologie von »arischer« Überlegenheit und »fehlendem Lebensraum«. Gekoppelt mit dem, was im »Generalplan Ost« Gestalt bekam: Auch »slawische Untermenschen« sollten und wurden zu Millionen ermordet. Wie alle von Hitler und seinen Helfershelfern ideologisch begründeten »Reichsfeinde«:

»Zigeuner«, »Asoziale«, politische Gegner inkl. der Nationalkonservativen und Reaktionäre – siehe »Röhm-Putsch –, Zeugen Jehovas, Freimaurer ...

Das Führerprinzip ist die Negation von Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, es ist grenzenlose Rechtlosigkeit und Willkür. »Recht« ist ausschließlich Legitimation gesetzlichen Unrechts. Die Exklusion von willkürlich nationalsozialistisch-ideologisch definierten Menschen-Gruppen durch die Volksgemeinschaftsideologie und ihre schein-legale und illegitime Recht-Werdung bedingte für die betroffenen Menschen prinzipiell Rechtlosigkeit und Ausgeliefert-Sein – bis zum grausamen gewaltsamen biologischen Tod.

Dass diese Menschen-Vernichtung grenzenlos war, wird durch das »Gesetz zur Behandlung Gemeinschaftsfremder« deutlich, das zum 1. Januar 1945 in Kraft treten sollte. Danach hätten Polizeibehörden die Legitimation erhalten, alles abweichende Verhalten umgehend und ohne Staatsanwaltschaften und Gerichte sofort durch Ermordung dieser Menschen zu ahnden. Maßloses ideologisches »Recht«. Nur absolute Nationalsozialisten sollten leben. Legitimiert mit der »Dolchstoßlegende« hätte es dann – nach erfolgreichem »Einsatz im Osten« – den Mord-Einsatz von Polizeieinheiten an der »Heimatfront« gegeben. Die Nemesis der Selbstvernichtung. Wie es sie – bezogen insbesondere auf vermeintliche Fahnenflüchtlinge – im Chaos kurz vor dem Einmarsch alliierter Einheiten in vielen Bereichen Deutschlands gab, als pathologische Nationalsozialisten ihrem Mordtrieb **schein**-legal freien Lauf ließen.

Dieses »Gesetz« weist auf einen zentralen Aspekt hin: Die »Einheit von Partei und Staat«, wie es in einem 1934 von Hitler erlassenen Gesetz hieß und für alle bis zur kommunalen Ebene galt. Führerprinzip und Volksgemeinschaft im Parteistaat. In dem die NSDAP immer umfassendere Staatsfunktionen anektierte, mit dem Ziel, eine Identität von NSDAP und Staat zu erreichen. Einem Staat, in dem ausschließlich pathologische Nationalsozialisten leben, alle anderen Menschen ermordet werden. Auch die eigenen Abweichler: »Der Weg aus der Gestapo führt in das KZ«, so Heydrich. Eine vergleichbare Ideologie vertreten heute Al Kaida und Scientology.

Das – im doppelten Wortsinn – globale Ziel des nationalsozialistisch-ideologischen, antisemitisch-eliminatorschen Parteien-Staates war dessen konsequente Umsetzung – in dem jeweils von Hitler und seinen Vasallen als realisierbar angesehenen Rahmen und Umfang und koste es, was es wolle. Alles wurde darauf fokussiert, nach außen insbesondere mit der Volksgemeinschafts-Ideologie

schein-legitimiert, auch schein-juristisch und zum Teil sprachlich verbrämt und getarnt. So hatte die vermeintlich angestrebte »jüdische Auswanderung« nur ein Ziel: Ökonomische Ausplünderung zur Mitfinanzierung des geplanten Krieges, nach gewaltsamer Einverleibung der Auswanderungs-Staaten Ermordung. Das nationalsozialistische bürokratische Organisations-Fraktal: Die Opfer zu nötigen – weitestmöglich als bürokratische Effektivität und Effizienz –, ihre Ermordung selbst zu finanzieren und zu organisieren. Für dieses Ziel wurde die deutsche Gesellschaft umfassend mobilisiert; wer sich nicht mobilisieren ließ, der wurde durch bürokratischen Terror gelähmt, damit zumindest neutralisiert, wenn nicht ermordet.

Die deutsche staatsformunabhängige Bürokratie dokumentierte mit ihrer im Sinne des Führerprinzips Adaption des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« – ein klassischer Euphemismus – im April 1933: Wir sind dabei – dann mit kommunalen antisemitischen Maßnahmen im Sinne der eliminatorischen Volksgemeinschaftsideologie, z.T. in diesem Sinne vom Deutschen Gemeindebund koordiniert, vorausseilend, also im Sinne des Führerprinzips. Das der spezifisch deutschen Bürokratie-Kultur wie auf den Leib geschneidert war: Bürokratisch »perfekte«, durch nichts limitierte Exekution – vernetzte Koordination und Zeitaspekt – als Selbst-Zweck für das gemeinsame Ziel: Alle als Juden – im Sinne von nicht-pathologischen Nationalsozialisten – definierten Menschen global – in allen Ländern der Erde – in die – bürokratische – Gewalt zu bekommen, um sie dann zu ermorden, ggf. mit »Vernichtung durch Arbeit«.

Diese Konsequenz ist die Konsequenz aller terroristischen Bewegungen, für deren Anhänger nur sie selbst ein Recht auf Leben haben. Allen anderen Menschen der Tod! Es ist die globale Kultur des Todes, unter welchen ideologischen Vorzeichen auch immer. Diese Ideologie beinhaltet die Selbstvernichtung in sich. Wobei im Einzelfall die Frage ist: Wie hoch ist der Preis an Menschenleben für diese Selbstvernichtung? Welche Instrumente und Mechanismen kann die Menschheit entwickeln, solchen Prozessen vorzubeugen, wenn sie in Gang kommen, um sie weitest möglich einzugrenzen? Auch mit Gewalt der dazu legitimierten Weltinstitution, den Vereinten Nationen. Im Sinne von Welt-Innenpolitik. Deren nächste Stufe Regionalpolitik ist, wie die der Europäischen Union.

Was insbesondere Historiker – aus ihrer spezifischen Perspektive – als Widersprüche des NS-Systems beschrieben, war Ausdruck der inneren Logik dieses Partei-Staats-Terrorismus.

Die Konsequenz, die die Weltgemeinschaft aus der Nazi-Barbarei gezogen hat, waren die Gründung der Vereinten Nationen und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Beides ein Anfang.

Auch auf der lokalen Ebene hat dieser Prozess Konsequenzen. Auch für das notwendige Gedenken als eine Basis für eine gemeinsame menschenwürdige Zukunft. Gegen den Bürokratie-Parteien-Staat.

Zwei zentrale in dieser Arbeit herausgearbeitete Aspekte sind: Was unter spezifischen gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen selbstverständlich ist und welche Rolle dabei Bürokratie und ihre Bürokraten mit ihrer spezifischen Bürokratie-Kultur haben. Dazu eine philosophische Reflexion:

Selbstverständlichkeit

Was ist selbstverständlich?

Wodurch bzw. wie wird festgelegt, was selbstverständlich ist?

Durch wen, welche gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen und Interessen? Also wie legitimiert?

Wie, in welchen Prozessen, verändert sich das, was selbstverständlich ist?

Basierend auf dem NSDAP-Programm wurde es selbstverständlich, dass Menschen andere Menschen töten. Willkürlich und unbegrenzt. Weil sie als Menschen geboren waren, die die Nationalsozialisten als Juden bezeichneten. Weil sie Behinderungen hatten, Slawen waren, Kommunisten, Andersdenkende. Weil sie Nationalsozialisten störten, im Weg waren.

»Der Tod ist ein Meister aus Deutschland.«

PAUL CELAN

Die nationalsozialistische Ideologie als Legitimation zum selbstverständlichen grenzenlosen bürokratischen Mord. Und als Negation von christlicher Kultur und Aufklärung. Auch im Sinne der Selbstzerstörung der Kirchen-Bürokratien in ihrem antisemitischen und anti-aufklärerischen Wahn.

Die Haut der menschlichen Zivilisation ist dünn – und sehr verletzlich.

Als Mahnung zum Gedenken – für alle gesellschaftlichen Subsysteme, global.

Was ist heute selbstverständlich?

Welche Selbstverständlichkeit und Normalität von Lüge gibt es?

Welches bürokratische Handeln wird heute von Bürokraten als selbstverständlich vorausgesetzt – und von der bürokratisch-politischen

Klasse für die Gesellschaft als selbstverständlich gesellschaftlich definiert, also legitimiert? Dieses Selbstverständliche hinterfragt und am allgemeingültigen Maßstab der Menschenwürde als Kern zivilisierter humaner Welt-Kultur gemessen:

Was wird dann als doch nicht selbstverständlich dekodiert?

Und wie können wir einen welt-gesellschaftlichen Prozess zur Evolution dieses doch nicht Selbstverständlichen in Richtung Menschenwürde initiieren?

Und uns dabei nicht beirren lassen?

In der vorliegenden Arbeit geht es um das katholische Dorf Osterath in der Zeit von der Weimarer Republik bis zur Bundesrepublik Deutschland im historischen Kontext – stellvertretend für alle deutschen – und österreichischen – Kommunen. Die gesellschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Strukturen und ihre Vernetzung vor Ort sowie mit der Region und darüber hinaus. Also eine holistische Perspektive, in der es zentral um Menschen geht, die über gesellschaftliche Funktionen gesellschaftliche Macht erhielten und ausübten. Wovon andere Menschen – und sie selbst – betroffen waren. Und es geht um die – überwiegend – geschichtswissenschaftliche Analyse und Bewertung dieses Handelns – aus heutiger Perspektive. Auf der Basis meiner oben ausgeführten geschichtswissenschaftlichen und philosophischen Prämissen. Womit Sie als Leser die Chance haben, mich »beim Wort« zu nehmen. Durchaus auch im Sinne Martin Bubers:

»Geist ist Wort.«

An dieser Stell erlaube ich mir aus meiner dokumentierten Perspektive eine Bewertung dessen, was der Meerbuscher Stadtarchivleiter Regenbrecht im Auftrag des Meerbuscher Bürgermeisters Spindler (CDU) vorgelegt hat.

Dieses »Recherche-Ergebnis« hat mit Geschichtswissenschaft nichts zu tun. Es ist ein politisches, interessengeleitetes Elaborat. Basierend auf bewusst selektiv ausgewählten Quellen, die auch auftragsgemäß interessengeleitet bewertet – nicht interpretiert – werden; auch ein kommentarloser Abdruck ist eine Bewertung. Ohne sie in den historischen Kontext zu stellen oder ihren Inhalt überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

Was ist der offensichtliche bürokratisch-politische Auftrag von Bürgermeister Spindler an Archivleiter Regenbrecht? Über Geschichts-Politik die Recken-Legende unreflektiert stehen zu lassen. Deswegen auch die »Beratung« im nichtöffentlichen Ältestenrat, der also berät und im Sinne von Bür-

germeister Spindler verbindlich entscheidet, was in Meerbusch als geschichtswissenschaftlich und historisch richtig zu gelten hat. Die Elite der Meerbuscher Kultur in ihrem »Biotop für Bekloppte«. Dem Gedenken keine Chance geben.

Der Kern ist die spezifisch Meerbuscher »Basiserzählung« im Sinne von Thomas Herz (S. 140f.), eingebettet in die der Bundesrepublik.

»Die Basiserzählung der Bundesrepublik ist die NS-Vergangenheit und ihre ›Aufarbeitung‹ nach 1945. Die Basiserzählung lautet etwa wie folgt:

Das deutsche Volk sah sich eines Tages mit den Nationalsozialisten konfrontiert. Die Nationalsozialisten errichteten ein totalitäres und despotisches Regime. Es war ein Willkür- und Unrechtsstaat. Es gab Widerstand gegen dieses Regime, denn das deutsche Volk war verleitet worden. Die Deutschen waren in Wirklichkeit eine ›Gemeinschaft‹ der Leidenden. Dies gilt vor allem für die Soldaten. Sie kämpften für ihr Vaterland und nicht für die Nazis. Ein Mittel, um das Herrschaftssystem zu stabilisieren, war der wirtschaftliche Erfolg, zumindest bis Anfang des Krieges. Nach dem Krieg hat man sich erfolgreich mit der NS-Vergangenheit auseinandergesetzt. Die Deutschen haben aus der Vergangenheit gelernt. Das Wirtschaftswunder und der Wohlfahrtsstaat haben dazu beigetragen, eine stabile Gesellschaft zu errichten. Die Bundesrepublik ist pluralistisch und offen. Die Vernichtung der europäischen Juden war ein Verbrechen, aber auch die Vertreibung der Deutschen war ein Verbrechen. Andere Länder haben auch Kriegsverbrecher. Es gibt keine Kollektivschuld, nur Kollektivverantwortlichkeit. Die Deutschen haben Wiedergutmachung an das jüdische Volk geleistet und haben die Verbrechen verurteilt. Das Leiden an der NS-Vergangenheit ist Teil des jüdischen, nicht aber des deutschen Schicksals.«

Die gesellschaftlich-kulturelle Funktion der Basiserzählung: Nach ihr muss es einen klaren Schnitt geben: Die Stunde Null 1945. Auch in Osterath, Lank und Büderich. Klarer Schnitt bedeutet: Keinerlei Kontinuität. War der Hugo Recken nach der Befreiung durch US-amerikanische Einheiten am 1. März 1945 ein anderer als noch einen Tag zuvor? Und Johannes Herbrandt? Und die katholische Geistlichkeit und die katholische Gemeindeelite? Und die Nationalsozialisten – die zum Teil der katholischen Gemeindeelite angehörten –, die dann heim ins himmlische Reich ihrer – anderen – Kirche kehrten? Diese Frage hat sich aktuell auf

die Benennung der Hugo-Recken-Straße fokussiert. Die Geschichtspolitik mit allen Mitteln durch Bürgermeister Spindler erklärt sich als Reflex zur Erhaltung des Status quo. Flankiert durch alle Fraktionen im Rat der Stadt Meerbusch – bis auf die UWG. Die Analogie zu Anfang 1946 in Osterath: Gemeindedirektor Hugo Recken mit den Dorf-Parteien – bis auf die KPD, die damaligen »Outlaws«.

Die deutsche Elite in allen gesellschaftlichen Subsystemen in der NS Zeit – die bei weitem nicht mit den führenden Nationalsozialisten identisch war geschweige denn Pg. waren –, hat sich individuell an der Umsetzung der hitlerschen Kernziele »selbstverständlich« beteiligt: Der Ermordung möglichst aller »gemeinschaftsfremden« Menschen, zuvorderst die willkürlich als Juden definierten Menschen. Denn für sehr viele der Elite-Arier galt: Sie dokumentierten Systemkonformität in diversen anderen – nach 1945 als »Neben« verklärten – Organisationen. Da die vernetzte Elite in Partei und Staat alles auf die Realisierung der Kernziele fokussierte, bedeutet dies: Was nach der Befreiung 1945 apologetisch als »Neben« verklärt wurde, war **mit**-Haupt. Weil integraler Teil des vertikalen und horizontalen Macht-Netzwerks.

Organisationen bestanden ausschließlich so weit und so lange, wie sie sich im Sinne der Übernahme der Kernziele gleichschalteten, oder sie wurden aufgelöst. Die Konsequenz: Individuell ist zu verifizieren, welche Mitgliedschaften von wann bis wann in Verbindung mit welchen Funktionen bestanden. Und wie diese Mitgliedschaften und Funktionen mit Partei- und Staatsfunktionen vernetzt waren. Alles im NS-System war zweckrational auf das Hauptziel ausgerichtet und die horizontale und vertikale Vernetzung hatte den Sinn von Synergien und Eigendynamik zu Effektivität und Effizienz – des Massenmordens. Modernes ethikloses Management in Verbindung mit der preußisch-militaristisch geprägten Bürokratie: Eine tödliche Mischung für über 50 000 000 Opfer der hitlerschen Aggression gegen die Menschlichkeit.

Hugo Recken und Johanne Herbrandt waren deutsche Bürokraten.

Was ist der gesellschaftliche Sinn von Bürokratie als gesellschaftlichem Subsystem?

Ihren Beitrag zu einem friedlichen Zusammenleben aller Menschen zu leisten.

Was geschieht, wenn Bürokratie zu ihrem eigenen Zweck wird?

Sie pervertiert gegen ihren gesellschaftlichen Auftrag.

Und mit ihr pervertieren die Menschen in ihr. Bis hin zum Mord.

Was sagt insbesondere die Geschichtswissenschaft zu Teilaspekten der in dieser Arbeit geschichtswissenschaftlich analysierten Fragestellungen?

»Dokumente sind nicht ein Brunnen, aus dem lauter Wahrheiten fließen, schon gar nicht in Diktaturen.«

MANFRED ROMMEL

»Die Wirklichkeit des Massenmordes war schier unvorstellbar grausam und niemals anonym.«

DIETER POHL

»Auflösung bzw. Pervertierung von Ethik.«

HANS-JÜRGEN WIRTH

»In ihrer moralischen Indifferenz sind die Deutschen damals fast alle schuldig geworden.«

NORBERT FREI

»Der Täter passt nicht zu dem Untertan. Das Ungeheuerliche wird von sehr durchschnittlichen, schwachen, unbedeutenden Männern begangen ... Nicht anders sind die bürokratischen Kollegen, die in den Büros sitzen und ihre Opfer mit Methoden quälen, die nur geringe körperliche Schmerzen hervorrufen, aber nicht weniger wirksam sind. Dieser Sadismus ist überall pedantisch und roh und die Qualen der Opfer werden damit ins Unerträgliche gesteigert.«

SEBASTIAN HAFFNER. JEKYLL & HYDE. 1939. S. 83.

»Der deutsche Täter war kein besonderer Deutscher. Stets stellte die Vernichtungsmaschinerie einen bemerkenswerten Querschnitt der deutschen Bevölkerung dar.«

RAUL HILBERG

»Täter ist jeder, der wissentlich zum Massenmord an den Juden beitrug. Diese Definition des ›Täters‹ entspricht ungefähr der, die die Gerichte der Bundesrepublik Deutschland anwandten, um festzustellen, ob sich jemand der ›Mittäterschaft‹ beim Massenmord an den Juden schuldig gemacht hat.«

DANIEL JONAH GOLDHAGEN

»Die Täter, die sich an ihren eigenen Überzeugungen und moralischen Vorstellungen orientierten, haben die Massenvernichtung der Juden für gerechtfertigt gehalten, sie wollten nicht nein dazu sagen.«

DANIEL JONAH GOLDHAGEN

»Zunehmend koordinierte der Deutsche Gemeindegewalt die Judenpolitik in allen Kommunen des Reiches.«

RÜDIGER FLIETER

»Die nationalsozialistischen Bestrebungen, sogenannte Gemeinschaftsfremde mit terroristischen Mitteln aus der ›Volksgemeinschaft‹ auszugrenzen, wurden im Rheinland und Westfalen wie andernorts von der Bevölkerung weitgehend geduldet, wenn nicht gar begrüßt.«

ROBERT GELLATEY

»Der Raubmord an den Juden.«

GÖTZ ALY

»Der Holocaust war kein Verbrechen, das in den kranken Hirnen Hitlers und Himmlers ausgebrütet und hinter dem Rücken der Bevölkerung ins Werk gesetzt wurde; er entstand aus der Mitte der deutschen Gesellschaft heraus und wurde von einem großen Teil der Bevölkerung stillschweigend gebilligt bis tatkräftig gefördert.«

VOLKER ULRICH

»Wenn Deutsche sich für oder gegen die Befolgung eines Befehls entschieden oder ihn auf diese oder jene Weise ausführten, dann muss nicht nur das bloße Befolgen von Befehlen, sondern auch die Art ihrer Durchführung untersucht und erklärt werden.«

DANIEL JONAH GOLDHAGEN

»Eine Kombination ideologischer und situationsbedingter Faktoren, die es einem populären, diktatorischen Regime und dem harten Kern der Gefolgschaft ermöglichten, den Rest der Gesellschaft für ihre Zwecke zu mobilisieren und einzuspannen.«

CHRISTOPHER R. BROWNING

»Die Initiative, gesellschaftliche Kontakte zwischen Juden und Deutschen zu unterbinden, ging auf Gemeinde- und Stadtverwaltungen zurück, auf Deutsche aus allen Schichten, und zwar bevor der Staat dies vorschrieb.«

DANIEL JONAH GOLDHAGEN

»Auf dem Gebiet der Verfolgungspolitik lassen sich keine nennenswerten Gegensätze zwischen den Kommunen und den örtlichen Parteistellen ausmachen.«

RÜDIGER FLIETER

»Wenn wir Nationalsozialisten das Wort ›gottgläubig‹ gebrauchen, meinen wir nicht denselben Gott wie die Christen.«

MARTIN BORMANN. CHEF DER NSDAP-KANZLEI

»Kommunen waren ein eigenständiges aktives Glied innerhalb eines regional austarierten Herrschaftssystems. Sie nutzen ihre erheblichen Gestaltungsmöglichkeiten stets im Sinne des ›Führers‹. Zudem stabilisierten sie das ›polyzentrische‹ NS-Herrschaftssystem durch beständige Koordinationsleistungen. Sie waren eine tragende Säule des NS-Systems.«

BERNHARD GOTTO

»Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Staatsformwechsel von den meisten städtischen Beamten lebensgeschichtlich als Einheit, politisch als Bruch und berufsständisch als Kontinuität erfahren wurden.«

SUSANNE MELLIG

»Eine Stunde Null der Bürokratie durfte es nicht geben.«

KARIN WERUM

»Es wird der Eindruck vermittelt, ›Terror‹ sei der Bevölkerung von außen zugefügt worden. Es gibt aber den Terror des NS-Regimes als Gefüge dynamischer und offener gesellschaftlicher Abläufe zu verstehen, das nicht nur von Politikern und Offiziellen oder offiziösen Einrichtungen, sondern auch von der Bevölkerung getragen wurde.«

ROBERT GELLATEY

»Es handelte sich vielerorts bei den offiziell als ›Gestapo-Mitglied‹ geführten Männern nicht immer um hauptamtlich tätige Beamte, sondern vielfach um Verwaltungsbedienstete, die neben zahlreichen anderen Aufgaben auch die lokale Funktion der politischen Polizei versahen.«

ROBERT GELLATEY

»Die Institutionen, die mit Juden zu tun hatten, ihnen unablässig Leid zufügten und sie, sobald die Zeit gekommen war, in den Tod schicken würden.«

DANIEL JONAH GOLDHAGEN

»›Administrative Normalität‹ im Dienst der ›Volksgemeinschaft‹.«

BERNHARD GOTTO

»Nach dem Zusammenbruch des ›Dritten Reiches‹ bestimmten Abwehrhaltungen gegen die Wahrnehmung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen, die Betonung der reinen Pflichterfüllung und die Ablehnung der vermeintlichen Kollektivschuldbehauptungen der Siegermächte das Bewusstsein des überwiegenden Teils der deutschen Bevölkerung. Mitverantwortung und Mitschuld wurden geleugnet.«

STEFAN GROH

»Das entscheidende Charakteristikum des Handelns lag darin, dass der Abtransport ›nach dem Osten‹ nicht anders abgewickelt wurde als andere Verwaltungsakte auch. Hier wie dort bildeten Termingenaugigkeit, äußere Korrektheit und Reibungslosigkeit des Vorgehens bei gleichzeitiger Flexibilität sowie präziser Kostenberechnung die Richtpunkte für die Beteiligten. Eine Deportation stellte sich also weder als zynische Aktion noch primär als ein von Unrechtsbewusstsein oder Verdrängung geprägtes Tun dar, sondern hauptsächlich als Ergebnis einer Routine, die als regelgeleitetes Handeln gewohnt war, von konkreten Inhalten abzusehen. Die Korrektheit des äußeren Ablaufs wurde zum entscheidenden Erfolgskriterium. Durch die Erhebung des Formalen zum eigentlichen Inhalt, durch die zum institutionenspezifischen Ethos geronnene Morallosigkeit erwies sich Verwaltung und Polizei aufgrund ihrer Strukturprinzipien als geeignete Erfüllungsgehilfen bei der Vernichtung von Minderheiten. Insofern machten diese rationalen Strukturen des modernen Alltagslebens, die Nutzung etablierter bürokratischer und technischer Verhaltensstile den Genozid erst möglich.«

ROBERT GELLATEY

»Zwölf Jahre der Lüge und des Terrors, der widerlichsten Heuchelei, der entsetzlichen Grausamkeiten hat die deutsche Bevölkerung über sich ergehen lassen müssen. Zwölf Jahre wurden wir von großwahnsinnigen Psychopathen, Päderasten, erblich und kriminell Belasteten regiert.«

JEANETTE WOLF. SADISMUS ODER WAHNSINN. ERLEBNISSE IN DEN DEUTSCHEN KONZENTRATIONSLAGERN IM OSTEN. GREIZ 1947.

»Es muss alles neu gemacht werden.«

KONRAD ADENAUER VOR DEM CDU-BUNDESVORSTAND AM 26. JANUAR 1953.

»Verwandlungspolitik.

NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft.«

BUCHTITEL VON WILFRIED LOTH

»Die Deutschen werden ihre Zukunft nur bestehen, wenn sie die Vergangenheit nicht verdrängen.«

PETER GLOTZ

»Die Nazi-Vergangenheit so vieler wurde kommunikativ beschwiegen: 1. weil die überwältigende Mehrheit der Deutschen Nazis oder doch zumindest Nazi-Sympatiansanten waren und 2. weil schnell deutlich wurde, wie viele der alten Nazi-Ziele man auch mit nicht-terroristischen Mitteln erreichen konnte ... Bolschwistenvertreibung.«

JOCHEN HÄRISCH. IN: WILFRIED LOTH U. A. (HRSG.). S. 191.

»Ir-Realisierung ist ein Rückzug des Realitätsgefühls von bestimmten Faktenzusammenhängen und bezieht sich vor allem auf den Zusammenhang von Vergangenheit und Gegenwart.«

CHRISTIAN SCHNEIDER. IN: WILFRIED LOTH U. A. (HRSG.). S. 253.

»Es kommt wohl wesentlich darauf an, in welcher Weise das Vergangene vergegenwärtigt wird; ob man beim bloßen Vorwurf stehen bleibt oder dem Entsetzen standhält durch die Kraft, selbst das Unbegreifliche noch zu begreifen.«

THEODOR W. ADORNO. WAS BEDEUTET: AUFARBEITUNG DER VERGANGENHEIT? 1959.

»Wahn ist der Ersatz für den Traum, dass die Menschheit die Welt menschlich einrichtet, den die Welt der Menschheit hartnäckig austreibt.«

THEODOR W. ADORNO. WAS BEDEUTET: AUFARBEITUNG DER VERGANGENHEIT? 1959.

»Die Notwendigkeit solcher Anpassung, die zur Identifikation mit Bestehendem, Gegebenem, mit Macht als solcher, schafft das totalitäre Potential.«

THEODOR W. ADORNO. WAS BEDEUTET: AUFARBEITUNG DER VERGANGENHEIT? 1959.

»Das lässt nur eine Folgerung offen: dass insgeheim, unbewusst schwelend und darum besonders mächtig, jene Identifikationen und der kollektive Narzissimus gar nicht zerstört wurden, sondern fortbestehen ... Dass der beschädigte kollektive Narzissimus darauf lauert, repariert zu werden, und nach allem greife, was zunächst im Bewusstsein die Vergangenheit in Übereinstimmung mit den narzisstischen Wünschen bringt, dann aber womöglich die Realität so modelt, dass jenen Schädigung ungeschehen gemacht wird.«

THEODOR W. ADORNO. WAS BEDEUTET: AUFARBEITUNG DER VERGANGENHEIT? 1959.

»Schuld kann nur dem Einzelnen zugemessen werden, nicht also in corporare. Schuld richtet sich nach Kenntnis, Möglichkeiten, Handeln und Nicht-handeln.«

EWALD HEINRICH VON KLEIST. EINE FRAGE DES GEWISSENS UND DER MORAL. VORTRAG IN DER HENNING-VON-TRESKOW-KASERNE POTSDAM AM 19. JULI 1998. WEB-RESSOURCE.

»Einmal wird niemand erwarten können, dass jemand, der gegenüber Juden feindlich empfunden hat oder gar handelte, heute darüber Auskunft gibt.«

HANS KAISER

»Die Deutschen werden ihre Zukunft nur bestehen, wenn sie die Vergangenheit nicht verdrängen.«

PETER GLOTZ

»Wer aber meint, dass all dies auf Politik und Zukunft keine Wirkung habe, der ignoriert, dass im geschichtslosen Land die Zukunft gewinnen wird, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.«

MICHAEL STÜRMER

»Mut ist, Verbrechen zu beweisen, die angeblich nie passiert sind.«

MISEREOR

»Reizklima des Rechthabermüssens.«

MARTIN WALSER

»Eine rassistische Mischung aus Paranoia, Wut, Politik und Pseudophilosophie. Man muss ... notfalls mehr reden, faseln, quatschen lassen, als eigentlich erträglich, gerade um ihn zu widerlegen.«

HEINRICH WEFING AM 12. 04. 2012 IN »DIE ZEIT« ZU ANDERS BREIVIK

»Die Vergangenheit bleibt Gegenwart.«

JOSEF JOFFE

»Die deutsche Verwaltung hat sich ›als Ganzes‹ vom NS-Regime widerstandslos in den Dienst der Unrechtspolitik nehmen lassen.«

MICHAEL RECK

»Wer heute danach fragt, was unsere Gesellschaft ausmacht, was sie prägt und ihre Gestalt verleiht, wird auf drei Wesensmerkmale stoßen: Freiheit, Verantwortung und Toleranz ...

Wir sind das Volk! Dieser Satz hat uns gelehrt, dass wir, wenn wir unserer Sehnsucht glauben und ihr vertrauen, die Angst verlieren können. Eine Angst, die willfährige Dienerin jeder Art von nicht legitimer Herrschaft ist, die uns ohnmächtig macht, die uns bindet. In dem Augenblick aber, in dem wir unsere Angst als Angst benennen und Anpassung und Angst als Geschwisterkinder erkennen, sind wir möglicherweise bereit zu erproben: Können wir auch ohne sie leben? In genau diesem Augenblick wachsen uns jene Kräfte zu, die eine ganze Gesellschaft verändern können ... Entscheidend ist die Teilhabe an der Macht oder die Unterwerfung unter die Macht, die uns zu Bürgern oder zu Nichtbürgern macht ... Nur, wenn wir an die Potenzen glauben, die in uns verborgen sind, wenn wir sie nutzen und anwenden, werden wir mit uns selbst zufrieden und anderen ein Segen sein ... Ich wünschte mir, dass sich unsere Gesellschaft tolerant, wertebewusst und vor allem in Liebe zur Freiheit entwickelt und nicht vergisst, dass die Freiheit der Erwachsenen Verantwortung heißt.«

BUNDESPRÄSIDENT JOACHIM GAUCK. FREIHEIT. MÜNCHEN 2012. 5.

Was in Osterath in der NS-Zeit insbesondere gegen als Juden bezeichnete Menschen in Verantwortung von Bürgermeister Hugo Recken als Gemeindeführer »legal« exekutiert wurde, war organisierter vorsätzlicher Verwaltungs-Terror und Verwaltungs-Mord. Dies insbesondere unter Mitwirkung seines Symbionten Johannes Herbrandt. Sie waren Hitlers willige Bürokratie-Vollstrecker in Osterath.

Was die Alliierten vor und ab 1945 in Erfahrung brachten, was dann in der Entnazifizierungszeit bis 1952 bekannt wurde, wie dieses Wissen ge- und benutzt wurde, ist eine Perspektive. Eine andere Perspektive ist es, dies aus der heutigen Perspektive wissenschaftlich zu analysieren. Unter Einbeziehung der Forschungsergebnisse bis heute.

Uns liegt zeitgenössische Literatur vor. Aus den Jahren vor 1933, aus den Jahren von 1933 bis 1945 – aus NS-Perspektive sowie im Exil verfasst – und aus den Jahren bis 1949 sowie danach bis heute. Was für mich auffällig ist: Die Literatur bis 1949 wird ganz überwiegend ignoriert. Die heutige Mainstream-Perspektive ist restaurativ geprägt – bis hin zu NS-Apologie, auch durch Verschweigen, Fälschen, Unterdrücken, bewusste Missinterpretation.

»Die Lüge hat sich als Wahrheit verkleidet.«

PAPST BENEDIKT. 2012.

Analog wie »furchtbare Juristen« existieren, so existieren »furchtbare Bürokraten«. Die glauben, sich hinter dem Vorhang der von ihnen geschaffenen Bürokratie-Anonymität verstecken zu können, um für ihre individuelle Verantwortungslosigkeit nicht verantwortlich gemacht werden zu können. Und aus ihrer Bürokratie-Perspektive mit dem bürokratischen Habitus glauben, mit Aktenvernichtung, Dokumentenunterdrückung und Manipulation sei dies wesentlich zu gewährleisten. Doch: Es sind immer Menschen wie Bürgermeister Hugo Recken und sein Symbiont Johannes Herbrandt, die handeln und deren Handeln individuell zugeordnet werden kann. Diese konkrete individuelle Zuordnung von Handeln kann von ihrem Legitimations-, Rechtfertigungs- und Uminterpretations-Handeln nach der Befreiung 1945 exakt unterschieden werden. Wenn es denn gewollt ist. Was ethisch und geschichtswissenschaftlich redlich ist.

Ein – auch im aktuellen Kontext wirksames – Prinzip von Bürokratie ist, als vermeintlich monolithischer Block, nach innen zum Machterhalt nach außen »Solidarität« zu fordern, dies unter freiwilliger Gefolgschaft der Lokalpolitiker – in Meerbusch

außer der UWG. Sinn dieser »Solidarität« ist die Atomisierung der Menschen, um die vermeintlich anonyme Bürokratie-Macht zu stabilisieren und auszubauen. Bürokraten gehen aus dieser Perspektive davon aus, dass ihre Maßnahmen auch bewirken, dass Menschen nicht über eben diese Maßnahmen kommunizieren – und sich real solidarisieren. Geschieht dies doch, so wird dies von Bürokraten als Angriff auf ihre Bürokraten-Integrität definiert, also persönlich genommen, und entsprechend massiv bürokratisch reagiert.

»Ich habe doch nur als Mensch gehandelt.«

ANTON SCHMID

Er hat als Mensch gehandelt und nicht blind – bürokratisch – gehorcht – als Soldat.

Genau das ist es, was die Menschen unermesslich stört, die eine dem entgegenstehende Kognition haben – wie Bürokraten. Die der Gesellschaft ihre Kognition aufnötigen wollen, gegen die Gesellschaft, gegen uns alle. Führen wir die bürokratische Macht auf ihr funktionelles Maß zurück. Und erziehen wir mündige Bürger in Demokratie.

Die Würde des Menschen ist unteilbar

Im ehrenden Gedenken der ungezählten Menschen, die von Angehörigen des NS-Terrorregimes verfolgt wurden und denen durch deren Unrechtshandlungen Eigentum, Gesundheit, Freiheit und Leben genommen wurde.

Diese Menschen stehen für die demokratischen Werte: FREIHEIT, GLEICHHEIT UND SOLIDARITÄT.

Welche insbesondere neuen Ansätze können unser Verstehen fördern?

»Weit über die Psychoanalyse im engeren Sinne hinaus hat Freuds Arbeit »Massenpsychologie und Ich-Analyse« (1921) einen tief reichenden Einfluss auf Philosophen, Sozialwissenschaftler und Intellektuelle ausgeübt, beispielsweise die Frankfurter Schule, Alexander Mitscherlich, David Riesman und sein Buch »Die einsame Masse« (1950) sowie auf Elias Canetti und sein Buch »Masse und Macht« (1960), für das jener 1980 den Literaturnobelpreis erhielt ... Freud (1921) erwähnt zwar den Begriff der Macht nur ganz am Rande, doch implizit spielt er in seinen Ausführungen eine zentrale Rolle. Auch zur Persönlichkeit des Führers, als dem Repräsentanten der Macht, äußert sich Freud nur in einigen kurzen Bemerkungen.

Die Grundgedanken der Arbeit lassen sich wie folgt zusammenfassen: In einer psychologischen Masse findet eine gemeinsame Identifizierung aller ihrer Mitglieder untereinander und mit ihrem

Anführer statt, auf den sie kollektiv ihr eigenes Über-Ich und ihr Ich-Ideal projizieren. Sie sind deshalb bereit, dem Anführer zu folgen – wohin auch immer er sie führen mag. Die Projektion ihres Ich-Ideals und ihres Über-Ichs auf den Anführer befreit die Mitglieder der Masse von einschränkenden Normen, Werten und Schuldgefühlen, so dass sie unbelastet von Selbstvorwürfen ihre triebhaften Impulse, ihre aus unterbewussten Konflikten stammenden Ressentiments und ihre aggressiven Bedürfnisse ausleben können. Im Namen des Führers lassen sich die Masse und auch die einzelnen Individuen, insofern sie Bestandteil der Massenbewegung geworden sind und damit ihren psychischen Status als autonome Individuen aufgegeben haben, bereitwillig zu impulsgesteuerten Handlungen, beispielsweise zu Übergriffen, Zerstörungen und Gewalttaten hinreißen, die sie unter normalen Umständen verweigert hätten.«

HANS JÜRGEN WIRTH. S.53.

»Jeder hätte Helfer Hitlers werden können. Die menschliche Natur allein ist zu schwach.«

GUIDO KNOOP. HITLERS HELFER. TÄTER UND VOLLSTRECKER. MÜNCHEN 1999. S. 23.

Benoit Mandelbrot hat den Begriff »fraktal« im Sinn von selbstähnlich geprägt. Wie in dieser Arbeit dargestellt, sind alle Ebenen nicht nur in der NS-Zeit fraktal: Die individuelle und alle kollektiven sowie ihre Vernetzungen.

»Im Größten das Kleinste,
im Kleinsten das Größte –
unendlich abgewandelt.«

LUC CIOMPI

Nassim Nicholas Taleb hat die Metapher »Schwarzer Schwan« geprägt. Aus der Perspektive europäischer Menschen konnte es nur weiße Schwäne geben – bis sie in Australien schwarze Schwäne entdeckten. Taleb meint sinngemäß sehr seltene Ereignisse, die wegen ihrer Seltenheit und damit in der individuellen und kollektiven Kognition nicht kulturellen Einpassbarkeit außerhalb der unbewussten Kognition liegen, aber intellektuell schließbar und damit individuell und auch kollektiv handelbar sind. Das erklärt er am Beispiel seiner libanesischen Heimat: Die libanesische »Basiserzählung« lautete im Kern etwa, dass der Libanon seit vielen Jahrhunderten, ja Jahrtausenden stabil und friedlich trotz der Vielzahl von Ethnien und Religionen sei und dass sich dies nicht ändern könne; Stabilität per Definition. Wie wir heute wissen, eine fatale Fehleinschätzung. Als Analogie auf die Demokratie in Deutschland sollte uns das zu denken geben. Auch im Kontext der Recken-Legende.

Joachim Bauer weist in »Schmerzgrenze« darauf hin, das der Verlust von »Fairness, Vertrauen, sozialer Akzeptanz« schwerwiegende Auswirkungen auf das gesamte geistige-emotionale-psychische-hormonelle System von Menschen hat. Das insbesondere im Kontext eines dadurch bedingten Ungleichgewichts von Motivationssystem und Aggressionsapparat. Mit der möglichen Folge bis hin zu Psychopathie. Analogien zur NS-Zeit, ihrer Vorgeschichte und ihrer Folgezeit liegen auf der Hand.

»Weltbilder« besitzen eine mentalitätsprägende und verhaltenssteuernde Prägung.«

HANS-ULRICH WEHLER

In diesem Kontext und bezogen auf die NS-Zeit beschreibt Ulrich Herbert »ideologische ›Aufladung«.

Aus psychologischer Perspektive hat Luc Ciompi sein Modell »Affektlogik« in »Gefühle machen Geschichte. Die Wirkungen kollektiver Emotionen – von Hitler bis Obama« (Göttingen 2011) im Kapitel »Hitler und der Nationalsozialismus« historisch übertragen. Ein aus meiner Perspektive sehr fruchtbarer Ansatz.

Fokussiert auf die Inhalte meines Buches hat Ciompi dort ausgeführt:

»Die Interaktion zwischen Fühlen, Denken und Handeln weisen auf der mikro-, meso- und makrosozialen Ebene grundlegende Ähnlichkeiten auf.« (S. 8)

Die Analogien zu den Ansätzen von Mandelbrot, Taleb und Bauer liegen auf der Hand.

»Gebündelte emotionale Energien vermögen enorme Wirkungen auf das kollektive Denken und Verhalten zu entfalten.« (S. 9) Bezogen auf die NS-Zeit definiert Ciompi eine »nationalsozialistisch-affektiv-kognitive Eigenwelt«. (S. 46) »Hitlers verzehren der Judenhass hatte Schaltwirkungen auf Wahrnehmung, Aufmerksamkeit und kombinatorisches Denken.« (S. 61) »Wut und Hass, die in aggressive Schuldzuweisungen gegen andere mündeten.« (S. 69)

»Auf diese Weise angelegte Fühl-Denk-Bahnen vertiefen sich aufgrund der Schaltwirkungen der Affekte selbstständig fortwährend, bis sie die gesamte Wahrnehmung lenken und alles weitere Denken in den Sog dieser emotionalen Eigendynamik geriet.« (S. 75f.) Eigendynamik mit sich aufladenden Vernetzungen.

»Je stärker die nationalsozialistischen Glaubensüberzeugungen mit extremen Gefühlen belegt wur-

den, um so tiefer gruben sich ihre Fühl- und Denkbahnen ein und legten alles Denken fest, bis selbst grobe Verstöße gegen das normalerweise existierende Rechtsempfinden nicht mehr wahrgenommen werden oder als selbstverständlich erscheinen.« (S. 76) Hier spiegelt sich der dargestellte Gedankengang Freuds.

»Dass die Auflösung der Ich-Grenzen mit intensiven positiven Gefühlen einhergeht, beschreibt Freud mit dem Begriff des ›ozeanischen Gefühls‹: Ein Gefühl der unlösbaren Verbundenheit, der Zusammengehörigkeit mit dem Ganzen in der Außenwelt.« (S. 89) Eine ›religiöse Intensität der Zusammengehörigkeitsgefühle.« (S. 89)

»Die Radikalisierung begann jedoch nicht – so unsere These – mit dem Scheitern der Kriegsziele, sondern mit der Errichtung der nationalsozialistischen Eigenwelt, der diese zerstörerische Dynamik von Anfang an innewohnte. Das Massentöten in Konzentrationslagern und die Erschießungen von wehrlosen Menschen, Männer, Frauen und Kinder, waren nur durch die Entstehung einer Alltagslogik möglich geworden, in der die Missachtung von Menschenleben als Selbstverständlichkeit galt. Diese prozessuale Sichtweise vertritt auch der Sozialpsychologe Harald Welzer. Er beschreibt das Eindringen der nationalsozialistischen Moral in den Alltag als einen gesellschaftlichen Umbauvorgang, der eine neue soziale Normalität etablierte. ›In dieser Normalität mag es zwar ein Durchschnittsvolksgenosse noch 1941 für undenkbar halten, das Juden umstandslos getötet werden, aber nichts Bemerkenswertes darin finden, das Ortsschilder verkünden, dass der entsprechende Ort judenfrei sei, dass Parkbänke nicht von Juden benutzt werden dürfen, dass die jüdischen Bürger völlig entrechtet und beraubt werden.« (S. 92)

»Im Zentrum dieses gesellschaftlichen Umbauprozesses sieht Welzer die ›unhintergehbare und absolute Unterscheidung von Zugehörigen und Nicht-Zugehörigen‹, ein Merkmal, das auch in anderen ›ansonsten höchst verschiedenen mörderischen Gesellschaften‹ zu beobachten sei. Im Nationalsozialismus war es die Ideologie der Volksgemeinschaft, welche die Menschen in zwei Gruppen spaltete, die nichts miteinander gemein hatten und die ›nur zwei Existenzmöglichkeiten‹ erlaubte: ›Entweder man stand drinnen oder man war draußen.« (S. 92)

So konnte »eine Dynamik entstehen, in der sich Inklusion und Exklusion immer stärker gegenseitig bedingen: ›Zur Volksgemeinschaft gehören hieß, die Ausschließungen anzuerkennen, die sie verfügte‹. Die Volksgemeinschaftsideologie ließ zwischen

Juden und Nichtjuden eine Kluft entstehen, die sich nur noch als Abgrund bezeichnen lässt.« (S. 92f.)

»Die Gewalttätigsten und Grausamsten des NS-Regimes bildeten den inneren Kern der Volksgemeinschaft. Ihre Leitaffekte und Leitideen bestimmten das Fühlen und Denken der Menschen, die sich in verschiedenen Abständen um dieses Zentrum gruppierten.« (S. 94)

Dazu zählten »Denunziationen und aktive Beteiligung an Gewalt. Die emotionale Stimmung dieser ›aktiven Gleichgültigkeit‹ wurde gespeist von den gewaltigen Hass- und Aggressionsgefühlen des nationalsozialistischen Zentrums und wenn auch ihre Energie nicht ausreichte, diese Gefühle in ihrer Extremität bis an den äußersten Rand der Gesellschaft zu tragen, so war ihr Nachhall doch auch hier in Form widerstandsloser Akzeptanz präsent.« (S. 94)

»Die bereitwillige Akzeptanz und Teilnahmslosigkeit wurden erst durch die Entstehung der nationalsozialistischen Eigenwelt möglich, in deren Alltagslogik das Wegsehen, Dulden, Akzeptieren, Mitwirken und Aktivwerden sukzessive zur Selbstverständlichkeit wurden. In dieser Eigenlogik wurde die menschenverachtende Grausamkeit des NS-Regimes von den Deutschen nicht mehr wahrgenommen, das Leid ihrer Mitmenschen fand keinen emotionalen Widerhall.« (S. 94)

Anhand eines Zitats von Sebastian Haffner aus dem Jahr 1940 analysiert Ciompi konkret (S. 84):

»Die Anhänger und die Gegner des Regimes sind sich fremder als verschiedene Rassen oder verschiedene Arten von Tieren. Sie sprechen eine unterschiedliche Sprache. Was für den einen schwarz, ist für den anderen weiß. Gegenseitiges Verständnis und eine Diskussion zwischen ihnen ist undenkbar. Wenn sie sich zufällig begegnen, besteht Lebensgefahr – natürlich in der Hauptsache für den Gegner des Regimes, der damit rechnen muss, ohne Vorwarnung denunziert, verhaftet und zu Tode gequält zu werden.«

»Diese Kluft ist ein typisches Merkmal extremistischer affektiv-kognitiver Eigenwelten. Die eigenen Überzeugungen besitzen für die Menschen, die sich innerhalb dieser Eigenwelt befinden, ein so hohes Maß an Selbstverständlichkeit, dass sie sich im alleinigen Besitz der einzig gültigen Wahrheit sehen. Schon allein die Möglichkeit einer anderen Sichtweise ist unvorstellbar. Diese unhinterfragbare Logik der Eigenwelt macht die Kommunikation mit Andersdenkenden unmöglich. Der fehlende Aus-

Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht.

III

Der Positivismus hat in der Tat mit seiner Überzeugung »Gesetz ist Gesetz« den deutschen Juristenstand wehrlos gemacht gegen Gesetze willkürlichen und verbrecherischen Inhalts. Dabei ist der Positivismus gar nicht in der Lage, aus eigener Kraft die Geltung von Gesetzen zu begründen. Er glaubt, die Geltung eines Gesetzes schon damit erwiesen zu haben, daß es die Macht besessen hat, sich durchzusetzen. Aber auf Macht läßt sich vielleicht ein Müssen, aber niemals ein Sollen und Gelten gründen. Dieses läßt sich vielmehr nur gründen auf einen Wert, der dem Gesetz innewohnt. Freilich: einen Wert führt schon jedes positive Gesetz ohne Rücksicht auf seinen Inhalt mit sich: es ist immer noch besser als kein Gesetz, weil es zum mindesten Rechtssicherheit schafft.

Aber Rechtssicherheit ist nicht der einzige und nicht der entscheidende Wert, den das Recht zu verwirklichen hat. Neben die Rechtssicherheit treten vielmehr zwei andere Werte: Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit. In der Rangordnung dieser Werte haben wir die Zweckmäßigkeit des Rechts für das Gemeinwohl an die letzte Stelle zu setzen. Keineswegs ist Recht alles das, »was dem Volke nützt«, sondern dem Volke nützt letzten Endes nur, was Recht ist, was Rechtssicherheit schafft und Gerechtigkeit erstrebt. Die Rechtssicherheit, die jedem positiven Gesetz schon wegen seiner Positivität eignet, nimmt eine merkwürdige Mittelstellung zwischen Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit ein: sie ist einerseits vom Gemeinwohl gefordert, andererseits aber auch von der Gerechtigkeit, daß das Recht sicher sei, daß es nicht heute und hier so, morgen und dort anders ausgelegt und angewandt werde, ist zugleich eine Forderung der Gerechtigkeit. Wo ein Widerstreit zwischen Rechtssicherheit und Gerechtigkeit, zwischen einem inhaltlich anfechtbaren, aber positiven Gesetz und zwischen einem gerechten, aber nicht in Gesetzesform gegossenen Recht entsteht, liegt in Wahrheit ein Konflikt der Gerechtigkeit mit sich selbst, ein Konflikt zwischen scheinbarer und wirklicher Gerechtigkeit vor. Diesen Konflikt bringt großartig das Evangelium zum Ausdruck, indem es einerseits befiehlt: »Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat«, und doch andererseits gebietet, »Gott mehr zu gehorchen als den Menschen«.

Der Konflikt zwischen der Gerechtigkeit und der Rechtssicherheit dürfte dahin zu lösen sein, daß das positive, durch Satzung und Macht gesicherte Recht auch dann den Vorrang hat, wenn es inhaltlich ungerecht und unzumutbar ist, es sei denn, daß der Widerspruch des positiven Gesetzes zur Gerechtigkeit ein so unerträgliches Maß erreicht, daß das Gesetz als »unrichtiges Recht« der Gerechtigkeit zu weichen hat. Es ist unmöglich, eine schärfere Linie zu ziehen zwischen den Fällen des gesetzlichen Unrechts und den trotz unrichtigen Inhalts dennoch geltenden Gesetzen; eine andere Grenzziehung aber kann mit aller Schärfe vorgenommen werden: wo Gerechtigkeit nicht einmal erstrebt wird, wo die Gleichheit, die den Kern der Gerechtigkeit ausmacht, bei der Satzung positiven Rechts bewußt verleugnet wurde, da ist das Gesetz nicht etwa nur unrichtiges Recht«, vielmehr entbehrt es überhaupt der Rechtsnatur. Denn man kann Recht, auch positives Recht, gar nicht anders definieren denn als eine Ordnung und Satzung, die ihrem Sinn nach bestimmt ist, der Gerechtigkeit zu dienen.

An diesem Maßstab gemessen sind ganze Parteien nationalsozialistischen Rechts niemals zur Würde geltenden Rechts gelangt. Die hervorstechendste Eigenschaft in Hitlers Persönlichkeit, die von ihm aus auch zum Wesenszuge des ganzen nationalsozialistischen »Rechts« geworden ist, war sein völliger Mangel an Wahrheitssinn und Rechtssinn: weil ihm jeder Wahrheitssinn fehlte, konnte er dem jeweils rednerisch Wirksamen ohne Scham und Skrupel den Akzent der Wahrheit geben; weil ihm jeder Rechtssinn fehlte, konnte er ohne Bedenken die krasseste Willkür zum Gesetz erheben. Am Anfang seiner Herrschaft stand jenes Sympathie-Telegramm an die Potempa-Mörder, am Ende die grauenhafte Entehrung der Märtyrer des 20. Juli 1944. Schon anlässlich des Potempa Urteils hatte Alfred Rosenberg im »Völkischen Beobachter« die Theorie dazu geliefert: Mensch sei nicht gleich Mensch, und Mord sei nicht gleich Mord; die Ermordung des Pazifisten Jaures sei in Frankreich mit Recht anders bewertet worden als der Mordversuch an dem Nationalisten Clemenceau; ein Täter, der aus vaterländischen Motiven gefehlt hat, könne unmöglich derselben Strafe unterworfen werden,

wie ein anderer, dessen Beweggründe sich (nach nationalsozialistischer Auffassung) gegen das Volk richten.

Damit war von vornherein ausgesprochen, daß nationalsozialistisches »Recht« sich der wesensbestimmenden Anforderung der Gerechtigkeit, der gleichen Behandlung des Gleichen, zu entziehen gewillt war. Infolgedessen entbehrt es insoweit überhaupt der Rechtsnatur, ist nicht etwa unrichtiges Recht, sondern überhaupt kein Recht. Das gilt insbesondere von den Bestimmungen, durch welche die nationalsozialistische Partei entgegen dem Teilcharakter jeder Partei die Totalität des Staates für sich beanspruchte. Der Rechtscharakter fehlt weiter allen jenen Gesetzen, die Menschen als Untermenschen behandelten und ihnen die Menschenrechte versagten. Ohne Rechtscharakter sind auch alle jene Strafdrohungen, die ohne Rücksicht auf die unterschiedliche Schwere der Verbrechen, nur geleitet von momentanen Abschreckungsbedürfnissen, Straftaten verschiedenster Schwere mit der gleichen Strafe, häufig mit der Todesstrafe, bedrohten. Alles das sind nur Beispiele gesetzlichen Unrechts.

Es darf nicht verkannt werden – gerade nach den Erlebnissen jener zwölf Jahre –, welche furchtbaren Gefahren für die Rechtssicherheit der Begriff des »gesetzlichen Unrechts«, die Leugnung der Rechtsnatur positiver Gesetze mit sich bringen kann. Wir müssen hoffen, daß ein solches Unrecht eine einmalige Verirrung und Verwirrung des deutschen Volkes bleiben werde, aber für alle möglichen Fälle haben wir uns durch die grundsätzliche Überwindung des Positivismus, der jegliche Abwehrfähigkeit gegen den Mißbrauch nationalsozialistischer Gesetzgebung entkräftete, gegen die Wiederkehr eines solchen Unrechtsstaates zu wappnen.

SÜDDEUTSCHE JURISTENZEITUNG 1946. S. 105–108.

tausch lässt den Graben immer tiefer werden und setzt einen Kurs der gegenseitigen Konfrontation in Gang, dessen Dynamik kaum aufzuhalten ist.«

Zwischen Gegnern und Anhängern des NS-Regimes stand die große Mehrheit der »Zuschauer«, die überwiegend Führer-Kultur und Führer-Kult teilten. »Das weiß der Führer nicht.« – als typische Rationalisierung. Und Konstrukt zur Aufrechterhaltung der Eigenwelt. Mit ihren extremen Resonanz- und Verstärkereffekten, die den Holocaust möglich machten. Zu dem die Partei-Staats-Terroristen genügend Mit-Terroristen hatten, auch in der Osterather Bürokratie.

Sein Modell »Affektlogik« hat Ciompi in »sieben Kurzthesen« zusammengefasst (S. 44):

1. Fühlen und Denken (oder affektive und kognitive Funktionen) wirken ständig obligat zusammen.
2. Emotionen sind gerichtete Energien oder genauer: evolutionäre verankerte, ganzheitliche körperlich-seelische Zustände, die durch spezifische Weisen des Energieverbrauchs charakterisiert sind. Gleichgerichtete kollektive emotionale Energien führen zu mächtigen Massenwirkungen.
3. Vergangene und aktuelle Emotionen üben über vielfältige Schalt- und Filterwirkungen auf die kollektive Aufmerksamkeit, das kollektive Gedächtnis und das kollektive Denken aus.
4. Je nach Leitgefühl kann aufgrund dieser Schalt- und Filterwirkungen eine kollektive Angst-, Wut-, Freude-, Trauerlogik usw. entstehen. Auch die scheinbar neutrale Alltagslogik ist untergründig in hohem Maß von Affekten geleitet.
5. Über affektspezifische »Schienen« oder »Leitplanken« bilden sich mit der Zeit umfassende gruppen- und kulturspezifische affekt-kognitive Eigenwelten (oder »Mentalitäten«, »Denkstile«, »Ideologien«) aus, die sich laufend selbst-organisatorisch bestätigen und konsolidieren.
6. Bei kritisch steigenden systeminternen emotionalen Spannungen können sich die vorherrschenden kollektiven Fühl-, Denk- und Verhaltensmuster plötzlich sprunghaft verändern.
7. Die beschriebenen affektiv-kognitiven Wechselwirkungen verlaufen auf beliebigen individuellen, mikrosozialen und makrosozialen Ebenen prinzipiell gleichartig.

Die Würde des Menschen ist unteilbar.

Als ethischer Kern-Grundsatz in Recht auf allen Ebenen bis zur UN implantiert und durchgesetzt ist dies die »Brandschutzmauer« gegen die Barbarei. Mit welcher ideologischen Legitimation die Kultur des Todes auch immer auftritt. Sapere aude!

3

Abschrift
von

Abschrift des Kaufvertrages der Judensteine Friedhof Krefeld
Kaufvertrag.

Das Finanzamt Krefeld verkauft an das Marmorwerk Gebr. Frenzen in Viersen, Friedhofstrasse 10-16 die auf dem jüdischen Friedhof in Krefeld befindlichen Grabsteine und Einfassung zum Preise von RM 3.000,-----

in Worten Dreitausend Rm.

Der Kaufpreis ist sofort an die Oberfinanzkasse des Herrn Oberfinanzpräsidenten in Köln zu überwiesen.

Die Transportkosten gehen zu Lasten der Ankäufer.

Die Firma Gebr. Frenzen übernimmt die Verpflichtung, das Reich von etwaigen Ansprüchen der jüdischen Eigentümer freizustellen.

Das an den Herrn Oberfinanzpräsidenten Düsseldorf gerichtete Kaufangebot vom 3. Juni 44 ist als Bestandteil zu diesem Vertrag genommen.

Krefeld 5. Juni 1944

Der Verkäufer
der Vcrsteher des Fina-nzamts

Die Ankäufer

Oberregierungsrat.

ABSCHRIFT DES KAUFVERTRAGES DER JUDENSTEINE FRIEDHOF KREFELD

Einführung in die Dokumente

Paul Salitter und der Salitter-Bericht – vor und nach 1945 sowie die Deportationsliste und Fotos aus Riga

Paul Salitter war ein durchaus typischer NS-Täter – vor und nach 1945. Er personifiziert »die Banalität des Bösen«. Als Leutnant der Schutzpolizei war es im Dezember 1941 seine Aufgabe, eine Deportation mit 1007 Menschen ab dem Schlachthof in Düsseldorf-Derendorf verantwortlich zu begleiten. Das Besondere: Der Dienstbericht, den er im Anschluss an die Deportation schrieb, ist als einer der wenigen solchen Berichte überliefert. Und dieser Bericht hatte beim Eichmann-Prozess in Jerusalem zentrale Bedeutung.

Sein Dienstbericht wurde von seiner vorgesetzten Behörde, dem Polizeipräsidenten Düsseldorf, an die Gestapo sowie weitere interessierte Dienststellen weitergeleitet. Verbunden mit dem ausdrücklichen Hinweis, aus den im Bericht offengelegten Missständen insbesondere bei der Reichsbahn aufzuräumen. Dass der vollständige Bericht wie vorliegend Anfang 1942 vom Polizeipräsidenten Düsseldorf weitergeleitet wird, ist darüber hinaus ein Beweis: Dafür, dass Salitter 1962 bei seiner staatsanwaltschaftlichen Vernehmung in Düsseldorf bewusst log, als er nach Vorlage seines Berichts behauptete, der Bericht stamme nicht von ihm, sei gefälscht worden. Dafür dann auch ehemalige Polizisten-Kollegen als Zeugen benennen konnte. Die staatsformunabhängige Polizei-Kumpanei – Lügen als Teil der Kultur.

Dr. Ingrid Schupetta schrieb zum Salitter-Bericht: »Bis heute ist er ein Dokument, in dem in beispielhafter Weise eine doppelte Botschaft zu lesen ist: Unter der scheinbar nüchternen Amtssprache scheint purer Antisemitismus hervor. Die Sprache steht für den Bezug auf die Vernunft, der Gehalt ist höchst emotional: voller Verachtung, voller Hass, voller Mordlust.« Als Web-Ressource unter: Der Salitter-Bericht und sein Verfasser Paul Salitter. Ingrid Schupetta 2004.

Und die in dieser Arbeit in zahlreichen Beispielen wiedergegebene Diktion von Bürgermeister Hugo Recken?

Arthur Winter. Über das Schicksal der Kempener Juden, die im Dezember 1941 deportiert wurden.

Arthur Winter hat seinen Bericht nach Kriegsende 1945 nach Aussagen von Hans Samuel – und Weiteren – verfasst. Dieser Bericht ist eine ganz außergewöhnliche Zeit-Quelle. Denn ein Mensch hat als Mensch umgehend nach dem Ende der Nazi-Barbarei versucht zu verstehen – und exemplarisch zu dokumentieren, was geschehen war. Dieser Bericht in Relation zum aktuellen Forschungsstand: Er enthält alles Wesentliche – bis ins Detail. Eine – positive – Abweichung gibt es: Es haben mehr als 170 der nach Riga verschleppten Menschen den organisierten Mord überlebt.

Dieter Hangebruch zitiert kurz aus dem Bericht von Arthur Winter; so stieß ich auf ihn. Arthur Winter schrieb am Anfang seines Berichts 1945, er solle nicht veröffentlicht werden. Insbesondere, weil er auf wenigen Zeugenaussagen beruhe und die historische Forschung umfassendere und genauere Ergebnisse zu dem von ihm Beschriebenen erbringen würde. Nachdem der Bericht fast 70 Jahre alt ist: Arthur Winter hat die Geschehnisse exakt wiedergegeben. Und nach 70 Jahren ist es unter dieser Prämisse legitim, diesen ganz besonderen Bericht vollständig zu veröffentlichen. Weil wir aus ihm lernen können – auch für heute und die Zukunft.



GESCHICHTE AM JÜRGENSPLATZ, DÜSSELDORF:
FOTO PAUL SALITTER

**Der Polizeipräsident
in Düsseldorf**

Düsseldorf, den 6. Januar 1942 529
742

Rezipienten-Nr.: 12 253
Gefängniszeit: Montags bis Freitags:
9-12 und 15-17 Uhr
Sonn- und Feiertage: 9-12 Uhr
Gefängnisstrafe: Gef. Nr. 113 (Gefängnis
Düsseldorf in Düsseldorf)
Strafzahl: Gefängnis Strafkammer in Düsseldorf.
Weisungsbefehl: Gef. Nr. 162

An die
Staatspolizei-Abteilung
in
Düsseldorf

14 JAN 1942
n. 1

Gefängnisstrafen:
(In Eingabes und bei Gefängnisangaben angeben)

In der Anlage übersende ich einen Bericht über die Durchführung eines Judentransportes in der Zeit vom 11. - 17.12.41 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Die Reichsbahndirektion Wuppertal hat Abdruck unmittelbar erhalten. Auf die während des Transportes aufgetretenen Schwierigkeiten mit der Reichsbahn habe ich besonders aufmerksam gemacht und um Abstellung für die Zukunft gebeten.-

Anlage: 1 Bericht.

Die A 5
- 12 253 -
Düsseldorf
Gef. Nr. 113
1 11 11 11

DER POLIZEIPRÄSIDENT DÜSSELDORF, ANSCHREIBEN ZUM BERICHT »DURCHFÜHRUNG EINES JUDENTRANSPORTES«, 6. JANUAR 1942

THE WIENER LIBRARY. Nr. 293

IX B 4/71.02/1300/41. Düsseldorf, den 26. Dez. 1941.

FS-NR 13.105
Befehl Nr. 10
Düsseldorf, den 26. Dez. 1941

1.) Fernschreiben!

Dringend, sofort versenden.

a) An
das Reichssicherheitshauptamt
- Referat IV B 4 -
s.Hd. von H-Stubaf. Eichmann o.V.i.A.
in Berlin.

b) An
den Befehlshaber der Sipo und des SD
Einsetzgruppe A
s.Hd. von H-Stubaf. Dr. Lange o.V.i.A.
in Riga.

Betrifft: Evakuierung von Juden.
Vorgang: Bekannt.

Am 11.12.1941, 10.45 Uhr, hat der Transportzug
Do 38 den Abgangsbahnhof Düsseldorf-Derendorf in Richtung
Riga mit insgesamt 1007 Juden verlassen. Der Transport ist
begleitet von 1:15 Schutzpolizisten. Transportführer ist Haupt
mann d.Soh. S a l u t e r, dem die wesentliche Trans-
portliste in zweifacher Ausfertigung mitgegeben wurde. Die Tr-
portinsassen führen an Verpflegung Brot, Mehl und Milchsä-
urefrüchte für 21 Tage und an Zahlungsmitteln 50.000,- RM in
Reichskreditkassenscheinen mit.

Stapelleitstelle Düsseldorf-II B 1/71.02/1300/41 - ccs: Dr. Albatz.

2.) z.d.A. bei II B 4.

Original
Aktennr. 1

Geschlechtsgliederung:
Männlich: 416
Frauen: 591
1007

Altersgliederung:
1-6 Jahre: 41
6-14 " : 68
14-18 " : 68
18-50 " : 408
über 50 " : 454
1007

Berufsgliederung:
Abiturienten: 3
selbst. Kaufleute: 30
Angestellte: 28
Handwerker: 137
Arbeiter: 297
landw. Berufe: 7
Hausangestellte: 40
ohne Beruf: 569
1007

Geschlechtsgliederung:
Männlich: 416
Frauen: 591

Altersgliederung:
1-6 Jahre: 41
6-14 Jahre: 68
14-18 Jahre: 68
18-50 Jahre: 408
über 50 Jahre: 454

Berufsgliederung:
selbständiger Kaufmann: 30
angestellter: 28
Handwerker: 137
Arbeiter: 297
Hausangestellte: 40
landwirtschaftliche Berufe: 7

Düsseldorf, den 26. Dezember 1941

W. F. F. G. U. L. S. C. H. I.
R a p o r t
Über die Evakuierung von Juden nach Riga.
Transportbegleitung in Stärke von 1/15
vom 11.12. - 17.12. 1941.

1.) Transportverlauf.
Der für den 11.12. 1941 vorgesehene Judentransport umfasste 1007
Juden aus den Städten Duisburg, Krefeld, mehreren kleineren
Städten und Landgemeinden des rhein.westf. Industriegebietes.
Düsseldorf war nur mit 19 Juden vertreten. Der Transport setzte
sich aus Juden beiderlei Geschlechts und verschiedenen Alters, von
Knaben bis zum Alter von 65 Jahren, zusammen.
Die Ablosung des Transportes war für 9,30 Uhr vorgesehen, weshalb
die Juden bereits ab 4 Uhr an der Verladerrampe zur Verladung be-
reitgestellt waren. Die Reichsbahn konnte jedoch den Sonderzug,
angeblich wegen Personalmangels, nicht so früh zusammenstellen, so dass
mit der Einladung der Juden erst gegen 9 Uhr begonnen werden konnte.
Das Einladen wurde, da die Reichsbahn auf eine möglichst fahr-
planmäßige Ablosung des Zuges drängte, mit der größten Hast
vorgenommen. Es war daher nicht verwunderlich, dass einzelne Wagen
überladen waren (60 - 65 Personen), während andere nur mit 35 -
40 Personen besetzt waren. Dieser Umstand hat sich während des
ganzen Transportes bis Riga nachteilig ausgewirkt, da einzelne
Juden immer wieder versuchten, in weniger stark besetzte Wagen
zu gelangen. Soweit Zeit zur Verfügung stand, habe ich dann auch in
einigen Fällen, weil auch Mütter von ihren Kindern getrennt worden
waren, Umbelegungen vorgenommen.
Auf dem Wege vom Schloßhof zur Verladerrampe hatte ein männlicher
Jude versucht, Selbstmord durch Überfahren mittels der Strassen-
bahn zu verüben. Er wurde jedoch von der Auffangvorrichtung der
Strassenbahn erfasst und nur leicht verletzt. Er stellte sich
unmöglich stehend, wurde aber während der Fahrt bald sehr unsterk,
als er merkte, dass er dem Schicksal der Evakuierung nicht entgehen
konnte. Ebenfalls hatte sich eine ältere Jüdin unbekannt von der
Verladerrampe, so regnete und war sehr dunkel, entfernt, sich in
ein nahe liegendes Haus geflüchtet, entkleidet und auf ein Klosett
gesetzt. Eine Putzfrau hatte sie jedoch bemerkt, so dass auch sie
dem Transport wieder zugeführt werden konnte.
Die Verladung der Juden war gegen 10,15 Uhr beendet. Nach mehr-
maligem Bangieren verließ der Zug dann gegen 10,30 Uhr den Güter-
bahnhof Düsseldorf-Derendorf in Richtung Wuppertal, also schon

mit einer Verspätung von einer Stunde. Nach dem letzten Rangieren in Düsseldorf stellte ich fest, dass der Wagen des Begleitkommandos (2. Klasse), anstatt in die Mitte des Zuges, am Ende der Personenzüge, also als 21. Wagen einrangiert worden war. Hinter unseren Wagen befanden sich dann die 7 mit Gepäck beladenen Güterwagen. Die falsche Einrangierung des Begleitwagens hatte folgende Nachteile:

- a) Der Dampfdruck erreichte infolge fehlerhafter Heizungsanlagen die hinteren Wagen nicht. Infolge der Kälte konnte die Kleidung der Posten nicht trocken (früher während des ganzen Transportes regnete es), so dass ich mit Ausfall durch Erkrankung zu rechnen hatte.
- b) Dem Transportführer ging die Übersicht über den Zug verloren. Wenn auch die mitgeführten Schienenwerfer gute Dienste leisteten, so hatten die Posten bei jedem Halten einen zu weiten Weg zur Aufsicht über die ersten Wagen zurückzulegen und oft Mühe, bei plötzlicher Abfahrt des Zuges noch den Wagen des Begleitkommandos zu erreichen. Ausserdem versuchte die Juden immer wieder, sofort nach dem Halten in Bahnhofshallen mit dem reisenden Publikum in Verbindung zu treten. Post abzugeben oder sich Wasser holen zu lassen. Ich musste mich daher entschliessen, 2 Posten in einem Abteil des vorderen Personenzuges unterzubringen.

Meine diesbezüglichen Einwendungen auf dem Abgangsbahnhof Düsseldorf blieben unberücksichtigt und der Zug wurde mit dem Besatz abgemeldet, dass infolge der Verspätung in Düsseldorf eine Umringierung des Zuges des Begleitkommandos nicht mehr erfolgen könne. Die Umringierung des Zuges könne auch unterwegs erfolgen.

Die Fahrt verlief dann planmässig und berührte folgende Städte: Wuppertal, Hagen, Schwerte, Hamm. Gegen 18 Uhr wurde Hannover-Linden erreicht. Hier hatte der Zug einen Aufenthalt von fast einer Stunde. Ich liess einen Teil der Juden etwas Wasser vorbeifolgen und erbat gleichzeitig die Umringierung des Zuges. Eine Zusage wurde mir gegeben, jedoch war in letzter Minute keine Rangierlok vorhanden. Der Bahnhof in Stendal sollte jedoch entsprechende Nachricht erhalten, damit meinem Personal dort entsprechen werden konnte. Die Fahrt führte dann bis zur Station Mierhorst. Hier wurde um 21 Uhr ein Scheitern auf Wagen 12 festgestellt. Der Wagen musste ausrangiert und die Juden dieses Wagens, weil die Station keinen Ersatzwagen stellen konnte, auf andere Wagen verteilt werden. Diese Aktion schien den schlafenden Juden durchaus nicht zu passen und gestörte sich wegen unanföhrlichen Regens und Dunkelheit sowie mit Rücksicht darauf, dass der Zug ausserhalb des Bahnhofs ohne Bahnsteig stand, anfänglich etwas schwierig, wurde aber mit entsprechendem Nachdruck dennoch sehr schnell durchgeföhrt. Bei der Beladung haben sich die mitgeführten Schienenwerfer sehr gut bewöhrt. Der Bahnhof Stendal wurde um 23 Uhr

erreicht. Hier war Lok-Wechsel, auch wurde ein leerer 3. Klassen-Wagen an die Spitze des Zuges gesetzt. Aus Zweckmässigkeitgründen habe ich jedoch die Beladung des Wagens erst bei Tageslicht vornehmen lassen. Die Umringierung des Begleitwagens war hier nicht möglich, da der Zug auf dem Hauptgleise stand und sofort abgelassen werden musste. Bahnhof Wustermark sollte jedoch Nachricht erhalten, dass Umringierung dort erfolgen konnte.

Am 12.12. um 1.15 Uhr wurde Wustermark erreicht. Dieser Bahnhof wollte jedoch vom Stendal keine Nachricht von der Umringierung erhalten haben. So wurde ich von Bahnhof zu Bahnhof verfrachtet, ohne dass ich mich inwiefern als sehr dringend geschiederten Kreuzchen mitproben wurde. Um 3.30 Uhr hatte der Zug auf der Station Köpenick-Lichterfelde einen Aufenthalt von 42 Minuten. Hier leitete ich obere Zugleitung eine Umringierung ohne Angabe nöherrer Gründe ab. Ich bemerkte ab, dass diese erfolgen werde, sofern es sich auf der nächsten Bahnhöfe ermöglichen lässt. Die Fahrt wurde dann über Kietz, 155 Minuten Verspätung. Die Fahrt wurde dann über Kietz, Schmöden, Pörschke fortgesetzt.

- a) Ich habe ich von Bahnhof Pirchau den Bahnhof Knittz verstanden lassen, dass der Zug dort etwa 1 Stunde Aufenthalt auf dem Nebengleise nehmen muss, um
 - a) die letzten Wagen mit Juden zu beladen,
 - b) die Verödung der Juden mit Wasser vorzunehmen,
 - c) die Umringierung des Begleitwagens zu veranlassen,
 - d) eine Erfrischung von Roten Kreuz für die Begleitmannschaft in Empfang zu nehmen.

Der Aufenthalt wurde mir gewöhrt. Kurs vor Knittz rief der Wagen wegen seiner Überladung auseinander. Auch zerriß das Heizungsrohr. Der Zug konnte jedoch behelfsmässig repariert seine Fahrt bis Knittz fortsetzen. Um 11.10 Uhr wurde Knittz erreicht. Ich konnte mein Vorhaben bis auf die Umringierung des eigenen Zuges durchföhren. Anfänglich wurde mir diese zugesagt, dann erklärte mir der Stationsvorsteher, dass die Einrangierung des Wagens in die Mitte des Zuges wegen Fehlens einer Rangierlok und der erforderlichen Gleise nicht durchföhrt sei, er aber den Wagen nach vorn rangieren lassen werde. Hiermit war ich unter den obwaltenden Umständen einverstanden. Nach etwa 5 Minuten erschien er aber wieder und erklärte mir, dass er den Zug sofort wieder abfahren lassen müsse und ein Rangieren jetzt, es waren inzwischen 50 Minuten vergangen, nicht mehr möglich sei. Das Verhalten des Stationsvorstehers erschien mir unverstöhlich, weshalb ich ihn in energischer Weise zur Rede stellte und mich beschwerdeföhrend an die zuständige Aufsichtsstelle wenden wollte.

Er erklärte mir darauf, dass diese Stelle für mich nicht zu erreichen sei, er seine Anweisungen habe und den Zug sofort abfahren lassen müsse, weil 2 Gegenzüge zu erwarten seien. Er stellte sogar das Ansinnen an mich, einen Wagen in der Mitte des Zuges von Juden zu räumen, ihn mit meinen Kdo. zu beladen und die Juden in Begleitwagen 2. Klasse unterzubringen. Er erscheint angebracht, diesem Bahnbedienten von möglicher Stelle einmal klar zu machen, dass er Angehörige der Deutschen Polizei anders zu behandeln hat als Juden. Ich hatte den Eindruck, als ob es sich bei ihm um einen von denjenigen Vollzugsbeamten handelt, die immer noch von den "arisen Juden" zu sprechen pflegen und denen der Begriff "Jude" völlig fremd ist. Dieser Bahnbediente brachte es sogar fertig, den Zug, den ich für 2 Minuten verlassen musste, um mir auf der Station des Roten Kreuzes einen Fremdkörper aus dem Auge entfernen zu lassen, föhrerlos abfahren zu lassen. Nur der Eingreifen eines nöherrer Posten war es zu verdanken, dass der Lokführer nach dem Aufahren noch einmal hielt und ich den Zug so noch mit Mühe erreichen konnte. Meine Behauptung, dass Gegenzüge zu erwarten seien, stellte sich als eine fadenheime Begründung seines Verhaltens heraus, denn es ist der Transport auf der anschließenden Fahrt weder ein Gegenzug beigegeben, noch sind wir von einem Zug auf einer anderen Haltestation überholt worden.

Die den Transport seit Pirchau begleitenden Bahnbedienten (1 Zugführer und 1 Schaffner) konnten das Verhalten des Bahnbedienten in Knittz nicht begreifen. Ihrer Meinung nach als Frohlocke wäre die Umringierung bei einem Aufenthalt von 1 Stunde auf einem Nebengleise ohne weiteres möglich gewesen, wenn nur der gute Wille da gewesen wäre. Sie hatten sich ihm beide zur Hilfeleistung beim Rangieren zur Verfügung gestellt und den Begleitwagen bereits abgekoppelt. Um 14.10 Uhr verlies der Zug am Bahnhof Knittz. Die Fahrt führte dann weiter über Brilon, Marienburg, Elbing nach Königsberg (Pr.). Hier wurde der Zug von 20.12 bis 22 Uhr hin- und hergeschoben, weil der Exploitswagen umringiert wurde. Auf diesem Bahnhof erreichte mich die Meldung, dass in Hagen 17 ein Kind an Starben sei. Nach näherer Feststellung durch die begleitende jüdische Krstin hatte es ein 14-jähriges Mädchen mit Herzboschwerden gelegentlich der Periode zu tun. Um 22.10 Uhr (13.12.) wurde die Fahrt fortgesetzt. Kurs vor Interburg rief der Zug ebenfalls auseinander. Beide Teile des Zuges mussten zur Station Interburg geschleppt werden, wo der beschädigte Wagen 15 ausgebohrt und die Juden in den neu

bereitgestellten Wagen umgeladen wurden. Um 1.50 Uhr ging es weiter nach Ellet. Auf dieser Station nahe der ostpr. litauischen Grenze wurde auf meine Bitte in Interburg ein der Wagen des Begleitkdo. nach vorn rangiert und erhielt unendlich Heisung. Die Krone wurde von der Begleitmannschaft sehr wohnend empfangen, da die Uniformen der Posten infolge des auf der ganzen Fahrt fast ununterbrochen anhaltenden Regens völlig durchnässt und nimmehr getrocknet werden konnten. Um 5.15 Uhr wurde die Grenzstation Zolpurgum und nach 15 Minuten die litauische Station Turougen erreicht. Von hier aus sollte die Fahrt bis Riga normal nur noch 14 Stunden betragen. Infolge des einseitigen Nebelwüdes und des Fehltrags der Züge in der Abfertigung gab es auf den Bahnhöfen oft lange Verzögerungen in der Weiterfahrt. Auf dem Bahnhof Schaulen (1.12 Uhr) wurde die Begleitmannschaft von Schornstein des Roten Kreuzes ausreichend und gut verpflegt. Es wurde eine Gruppe mit Minderleisch veranfolgt. In Schaulen wurde für allen Juden durch litauisches Eisenbahnpersonal die Lichtmutter abgestellt. Auf dem nächsten Bahnhof hatte ich Gelegenheit, die Juden letztmalig aus einem in der Nähe liegenden Brunnen Wasser fassen zu lassen. Das Wasser auf litauischen und lettischen Pumpen ist durchweg ungekocht gewöhnt, nur schwierig erreichbar, da Brunnen nicht immer in der Nähe des Bahnkörpers liegen und Zapfstellen nach deutschen Muster nicht vorhanden sind.

Um 19.30 Uhr wurde Mitau (Lettland) erreicht. Hier machte sich schon eine erhebliche Kühle Temperatur bemerkbar. Es setzte Schneestreiben mit anschließenden Frost ein. Die Ankunft in Riga erfolgte um 21.50 Uhr, wo der Zug auf dem Bahnhof 1 42 Stunden festgehalten wurde. Hier stellte ich fest, dass die Juden nicht für das Riger Ghetto bestimmt waren, sondern in Ghetto Strotaw, 8 km nordöstwärts von Riga, untergebracht werden sollten. Am 13.12., um 23.35 Uhr, erreichte der Zug nach vielen Hin- und Herrangieren die Militärtruppe auf dem Bahnhof Skirokawa. Der Zug blieb ungeheist stehen. Die Aussondierung betrug bereits 18° unter Null. Da ein Übernahmekdo. der Stapo nicht zur Stelle war, wurde die Besetzung des Zuges vorläufig von meinen Männern weiter durchgeföhrt. Die Übergabe des Zuges erfolgte dann um 1.45 Uhr, gleichzeitig wurde die Besetzung von 6 lettischen Polizeimännern übernommen. Da es bereits nach Mitternacht war, Dunkelheit herrschte und die Verladetruppe stark verweist war, sollte die Beladung und die Überführung der Juden in das noch 2 km entfernte

liegende Garnelghetto erst am Sonntag früh beim Hellwerden erfolgen. Mein Begleitkdo. wurde durch 2 von Edo. d.Sch. bereitgestellte Pol.-Streifenwagen nach Riga gebracht und besag dort gegen 3 Uhr Nachtquartier. Ich selbst erhielt Unterkunft in Gästehaus des Hch.H- und Pol.-Führers, Petrosburger Hof, an Schloßplatz 4.

2.) Aufenthalt in Riga.

Mit Rücksicht auf die während des Transportes durchkäufe und verschmutzte Bekleidung der Waffen und des Geräts setzte ich für den 14. 12. von 13 - 16 Uhr Waffenreinigen und Instandsetzen der Bekleidung und Ausrüstung an. Vorher gab ich den Männern Gelegenheit, in einem in der Nähe ihrer Unterkunft gelegenen Lokal warme Mittagessen einzunehmen. Lebensmittelmarken wurden mir von EMO. in Riga zur Verfügung gestellt. Den „Moknarsch des Begleitkdo.“ musste ich auf den 15. 12. um 15,01 Uhr festsetzen. Da täglich nur dieser eine Zug von Riga nach Tilsit für Wehrmachtangehörige verkehrt und ich die mitgeführten RM 50000 Judengelder dem Geldverwalter der Stopo am 15.12. früh noch zu übergeben hatte.

Die Stadt Riga ist durch den Krieg so gut wie unversehrt geblieben. Mit Ausnahme der gesprengten Dünabücken und einiger in der Nähe gelegener erschossener Häuser der Altstadt habe ich weitere Beschädigungen nicht bemerkt. Riga umfasst etwa 360 000 Einwohner, darunter befanden sich etwa 35 000 Juden. Die Juden waren in der Gassehseite wie überall führend. Ihre Geschäfte sind jedoch sogleich nach dem Einmarsch der deutschen Truppen geschlossen und beschlagnahmt worden. Die Juden selbst wurden in einen durch Stacheldraht abgeschlossenen Ghetto in der Dima untergebracht. Es soll sich in diesem Ghetto nur 2 500 männliche Juden, die als Arbeitskräfte verwendet werden, befinden. Die übrigen Juden sind einer anderen zweckentprechenden Verwendung zugeführt bzw. von den Letten erschossen worden.

Riga ist städtebaulich eine sehr schöne Stadt, die sich mit jeder Stadt des Reiches messen kann. Das Verkehrs- und Wirtschaftsleben ist bereits geordnet. Es sind seit einiger Zeit Kleider- und Lebensmittelkarten eingeführt worden. Die Lebensmittel pp. sind dort sehr billig. So kostete ein ausreichendes Mittagessen 50 - 75 Pfennige. Das lettische Volk ist, soweit ich beobachten konnte, deutschfreundlich und spricht auch zu grossen Teil deutsch. Vielfach war aber aus den Verhalten von Einzelpersönlichkeiten erkennbar, dass sie den zaristischen Russland noch immer in Treue ergeben sind. Von den Bolschewisten will jedoch kein Lette etwas wissen, da es selten eine Familie gibt, die

während der Besetzung durch die Sowjets ohne Blutopfer davongekommen ist. Ihr Hass gilt insbesondere den Juden. Sie haben sich daher von Zeitpunkt der Befreiung bis jetzt auch sehr ausgiebig an der Ausrottung dieser Rassen beteiligt. Es erscheint ihnen aber, was ich insbesondere beim lettischen Eisenbahnpersonal feststellen konnte, unverständlich, weshalb Deutschland die Juden nach Lettland bringt und sie nicht in eigenen Lande ausrottete.

Die Strassen in Riga dürfen von der Bevölkerung während der Nacht ohne Passierschein nicht betreten werden. Zu Schießereien ist es in der letzten Zeit nicht mehr gekommen. Auf den flachen Lande soll dieses jedoch noch immer der Fall sein. Zum Teil handelt es sich bei den Anruheroffizern um alte Kommunisten, zum Teil aber auch um von den Sowjets durch Fallschirm abgesetzte Saboteure in Zivil. Zur Bekämpfung dieses Gesindels sind Pol.Batl. in ausreichendem Umfang eingesetzt. In Riga selbst befinden sich sehr viele Stäbe der Hochschubeinheiten der Wehrmacht und auch solche der Polizei. Pol.-Truppenverbände sind in Riga nicht stationiert.

3.) Rückmarsch des Begleitkommandos.

Der Rückmarsch des Begleitkdo. nach Düsseldorf erfolgte am 15.12. mit dem um 15,01 Uhr nach Tilsit verkehrenden Zug. Der Zug war durch Wehrmachturlaubler stark besetzt und traf erst am 16.12. um 8 Uhr in Tilsit ein. Innerhalb brauchte er für die 360 km lange Fahrtstrecke 17 Stunden. Nach einem Aufenthalt von 3 Stunden verließ die Fahrt ab Tilsit mit dem fahrplanmäßigen Zügen über Insterburg, Königsberg, Marienburg, Dielschau reibungslos. Am 17.12. um 0,06 Uhr wurde Berlin erreicht. Bereits um 0,30 Uhr konnte ab Berlin ein Urlaubszug benutzt werden, der über Hannover, Hamm und Dortmund geleitet wurde und um 13 Uhr Düsseldorf erreichte. Die gesamte Rückfahrtzeit ab Riga betrug 46 Stunden, während für die Einfahrt mit dem Sonderzug 61 Stunden benötigt wurden.

4.) Erfahrungen.

- a) Die mitgegebene Verpflegung war gut und ausreichend.
- b) Die Mitnahme von 2 Decken, Kochgeschirren, Petroleumkocher, warmer Kleidung, Postenpfeisen und Filzstiefeln von den Männern sehr zu statten und ist auch für künftige Transporte empfehlenswert.
- c) Die Bewaffnung mit Pistolen und Karabinern war ausreichend, da in Litauen und Lettland Überfälle durch Partisanen auch

zu befürchten sind. Dagegen ist die Bewaffnung des Begleitkdo. mit M.F.s, L.M.G.s oder Handgranaten erforderlich, wenn Transporte nach Stütten geleitet werden, die in ehemalige russischen Gebiet liegen.

a) Die beiden Handsechswenfer haben sich gut bewährt. Ihre Mitnahme halte ich auch bei künftigen Transporten für unbedingt erforderlich. Ihre Anwendung habe ich von Züge aus vornehmen lassen, da sie für die Posten selbst sehr hinderlich waren und einen ständigen Gebrauch der Schusswaffe in Frage stellten.

γ Ebenso ist die Ausrüstung der Männer mit Taschenlampen, Brennbatterien sowie die Mitnahme von Kerzen als Notbeleuchtung nach wie vor erforderlich.

e) Die Unterstützung durch das Rote Kreuz muss ich lobend erwähnen. Inhaber auf die Verabreichung von Erfrischungen ist den Edo. von den in Anspruch genommenen Stationen jede nur erdenkliche Unterstützung zuteil geworden.

f) Zur Verabfolgung von Trinkwasser für die Juden ist es unbedingt erforderlich, dass die Gestapo mit der Reichsbahn für je einen Tag des Transportes 1 Stunde Aufenthalt auf einem geeigneten Bahnhof des Reichsgebietes vereinbart. Es hat sich herausgestellt, dass die Reichsbahn wegen des festgelegten Fahrplanes nur mit Widerwillen auf entsprechende Wünsche des Transportführers eingeht. Die Juden sind gewöhnlich vor Abgang des Transportes 14 Stunden und länger unterwegs und haben die mitgenommenen Getränke vor der Abfahrt bereits aufgebraucht. Bei einer Nichtverversorgung mit Wasser während des Transportes versuchen sie dann, trotz Verbot, bei jeder sich bietenden Gelegenheit aus dem Zuge zu gelangen, um sich Wasser zu holen oder holen zu lassen.

g) Es ist ferner dringend erforderlich, dass die Reichsbahn die Züge rechtzeitig, mindestens 3 - 4 Stunden vor der festgesetzten Abfahrt mit bereitstellt, damit die Einladung der Juden und ihres Gepöcks geordnet erfolgen kann.

Vor allen ist von der Gestapo mit der Reichsbahn zu vereinbaren, dass der gestellte Wagen für das Begleitkdo. (2.Kl.) gleich bei der Zusammenstellung in die Mitte des Zuges einrangiert wird. Diese Einrangierung ist aus Gründen der sicheren Überwachung des Transportes dringend notwendig. In anderen Fälle ergeben sich die im Ziff. 1 geschilderten Schwierigkeiten. Bei starker Kälte ist darauf zu achten, dass die Beheizungsanlagen des Zuges in Ordnung sind.

- 5.) Die gestellten Männer des Begleitkommandos haben zu menschenwertem Klagen keinen Anlass gegeben. Abgesehen davon, dass ich einzelne von ihnen zu schärferen Vorgehen gegen Juden, die keine erlassenen Verbote zu Übertreten glaubten, anhalten musste, haben sich alle sehr gut geführt und ihren Dienst einwandfrei versehen. Krankmeldungen oder Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

gez. Salitter
Hauptmann der Schutzpolizei.

Berichte von Paul Salitter und Hilde Sherman

Paul Salitters Bericht

1. Vorbereitung des Transports

Der für den 11. 12. 1941 vorgesehene Judentransport umfasste 1.007 Juden aus den Städten Duisburg, Krefeld, mehreren kleinen Städten und Landgemeinden ... Düsseldorf war nur mit 19 Juden vertreten. Der Transport setzte sich aus Juden beiderlei Geschlechts und verschiedenen Alters vom Säugling bis zum Alter von 65 Jahren zusammen.

Auf dem Wege vom Schlachthof [dem Sammelpunkt] zur Verladerrampe hatte ein männlicher Jude versucht, Selbstmord durch Überfahren mittels der Straßenbahn zu verüben. Er wurde jedoch von der Auffangeinrichtung der Straßenbahn erfasst und nur leicht verletzt. Er stellte sich anfänglich sterbend. Wurde aber während der Fahrt bald sehr munter, als er merkte, dass er dem Schicksal der Evakuierung nicht entgehen konnte. Ebenfalls hatte sich eine ältere Jüdin unbemerkt von der Verladerrampe, es regnete und war sehr dunkel, entfernt, sich in ein nahe liegendes Haus geflüchtet, entkleidet und auf ein Klosett gesetzt. Eine Putzfrau hatte sie jedoch bemerkt, so dass auch sie dem Transport wieder zugeführt werden konnte.

Hilde Shermans Zeugenaussage

1. Vorbereitung des Transports

... Der nächste Winter, das war mein Winter. Und zwar haben die Deportationen angefangen, als erstes meine Tante Sophie aus Köln mit ihrem Mann, Onkel Benno Wolf, die sind nach Lodz gekommen ... Das war 1941, Oktober/November ... und dann bekamen meine andere Tante mit ihrem Mann ... die Aufforderung zur Deportation und die Familie Winter auch, wo mein Freund herstammte, Kurt Winter. Und dann haben wir beschlossen zu heiraten, trotz allem wollten wir zusammen sein. Und so haben wir geheiratet, am 6. Dezember 1941 in dem winzigen Dorf, wo er mit seinen Eltern wohnte ... Am 10. Dezember sind wir zu meinen Eltern gegangen, um uns zu verabschieden. Inzwischen hatten meine Eltern versucht, in diese Transportliste eingereiht zu werden, aber sie wurden nicht aufgenommen. Sie wollten mit uns zusammen gehen. Sie haben sich freiwillig gemeldet ...

... und wir mussten mitnehmen – von der Gestapo befohlen – Gepäck und zwar jeder einen Koffer bis zu 50 kg. Und eine Bettrolle, die hatte 30 cm Durchmesser und war 70 cm lang mit Decken und so weiter. Und natürlich hat jeder versucht, die besten Sachen in diese Koffer zu pressen. Denn man wusste ja nicht, wie lange die halten mussten für die »Umsiedlung« in Anführungsstrichen. Jede Familie musste mitnehmen einen kleinen Ofen und Erbsen und Graupen und Reis und so weiter. Und wir konnten doch gar nichts kaufen. Wir konnten überhaupt nichts kaufen! So hat man angefangen zu tauschen. ...

Und so sind wir am 10. [Dezember 1941] in den Zug gestiegen. Ich hab mich von meinen Eltern verabschiedet, das war das zweite Mal in meinem Leben, dass ich meinen Vater hab weinen sehen. ... Er und mein Bruder haben uns zum Bahnhof begleitet, in Mönchengladbach. Und da stand schon der Zug mit Leuten aus Krefeld und der ganzen Umgebung.

... Mein Mann hieß Kurt Winter. Mit seiner Familie bin ich deportiert worden. Wir kamen an in Düsseldorf: Es war schon Dämmerung, wir mussten aussteigen und zu Fuß zum Schlachthof gehen. Und da wurden wir gesammelt. Ich erinnere mich noch, die älteren Menschen konnten schon damals nicht ihre Taschen tragen und haben sie einfach weggeschmissen, auf die Straße. Und damals habe

Paul Salitters Bericht

2. Abfertigung des Zuges

Die Ablassung des Transportes war für 9:30 Uhr vorgesehen, weshalb die Juden bereits ab 4 Uhr an der Verladerrampe zur Verladung bereitgestellt waren. Die Reichsbahn konnte jedoch den Sonderzug angeblich wegen Personalmangels nicht so früh zusammenstellen, so dass mit der Einladung der Juden erst gegen 9 Uhr begonnen werden konnte. Das Einladen wurde, da die Reichsbahn auf eine möglichst fahrplanmäßige Ablassung des Zuges drängte, mit der größten Hast vorgenommen. Es war daher nicht verwunderlich, dass einzelne Wagen überladen waren (60–65 Personen), während andere nur mit 35–40 Personen besetzt waren. Dieser Umstand hat sich während des ganzen Transportes nach Riga nachteilig ausgewirkt, da einzelne Juden immer wieder versuchten in weniger stark besetzte Wagen zu gelangen. Soweit Zeit zur Verfügung stand, habe ich dann auch in einigen Fällen, weil auch Mütter von ihren Kindern getrennt worden waren, Umbelegungen vorgenommen.

Hilde Shermans Zeugenaussage

ich gesehen, wie die Leute zugeschaut haben. Sie sind nicht auf die Straße gekommen. Sie haben hinter den Fenstern [zu]gesehen. Ich habe die Vorhänge gesehen, wie sie sich bewegt haben. So kann keiner sagen, dass er nicht gewusst hat, was passiert ist. Natürlich haben sie uns gesehen. Wir waren über tausend Menschen!

Und dann sind wir in den Schlachthof gekommen. Und da haben wir die ganze Nacht gestanden. Das stand so hoch unter Wasser. Das war eine fürchterliche Nacht. Das war der Anfang, da habe ich zum ersten Mal Schläge bekommen und zwar von einem hohen SS-Offizier, der beim Eingang stand. Und da ging eine steile Treppe hinunter in den Schlachthof und das ging nicht schnell genug. Und dann hat er mich gestoßen. Und dann hat er geschrien: »Auf was wartest du noch! Auf die Straßenbahn! Die wird für dich nie wieder fahren.«

Das war das erste Mal in meinem Leben, dass ich geschlagen worden bin. Und dass ich von einem fremden Menschen überhaupt berührt worden bin. Aber damit ging es los. Kurz darauf mussten wir uns nackt ausziehen und man hat uns die Sachen weggenommen ... Wir haben die Koffer nie wieder gesehen.

2. Abfertigung des Zuges

Am nächsten Morgen beim Morgenrauen dann ging es los, da sind wir rausgetrieben worden auf eine Rampe und der Zug ist nicht gekommen, es war bitter kalt. Und wir haben gestanden und gestanden, von 4 Uhr morgens bis ungefähr 9 Uhr. Dann sind wir eingeladen worden und die Reise ging los, am 11. Dezember.

Und ich erinnere mich, man hat [uns] die Handschuhe abgenommen. Und ich hatte eine Taschenlampe in der Hand. Alles das hat man uns weggenommen. Und einer hat gefragt die Bewachung, die SS-Leute:

»Wann kommt der Zug!« Und sie haben einen Knüppel rausgenommen und haben solange auf ihn geschlagen, bis er da liegengeblieben ist. Er ist gar nicht erst mitgekommen. Das war unser erster Toter. Damit fing es an. ...

Paul Salitters Bericht

Die Verladung der Juden war gegen 10:15 Uhr beendet. Nach mehrmaligem Rangieren verließ der Zug dann gegen 10:30 Uhr den Güterbahnhof Düsseldorf-Derendorf in Richtung Wuppertal, also schon mit einer Verspätung von einer Stunde.

3. Unterwegs

Nach dem letzten Rangieren in Düsseldorf stellte ich fest, dass der Wagen des Begleitkommandos (2. Klasse), anstatt in die Mitte des Zuges am Ende der Personenwagen, also als 21. Wagen einrangiert worden war. Hinter unserem Wagen befanden sich dann die 7 mit Gepäck beladenen Güterwagen. Die falsche Einrangierung des Begleitwagens hatte folgende Nachteile:

- a) Der Dampfdruck erreichte infolge fehlerhafter Heizungsanlagen die hinteren Wagen nicht. Infolge der Kälte konnte die Kleidung der Posten nicht trocknen (fast während des ganzen Transportes regnete es), so dass ich mit Ausfällen durch Erkrankung zu rechnen hatte.
- b) Dem Transportführer ging die Übersicht über den Zug verloren ... Außerdem versuchten die Juden immer wieder, sofort nach dem Halten in Bahnhofshallen mit dem reisenden Publikum in Verbindung zu treten, Post abzugeben oder sich Wasser holen zu lassen. Ich musste mich daher entschließen, 2 Posten in einem Abteil des vorderen Personenwagens unterzubringen.

...

So wurde ich von Bahnhof zu Bahnhof getröstet ... Der Zug hatte bereits 155 Minuten Verspätung.

4. Die Fahrt

... Um 10 Uhr [am 12. Dezember 1941] habe ich den Bahnhof Konitz verständigen lassen, dass der Zug dort etwa 1 Stunde Aufenthalt auf ein Nebengleis nehmen muss, um

- a) den leeren Wagen mit Juden zu beladen,
- b) die Versorgung der Juden mit Wasser vorzunehmen,
- c) die Umrangierung des Begleitwagens zu veranlassen,
- d) eine Erfrischung vom Roten Kreuz für die Begleitmannschaft in Empfang zu nehmen

...

Um 11:10 Uhr wurde Konitz erreicht. Ich konnte mein Vorhaben bis auf die Umrangierung des eigenen Wagens durchführen. Anfänglich wurde mir

Hilde Shermans Zeugenaussage

3. Unterwegs

Wir waren in einem Personenzug, damals haben sie noch keine Viehwaggons gebraucht. Wir waren derart eng gepresst, dass eine fürchterliche Hitze herrschte. Außerdem war Heizung, was gar nicht nötig gewesen wäre. Aber in einem anderen Waggon, wo nur Kinder waren, war überhaupt keine Heizung. Die sind fast erfroren ... Wir haben immer zum Fenster rausgesehen. Die Waggons waren von außen verschlossen. Aber wir konnten durch das Fenster sehen, ob die letzten Waggons noch dran waren – zwei, wo unser Gepäck drin war.

4. Die Fahrt

... Ich erinnere mich, uns hat ein fürchterlicher Durst gequält, weil Brot hatten wir mitgenommen, aber der Durst war entsetzlich. Und alle bekamen Fieber und diese Hitze in diesen Waggons. Und wir sind gekommen bis nach Insterburg, das ist vor der Grenze nach Polen gewesen, damaligen Polen. Und der Zug hat gehalten und wurde aufgeschlossen. Wir durften rausgehen und Schnee aufheben, so dass wir trinken konnten. [Der Schnee] ist geschmolzen, dann konnten wir trinken. Alle hatten hohes Fieber. Ich hab erst gar nicht meine Stiefel ausgezogen, weil die hätte ich nachher nicht mehr anbekommen mit den geschwollenen Beinen. Ich war die Einzige, die kein Fieber hatte, die aussteigen konnte und hab so viel Schnee aufheben können

Paul Salitters Bericht

dies zugesagt, dann erklärte mir der Stationsvorsteher, dass die Einrangierung des Wagens in die Mitte des Zuges ... nicht durchführbar sei ... dass er den Zug sofort wieder abfahren lassen müsse und ein Rangieren jetzt, es waren inzwischen 50 Minuten vergangen, nicht mehr möglich sei. Das Verhalten des Stationsvorstehers erschien mir unverständlich, weshalb ich ihn in energischer Weise zur Rede stellte und mich beschwerdeführend an die zuständige Aufsichtsstelle wenden wollte. Er erklärte mir darauf, dass diese Stelle für mich nicht zu erreichen sei, er seine Anweisungen habe und den Zug sofort abfahren lassen müsse, weil 2 Gegenzüge zu erwarten seien. Er stellte sogar das Ansinnen an mich, einen Wagen in der Mitte des Zuges von Juden zu räumen, ihn mit meinem Kdo. [Kommando] zu belegen und die Juden im Begleitwagen 2. Klasse unterzubringen. Es erscheint angebracht, diesem Bahnbediensteten von maßgeblicher Stelle einmal klar zu machen, dass er Angehörige der Deutschen Polizei anders zu behandeln hat als Juden. Ich hatte den Eindruck, als ob es sich bei ihm um einen von denjenigen Volksgenossen handelt, die immer noch von den »armen Juden« zu sprechen pflegen und denen der Begriff »Jude« völlig fremd ist ...

Um 1:50 Uhr ging es weiter nach Tilsit. Auf dieser Station nahe der ostpreußisch-litauischen Grenze wurde auf meine erneute Bitte in Insterburg hin der Wagen des Begleitkdos. nach vorn rangiert und erhielt endlich Heizung. Die Wärme wurde von der Begleitmannschaft sehr wohltuend empfunden, da die Uniformen der Posten infolge des auf der ganzen Fahrt fast ununterbrochen anhaltenden Regens völlig durchnässt [waren] und nunmehr getrocknet werden konnten ...

Von hier [der litauischen Stadt Tauroggen] aus sollte die Fahrt bis Riga normal nur noch 14 Stunden betragen. Infolge des eingleisigen Bahngeländes und der Zweitrangigkeit des Zuges in der Abfertigung gab es auf den Bahnhöfen oft lange Verzögerungen in der Weiterfahrt.

... Auf dem Bahnhof Schaulen (1:12 Uhr) wurde die Begleitmannschaft von Schwestern des Roten Kreuzes ausreichend und gut gepflegt ... In Schaulen wurde in allen Judenwagen durch litauisches Eisenbahnpersonal die Lichtzufuhr abgestellt.

5. Das Ende der Fahrt

... Die Ankunft in Riga erfolgte um 21:50 Uhr, wo der Zug auf dem Bahnhof 1 ½ Stunden festgehal-

Hilde Shermans Zeugenaussage

mit Geschirr, dass ich in den Nachbarwaggon auch noch [Schnee] reichen konnte, zum Fenster rein. Und [ich] bin ausgestiegen und bin auf den Bahnsteig gelaufen. Am Ende habe ich einen Briefkasten gesehen. Ich hatte vorbereitet eine Karte für meine Eltern. Und hab geschrieben, wenn sie soweit sind, dass sie nur warme Sachen mitnehmen, warme Sachen, warme Sachen. Diese Karte ist tatsächlich angekommen, hat mir nachher eine Bekannte erzählt. So sind wir gefahren drei Tage und vier Nächte durch Litauen. Da hab ich gesehen – das hat mich so beeindruckt – winzige Bauernhütten mit Schilfdächern, [die] man gar nicht kannte von Deutschland her. Und Ziehbrunnen! Und das war das erste Mal in meinem Leben, dass ich einen Ziehbrunnen gesehen habe. In Deutschland gab es das nicht, da waren Wasserleitungen. Und daneben standen die Menschen mit Filztiefeln bis zum Knie und Schafspelzen an, sehr miserabel. Da habe ich gedacht: »Mein Gott, diese Litauer! Das sind alles so gute Katholiken, wenn das das Leben von denen ist unter der deutschen Besatzung, was wird erst mit uns sein, als Juden, als Deportierte?« ...

5. Das Ende der Fahrt

Plötzlich blieb nachts der Zug stehen und wir wussten überhaupt nicht, wo wir waren. Im Morgen-

Paul Salitters Bericht

ten wurde ... Am 13.12., um 23:35 Uhr, erreichte der Zug nach vielem Hin- und Herrangieren die Militärrampe auf dem Bahnhof Schirotawa. Der Zug blieb ungeheizt stehen. Die Außentemperatur betrug bereits 12° unter Null ... Die Übergabe des Zuges erfolgte alsdann um 1:45 Uhr. Gleichzeitig wurde die Bewachung von 6 lettischen Polizeimännern übernommen. Da es bereits nach Mitternacht war, Dunkelheit herrschte und die Verladerampe stark vereist war, sollte die Ausladung und die Überführung der Juden in das noch 2 km entfernt liegende Sammelghetto erst am Sonntag früh beim Hellwerden erfolgen ... Ich selbst erhielt Unterkunft im Gästehaus des höheren SS- und Polizeiführers, Petersburger Hof, am Schloßplatz 4 ...

Riga umfasst etwa 360.000 Einwohner, darunter befanden sich etwa 35.000 Juden. Die Juden waren in der Geschäftswelt wie überall führend. Ihre Geschäfte sind jedoch sogleich nach dem Einmarsch der deutschen Truppen geschlossen und beschlagnahmt worden. Die Juden selbst wurden in einem durch Stacheldraht abgeschlossenen Ghetto an der Düna untergebracht. Z.Zt. sollen sich in diesem Ghetto nur 2.500 männliche Juden, die als Arbeitskräfte verwendet werden, befinden. Die übrigen Juden sind einer anderen zweckentsprechenden Verwendung zugeführt bzw. von den Letten erschossen worden.

... Das lettische Volk ist, soweit ich ... beobachten konnte, deutschfreundlich und spricht auch zum großen Teil deutsch. ... Ihr Hass gilt insbesondere den Juden. Sie haben sich daher vom Zeitpunkt der Befreiung bis jetzt auch sehr ausgiebig an der Ausrottung dieser Parasiten beteiligt. Es erscheint ihnen aber, was ich insbesondere beim lettischen Eisenbahnpersonal feststellen konnte, unverständlich, weshalb Deutschland die Juden nach Lettland bringt und sie nicht im eigenen Lande ausrottete.

Erfahrungen:

- a) Die mitgegebene Verpflegung war gut und ausreichend ...
- b) Die Mitnahme von ... warmer Kleidung, Postenpelzen und Filzstiefeln kam den Männern sehr zu statten und ist auch für künftige Transporte wünschenswert ...
- c) ...
- d) Die beiden Handscheinwerfer haben sich gut bewährt ...
- e) Die Unterstützung durch das Rote Kreuz muss ich lobend erwähnen ...

Hilde Shermans Zeugenaussage

grauen hat man ein Schild gesehen, Schirotawa. »Wo ist Schirotawa, was ist Schirotawa?«

Es war eine bittere Kälte. So gegen halb zehn hörte man Hundgekläff und es sind SS-Leute vorgefahren und haben den Zug von beiden Seiten umzingelt. Die Türen wurden aufgerissen, und dann ging das Gebell los:

»Raus, raus! Schnell, schnell!« Und wir mussten raus und die letzten mussten mit den Händen die Waggons sauber machen, weil was anderes war nicht da.

Und wir mussten uns aufstellen auf der Bahnrampe. Und dann kam ein Auto vorgefahren mit zwei hohen SS-Offizieren. Die stiegen aus, und ich erinnere mich, dass [einer] angefangen hat zu brüllen: »Fünferreihen! Und Marsch ins Ghetto!«

...

[Herr] Meier aus Gort – das war auch ein kleines Dorf in der Nähe von Düsseldorf – der hatte zwei Kinder auf dem Arm, zwei kleine Jungen. Der hat ... gefragt: »Herr Kommandant, ist es sehr weit bis zum Ghetto!« Statt ihm zu antworten, hat er seinen Stock hochgehoben – den habe ich im Leben nicht vergessen, den Stock, ein schwarzer Stock mit einem silbernen Knauf und hat ihm ins Gesicht geschlagen. Und [er] hat den Hund losgelassen, einen Schäferhund, und der hat sich auf ihn gestürzt und der Mann fiel zu Boden und die beiden Kinder natürlich auch. Und wie er aufgestanden ist, war sein ganzer Mund ein blutiges Gerinnsel und die Zähne haben [ihm] gefehlt. Das war der erste Eindruck von Lettland, von Riga, von Schirotawa ...

Es war ein fürchterliches Glatteis ... Das sind ungefähr ... 20, 25 Kilometer von Schirotawa ins Ghetto. Und dann haben die Leute ihre Taschen von sich geworfen. Und die Letten haben nicht nur zugeguckt, sie haben direkt gestohlen. Sobald der [Menschen-] Zug vorbei war, haben sie alles aufgeklaut, was auf dem Boden lag. Dann ging es durch einen Vorort, ... sehr miserabel. Und dann rechter Hand einen kleinen Hügel aufwärts. Und dann war [da] ein riesen-großes Tor, ein Eisentor, und das ging auf und wir waren im Ghetto ...

Quelle:

Yad Vashem Archive 0.3/7337 (Das aufgezeichnete und transkribierte Interview wurde für diese Materialsammlung gekürzt.)

Paul Salitters Bericht

- f) Zur Verabfolgung von Trinkwasser für die Juden ist es unbedingt erforderlich, dass die Gestapo mit der Reichsbahn für je einen Tag des Transportes 1 Stunde Aufenthalt auf einem geeigneten Bahnhof des Reichsgebiets vereinbart. Es hat sich herausgestellt, dass die Reichsbahn wegen des festgelegten Fahrplanes nur mit Widerwillen auf entsprechende Wünsche des Transportführers eingeht. Die Juden sind gewöhnlich vor Abgang des Transportes 14 Stunden und länger unterwegs und haben die mitgenommenen Getränke vor der Abfahrt bereits aufgebraucht. Bei einer Nichtversorgung mit Wasser während des Transportes versuchen sie dann, trotz Verbot, bei jeder sich bietenden Gelegenheit aus dem Zuge zu gelangen, um sich Wasser zu holen oder holen zu lassen.
- g) Es ist ferner dringend erforderlich, dass die Reichsbahn die Züge rechtzeitig, mindestens 3–4 Stunden vor der festgesetzten Abfahrtszeit bereitstellt, damit die Einladung der Juden und ihres Gepäcks geordnet erfolgen kann.

Vor allem ist von der Gestapo mit der Reichsbahn zu vereinbaren, dass der gestellte Wagen für das Begleitkdo. (2. Kl.) gleich bei der Zusammenstellung in die Mitte des Zuges einrangiert wird. Diese Einrangierung ist aus Gründen der sicheren Überwachung des Transportes dringend notwendig ... Die gestellten Männer des Begleitkommandos haben zu nennenswerten Klagen keinen Anlass gegeben. Abgesehen davon, dass ich einzelne von ihnen zu schärferem Vorgehen gegen Juden, die meine erlassenen Verbote zu übertreten glaubten, anhalten musste, haben sich alle sehr gut geführt und ihren Dienst einwandfrei versehen.

Gez.: Salitter
Hauptmann der Schutzpolizei

Quelle:
Yad Vashem Archive 0.2/1145

Hilde Shermans Zeugenaussage

METHODISCHER HINWEIS: RECHTSCHREIBFEHLER WURDEN IN BEIDEN TEXTEN KORRIGIERT.

1

V.C.C. 155/VII
O.C.C. 23/4
 (F-18-30/2)
 IC/1

Liste über die am 11. 12. 1941
 aus dem Gestapobereich
 DÜSSELDORF nach RIGA
 zu evakuierenden Juden.

18-30/2-1

Liste
 über die am 11. Dezember 1941 nach Riga zu evakuierenden Juden.

Name	Vorname	Geburts- datum u. Ort	Beruf	Kommt Vermögen zur Einziehung
Abraham	Alfred I.	6.12.78 o.	o.B.	ja
"	Selma S.			2.-
"	Willy I.	16. 3.85 Schlohan	Kaufmann	ja
"	Ilse S.	28. 5.02 Krefeld	o.B.	ja
"	Hedwig I.	31.10.24 Rheydt	Hilfsarb.	ja
Abraham	Bernh. I.	21. 6.76 Rheide	Hilfsarb.	ja
Adler	Sara Lotte	12. 8.29 Düsseldorf	Müllerin	ja
Albersheim geb. Isaacson	Helma S.	17. 7.79 Dinslaken	o.B.	ja 20.94
Alexander geb. Leven	Henriette S.	12.12.02 Odenkirchen	Müllerin	ja
Alexander	Gert M. I.	23.10.32 M.-Gladbach	o.B.	
Amholz	Willy E.	2. 8.85 Stargard i.P.	Kaufm.	ja
Amholz geb. Cohn	Helene Sara	3.10.85 Winnenberg	o.B.	
Amholz	Ruth S.	3. 9.22 Düsseldorf	Schneid.	3.-
"	Margot S.	2. 3.24 Düsseldorf	o.B.	
AST	Jakob I.	26.12.92 Niederoulin	Hilfsarb.	ja
AST	Henny S.	22. 3.93 M.-Gladbach	o.B.	11.38

AST	Ilse S.	20. 4.26 Arnberg	Hilfsarb.	ja	2
Bacharach	Walter I.	5. 1.09 Manabach	Landarb.	ja	
Barooh geb. Karstgens	Frida S.	30. 6.11 Bedburdyk	o.B.	ja	53
Barooh	Jakob I.	5. 6.20 Duisburg	Arbeiter	ja	
Barooh geb. Bernhardt	Helma S.	25. 9.18 Wickrath	o.B.	ja	
Barooh	Karl I.	12. 7.40 Duisburg	o.B.	-	
Barooh	Eduard I.	6. 2.92 Köln	Heiser	ja	
Barooh geb. Goppel	Frieda S.	24. 8.11 Vluyt	o.B.	ja	6.70
Baum	Markus I.	22. 9.01 Schrimm	Arbeiter	ja	
Baum geb. Loif	Meta S.	22.10.08 Moschin	o.B.		
Baum	Heinz I.	19.12.30 Wesel	o.B.		
Baum	Ruth S.	2. 3.32 Wesel	o.B.		
Baum	Marianne S.	14. 2.33 Wesel	o.B.		
Baum	Frieda S.	5. 3.34 Wesel	o.B.		
Baum	Dora S.	17. 1.36 Wesel	o.B.	-	
Baum	Augusto S.	28. 1.80 Schrimm	o.B.	ja	
Baum	Arthur I.	21. 6.95 D.dorf	Schild.Maler	-	
Baum geb. Heumann	Herta S.	26. 6.02 Friesheim	o.B.	-	
Baum	Günter I.	13. 8.34 Krefeld	o.B.	-	
Baum geb. Abraham	Sofie S.	8. 6.66 D.dorf	o.B.	ja	
Baum	Hilde S.	23. 2.11 Viereen	o.B.	-	
Berg	Isidor	31. 3.78 Oberhausen.B.		ja	

Berg geb. Heymann	Sofie S.	3. 3.80 Würde	o.B.	ja	3
Berger	Emma	8. 3.93 Pesehinsko.B.		ja	
Berger geb. Weinstraub	Max I.	8. 4.23 Duisburg	Arbeit.	a	
Berger	Charl.S.	11. 6.26 Duisburg	Arbeit.	-	
Berger	Alfred I.	22. 5.04 Bickelheim	Anstreich.	ja	
" geb. Cohn	Elf. S.	5.12.95 Horstmar	o.B.	-	20.10
Berger	Sally I.	16. 1.39 Krefeld	o.B.	-	
Berger	Walter Ia.	7.10.29 Krefeld	o.B.	-	
Berney	Herbert I.	18. 6.10 M.Gladbach	Arbeit.	ja	
B geb. Egenhäuser	Berta S.	26. 3.04 Mannheim	Müllerin	ja	
Bernhard geb. Warschawski	Klara S.	27. 1.92 London	o.B.	ja	
"	Sara	12.11.83 Hees	o.B.	-	
Blankenstein	Herta S.	6. 3.80 Krefeld	o.B.	-	
"	Johanna S.	22.12.86 Krefeld	Verkauf.	ja	
Bleech geb. Frankenberg	Helene S.	31.12.93 Kockling- hausen	o.B.	ja	81
"	Helmut I.	3. 9.19 D.dorf	Lehrling	ja	
"	Sally I.	7. 8.81 Hochmün- kirch	Prokurist	ja	
Bloch	Theodor I.	22. 5.84 Susha- Lants	Kaufmann	ja	
"	Mili S.	11. 2.07 Duisburg	o.B.	-	
"	Emma	7.12.38 Duisburg	o.B.	-	
"	Hans I.	19.12.36 Frankfurt	o.B.	-	

-4-

4					
Braun	Albert I.	10. 3.80	Schren	O.B.	ja
"	geb. Gohn	Erna S.	10. 7.01	Nyslowitz Arbeit.	ja
"		Frits Em.	23. 6.32	Brüggen O.B.	-
"		Kanata S.	22.11.33	Brüggen O.B.	-
Brockers	Henriette H.	28.11.13	Rheydt	Arbeit.	- 75
"	geb. Levy	Rosalie S.	5.11.86	dto. O.B.	ja
"		Sybille S.	11. 1.22	dto. Arbeit.	-
Bruhn	Leo I.	4. 2.79	Boisheim	Arbeit.	ja
"		Berta S.	29. 5.91	Bracht Heimarb.	ja
"		Irsgard S.	7. 6.25	Insterburg Arbeit.	ja
"		Rudolf I.	20. 5.08	Dülken Hilfsarb.	ja
"	geb. Goldschmidt	Selma S.	20. 4.03	Kempen Heimarb.	ja 10,-
"		Ilse S.	16. 1.34	Kempen O.B.	ja
Bruckmann	Jenny S.	21. 7.02	Ueek	Mäherin	- X
"	geb. Trenn	Rosa S.	31. 3.09	Oderheim dto.	- 20.20
"		Friedrich I.	4.11.99	Goch Mäher	ja
"		Albrecht I.	9. 1.83	Krefeld Weiser	ja
"	geb. Kissner	Mirjam S.	31. 7.92	Warschau O.B.	- 11.75
"		Manuela S.	8. 9.32	Krefeld O.B.	-
"		Kurt I.	27. 4.04	Krefeld Hilfsarb.	-
"	2.1	Berta S.	27. 5.87	Kanten O.B.	ja 20

-5-

5					
Bruckmann	Johanna S.	21. 6.81	Kanten	O.B.	ja
Buchdahl	Sofie S.	23. 4.80	Lichtenau	Haushilt.	ja 10.-
Bukenzer	Marta S.	28. 8.80	Kulm	O.B.	ja
Buschhoff	Max Is.	20. 2.79	Mörs	Arbeiter	ja
"		Marta S.	2. 8.90	Dortmund O.B.	- 15.-
"	geb. Feldheim	Adèle S.	1. 5.91	Babin O.B.	ja - 20
"		Wilhelm I.	12. 1.77	Hrajowa O.B.	ja
/x					
87					

-6-

6						
Oahn	Alma S.	18. 1.91	Moers	O.B.	- 7.-	
"		Betty S.	17. 8.88	Moers O.B.	- 6.64	
"		Emma S.	15. 6.71	Oreoy O.B.	ja 3.24	
"		Er. Ida S.	24. 7.95	Moers Ärztin	- 8.63	
"		Sabine S.	30. 5.65	Steinbach O.B.	ja 5.-	
"	geb. Kats	Yea S.	17. 1.25	Camp O.B.	ja 30.-	
"		Rosa S.	29.10.33	Camp O.B.	ja	
"		Elsa S.	29. 3.96	Hawitsbeck O.B.	ja	
"	geb. Richwald	Walter Is.	16.12.95	Camp Tiefbauarb.	ja	
"		Jakob I.	3. 11.77	Kündorf Hilfsarb.	ja	
"		Rosa S.	11. 6.91	Kalden- kirchen O.B.	-	
"	geb. Sanders	Walter I.	28. 9.24	dto. Gärtner	-	
Obayan	Moritz I.	5. 7.07	Tarnów	O.B.	ja	
"		Golda S.	24. 0.55	Ostina O.B.	-	
"	geb. Teittelbaum	Gallmann	Siegfr. I.	18. 5.92	Duisburg Tiefbauarb.	ja
"		Jenny S.	31.12.88	Leitner O.B.	ja	
"	geb. Sternberg	Krnat Is.	9. 2.23	Mörs Mechaniker	ja	
"		Loni S.	26. 9.24	Mörs Hausgehilf.	ja 1.58	
Oarsch	wastav I.	24. 2.87	Milhelm	Setzger	ja	
"		Sibilla S.	17. 7.85	Bürth O.B.	-	
"	geb. Gahn	Cohen	Elsa S.	8. 4.00	Breyell O.B.	ja 102
"	geb. Levy					

-7-

7						
Cohen	Abr. Isr.	31.10.89	Kalden- kirchen	Malter	ja	
"		Friederike H.	22.8.81	Anrath Invalid.	-	
"		Arthur I.	21. 8.79	Oberhausen Hilfsarb.	ja	
"		Elfriede S.	2. 9.77	dto. O.B.	-	
"		Erich I.	11.10.11	Einieburg Bauarb.	-	
"		Paula S.	6. 7.83	Hbenroth O.B.	-	
"	geb. Manfmann	Cahn	Julius I.	21. 8.05	Hanberg Bauarb.	ja
"		Margot S.	11. 8.09	Krefeld Buchhilt.	-	
"	geb. Siskind	Laine S.	11. 1.91	Werbürg Hausang.	ja 2.61	
"		Jakob I.	27. 9.84	Lilbeck Arbeiter	ja	
"		Heinz I.	27. 9.14	Duisburg Gärtner	-	
"		Leopold I.	14.11.80	dto. Arbeiter	-	
"		Werner I.	2. 6.09	Duisburg Tiefbauarb.	ja	
"		Julia S.	10. 6.19	Knoden u.Z.	ja	
"	geb. Stern	Joel	27. 7.41	Milheim O.B.	-	
Cohen	Albed I.	18. 7.11	Aldenhoven	Arbeit.	ja	
"		Grete S.	19. 3.03	Korndorf- kreuz O.B.	ja	
Oppel	Henriette S.	22. 5.87	Homburg	O.B.	ja 10.-	
"		Karl Is.	26. 6.16	Vluyn Arbeiter	ja	
"		Paul Is.	18. 9.89	Homburg O.B.	ja	
"		Helene S.	19.12.86	Duisburg O.B.	ja - 105	
"	geb. Abraham					

-8-

Coppel	Melene S.	28. 8.87	Moers	e.B.	-	10.-
"	Dr. Julius I.	9. 1.80	Homburg	Tierarzt	ja	
"	Karl Is.	14.11.81	Vluyn	Invalid.		24.-
"	Gudula S. geb. Jonas	21. 94	Walberberg	e.B.	ja	
"	Günter I.	23. 8.30	Moers	e.B.	ja	
Classen	Clara S.	21. 3.90	Aachen	e.B.	ja	
"	Max Is.	6.10.85	Mülstrath	Mikrostromer	ja	
Cusack	Clara S.	29.10.88	Anholt	e.B.	ja	

117

-9-

Dahl	Louis I.	9. 5.79	Dormagen	Arbeiter	ja	9
Dahl	Sofia S. geb. Katz	14. 1.86	Ekin	e.B.	ja	
"	Jakob I.	10. 1.16	Dormagen	Bauarb.	ja	
"	Kama S.	17. 3.21	dto.	Hausgehilf.	ja	
Daniel	Hilde S.	4.10.19	Frismarheim	Hausang.		8.01
"	Ute S.	12. 2.23	dto.	Hausang.	-	4.50
"	Klara S. geb. Kaufmann	23. 7.93	Kirscheifen	e.B.	ja	4.81
Daniel	David I.	8.10.78	Frismarheim	Bauarb.	ja	4.80
"	Luisa S. geb. Solig	23. 6.91	Berghofen	e.B.	-	51.80
"	Hans Is.	1. 3.22	Krefeld	Arbeiter		
"	Jakob I.	30.10.85	Krefeld	Hilfsarb.	ja	
Daniels	Arthur I.	16. 1.81	Krefeld	Landwirt	ja	
"	Marta S. geb. Servos	9.10.37	Krefeld	e.B.	ja	
"	Mannelore S.	3. 2.21	Krefeld	e.B.	ja	13.56
Dank	Frieda S.	15. 5.24	Oberhausen	Hausgehilf.	ja	
David	Paula S.	22.10.95	Milla	e.B.	ja	13.-
"	Ella S.	9. 2.99	Rödingen	Handarb.	ja	
Dermaan	Namuel	15. 4.96	Michalkowitz	Hilfsarb.	ja	
Devries	Ruth S.	22. 3.26	Uedem	Hilfsarb.	-	25.91
"	Milde S.	1. 8.23	Uedem	Mäherin	-	92.99
"	Selma S. geb. Frank	3.10.91	Goch	Arbeiterin	ja	1.35

-10-

-10-

Devries	Mathild. S.	11.11.79	Krefeld	e.B.	ja	10.-
Eichenwald	Otto I.	20. 1.06	Horstmar	Arbeiter	ja	
"	Ruth S. geb. Albersheim	25. 8.15	Billerbeck	Hilfsarb.	ja	10.-
"	Wolff I.	27. 8.36	dto.	e.B.	-	42.94
"	Eva S.	15.12.37	dto.	e.B.	-	
Eichwald	Philippine S.	9. 3.89	Havigsbeck	e.B.	-	
Eikam	Sofia S.	28. 4.75	Esterich	e.B.	ja	
"	Henriette S.	27.11.81	dto.	Mäherin	ja	
"	Rosalie S.	30. 5.89	dto.	e.B.	ja	
"	Marta S.	21.11.03	dto.	Mäherin	ja	
Elberger	Walter Ier.	15.11.95	Iserlohn	Hilfsarb.	ja	
Engel	Habel S. geb. Abraham	30. 6.76	Orlinghausen	e.B.	ja	1.-
Erman	Heinrich I.	7. 6.74	Wittlich	Landwirt	ja	
Erman	Siegmond I.	20. 2.76	dto.	Metzger	ja	
Essey	Klara S. geb. Leven	25. 1.02	Krefeld	Hilfsarb.	ja	19.64
Enters	Ella S. geb. Pinkert	10. 6.84	Hannover	Arbeiterin	ja	11.-
Evers	Henriette S. geb. Kramer	5.12.11.94	Hürtgen	e.B.	ja	

-11-

-11-

Falkenstein	Pauline S. geb. Levi	25.12.79	Gersweiler	e.B.	ja	11
"	Walter Is.	29.10.99	Hochneukirch	Arbeit.	ja	50.-
"	Kurt I.	5.10.03	dto.	Ml.techn.	ja	
"	Betty S. geb. Mähnenheim	3. 8.09	Dargun	Mäherin	ja	
"	Ilse S.	10. 6.22	Hochneukirch	dto.	-	
"	Martha S.	28. 3.82	Fischeln	e.B.	ja	
Flachs	Bernhard I.	21.12.78	Stettin	Arbeiter	ja	
"	Ilse S.	29.10.08	Hamborn	e.B.	ja	21.-
Forst	Kama S. geb. Korus	11. 3.80	Donsbeck	e.B.	ja	8.-
Frank	Hedwig S.	1. 7.90	Köln	Hausangest.	ja	
Franken	Josef I.	18. 2.96	Harbern	Anstreich.	ja	
"	Kona S.	9. 8.98	Vesel	e.B.	-	5.-
"	Herbert I.	30.11.26	Emmerich	Anstreich.	-	
"	Johanna S.	21. 2.99	Sons	e.B.	ja	
Frankenberg	Friedr. Is.	6.10.90	Beeklinghausen	Uhrm.	ja	
"	Sabine S.	7. 1.88	Hochneukirch	e.B.	-	
"	Margot S.	6. 6.19	dto.	Mäherin	ja	
"	Kurt Is.	23. 5.23	Hochneukirch	Schlosser		
"	Hans Josef	13. 1.25	dto.	Schlosser	ja	
Frankel	Frieda S.	14. 4.94	Jüchen	e.B.	ja	
"	Berta S.	18.10.85	Jüchen	e.B.	ja	
"	Jettchen geb. Schwars	16. 8.81	Jülich	e.B.	ja	

-12-

-12-

12

Frenkel	Rudi H.I.	6.10.14	Wühen	Landarb.	ja	
"	Julius I.	2. 3.60	Odenkirchen	Kaufm.	ja	
Frenkel	Liesel U.	12. 4.15	Rheydt	Hilfsarb.	ja	
Frenkel	Hana A.I.	11.10.22	dto.	Kfm.-Lehrl.	ja	
"	Julie S.	22. 8.86	Neuss	o.B.	ja	
Freund	Heins I.	6.10.22	H.-Gladbach	Schlosser	-	
"	Ida Sara	20. 5.83	Münster	o.B.	ja	
"	geb. Weinberg					
Frühling	Anna S.	16. 3.88	Krefeld	Mäherin	ja	
"	Helena S.	17.12.84	Krefeld	o.B.	ja	
Frohmann	Hana S.	8. 1.78	Deuel	o.B.	ja	
"	geb. Hers					
"	Helene S.	14. 4.76	Niechrode	o.B.	-	0.85
Funke	Alfred I.	25. 7.88	Schmallenberg	o.B.	-	2.09

12

13

Gans	Louis I.	21.3.72	o.B.	Samrich	ja	
"	Regina Sara	4.11.88	"	Warndorf	ja	
"	geb. Spiegel					
Geisenberg	Heta S.	2.3.85	"	Oula	ja	
Gerber	Mächen S.	24.4.83	"	Westerstede	ja	
"	geb. Frank					
Gerber	Helmut I.	30.7.07	Hilfsarbeiter	Kamen	ja	
Gerber	Hilde S.	11.2.09	Kontoristin	Kamen	5.63	
Gerson	Klfriede S.	14.6.89	o.B.	Hills	25.18	ja
Gerson	Johanna S.	13.1.85	geb. Kaufmann	Sattenscheid	9.10	ja
Gerson	Karl I.	5.6.78	Schneider	Rheiberg	ja	
Gärtner	Laib I.	23.6.00	Hilfsarbeiter	Kolbussara	ja	
Gertner	Sara	19.3.99	Ehefrau	Stasemann	ja	
"	geb. Stasemann			Reimator		
Goldbach	mil I.	22.11.92	Bauhilfsarbeiter	Dortmund-Brake	-	
Goldbach	Selma S.	4.4.90	Horschbach		20.-	ja
Goldfarb	Klins	7.2.96	Arbeiter	Warochan	ja	
Goldfarb	Lejeia Sara	16.3.08	Ehefrau	Kalusa	ja	
"	geb. Mächel					
Goldfarb	Leo I.	17.3.35	Hausarb.		-	
Goldmann	Frits I.	1.12.88	riefenarbeiter	Berlin	ja	
Goldmann	Berta S.	18.6.91	Ehefrau	Jolyne	ja	
Goldschmidt	Walter I.	9.4.03	Kaufmann	Krefeld	ja	
Goldschmidt	Bally	1.6.71	Kaufmann	Bühne	ja	
Goldschmidt	Whea S.	16.5.05	Hausangestellte	Krefeld	ja	
Goldschmidt	Lee I.	9.8.37	Viehbläder	Cott	ja	
"	Cott					
Goldschmidt	Rosa S.	16.12.78	Mäherin	Cott	ja	

13

14

Goldschmidt	Hedwig S.	23.2.94	o.B.	Schmallenberg	2.73	
"	geb. Funke					
"	Lore S.	27.3.28	"	Schmallenberg	-	
"	Ruth S.	27.10.20	Arbeiterin	Schmallenberg	-	
"	Hail I.	29.3.87	Arbeiter	Städtlohn	ja	
"	Hedwig S.	10.7.87	Hausfrau	Städtlohn	-	
"	geb. Levy					
"	Hise S.	15.6.41	Mäherin	Städtlohn	-	
"	Liska					
"	Richard I.	25.4.24	Lehrling	Städtlohn	-	
"	Hans I.	26.6.01	Arbeiter	Milhelm-Buhr	-	
"	Margarete S.	12.9.05	Ehefrau	Rotenburg	14.46	
"	geb. Brandes			b. Fulda		
"	Hargit S.	5.3.31	-	Anchen	3.65	
Gompertz	Siegfried E.	25.1.88	Vertreter	Krefeld	-	
"	Sylvia S.	24.9.91	Ehefrau	Krefeld	-	
"	geb. David					
"	Ruth S.	9.2.22	Schneiderin	Düsseldorf	-	
Gottensträter	Berta S.	5.8.00	o.B.	Eckweiler	-	
"	geb. Hers					
"	Hankardax	4.7.26	o.B.	Hausborn	-	
"	Horst Israel					
"	Werner I.	20.12.21	Klempner	Hausborn	-	
Gottschalk	Moosa S.	30.4.80	o.B.	Repeien	40-ja	
"	geb. Moosa					
"	Martha S.	22.1.11	o.B.	Neus	50-ja	
Gradus	Aaron I.	29.10.86	Anstreicher	Kassel	ja	
Gradus	Sara	10.2.85	-	Oberrees	ja	
"	geb. Wolff					
"	Henny S.	25.7.24	Hausgehilfin	Hausborn	2.14	
"	Leo I.	18.4.15	Kaufmann	Hausborn	289	

14

15

Gradus	Henny S.	2.2.20	Kontoristin	Glehn	2.26	ja
"	geb. Schmoek					
Gradus	Karl I.	10.8.10	Arbeiter	Dinslaken	-	
Graswald	Erich I.	7.6.12	Hilfsarbeiter	Krefeld	-	
"	Erna S.	8.8.20	Verkäuferin	Krefeld	-	
Graswald	Bertha S.	21.3.89	o.B.	Naunen	-	
"	Moosa	14.4.88	o.B.	Hausborn	-	
"	Brüder ?					
Grustein	Leopold I.	2.7.77	o.B.	Esslingen	ja	
Gundmann	Sons S.	10.6.83	-	Sachsenhausen	39	
"	geb. Hirsch					
Günther	Hedwig S.	9.10.93	Arbeiter	Kleve	50-	ja
"	geb. Hirsch				3.05	
"	Hona S.	21.7.90	Mäherin	Kleve	ja	
Gutmann	Bertha S.	11.2.87	o.B.	Unterath	10.-	ja
Gutmann	Betty S.	3.1.81	o.B.	Komburg	20.-	ja
"	Goppa					
Handgriff	Alexander I.	22.3.92	o.B.	Hien	ja	
Handgriff	Sahel	16.11.94	o.B.	Dabrowa	-	
"	geb. Billet					
Harf	Simon I.	3.11.05	Hilfsarbeiter	Beckrath	ja	
Harf	Lina S.	18.11.06	Hausfrau	Kaldenkirchen	1.90	ja
"	geb. Sanders					
Harf	Ruth S.	1.5.38	...	Kaldenkirchen	ja	
"	Gustav I.	19.2.91	Kaufmann	Wickrathberg	ja	
"	Meta S.	13.4.03	Hausfrau	Kettwig	ja	
"	geb. Seligmann					
"	Hermann I.	24.3.51	Schüler	Pickrath	-	
"	Sigund I.	5.2.07	Büglar	Pickrath	ja	
"	Hona S. geb. Zander	7.6.08	Mäherin	Wanlich	379	ja

15

		16	16		
Harf	Johanna S.	12.4.11	Wickrath	Mäherin	ja
"	Albert I.	7.6.87	Beckrath	o.B.	ja
"	Adels S. geb. Sanders	19.10.88	Deberich	o.B.	ja
"	Rudi I.	17.1.24	Wickrath	o.B.	---
Harf	Srene S.	16.5.26	Wickrath	o.B.	---
"	Moritz I.	20.11.85	Wickrath	Invalide	ja
"	Helene S. Franken	12.1.92	Frischeim	---	ja
"	Regina S.	8.1.1920	Wickrath	Mäherin	ja
"	Bertha S.	16.1.82	Wickrath	Arbeiterin	ja
"	Heta S.	2.12.90	Wickrath	Arbeiterin	ja
"	Selma S.	5.2.94	Beckrath	Heimarbeiterin	ja
"	Paula S. geb. Heumann	23.4.79	Fly	Witwe	ja
"	Josef I.	18.4.12	Wickrath	Arbeiter	ja
"	Leopold I.	12.2.75	Beckrath	Fabrikant	ja
Kantog	Moritz I.	9.2.84	St. Jobst	Arbeiter	ja
"	Ida S. geb. Benjamin	21.6.87	Aschendorf	o.B.	ja
Hausler	Feige geb. Bona	12.4.84	Dolina	Hausfrau	ja
"	Forbert I.	31.1.26	Duisburg	Arbeiter	---
Hecht	Arnold I.	30.5.77	Ostrowo	Blasanten- Zasser	ja
Hecht	Math S.	10.12.25	Krefeld	Hilfsarbeiterin	10-
Heidelberg	Adolf I.	5.12.77	Witten	o.B.	ja

		17	17		
Heidelberg	Anna S. Heimann	12.10.82	Burgsteinfurt	chefrau	4-15
"	Elisabeth S.	7.8.23	Duisburg	Arbeiterin	---
Heidt	Moritz I.	27.4.83	Brühl	Arbeiter	ja
"	Milie S. geb. Servos	12.5.91	Anrath	Hausfrau	15-
Heidt	Edgar I.	17.3.21	Krefeld	Gärtner	---
"	Werner I.	7.9.22	Krefeld	Lehrling	---
Heimann	Julius I.	17.11.77	Burgsteinfurt	Kaufmann	ja
"	Marta S. geb. Heidelberg	9.3.84	Duisburg	Hausfrau	ja
"	Frieda S. geb. Grünbaum	13.11.93	Laasphe	Arbeiterin	ja
"	Huth H.	13.10.25	Wilhelmshahr	Arbeiterin	ja
Heymann	Hermann I.	6.4.02	Duisburg	Arbeiter	ja
Heymann	Margot S. Sternberg	2.12.05	Hannover	o.B.	ja 2-15
"	Moritz I.	12.3.33	Duisburg	o.B.	---
"	Imagard S.	9.7.34	Duisburg	o.B.	---
"	Helga S.	12.8.56	Duisburg	o.B.	---
"	Giisela S.	1.9.37	Duisburg	o.B.	---
"	Uri	28.8.38	Duisburg	o.B.	---
Heinemann	Albert I.	2.9.78	Duisburg	Arbeiter	ja
"	Mary S. geb. Selke	20.8.95	Alberfeld	o.B.	---
Hensé	Hilgbert I.	10.10.88	Landstahl	Vertreter	ja
"	Bertha S. geb. Kats	2.10.91	Ylersee	Schneiderin	ja

		18	18		
Hensé	Günther I.	19.9.27	Wiedebach	Schüler	ja
Hertz	David I.	3.4.87	Krefeld	o.B.	---
Hers	Heinrich I.	6.2.75	Oivendorf	Klempner	ja
"	Klothilde S. geb. Salomon	24.6.75	Schweiller	chefrau	2-
"	Erich I.	20.10.01	Schweiller	Klempner	ja
"	Yara Sara geb. Lublinsky	21.5.05	Hansburg	o.B.	---
"	Oilly S.	12.9.31	Hansborn	o.B.	---
"	Johanna S. geb. Frank	1.7.88	Goch	o.B.	35- ja
"	Mathilde S.	11.4.89	Konheim	o.B.	---
"	Alfred I.	27.2.82	Konheim	o.B.	ja
H2	Dina S. geb. Blumenfeld	7.1.92	Musen	Hausfrau	ja
"	Erna S.	26.10.03	Hilden	Haus-tochter	ja
Hersberger	Paul I.	12.11.82	Krefeld	Kaufmann	ja
"	Foni S. geb. Meyernoff	2.2.81	Siegen	o.B.	11- ja
Hersé	Bernhard I.	30.5.09	Wickrath	Arbeiter	ja
"	Sintze Sara geb. von Frank	5.5.13	Duisburg	Hausgehilfin	ja
Hersé	Ruth S.	19.11.34	Wickrath	o.B.	---
Hersog	Walter I.	31.7.87	Krefeld	Fabrikant	ja
Hersog	Cecilie S. geb. Grünbaum	26.4.95	Kassel	o.B.	ja
Heumann	Johanna S.	3.11.77	Fey	o.B.	ja
"	Riegmund I.	1.4. ?	Kottenheim	Hetzger	ja

		19	19		
Heumann	Elfriede S. geb. Schwarz	7.11.87	Krefeld	chefrau	ja
"	Kurt I.	31.1.21	Eschyt	Maler	ja
"	Manfred I.	14.9.25	Eschyt	Schlosser	---
"	Krnat I.	1.4.31	Eschyt	Schpler	---
"	Margarete S. geb. Hirschfeldt	19.7.06	Kessen	Hausalthilfe	ja
"	Lore S.	7.9.36	Recklinghausen	o.B.	---
Hermanns	Hermann I.	22.3.88	Hennick	Büglor	ja
Hermanns	Erna S. geb. Joseph	5.10.92	Velbert	chefrau	ja
"	Sophie S.	17.4.96	Herrsen	Hausfrau	ja
"	Margarete S. geb. Goldbaum	25.3.99	Gelsenkirchen	Hausfrau	ja
"	Milde S.	28.8.25	Gindbach	Mäherin	ja
Hersfeld	Fritz I.	18.11.11	Halterm	Gärtnergehilfe	---
Heymann	Elsa S.	17.8.05	Odenkirchen	Lehnenfäger	?
"	Hermine S.	17.4.03	Odenkirchen	Arbeiterin	?
Hirsch	Johanne S.	9.12.90	Wilhelmshahr	o.B.	ja 10-
Hirsch	Meyer I.	8.6.05	Tarnow	Arbeiter	ja
Hirsch	Elfriede Basie geb. Steuer	3.8.99	Seviniax	o.B.	ja
"	Arno	15.3.31	Dülken	o.B.	---
"	Max	12.5.33	Dülken	o.B.	ja
"	Marianne S. geb. Lehmann	29.4.04	Wesl	o.B.	ja
"	Johanna S. geb. Zinnach	6.12.81	Reerenberg	o.B.	ja

20

Hirsch	Samuel	25.1.90 Burgsteinfurka	Schneider	ja
Hirschberg	Sally	4.3.87 Zeesten	Arbeiter	ja
Hirschfeldt	Adolf I.	9.4.79 Venlo	Buchhalter	ja
Hirschfeldt	Hella Sara geb. Strauß	29.11.77 Hohenstein	o.B.	---
Hoffmann	Jakob I.	18.11.98 Krefeld	Hilfsarbeiter	ja
Hoffmann	Theodora S. geb. Heinsmann	2.4.05 Köln-Kalk	o.B.	---
Hoffmann	Walter I.	10.9.26 Krefeld	Arbeiter	---
Hoffmann	Kurt I.	27.5.25 Krefeld	Arbeiter	---
"	Ruth S.	12.11.26 Krefeld	o.B.	---
Hoffstadt	Selma S. geb. Mehler	25.9.90 Dülken	o.B.	ja
Hoffstadt	Helmut I.	8.4.20 Dülken	Arbeiter	---
Hoffstadt	Erich I.	1.4.25 Straelen	Viehhüter	---
"	Siegfried I.	25.11.08 Straelen	Arbeiter	ja
"	Samuel I.	14.2.86 Köln	Schweizer	ja
"	Helene S. geb. Simon	11.9.87 Krefeld	Hausfrau	ja
"	Emil I.	1.6.28 Straelen	o.B.	---
"	Frieda S.	3.9.31 Straelen	o.B.	--- 12.50
Höflich	Ernst I.	20.9.02 Bregell	Hilfsarbeiter	ja
Höflich	Irma S. geb. Marx	11.6.06 Bachtik	Hausfrau	ja 10.5
"	Regina S.	8.6.98 Bregell	Möherin	ja 10.01
Hope	Elias	14.4.72 Oelde	o.B.	ja 3.24

21

Hope	Maly S. geb. Ulmer	19.4.89 Ruhrot	o.B.	ja
Horn	Herta S. geb. Jacob	2.8.99 Neunkirchen	o.B.	ja
Horn	Hans Michael	14.5.25 Rheydt	Schreiner	ja
"	Ilse S.	27.4.24 Rheydt	Hilfsarbeiterin	ja
"	Walter I.	27.9.7 Rheydt	Schüler	ja
"	Regina S.	3.1.89 Rheydt	Hausgehilfin	ja
Hornig	Maria S.	2.5.84 Burgstein	---	2
Höhn	Sibylla S. geb. Gimmicher	10.3.90 Viersen	o.B.	ja
"	Helene S.	9.6.14 Viersen	o.B.	ja
"	Alma S.	29.4.19 Viersen	Arbeiterin	ja
"	Lieselotte S.	26.6.22 Viersen	Möherin	ja 2.70
"	Alfred I.	26.5.20 Viersen	Arbeiter	ja
Huberg	Johanna S.	9.1.83 Bingen	o.B.	ja
Hülsmann	Pula S.	26.1.83 Gladbach	Hausfrau	ja
"	Irma S.	15.4.28 Gladbach	Schülerin	ja
Ikenberg	Rosa S.	5.11.83 Hilshorn	o.B.	ja 2.13
Isaah	Emil I.	30.4.99 Wen	Arbeiter	ja
Isaac	Rosa S. geb. David	5.3.99 Dinslaken	Hausfrau	ja
Isaac	Margot Sara	10.5.34 Dinslaken	o.B.	---
Isaac	Jenny S. geb. Sommer	17.9.77 Runkirchen	o.B.	ja
Isaaksohn	Selma S.	1.1.77 Dinslaken	o.B.	ja 4.05

22

Italiaander	Siegfried I.	6.5.93 Krefeld	Hilfsarbeiter	---
Jacob	Elizabeth Faver	16.9.11 Dinslaken	o.B.	ja 10.
Jacob	Anna S. geb. xxx	13.11.69 Lanau	o.B.	---
Jacob	Julius I.	1.10.78 Lanau	Hilfsarbeiter	---
Jacob	Julius I.	23.1.78 Dinslaken	o.B.	ja
Jacob	Pauline S.	22.2.77 Lanau	o.B.	---
Jakobi	Leopold I.	14.5.88 Essen	Arbeiter	ja
"	Rosalie S. geb. Schwarm	6.5.86 Krefeld	Möherin	ja
Jacob	Trude S. geb. Goppel	30.3.89 Moers	o.B.	ja
Jacobsohn	Sigmund I.	15.4.81 Lohbeck	Händler	ja
Jügers	Willi I.	16.2.94 Wilhelmshuhr	Gerber	ja
Jügers	Regina S. geb. Hönninger	3.5.95 Hörstchen	Hausfrau	ja
"	Erich I.	10.10.20 Wilhelmshuhr	Arbeiter	---
"	Günther I.	5.8.26 Wilhelmshuhr	Arbeiter	---
"	Kolf I.	10.2.37 Wilhelmshuhr	o.B.	ja
Jeckel	Marjan Sara	7.8.98 Kallst	o.B.	ja
Jonas	Karl I.	6.2.78 Oerchau	Arbeiter	---
Joseph	Friedrich I.	7.11.91 Velbert	Arbeiter	ja
Joseph	Hedwig S. geb. Hoffmann	10.4.92 Neuerk	Möherin	ja
"	Albert I.	17.6.10 Neuerk	Heiser	---
"	Heta S. geb. Willner	15.11.09 Gladbeck	Schneiderin	--- 8.74 4.26

23

Joseph	Josephine S. geb. Meyer	6.3.83 Rickern	Hausfrau	--- 20
Jülich	Max Israel	22.9.83 Hünxterwiefel	Klempner	ja
Jülich	Paula S. geb. Stern	1.1.84 Dülken	---	---
Karl	Gustav I.	5.7.95 Heilerwiefel	Buchhalter	ja
"	Henriette S. geb. Meyer	19.12.7 Großbüllesheim	Hausfrau	ja
"	Ilse S.	10.7.24 Großbüllesheim	o.B.	ja
Karten	Anna Fanny S.	15.4.19 Wien	Gymnastiklehrerin	8.8
Karten	Helene S. geb. Heron	10.3.95 Kallst	Hilfsarbeiterin	8.2
"	Israel	26.9.93 Juxkresse	o.B.	ja 4.3

24

Kats	Johanna S. geb. Dahl	10.4.83 Bornagen	o.B.	ja
Kats	Julius I.	29.9.84 Wewlinghoven	Metager	ja
"	Heta S. geb. Schred	25.12.81 Reichmannsdorf	Hausfrau	ja 10-
"	Irma S.	31.1.13 Wewlinghoven	Hausgehilfin	49
"	Paula S.	2.1.19 Wewlinghoven	Verkäuferin	ja
"	Beha S.	1.5.39 Klein-Sarenfeld	o.B.	ja
"	Jakob I.	18.4.98 Vorst	Gärtnergehilfe	ja
"	Teda S. geb. Arends	8.11.97 Vierzen	Widistin	---
"	Henriette S.	18.2.79 Vierzen	Schneiderin	ja
"	Friederike S.	10.1.82 Vierzen	o.B.	ja
"	Sophie S.	24.9.84 Vierzen	Schneiderin	ja
"	Friedrich Kar.	17.7.89 Vierzen	Schneidergehilfe	ja
"	Max Israel	14.4.77 Buk	Hilfsarbeiter	ja
"	Johanna S. geb. Kats	1.11.77 Wierthal	Khefrau	---
Kaufmann	Albert I.	20.2.75	Fabrikant	---
Kaufmann	Fiera S. geb. Liesenthal	24.8.77 Wierthal	Khefrau	---
Kaufmann	Therese S. geb. Michenwid	15.6.98 Billerbeck	o.B.	ja 21.58
"	Klara S.	25.12.28 Moers	Schülerin	ja
"	Max I.	23.12.85 Moers	Schlosser	ja
"	Helene S.	17.2.88 Moers	Haushaltführerin	ja
"	Friedrich I.	30.5.89 Moers	Kaufmann	ja

456

26

Kaufmann	Heinrich I.	9.2.39 Gumbrück	o.B.	---
"	Isidor	5.4.79 Münstereifel	Arbeiter	ja
"	Selma S. geb. Löws	10.6.77 Buetzen	Khefrau	12
"	Albert I.	3.4.83 Heurdt	Hilfsarbeiter	ja
"	Mathilde S.	10.4.92 Heurdt	Haushalt	28
Keller	Walter I.	26.6.18 Dalsburg	Arbeiter	ja
"	Johanna S. geb. Harshard	13.5.13 Hochsauerich	Hilfsarbeiter	1-
Kiefer	Franciska S. geb. Levy	23.6.81 Wehlen	o.B.	10-
Kiefer	Gustav I.	30.4.79 Osterath	Gärtner	ja
Kiefer	Selma S. geb. Kiefer	16.6.81 Osterath	o.B.	10-ja
Kinig	Feri Sara geb. Hlener	26.6.78 Kolunna	o.B.	---
Kinig	Moses	27.7.85 Kolunna	Österreich	ja
Kirchheimer	Max I.	19.4.78 Nischeln	Kaufmann	ja
"	Rosa S.	19.11.81 Nischeln	Khefrau	ja
Klaber	Ilse S. geb. Kaufmann	29.6.11 Vornellmüster	Häherin	ja
Klaber	Gerda I.	17.12.38 Aachen	---	---
Kientadt	Julius Israel	29.8.86 Büren	Arbeiter	ja
"	Marta S. geb. Stern	1.9.91 Troisdorf	o.B.	---
Knoll	Anna geb. Karst	18.7.83 Kosalin/Polen	o.B.	ja
Königsthal	Marta S.	6.8.81 Gumbinnen	o.B.	10-ja

456

26

Kaufmann	Heinrich I.	9.2.39 Gumbrück	o.B.	---
"	Isidor	5.4.79 Münstereifel	Arbeiter	ja
"	Selma S. geb. Löws	10.6.77 Buetzen	Khefrau	12
"	Albert I.	3.4.83 Heurdt	Hilfsarbeiter	ja
"	Mathilde S.	10.4.92 Heurdt	Haushalt	28
Keller	Walter I.	26.6.18 Dalsburg	Arbeiter	ja
"	Johanna S. geb. Harshard	13.5.13 Hochsauerich	Hilfsarbeiter	1-
Kiefer	Franciska S. geb. Levy	23.6.81 Wehlen	o.B.	10-
Kiefer	Gustav I.	30.4.79 Osterath	Gärtner	ja
Kiefer	Selma S. geb. Kiefer	16.6.81 Osterath	o.B.	10-ja
Kinig	Feri Sara geb. Hlener	26.6.78 Kolunna	o.B.	---
Kinig	Moses	27.7.85 Kolunna	Österreich	ja
Kirchheimer	Max I.	19.4.78 Nischeln	Kaufmann	ja
"	Rosa S.	19.11.81 Nischeln	Khefrau	ja
Klaber	Ilse S. geb. Kaufmann	29.6.11 Vornellmüster	Häherin	ja
Klaber	Gerda I.	17.12.38 Aachen	---	---
Kientadt	Julius Israel	29.8.86 Büren	Arbeiter	ja
"	Marta S. geb. Stern	1.9.91 Troisdorf	o.B.	---
Knoll	Anna geb. Karst	18.7.83 Kosalin/Polen	o.B.	ja
Königsthal	Marta S.	6.8.81 Gumbinnen	o.B.	10-ja

456

27

Königsthal	Selma S.	26.5.83 Gariahafen	Wirtschafterin	10-ja
Keopmann	Aranda S.	21.1.34 Goch	Mausangestellte	ja
Keopmann	Hilda S.	22.8.92 Goch	Hausgehilfin	ja
Kox	Antonia S. geb. Rosenbaum	20.8.91 Kühelein-Buhr	o.B.	ja
Kox	Birch	22.10.16 Kühelein-Buhr	Spinnlerin	---
Krauer	Paula S.	29.3.96 Hörutgen	o.B.	ja
Krapiecki	Samuel	28.4.01 Kalisch	Arbeiter	ja
"	Liba geb. Hatorczyk	20.10.96 Kiebooke	Hausfrau	1.42
"	Hilda S.	21.5.28 Harborn	o.B.	---
Kussel	Arthur I.	12.1.98 Gmitzen	Schuhmacher	ja

506

Lamberts	Isidor	7. 9.78	o. B.	ja	28
Lambert	Mathilde S.	4.10.87	Voetue	o.B.	39.16
geb. Koopmann	Alex I.	16. 9.82	Leubeeck	o.B.	
Landau	Emma S.	9. 1.79	Wesal	o.B.	1.88
geb. Kogarts	Siegfried I.	10.6.00	Ransdorf	Baeker	ja
Landau	Sara Helene	26. 5.08	Dinslaken	o.B.	3.43
geb. Gradus	Vilma S.	18. 6.31	"	o. B.	ja
Landau	Gotfried I.	27. 5.98	Issum	Gärtner	ja
Lebenstein	Eise S.	5. 2.99	"	o.B.	50.-
geb.	Rocha S.	17.11.77	Fischeln	o.B.	50.-
geb. Falkenstein	Sylvia S.	18. 6.98	Mülheim/R. P. Aest.	a.B.	nein
Leffmann	Arnold I.	21. 7.86	Weinzen	Hilfsarb.	ja
Lesser	Ida S.	18.10.83	Schmallenberg	o.B.	nein
geb. Schönewald	Gerda S.	6.11.23	Duisburg	Hausangest.	10.-
Lesser	Konste S.	4. 6.24	"	o. B.	59f
"	I. Bernhard	11. 9.01	Kergen	Arbeiter	ja
Leiser	I. Hans	11. 8.38	Aldekerk	o. B.	"
"	S. Martha	2. 5.97	Rheurd	o. B.	10.-
geb. David	Mecle	18. 9.86	Honnister	Arbeiterin	"
Lerner	Adolf I.	22. 2.80	Krefeld	Arbeiter	nein
Leven	Leopold I.	15. 7.77	Krefeld	o. B.	ja
"	Henriette S.	8. 8.79	"	Müherin	10. ja
geb. Meier	Wilhelmine S.	17.9.97	Krefeld	Arbeiterin	350
Leven	Albert I.	15. 7.07	Wickrath	Schuhm-cher	"
"	Herta S.	25. 3.14	Beckrath	o. B.	"
geb. Liffmann	Manfred I.	4. 6.33	"	o. B.	nein
Leven	Walter I.	23. 6.35	"	o. B.	"
"	Mirjan S.	18. 9.41	"	o. B.	"
"	Grete S.	24.12.19	Wickrath	Hausangest.	5.5

Leven	Gertrud S.	25. 5.07	Arbeiterin	ja	29
geb. Alexander	Hedwig S.	13. 5.89	Duisburg	o. B.	10.-
Levi	Laura S.	6. 1.86	Haushälterin	1.80	
geb. Halsberg	Emma S.	13. 9.77	o. B.	8.-	
Levi	Sophie S.	16. 2.87	o. B.	ja	
geb. Sternberg	Simon I.	31. 3.85	Walsendreher	ja	
Levi	Erich I.	25.11.13	Düsseldorf	Automechaniker	ja
Levy	Moritz I.	11. 9.79	o. B.	ja	
Levy	Amalie S.	29. 5.83	Alpen	o. B.	58.50
geb. Mayer	Jettchen S.	5. 3.04	Müherin	4.-	
Levy	Erna S.	6. 4.12	o. B.	ja	
geb. Bloch	Max I.	27. 8.07	Tiefbauarb.	ja	
Levy	Alfred I.	7. 5.89	Hilfsarbeiter	ja	
Levy	Klara S.	3. 2.89	o. B.	ja	
geb. Wyngaard	Gerd I.	12. 5. 25	Hilfsarbeiter	nein	
Levy	Leopold I.	19.12.80	Waldniel	Viehhdler	ja
Levy	Erna S.	26. 2.99	o. B.	65.69	
geb. Vogel	Henriette S.	20.10.84	o. B.	ja	
Levy	Elisabeth S.	23.12.90	o. B.	ja	
Levy	Emilie S.	4.10.07	Müherin	nein	
	M.-Gladbach				

Levy	Julius I.	19.10.85	Kaufmann	ja	30
geb. Levi	Martha S.	3. 6.88	o. B.	ja	
"	Otto I.	11.11.92	o. B.	ja	
"	Rogina S.	3. 1.76	o. B.	nein	
"	Willi I.	7. 5.81	o. B.	ja	
geb. Harf	Emma S.	12. 5.89	o. B.	ja	
"	Margot S.	20. 9.34	o. B.	ja	
"	Siegmond I.	25. 1.83	o. B.	ja	
geb. Hühnelein	Berta S.	14.12.92	o. B.	ja	
"	Marianne S.	14.10.29	o. B.	ja	
geb. Stern	Elee S.	4. 5.81	o. B.	ja	
"	Walter I.	21. 1.09	Viehhdler	ja	
geb. Klein	Hilde S.	4. 1.11	o. B.	ja	
Leyser	Siegmond I.	17. 5.85	Hilfsarbeiter	ja	
geb. Meier	Jenny S.	18. 4.84	o. B.	ja	
"	Helene S.	8.11.87	Haushälterin	ja	
geb. Silbermann	Henny S.	24. 6.95	o. B.	ja	
"	Elisabeth S.	5. 3.25	o. B.	ja	
"	Hugo I.	27. 2.89	Zierbauarbeiter	ja	
geb. Sternberg	Eise S.	12. 4.97	o. B.	ja	

Liebmann	Alfred I.	10.10.81	Schlosser	ja	31
geb. Fasemann	Bernhardine S.	3. 1.81	o. B.	ja	
Liffmann	Mathai	19. 2.81	Arbeiter	ja	
geb. Brückmann	Klara S.	26. 3.81	o. B.	nein	
"	Alije S.	10. 9.21	Hilfsarbeiterin	ja	
"	Max I.	27. 5.81	o. B.	ja	
geb. Harf	Selma S.	5. 7.80	o. B.	ja	
"	I. Valentin	4.12.79	Viehhdler	ja	
"	I. Leopold	10. 1.84	Viehhdler	ja	
"	Max I.	4. 2.05	Arbeiter	ja	
geb. Jaffe	Klizabeth S.	27.12.09	o. B.	ja	
"	Hedwig S.	14. 5.32	o. B.	nein	
"	Albert I.	5. 5.79	o. B.	ja	
geb. Klein	Karola S.	22. 8.92	o. B.	ja	
geb. Jochen	Paula S.	19. 1.82	o. B.	ja	
Lipper	Mathel	21.10.23	Lehrling	nein	
Löber	Carl Israel	6. 9.82	o. B.	ja	
"	Therese S.	8. 8.78	o. B.	ja	
geb. Lehmann	Edith S.	7. 9.97	Hilfsarbeiterin	ja	
Löwengrund	Ruth S.	15. 7.25	Hilfsarbeiterin	ja	
geb. Löwenstern					

32

Löwenhardt	Isidor	14.12.74	Hilfsarbeiter	ja	32
"	Emilie S.	14.10.79	o. B.	nein	
geb. Aaron					
Löwenstein	Martha S.	16. 4.06	Mäherin	ja	
	M.-Gladbach				
Löwenthal	Levi S.	16. 3.94	Hausgehilfin	ja	
Lucas	Josef I.	7. 8.80	o. B.	ja	
	Edlisch				
Lucas	Sara Kliefede	20. 9.98	o. B.	ja	102
geb. Adler		Frankfurt/M.			
"	Horst I.	6.12.21	Folsterer	ja	
	Dalsburg				
"	Gertrude S.	22. 3.25	o. B.	ja	2-
	Dalsburg				
"	Karola S.	23. 7.09	Arbeiterin	ja	20-
geb. Kiefer		Osterath			
"	Ruth S.	21. 8.12	Heimarbeiterin	ja	10-
geb. Kiefer		Osterath			
"	Dan	23. 2.39	o. B.	ja	
	Osterath				

606

33

Mandel	Walter I.	28. 5.93	Schlosser	nein	33
	Berlin				
"	Pauline S.	10. 3.94	o. B.	ja	
geb. Krzarski		Berlin			
"	Martin I.	25. 5.	Folsterer	ja	
	Kiel				
Mandelberger	Pesia S.	6. 9.98	o. B.	ja	1624
geb. Rosenbaum		Miala			
Mandelberger	Leo I.	6. 9.27	o. B.	ja	
	Moers				
Mann	Luise S.	14.10.89	Schneiderin	nein	2-
geb. Baer		Hodalben			
"	Josef I.	13. 1.23	Häcker	nein	
	Hodalben				
Manzbach	Arthur I.	24. 6.98	o. B.	ja	
"	Fritlar				
"	Johanna S.	23. 9.90	o. B.	ja	
geb. Hirts		Grevenbroich			
"	Frits I.	5.10.26	Schlosserlehrling	nein	
	Osnabrück				
"	Ernst I.	2.12.27	o. B.	ja	
	Dalsburg				
M a i e r	Elsa S.	10. 4.98	o. B.	ja	
	Misdorf				
"	Alfred I.	19. 2.00	Arbeiter	nein	
	Misdorf				
Marwohnd	Albrecht I.	9. 4.92	Metzger	nein	
"	Vassel				
"	Ida S.	12. 7.06	Verkaufsrin	nein	13.50
	St. Zonis				
"	Salon I.	17.12.80	Arbeiter	ja	
	Hammekeln				
"	Janny S.	7. 6.93	o. B.	ja	
	St. Jobs				
"	Hannelore S.	17. 1.29	o. B.	nein	
	Frankfurt/M.				
"	Salomon I.	2. 5.86	Arbeiter	ja	
	Kingenberg				
"	Toni S.	20. 1.88	o. B.	nein	
	St. Jobs				
"	Henriette S.	2. 7.17	o. B.	nein	
	Kingenberg				
"	Jetta S.	20. 9.78	o. B.	ja	

34

Marous	Albert I.	11. 4.78	o. B.	ja	34
"	Sonstbeck	91			
geb. Latsarus	Hika S.	7. 2. 23	o. B.	ja	25.10
	Stapelnor				
"	Willi I.	11. 1.85	Arbeiter	ja	
	Berlin				
"	Erna S.	28. 3.86	Arbeiterin	nein	
geb. Brunkmann		Krafeld			
Marx	Auguste S.	29. 5.80	o. B.	ja	
geb. Himmr		Wadonnie			
Marx	Leopold I.	28.11.82	Hilfsarbeiter	ja	
	Dulpen				
"	Erna S.	23. 7.92	o. B.	ja	
	Buchteln				
"	Emma S.	21. 2.99	o. B.	ja	
	Jackerath				
"	Helene S.	27. 7.09	Arbeiterin	ja	
	Jackerath				
"	Allice S.	20. 4.27	o. B.	ja	
	Jackerath				
geb. Löwenhardt	Elsa S.	7. 8.04	o. B.	ja	
	Oberhausen				
"	Josef I.	14. 5.94	Arbeiter	ja	
	Viersen				
Mayer	Leo I.	23.12.07	Hilfsarbeiter	ja	
	M.-Gladbach				
Meier	Hugo I.	28.10.82	Metzger	ja	
	Mülheim/R.				
Meier	Julie S.	10.12.84	o. B.	ja	19.12
	Mülheim/R.				
Mendel	Oskar I.	25. 9.76	Landwirt	ja	18.12
"	Struelen				
geb. Meyer	Sofie S.	2. 3.81	o. B.	ja	4.38
	Alfhausen				
"	Edith S.	24. 3.21	Hausgehilfin	ja	
	Struelen				
"	Robert I.	15.12.82	o. B.	ja	
	Münlich				
"	Jenny S.	25.10.83	o. B.	ja	
geb. Wallach		Essen			
"	Israel	9. 7.92	Arbeiter	ja	
	St. Hubert				

648

35

Mendel	Paula S	9.11.94	o. B.	nein	35-10-
geb. Weinberg	Liebanan				
"	Kurt I.	27.9.22	Werkreiner	nein	
	Kumpen				
"	Wilhelmine S.	15. 8.91	Hausgehilfin	ja	
	St. Hubert				
Meyer	Johanna S.	19. 4.70	o. B.	ja	
	Alpen				
geb. Vyth	Paula S.	9. 3.78	o. B.	ja	
	Kalkar				
geb. Harf	Frieda S.	17. 9.79	o. B.	ja	
	Hochmuckkirch				
"	Luisa I.	8.11.77	Arbeiter	ja	
	Düsseldorf				
"	Rudolf I.	27.11.15	Arbeiter	ja	
	Mülchrath				
"	Hedwig S.	2.10.84	o. B.	ja	
geb. Wolf		gackert	Mülchrath		
"	Bernhard I.	5. 4.82	Kaufmann	ja	
	Langenfeld				
"	Emma S.	30. 7.93	o. B.	nein	
	Burgsteinfurt				
"	Helga S.	9. 8.21	o. B.	nein	10-
	Langenfeld				
"	Edith S.	24. 4.20	Haus Tochter	nein	20-
	Langenfeld				
"	Max I.	28. 8.88	Gärtner	ja	
	Elova				
"	Lene Sara	3. 3.98	o. B.	ja	
geb. Bernhard		Steele/Sussen			
"	Werner I.		o. B.	ja	
	Elova				
"	Greta S.	18. 1.12	o. B.	ja	
geb. Bruch		Reyiges			
"	Emil I.	1. 9.00	o. B.	ja	
	Heinrichshain				
"	Edith S.	2.12.37	o. B.	ja	
	Gooch				
"	Gideon	19. 7.39	o. B.	ja	
	Gooch				
"	August I.	8. 8.78	Kaufmann	ja	
	M.-Gladbach				

36

Meyer	Hermann I.	24.10.99	Duisburg	Anstreicher	ja	
"	Eva S.	7. 5.83	Gladbach	o. B.	nein	
geb. Sinner	Elsa S.	29. 7.11	Mülheim/A.	Arbeiterin	nein	
"	Lena S.	2.11.38	Mülheim/A.	o. B.	nein	
"	Wilhelm I.	8. 8.02	Mülheim/A.	Malter	ja	
geb. Münster	Genovefa S.	4. 3.08	Münster	o. B.	ja	
"	Eugebert I.	29. 4.29	Oberhausen	o. B.	nein	
"	Ester S.	28. 1.32	Oberhausen	o. B.	nein	
"	Julius I.	19. 2.81	Mülheim/A.	Arbeiter	ja	
"	Hans S.	7. 7.79	Krefeld	o. B.	nein	
"	Arno I.	25.10.91	Düsseldorf	Arbeiter	ja	
"	Berta S.	23. 4.88	Dortmund	o. B.	ja	
"	Arthur I.	13. 2.98	Osnabrück	Arbeiter	ja	
geb. Nathan	Berta S.	30. 3.03	Derne	o. B.	nein	
"	Inge S.	6. 3.30	Duisburg	o. B.	nein	2.92
geb. Funke	Helene S.	6. 9.31	Schmallenberg	o. B.	ja	2.44
"	Ernst I.	7. 7.03	Krefeld	o. B.	ja	-40
"	Bernhard I.	17. 3.88	Krefeld	Arbeiter	ja	
"	Susanne J.	21. 3.22	Soest/W.	Hilfsarbeiterin	nein	7.09
Meyerhoff	Ada S.	9. 6.79	Siegen/W.	o. B.	nein	10.-
M i l t s	Rudolf I.	30. 8.00	Wien	Arbeiter	ja	
geb. Cahn	Frieda S.	1. 7.01	Rheydt	o. B.	nein	4.22

37

M i l t s	Hilde S.	20.11.24	Viersen	Mäherin	nein	37
"	Irene S.	15.12.30	Viersen	o. B.	nein	
"	Josef I.	11. 2.36	Viersen	o. B.	nein	
"	Bela	18. 4.41	Viersen	o. B.	nein	
M o l l	Ernst I.	14. 2.99	Rheydt	Anstreicher	nein	
"	Lina S.	11. 3.90	Rheydt	o. B.	ja	
"	Rosalie S.	29.10.87	Rheydt	Mäherin	ja	
Mondrowius	Nichla	3. 3.96	Kövel	o. B.	ja	
genannt Gutmann	geb. Gutschlag					
Moses	Emil I.	20. 4.76	Moers	o. B.	ja	
"	Ella S.	12.12.82	Frangenau	o. B.	ja	15.-
geb. Scharliński	Leopold I.	27. 4.77	Moers	o. B.	ja	
Müller	Simon I.	19. 6.78	Kaufmann Herleshausen		nein	
"	Flora S.	2. 1. 78	Ingelheim	o. B.	ja	
Münster	Elsa S.	1. 7.05	München	Krankenschwester	nein	
"	Hanna S.	20. 1.41	Düsseldorf	o. B.	nein	

7.07

38

K a t h a n	Lisette S.	22.10.80	Wickrath	o. B.	ja	38
"	Georg I.	3. 2.80	Esmerich	o. B.	ja	
"	Tekla M.	28. 7.92	Margsteinfurt	o. B.	ja	
geb. Bondix	Sofie S.	7. 11.21	Esmerich	o. B.	ja	
"	Emile S.	19. 2.25	Esmerich	o. B.	ja	
Neuburger	Berta S.	21. 5.76	Dormagen	o. B.	ja	
geb. Dahl	Emilie S.	29. 7.01	Kdln	o. B.	-	
Neuhaus	Irene S.	13. 4.86	Firmansens	o. B.	-	Vermögen v. l. Einselverfahren d. d. Reg. Präs. Düsseld. sing.
"	Nathan	12. 4.83	Bronke	Müglar	ja	
"	Emil S.	15.11.92	Ht. Ingbert	Arb.	ja	38.60
geb. Gehman	Haina I.	12. 7.25	H. Gladbach	Mühtner	ja	
"	Saly	9. 3.78	Neutert- hausen	Arbeiter	ja	
"	Pauline S.	21.10.80	dto.	o. B.	-	19.23
Knecht	Bonne I.	18. 2.80	Wassdorf	o. B.	ja	
"	Zoni S.	1. 1.83	Schlachten	o. B.	ja	
geb. Oppenheimer						1.22

39

Oberhäuser	Elsa S.	29. 6.07	Wickrath	o. B.	nein	39
Oppenheimer	Irmgard S.	9. 6.03	Morf	o. B.	-	
Orzegow	Dr. Siegt.	1.30.10.81	Morf	Konkulant	ja	
Fauenberg	Selma S.	16. 3.75	Oberhausen	o. B.	ja	
geb. Vohsen	Finowowski	Jakob I.	19.11.96	Vodislans	Tiefbauart.	-
"	Kona S.	3.12.99	Mendlin	o. B.	ja	
geb. Fergerielt	Philipson	Luise S.	17. 6.07	Duisburg	o. B.	ja
geb. Grünebaum	"	Julius	25. 3.99	Baden	Hilfsarb.	ja

7.29

Rath	Andreas I.	22. 8.78	Arbeiter	ja	40
Regenberg	Theodort I.	16. 3.81	Arbeiter	ja	
Regenberg	Helene S.	28. 5.82	o.B.	ja	
Regenberg	Hertha S.	2. 7.26	o.B.	ja	
Reinauer	Louis I.	26. 3.80	Hilfsarbeiter	ja	
Reinauer	Bertha S.	22. 6.88	o.B.	- 2-	
Reinauer	Paula S.	31. 3.27	o.B.	-	
King	Laura S.	23. 8.06	o.B.	ja	
King	Manfred I.	17.11.55	o.B.	-	
Kolef	Josef I.	26. 3.87	Hilfsarbeiter	ja	
Kolef	Regina S.	11. 5.85	o.B.	"	
Kolef	Heta S.	28. 7.21	Mäherin	ja	
Kolef	Ludwig I.	20. 7.24	Gehilfe	-	
Kolef	Lee I.	20. 6.91	Bauarbeiter	ja	
Kolef	Leopold I.	21.12.85	Zigarrenmacher	ja	
Kolef	Karoline S.	11. 5.85	o.B.	ja	
Kolef	Trude S.	12. 6.20	Hausgehilfin	-	
Kolef	Susanna S.	3. 4.09	Haushälterin	ja	
Rosen	Alfred I.	14. 7.90	Arbeiter	ja	
Rosen	Frieda S.	27. 1.99	Mäherin	ja	
Rosen	Math S.	18. 8.20	Mäherin	-	
Rosenbaum	Henriette S.	30. 5.88	KSohn	ja	
Rosenbaum	Erin S.	5. 10.77	o.B.	-	

Rosenbaum	Verner I.	17. 7.14	Bauarbeiter	ja	41
Rosenbaum	Antonia S.	31. 8.17	o.B.	ja	1-
Rosenbaum	Denny I.	15.10.40	o.B.	-	
Rosenbaum	Max I.	11. 2.86	Kaufmann	ja	
Rosenbaum	Gertraud S.	19. 7.91	Mäherin	-	
Rosenberg	Martha S.	9.11.97	Arbeiterin	ja	42
Rosenberg	Bernhard I.	10. 6.82	Rechner	-	
Rosenberg	Emma S.	21. 7.94	Mäherin	ja	
Rosenthal	Max I.	10.11.85	Bauarbeiter	ja	
Rosenthal	Martha S.	31. 1.89	o.B.	ja	
Rosenthal	Felix I.	10. 8.80	o.B.	-	
Rosenthal	Erich I.	21.10.07	Konditor	-	
Rosenthal	Regina S.	27.11.76	o.B.	ja	
Rothenschein	Helene S.	24.12.74	o.B.	ja	41.15
Rosentreter	Alfred I.	16. 1.12	Austreicher	ja	
Rosentreter	Berta S.	6. 6.13	o.B.	ja	
Rothenberg	Recha S.	2.10.81	o.B.	ja	
Rothschild	Alfred I.	19.12.62	Arbeiter	-	
Rothschild	Julius I.	22. 9.82	Hilfsarbeiter	ja	
Rothschild	Grete S.	29.12.96	Krankenschwester	ja	103
Rothschild	Ludwig I.	15. 3.86	Hilfsarbeiter	ja	
Rothschild	Yvona S.	8.11.85	o.B.	ja	13.45
Rubsteeck	Kurt I.	27.12.13	Landw.Gehilfe	-	
Rubsteeck	Sabine S.	10. 4.07	Verkäuferin	-	
Rubsteeck	Hannelore S.	28.10.36	-	-	

Rubsteeck	Ernst I.	6. 5.09	Maurer	ja	43
Rubsteeck	Ruth S.	6.12.17	Hausangestellte	ja	
Rubsteeck	Albert I.	3. 1.92	Arbeiter	ja	
Rubsteeck	Werner I.	1. 8.27	Hilfschlosser	-	
Rubsteeck	Betty S.	16.11.00	o.B.	ja	
Rubsteeck	Ruth S.	14. 5.30	o.B.	-	2.40
Rubsteeck	Leopold I.	5. 7.85	Kaufmann	ja	
Sabel	Georg I.	22. 6.79	Hilfsarbeiter	ja	
Sabel	Kona S.	20. 7.84	o.B.	ja	3.50
Sachs	Philipp I.	14. 8.98	Bauarbeiter	ja	
Sachs	Henriette S.	25. 3.92	o.B.	ja	
Sachs	Jenny S.	20. 5.27	o.B.	-	
Sachs	Helmut I.	25. 4.30	o.B.	-	
Salm	Albert I.	6. 2.08	o.B.	-	
Salm	Rosette S.	29.10.72	o.B.	ja	
Salomon	Alfred I.	19. 7.82	Bauarbeiter	ja	
Salomon	Fanny S.	24. 3.95	o.B.	-	25-
Salomon	Helmut I.	25. 9.19	Weber	-	
Salomon	Margot S.	14. 4.24	Maschinenarbeiterin	-	
Salomon	Albert I.	8. 6.84	Tierpfleger	ja	
Salomon	Albert I.	24. 1.89	Arbeiter	-	
Samuel	Israel I.	2. 8.82	Darmstolierer	ja	
Samuel	Paula S.	21. 3.87	o.B.	-	10-
Samuel	Werner I.	26. 4.18	Arbeiter	-	
Samuel	Haina I.	13. 3.20	Arbeiter	-	

Samuel	Helga S.	18. 4.29	o.B.	-	45
Sander	Herta S.	2. 1.97	o.B.	ja	
Sander	Helmut I.	7. 6.23	Hilfsarbeiter	-	
Sander	Wilhelm I.	6.11.84	o.B.	ja	
Sander	Rosa S.	20. 8.90	o.B.	ja	
Sander	Max I.	25. 1.92	Arbeiter	ja	
Sander	Jettchen S.	11. 4. 96	Haushälterin	ja	
Sanders	Sally I.	10. 1.04	Sigarrrenmacher	ja	
Sanders	Henry S.	24.11.04	o.B.	ja	74
Sanders	Sally I.	7. 2.85	Arbeiter	ja	
Sanders	Mimi S.	12. 4.98	o.B.	ja	10-
Sass	Karl I.	4. 7.81	Arbeiter	ja	
Sass	Kona S.	21. 2.84	o.B.	-	50
Sass	Hannelore S.	30. 4.27	o.B.	-	50
Sass	Max I.	5.12.19	Arbeiter	-	
Schaumburger	Siegmond I.	24. 9.88	Hilfsarbeiter	ja	
Schaumburger	Sabine S.	5. 6.95	o.B.	ja	25-
Schaumburger	Grete S.	11. 5.23	Kinderpflegerin	ja	80-
Schaumburger	Hans I.	27.12.30	o.B.	ja	
Schäfer	Adole S.	13.10.83	o.B.	ja	
Schiff	Hedwig S.	14. 9.88	Modistin	ja	
Schlesowits	Abraham I.	30.11.96	Weber	ja	
Schlesowits	Olana	1. 2.03	o.B.	-	71.53-
Schmitts	Jakob I.	25.10.77	Arbeiter	-	

Schmitt	Richard I.	24. 6.10	Binningen	Schneider	ja
Schmitt	Herta S.	9. 3.13	Hemmerden	o.B.	44 ja
geb. Winter					
Schnittler	Hildegard S.	18.11.06	Odenrohren	o.B.	ja
geb. Alken					
Schnittler	Michael I.	14. 5.02	Münch	Sahnbehandler	ja
Schnoek	Alice S.	25. 9.02	Münch	Hilfsarbeiterin	10.- ja
Schünbach	Hugo I.	6. 2.05	Scherabeek	Arbeiter	ja
Schünbach	Elsa S.	17. 1.04	Erle	o.B.	ja
geb. Gahn					
Schünbach	Miriam S.	5. 6.08	Scherabeek	-	-
Schünbach	Amalie S.	6. 1.09	Scherabeek	Angestellte	-
Schünfeld	Alex I.	2. 2.00	Vulfratake	Uhrmacher	ja
Schünfeld	Selma S.	10.1.01	Kogilno	o.B.	ja
geb. Mendel					
Schünwald	Bruno I.	3.11.37	Schießbain	-	-
Schünwald	Otto I.	5. 5.08	Werra	Hilfsarbeiter	ja
Schünwald	Kläre S.	10. 5.06	Schießbain	o.B.	37.14 ja
geb. Wallach					
Schreiber	Selma S.	5.11.78	Sitten	o.B.	ja
geb. Stern					
Schubel	Heinz I.	23. 7.05	Krefeld	Forstarbeiter	ja
Schulte	Paula S.	4. 2.06	Opfanden	o.B.	ja
geb. Meyer					
Schürmann	Max I.	28. 9.07	Kalkar	Bauarbeiter	ja
Schwalb	Jakob I.	20.10.00	Sokolow	Arbeiter	ja
Schwalb	Paula S.	15.11.05	Hersel	o.B.	ja
Schwarz	Alex I.	5. 1.03	Buchholz	Note	-
Schwarz	Josef I.	27.12.00	Wessfeld	Hilfsarbeiter	ja
Schwarz	Leopold I.	14.11.02	Krefeld	o.B.	ja
Schwarz	Berta S.	3. 3.01	Krefeld	o.B.	ja
geb. Servus					
Selig	Hermann I.	27. 2.02	Dortmund	Arbeiter	ja

Selig	Anna S.	15.10.73	Duisburg	o.B.	45 ja
geb. Alberg					
Selig	Herbert I.	11. 3.21	Hessen	Bauarbeiter	ja
Servus	Fritz I.	7. 9.09	Arnsath	Hilfsarbeiter	-
Servus	Herbert I.	27.7.08	Arnsath	Hilfsarbeiter	-
Servus	Maria S.	12. 5.06	Kempen	o.B.	-
Servus	Julius I.	10.12.07	Arnsath	Bauarbeiter	ja
Servus	Karola S.	17.12.09	Wegmuth	Mäharin	ja
geb. Harf					
Servus	Elsa S.	4.12.09	Wickmuth	o.B.	ja
Servus	Charlotta S.	15. 9.14	Krefeld	Hilfsarbeiterin	10.- ja
geb. Sabel					
Servus	Josef I.	7. 1.07	Krefeld	Bauarbeiter	ja
Servus	Martha S.	30. 3.06	Hamburg	Hausmädchen	ja
geb. Korkmann					
Servus	Kurt I.	17. 6.24	Krefeld	Landw. Arbeiter	ja
Simon	Walter I.	22. 2.04	Silberfeld	Maler	ja
Simon	Mollita S.	9. 9.09	o.B.	-	-
geb. Steinhardt					
Simon	Heinz I.	10.10.26	Rheydt	Hilfsarbeiter	-
Simon	Sally I.	7. 3.07	Zad den Kirchrohen	Arbeiter	ja
Simons	Hermann I.	25. 3.05	Dülken	Bauarbeiter	ja
Simons	Johanna S.	27. 7.04	o.B.	-	-
geb. Randerath					
Simons	Erich I.	18. 7.19	Viersen	Seher	-
Simons	Otto I.	27.12.05	Burgsteinfurt	Müller	ja
Simons	Rosa S.	9. 1.10	Rheydt	Mäharin	ja
geb. Löser					
Simons	Gustav I.	3. 1.72	Jüchen	o.B.	ja
Simons	Judith S.	3. 5.76	Gindorf	o.B.	ja
geb. Katz					
Simons	Max I.	22. 1.73	Jüchen	o.B.	ja
Sobel	Hilma	25.10.01	Stororaynek	Arbeiterin	-

Sobel	Rachel S.	25. 5.06	Stororaynek	Arbeiterin	46 -
geb. Schmersler					
Sobel	Senne I.	30. 4.32	Duisburg	o.B.	-
Sobersky	Elsa Sara	27. 8.02	o.B.	6.85 ja	
geb. Yocis					
Sonntag	Berta S.	25. 7.05	Waldohausen	o.B.	23.70 ja
geb. Holsapfel					
Sonntag	Daniel	20. 1.29	Krefeld	Bauarbeiter	-
Sontberg	Helene S.	6. 7.08	Horn/Wippe	Hausangestellte	ja
Spenenthal	Harry I.	10. 1.91	Kassel	Masseur	ja
Spiegel	Nathan	6. 8.02	Ahlen	Hilfsarbeiter	ja
Spiegel	Edith S.	3. 6.10	Homburg	Mäharin	-
Spiegel	Ruth S.	2.11.08	Homburg	Schneiderin	-
Spiegel	Johanna S.	26.10.05	Bussen	o.B.	-
geb. Klumoff					
Spiro	Wilhelmine S.	10.10.08	Wesel	Stickerin	15.40 ja
Spiro	Elisabeth S.	13. 8.06	Wesel	Mäharin	11.94 ja
Steinberg	Eltha S.	13. 1.01	Duisburg	o.B.	ja
Steinberg	Rosa S.	18.10.78	Hürde	o.B.	ja
geb. Steinberg					
Steinberg	Hermann I.	23. 9.78	Duisburg	o.B.	ja
Steinberg	Karl I.	30. 5.13	Duisburg	Bauarbeiter	ja
Steinfeld	Gustav I.	29. 7.79	Rheydt	o.B.	16 ja
Steinfeld	Frieda S.	8. 6.76	Rheydt	o.B.	ja
Steinweg	Heinz I.	9. 9.09	Hünxter	Maurer	ja
Steinweg	Rosa S.	26. 1.92	Höxter	o.B.	20.- ja
Steinweg	Kurt I.	27. 8.20	Höxter	Hilfsarbeiter	-
Steinweg	Ruth S.	25. 3.24	Höxter	Arbeiterin	10.-
Steinweg	Walter I.	18. 7.26	Höxter	Laufjunge	-

Steinweg	Liesel S.	22. 9.51	Höxter	o.B.	47 -
Steinweg	Doris S.	12. 6.37	Krefeld	o.B.	-
Steinweg	Hilba	10. 8.39	Krefeld	-	-
Steinweg	Hugo I.	30.11.86	Wickede	Schneider	ja
Steinweg	Betty S.	5. 5.01	Wollensdorf	o.B.	-
geb. Levy					
Stern	Jenny S.	14.10.94	Dülken	Arbeiterin	ja
Stern	Alfred I.	11. 8.00	Bochum	Bauarbeiter	ja
Stern	Renate S.	23. 9. 7	Berlin	-	-
Stern	Sophie S.	20. 1.78	Kalkar	o.B.	ja
Stern	Alex I.	5. 1.07	Dülken	Händler	ja
Stern	Henriette S.	14. 1.80	M.Gladbach	Arbeiterin	ja
geb. Meyer					
Stern	Ragen I.	11. 2.80	Bochum	Müller	ja
Stern	Elsa S.	16.11.86	Busseldorf	o.B.	ja
geb. Cohen					
Stern	Rosa S.	2. 5.90	Rheydt	o.B.	ja
Stern	Jeanette S.	26. 3.70	Kall	o.B.	ja
geb. Kath					
Stern	Hilde S.	15. 3.09	Rheydt	Hausgehilfin	-
Stern	Josef I.	2. 5.10	Rheydt	Arbeiter	-
Stern	Sophie S.	14. 1.80	Bork	o.B.	18.- ja
Stern	Paula S.	8. 8.83	Höxter	o.B.	ja
geb. Löwenstern					
Sternberg	Adolf I.	25.10.10	Hattingen	Arbeiter	ja
Sternberg	Elsa S.	22.12.10	Duisburg	o.B.	-
Sternberg	Wolfgang I.	13. 8.13	Duisburg	Arbeiter	ja
Sternberg	Sidonie S.	19.10.13	Gera	o.B.	-
geb. Hüner					
Sternberg	Chana	18. 4.40	Duisburg	-	-
Sternberg	Heinz I.	17. 2.12	Hattingen	Ofenarbeiter	-

Sternberg	Otto I.	29. 9.51	Bismoron	Arbeiter	ja
Sternberg	Laura S.	29. 5.77	Leitmar	Schneiderin	ja
Straus	Julius I.	18. 7.81	Misselrod	Kaufmann	ja
Stromwasser	Gheille H.	7. 5.10	Duisburg	Hausangestellte	-
Stromwasser	Jakob I.	21.11.31	Duisburg	-	-
Sucher	Leon I.	29. 7.83	Borona	Arbeiter	ja
Sucher	Berta S.	5. 8.85	Krefeld	o.B.	164 ja
Sürth	Emilie S.	21. 4.89	Misselrod	o.B.	-
Suskind	Robert I.	22. 2.84	Koblens	Arbeiter	ja
Suskind	Sara	2. 7.81	Krefeld	o.B.	ja
geb. Goldstein	Friedrich I.	3.12.88	Kalkbush	Schneider	ja
Theisebach	Elise S.	19. 5.89	Hemmerden	o.B.	ja
Theisebach	Walter I.	27. 5.21	Hemmerden	Schneider	ja
Tobias	Julie S.	3. 8.86	Heinbach	Hausangestellte	-
Ulmer	Rosalie S.	5. 7.89	geb. Freyda in Dorsten	o.B.	ja
Ulmer	Karl I.	29. 7.23	Dorsten	Schlosser	ja
Ulmer	Olga S.	20. 6.90	Duisburg	o.B.	293 -
Ulmer	Lisette S.	8. 5.97	Buhorn	o.B.	-
Urbach	Berek I.	6.11.86	Duisburg	Waber	ja
Urbach	Mrs. Israel	20. 1.00	Pabianice	Hilfsarbeiter	K -
Urbach	Sura	26. 4.04	Duisburg	o.B.	150 -
Valk	Erna S.	29. 1.05	Goch	o.B.	ja
geb. Stern	Walter I.	3. 6.97	Kaden	Arbeiter	ja
Valk	Ernst I.	2. 7.04	Hülchrath	Bauarbeiter	ja
Vassen	Irma S.	7.10.13	Beckrath	o.B.	ja
geb. Harf					951

Vassen	Semi	8. 8.37	Wickrath	-	-
Vossen	Emma S.	20. 7.81	Revelinghoven	o.B.	48 ja
Vyth	Lilli S.	17. 8.77	Barchfeld	o.B.	-
Vyth	Oskar I.	28. 1.77	Killar	Bauarbeiter	ja
Wallach	Lina S.	15.11.81	Schieffeln	Hausangestellte	ja
Wallach	Hilda S.	31.12.80	Jüchen	o.B.	ja
Warschauer	Johanna S.	11. 7.79	Berken	o.B.	22- ja
Weil	Siegfried I.	16. 6.73	Ittlingen	o.B.	-
Weiss	Leopold I.	8. 9.75	Bonn	Arbeiter	ja
Weinert	Sibilla S.	10. 9.86	Königsfeld	o.B.	ja
Weinert	Kurt I.	17. 3.27	Krefeld	Arbeiter	-
Wertheim	Frieda G.	9. 8.89	Xanten	o.B.	ja
geb. Bruckmann	Selma S.	7. 3.77	Dinslaken	o.B.	ja
Wertheim	Walter I.	17. 8.04	Brunen	Bauarbeiter	ja
Wertheim	Paul I.	14. 3.15	Brunen	Bauarbeiter	ja
Willner	Hedwig S.	31. 7.83	Lidinghausen	o.B.	3414 ja
Willner	Edith S.	27. 3.14	Goch	Friseurin	10- -
Winter	Frieda S.	2. 2.84	Hülse	o.B.	15.80 ja
Winter	Julius I.	17. 2.81	Hülse	Darmortierer	ja
Winter	Julius I.	8. 5.79	Korschenbroich	o.B.	ja
Winter	Fanny S.	30.12.75	Korschenbroich	o.B.	ja
geb. Schwarz	Kurt I.	14.10.12	Korschenbroich	Arbeiter	ja
Winter	Alfred I.	5. 7.18	Korschenbroich	Arbeiter	ja
Winter	Herbert I.	17. 3.22	Korschenbroich	Arbeiter	ja
Winter	Karl I.	11. 3.83	Hemmerden	Schneider	ja
					976

Winter	Rosalie S.	10. 9.85	Kettwig	o.B.	ja
geb. Seligmann	Marianna S.	16. 9.19	Hemmerden	o.B.	50 ja
Winter	Minna S.	17. 6.84	Grenshausen	o.B.	ja
geb. Schott	Johanna S.	24.12.86	Glehn	o.B.	ja
Winter	Elise S.	26. 9.80	H.Gladbach	Wirtschafterin	-
Winter	Siegfried I.	2.12.86	Hülchrath	Bauarbeiter	ja
Wolf	Martha S.	5. 2.97	Geilankirchen	o.B.	ja
geb. Baum	Berthold I.	29. 3.20	Hülchrath	Schlosser	-
Wolf	Hilda S.	11. 4.01	Hülheim/Wuhr	Hausstätte	ja
Wolf	Jakob I.	3. 6.88	Sürth	Arbeiter	ja
Wolf	Johanna S.	4.12.85	Arloff	o.B.	ja
geb. Aron	Erich I.	10.11.22	Wanne-Mickel	Arbeiter	-
Wolf	Kurt I.	3.11.26	Wanne-Mickel	Schlosser	ja
Wolf	Siegfried I.	28. 6.82	Ress	Arbeiter	ja
Wolf	Ingeborg S.	1. 9.14	Hamborn	Hausangestellte	- 4A
Wolf	Marius I.	9. 9.88	Hondorf	Maschinist	ja
Wolf	Oilly Sara	11. 6.89	Hilmerheim	o.B.	ja
Wolf	Alex I.	1. 8.80	Brüggen	o.B.	ja
Wolf	Julie S.	26. 2.86	Koehen	Arbeiterin	ja
geb. Hein	Hildegard S.	27. 3.23	Wunlo	Mäherin	-
Zander	Oskar I.	13. 2.98	Leuk	Arbeiter	-
Zyngaard	Johanna S.	5. 4.93	Krefeld	o.B.	-
geb. Stalander	Otto I.	21. 3.86	Lobberich	Arbeiter	-
Zanders	Johanna S.	29. 4.91	Harschbach	o.B.	ja
geb. Straus	Bruno I.	13. 4.31	Lobberich	-	-
Zanders					1001

Zanders	Arthur I.	8. 1.84	Lobberich	Arbeiter	ja
Zanders	Emilia S.	18.10.95	Kirschweiffen	o.B.	57 ja
Zanders	Ilse S.	31.10.21	Lobberich	Hausangestellte	10- -
Zanders	Helga S.	25. 4.27	Lobberich	Mäherin	503 -
Zanders	Helene S.	7.11.92	Lobberich	Mäherin	ja
Zobel	Helmut I.	26. 7.33	Rheydt	-	-
Zobel	Johanna S.	9. 2.02	Köln	o.B.	ja
geb. Sassen					1010

ÜBER DAS SCHICKSAL DER KEMPENER JUDEN, DIE IM DEZEMBER 1941 DEPORTIERT WURDEN.

Dieser Bericht ist für die Verwandten und Bekannten der deportierten Kempener Juden bestimmt. Er soll auf keinen Fall in irgendeiner Form veröffentlicht werden, auch nicht auszugsweise!

Gegen Ende des Jahres 1941 erreichte mich die Nachricht, daß etwa die Hälfte der Mitglieder der Kempener Gemeinde deportiert wurde. Es waren die "Jüngeren", die die Heimat verlassen mußten, wenn man Leute in Riga bis zu 70 Jahren so beschreiben darf. (Eine Ausnahme bildete nur meine Schwester Carola, die damals 42 Jahre alt war und vorläufig dort bleiben durfte. Sie wurde zusammen mit meinem 70-jährigen Vater und den restlichen Mitgliedern der Kempener Gemeinde im Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert.) Es hieß, die Leute sollten nach Riga kommen. Kamen sie wirklich dorthin? Unter welchen Bedingungen lebten sie? Niemand wußte es. Kein Sterbenswürthchen von ihnen gelangte nach Hause.

Der Krieg ging zu Ende; mit dem Krieg die Periode der Naziherrschaft. Am 19. Mai 1945 las ich im Nachrichtenblatt der deutschen Antinazisten in Schweden ("Politische Information" Nr. 10 vom 15.5.1945) unter der Überschrift "Gerettete Juden" folgendes:

Am 3. Mai kam eine geschlossene Gruppe von aus der Nazihölle geretteten deutschen Juden an, von denen ein Teil früher politischen Organisationen angehörte. Die Daten des Leidensweges dieser Menschen, die zu den wenigen Juden gehören, die der Vernichtung entronnen sind, sind folgende: Die meisten sind im Dezember 1941 und Januar 1942 zuerst zum Getto in Riga deportiert worden

Es folgten noch einige Angaben und eine Liste der geretteten 43 Männer. Fast die Hälfte von ihnen war aus Rheinland Westfalen. Die Vermutung lag nahe, daß ich von ihnen etwas über das Schicksal der Kempener erfahren könnte. Unter den Geretteten fand ich den Haimon Heinz Samuel, als dessen Heimatort Hülfs bei Krefeld genannt war. Wenn jemand mir etwas über die Kempener berichten konnte, dann mußte es sein, dessen Heimatort nicht mehr als 7 km von Kempen entfernt liegt.

Nachdem ich durch den World Jewish Kongress meine Adresse erhalten hatte, setzte ich mich mit ihm brieflich in Verbindung. Es stellte sich heraus, daß er ein Sohn des Metzgermeisters Meinhard Samuel ist. Er war so liebenswürdig, mir einen ausführlichen Bericht über seine Erlebnisse während der Deportation zu schicken. Einige Wochen später, am 16./17. Juni, war ich selbst im Lager Holsbybrunn, wo die Geretteten untergebracht sind, und bekam dort noch eine Reihe von Ergänzungen, teils von ihm, teils von seiner Frau (Ruth geb. Gomperts aus Düsseldorf). Gleichzeitig hatte ich Gelegenheit, eine Anzahl der anderen Geretteten zu sprechen, so daß ich ein zwar bei weitem nicht vollständiges, aber doch ziemlich lebendiges Bild über die Verhältnisse in den Deportationslagern und auch eine Reihe Angaben über die deportierten Kempener Juden bekommen konnte.

Wir wissen alle, daß im Laufe der letzten 5 bis 6 Jahre etwa 5 Millionen Juden vernichtet wurden. Und doch: wissen wir, die wir vom Schicksal der Deportation verschont worden sind, wirklich etwas? Was sagt der Satz: 5 Millionen Juden vernichtet; von den namenlosen Leiden, die diese 5 Millionen Menschen in langen Jahren haben durchmachen müssen; was erzählt er von dem Schmerz, den sie empfunden haben, als die Menschen, die ihnen am nächsten standen, vor ihren Augen zum Tode geführt wurden? 5 Millionen Juden vernichtet; was berichten diese Worte von der Todesangst wehrloser Opfer, die auf die Schlachtbank eines unerträglichen Henkers geführt wurden? 5 Millionen Juden vernichtet; diese Worte sagen die Wahrheit und doch lügen sie. Denn der Fernstehende, eine spätere Generation, werden glauben, etwas zu wissen, wenn sie jenen kleinen Satz in ihrem Geschichtsbuch gelesen haben. Und doch wissen sie so wenig oder gar nichts.

Ich habe mich für das Schicksal von 9 Menschen unter diesen 5 Millionen interessiert, 9 ganz gewöhnliche Menschen, von Durchschnittsbildung, ohne überragende geistige oder moralische Eigenschaften. Ich habe mich für sie interessiert, nicht weil ich aus ihrem Schicksal Schlüsse über das Geschehen der Zeit ziehen wollte, sondern aus reinem "lokalpatriotischem" Interesse. Es waren die Menschen aus meiner Heimatstadt, die ich von meiner frühesten Kindheit an gekannt habe, mit denen ich in die Schule gegangen bin, mit denen ich am Schwedisch-Käsekuchen gegessen, und am Simchas Thora schwarz-weiß-rote Fahnen durch die Synagoge getragen habe.

Was ich über die 9 Menschen erfahren konnte war nicht viel, nicht einmal den genauen Todestag konnte ich für einen einzigen feststellen. Es ist sogar denkbar, daß 2 von ihnen mit dem Leben davongekommen sind. Aber wie die Verhältnisse waren, in denen sie mit 13.000 Schicksalsgenossen die letzte, schwerste Zeit ihres Lebens verbracht haben, das habe ich erfahren. Und daraus ersieht man das Wesentliche. Bleiben nur noch gewisse Nuancen übrig, in denen das Los des einen von dem des anderen sich unterschieden hat, und die nicht von Bedeutung sind.

Ich schreibe diesen Bericht nieder in erster Linie für nichtselbst, um mir das Gehörte noch einmal vor Augen zu führen, in zweiter Linie für die wenigen Kempener Juden, denen es durch Flucht oder sich verborgenhalten geeglückt war, dem "Haus Hageseiroh", dem bösen Verhängnis, zu entgehen. Und schließlich schreibe ich ihn nieder für meine Kinder, damit sie später einmal wenigstens eine Ahnung bekommen werden, vor welchem Schicksal sie zufällig bewahrt worden sind. Verstehen werden sie das Geschehene nie, denn es ist kaum denkbar, daß ein Mensch, der diese Zeit nicht selbst miterlebt hat, dieses Inferno von Fanatismus, Bestialität und Feigheit, dieses Meer von Elend, Schmerz und Heldenmut begreifen wird.

Diese Aufzeichnungen sollen, wie schon zu Anfang vorausgeschickt, auf keinen Fall in irgendeiner Form veröffentlicht werden. Denn dazu sind die Angaben zu wenig exakt und unvollständig, und es gibt kaum eine Angabe, für deren absolute Richtigkeit ich mich verbürgen könnte. Dazu kommt, daß es etwa 170 Menschen gibt, die das Rigaer Getto und die folgenden Todeslager glücklich überstanden haben und in die Freiheit gerettet wurden. Sie sind in erster Linie kompetent, die Geschichte des Gettos Riga aus eigenem Erleben heraus zu schreiben. Diese 170 Flüchtlinge sind der letzte Rest der 13.000 deutschen und österreichischen Juden, die im Dezember 1941 und in den ersten Monaten 1942 nach Riga, oder genauer ausgedrückt, ins Rigaer Getto deportiert worden sind. Von den Kempener Juden waren folgende mit dabei:

- Isidor Lamberts, etwa 70 Jahre alt, aus St. Hubert (Nüßener);
- Andreas Rath, etwa 65 Jahre alt;
- Andreas Mendel, etwa 50 Jahre alt, Sohn von Alex Mendel aus St. Hubert;
- Frau Mendel, geb. Weinberg, etwa 45 Jahre alt aus Hannover;
- Kurt Mendel, etwa 18 Jahre alt, Sohn von Andreas Mendel;
- Bertha Servov, etwa 45 Jahre alt, Tochter von Salli Servov;
- Rudolf Bruch, etwa 42 Jahre alt, Sohn von Hirsch Bruch aus Dülken;
- Selma Bruch, 36 Jahre alt (geb. 20.4.03) Tochter von Albert Goldschmidt;
- Ilse Bruch, 8 Jahre alt, Tochter von Rud.u.Selma Bruch;

Die Altersangaben sind von mir meist geschätzt, sie beziehen sich auf die Zeit, als die Deportation erfolgte, also Dezember 1941. Die Leute hatten einige Wochen vorher Befehl bekommen, sich reisefertig zu machen. Leo Goldschmidt nahm sich vor der Deportation das Leben. Es scheint jedoch, daß die Fälle von Selbstmord selten waren; die meisten waren einigermaßen gefaßt. Am 11. Dezember 1941 wurden die zur Deportation bestimmten Juden in Krefeld gesammelt, und von dort per Eisenbahn nach Düsseldorf transportiert, wo die unter Aufsicht der Gestapo und SS einen 3/4-stündigen Marsch mit Gepäck zum Schlachthof machen mußten. Das Ziel der Reise war vorher mitgeteilt worden: Riga. Aber was nutzte das? Erstens bestand ja nicht der geringste Grund, den Angaben der Nazis zu glauben, und außerdem waren sie ja doch nach der Ankunft in Riga nicht nur von jedem Verkehr mit den Angehörigen in der Heimat, sondern überhaupt von jeglichem Kontakt mit der Außenwelt abgeschnitten. Der Versuch, seinen Verwandten oder Bekannten eine Nachricht zukommen zu lassen, und sei es nur ein harmloser Gruß, war mit Todesstrafe belegt. Da braucht man sich nicht zu wundern, daß von den Kempenern nie ein Lebenszeichen gekommen ist. Trotzdem ist es einzelnen gelungen, eine Nachricht herauszuschmuggeln. So erzählte mir Frau Pine, daß ein deutscher Soldat aus ihrer Heimat ihrer alten Mutter einmal einen Gruß übermittelte hat, und durch ihn hat sie auch später erfahren, daß ihre Mutter nach Theresienstadt deportiert worden ist.

Die Nacht vom 11. zum 12. Dezember verbrachten sie im Düsseldorfer Schlachthof. Jeder einzelne wurde samt Gepäck von der Gestapo durchsucht und wesentlich leichter gemacht. Am 12. Dez. fuhren sie in Begleitung der Polizei in Personenzug nach Riga ab, wo sie am 15. Dez. ankamen. Eine Nacht verbrachten sie noch im Zuge und wurden am nächsten Morgen von der deutschen und lettischen SS empfangen und freundlich darauf hingewiesen: wer flüchtet, wird erschossen! Der Transport bestand aus etwa 1.000 Mann. (Einige Tage früher war schon ein großer Transport aus Köln eingetroffen.) Die Älteren und schwächeren Leute durften in Autos steigen, die anderen mußten etwa eine Stunde laufen. Sie kamen auch alle glücklich im Getto an, aber heute noch läuft es den Leuten kalt über den Rücken wie dem "Reiter über dem Bodensee", wenn sie an den Leichtsinn denken, mit dem sie ihre Eltern und Frauen haben in die Autos steigen lassen. Denn später sahen sie, was es bedeutet, Schwache und Kranke unter der Aufsicht von Nazis in Autos steigen lassen; Auf Nimmerwiedersehen!

Aber sie waren damals noch unerfahren, und wie gesagt, es ging gut. Sie trafen sich alle in Getto wieder. An Gepäck durften sie vom Bahnhof aus nur Rucksäcke und kleines Handgepäck mitnehmen; die Koffer wurden in der Bahnhofshalle aufgestapelt und waren damit den Augen der Eigentümer auf immer entführt.

Das Wort "Getto" hat einen eigenartigen Klang; man hat schon früheren Schuljahren davon reden hören. Es war eine der barbarischen Einrichtungen einer längst verflissenen Zeit, des finsternen Mittelalters. Wenn man sich später etwas eingehender mit der Geschichte des jüdischen Volkes beschäftigt hat, dann konnte man feststellen, daß diese Einrichtung bis tief in die Neuzeit hinein bestanden hat. Man erfährt auch gleichzeitig, daß trotz Not, Elend und Unterdrückung, die in dem Wort "Getto" zum Ausdruck kamen, es auch wieder Lichtseiten gab, die die Juden mit dem Leben hinter den schwarzen Mauern versöhnte: Innerhalb des Gettos waren sie frei; sie hatten eigene Verwaltung, eigene Gerichtsbarkeit, freie Religionsausübung, mit einem Wort: Autonomie! Sie konnten ihren geistigen Interessen nachgehen und eine eigene Kultur aufbauen. Auch waren sie nicht barmächtig von der Außenwelt abgeschlossen. Ihr Leben war meist nicht bedroht. Selbst in Zeiten der schlimmsten Judenverfolgungen, wie z.B. während der Kreuzzüge, waren die Juden nicht gänzlich schutzlos den Mordbanden ausgeliefert, sondern meist fanden sich weltliche oder geistliche Würdenträger, die - wenn auch nicht aus Mitleid, so doch aus eigenen Interessen - die Juden vor den Überfällen zu schützen suchte.

Wie schon das Getto des Mittelalters ein Bohn auf die primitivsten Menschenrechte war, so war das Rigser Getto des 20. Jahrhunderts eine finstere Karikatur seiner Vorgänger vor 500 und 1000 Jahren. Wie schon erwähnt, war jeder Versuch, mit der Außenwelt in Verbindung zu treten, mit Todesstrafe belegt. Selbst auf den geringsten Kontakt zwischen deutschen und lettischen Juden stand die Todesstrafe. Kinder in die Welt setzen; Todesstrafe. Geld besitzen, auch nur in kleinen Mengen; Todesstrafe. Lebensmittel eintauschen gegen Kleider oder dergleichen; -man war dazu gezwungen, weil man sonst verhungern mußte -; Todesstrafe. Es gab auch eine jüdische "Selbstverwaltung". Ihre Aufgabe bestand in erster Linie darin, jeden Tag eine bestimmte Anzahl Leute zur Arbeit zu schicken. Es war ein raffiniertes System, das die Nazis ausgedacht hatten, um ein Maximum von Arbeitsleistung aus den Juden herauszupressen mit einem Minimum von Aufwand an eigenen Kräften.

Als der Transport vom Wiederrhein im Rigser Getto ankam, war der erste Anblick: große Blutlachen auf den Straßen. Die Häuser waren Hals über Kopf verlassen. Was war geschehen? Eine Woche vor Ankunft des Transportes von Düsseldorf waren 43.000 lettische Juden aus den Häusern getrieben und auf den Straßen ermordet worden. Am 9. Dezember mittags 1 Uhr war die Aktion zu Ende. Es blieben ca. 4.300 lettische Juden übrig, darunter 300 Frauen. Sie waren in einem abgegrenzten Viertel untergebracht, und es war ihnen, wie gesagt, bei Todesstrafe verboten, mit den deutschen Juden auch nur ein Wort zu wechseln. Trotzdem versuchten die lettischen Juden auf jede Weise den deutschen Juden zu helfen, vor allen Dingen mit Lebensmitteln. Diese warfen sie den deutschen Juden über den Straßendraht herüber. Mächtig hat mancher von ihnen seine Hilfsbereitschaft mit dem Kopf bezahlen müssen. Daß es den lettischen Juden weder an Mut noch Geschicklichkeit fehlte, geht daraus hervor, daß sie es verstanden, sich eine größere Menge Waffen zu verschaffen. Leider wurde das Waffenlager von den Nazis entdeckt. Das war Ende 1942 oder Anfang 1943. Zur Strafe wurden die jüdischen Polizisten des lettischen Gettos, lauter prächtige, junge Männer, auf dem großen Platz des Gettos, den "Blachplatz", geführt und mit Maschinengewehren erschossen.

Über die erste Zeit in Riga berichtet Heinz Samuel: "Wir wurden durchschnittlich mit 16-18 Leuten in einem Raum untergebracht. An Verpflegung hatten wir nur das, was wir noch in unseren Rucksäcken hatten oder in den so traurig verlassenen Wohnungen vorfanden. Es waren furchtbare Zustände. Am nächsten Tag mußten wir Männer zum Hafen, um Schiffe auszuladen. Es waren 4 Stunden zu laufen bei Glatteis und großer Kälte. Wir kamen gewöhnlich abends gegen 8 Uhr zurück, bekamen aber den ganzen Tag nichts zu essen. Brot zum Mitnehmen war nicht mehr da, so mußten wir uns bei schwerer Arbeit von Steckrüben ernähren. Es ging 8 Tage so fort. Dann wurde eines Morgens - ich glaube, es war der 22. Dezember - ein großer Transport Männer zusammengestellt. Wir mußten mit Gepäck antreten. Es wurde uns gesagt: ihr müßt ein Lager aufbauen, bewilt euch, je eher das Lager fertig ist, desto eher kommen eure Angehörigen nach. Schweren Herzens verabschiedeten wir uns von unseren Lieben. Unter lettischer SS-Bewachung marschierten wir zu einem, 17 km von Riga entfernten, im Wald versteckten Lager. Unterwegs forderte die SS verschiedene unserer Leute auf, ihre Uhren abzugeben. Nachdem sie einige Minuten gezögert hatten, wurden sie vor unseren Augen in den Wald geführt und erschossen. Also wurden wir jetzt durch den Wald geführt in dieses furchtbare Lager (Salaspils).

Wir trafen dort einige Leute vom Kasseler Transport an, die sofort vom Rigser Bahnhof von ihren Angehörigen getrennt und dorthin verschleppt worden waren. Wir wurden in einer Baracke, die noch kein Dach hatte, untergebracht. Es war ein Glück, daß es wenigstens Decken gab, sonst wären alle gleich erfroren. Unsere Schlafstellen waren einer Hundehütte gleich. Drei Tage waren wir ganz ohne Verpflegung, außer 5 Zuckerrüben, die man uns Weinachten gab."

Die Arbeit bestand in Bau von Baracken und Brettertragen. Die Kost: 180 gr. Brot und eine "Suppe", d.h. ein Teller Wasser, in dem ein paar Kohlblätter und einige Kartoffelschalen schwammen. Es war natürlich unmöglich, davon zu leben, besonders, da man ja schwer zu arbeiten hatte. Es war also kein Wunder, daß viele krank wurden. Darunter Rudolf Bruch, der an Typhus erkrankte und starb. Es kam nicht selten vor, daß 15 - 20 Mann an einem Tag starben. Sie wurden in ein Massengrab geworfen. Gelegentlich gingen auch Krankentransporte mit Autos ab, insgesamt waren es drei solcher Transporte. Die Kranken sollten angeblich ins Getto zur Erholung gebracht werden, so wurde jedenfalls gesagt. Aber keiner der Transporte kam in Riga an; die Kranken wurden im nächsten Wald erschossen. An einem dieser Transporte sollte auch Andreas Mendel teilnehmen. Er war schon so entkräftet, daß er auf dem Wege von der Baracke zum Omnibus hinstürzte. Die Nazis sparten sich die Arbeit, ihn erst ins Auto zu tragen, sondern erschossen ihn gleich an Ort und Stelle nieder.

Es ist klar, daß die Deportierten versuchten auf jede erdenkliche Weise Lebensmittel zu erhalten, und es bestand tatsächlich eine Möglichkeit: Es gab in Salaspils ein Sortierlager für Kleidungsstücke und dergleichen, die die SS den deportierten Juden bei ihrer Ankunft in Riga abgenommen hatte. Dieses Kleiderlager wurde von Juden verwaltet. (Die Deutschen hatten es nicht gewagt, es den Letten anzuvertrauen, weil sonst alles verschunden wäre.) Es war deshalb für Juden gelegentlich möglich, sich aus diesem Lager das eine oder andere Stück auszuweihen, um es bei den lettischen Arbeitern gegen Brot zu vertauschen. Darauf aber stand der Tod durch den Strang. Jeden Tag wurden die Juden beim Einmarsch ins Barackenlager von der SS kontrolliert, und wurden Lebensmittel bei einem gefunden, dann war sein Schicksal besiegelt. Die eigenen Kameraden mußten die Ermordungen vollstrecken. Und es verging kaum ein Tag, an dem nicht eine solche Exekution stattfand. - Im Februar 1942 wurde in Lager Salaspils eine jüdische Hilfspolizei eingerichtet, deren Hauptaufgabe es war, den Tauschhandel zu verhindern.

Chefpolizist war Siegfried Kaufmann aus Kassel, der sich bemühte zu retten, wo er retten konnte. An der Spitze des Lagers stand der Lagerkommandant Nichel, aus Berlin gebürtig, und der Rotenführer Tschackmeier. Das waren die einzigen deutschen SS-Leute. Die übrige Wachmannschaft waren lettische SS-Leute. Bezeichnend für das Verhältnis zwischen deutschen und lettischen SS ist, daß die Deutschen nachts eine jüdische Wache hatten, um sie gegen die lettischen SS zu schützen. Tschackmeier war der schlimmere der beiden Deutschen. Als er einmal nachts um 4 Uhr die jüdische Polizei nicht auf ihrem Posten antraf, ließ er am nächsten Morgen alle jüdischen Polizisten verprügeln. Die allereltesten Halunken waren die Lettischen SS-Leute. Wenn es ihnen gerade in den Sinn kam, konnten sie einen Juden ohne den geringsten Anlaß niederschieseln. Folgende Vorfälle charakterisieren die Zustände im Lager: Ende Januar - es war gerade ein Transport von Kölnern gekommen - waren 1/2 km vom Lager ein paar Suppenwürfel gestohlen worden; 3 Mann wurden sofort erschossen. Und es war keine Stunde nach diesem Vorfall vergangen, als andere schon wieder dabei waren, Brot einzutauschen! - Am 13. April waren 2 Leute geflohen. Einer von ihnen, ein Kölner, wurde erwischt und aufgehängt, nachdem er vorher noch 30 Steckrüben erhalten hatte! Als Ersatz für den anderen, dessen man nicht habhaft werden konnte, mußte der jüdische Chefpolizist Siegfried Kaufmann 10 Leute herausuchen. Er suchte die 10 Ältesten heraus. Aber dieses Mal zeigten sich die Nazis "großmütig". Statt der 10 Leute wurde "nur" einer erschossen. Ein todkranker Junge aus Brunn. - Gelegentlich wurde so schlecht geschossen, daß die Opfer noch eine ganze Zeit lang lebten. Im Mai 1942 kamen 14 Jungens nach Salaspils. Was sie "verbrochen" hatten, ist nicht bekannt. Der Älteste wurde erhängt, die Übrigen erschossen. Einer lebte noch, bekam dann den Gnadenschuß. Am gleichen Tag war eine der schärfsten Kontrollen, die je vorkam. Alle wurden von Kopf bis Fuß untersucht. Einer hatte einen Beutel mit Mehl bei sich. Es gelang ihm, den Beutel unbemerkt in den Graben zu werfen. Ein SS Mann fand ihn dort. Heinz Samuel, der gerade als Hilfspolizist Dienst hatte, verstand es, den SS-Mann einzureden, daß der Beutel von einem vorher vorbeifahrenden deutschen Militärreute heruntergefallen sei, und so blieb der Vorfall glücklicherweise ohne Folgen. Schlimmer sah es aus, als beim Bruder von Heinz Samuel, Werner, einmal etwas Geld gefunden wurde. Das war etwa Mitte März. Das Urteil war schnell fertig; nachmittags um 3 Uhr sollte er erschossen werden. Dünk der allgemeinen Beliebtheit, die Werner Samuel im Lager genoß, setzten sich alle Kameraden für ihn ein, und da er auch bei den deutschen SS-Leuten ein gewisses Ansehen hatte, fuhr der

Lagerkommandant Mickel nach Riga und verhandelte mit Dr. Lange über den Fall. Dr. Lange, Obersturmbannführer, 38 Jahre alt, war Chef der lettischen SS und SD. Ihm unterstand das ganze Getto und auch das Lager in Salaspils. Er war der meist gefürchtete und meist gehasste Mann im Getto. Er verurteilte keine Exekution. Mit der Kamera stand er dabei und fotografierte alle Phasen der Hinrichtung. Jedem Samstag mußte einer hängen, dafür sorgte er, ganz gleich, ob ein Anlaß vorhanden war oder nicht, sonst hätte er wohl keinen vergnügten Sonntag gehabt. Einmal rief ihn ein jüdischer Junge, der wegen irgendeiner Lappalie zum Tode verurteilt war, auf dem Richtplatz zu: Du Lomp, du kommst auch noch an den Galgen. Im Falle Werner Sammel ging es über Erwarten gut: In einem Anfall von guter Laune begnadigte er ihn.

Als Ersatz für die Umgekommenen und Ermordeten wurde das Lager Salaspils immer wieder vom Getto aus mit neuen Leuten aufgefüllt. Endlich, im Mai 1942, wurden die Verhältnisse im Lager Salaspils etwas besser. Es durften sogar einige (21 Mann) auf Urlaub ins Getto fahren. Schließlich, im August 1942, wurde das ursprünglich für die Juden bestimmte Lager als lettisches Konzentrationslager erklärt. Der letzte Jude, der in Salaspils erhängt wurde - wegen Stehlen von Brot -, war ein Hofstadt aus Straelen. Die Juden, die noch übrig waren, kamen ins Getto zurück.

Viele trafen ihre Angehörigen nicht mehr an. Denn obgleich es im Getto nicht ganz so schlimm war wie in Salaspils, war es doch alles andere als ein Paradies. Viele waren an Krankheiten gestorben, darunter auch Meinhard Sammel aus Hüll. Viele waren direkt verhungert, viele von der SS verschleppt worden. Die 1. Aktion war am 5. Febr. 1942: Es wurden 1.500 Menschen erschossen oder vergast. Die nächste Aktion war am 26. März 1942: Es wurden 2.200 Leute in Lastautos verladen und nach "Dünabünde" geschickt, wie es hieß. In Wirklichkeit wurden sie im Wald ermordet. Unter diesen Opfern der Aktion befand sich auch der alte Isidor Lambertus aus St. Rubert.

Im Dezember 42 und in den ersten Monaten 43 kamen immer wieder neue Transporte aus dem Reich ins Getto an, u.zw. kamen die Transporte in folgender Reihenfolge: Köln, Kassel, Düsseldorf, Bielefeld, Prag, Hannover, Berlin, Wien, Sachsen und Dortmund. Insgesamt waren etwa 13.000 reichsdeutsche Juden ins Getto.

Aber nicht alle Transporte von Juden, die nach Riga gelangten, kamen ins Getto. Viele von ihnen wurden in einen Wald in der Nähe von Riga geführt, den berühmten Bickernicher Wald. Wenn das, was in den Jahren 42-43 in diesem Wald geschehen ist, sich ein paar Jahrzehnte früher ereignet hätte, dann hätte die Welt vor Entsetzen den Atem angehalten, und der Name "Bickernicher Wald" wäre für alle Ewigkeit in die Geschichte der Menschheit eingegangen als das Symbol des niedrigsten Verbrechenstums. Aber die Welt hat inzwischen von Buchenwald und Belsen, von Maidanek und Auschwitz gehört, und neben diesen Großunternehmen der Neuordnung Europas erscheint der Bickernicher Wald nur als eine unbedeutende Leichenfabrik zweiten Ranges. Leiter dieser "Fabrik" war der Obersturmführer Krause. Er hatte eine Gruppe von Juden unter sich, "Krause I - Kommando" genannt. Diese hatte man ins Gefängnis gesteckt, um sie von den anderen Juden vollkommen isoliert zu halten. Nur am Tage, bevor ein Transport ankam, wurden sie zum Bickernicher Wald geführt, wo sie ein Massengrab schaufeln mußten, und am nächsten Tage wurden sie wieder hingeführt, um das Grab zuzuschaufeln. Viele von ihnen sind im Gefängnis verhungert, viele wurden am Ende ihrer Tätigkeit erschossen, etwa der vierte Teil von ihnen kam später ins Lager zurück. - Die ankommenden Transporte - es waren meist etwa 1.000 Mann - wurden gleich vom Rigger Bahnhof aus zum Bickernicher Wald geführt. Dort mußten sie sich entkleiden und wurden mit Maschinengewehr erledigt. Fünf Transporte von je 1.000 Mann wurden auf diese Weise vollständig vernichtet. Von zwei weiteren Transporten zu je 1000 Mann, die aus Berlin stamten, blieben 230 Leute übrig. Man nimmt an, daß nicht weniger als 50.000 Juden im Bickernicher Wald begraben wurden. -

Beim Heranrücken der Russen erhielt eine aus Juden bestehende Gruppe ("Kommando 1005") den Befehl, die Leichen auszugraben und zu verbrennen. Auf diese Weise hofften die Nazis, die Spuren ihrer Untaten zu verwischen. Die Mitglieder des "Kommando 1005" wurden sämtlich ermordet.

Es versteht sich von selbst, daß bei den Massenexekutionen im Bickernicher Wald noch lange nicht alle gleich tot waren, sondern noch unaussprechbare Qualen erlitten, bis der Tod sie erlöste. Es ist sogar ein Fall bekannt, daß eine Frau aus dem Massengrab sich retten konnte. Eine Frau Kleeblatt. Sie hatte nur einen Beinschuß bekommen. Nachts machte sie sich auf aus dem Haufen von Leichen und Sterbenden. Es gelang ihr, sich zu einem Bauernhof zu schleppen, wo sie aufgenommen und gepflegt wurde, bis die Wunde geheilt war.

Die Kleider der Ermordeten kamen nach Salaspils in die SS-Kleiderkammer. Es waren auch viele Kinder- und Säuglingsgeschosse dabei! 35 Juden waren zur Verwaltung der Kleiderkammer abkommandiert; sie blieben in Salaspils zurück, auch nachdem die anderen wieder ins Getto zurückgekommen waren. 1943 wurden sie alle erschossen. - Obersturmführer Krause fiel später in die Hände der lettischen Partisanen, die ihm den gebührenden Lohn für seine Taten gaben.

Wie schon vorher erwähnt, hatte das jüdische Arbeitsamt des Getto dafür zu sorgen, daß täglich eine gewisse Anzahl, etwa 11.000 Mann - sich zur Arbeit stellten. An der Spitze des Arbeitsamtes stand ein ehemaliger Diplomaltdirektor namens Schulz (er befindet sich jetzt auch unter den Geretteten in Schweden). Er hatte ein Büro mit 22 Mann zu seiner Hilfe. In seinen Händen liefen alle Fäden des Gettos zusammen, zunächst nur des deutschen Teiles, später auch des lettischen. Es waren also 17.000 Menschen, die er zu betreuen, zu versorgen, zur Arbeit zu schicken, zu warnen und zu retten, und gelegentlich auszuliefern hatte. Er führte Kartothek über den Verbleib eines jeden einzelnen. Es gelang ihm, diese Kartothek auch nach Auflösung des Gettos zu retten, sie von einem Konzentrationslager zum anderen mitzuschleppen, bis er schließlich mit den anderen Ende Februar 45 nach Hamburg-Fuhlsbüttel kam, wo ihm alles Material abgenommen wurde. Aber er hat heute noch einen großen Teil der Kartothek in Kopf.

An der Spitze der jüdischen Polizei stand ein Frankenberg aus Neuss. Die Arbeitskommandos wurden jeden Morgen unter SS-Bewachung aus dem Getto herausgeführt. Einige mußten Schiffe ein- und ausladen, andere Schrot sortieren und in Waggons verladen. Eine größere Anzahl Leute war eine Zeit lang - etwa drei Monate - zum Torfstechen abkommandiert worden. Es waren auch viele Frauen dabei. Sie waren in Baracken untergebracht und hatten unter sehr schwierigen Bedingungen zu arbeiten. Später kamen sie wieder ins Getto zurück, viele mit vereiterten Beinen.

Mit den Lebensmitteln war es im Getto ähnlich wie in Lager Salaspils: man war gezwungen, Tauschhandel zu treiben, um nicht zu verhungern. Wer dabei erwischte wurde, kam an den Galgen. Die Leichen mußten 3 Tage lang hängen bleiben. Aber wenn diese Maßnahme als "warnendes Exempel" gedacht war, so verfehlte sie vollkommen ihre Wirkung: der Hunger war stärker als die Todesangst. Die Möglichkeit, sich Lebensmittel zu verschaffen, hing von mancherlei Umständen ab: von der eigenen Geschicklichkeit, von der Opferwilligkeit der Verwandten und Bekannten, und manchmal von reinen Glückfällen.

Andreas Rath, der in der Heimat die dickste Freundschaft mit allen Katrin (Bauern) der Umgebung hatte, und dessen Speisekammer auch in Zeiten der Knappheit immer aufs beste gefüllt, wenn-gleich seine Einkünfte ziemlich bescheiden waren: er hat es annehmend schwer gehabt, sich in der fremden Umgebung zurechtzufinden. Ende 1942, knapp ein Jahr nach der Deportation, starb er. -

Wer Bertha Servos in der Heimat gekannt hat, wie sie, stets am Glängelband der Mama ("Es ging ein Mann durch Syerland....") durch die Straßen Koppens spazierte, immer mit einem bescheidenen Mädeln um die Lippen, wie sie nur immer erstaunt-naive Fragen stellte, wenn man sich mit ihr unterhielt und den Eindruck machte, als ob sie nicht bis 3 zählen könnte: wer diese Bertha Servos gekannt hat, der hätte sie im Getto nicht wiedererkannt. Sie war wie verwandelt. Trotzdem sie doch ohne nähere Angehörige war, gab es kaum eine im Getto, die sich so glänzend in den neuen Verhältnissen zurechtfinden wie sie. Ihren Unterhalt verdiente sie durch Nähen, und auf tausenderlei Art und Weise verstand sie es, sich Lebensmittel zu verschaffen. Sie war immer lustig und guter Dinge, es war gerade, als ob ihr eigentliches Leben erst mit der Deportation angefangen hätte. - Nach Auflösung des Gettos kam sie am 6. Nov. 43 ins Konzentrationslager Kaiserwald bei Riga, von dort im August 44 nach Straßendorf, wo alle, die über 30 Jahre alt waren, erschossen wurden.

Frau Mendel, deren Mann ja, wie oben erwähnt, gleich in den ersten Monaten der Deportation in Lager Salaspils umgekommen war, hatte eine außerordentliche Stütze in ihrem Sohn Kurt. Man ist es ja an und für sich selbstverständlich, daß ein Sohn für seine Mutter zu sorgen hat. Aber Kurt Mendel hat sich in einer Weise für seine Mutter aufgeopfert, die ganz einzigartig war. Das ist mir von mehreren Seiten berichtet worden. Überhaupt ist er mir als ein ganz besonders prächtiger Junge geschildert worden. Frau Mendel und Kurt kamen nach Auflösung des Gettos mit allen anderen zur Registrierung ins Konzentrationslager Kaiserwald bei Riga, von dort zum EE-Lager A.B.A. und dann am 25. Sept. 44 mit einem großen Transport nach Stutthof bei Danzig.

Wie man gelegentlich auch Glück haben kann, zeigt folgender Vorfall. Eines Tages läutet das Telefon beim Leiter des jüdischen Arbeitsamtes, dem o.e. Schulz. Eine Dame vom Rigger Arbeitsamt (dem das jüdische Arbeitsamt des Gettos administrativ unterstellt war) erkundigte sich, ob jemand aus Grefrath sich im Getto befindet. Ja, hier ist ein Alfred Levi und Frau aus Grefrath. Gerade die sind es, die ich suche.

Ich komme morgen mittags um 12 Uhr rüber und möchte sie sprechen." Gibt es einen Juden, der aus dem Rheinland stammt, und nicht den "Grafen" gekannt hat, Emanuel Levi aus Düsseldorf, den Vorsitzenden des Viehhändlervereins für den Regierungsbezirk Düsseldorf? Also es handelte sich um seinen Sohn. Am anderen Tag war Frau Levi - ihr Mann war auf Arbeitskommando - im jüdischen Arbeitsamt, und als die Dame vom Rigaer Arbeitsamt hereinkommt, sieht Schulz zu seinem Erstaunen, wie sich die beiden Frauen um den Hals fallen. Es stellt sich heraus, das junge Mädchen war auch aus Greifarth, ihre Familie war mit Levis gut befreundet, und ihre Mutter hatte sogar bei der Deportation von Levis deren Haus pro forma übernommen. Seitdem hatten Alfred Levi und Frau, so lange sie noch im Getto waren, immer genug zu essen. (Später kamen sie auch, wie Mendels, über KE-Kaiserwald nach Stutthof bei Danzig. Ebenfalls dorthin kam Fritz Servos aus Aurath. Herbert Servos ist an Blinddarmentzündung gestorben.

Bei allen Misereen gab es im Rigaer Getto doch ein gewisses, wenn auch äußerst beschränktes Maß von sozialer und kultureller Freiheit. So gab es ein Krankenhaus, an dem die hervorragendsten ärztlichen Kapazitäten, sowohl jüdisch-deutscher als auch jüdisch-lettischer Herabstammung, tätig waren. U.a. war der lettische Professor Dr. Mins am Krankenhaus, der seinerzeit Lenin operiert hatte. Ähnlich war es ja auch im Krankenhaus des Gettos von Theresienstadt. Und ebenso wie dort konnten auch im Rigaer Getto die Leuchten der medizinischen Wissenschaft mit ihren Kenntnissen und Fähigkeiten nicht viel anfangen, weil es an notwendigsten Material fehlte, schon gar nicht zu reden von der Verpflegung der Kranken. Es gab auch eine Synagoge, wo regelmäßig Gottesdienst abgehalten wurde, und eine Schule, wo die Kinder unterrichtet wurden. Bis man sie wegholte; aber davon später. Auch einen jüdischen Sportklub gab es, der auf dem "Blechplatz" Fußball spielte, auf dem gleichen Platz, auf dem der Galgen stand. Ein groteskes, schauerliches Bild. Uns gewöhnlichen Menschen überkommt ein Grausen, wenn wir daran denken. Aber war das Privileg, Fieserlosigkeit? Keinesfalls! Was soll man machen, wenn kein anderer Platz als der Blechplatz zum Fußballspiel zur Verfügung steht? Und was tut es, daß der, dessen Leiche dort hängt, vielleicht gestern noch ein prächtiger Stürmer oder ein strammer Torwächter gewesen ist? Jeder der Mitspielenden, die hier mit jugendlichem Feuer der Leidenschaft des sportlichen Wettbewerbs sich hingeben, weiß, daß morgen vielleicht er selbst es ist, der dem Spiele von oben her zusehen muß.

Auch eine jüdische Theatergruppe gab es. Ein altes Fabrikgebäude war als Theatersaal hergerichtet. Sicher haben fast alle Zuschauer früher modernes Theater gesehen, mit den kompliziertesten Bühnenmechanismen, künstlerisch hochwertiger Ausstattung und hervorragenden Berufsschauspielern. Und doch kann man glauben, daß niemals früher eine Vorführung so tiefen Eindruck auf sie gemacht hat, wie hier in der primitiven Fabrikhalle, als sie den "Jeremias" von Stefan Zweig sahen und in den Schlussworten die Stimme ihrer eigenen Verzweiflung und Qual, aber auch den Ruf ihres eigenen Stolzes und Selbstbewußtseins hörten.

Das Getto bot also, trotz Elend und Rechtlosigkeit, doch noch gewisse, wenn auch äußerst beschränkte Möglichkeiten, die ein wenig über die Trostlosigkeit des Daseins hinwegluchsen, wie der dünne Sonnenstrahl, der sich zur Mittagszeit in den engen Hinterhof der Mietskasernen verirrt. Aber die "Herrlichkeit" sollte nicht ewig dauern. Die Galeere, die mit ihren 17.000 Sklaven die Fahrt ins Ungewisse angetreten hatte, steuerte schließlich einem bestimmten Ziele zu. Aber die Sträflingsinsel Coyense, das Land, wo der Pfeffer wächst, dürfte wohl ein Paradies sein gegenüber dem Ziel, auf das dieses Sklavenschiff Kurs genommen hatte: dem Konzentrationslager. Noch bevor man in "Hafen" angekommen war, wurde allerlei "unnötiger Ballast" über Bord geworfen. D.h.: es fanden Aktionen der SS statt, bei denen die weniger Arbeitsfähigen weggeholt und ins "Unbekannte" geschickt wurden. Den Gipfel bildete schließlich - 4 Tage vor Auflösung des Gettos - die Aktion vom 2. Nov. 43. Die Arbeitsfähigen waren, wie gewöhnlich, in Arbeitsstellen gegangen. Als sie, wie sonst, abends wieder ins Getto zurückgehen wollten, wurden sie zunächst zurückgehalten. Nach 3 Stunden, während deren sie in einer Fabrik eingesperrt waren, ließ man sie zum Getto gehen. Dort war die SS inzwischen mit ihrer "Arbeit" fertig geworden: 2216 Menschen hatten sie weggeholt, in Waggons zu je 70 Mann verladen und weggeschickt. Man hat nie wieder etwas von ihnen gehört. Es heißt, daß sie ins Vernichtungslager Auschwitz gekommen sind. Meist waren es Frauen, Kinder und Kranke, es waren aber auch gesunde, kräftige Menschen dabei. Unter den Kindern, die an diesem Tage weggeholt wurden, befand sich auch die sechsjährige Ilse Bruch; Selma Bruch folgte freiwillig ihrem Kinde. Ferner befanden sich unter den Deportierten dieses Tages Frau Meinhard Samuel aus Hülls mit ihrer Tochter Helga; ferner Frau Willner aus Oedt. (Ihre Tochter Ruth befindet sich unter den Geretteten in Schweden.) -- Die gute Gelegenheit benutzend, hat die SS am gleichen Tage das Getto gründlich ausgeplündert.

Am 6. Nov. 43 kam dann die Auflösung des Gettos. Die Insassen wurden zunächst alle in die Kartothek des Konzentrationslagers Kaiserwald eingetragten; die meisten blieben dort, der Rest wurde auf andere KE verteilt. Die Kleider, die sie an Leibe hatten, mußten sie abgeben und bekamen stattdessen alte Lumpen, die durch gekreuzte Streifen als Sträflingskleidung gekennzeichnet waren. Etwa 1500 Mann kamen zum Armeebekleidungsamt 701, abgehört ABA, 10 Minuten von Kaiserwald entfernt, wo sie in Fabrikgebäude der Ultramarinsgesellschaft (die zur IO-Farbenindustrie gehörte) kaserniert wurden. Sie unterstanden, trotzdem das ABA eine militärische Organisation war, weiterhin der SS. Übrigens war der Lagerführer, ein Unteroffizier der Wehrmacht, keinen Deut besser als der gemeinste SS-Mann. Die Juden hatten sehr schwer zu arbeiten, manchmal Tag und Nacht. Einmal mußten sie Holz ausladen und 200 m weit tragen; das mußte im Laufschrift geschehen, und sie bekamen noch Schläge dazu. Es kam vor, daß Leute bei der Arbeit tot hinfielen; Die SS-Männer trampelten noch auf ihren Leichen herum. Bei der Aktion des 2. Nov. 1943 war es manchen Eltern gelungen, ihre Kinder zu retten, indem sie sie versteckt hielten. Auch später versuchte man, die Kinder so viel wie möglich versteckt zu halten; in Decken und auf alle mögliche Art und Weise. Manche nahmen sie sogar in Rucksäcken mit zur Arbeit. Und die Kinder waren schon so frühreif, daß sie wußten, was es galt, und verhielten sich still. Aber auf die Dauer konnte es den Nazis natürlich nicht entgehen, daß noch eine Anzahl Kinder vorhanden war, und so kam die Aktion des 22. April 1944: Alle bisher geretteten Kinder unter 10 Jahren wurden abgeholt, auf Lastautos geladen und weggebracht. Die Eltern waren meist weg zur Arbeit. Furchtbare Szenen spielten sich ab, als sie abends "nach Hause" kamen und ihre Kinder nicht mehr ertrafen. Der ehemalige Leiter des Gettos, der seine beiden Kinder bei der Aktion des 2. Nov. 43 hatte retten können, mußte sie nun eigenhändig aufs Auto laden, zwei bildsichere Jungens von 7 und 4 Jahren; er zeigte mir die Bilder von ihnen.

Allmählich kamen die Russen immer näher. Am 28. Juli rückten sie in Kitau ein, 45 km südwestlich von Riga. Die Deutschen fühlten wohl das Bedürfnis, sich für die militärische Niederlage durch eine "Heldentat" zu entschuldigen, und es folgte die sogen. "Krebsaktion". Leiter dieser Aktion war ein Arzt (!) namens Krebsbach aus KSLA. Alle Juden, die im ABA-Lager arbeiteten, mußten antreten. 383 Männer und Frauen wurden aufs Geratewohl ausgesucht, notdürftig in Lumpen gekleidet und zum KE Kaiserwald geschickt.

Aus allen Lagern Lettlands wurden Leute dorthin geschickt, insgesamt waren es etwa 5.000 Menschen, die man dort sammelte, um sie dann in Bickernicker Wald zu ermorden. Das Konzentrationslager Kaiserwald und die angeschlossenen Lager wurden nach und nach abgebaut. Die Familien wurden rücksichtslos auseinandergerissen. Die meisten kamen im September 1944 nach Stutthof bei Danzig. Ende September waren schließlich noch etwa 220 Mann übrig. Unter diesen war kein Kempener dabei. Aber ich will doch noch kurz über das Schicksal dieser Gruppe berichten.

Ende September wurden zunächst 140 Mann, am 8. Okt. auch die Übrigen per Schiff nach Libau gebracht, an der Insel Ōsel vorbei, die schon von den Russen besetzt war. In Libau mußten sie im Hafen arbeiten (Schiffe ein- und ausladen). Die Front war nun schon ganz nahe, Fliegerangriffe waren an der Tagesordnung. Der Hafen war natürlich das meist gefährdete Viertel. Die Häuser waren nicht unterkellert. Splittergräben waren der einzige Schutz bei Luftangriffen. Einmal erhielt ein solcher Graben einen Volltreffer, wobei 14 Juden ihr Leben lassen mußten. - Fünf Monate blieben sie in Libau, am 19. Februar gingen sie in Libau aufs Schiff, um nach Hamburg transportiert zu werden, wo sie ins Polizeigefängnis Fuhlsbüttel eingeliefert wurden. Die Frauen kamen ins Frauengefängnis. Immer wieder gingen Transporte zum KE Bergen-Belsen ab, insgesamt wurden 56 Mann von der Rigaer Gruppe dorthin abtransportiert. Es waren nun noch 150 Mann übrig, davon 63 Männer und 87 Frauen. Über das weitere Schicksal dieser Gruppe berichtet Heinz Samuel: "Am 12. April 1945 mußten wir früh morgens antreten. Wir empfingen 750 Gramm Brot und 150 Gramm Margarine. Hiermit mußten wir einen 4 Tage langen Fußmarsch von 96 km Hamburg-Kiel bestreiten, natürlich unter schwerer SS-Bewachung. Am 2. Tag sahen wir auf einmal unsere Frauen, die schon einen Tag vor uns von Fuhlsbüttel abmarschiert waren, auf der Landstraße. Trotzdem wir sie fast zwei Monate lang nicht gesehen hatten, durften wir kein Wort mit ihnen sprechen. Es waren Frauen dabei, die jetzt vergeblich in unserer Kolonne ihre Männer suchten, weil diese schon lange in Bergen-Belsen waren. Diese Frauen waren erst recht moralisch gebrochen, es war verständlich, daß ihnen dieser furchtbare Marsch noch schwerer wurde als uns. Nachdem unser Brot aufgegeben war, ernährten wir uns von Futtertönen usw., die wir auf dem Felde bei einer kurzen Rast heimlich stehlen mußten, auch diese waren uns nicht einmal gegnnt. Mit den Füßen voller Blasen und Wunden wurden wir ins Arbeits- und Erziehungslager Kiel-Hasse eingeliefert, wo wir furchtbare Wochen durchmachten."

Kein Licht, kein Wasser, keine Decken, kein Strohsack und nichts zu essen. Dauerndes Massenerschießen, Schlagen und Stoßen. Wie ein Wunder war es, als wir mit unseren Frauen früh morgens am 1. Mai 1945 von großen Autos des dänischen Roten Kreuzes abgeholt und in die unschätzbare Freiheit geführt wurden. Nach 2-tägigen Aufenthalt in Dänemark kamen sie am 3. Mai in Schweden an. Kurz darauf kam noch eine zweite Gruppe nach Schweden, darunter der Bruder von Heinz Samuel, Werner. Er war nach Auflösung des Riger Gettos ins Vernichtungslager Dandangen gekommen, von dort nach Stutthof. Ende April ging von dort ein Transport per Schiff nach Flensburg. Unterwegs wurden Kranke und Gesunde voneinander getrennt und die Kranken über Bord geworfen. Werner Samuel, der an Flecktyphus erkrankt war, gab sich als gesund aus und konnte sich auf diese Weise retten. In Flensburg gelang es ihm, sich mit dem schwedischen Konsul in Verbindung zu setzen, und am 7. Mai kam er mit noch 6 anderen Geretteten nach Schweden.

Über das Schicksal der 56 Mann, die von Fuhlsbüttel aus nach Bergen-Belsen gebracht worden waren, war längere Zeit nichts bekannt. Ende Juni erhielt man jedoch auch hierüber Klarheit. Ein Junge aus dieser Gruppe kam nämlich nach Mainz und erstattete ausführlich Bericht: 21 von den 56 waren nicht mehr am Leben. Außerdem waren einige beim Einmarsch der Engländer ins Lager wahnsinnig geworden. Sie wurden einer Nervenheilanstalt zugeführt. So sind denn von den 13.000 deutschen Juden des Riger Gettos noch etwa 170 übrig geblieben, weniger als 1 1/2 %. Vielleicht können außerdem noch einige andere mit dem Leben davon gekommen sein, von denen man heute noch keine Nachricht hat, aber groß ist ihre Zahl jedenfalls nicht.

Bevor ich diesen Bericht abschliesse, will ich noch über einen Punkt sprechen: Wie sind die Juden ihrem Schicksal begegnet? Wer die authentischen Filmaufnahmen von "Charkower Prozess" gesehen hat, in dem 3 deutsche Kriegsverbrecher gerichtlich zur Verantwortung gezogen wurden, der wird sich erinnern, wie sie vor den Richtern um Gnade winselten und um ihr erbärmliches Leben baten. Und als die gerechte Strafe vollzogen werden sollte, da schlotterten ihnen die Glieder, und von 2 Mann links und rechts gestützt, mußten sie zur Richtstätte mehr getragen werden als daß sie selbst gehen konnten. Das waren die Vertreter des "Herrenvolkes", hShere Militärs und Parteileute, die kaltblütig zehntausende unschuldiger wehrloser Einwohner von Charkow in den berüchtigten Vergasungsautos hatten umbringen lassen.

Zweitausend Jahre lang sind die Juden gehaßt und verachtet, geschlagen und angespuckt worden. Und die Kanonade von Verleumdungen, die 2000 Jahre über sie ergangen war, hatte sich in den letzten 12 Jahren zu einem rasenden Trommelfeuer gesteigert, stark genug, um auch in einem innerlich noch so gefestigten Menschen das Vertrauen zu sich selbst ins Wanken zu bringen, seinen Stolz, den Glauben an seinen eigenen Wert zu erschüttern. Und was zeigte sich in der Stunde der schwersten Prüfung? Gelassen nahmen die Juden ihr Schicksal auf sich, bocherhobenes Hauptes gingen sie in den Tod. Ich habe schon den Fall berichtet, wo ein junger Jude, mit dem Strick schon um den Hals, dem Kommandanten zurief: "Du wirst auch noch an den Galgen kommen!" Ein anderes Beispiel: Ein Wwrrurteilter Jude, auf dem Richtplatz angelangt, zieht sich in größter Seelenruhe seine Jacke aus und bittet einen der Umstehenden, diese seiner Mutter zu geben, da sie wohl noch Anwendung dafür haben könnte. Oder: Eines Tages erschallen in der "Disaseldorfer Straße" (d.h. die Straße im Riger Getto, in der hauptsächlich die BMedeldorfer wohnten) jüdische Lieder. Was ist los? Eine Gruppe von Verurteilten zieht mit dem Gesang jüdischer Lieder zum Richtplatz.

Wenn man einmal die Leidensgeschichte des jüdischen Volkes zur Zeit der Naziherrschaft schreiben wird, darf man auch solche Beispiele jüdischen Heldennutes nicht vergessen. Hierher gehört auch das Verhalten der jüdischen Frauen, die oft Übermenschliches geleistet und nicht selten die Männer aus der Verzweiflung herausgerissen und zum Durchhalten ermuntert haben.

Nachkriegsbiografie eines Täters

Nachkriegsbiografie von Paul Salitter

Im Jahre 1941, zur Zeit der Deportation der Juden aus Düsseldorf und Umgebung, besaß Paul Salitter den Rang eines Polizeihauptmanns. Ein Jahr vor Kriegsende wurde er »wegen Tapferkeit« im Kampf gegen die Resistance im Elsass zum Polizeimajor befördert. Nach dem Sieg der Alliierten geriet er für kurze Zeit in Kriegsgefangenschaft. Bereits im Juni 1945 meldete er sich bei der Polizei in Düsseldorf zurück und wurde dort im 2. Polizeirevier wieder eingesetzt.

Kurze Zeit darauf leitete die alliierte Militärregierung im Rahmen der Entnazifizierung ein Untersuchungsverfahren gegen Salitter ein, infolgedessen er vom Dienst suspendiert wurde. Im Juli begann sein Aufenthalt in den alliierten Internierungslagern Recklinghausen, Hemer und Eselsheide. Im Oktober erhielt er dort die Nachricht, dass er auf Anordnung der Militärregierung aus dem Polizeidienst entlassen worden war (siehe Modul C; Dokument 2). Im Dezember 1946 durfte Salitter wegen guter Führung das Lager verlassen. Er war von der Entnazifizierungskommission in die Kategorie III eingeordnet worden. (Die fünf Kategorien der Entnazifizierung: I Hauptschuldige, II Belastete, III Minderbelastete, IV Mitläufer und V Entlastete) Mit einer Pension von monatlich 150 DM wurde er in Frührente geschickt, doch Salitter wollte sich diesem Beschluss nicht beugen. Mehrmals reichte er Widerspruch bei Polizeiverwaltung und Oberbürgermeisteramt ein. Aus dem Jahre 1947 stammt ein Brief, in dem er sich bei der Polizeiverwaltung Düsseldorf um eine Wiederverwendung im Dienst der Schutzpolizei bewirbt: »Ich verspreche, auch in der neuen Demokratie meine ganze Persönlichkeit in den Dienst der Sache zu stellen, genauso, wie ich es unter den Regierungen Wilhelms II., Ebert, Hindenburg und im Dritten Reich getan habe, ... « (siehe Modul C; Dokument 3).

Im Oktober 1951 wurde das Urteil gegen ihn abgeändert. Die Personalstelle des Polizeipräsidiums in Düsseldorf teilte ihm mit, dass er nach der Wiederaufnahme des Verfahrens in Kategorie IV eingestuft worden war. Mit dieser Einstufung als »Mitläufer« hatte Salitter nicht nur Anspruch

auf die volle Pension, auch die Degradierung vom Major zum Polizeimeister wurde rückgängig gemacht. Die Beförderung des Betroffenen während der Nazizeit, so hieß es, sei »nicht politisch bedingt gewesen« (siehe Modul C; Dokument 4). Aus Altersgründen wurde der zu diesem Zeitpunkt 52-jährige Paul Salitter nicht mehr als Polizist eingestellt.

Das letzte Schreiben Salitters stammt aus dem Jahr 1966 und ist an das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen gerichtet. Das LKA ermittelte damals strafrechtlich gegen ehemalige Düsseldorfer Gestapo-Beamte, die an Deportationen beteiligt waren. Salitter behauptete in seiner Stellungnahme, er habe erst von lettischen Polizeioffizieren erfahren, dass in Riga massenhaft Juden erschossen wurden. Bis zu diesem Zeitpunkt habe er gedacht, dass es sich bei dem Transport um eine »Umsiedlungsaktion« handeln würde. [Vgl. dazu die Passage im Bericht Salitters über die Juden in Lettland.] Paul Salitter starb am 8. Januar 1972.

Quellen:

- BArch R 19/600, Reichsminister des Innern/Chef der Ordnungspolizei, Ernennung zu Hauptleuten der Polizei, 28.11.1941.
- GO Villa ten Hompel (Münster)/Polizeipräsidium Düsseldorf, Ergänzungsdokumentation, ED 0011, Personalakte Paul Salitters.
- Klaus Dönecke (2003): Düsseldorfische Polizeigeschichte. Deportation von jüdischen Menschen aus Düsseldorf im Jahre 1941. Bericht des damaligen Hauptmanns d. Sch. Paul Salitter, download: <http://www.geschichte-am-jürgensplatz.de>
- Geschichte am Jürgensplatz e. V. (Verein zur Aufarbeitung der Düsseldorfischen Polizeigeschichte), Biografie Paul Salitters, download: <http://www.geschichte-am-jürgensplatz.de>
- Ingrid Schupetta (2004): Der Salitter-Bericht und sein Verfasser Paul Salitter, download: <http://www.ns-gedenkstaetten.de>

Methodischer Hinweis: Rechtschreibfehler wurden korrigiert.

A B C D E F G H I K L M N O P R

Salitter
(Zu- und Vorname)

Hauptmann
Pot. **Oberleut. 2. Stf.**

Dienststelle:
Fahrt- und
Dienstausweis-Nr. **300**

Geboren am: **15. 12. 1898** in **Labellen** Kreis: **Freiburg**
Wohnung: **Düsseldorf** **Kell. ...** **Postfach ...** Nr. **...**
Familienstand: **aufg.** Kinderzahl: **2** Relig.-Bekenntnis: **evangelisch**
Geburtsname der Ehefrau: **Albrechtina** geb. am **26. 4. 1907** in **Königsberg Pr.**
Geburtsdaten der Kinder: a) Söhne: **Jürgen 23. 5. 38** b) Töchter: **Luigilla 11. 4. 1921**

Vorbildung: (Schule, Reifeprüfung, Studium, Berufsausbildung, vordienstliche Tätigkeit — stichwortartig —)
Realschule, Offiziers-Lehranstalt, Abfertigungsprüfung der Obersten des Infanterie-Regiments (Btl.)

Besondere Kenntnisse (Sprachen, Führerschein usw.): **Englisch, Russisch, Französisch**

Militärdienstzeit: vom **21. 3. 1917** bis **9. 10. 1919** bei **Abt. 2. 2. 4. in Grotte**
(Landespolizei- dienstzeit) vom **Juli 1933** bis **1. 2. 1934** bei **Landespol. Abt. Königsberg**

44-VT.-Dienstzeit: vom **19** bis **19** bei **...**

Polizeidienstzeit: Gesamt: **...** Jahre **...** Tage

a) Komm. Polizei: vom **19** bis **19** bei **...**

b) Ersatz- bzw. Hilfspolizei: vom **19** bis **19** in **...**

c) Feldjägerkorps: vom **19** bis **19** in **...**

Eintritt in die Schutzpolizei: am **10. 10. 1919** in **Königsberg Pr.**

10jährige Dienstzeit vollendet am **21. 3. 1927** Entscheidung über Verbleib am: **...**

Versetzt in den Einzeldienst: am **1927**

Unkündbar angestellt am **1. April 1929**

Frontkämpfer: ja / nein Wehrpaß: ja / nein Letzter militärischer Dienstgrad: **Oberleutnant**

Kriegsbeorderung: **...** Reklamiert: **...** ja / nein

Orden und Ehrenzeichen: **...** Verleihungstag: **17. 7. 36** Nr. **01079809**

Sport- und sonstige Abzeichen: **...** Verleihungstag: **...** Nr. **...**

Freischwimmer: ja / nein Berufsschulprüfung: am **26. 3. 27** in **Königsberg Pr.** Erfolg: **best**

Sonderausbildung: **...** Verleihungstag: **...** Nr. **...**

L. & Ehrenzeichen II. Kl.
Sonderausbildung E. K. II. Klasse

Besuchte Lehrgänge:

vom 15.7. bis 9.10.26 in Hörigeburg Art: Obere Volkshochschule Erfolg: fast gut Pkt. -

vom 16.8. bis 15.11.27 in Seersburg Art: Obere Volkshochschule Erfolg: fast gut Pkt. -

vom 2. bis 4.38 in Hörigeburg Art: Untere Volkshochschule Erfolg: fast gut Pkt. -

Befördert: am 27.10. 1920 mit Wirkung vom zum Joh. Unterwiesingh

am 1.7. 1925 mit Wirkung vom 1.7.25 zum „ Oberflur

am 1.10. 1926 mit Wirkung vom 1.10.26 zum „ Obere Volkshochschule

am 1.4. 1929 mit Wirkung vom 1.4.29 zum „ Gauzschel = id.

am 20.4. 1938 mit Wirkung vom 1.4.38 zum „ Oberflur

am 5.12. 1939 mit Wirkung vom 1.12.39 zum Oberleitner, J. D. D.

Parteiangelegenheiten:

Mitglied der NSDAP: seit 1.5.37 Mitgl.-Nr. 4924415

NSV: seit 1.11.34 Mitgl.-Nr. 389454

PLB: seit 1.4.35 Mitgl.-Nr. 101311

nam.-Bd. seit 1.9.33 Mitgl.-Nr. 36282

VDA: seit Mitgl.-Nr. „

sonstige seit Mitgl.-Nr. „ 2270

Amt in der Partei: 1.10.36 - 30.9.39 Ortsgruppenleiter

oder der Gliederungen:

Ehrenzeichen der Partei: Verleihungstag: „

Verleihungstag: „

Welche Zeitungen werden gehalten: Fr. 3. Tag. (NS-Zeitung) seit 30.9. in 2. Bg.

Zugehörigkeit zu früheren

a) politischen Parteien usw. von 19 bis 19

b) Logen usw. von 19 bis 19

c) Beamtenvereinigungen usw. Verb. f. f. f. Leuchten von 1.11. 1919 bis 31.8. 1933

d) Konfessionellen Organisationen „ von 19 bis 19

Zugehörigkeit zu Organisationen:

a) Ehefrau: NSD. seit 1938 Mitgl.-Nr. „

W. L. D. 1.11.34 „

b) Kinder: Luigiotta seit April 38 Mitgl.-Nr. „

Abgeordnet zur „ nach „ am 13.8. 1943

Versetzt zur „ nach „ am „ 19

Entlassen gem. „ am 19.10. 1945

OBEN: GO VILLA TEN HOMPEL (MÜNSTER) / POLIZEIPRÄSIDIUM DÜSSELDORF, ERGÄNZUNGSDOKUMENTATION, ED 0011, PERSONALAKTE PAUL SALITTERS

RECHTE SEITE: GO VILLA TEN HOMPEL (MÜNSTER) / POLIZEIPRÄSIDIUM DÜSSELDORF, ERGÄNZUNGSDOKUMENTATION, ED 0011, PERSONALAKTE PAUL SALITTERS

Methodischer Hinweis: Rechtschreibfehler wurden korrigiert.

Abschrift

Der Oberbürgermeister
– Polizeiverwaltung –
S II a/b - 32,60 -

Düsseldorf, den 18. 10. 1946

I.) Betrifft: Entlassungen.

Auf Anordnung der Militärregierung vom 11. 10. 1945 sind folgende Angehörige der Schutzpolizei mit sofortiger Wirkung aus dem Dienst zu entlassen.

1.) Major	d.Sch.	Salitter	Paul	2. Rev.
2.) Hauptm.	«	Schmalfuß	Robert	S.Ak.Nor
3.) R. «	«	Klaue	Arthur	13. R.
4.) «	«	Neuhaus	August	11. «
5.) Oberleutn.	«	Freitmeier	Willi	S.Ak.Mit
6.) «	«	Sturm	Karl	15.R.
7.) Leutnant	d.R.	Kamm	Konrad	Ent. 30.
8.) «	«	Bischoff	Peter	S.Ak. Nord
9.) «	«	Hölzer	Arthur	9. R.
10.) Meister	«	Schmitz	Mathias	1. R.
11.) «	«	Maurer	Hubert	17. R.
12.) «	«	Marczynski	Franz	2. R.
13.) «	«	Laschet	Franz	1. R.
14.) «	«	Beyer	Otto	6. R.
15.) «	«	Emschermann	Josef	4. R.
16.) «	«	Friedrich	Wilhelm	I. R.
17.) «	«	Rook	Max	6. R.
18.) «	«	Kemmer	Jakob	SK.
19.) «	«	Ottermann	Michael	5. R.
20.) Hauptw.	«	Wollscheid	Johann	15. R.
21.) «	«	von Wirth	Josef	19. R.
22.) R. Oberleutn.	«	Stöcker	Hubert	7 R.
23.) Oberwachtm.	«	Schmitz	Franz	18 R.
24.) LS-Pol.-Angeh.	«	Schrüllkamp	Franz	Pol.- Gef.

2.) Schreibe:

An die vorstehend aufgeführten Beamten.

Auf Anordnung der Militärregierung werden Sie mit Wirkung vom 19. 10. 1945 aus Ihrem Amte entlassen.

Sie haben nach unverzüglicher Rückgabe der in Ihrer Verwahrung befindlichen Dienstsachen Ihre Dienststelle zu räumen. Die Sie von da an nicht mehr betreten dürfen.

3.) Fertige Mitteilungen an I (W) bezügl. der Sperrung der Dienstbezüge, Mitteilung an P.,

4.) Fertige je eine Abschrift von I.) an SK., S.Ak.Nord, S.Ak.Mitte, S-Ak.Süd und setze darunter:

Vorstehende Abschrift übersende ich zur Kenntnis und weiteren Veranlassungen. Die beigelegten Schreiben sind sofort an die betreffenden Beamten gegen Empfangsbescheinigung auszuhändigen.

Die Ausweise, Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke von den entlassenen Beamten sind von den Dienststellen einzuziehen. Die Abgabe der Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke hat gegen Empfangsbescheinigung auf der Bekleidungskammer zu erfolgen. Über das Geschehene legen mir SK, und die Abschnittskommandos bis zum 25. 10. 1945 einen Sammelbericht vor.

5.) Vermerk zur Stärke.

6.)Wv. Bei Eingang der Berichte

In Vertretung:
gez. R o s t

Polizei-Oberst

Für die Richtigkeit:

Polizei-Meister

Major d.Schp.a.D.
Paul Salitter

Komm. Düsseldorf, den 16.1.1947
Kalkumerstr. 140
Kd. 19705 Juppel

Eng.: 20. JAN 1947
s. P
An



*Freigabe von
22.1.47 von Dienststelle
für*

An den
Herrn Oberbürgermeister
-Polizeiverwaltung -

Düsseldorf

Betrifft: Wiederverwendung im Dienst der Schutzpolizei

Am 9.12.1946 bin ich aus der Zivilinternierung entlassen worden. In meiner Wohnung fand ich den Bescheid vor, nach dem ich auf Anordnung der Militärregierung mit dem 19.10.1946 aus dem Amt entlassen bin. Dieser Bescheid trifft mich ausserordentlich hart, da ich aus Ostpreussen stamme, seit 1919 im Polizeidienst stehe und seit dieser Zeit nur meine Pflicht getan habe. Ich verspreche, auch in der neuen Demokratie meine ganze Persönlichkeit in den Dienst der Sache zu stellen, genau so, wie ich es unter den Regierungen Wilhelms II, Ebert, Hindenburg und im dritten Reich getan habe, und bitte, mich wieder in der Schutzpolizei-wenn auch im Dienstrang eines ~~Polizeioberinspektors~~ Oberinspektors - verwenden zu wollen.

Dass ich in Düsseldorf meine Dienstpflichten gewissenhaft und unparteiisch erfüllt habe, werden sämtliche alten Düsseldorf'er Polizeibeamten bestätigen können, insbesondere folgende Beamte :

Polizei-Oberinsp.	M a y	Kdo.d.Schp.
"	"	G e r k e
"	-Insp.	Schulz
"	"	Schröter
"	"	Ingmann
"	-Mstr.	Schröder
"	"	Moll
"	"	Wackernagel
"	"	Böhle
"	"	Welwers
"	"	Schumacher, Abschn. K'do.Mitte.

Bei meiner Entlassung aus dem Internierungslager bin ich vorläufig in Gruppe III des Entnazifizierungsgesetzes eingestuft worden. Mir wurde jedoch die Weisung erteilt, mich in meinem Heimatort Düsseldorf endgültig einstufen zu lassen. Zu diesem Zweck füge ich den erforderlichen Fragebogen ausgefüllt bei.

1 Anlage

Paul Salitter
Major d.Schp. a. D.

Begl. Abschrift

Abwicklungsstelle [schwer lesbar]

Düsseldorf, den 16. 10. 1951

So.E.B.1/14357.

Mü. He.

Beschluss.

In der Entnazifizierungssache des Majors d.Sch.s.D. Paul S a l i t t e r, geboren am 15. 12. 1895, wohnhaft in Düsseldorf-Unterrath, Kalkumerstr. 140, wird die Entscheidung des Berufungsausschusses für den Reg. Bes. Düsseldorf vom 31. 5. 1949, unter Aufrechterhaltung im übrigen, gemäss § 28 der Verfahrensordnung, im Wege der Wiederaufnahme des Verfahrens wie folgt abgeändert:

Der Betroffene wird in Kat. IV ohne Beschränkungen eingestuft.

Gründe:

Der Betroffene ist durch die obengenannte Entscheidung, die der Sonderbeauftragte am 27. 6. 1949 bestätigt hat, in Kat. IV mit der Massgabe eingestuft worden, dass [er auf] den Rang eines Polizeimeisters zurückgestuft werde.

Gegen diese Beschränkung richtet sich seine Eingabe vom 10. und 12. 7. 1951. Dem Antrag war, soweit geschehen, stattzugeben. Die Einstufung des Betroffenen nach Kat. IV entspricht nach den vorliegenden Unterlagen der Sach- und Rechtslage. Insoweit war die Entscheidung aufrecht zu erhalten. Nach den vorliegenden Unterlagen kann die Zurückstufung zum Polizeimeister dagegen nicht als gerechtfertigt angesehen werden. Nach der Eingabe des Betroffenen vom 10. 7. 1951, den vorliegenden Unterlagen und der Stellungnahme des Berufungsausschusses Düsseldorf vom 20. 8. 1951 ist nicht festzustellen, dass die Beförderungen des Betroffenen über den Polizeimeister hinaus vorwiegend politisch bedingt gewesen sind.

Jedenfalls konnte aber die Prüfung dieser Frage in entsprechender Anwendung der Ziffer I 3 a der Durchführungsbestimmungen zu § 7 der Ersten Sparverordnung, in Verbindung mit § 5 Abs. 2 der Ersten Sparverordnung der zuständigen Anstellungsbehörde überlassen bleiben. Die Entscheidung konnte deshalb, wie geschehen, abgeändert werden, ohne dass es einer erneuten mündlichen Verhandlung bedurfte.

Gez: Dr. Frh. V. Münchhausen
Beglaubigt:

An das

Angestellte.

Polizeipräsidium
– Personalstelle –
Düsseldorf

mit der Bitte um gefl. Kenntnisnahme.



FOTOGRAFIERTE BILDТАFELN MIT HISTORISCHEN FOTOS ZUM GHETTO RIGA 1941–1944



A group of foreign Jews returning from work in the Riga ghetto, 1942.



Report about the number of prisoners in the Riga ghetto ghetto, 1942-1943.

Children in the Riga ghetto, 1942-1943.

Children in the Riga ghetto, 1942-1943.



Street in the Riga ghetto, 1942-1943.



Children in the Riga ghetto, 1942-1943.



Two people sitting on a bench in the Riga ghetto, 1942-1943.



Street in the Riga ghetto, 1942-1943.

FOTOS AUF BEIDEN SEITEN: DR. INGRID SCHUPETTA



DIE ZÜGE AUS DEUTSCHLAND MIT DEN NACH RIGA VERSCHLEPPTEN KAMEN AM BAHNHOF SKIROTAVA AN. EIN PAAR KILOMETER ZU FUSS ZUM GHETTO IN RIGA ODER ZUM TOD IM BICKERNICKER WALD – IN MASSENGRÄBERN NACH ERSCHIESSUNGEN DURCH DEUTSCHE POLIZEIEINHEITEN: POLIZEILICHE MASSENEKUTIONEN VON »STAATSFINDEN« – VOM SÄUGLING BIS ZUR GREISIN.



FOTOS AUF BEIDEN SEITEN: DR. INGRID SCHUPETTA



HÄUSER UND STRASSEN IN DER »MOSKAUER VORSTADT« VON RIGA. IN DER ZEIT DER DEUTSCHEN OKKUPATION 1941–1944 DAS VON DEN NAZIS BEFOHLENE GHETTO. FOTOS VON DR. INGRID SCHUPETTA, LEITERIN DER VILLA MERLÄNDER IN KREFELD.

Anhang

Verzeichnis der abgebildeten Quellen

Über den Autor

Foto Lothar Klouten 11

Der Entstehungs-Prozess dieses Buchs und seine Implikationen

»Was Du für Dein Volk tust, ist immer recht getan!« 12

Die Gemeinden Osterath – sowie Büderich und Lank – bis 1945:

Katholische Dörfer mit Minderheiten

Landeshauptmann der Rheinprovinz: Karte des NSDAP-Gaus Düsseldorf 1937 15

Lothar Klouten: Bevölkerungsstatistik 1871 – 1939 16

Lothar Klouten: Die Reichstagswahlen in Meerbusch während der Weimarer Republik 18

Kreisarchiv Viersen: Kreis Viersen-Kempen der NSDAP 19

Organisationshandbuch der NSDAP: Der Ortsgruppenleiter der NSDAP 20

Osterather Zeitung 26. September 1931: An meine Leser 22

Osterather Zeitung 31. Mai 1933: Kaplan Hilmer auf der Schlageter-Feier in Düsseldorf 23

Organisationshandbuch der NSDAP 1937: Der Ortsgruppenleiter der NSDAP 24

Kreisarchiv Kempen: Listen der NSDAP und der SA Osterath 26 – 27

Fotos von Dr. Marie-Sophie Aust:

Stahlhelm Osterath beim Exerzieren auf dem alten Sportplatz -
neben dem aufgehobenen und bereits »umgelegten« jüdischen Friedhof 17

Erntedankfest 1934 Osterath 17

Die Gemeindeführung Osterath 18

Schützenkönig Osterath mit Anhang – im Hintergrund Ortsgruppenleiter und SA-Führer 19

Mai 1934 Firma Stein Osterath 20

1933. Die erste Intrige gegen den evangelischen Bürgermeister Rudolf Bartels:

Wie der Katholik Hugo Recken durch die dazu instrumentalisierten Nationalsozialisten Bürgermeister in Osterath wurde und sein Sieg über die örtlichen NSDAP-Funktionäre sowie die geschichtswissenschaftliche Bewertung

Stadtarchiv Düsseldorf: Mitgliederliste der N.S.D.A.P.-Fraktion der Landgemeinde Osterath 28

Ortsgruppenleiter Panzer 24. 05. 1933 an Schweiger 30

Bundesarchiv Berlin: NSDAP-Gaukartei. Hugo Recken 33

Osterather Zeitung 24. Februar 1934: Aufruf von Bürgermeister Recken
aus Anlass des Jahrestages der Gründungsfeier der NSDAP 34

Kreisarchiv Viersen: Schreiben von Bürgermeister Recken an den Landrat in Kempen
13. November 1934 35

Die Um- und Durchsetzung antisemitischer Maßnahmen zur Diskriminierung, Terrorisierung, Absonderung, Enteignung und Ermordung der betroffenen Deutschen in Verantwortung des Bürgermeisters in Osterath Hugo Recken

Karte Osterath 1940 41

Lothar Klouten: Die Hierarchie des NS-Partei-Staates: Das Führerprinzip 42

Terror 44

Modell der NS-Zeit 48

Raul Hilberg: Der Regionalapparat 43

Osterather Zeitung: Anzeigen Dr. Goldberg Osterath 5. April 1933 und 13. April 1935 49

H. G. Adler: Der verwaltete Mensch 57

Lothar Klouten: Das 25-Punkte-Programm der NSDAP 58 – 64

Foto: Charlie Chaplin. Der große Diktator 63

Stadtarchiv Düsseldorf: Führer-Globus 64

1935: Die Umlegung des jüdischen Friedhofs Osterath nach Krefeld als antisemitische Maßnahme und die Kontroverse über die Rolle von Bürgermeister Hugo Recken bis heute

Schreiben von Bürgermeister Hugo Recken an den stellv. Ortsgruppenleiter Osterath 65

Osterather Zeitung 9. Februar 1935: Bekanntmachung von Bürgermeister Hugo Recken
vom 4. Februar 1935: »Errichtung von Eigenheimen« 65

Kreisarchiv Neuss: Katasterkarte Osterath Hoterheide	67
Fotos: Am Gutort	70
Manfred Klaes: Lagepläne der Grabsteine auf zwei jüdischen Friedhöfen in Krefeld	70
Die Deportation nach Riga im Dezember 1941:	
Der organisierte Mord an der Mehrheit der von den Maßnahmen gegen Juden betroffenen Menschen und die Rolle von Bürgermeister Hugo Recken	
Landesarchiv Berlin:	
Reichsleiter Deutscher Gemeindebund an Reichsinnenministerium, 28. Oktober 1941	71
Antwort des Reichsinnenministerium	72
Fotos:	
Deportationen	75
Vermögensverfall	75
Zeitungsanzeige Arisierungsversteigerung	76
Arisierungsversteigerung	76
Schlachthof Düsseldorf-Derendorf	77
Lothar Klouten: Menschen jüdischen Glaubens in Osterath	80
Standesamt Meerbusch: Geburtsurkunde Dan Lucas	80
Stadtarchiv Meerbusch: Einwohnermeldekarte von Dan Lucas – »9. 12. 41 Osten Riga«	81
Bundesarchiv: Eintrag »Dan Lucas« im Gedenkbuch	86
Yad Vashem: Gedenkblätter für die von Nationalsozialisten ermordeten Menschen aus Osterath	82
Lothar Klouten: Karte des Deportationsweges	85
Lothar Klouten: Liste der Gemeinden, aus denen die am 11. Dezember 1941 nach Riga verschleppten Menschen stammten	81
Rheinische Post 29. Oktober 2003: »Die Reise in den Tod begann im Schlachthof. Auch die Polizei war am Holocaust beteiligt. Wie, das beleuchtet das Buch »Himmels grüne Helfer.«	79
Karten: Ghetto Riga sowie Orte in und um Riga	85 – 86
Sabine und Julius Gutmann:	
Die beiden einzigen Überlebenden, der aus Osterath deportierten Menschen – Bürgermeister Hugo Recken: »Es wird um Abschiebung des Juden gebeten.«	
Stadtarchiv Meerbusch – Sabine und Julius Gutmann:	
Führungszeugnis Julius Gutmann 26. November 1935	87
Einwohnermeldekarte Julius Gutmann	88
Ergänzungsbogen Julius Gutmann	89 – 90
Sippentafel Julius Gutmann	91 – 92
Schreiben von Julius Gutmann an das Reichs- und Preußische Ministerium des Innern, dort eingegangen am 6. Januar 1936	93
Stellungnahmen zum Schreiben von Julius Gutmann:	
NSDAP Kreisleitung Viersen Amt für Volksgesundheit und N.S.D. Ärztebund 8. Juni 1936	94
dito Gauamtsleiter Schulze 17. Juni 1936	94
dito Gauleiter-Stellvertreter 22. Juni 1936 – mit Eingangsstempel der Bezirksregierung Düsseldorf, 25. Juni 1936	95
Landesarchiv NRW:	
Gestapo-Außendienststelle Krefeld 1942	96
Hugo Recken an Gestapo-Leitstelle Düsseldorf, 23. Juli 1942	98
ITS Arolsen:	
Blatt aus der Deportationsliste – Sabine und Julius Gutmann	104
Karteikarte Theresienstadt Sabine Gutmann und Julius Gutmann	101
Zimmerliste Ghetto Theresienstadt 29. April 1945 – Sabine und Julius Gutmann	102 – 103
Familie Cervelli:	
»Halbjuden« und ihre »arischen« Familien trifft das »Recht« und Bürgermeister Hugo Recken – fast – gleichermaßen wie »Volljuden«	
Landesarchiv NRW: (gefälschte) eidesstattliche Erklärung, 12. Juli 1949	108
Helmut Cervelli: Zeugnis mit Unterschrift von Paul Cervelli	109
Schreiben von Helmut Cervelli, 20. Juni 2012, und Abschrift	110

Familie Dr. Langenbach:

Die von Hugo Recken in seinem Entnazifizierungsverfahren missbrauchten »Entschuldigungsjuden«

Osterather Zeitung 27. Juni 1936: Anzeige Dr. Langenbach	111
ITS Arolsen: Verkartung einer Anfrage – Lucie Langenbach	112
Christoph Behlen: Gedenktafel auf dem Osterather Friedhof für die Opfer des Nationalsozialismus	113
Manfred Klaes: Langenbach/Heilbronn	114

Geschichtswissenschaftliche Bewertung

Kölnischer Kurier, 2. April 1945, 12. Mai 1945 und 3. Juli 1945	116
---	-----

1945. Die zweite Intrige gegen den vom US-amerikanischen Ortskommandanten eingesetzten Bürgermeister Rudolf Bartels, diesmal über die dazu instrumentalisierte britische Militärregierung – wie Hugo Recken abermals Rudolf Bartels ablöste und das kurze Intermezzo des kommissarischen Bürgermeisters Anton Wienands, KPD

Kölnischer Kurier, 3. Juli 1945, 12. Juli 1945, 2. April 1945 und 12. Juli 1945	117 – 120
Lothar Klouten: ABC des Deutschen Beamtengesetzes	123 – 125
Bundesarchiv Berlin:	
NSDAP-Aufnahmeantrag Paul Salitter	122
NSDAP-Zentralkartei. Johannes Herbrandt	126
NSDAP-Gaukartei. Johannes Herbrandt	126
Organisationshandbuch der NSDAP 1937: Block und Zellsystem der NSDAP	127
Lothar Klouten: Foto Blockleiter und Foto SA-Sturmhauptführer	129
Linzer Tagesblatt, 28. Oktober 1939: Aus dem Tagewerk des Blockwalters.	130
Kreisarchiv Viersen: Protokoll der Hilfspolizei Osterath über die Vernehmung der Maria Hoters, 30. November 1945	134
Kreisarchiv Viersen: Schreiben des kommissarischen Bürgermeisters Osterath Anton Wienands an den britischen Kommandanten des Kreise Kempen-Krefeld, 21. Januar 1946	136
»Kameraden der Frontbetreuung.«	140

1945 – 1949: Die Entnazifizierung von Hugo Recken und Johannes Herbrandt – als seien 1945 nach der Befreiung zwei neue Menschen geboren worden sowie deren geschichtswissenschaftliche Bewertung

Kreisarchiv Viersen: Verordnung der Militärregierung zur Entnazifizierung	150
Landesarchiv NRW: Hugo Recken. Angaben zur politischen Überprüfung, 16. April 1949	153 – 154
Stadtarchiv Krefeld: Vereidigungs-Nachweis auf Adolf Hitler von Joseph Hövelmann, 1934	156
Landesarchiv NRW: Entnazifizierungsausschuss Kempen-Krefeld, 3. Juli 1947	159
Lothar Klouten: Strukturierte Gedanken zur Osterather-Meerbuscher-Gesellschaft und -Kultur	161 – 163
Bundesarchiv: NSDAP-Karteikarte Rudolf Lensing	163
NSDAP-Parteibuch	164

1953: Der Tod von Hugo Recken und die Straßenbenennung nach ihm. Apologie der Kontinuität seit 1934

Stadtarchiv Meerbusch: Todesanzeige Hugo Recken, 3. August 1953	165
Titelseite: »Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus«	175
Titelseite: »Newsletter Society of Survivors of the Riga Ghetto«, Sommer 2012	176

Eine geschichtswissenschaftliche Gesamtbewertung: Dem Gedenken eine Chance

Süddeutsche Juristenzeitung 1946: Gustav Raderbruch.	
Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht	188 – 189
Landesarchiv NRW: Kaufvertrag Grabsteine jüdischer Friedhöfe Krefeld, 5. Juni 1944	190

Einführung in die Dokumente

Geschichte am Jürgensplatz: Foto Paul Salitter	191
--	-----

Anhang

Schreiben von Adolf Hitler, 29. November 1921	260 – 262
---	-----------

Umschlagseite 3

Titelseite der Osterather Zeitung 28. März 1936	266
---	-----

Erklärung von Abkürzungen und Begriffen

BA

Bundesarchiv

DAF

Die Deutsche Arbeitsfront war die NS-Arbeitnehmerorganisation für alle Beschäftigten.

DBG

Deutsches Beamtengesetz

DGO

Deutsche Gemeindeordnung

Gestapo

Die Geheime Staatspolizei war das von den Nationalsozialisten als Partei okkupierte staatliche Organ, das die Aufgabe hatte, mit Überwachung, Repression, Terror und Mord die NS-Herrschaft zu stabilisieren und auszubauen. Schein-legal legitimiert.

HStA

Hauptstaatsarchiv

ITS

International Tracing Service des Roten Kreuzes in Bad Arolsen

JVA

Der Begriff Justizvollzugsanstalt ist ein relativ moderner Begriff. Bevor er eingeführt wurde, gab es die Differenzierung Gefängnis und Zuchthaus.

KA

Kreisausschuss Kempen-Krefeld

KK

Kempen-Krefeld. Osterath und Lank gehörten bis 1970 zum Kreis Kempen-Krefeld. Kreisstadt war Kempen.

KPD

Die Kommunistische Partei Deutschlands wurde 1918 von ehemaligen Sozialdemokraten gegründet.

KZ

Konzentrationslager

NRW

Das Land Nordrhein-Westfalen wurde 1945/46 auf Bestreben der britischen Besatzungsmacht gegründet.

NS/NSDAP

Die 1919/20 vom Österreicher Adolf Hitler in München gegründete Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei vertrat die Ideologie des Nationalsozialismus.

RDB

Reichsbund Deutsche Beamte

RM

Die Reichsmark war die deutsche Währung bis nach 1945.

SA/SS

Die Stabsabteilung und die Schutzstaffel waren Organisationen der NSDAP, die bis zur Machtübertragung 1933 die Rolle als terroristische Bürgerkriegstruppen der NSDAP hatten. Dann – insbesondere die SS – staatliche polizei- und militärische Aufgaben okkupierten. Terroristen an der Macht im Verein mit Bürokratien und Bürokraten aller Ebenen.

StA

Stadtarchiv

YVA

Yad Vashem Archives

Quellen

A. Zeitungen

Osterather Zeitung

Original in der ehemaligen Druckerei Hamacher in Osterath, Ingerweg 2.

Mikrofilm im Stadtarchiv Meerbusch

Eine Reihe von Ausgaben als Mikrofilme: Institut für Zeitungsforschung, Dortmund

Im Buch

- 26.09.1929 Erstausgabe: Programmatische Erklärung des Herausgebers Karl Hubert Meyer
- 04.03.1933 Wahlvorschläge für die Gemeinderatswahl am 14. März 1933
- 04.03.1933 Anstelle des Schlossers Anton Wienands ...
- 15.03.1933 Feststellung der Ergebnisse der Gemeinderatswahl in Osterath
- 18.03.1933 Evangl. Gemeinde
- 25.03.1933 Kirchliche Gründungsfeierlichkeiten der kath. Jungschar und Sturmschar
- 27.03.1933 Kirchliche Gründung einer Jungschar und Sturmschar
- 05.04.1933 Anzeige Dr. Goldberg I
- 15.04.1933 Untersuchungsausschuss
- 03.05.1933 Fest der nationalen Arbeit
- 05.05.1933 Das Fest der nationalen Arbeit
- 31.05.1933 Schlageter-Feier in Düsseldorf
- 01.07.1933 Bericht über die Gemeinderatssitzung
- 21.10.1933 Gemeinderatssitzung
- 31.10.1933 Amtliche Bekanntmachung
- 18.11.1933 Volkstrauertag
- 24.11.1933 Kaplan Hilmer jetzt zum Kaplan an St. Fronleichnam ...
- 24.02.1934 Amtlicher Aufruf von Bürgermeister Hugo Recken zum Flaggen
- 09.07.1934 Zum kommissarischen Ortsgruppenleiter der NSDAP ...
- 29.09.1934 Ortsgruppenleiter Panzer wieder in sein Amt eingeführt
- 04.02.1935 Amtliche Bekanntmachung von Bürgermeister Hugo Recken: Errichtung von Eigenheimen
- 23.03.1935 Zur Amtsbestätigung von Bürgermeister Hugo Recken
- 23.04.1935 Anzeige Dr. Goldberg II
- 18.05.1935 Gemeinderatssitzung
- 18.05.1935 Ausgrabungen auf dem jüdischen Friedhof
- 28.03.1936 Titelseite: großes Propaganda-Foto Adolf Hitler und quasi-religiöser Text
- 26.06.1936 Anzeige Dr. Langenbach

weitere Artikel

- 29.03.1933 Die Hetzkampagne in Ausland. Eine Unterredung mit dem Reichaußenminister – Abwehrmaßnahmen aus dem Volk
- 01.04.1933 Anordnungen des Zentralkommandos. Die Durchführung des Boykotts gegen die jüdischen Geschäfte
- 01.04.1933 Sonnabend Schlag 10 Uhr. Der nationale Abwehrkampf beginnt
- 22.04.1933 Die Ehrung für Reichskanzler Hitler in Osterath
- 17.05.1933 Schilder zur Bezeichnung deutscher Geschäfte
- 25.05.1933 Versammlung der NSBO
- 29.05.1933 Wehrsport im O. T. V. 93
- 23.08.1933 Fahnenweihe der NSBO Ortsgruppe Osterath
- 14.10.1933 Zweiter Sturm der SA in Osterath
- 28.10.1933 Die erste Wahlversammlung
- 04.11.1933 Wahlversammlung
- 18.11.1933 Hitlerjugend Winterhilfswerk
- 20.01.1934 Reichsluftschutz
- 27.01.1934 Warum Luftschutz
- 10.03.1934 Werde Mitglied des Reichsluftschutzes Ortsgruppe Osterath. Zelleneinteilung des Reichsluftschutzbundes Ortgruppe Osterath

- 30.04.1934 Zehn Gebote für die Ehefrau
- 03.11.1934 Gemeinschaftsübung der freiw. Feuerwehr und Sanitätskolonne vom Roten Kreuz Osterath
- 03.11.1934 Nörgler und Miesmacher
- 20.03.1935 Osteraths Jugend marschiert
- 07.11.1935 Luftschutzschule
- 10.05.1936 Ein Appell der Landesgruppe Rheinland an die Bevölkerung

Rheinische Post

- 07.08.1953 Hugo Reckens letztes Geleit
- 25.11.1978 Renate Wikles-Valkaiser. Sabine Gutmann überlebte drei Jahre KZ.
»Viele von uns starben in der ersten Nacht.«
- 05.02.1988 Katholische Volkswacht in Osterath gedruckt
- 29.10.2003 »Die Reise in den Tod ...«
- 12.03.2012 Zum UWG-Pressesgespräch am 09.03.2012
- 16.03.2012 Dr. Anselm Faust urteilt über Hugo Recken
- 17.03.2012 Wer weiß etwas über Hugo Recken?
- 21.03.2012 Zur Pressemitteilung der Stadt Meerbusch: Ältestenrat
- 24.03.2012 »Versachlichen«: Gemeinsam

Westdeutsche Zeitung

- 07.08.1953 Ein würdiges Geleit
- 09.09.2012 Zum UWG-Pressesgespräch am 09.09.2012
- 21.03.2012 Zur Presseerklärung der Stadt Meerbusch; Ältestenratssitzung
- 24.03.2012 »Versachlichen«: Gemeinsam

Extra-Tip am Sonntag Meerbusch

- 01.04.2012 Zur Presseerklärung der Stadt Meerbusch: Ältestenratssitzung

Osterather Local-Blatt

- 23.09.1933 Der Koks-Prozess

Niederrheinische Volkszeitung

- 07.03.1933 Arbeitslose in Lank und Osterath

Generalanzeiger Dortmund

- 11.06.1933 Nur Schulden machte er

Rheinische Landeszeitung Volksparole

- 13.11.1938 Großkundgebung der NSDAP-Ortsgruppe Osterath

B. Zeitzeugeninterviews

- Frau Cervelli, 8. Mai 1984
- Frau Brassel, 30. März 2012
- Herr Cervelli, 29. Mai 2012

C. Web-Ressourcen

- Yad Vashem database
- www.nizkor.org Umfassende Dokumentation des Eichmann-Prozesses, u. a. Verhandlungsteil zum Salitter-Bericht
- www.riga-komitee.de
- www.bundesarchiv.de/gedenkbuch
- <http://steinheim.institut.de> jüdischer Friedhof Krefeld
- www1.jur.uav.nl Justiz und NS-Verbrechen: Urteilssammlung
- Ingrid Schupetta. Der Salitter-Bericht und sein Verfasser Paul Salitter
- Ingrid Schupetta. Die Geheime Staatspolizei in Krefeld. Von Polizisten und Schreibtischtätern
- Ingrid Schupetta. Riga: Massenmord und Arbeitseinsatz

Detlef Schmiechen-Ackermann. Der ›Blockwart‹. Die unteren Parteifunktionäre im nationalsozialistischen Terror- und Überwachungsapparat.

Christina Strick. Jenseits der Routine? Die Bezirksregierung Düsseldorf 1935–1955

Ludwig Mises. Die Bürokratie.

www.geschichte-am-juergensplatz.de u. a. Informationen zu Paul Salitter

»Denkmalgalerie in Meerbusch« des Ortskuratoriums Meerbusch der Deutschen Stiftung Denkmalschutz Kirche-Kultur in Meerbusch

www.tobien.de Osterath: Die jüdische Vergangenheit wachrufen

Google-Fotosuche: »Am Gutort«

www.verfassungen.de

www.buergerstimme.com Eine Reihe von Artikeln von Lothar Klouten, siehe Literatur.

D. Archive

Pfarrarchiv Osterath

Chronik der Pfarrei (unveröffentlicht)

Pfarrer Hövelmann. Chronik der Pfarrgemeinde St. Nikolaus Osterath 1938–1954. Meerbusch o. J. (unveröffentlicht)

K 16/157 Reueprotokoll des Johann Mathias Münks vom 17. November 1945

Standesamt Meerbusch

Geburtsurkunde Dan Lucas

Stadtarchiv Meerbusch, Bestand Osterath

1500 Entnazifizierung

1501 Entnazifizierung

717 Prokokollbuch Gemeinderat 1929–1934

1622 Protokollbuch Gemeinderat 1934–1936

1623 Protokollbuch Gemeinderat 1936–1952

1624 Protokollbuch Gemeinderat 1952–1956

1684 Hauptamtliche Bürgermeister, Hauptgemeinde- und Wahlbeamte und ihre Besoldung 1931–1969

1693 Personalakten der Beamten, Dauerangestellten und Hinterbliebenen, Buchstabe R. 1934–1973

1696 Personalakten der Beamten, Dauerangestellten und Hinterbliebenen, Buchstabe B. 1933–1977

III1997 Judenangelegenheiten, Aufhebung des jüdischen Friedhofes, Wiedergutmachung 1913–1964: Polizeiakte, u. a. bürokratische Diskriminierungsakte von Bürgermeister Recken gegen »Juden« und »Mischchen« – P15 der Signatur von Johannes Herbrandt

Einwohnermeldekartei Osterath bis 1945:

Dan Lucas

Schiefelberg

Sammlung / Nachlass Herbrandt

Anmerkung:

Die staatsformunabhängige bürokratische Kontinuität dokumentiert sich in den Aktenführungszeiten, z. B. »1913–1964« – über den Zeitraum von fünf wechselnden Staatsformen.

Verzeichnis der zitierten Primärquellen aus dem Stadtarchiv Meerbusch

III 1997

Bürgermeister Hugo Recken am 23. 08. 1936 an Dr. Goldberg

Aufstellung der Gemeinde Osterath vom September 1935 zur »Rassezugehörigkeit der die öffentlichen und privaten Volksschulen besuchenden reichsdeutschen Kinder«

Bürgermeister Hugo Recken 10. 12. 1934 an den stellv. Ortsgruppenleiter Schwengers

Handschriftliche Notiz: 18 Namen mit Daten zu Beerdigungen auf dem jüdischen Friedhof

»Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde« 26. 11. 1935 Führungszeugnis für Julius Gutmann

Einwohnermeldekarteikarte Julius Gutmann

Ergänzungsbögen Julius Gutmann

Schreiben Julius Gutmann 06. 01. 1936 (Eingang) an das Reichs- und preußische Ministerium des Innern

NSDAP-Kreisleitung Kempen-Krefeld 08. 06. 1936 Stellungnahme

NSDAP-Gauleitung Düsseldorf 22.06.1936 mit Eingangsstempel der Bezirksregierung Düsseldorf
25.06.1936
Bürgermeister Hugo Recken 23.12.1936 an Dr. Langenbach
Handschriftliches Schreiben Lucie Langenbach 23.01.1939 an die Gemeindeverwaltung Osterath
Regierungspräsident Düsseldorf 24.08.1945 »Jüdische Friedhöfe«
Oberpräsident der Rheinprovinz 29.06.1946 »Instandhaltung jüdischer Friedhöfe« – Recken: »Fehlanzeige«

Gemeindedirektor Hugo Recken 22.07.1952 an Kreisverwaltung Kempen-Krefeld zu Paul Cervelli,
Stadtarchiv Meerbusch Bestand Osterath 1500:
Bürgermeister Rudolf Bartels 24.08.1945 Auflistung »Personen nach Gesetz No. 52«
sowie Nachweisung vom 01.11.1945 – Hugo Recken

Protokollbuch der Gemeinde Osterath 19.02.1946
Protokollbuch der Gemeinde Osterath 03.08.1953

Nachlass Herbrandt:

Traueranzeige für Hugo Recken 03.08.1953
Johannes Herbrandt. Orts- und Kriegschronik der Gemeinde Osterath

Stadtarchiv Krefeld

Personalakte Joseph Hövelmann
Sammlung Billstein
Zeitungsarchiv

Stadtarchiv Viersen

Protokollbuch der Stadt Viersen 3. Januar 1946. Rede von Ortskommandant Sewell

Stadtarchiv Düsseldorf

Nachlass Ebel: Gauamt für Kommunalpolitik

Institut für Stadtgeschichte Frankfurt

Vereine 11 Nr. 11, 16, 17, 18, 24, 27

Kreisarchiv Viersen

KK
875 und 1021 Personalakten Rudolf Bartels
1022 Gemeindefinanzen Osterath, Besoldung Bürgermeister etc.
1023 Personalunterlagen Hugo Recken
16420 Personalunterlagen Johannes Herbrandt
1795 Anordnungen der Militärregierung (Januar bis August 1946)
1960 Entnazifizierungskartei
8075 Entschädigungsakte Paul Cervelli
12066 Entschädigungsakte Lucie Langenbach
7854, 7855, 11934, 11935, 12844 Entschädigungsakten Sabine und Julius Gutmann

Bestand Gemeinde Kempen

61 Ernst Herbrandt
90 Gustav van Beek

KA – Bestand Kreisausschuss

Schreiben Bürgermeister Hugo Recken
Arthur Winter. Über das Schicksal der Kempener Juden, die im Dezember 1941 deportiert wurden.
Schweden 1945. Erstellt nach Aussagen von Heinz Samuel, Hüls.

Verzeichnis der zitierten Primärquellen aus dem Kreisarchiv Viersen

KK 875

Bl. 79, 80, 107, 127, 128, 129, 130, 135, 136, 137, 148, 149, 152, 154

KK 1021
Bl. 154, mehrer Zitate aus Schreiben
KK 1022
Bl. 142, 164, 190, 191, 201, 310
KK 1023
Bl. 163, 182, 185, 188, mehrere Zitate aus Schreiben
KK 1034, 7055, 16420
KA mehrere Zitate aus Schreiben

Kreisarchiv Neuss
Kölnischer Kurier 1945
Katasterkarten Osterath

Landesarchiv Berlin
RR. 142 / 7, 1-2-6 / Nr. 1

Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen Berlin
Vermögensakten von aus Osterath deportierten Menschen jüdischen Glaubens

Yad Vashem Jerusalem
File O.3/7337 Testemony of Hilde Sherman
File TR.10/1414 German Trial: Gerhard Maiwald and others

Wiener Library London
Salitter-Bericht

International Tracing Services Arolsen
Deportationsliste 11. Dezember 1941 ab Düsseldorf-Derendorf nach Riga
Anfragenverkartung Lucie Langenbach
Transportlisten evakuierter Juden: Sabine und Julius Gutmann
Karteikarten Ghetto Theresienstadt Sabine und Julius Gutmann
Zimmerliste Ghetto Theresienstadt: Sabine und Julius Gutmann

Landesarchiv NRW in Düsseldorf. LAV NRW R,
Rep. 8 Nr. 161 und 162 Prozessverfahrensakten zu Rudolf Bartels
Findbücher 223.19.1-6 Rückerstattungsverfahren Landgericht Krefeld: Diverse Berechtigte und Verpflichtete Osterath
Rep. 198 Nr. 683 Prozessverfahrensakte Julius Gutmann Wiedergutmachung
Rep. 198 Nr. 68, 276, 456, 485, 488, 623, 624, 659, 682, 695, 696, 697, 698, 699, 1007, 1137, 1143, 1173, 1210, 1211, 1451, 1452, 1490, 1573, 1726, 1878, 2114, 2125, 2906, 2945
Rep. 200 Landgericht Düsseldorf
Nr. 3688 Berta Gutmann
Nr. 3786 Bernhard Abrahams
Nr. 3788 Selma Königsthal
Nr. 3844 Selma und Gustav Kiefer
Rep. 298 Nr. 195 Prozessverfahrensakte Rudolf Bartels
BR 0007 Nr. 32365 Personalakte Rudolf Bartels
Nr. 47425 Personalakte Hugo Recken
BR 0325 Nr. 1-23 Finanzamt Krefeld 1933–1945
BR 1411 Akten zu jüdischen Friedhöfen in der unmittelbaren Nachkriegszeit
BR 2080 Nr. 675 Wiedergutmachungsakte Sabine Gutmann
BR 2182 Nr. 14581 Wiedergutmachungsakte Lucie Langenbach
NW 1008 Entnazifizierungsbestände mit Bezügen zu Osterath
1012
1034
1037
1129

NW 1008-KPG-01196 Entnazifizierungsakte Pfarrer Joseph Hövelmann
NW 1023 Nr. 05278 Entnazifizierungsakte Johannes Herbrandt
NW 1034 Nr. 4803 Entnazifizierung Hugo Recken
NW 1037 BI-15313 Entnazifizierung Hugo Recken
NW 1037 BI-16645 Entnazifizierung Johannes Herbrandt
RW 58
9277 und 34996 Julius Gutmann
42306 Sabine Gutmann
4069 Eberhard Langenbach
7153 und 19113 Josef Karl Lenssen
25749 und D.33054 Karl Hubert Meyer
11776 Anton Wienands
43618 12 Bürger Osteraths: 1938 Hissen schwarz-weiße Kirchenfahne
31328 Kaplan Josef Conrads
RW 0114 Nr. 494 Gesetz 1938: zusätzlicher Vornamen. Liste aller Betroffener im Rheinland

Bundesarchiv Berlin

Bundesarchiv-Verfolgten-Kartei von Gestapo-Verfolgten
NSDAP-Mitgliederkarteikarten
Hugo Recken. Gaukartei
Johannes Herbrandt. Zentralkartei und Gaukartei
Rudolf Lensing
Walter Panzer
Hans Neuges
Maria Eikers
Josef Wienands
Heinz Legermann
Max Legermann
sowie diverse weitere Osterather
Paul Salitter. Zentralkartei NSDAP
Antrag auf Aufnahme in die NSDAP Paul Salitter
SS-Führerkarteikarte Paul Salitter
Hauptamt Ordnungspolizei R 19/1147 Paul Salitter
NS 1 Reichsschatzmeister der NSDAP
NS 22 Reichsorganisationsleiter der NSDAP
NS 25 Hauptamt für Kommunalpolitik / Deutscher Gemeindetag
NS 40 Hauptamt für Beamte / Reichsbund der Deutschen Beamten
NSDP-Parteiarchiv

Bundesarchiv Ludwigsburg

Sowjetische Riga-Ermittlungen
Israelische Riga-Ermittlungen

Literatur

- Uwe Adam. Judenpolitik im Dritten Reich. Düsseldorf 1972.
- H. G. Adler. Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland. Tübingen 1974.
- H. G. Adler. Theresienstadt. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft. Göttingen 2005.
- Theodor W. Adorno. Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit? (1959). In: ders. Gesammelte Schriften. Bd.10.2. Frankfurt a. M. 1977, S. 55 – 572. Web-Ressource.
- Theodor W. Adorno. Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt a. M. 1971. darin: Erziehung nach Auschwitz.
- Robert Alexy. Recht, Vernunft, Diskurs. Studien zur Rechtsphilosophie. Frankfurt a.M. 1995.
- Götz Aly. »Endlösung«. Frankfurt a. M. 1995.
- Götz Aly. Hitlers Volksstaat. Raub, Rassekrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt a. M. 2005.
- Kurt Amelung (Hrsg.). Individuelle Verantwortung und Beteiligungsverhältnisse bei Straftaten in bürokratischen Organisationen des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft. Sinzheim 2000.
- Andrey Angerich u. a. Die »Endlösung« in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941 – 1944. Darmstadt 2006.
- Hans-Dieter Antz. Religiöses Leben der Kölner Juden im Ghetto von Riga. Nach den Erinnerungen von Karl Schneider. In: Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins 53 (1982). S. 127 – 152.
- Kwane Anthony Appiah. Eine Frage der Ehre oder Wie es zu moralischen Revolutionen kommt. München 2011.
- Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hrsg.). Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit. 2 Bde. Reinbek 1973.
- Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten NRW (Hrsg.). Gewalt in der Region. Der Novemberprogram 1938 in Rheinland und Westfalen. Düsseldorf 2008.
- Hannah Arendt. Wahrheit und Lüge in der Politik. München 1972.
- Hannah Arendt. Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft. Frankfurt a. M. 1980.
- Aristoteles. Politik. Stuttgart 1989.
- Aleida Assmann. Mnemosyne. Formen und Funktionen der kulturellen Erinnerung. Frankfurt a. M. 1991.
- Aleida Assmann. Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München 2006.
- Hellmut Auerbach. Judenvernichtung – was wussten die Deutschen davon? In: Wolfgang Benz (Hrsg.). Legenden, Lügen, Vorurteile. München 1998.2. S. 112ff.
- Augenblick. Berichte, Informationen und Dokumente der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf. (Zu Riga insbesondere in Nr. 20/21 2002.)
- Marie-Sophie Aust und Johannes Herbrandt. Die St. Sebastianus-Bruderschaft und das Schützenwesen. Meerbusch 1976.
- Marie-Sophie Aust. Jüdische Familien in Osterath. In: Meerbuscher Geschichtshefte 14 (1997). S. 72 – 78.
- Marie-Sophie Aust. Ein jüdischer Mitbürger aus Osterath: Julius Gutmann und seine Familie. In: Meerbuscher Geschichtshefte 16. 1999. S. 50 – 62.
- E. Avotins u. a. Daugava Vanagi – Wer sind sie? Riga 1963.
- Annette Barfurth-Igel. Zwischen Kriegsende und Stadtgründung (1945–1970). In: Peter Dohms (Hrsg.). Meerbusch. Die Geschichte der Stadt und der Altgemeinden. Meerbusch 1991.
- Avraham Barkai. Vom Boykott zur »Entjudung«. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943. Frankfurt a. M. 1988.
- Menachem Barkhan (Hrsg.). Vernichtung der Juden in Lettland. Riga 2008.

Horst Barthe u. a. (Bearb.). Die Mittelbehörden der Reichsfinanzverwaltung und ihre Präsidenten 1919–1945. Eine Dokumentation. Brühl 1999.

Arno Baruzzi. Philosophie der Lüge. Darmstadt 1996.

Fritz Bauer u. a. (Red.). Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1986. 48 Bde. Amsterdam 1969–2011.

Joachim Bauer. Schmerzgrenze. Vom Ursprung alltäglicher und globaler Gewalt. München 2011.

Arndt Bauerkämper u. a. Zur Stellung des Bürgermeisters im nationalsozialistischen Staat. Wilhelm Gräfen in Lemgo. Eine Fallstudie. In: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde 51 (1982). S. 211–239.

Franziska Becker u. a. Im Dorf erzählen – Vor Gericht bezeugen. Zur inneren Logik von Sagen und Aussagen über NS-Gewalt gegen Juden. in: Arno Herzig u. a. (Hrsg.). Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus. Hamburg 1992. S. 311–332.

Wolfgang Benz u. a. (Hrsg.). Einsatz im »Reichskommissariat Ostland«. Dokumente zum Völkermord im Baltikum und in Weißrussland 1941–1944. Berlin 1998.

Wolfgang Benz (Hrsg.). Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte. München 2000.11.

Wolfgang Benz u. a. (Hrsg.). Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 8: Riga Kaiserwald u. a. München 2008.

Wolfgang Benz. Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder. Frankfurt a. M. 2009.

Wolfgang Benz. Einleitung: Die NSDAP und ihre Mitglieder. In: Benz 2009. S. 7–18.

Karin Berenbrinker. Vorgang: ohne. Eine Stadt wird »judenfrei«. Szenische Lesung über die Deportation Münsteraner Juden nach Riga. Münster 2002.

Holger Berschel. Das Judenreferat der Gestapo Düsseldorf 1935–1945. Essen 2001.

Maria Bettini. Eine kleine Geschichte der Lüge. Von Odysseus bis Pinocchio. Berlin 2003.

Aurel Billstein. Verfolgung – Widerstand. Die Tätigkeit der Gestapoaußendienststelle Krefeld. o. O. o. J.

Aurel Billstein. Der eine fällt, die anderen rücken nach. Frankfurt a. M. 1973.

Reinhold Billstein. Neubeginn ohne Neuordnung: Dokumente und Materialien zur politischen Weichenstellung in den Westzonen nach 1945. Köln 1984.

Dieter Birnbacher. Tun und Unterlassen. Stuttgart 1995.

Bischöfliches Generalvikariat Aachen (Hrsg.). Handbuch des Bistums Aachen. Aachen 1962. 2.

Heinz Boberach. Inventar archivischer Quellen des NS-Staates. München 1991.

Heinz Boberach. Ämter, Abkürzungen, Aktionen des NS-Staates. München 1997.

Gernot Böhnke. Ethik im Kontext. Frankfurt a. M. 1997.

Ursula Böhnke-Kuckhoff. Wer möchte nicht im Leben bleiben. Über Kurt Gutmann. Norderstedt o. J.

Horst Bosetzky u. a. Mensch und Organisation. Aspekte bürokratischer Sozialisation. Stuttgart 2002. 6.

Beatrix Bouvier (Hrsg.). Geschichtspolitik und demokratische Kultur. Bilanz und Perspektiven. Bonn 2008.

Ahaser von Brandt. Werkzeuge des Historikers. Eine Einführung in die historischen Hilfswissenschaften. Stuttgart 2003. 16.

Max Braubach. Der Einmarsch deutscher Truppen in die entmilitarisierte Zone am Rhein im März 1936. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs. Köln 1956.

Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror. Faksimile-Nachdruck des Originals von 1933. Frankfurt a. M. 1978.

Christopher C. Browning. Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibattalion 101 und die »Endlösung« in Polen. Reinbek 1996.

Rüdiger Bubner. Welche Rationalität bekommt der Gesellschaft? Frankfurt a. M. 1996.

- Georg Buscher. Geschichte der niederrheinischen Pfarre Osterath. 1949.
- Jeremy Campbell. Die Lust an der Lüge. Eine Geschichte der Unwahrheit. Bergisch Gladbach 2003.
- Luc Ciompi u. a. Gefühle machen Geschichte. Die Wirkung kollektiver Emotionen – von Hitler bis Obama. Göttingen 2011.
- Comité des Délégation Juives. Die Lage der Juden in Deutschland 1933. Paris 1934. Neuauflage. Frankfurt a. M. 1983.
- Silvio Conti. Verfassung von Staat und Stadt. Leipzig 1934.
- Jacques Delarue. Geschichte der Gestapo. Königstein/Ts. 1979.
- Carsten Daues u. a. Die Gestapo. Herrschaft und Terror im Dritten Reich. München 2008.
- Lucy S. Dawidowicz. Der Krieg gegen die Juden 1933–1945. München 1997.
- Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940. Frankfurt a. M. 1980.
- Heinrich de Groot. Judenverdrängung, Judenverfolgung und Judendeportation auf dem Land unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft. Frankfurt a. M. 2004.
- Hans-Ulrich Derlin u. a. Bürokratietheorie. Wiesbaden 2011.
- Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg. Frankfurt a. M. 1985.
- Steffen Dietzsch. Kleine Kulturgeschichte der Lüge. Leipzig 1998.
- Die deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935. Textausgabe mit der amtlichen Begründung. Berlin o. J.
- Die preußische Bürokratie auf der Anklagebank. Anklagerede gegen den Angeklagten Wilhelm Frick. Gehalten am 16. Januar 1946 von Prof. Dr. M. W. Kempner vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg.
- Simone Dietz. Der Wert der Lüge. Paderborn 2002.
- Gisela Diewald-Kerkmann. Denunziantentum und Gestapo. Die freiwilligen Helfer aus der Bevölkerung. In: Paul. S. 288–305.
- Peter Dohms. Flugschriften in Gestapo-Akten. Siegburg 1977.
- Peter Dohms. Meerbusch. Die Geschichte der Stadt und der Altgemeinden. Meerbusch 1991.
- A. M. Dorn. Schuld – Was ist das? Perspektiven aus den Bereichen Literatur, Psychologie, Verhaltensforschung, Jurisprudenz, Philosophie und Theologie. Donauwörth 1976.
- Markus Dreist (Hrsg.). Die Düsseldorfer Bezirksregierung zwischen Demokratisierung, Nazifizierung und Entnazifizierung. Eine staatliche Mittelbehörde an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik. Essen 2003.
- Kurt Düwell. Die Rheingebiete in der Judenpolitik des Nationalsozialismus vor 1942. Bonn 1968.
- Terry Eagleton. Ideologie. Eine Einführung. Stuttgart 1993.
- Umberto Eco. Vier moralische Schriften. München 1998.
- Maria Eickers und Josef Wienands. Osterath unser Heimatdorf. Wattenscheid 1940.
- Rainer Eisfeld u. a. (Hrsg.). Gegen Barbarei. Essays Robert M. W. Kempner zu Ehren. Frankfurt a. M. 1989.
- Norbert Elias. Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 1990.
- Ulrich Ensich. Deutsches Beamtentum und britische Besatzung: Planung und Politik 1943–1947. Stuttgart 1985.
- Hans Magnus Enzensberger. Schreckens Männer. Versuch über den radikalen Verlierer. Frankfurt a. M. 2006.
- Theodor Eschenburg. »Der bürokratische Rückhalt.« In: Aus Politik und Zeitgeschichte Bd. 9 1974. S. 5ff.

- Theodor Eschenburg. Jahre der Besatzung 1945–1949. Stuttgart 1983.
- Andrew Ezergailis. The Holocaust in Latvia 1941–1944. The missing center. Riga 1996.
- Barbara Faith. Die Kreisleiter der NSDAP – nach 1945. in: Martin Brosat u. a. (Hrsg.). Von Stalingrad zur Währungsreform. Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München 1988.
- Gabriel Falkenberg. Lügen. Grundzüge einer Theorie sprachlicher Täuschung. 1982.
- Hans Fallada. Jeder stirbt für sich allein. Berlin 2011.
- Anselm Faust. Die Kristallnacht im Rheinland. Dokumente zum Judenpogrom im November 1938. Düsseldorf 1987.
- Anselm Faust (Hrsg.). Verfolgung und Widerstand in Rheinland und Westfalen 1933–1945. Köln 1992.
- Reinhard Feiendegen (Hrsg.). Krefeld – Die Geschichte der Stadt. Bd. 5: Vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zur Gegenwart (1918–2004). Krefeld 2010.
- Moshe Feldenkrais. Die Entdeckung des Selbstverständlichen. Frankfurt a. M. 1985.
- Paul Feldkeller. Psycho-Politik. Zur Demokratisierung, politischer Erziehung und Säuberung. Berlin 1947.
- Hermann Gustav Fischer (Hrsg.). Die Deutsche Gemeindeordnung. Stuttgart 1941.
- Helga Fischer-Hübner u. a. (Hrsg.). Die Kehrseite der »Wiedergutmachung«. Das Leiden von NS-Verfolgten in den Entnazifizierungsverfahren. Gerlingen 1990.
- Gisela Fleckenstein. Personalakten in: Bernd A. Rusinek (Hrsg.). Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Paderborn 1992. S. 95–109.
- Bastian Fleermann. Vom Pogrom zum Abtransport. Zur Situation der Juden im Reg. Bez. Düsseldorf zwischen November 1938 und Oktober 1941. In: Genger S. 41–52.
- Rüdiger Fleiter. Kommunen und NS-Verfolgungspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 14–15 / 2007.
- Hans Fleske. Bürokratie in Deutschland vom späten Kaiserreich bis zur Gegenwart. Berlin 1985.
- Ernst Fraenkel. The Dual State. New York 1941. deutsch: Der Doppelstaat. Frankfurt a. M. 1974.
- Robert H. Frank. Die Strategie der Emotionen. München 1992.
- Viktor Frankl. ... trotzdem ja zum Leben sagen. Ein Psychologe erlebt das Konzentrationslager. München 1981. 5.
- Norbert Frei. Vergangenheitspolitik, Amnestie, Integration und Abgrenzung vom Nationalsozialismus in den Anfangsjahren der Bundesrepublik. München 1997. 2.
- Norbert Frei. Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945. Frankfurt a. M. 2001.
- Norbert Frei (Hrsg.). Die Praxis der Wiedergutmachung. Göttingen 2009.
- Anna Freud. Das Ich und die Abwehrmechanismen. London 1952.
- Martin Friedberger (Hrsg.). Die Reichsfinanzverwaltung im Nationalsozialismus. Bremen 2002.
- Karl Friedrichs. Aufgaben der deutschen Gemeinden. Berlin 1936.
- Karola Frings. Gewalt als Markierung der Grenze. Der Novemberpogrom unter den Augen der Bevölkerung. In: Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten NRW. S. 43–47.
- Erich Fromm. Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Stuttgart 1980.
- Werner Fuchs. Biographische Forschung. Eine Einführung in Praxis und Methoden. Opladen 1984.
- Franz Führmann. Das Judenauto. Vierzehn Tage aus zwei Jahrzehnten. Berlin 1969.
- Gau Schwaben der NSDAP (Hrsg.). Merkbuch Nr. ... für den Blockleiter ... Berlin 1935.
- Joachim Gauck. Freiheit. Ein Plädoyer. München 2012. 5.
- Clifford Geertz. Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt a. M. 1983.

- Robert Gellately. In den Klauen der Gestapo. Die Bedeutung von Denunziationen für das nationalsozialistische Terrorsystem. in: Anselm Faust 1992. S. 40–49.
- Robert Gellately. Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933–1945. Paderborn 1993.
- Robert Gellately. Hingschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk. Stuttgart 2002.
- Angela Genger (Hrsg.). Düsseldorf – Getto Theresienstadt. 1941. Essen 2010.
- Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946. Stuttgart 1946.
- Bettina Giese. Untersuchungen zur sprachlichen Täuschung. Tübingen 1992.
- Ralph Giordano. Die zweite Schuld. Oder: Von der Last, Deutscher zu sein. München 1990.
- Hermann Glaser. Zur Sozialpsychologie des Volksgenossen. In: Helmut Köning (Hrsg.). Politische Psychologie heute. Opladen 1988. S. 171–189.
- Ernst Glasner. Wider die Bürokratie. Kassel 1947.
- Peter Gleber. Die Mär von »Fremdbestimmten« und »Widerstandskämpfern«. Entnazifizierung von NS-Bürgermeistern am Beispielen von Fällen der Spruchkammer Wiesloch. In: Badische Heimat 1997. S. 85–95.
- Arie Goral. Vernichtung. Ghetto Riga und Aufstand im Warschauer Ghetto. Eine Dokumentation. Hamburg 1987.
- Daniel Jonah Goldhagen. Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Berlin 1996. 3.
- Sarah Gordon. Hitler, Germans and the »Jewish Question«. Princeton 1984.
- Hans-Peter Görgen. Dokumentation zur Geschichte der Stadt Düsseldorf. Band 4: Im »Dritten Reich« 1933–1945. Quellensammlung. Düsseldorf 1983.
- Constantin Goschler (Hrsg.). »Arisierung« und Restitution. Göttingen 2002.
- Constantin Goschler u. a. (Hrsg.). Raub und Restitution. Frankfurt a. M. 2003.
- Stefan Gosepath u. a. (Hrsg.). Philosophie der Menschenrechte. Frankfurt a. M. 1998.
- Bernhard Gotto. Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933–1945. München 2006.
- Gerda Gottschalk. Der letzte Weg. Konstanz 1991.
- Helge Grabitz. NS-Prozesse. Psychogramme der Beteiligten. Heidelberg 1985.
- Helge Grabitz (Hrsg.). Täter und Gehilfen des Endlösungswahns. Hamburger Verfahren wegen NS-Gewaltverbrechen 1946–1996. Hamburg 1999. (u. a. Hamburger Riga-Prozess)
- Jörg Grotkoop. Beamtentum und Staatsformwechsel. Frankfurt a. M. 1992.
- Wolf Gruner. Der deutsche Gemeindetag und die Koordinierung antijüdischer Kommunalpolitik. In: Archiv für Kommunalwissenschaften 37 (1998). S. 261–291.
- Wolf Gruner. Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen. Zur wechselseitigen Dynamisierung von zentraler und lokaler Politik 1933–1941. in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 48 (2000). S. 75–126.
- Wolf Gruner. Die Grundstücke der »Reichsfeinde«. Zur »Arisierung« von Immobilien durch Städte und Gemeinden 1938–1945. In: Irmtraud Hayes (Hrsg.). »Arisierung« im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis. Frankfurt a. M. 2000. S. 125–156.
- Wolf Gruner u. a. (Hrsg.). »Bürokratien«. Initiative und Effizienz. Berlin 2001.
- Wolf Gruner. Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkung lokaler und zentraler Politik im NS-Staat (1933–1942). München 2002.
- Ingo Haar. Zur Sozialstruktur und Mitgliederentwicklung der NSDAP. In: Benz 2009. S. 60–73.
- Jürgen Habermas. Erläuterungen zur Diskursethik. Frankfurt a. M. 1992.

- Sebastian Haffner. *Germany: Jekyll & Hyde. 1939 – Deutschland von innen betrachtet*. Frankfurt a. M. 2008.
- Dieter Hangebruch. In der Gewalt der Gestapo. Das Schicksal der Juden des Kreises (1933–1945). In: *Heimatsbuch des Kreises Viersen* 29 (1978). S. 152–170; 30 (1979). S. 239–260.
- Geoffrey H. Hartmann. *Die Zukunft der Erinnerung und der Holocaust*. Paderborn 2012.
- Hauptamt für Beamte der Reichsleitung der NSDAP (Hrsg.). *ABC des Deutschen Beamtengesetzes*. Alphabetischer Führer durch das DGB. Berlin 1940.
- Konrad Heiden. *Geschichte des Nationalsozialismus*. Berlin 1932.
- Konrad Heiden. *Geburt des Dritten Reiches. – Die Geschichte des Nationalsozialismus bis 1933*. Zürich 1934.
- Konrad Heiden. Klaus Bredow (Pseudonym). *Hitler rast. Die Bluttragödie des 30. Juni 1934*. 1934.
- Konrad Heiden. Klaus Bredow (Pseudonym). *Sind die Nazis Sozialisten?* 1934
- Konrad Heiden. *Hitler-Biographie. Zürich 1936–1937. (Band 1) Adolf Hitler. Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit. Eine Biographie*. Zürich 1936.
- Konrad Heiden. *Hitler-Biographie. Zürich 1936–1937. (Band 2) Adolf Hitler. Eine Biographie. Ein Mann gegen Europa*. Zürich 1937. Neuausgabe 2007.
- Konrad Heiden. *Europäisches Schicksal*. Amsterdam 1937.
- Konrad Heiden. *The new inquisition*. New York 1939.
- Konrad Heiden. *The Fuehrer. Hitlers Rise to the Power*. Boston 1944. Neuausgabe: Castle 2002.
- Heimatkreis Lank e. V. (Hrsg.). *Meerbusch in Zeitzeugnissen. Dokumente und Erinnerungen*. Meerbusch 2005.
- Klaus-Dieter Henke. *Die Trennung vom Nationalsozialismus. Selbstzerstörung, politische Säuberung, »Entnazifizierung«, Strafverfolgung*. In: Ders. *Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg*. München 1991. S. 21–83.
- Johannes Herbrandt. Bearb. Annette Barfurth. *Auszüge aus der Orts- und Kriegschronik der Gemeinde Osterath*. Meerbusch 1989.
- Ludolf Herbst. *Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland*. München 1989.
- Thomas Herz. »Basiserzählung«. Und die NS-Vergangenheit. In: Lars Clausen (Hrsg.). *Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle a. d. Saale* 1995. Frankfurt a. M. 1996. S. 91–108.
- Klaus Hesse u. a. *Vor aller Augen. Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz*. Essen 2002.
- Hans-Joachim Heuer. *Geheime Staatspolizei. Über das Töten und die Tendenzen der Entzivilisierung*. Berlin 1995.
- Hans-Joachim Heuer. *Brutalisierung und Entzivilisierung. Über das staatspolizeiliche Töten*. S. 508–526.
- Marie-France Hierigoyen. *Die Masken der Niedertracht*. München 1999.
- Raul Hilberg. *Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust*. Berlin 1982.
- Raul Hilberg. *Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945*. Frankfurt a. M. 1992.
- Raul Hilberg. *Unerbetene Erinnerung*. Frankfurt a. M. 1994. 2.
- Raul Hilberg. *Die Quellen des Holocaust. Entschlüsseln und interpretieren*. Frankfurt a. M. 2003. 2.
- Otto Hintze. *Der Beamtenstand (1911)*. In: Kersten Krüger (Hrsg.). *Otto Hintzes Beamtentum und Bürokratie*. Göttingen 1981. S. 16–77.
- Christa Hoffmann. *Stunden Null? Vergangenheitsbewältigung in Deutschland 1945 und 1989*. Bonn 1992.
- Wilhelm Hofmann. *Die Sichtbarkeit der Macht*. Baden-Baden 1999.

- Hans-Günter Hockertz. Wiedergutmachung in Deutschland. Eine historische Bilanz 1945–2000. in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 49 (2001). S. 167–214.
- Bert Hoppe (Bearb.). Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das Nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. 7 Bde. Berlin 2007–2011.
- Michael Horn. Sozialpsychologie des Terrorismus. Frankfurt a. M. 1982.
- Ernst-Ulrich Huster u. a. Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949. Frankfurt a. M. 1977.5.
- Peter Hüttenberger. Die Gauleiter. Düsseldorf 1969.
- Peter Hüttenberger. Entnazifizierung im öffentlichen Dienst Nordrhein-Westfalens. In: Friedrich G. Schwergmann (Hrsg.). Die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums nach 1945. Geburtsfehler oder Stützpfiler der Demokratiegründung in Westdeutschland. Düsseldorf 1986. S. 47–64.
- Edmund Husserl. Dinge und Raum. Hamburg 1991.
- Institut Theresienstädter Initiative. Theresienstädter Gedenkbuch. Die Opfer der Judentransporte aus Deutschland nach Theresienstadt 1942–1945. Berlin 2000.
- Henry Jacobs. Die Demokratisierung der Welt. Frankfurt a. M. 1984.
- Günter Janß. Der Osterather Judenfriedhof und die Geschichte der jüdischen Gemeinde. In: Meerbuscher Geschichtshefte 14 (1997). S. 49–78.
- Karl Jaspers. Die geistige Situation unserer Zeit. Berlin 1932.4.
- Karl Jaspers. Die Schuldfrage. Zur politischen Haftung Deutschlands. 1946. Neuauflage München 1987.
- Gustav Jouche. Gespräche mit Kafka. Frankfurt a. M. 1986.
- Franz-Josef Jülich (Hrsg.). Geschichte als Lust und Chance. Essen 2003.
- Ulrike Jureit u.a. Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung. Stuttgart 2011.2.
- Hans Kaiser. Zum Schicksal der rheinischen Juden. In: Gerhard Rehm (Red.). Die Geschichte der Juden im Kreis Viersen. Viersen 1991. S. 81–106.
- Josef Katz. One Who Came Back. The Diary of a Jewish Survivor. New York 1973.
- J. Kau. Verwaltung unter Diktatur und Terror. Das Landesfinanzamt 1933–1945. in: Die Heimat 13 (1962). S. 18–22, 51–55, 75–79, 102–105.
- Arthur Kaufmann (Hrsg.). Widerstandsrecht. Darmstadt 1972.
- M. Kaufmann. Die Vernichtung der Juden Lettlands. Churbn Lettland. München 1947.
- Alfons Kenkmann. Polizei und Ordnung im Nationalsozialismus. In: Dreist. S. 98–112.
- Sven Felix Kellerhoff. Die Erfindung des Karteimitglieds. Rhetorik des Herauswindens: Wie heute die NSDAP-Mitgliedschaft kleingeredet wird. In: Benz 2009. S. 167–180.
- Robert M. W. Kempner. (Pseudonym: Eike von Repkov) Justiz-Dämmerung. Auftakt zum Dritten Reich. Berlin 1932.
- Robert M. W. Kempner. Die preußische Bürokratie auf der Anklagebank. 1946.
- Robert M. W. Kempner (Hrsg.). Der verpasste Nazi-Stop. Die NSDAP als staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung. Preußische Denkschrift von 1930. Frankfurt a. M. 1983.
- Otto F. Kernberg. Ideologie, Konflikt und Führung. Psychoanalyse von Gruppenprozessen und Persönlichkeitsstruktur. Stuttgart 2000.
- Ian Kershaw. Der SS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick. Reinbek 1994.
- Manfred Klaes. Auf den Spuren der Vergangenheit. Lebensbilder Osterath. Meerbusch 2002.
- Ernst Klee u. a. »Schöne Zeiten«. Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer. Frankfurt a. M. 1988. 2.
- Ernst Klee. Persilscheine und falsche Pässe. Wie die Kirchen den Nazis halfen. Frankfurt a. M. 1991.

Peter Klefisch. Die Kreisleiter der NSDAP in den Gauen Köln-Aachen, Düsseldorf und Essen. Düsseldorf 2000.

Horst Klemt. 450 Jahre selbstständige Pfarrei St. Nikolaus Osterath. Grevenbroich 1997.

Lothar Klouten. Verfolgung und Widerstand in Meerbusch 1933–1945. Meerbusch 1983. (unveröffentlichte Staatsarbeit)

Lothar Klouten. Faschismus in Meerbusch heute. Eine Dokumentation. Meerbusch 1983.

Lothar Klouten. Anteil der deutschen Industrie an der nationalsozialistischen Machtergreifung. Ausstellung. Meerbusch 1984.

Lothar Klouten. Das Schicksal der Meerbuscher Juden 1933–1945. in: Meerbuscher Geschichtshefte 1 (1984). S. 13–32.

Lothar Klouten. Die Reichstagswahlen in Meerbusch während der Weimarer Republik 1919–1933. In: Meerbuscher Geschichtshefte 1 (1984). S. 33–35.

Lothar Klouten. Das Kriegsende in Osterath. In: Meerbuscher Geschichtshefte 2 (1985). S. 98–106.

Lothar Klouten. Das Schicksal der Meerbuscher Juden 1933–1945. Nachtrag. In: Meerbuscher Geschichtshefte 2 (1985). S. 109f.

Lothar Klouten. Rechtsextremismus in Meerbusch. Eine Dokumentation. Meerbusch 1987.

»Es ist das Verdienst des SPD-Ratsmitglieds Lothar Klouten, in zwei in den 80er Jahren erschienenen Dokumentationen die teilweise beachtlichen Aktivitäten und Übergriffe verschiedener rechtsradikaler Gruppen in Meerbusch aufgezeigt zu haben.« Peter Dohms (Hrsg.). Die Geschichte der Stadt ... S. 690.

Lothar Klouten. Materialien zur »Reichskristallnacht« 1938 im Gebiet der heutigen Stadt Meerbusch. Volkshochschule Meerbusch 1988.

Lothar Klouten. Die Letzten dürfen nicht die Ersten von morgen werden! Ein Reader zu Rechtsextremismus bei Jugendlichen. Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt. Düsseldorf 1988.

Lothar Klouten. Kirche und Katholiken während der Zeit des Nationalsozialismus im Raum des heutigen Meerbusch. Volkshochschule Meerbusch 1988. (Meerbusch im Unterricht)

Lothar Klouten. Thesenpapier zu internationalen Jugendbegegnungen (mit Israel). Meerbusch 1990. (unveröffentlicht)

Lothar Klouten. Sozialdemokraten im Gebiet des heutigen Kreises Viersen 1933–1945. Ein Beispiel für Resistenz und Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In: Heimatbuch 1991 des Kreises Viersen. Viersen 1991. S. 158–165.

Lothar Klouten. Hubert Vootz. Ein Leben für die Freiheit – Vom deutschen Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland. Viersen 2008.

Lothar Klouten. Macht und ihre demokratische Eingrenzung und Kontrolle. Düsseldorf 2010. (unveröffentlicht)

Lothar Klouten. Artikel auf: www.buergerstimme.com

– Bürgermeister 1993–1945: auch »Hitlers willige Vollstrecker«. 08.03.2012.

– Hat die Weltgesellschaft ein Recht auf Selbstschutz vor pathologischen Narzissten und ihrer globalen Kultur des Todes? 12.01.2012.

– Totalitarismus. 10.01.2012.

– Die Sprache des Todes. 05.12.2011.

– Über das geschriebene Wort. 01.12.2011.

– Legitimation, Macht und Gewalt in Gesellschaften. 27.11.2011.

– Vor 70 Jahren: Beginn der Deportationen nach dem Osten – am Beispiel Düsseldorf. 01.12.2011.

– Die Fabel von Schafen und Wölfen in Schafspelzen – auch die Fabel von der Fabel. 25.08.2011.

- Die globale Gesellschaft. 12. 10. 2010.
- Die Zukunftstöter aus der Bildungsindustrie. 11. 10. 2010.
- Lothar Klouten. Das Persönlichkeitsprofil des Wirtschaftskriminellen aus psychologischer Sicht. 18. 09. 2010
www.jutta-staudach.de
- Guido Knoop. Holocaust. München 2000.
- Guido Knoop. Die Machtergreifung. München 2009.
- Guido Knoop. Geheimnisse des »Dritten Reichs«. München 2011.
- Wolfgang Koeppen. Tauben im Gras. Frankfurt a. M. 1980.
- Elisabeth Kohlhaas. Die Mitarbeiter der Gestapo – Qualitative und quantitative Befunde. In: Archiv für Polizeigeschichte 6 (1995). S. 2–6.
- Eugen Kogon. Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. München 1980.9.
- Otto Kollenreuther. Das Wesen der Spruchkammern und der durch sie durchgeführten Entnazifizierung. Göttingen 1954.
- Angelika Königsender. Das Ende der NSDAP. Die Entnazifizierung. In: Benz 2009. S. 151–166.
- Erich Kordt. Wahn und Wirklichkeit. Stuttgart 1947.
- Till Kössler u. a. (Hrsg.). »Organisationsmenschen«. Thesen zur Geschichte des Funktionärs im 20. Jahrhundert. In: Till Kössler u. a. (Hrsg.). Vom Funktionieren der Funktionäre. Politische Interessenvertretung und gesellschaftliche Integration in Deutschland nach 1933. Essen 2004.
- Jürgen Ernst Kroeger. So war es – Ein Bericht. Niefen 1989.
- Herbert Krüger. Die Aufgaben der Gemeinde im nationalsozialistischen Staat. Tübingen 1936.
- Herbert Krüger. Die Verfassung der Gemeinden im nationalsozialistischen Staat. Tübingen 1936.
- Wolfgang Krüger. Entnazifiziert. Zur Praxis der politischen Säuberung in Nordrhein-Westfalen. Wuppertal 1982.
- Otto Dov Kulka. Die Nürnberger Rassegesetze und die deutsche Öffentlichkeit im Lichte geheimer NS-Lage- und Stimmungsberichte. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 32 (1984). S. 582–624.
- Otto Dov Kulka u. a. Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten. Düsseldorf 2004.
- Christiane Kuller. »Kämpfende Verwaltung«. Bürokratie im NS-Staat. In: Dietmar Süß. Das »Dritte Reich«. München 2008. S. 227–244.
- Landeshauptmann der Rheinprovinz (Hrsg.). Verwaltungsatlas der Rheinprovinz und angrenzender Landesteile. Düsseldorf 1937.
- Irmgard Lange (Bearb.). Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen. Richtlinien, Anweisungen, Organisation. Siegburg 1976.
- Eberhard Laux. Führung und Verwaltung in der Rechtslehre des Nationalsozialismus. In: Dieter Rebenitsch u. a. (Hrsg.). Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System. Göttingen 1986. S. 33–64.
- Rafael Lemkins. Axis Rules in Occupied Europe. Washington D. C. 1944.
- Hubert Lenz. Der Schluss-Strich. Gedanken zur Entnazifizierung. Köln 1948.
- Peter Lessmann u. a. Beamte im Nationalsozialismus. Ausstellung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen. Gelsenkirchen 1984.
- Meir Levenstein. Du sollst sterben und nicht leben. Ein Bericht über die Vernichtung der Juden in Lettland. Münster 1993.
- Heiner Lichtenstein. Himmlers grüne Helfer. Die Schutz- und Ordnungspolizei im »Dritten Reich«. Köln 1990.

- Konrad Paul Liesmann (Hrsg.). *Faszination des Bösen. Über Abgründe des Menschlichen*. Wien 1997.
- Joachim Lilla. *Die Organisation der NSDAP im Kreisgebiet Kempen-Krefeld und in der Stadt Viersen 1932/33–1945. Versuch einer Bestandsaufnahme*. In: *Heimatbuch des Kreises Viersen* 1999.
- Jürgen Lillteicher. *Raub, Recht und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik*. Göttingen 2007. 2.
- Anton Lingg. *Die Verwaltung der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei*. München 1939.
- Debora E. Lipstadt. *Betrifft: Leugnen des Holocaust*. Zürich 1994.
- Mario Vargas Llosa. *Die Wahrheit der Lügen*. Frankfurt a. M. 1994.
- Friedrich Lodermann. *Der große Irrtum*. 2009.
- Peter Longerich. *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der Nationalsozialistischen Judenverfolgung*. München 1998.
- Peter Longerich. *Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur »Endlösung«*. München 2001.
- Peter Longerich. *»Davon haben wir nichts gewusst!« Die Deutschen und die Judenverfolgung*. München 2007.
- Winfried Loth u. a. (Hrsg.). *Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*. Frankfurt a. M. 1998.
- Peter Löw. *Kommunalgesetzgebung im NS-Staat – am Beispiel der Deutschen Gemeindeordnung 1935. Baden-Baden* 1992.
- Lars Lüdicke. *Griff nach der Weltherrschaft. Die Außenpolitik des Deutschen Reiches 1933–1945*. Berlin 2009.
- Alf Lüdtke. *Funktionseliten: Täter, Mit-Täter, Opfer? Zu den Bedingungen des deutschen Faschismus*. In: ders. (Hrsg.). *Herrschaft als soziale Basis. Historische und sozial-anthropologische Studien*. Göttingen 1991. S. 559–590.
- Klaus-Michael Mallmann. *Die V-Leute der Gestapo. Umriss einer kollektiven Biographie*. In: Ders. u. a. *Die Gestapo – Mythos und Realität*. Darmstadt 1995. S. 268–287.
- Benoit Mandelbrot u. a. *Fraktale und Finanzen*. München 2004.
- Ernst Martin u. a. *Beobachtungslehre. Theorie und Praxis reflektierter Beobachtung und Beurteilung*. Weinheim 2006.
- Avishai Marlalit. *Über Kompromisse und faule Kompromisse*. Berlin 2011.
- Werner Maser. *Adolf Hitler Mein Kampf. Geschichte Auszüge Kommentare*. Esslingen 1981. 2.
- Horst Matzerath. *Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung*. Stuttgart 1970.
- Horst Matzerath. *Bürokratie und Judenverfolgung*. In: Ursula Büttner (Hrsg.). *Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich*. Hamburg 1992. S. 105–129.
- Horst Matzerath. *Bezirksregierung, Kommunen und Parteigliederungen im Nationalsozialismus*. In: Dreist S. 86–97.
- Mathias Mayer. *Kulturen der Lüge*. Wien 2003.
- Djemut Majer. *Grundlagen des nationalsozialistischen Rechtssystems. Führerprinzip, Sonderrecht, Einheitspartei*. Stuttgart 1987.
- Fritz Morstein Marx. *Das Dilemma des Verwaltungsmannes*. Berlin 1965.
- Sabine Mecking. *»Immer treu.« Kommunalbeamte zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik*. Essen 2003.
- Sabine Mecking (Hrsg.). *Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Bedingungen kommunaler Herrschaft*. Paderborn 2005.
- Werner Mellen. *Juden in Krefeld-Hüls*. Krefeld 2003.

Thomas Mergel. Der Funktionär. In: Ute Frevert u. a. (Hrsg.). Der Mensch des 20. Jahrhunderts. Frankfurt 1999. S. 278–300.

Matthias Meusch. Die Entnazifizierung und die Anfänge der juristischen Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus. In: Landtag Nordrhein-Westfalen. 1946. Politik und Alltag im Gründungsjahr des Landes Nordrhein-Westfalen. Eine Ausstellung des Landesarchivs und des Landtags Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 2006. S. 50–55.

Ludwig Mises. Die Bürokratie. 1944. Als Web-Ressource verfügbar.

Alexander und Margarete Mitscherlich. Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. München 1967.

Margarete Mitscherlich. Müssen wir hassen? Über den Konflikt zwischen innerer und äußerer Relität. München 1972.

Margarete Mitscherlich. Erinnerungsarbeit. Zur Psychoanalyse der Unfähigkeit zu trauern. Frankfurt a. M. 1987.

Hans Mommsen. Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik. Stuttgart 1966.

Hans Mommsen u. a. Die Reaktionen der deutschen Bevölkerung auf die Verfolgung der Juden 1933–1943. In: Ders. u. a. (Hrsg.). Herrschaftsallday im Dritten Reich. Studien und Texte. Düsseldorf 1988. S. 374–421.

Sigrun Mühl-Brenninghaus. Das Beamtentum in der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges: Zu Entstehung, Inhalt und Durchführung der einschlägigen Beamtengesetze. Düsseldorf 1996.

Stefan Müller-Doohm. Wirklichkeit und Deutungsprozess. Frankfurt a. M. 1993.

Christine Müller. »Weil ich irgendwo ... immer so dazwischen schwimme.« Zum Zusammenhang von Lebensgeschichte, Familiengeschichte und politischer Aktivität. In: Detlef Ackermann u. a. (Hrsg.). Alltag und Politik in einem Berliner Arbeiterbezirk. Neukölln 1945 bis 1989. Bielefeld 1998. S. 283–310.

Christine Müller. Die Binnenstruktur von NSDAP und SED auf lokaler Ebene im Vergleich (1933–1945 / 1946–1970). In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 52 2001, Heft 11. S. 671–683.

Christine Müller-Botsch. Parteien in modernen Diktaturen. Großstädtische Parteiorganisationen von NSDAP und SED im Vergleich. Berlin 2003.

Christine Müller-Botsch. Biographieanalysen unterer NSDAP-Funktionäre. Ein Fallbeispiel. In: Helgard Kramer (Hrsg.). NS-Täter aus interdisziplinärer Perspektive. München 2006. S. 327–347.

Christine Müller-Botsch. Der Lebenslauf als Quelle. Fallrekonstruktive Biographieforschung anhand personenbezogener Akten. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. 19. Jg., Heft 2 (2008). S. 36–63.

Christine Müller-Botsch. »Der richtige Mann an der richtigen Stelle.« Biographien und politisches Handeln von unteren NSDAP-Funktionären. Frankfurt a. M. 2009.

Jürgen Müller-Hohagen. Verleugnet, Verdrängt, Verschwiegen. Seelische Nachwirkungen der NS-Zeit und Wege zu ihrer Überwindung. München 2005.

Ernst Müller-Münigen. Die Parteigenossen. München 1946.

Erich Mursinski. Die Organisation der nationalsozialistischen Beamten. Berlin 1940.

Andraes Nachama u. a. (Hrsg.). Vor aller Augen. Die Deportation der Juden und die Versteigerung ihres Eigentums. Fotografien aus Lörrach, 1940. Berlin 2011.

Hermann Neef. Der Beamte im nationalsozialistischen Führerstaat. Berlin 1934.

Hermann Neef. Die politisch-weltanschauliche Reorganisation der deutschen Beamten im Sinn und Geist des Nationalsozialismus. Berlin 1935.

Hermann Neef. Das Soldatentum des deutschen Beamten. Berlin 1936.

Hermann Neef. Die neue geistige Grundhaltung des Beamten. Berlin 1936.

- Franz Neumann. Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944. Frankfurt a. M. 1984.
- Lutz Niethammer. Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der »Oral History«. Frankfurt a. M. 1980.
- Lutz Niethammer. Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns. Berlin 1982. 2.
- Lutz Niethammer. Deutschland danach. Postfaschistische Gesellschaft und nationales Gedächtnis. Bonn 1999.
- Peter Nitschke. Polizei und Gestapo. Vorauseilender Gehorsam oder polykratischer Konflikt? In: Paul. S. 306–322.
- Stefan Noethen. Alte Kameraden und neue Kollegen. Polizei in Nordrhein-Westfalen 1945–1953. Essen 2003.
- Armin Nolzen. Parteigerichtsbarkeit und Parteiausschlüsse in der NSDAP 1921–1945. in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Jg. 48. S. 965–989.
- Armin Nolzen. Funktionäre in faschistischen Parteien. Der Kreisleiter in der NSDAP 1932/33 bis 1944/45. in: Till Kössler u. a. (Hrsg.). Vom Funktionieren der Funktionäre. Politische Interessenvertretung und gesellschaftliche Integration in Deutschland nach 1933. Essen 2004. S. 37–76.
- Artur Norbeck. Die Formen der Zusammenarbeit von Partei und Staat auf dem Gebiet der Verwaltung. Zeulenroda 1938.
- NSDAP (Hrsg.). Gau- und Kreisverzeichnis der NSDAP. 1941.
- NSDAP (Hrsg.). Führungs- und Geschäftsordnung der NSDAP. 1941.
- NSDAP (Hrsg.). Organisationshandbuch der NSDAP. 1937.
- NSDAP (Hrsg.). Reichsband. Adresswerk der Dienststellen der NSDAP und den angeschlossenen Verbänden des Staates, der Reichsregierung und Behörden und der Organisationen. Berlin 1939. 2.
- Günter Oesterle. Erinnerung, Gedächtnis, Wissen. Studien zur kulturwissenschaftlichen Gedächtnisforschung. Göttingen 2005.
- Matthias Offermanns. Bürokratie und Vertrauen. Baden-Baden 1990.
- OMGUS (Hrsg.). Who was a Nazi? Berlin 1947.
- Ulrich Opfermann. »Es kann hier keinerlei Rücksichten geben.« Enteignung und Deportation am Beispiel einer kleinstädtischen Familie. In: Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten NRW. S. 92–97.
- Karl Otten. Geplante Illusionen. Eine Analyse des Faschismus. Frankfurt a. M. 1989.
- Helmut Otto (Hrsg.). Vier Jahre nationalsozialistische Kommunalpolitik in Solingen. Ein Rechenschaftsbericht. Solingen 1937.
- Kurt Pätzold. Die Geschichte der NSDAP 1920–1945. Papyrossa 2009.
- Paul Parin. Fürchte deinen Nächsten wie dich selbst. Frankfurt a. M. 1971.
- Talcot Parsons. Demokratie und Sozialstruktur in Deutschland vor der Zeit des Nationalsozialismus. In: Beiträge zur soziologischen Theorie. Neuwied 1964. S. 256–281. (zuerst 1943)
- Günter Paschies. Umerziehung in der Britischen Zone 1945–1949. Weinheim 1979.
- Gerhard Paul u. a. (Hrsg.). Die Gestapo. Mythos und Realität. Darmstadt 1995.
- Leo Peters. Auseinandersetzungen zwischen Katholischer Kirche und Nationalsozialismus im Kreis Kempen-Krefeld. Beispiele aus den Akten des Kreisarchivs. In: Heimatbuch des Kreises Viersen. Viersen 1980.
- Moritz Pfeiffer. Mein Großvater im Krieg 1939–1945. Erinnerungen und Fakten im Vergleich. Bremen 2012.
- Friedbert Pflüger. Deutschland driftet. Die konservative Revolution entdeckt ihre Kinder. Düsseldorf 1994.
- Günter Plum. Staatspolizei und Innere Verwaltung. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 13 (1965). S. 193–224.

- Hanne und Klaus Pohlmann. *Kontinuität und Bruch. Nationalsozialismus in der Kleinstadt Lemgo*. Bielefeld 1990.
- Karl Popper. *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. Tübingen 2003.
- Bernhard Press. *Judenmord in Lettland 1941–1945*. Berlin 1995.2.
- Christian Pross. *Wiedergutmachung. Der Kleinkrieg gegen die Opfer*. Frankfurt a. M. 1988.
- Publik Forum (Hrsg.). *Dem Führer gehorsam: Christen an die Front – Die Verstrickungen der beiden Kirchen in den NS-Staat und in den Zweiten Weltkrieg*. Oberursel 2005.
- Brigitte Rauschenbach (Hrsg.). *Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten. Zur Psychoanalyse deutscher Wenden*. Berlin 1992.
- Dieter Rebentisch. Die »politische Beurteilung« als Herrschaftsinstrument der NSDAP. In: Detlef Peukert u. a. (Hrsg.). *Die Reihen fest geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus*. Wuppertal 1981. S. 107–125.
- Erhard Radatz. *Block und Zelle in der NSDAP*. Dresden 1937.
- Rang- und Organisationsliste der NSDAP mit Gliederungen, angeschlossenen Verbänden und betreuten Organisationen. Stuttgart 1947.2.
- Gerhard Rehm (Bearb.). *Der Landkreis Kempen-Krefeld in der Nachkriegszeit. Die monatlichen Berichte an die Militärregierung (September 1945–Juli 1948)*. Viersen 2008.
- Max Rehm. *Führung und Verantwortung in der Gemeinde*. Berlin 1941.
- Carl Wilhelm Reibel. *Das Fundament der Diktatur. Die NSDAP-Ortsgruppen 1932–1945*. Paderborn 2002.
- Wilhelm Reich. *Die Massenpsychologie des Faschismus*. Köln 1971.
- Peter Reichel. *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*. München 2001.
- Peter Reichel. *Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus*. München 1991.
- Reichsorganisationsleiter der NSDAP (Hrsg.). *Organisationshandbuch der NSDAP*. München 1938.
- Reichsschatzmeister und Oberster Richter der NSDAP (Hrsg.). *Richtlinien für die Aufnahme neuer Mitglieder in die NSDAP*. 1937.
- Sven Reinhart (Hrsg.). *Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus*. Frankfurt a. M. 2011.
- Karl Renner. *Demokratie und Buerokratie*. Wien 1946.
- Yvonne Riecker u. a. Von der rechtlichen Gleichstellung bis zum Genozid. In: Michael Zimmermann (Hrsg.). *Geschichte der Juden im Rheinland und Westfalen*. Köln 1998. S. 141–259.
- Albert Rienhardt. *Bürgermeister, Beigeordnete, Beauftragte der NSDAP, Gemeinderäte und Beiräte*. Berlin 1935.
- Robert S. Robin u. a. *Die Psychologie des Terrors. Vom Verschwörungdenken zum politischen Wahn*. München 2002.
- Horst Romyk. *Der preußische Regierungspräsident im NS-Herrschaftssystem*. 1986.
- Horst Romyk. *Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816–1945*. Düsseldorf 1994.
- Hubert Roser u. a. »Der Beamte gehört dem Staat und der Partei.« Die Gauämter für Kommunalpolitik in Baden und Württemberg im polykratischen Herrschaftsgefüge des NS-Regimes. In: Cornelia Rauh-Kühne (Hrsg.). *Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie*. München 1993. S. 71–102.
- Michael Ruck. *Kontinuität und Wandel – Westdeutsche Verwaltungseliten unter dem NS-Regime und in der alten Bundesrepublik*. In: Wilfried Loth u. a. (Hrsg.). *Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*. Frankfurt a. M. 1998. S. 117–142.

Jan Ruckebiel. Soziale Kontrolle im NS-System. Protest, Denunziation und Verfolgung. Zur Praxis alltäglicher Unterdrückung im Wechselspiel von Bevölkerung und Gestapo. Köln 2003.

Wolfgang Rudzio. Die Neuordnung des Kommunalwesens in der Britischen Zone. Zur Demokratisierung und Dezentralisierung der politischen Struktur. Stuttgart 1968.

Rückblick auf den Kreis Viersen-Kempen 1933–1938. o. O. o. J.

Bernd Rütters. Wir denken die Rechtsbegriffe um ... Weltanschauung als Auslegungsprinzip. Zürich 1987.

Hans-Jörg Ruhl (Hrsg.). Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949. München 1982.

Eva Ruhnau (Hrsg.). Ethik und Heuchelei. Bonn 2000.

Bernd A. Rusinek. Der Zeitfaktor in Wissenschaft und Administration. In: Volker Ackermann u. a. (Hrsg.). Anknüpfungen. Essen 1995. S. 27–44.

Bernd A. Rusinek. Nationalsozialismus, Judenverfolgung und »Bürokratie«. In: Alfons Kenkmann u. a. (Hrsg.). Verfolgung und Verwaltung. Münster 1999. S. 138–150.

Carola Sachse u. a. (Hrsg.). Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus. Opladen 1982.

Hans Sarafin. Die Eichmann-Männer. Wien 1993.

Wolfgang Scheffler u. a. (Hrsg.). Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslovakischen Juden. 2 Bde. München 2003.

Arkadis Schiker. Shoah in Riga. Konstanz 2009.

Hans-Dieter Schmid. »Finanztod«. Die Zusammenarbeit von Gestapo und Finanzverwaltung bei der Ausplünderung der Juden in Deutschland. In: Gerhard Paul u. a. (Hrsg.). Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. »Heimatfront« und besetztes Europa. Darmstadt 2000. S. 141–154.

Herbert Schmid. Der Elendsweg der Düsseldorfer Juden. Chronologie des Schreckens 1933–1945. Düsseldorf 2005.

Detlef Schmiechen-Ackermann. Der »Blockwart«. Die unteren Parteifunktionäre im nationalsozialistischen Terror- und Überwachungsapparat. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 48 (2000). S. 575. Online-Ressource.

Cornelia Schmitz-Berning. Vokabular des Nationalsozialismus. Berlin 1989.

Gertrude Schneider. Reise in den Tod. Deutsche Juden in Riga 1941–1944. Dülmen 2008. 2.

Wolf Schneider. Wörter machen Leute – Magie und Macht der Sprache. München 2011. 16.

David Schoenbaum. Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reichs. München 1980.

Klaus Schönhoven. Geschichtspolitik: Über den öffentlichen Umgang mit Geschichte und Erinnerung. Bonn 2003.

Julius H. Schoeps. Leiden an Deutschland. Vom antisemitischen Wahn und der Last der Erinnerung. München 1990.

Julius H. Schoeps (Hrsg.). Ein Volk von Mördern? Hamburg 1996. 4.

Albert Schreiner. Hitler treibt zum Krieg. Paris 1934. Reprint. Köln 1979.

E. H. Schulz. Warum Arierparagraph. Ein Beitrag zur Judenfrage. Berlin 1934. 2.

Ingrid Schupetta. Die Geheime Staatspolizei in Krefeld – von Polizisten und Schreibtischtätern. Web-Ressource.

Ingrid Schupetta. Der Salitter-Bericht und sein Verfasser Paul Salitter. Web-Ressource.

Ingrid Schupetta. Riga – Massenmord und Arbeitseinsatz. Web-Ressource.

Friedrich Gerhard Schwerngmann. Die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums nach 1945. Düsseldorf 1986.

- Hilde Sherman. Zwischen Tag und Dunkel. Mädchenjahre im Ghetto. Frankfurt a. M. 1989.
- Warren Shibles. Lügen und lügen lassen. Mainz 2000.
- Elias Siberski. Untergrund und offene Gesellschaft. Zur Frage der strukturellen Deutung des sozialen Phänomens. Stuttgart 1967.
- Peter Sloterdijk. Kritik der zynischen Vernunft. Frankfurt a. M. 1983.
- Adam Smith. Theorie der ethischen Gefühle. Frankfurt a. M. 1949.
- Timothy Snyder. Bloodlands. Europa zwischen Stalin und Hitler. München 2011.
- Alfons Söllner (Hrsg.). Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Bd. 2: Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium 1946–1949. Frankfurt a. M. 1986.
- Christian Staffa u. a. (Hrsg.). Nachträgliche Wirksamkeit. Vom Aufheben der Taten im Gedenken. Berlin 1998.
- Wolfgang Steinbrink. Der preußische Landrat im Nationalsozialismus. München 1998.
- Rolf Steiniger. Deutsche Geschichte seit 1945. Darstellung und Dokumente in vier Bänden. Band 1: 1945–1947. Frankfurt a. M. 1996.
- Bernd Stöver. Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus Sicht sozialistischer Exilberichte. Düsseldorf 1993.
- Strafgesetzbuch. München 2011. 28.
- Christina Strick. Jenseits der Routine? Die Bezirksregierung Düsseldorf 1935–1955. Dissertation Düsseldorf 2007. Web-Ressource.
- Christina Strick. Effizienz und Empathie. Wiedergutmachung im Regierungsbezirk Düsseldorf. In: Norbert Frei u. a. (Hrsg.). Die Praxis der Wiedergutmachung. Göttingen 2009. S. 572–599.
- Christina Strick u. a. Demokratisierung, Nazifizierung, Entnazifizierung. Die Düsseldorfer Bezirksregierung als Schnittstelle von Verwaltung und Politik 1916–1955. Essen 2010.
- Kerstin Stüssel. In Vertretung. Literarische Mitschriften von Bürokratie zwischen Neuzeit und Gegenwart. Tübingen 2004.
- Hermann Sturm. Denkmal & Nachbild. Zur Kultur des Erinnerens. Essen 2009.
- Friedrich Karl Suren. Die deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935. Berlin 1935.
- Rudolf Suthoff-Groß. Die Rechtsstellung des Bürgermeisters in seinem Verhältnis zum Staat und zu den übrigen Beamten der Gemeinde. Berlin 1941.
- Nassim Nicholas Taleb. Narren des Zufalls. Weinheim 2008.
- Nassim Nicholas Taleb. Der Schwarze Schwan. Die Macht höchst unwahrscheinlicher Ereignisse. München 2010.2.
- Nassim Nicholas Taleb. Der Schwarze Schwan. Konsequenzen aus der Krise. München 2010.
- Kurt P. Tauber. Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945. 2 Bde. Middleton 1967.
- Fred Taylor. Zwischen Krieg und Frieden. Die Besetzung und Entnazifizierung Deutschlands 1944–1946. Berlin 2011.
- Hans-Ulrich Thamer. Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945. Berlin 1986.
- Hans-Ulrich Thamer. Lokalgeschichte und Zeitgeschichte. In: Debatten um die lokale Zeitgeschichte. Methoden, Träger: Themen, Formen. Bergisch-Gladbach 1990. S. 9–20.
- Egon Thiel. Die Polizei in Osterath. In: Meerbuscher Geschichtshefte 12 (1995).
- Konrad Theiss u. a. (Hrsg.). Der Kreis Viersen am Niederrhein. Stuttgart 1978.
- Markus Tiedemann. »In Auschwitz wurde niemand vergast.« 60 rechtsradikale Lügen und wie man sie widerlegt. München 2000. In Auszügen als Web-Ressource bei der Online-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eduard Tooren u. a., Bürgermeister Dr. Engelbert Regh. Ein national-liberaler Kommunalpolitiker in einer deutschen Kleinstadt während der NS-Zeit. Aachen 1982.

Gerd R. Ueberschär. Dienen und Verdienen. Hitlers Geschenke an seine Elite. Frankfurt a. M. 1999. 2.

Verein Geschichte am Jürgensplatz e. V. (Hrsg.). Düsseldorfer Polizisten zwischen Demokratie und Diktatur. Katalog zur Dauerausstellung im Polizeipräsidium Düsseldorf. Düsseldorf 2008.

Cornelia Vismann. Akten. Frankfurt a. M. 2000.

Ludgera Vogt. Zur Logik der Ehre in der Gegenwartsgesellschaft. Frankfurt a. M. 1997.

Gisela Vollmer. Der Bestand der Gestapo-Leitstelle Düsseldorf im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf. Zur Erschließung von Personalakten. In: Der Archivar 16 (1963), Sp. 287–294.

Clemens Vollnhals (Hrsg.). Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949. München 1991.

Huvarth Vorländer (Hrsg.). Oral History. Mündlich erfragte Geschichte. Göttingen 1990.

Caroline Wagner. Die NSDAP auf dem Dorf. Eine Sozialgeschichte der NS-Machtergreifung in Lippe. Aschendorf 1998.

Paul Watzlawick. Menschliche Kommunikation – Formen, Störungen, Paradoxien. Bern 1969.

Paul Watzlawick. Lösungen – Zur Theorie und Praxis menschlichen Wandels. Bern 1974.

Paul Watzlawick. Wie wirklich ist die Wirklichkeit? Wahn, Täuschung, Verstehen. München 1976.

Paul Watzlawick. Die erfundene Wirklichkeit. Wie wissen wir, was wir zu wissen glauben? München 1981.

Alfred Weber. Bürokratie und Freiheit. In: Die Wandlung. Erster Jahrgang 1945/46, Zwölftes Heft. S. 1033–1043.

Max Weber. Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen 1976. 5.

Phillip Wegehaupt. Funktionäre und Funktionseliten der NSDAP. Vom Blockleiter zum Gauleiter. In: Benz 2009. S. 39–59.

Sophie Wego. Das Dritte Reich (1933–1945). In: Peter Dohms (Hrsg.). Meerbusch. Die Geschichte der Stadt und der Altgemeinden von den Ursprüngen der Stadt bis zur Gegenwart. Meerbusch 1991. S. 513–552.

Hans-Ulrich Wehler. Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914–1949. München 2003. 2.

Björn Weigel. »Märzgefallene« und Aufnahmestopp im Frühjahr 1933. Eine Studie über den Opportunismus. In: Benz 2009. S. 91–109.

Harald Weinrich. Linguistik der Lüge. Heidelberg 1974. 5.

Harald Welzer. Härte und Rollendistanz. Zur Sozialpsychologie des Verwaltungsmordes. In: Leviathan 21 (1993). S. 358–373.

Harald Welzer. Das soziale Gedächtnis. Hamburg 2001.

Harald Welzer. Mein Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt a. M. 2002.

Harald Welzer. Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden. Frankfurt a. M. 2005.

Heiner Wemmler. Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands. Essen 1991.

Mario Wenzel. Die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände. Ein Überblick. In: Benz 2009. S. 19–38.

Karin Werum. Die Entnazifizierung der Verwaltungsbeamten. Ein Beitrag zur Kontinuität der Bürokratie nach dem Ende des Dritten Reiches. In: Demokratie und Recht 17 (1989), Heft 1. S. 422–432.

Juliane Wetzel. Die NSDAP zwischen Öffnung und Mitgliedersperre. In: Benz 2009. S. 74–90.

Peter Widmann. Willkür und Gehorsam. Strukturen der NSDAP. In: Benz 2009. S. 110–122.

- Oskar Wilde. Der Verfall der Lüge. In: Sämtliche Werke. Bd. 7. Frankfurt a. M. 1982.
- Michael Wildt. Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939. Hamburg 2007.
- Lutz Winkler. Studie zur gesellschaftlichen Funktion faschistischer Sprache. Frankfurt a. M. 1977.
- Alfred Winter. The Ghetto of Riga and Contiance. A Survivor's Memoir. Monroe 1998.
- Hans-Jürgen Wirth. Narzissmus und Macht. Zur Psychoanalyse seelischer Störungen in der Politik. Giessen 2011.4.
- Friedrich Wilhelm. Die Polizei im NS-Staat. Die Geschichte ihrer Organisation im Überblick. Paderborn 1997.
- Jeanette Wolf. Sadismus oder Wahnsinn. Erlebnisse in der deutschen Konzentrationslagern im Osten. Greiz 1947.
- Jeanette Wolf. Mit Bibel und Bebel. Bonn 1981.
- Jörg Wollenberg (Hrsg.). »Niemand war dabei, keiner hat's gewusst.« Die deutsche Öffentlichkeit und die Judenverfolgung 1933–1945. München 1989.
- Hans Wrobel. Die Anfechtung der Rassenmischehe. Diskriminierung und Entrechtung der Juden in den Jahren 1933–1935. in: Redaktion Kritische Justiz (Hrsg.). Der Unrechtsstaat. Bd. 2. Frankfurt a. M. 1984. S. 99–124.
- Bernd Wunder. Geschichte der Bürokratie in Deutschland. Frankfurt a. M. 1986.
- Max Wurzel. Das Rechtsproblem des Mitläufers. Nürnberg 1949.
- Yad Vashem. Deportationen. Täter, Mitläufer, Opfer. Jerusalem 2007.
- Wolfgang Zapf. Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919–1961. München 1965.
- R. Zillenbach. Festschrift zum 75jährigen Bestehen des Finanzamtes Krefeld. Krefeld 1995.
- Michael Zimmermann. Zeitzeugen. In: Bernd A. Rusinek u. a. (Hrsg.). Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt: Neuzeit. Paderborn 1992. S. 13–26.
- Michael Zimmermann: Die Gestapo und die regionale Organisation der Judendeportationen. Das Beispiel der Stapo-Leitstelle Düsseldorf. In: Paul. S. 357–372.
- Volker Zimmermann. NS-Täter vor Gericht. Düsseldorf und die Strafprozesse wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen. Düsseldorf 2001.
- Zedek Zofka. Dorfeliten und NSDAP. In: Martin Broszat u. a. (Hrsg.). Bayern in der NS-Zeit. Bd. 4: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. München 1981. S. 383–433.
- Besja Zin. Wie ein grauenhafter Traum – Vier Jahre zwischen Leben und Tod. Jüdische Schicksale aus Lettland 1941–1945. Konstanz 1998.



Danke!

Frau Dr. Aust. Osterath

Frau Bach. Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen Berlin

Frau Brassel. Zeitzeugin aus Osterath, die sich bei mir meldete

Herr Braisz. ITS Arolsen

Frau Dr. Brockhoff. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt

Herr Cervelli. Danke für die Informationen.

Herr Claes. Budericher, der mir seine im Eigenverlag erschienenen Veröffentlichungen gab.

Herr Derrick. National Archives UK London

Herr Dönecke. Polizeihauptkommissar Düsseldorf, Geschichte am Jürgensplatz

Frau Dr. Dumschat. Bundesarchiv Berlin

Herr Dr. Faust. Ehemaliger Archivdirektor Landesarchiv NRW Düsseldorf

Herr Ferrero. Yad Vashem Jerusalem

Frau Gerats. Direktorin Amtsgericht Neuss

Frau Gerke. Stasi-Unterlagenbehörde Berlin

Herr Grohe. Bundesarchiv Ludwigsburg

Herr Gutmann. Sohn von Kurt Gutmann Berlin

Frau Häusler. Zentralbibliothek Zürich

Frau Haubold. Deutsche Nationalbibliothek Frankfurt a. M.

Frau Heidschmidt. Archivinform Berlin

Herr Klemt. Pfarrarchiv Osterath

Frau Dr. Künzel. Staatsarchiv NRW Düsseldorf

Frau Küsters. PrePressPro Krefeld

Herr Lilla. Stadtarchiv Krefeld

Frau Lücke. Institut für Zeitungsforschung Dortmund

Herr Mohammed. Seine irakische Freundlichkeit in seinem Internetcafe war wichtig.

Frau Dr. Mykayton. Yad Vashem Jerusalem

Frau Meyer-Rogmann. Kreisarchiv Viersen

Frau Mörtl. Institut für Zeitgeschichte München und Berlin

Frau Nemcova. Theresienstadt-Gedenkstätte

Dr. Augusta Niederauer. Meine Frau, die mich mit allen ihren Möglichkeiten unterstützt.

Herr Oermann. Vorsteher Finanzamt Krefeld

Herr Perkuhn. Stadtarchiv Düsseldorf

Herr Pinkert. Standesamt Meerbusch

Herr Querl. Villa ten Hompel Münster

Herr Dr. Rehm. Kreisarchiv Viersen

Frau Schischke. Ehemalige Druckerei Hamacher Osterath

Herr Dr. Schröder. Kreisarchiv Neuss

Frau Schulte. trio-design⁺ Krefeld

Frau Dr. Schupetta. Villa Merländer Krefeld

Herr Staudinger-Napp. Fraktionsvorsitzender der UWG Meerbusch

Frau Waldmann. Memminger MedienCentrum

A b s c h r i f t :

M ü n c h e n , den 29.November 1921

Lieber Herr Doktor !

Wie mir Herr E c k a r t mitteilt, haben Sie wieder einmal Interesse über meine Entwicklung zum Parteiführer gezeigt.

Ich erlaube mir deshalb, Ihnen einen kurzen Aufriss über meine Person zu geben:

Ich bin am 20.April 1889 zu Braunau a.Inn als Sohn des dortigen Postoffizials Alois H i t l e r geboren. Meine gesamte Schulbildung umfaßt 5 Klassen Volksschule und 4 Klassen Unterrealschule. Ziel meiner Jugend war, Baumeister zu werden und ich glaube auch nicht, daß, wenn mich die Politik nicht gefaßt hätte, ich mich einem anderen Beruf jemals zugewandt haben würde. Da ich, wie Sie wahrscheinlich wissen, bereits mit 17 Jahren väterlicher- und mütterlicherseits verwaist war, im übrigen ohne jedes Vermögen dastand, mein gesamter Barbetrag bei meiner Reise nach Wien betrug rund 80 Kronen, war ich gezwungen, sofort als gewöhnlicher Arbeiter mir mein Brot zu verdienen. Ich ging als noch nicht 18 jähriger als Hilfsarbeiter auf einen Bau und habe nun im Verlaufe von 2 Jahren so ziemlich alle Arten von Beschäftigungen des gewöhnlichen Tagelöhners durchgemacht. Nebenbei studierte ich, soweit meine Mittel es zuließen, Kunstgeschichte, Kulturgeschichte, Baugeschichte und beschäftigte mich nebenbei mit politischen Problemen. Aus einer mehr weltbürgerlich empfindenden Familie stammend, war ich unter der Schule der härtesten Wirklichkeit in kaum einem Jahr Antisemit geworden. Schon damals jedoch konnte ich mich keiner der bereits bestehenden Parteien anschließen.

Unter unendlicher Mühe gelang es mir, mich nebenbei als Maler soweit auszubilden, daß ich durch diese Beschäftigung von meinem 20.Lebensjahr ab ein, wenn auch zunächst kärgliches, Auskommen fand. Ich wurde Architektur-Zeichner und Architektur-Maler und war praktisch mit meinem 21.Lebensjahr vollkommen selbständig. 1912 ging ich in dieser Eigenschaft dauernd nach München. Im Verlauf der 4 Jahre, vom 20. bis 24 hatte ich mich mehr und mehr mit politischen Dingen beschäftigt, weniger durch Besuch von Versammlungen als vielmehr durch gründliches Studium volkswirtschaftlicher Lehren, sowie

-2-

Kopie aus dem Bundesarchiv

SCHREIBEN VON ADOLF HITLER, 29. NOVEMBER 1921, SEITE 1

der damals zur Verfügung stehenden gesamten antiesemitischer Literatur.

Seit meinem 22. Jahr warf ich mich mit besonderem Feuereifer über militärpolitische Schriften und unterliess die ganzen Jahre niemals, mich in sehr eindringlicher Weise mit der allgemeinen Weltgeschichte zu beschäftigen.

Aktiv betätigt habe ich mich in der Politik auch in diesen Jahren nicht. Ich vermied es, irgendwo als Redner aufzutreten schon aus dem Grunde, weil keine der damals bestehenden Parteien mir innerlich irgendwie sympathisch gewesen wäre.

Auch in dieser Zeit war das letzte Ziel unverrückbar, Baumeister zu werden.

Am 5. August 1914 meldete ich mich auf Grund eines genehmigten Majestätsgesuches beim 1. bayr. Inf. Regiment zum Eintritt in die deutsche Armee. Nach einigen Tagen zurückgestellt wurde ich am dem 2. Inf. Reg. überwiesen und trat am 16. August in die damals in Aufstellung begriffenen Formationen des Bayr. Res. Inf. Regt. s Nr. 16 ein. Das Regiment marschierte unter dem Namen: Regiment "L i s t", als erstes Bayerisches Freiwilligen-Regiment ins Feld und empfing Ende Oktober 1914 in der "Schlacht an der Yser" die Feuertaufe.

Es war eines jener Freiwilligen-Regimenter, die damals im Verlaufe von wenigen Tagen oft nahezu vollständig aufgerieben wurden.

Am 2. Dez. 1914 erhielt ich das Eiserne Kreuz 2. Klasse. Ich blieb dauernd beim Regiment und wurde in der Schlacht an der Somme am 7. Okt. 1916 zum erstenmal verwundet (durch Granatsplitter am linken Oberschenkel) und kam am 10. Okt. 1916, am Jahrestage meines Ausmarsches, als Verwundeter zum ersten Male wieder in die Heimat.

Nach 2 monatlicher Behandlung im Lazarett Beelitz bei Berlin wurde ich im Dez. 1916 dem Ersatzbatl. 2. Inf. Reg. München überwiesen und meldete mich wieder freiwillig ins Feld. Am 1. März 1917 war ich wieder bei meinem Stammregiment und erhielt am 17. 9. 1917 das Militärverdienstkreuz 3. Kl. mit Schwertern, am 9. Mai 1918 das Regimentsdiplom, am 4. 8. 1918 das Eiserne Kreuz 1. Kl., am 18. 5. 1918 das Verwundetenabzeichen in schwarz und am 25. 8. 1918 Dienstauszeichnung 3. Klasse.

In der Nacht vom 13./14. Oktober 1918 erhielt ich eine sehr schwere Gelbkreuzvergiftung, im Verlaufe deren ich zunächst vollständig erblindete. Ich wurde von Werwick in Flandern abtransportiert und dem Vereinslazarett Pasewalk bei Stettin überwiesen. Da meine

Erblindung in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder wich, und das Augenlicht allmählich wieder zurückkehrte, außerdem ja am 9. Nov. die Revolution ausgebrochen war, ersuchte ich um möglichst schnelle Überführung nach München und war seit Dez. 18 wieder beim Ers. Batl. 2 Inf. Reg. Während der Räteperiode auf der Kon- skriptionsliste stehend, wurde ich nach Niederschlagung der roten Herrschaft in die Untersuch. Kommiss. des 2. Inf. Reg. kommandiert u. von dort als Bildungsoffizier dem Schützenregiment 41 überwiesen. Ich hielt in diesem Regiment sowie in anderen Formationen nun zahlreiche Aufklärungsvorträge über den Wahnsinn der roten Blut- diktatur und konnte mit Freude erleben, daß aus den infolge der allgemeinen Reichswehrverminderung aus dieser ausscheidenden Heeres- angehörige die 1. Truppe meiner späteren Anhänger entstand.

Im Juni 1919 schloß ich mich der damals 7 Mitglieder zählenden Deutschen Arbeiterpartei an, in der ich nun endlich auf politischem Gebiete die Bewegung gefunden zu haben glaubte, die meinem Ideal entsprach. - Heute ist die Zahl ihrer Anhänger in München allein auf über 4 1/2 Tausend gewachsen, und ich darf mit Stolz wohl einen grossen Teil an dieser Arbeit mir zuschreiben. .

Gestatten Sie mir, daß ich nun schliesse und verbleibe mit ich

mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr (gez.) A. H i t l e r .

F.d.R. der Abschrift :



Hitler
26. Aug. 1941

Kopie aus dem Bundesarchiv

Paranoia, die

Geistesstörung, die durch ein System von Wahnideen und die Projektion persönlicher Konflikte gekennzeichnet ist, die der angeblichen Feindseligkeit anderer angelastet werden; chronische funktionale Psychose mit schleichendem Verlauf, charakterisiert durch beharrliche, unerschütterliche, logische konsistente Selbsttäuschungen, die für gewöhnlich Größen- und Verfolgungswahn betreffen

Paranoiker, der

Eine durch Paranoia leidende Person

Paranoid, adj.

Durch übertriebenes Misstrauen, Größen- und Verfolgungswahn charakterisiert.

ÜBERSETZT AUS:

WEBSTER NEW UNIVERSAL UNABRIDGE DICTIONARY

Erich Fromm beschreibt in »Authentisch leben« (Freiburg 2009.6, S.89–98) ein reales Gedanken-Experiment zu »ich fühle« – »ich denke« – »ich will«, das als Analogie auf die fiktive Stunde Null in Deutschland 1945 verstehbar ist:

Eine Versuchsperson wird von einem Hypnotiseur in Hypnose internalisiert, nach dem Erwachen aus einem selbst mitgebrachten Manuskript vorlesen zu wollen, das nicht existiert. Weiter soll die Versuchsperson dann annehmen, eine ihr vorher unbekannte Person habe das Manuskript gestohlen und in Folge dessen auf diese Person wütend werden.

Nach dem Erwachen der Versuchsperson ist der Ablauf wie programmiert. Dabei bringt die Versuchsperson Gründe vor, die dem Diebstahl durch die weitere Person plausibel machen sollen. Die Versuchsperson formuliert also Rationalisierungen, von denen sie subjektiv überzeugt ist.

Nun kommt eine unbeteiligte über den Ablauf nicht informierte Person in das Zimmer. Diese Person wird nicht anzweifeln, dass die Versuchsperson das sagt, was sie denkt und fühlt. Und diese Person wird sich fragen: Sind die Anschuldigungen richtig oder nicht? Stimmen die Gedanken der Versuchs-

person mit der Realität überein oder nicht? Diese Person wird sich Gedanken machen, dabei eventuell zum Ergebnis kommen, nicht entscheiden zu können, was richtig oder falsch ist.

»Was beweist die hypnotische und vor allem das posthypnotische Experiment? Es beweist, dass wir Gedanken, Gefühle, Wünsche ja sogar Sinnesempfindungen haben können, die wir subjektiv als die unseren empfinden, obwohl sie uns von außen suggeriert wurden und uns daher im Grunde fremd sind, und nicht das, was wir wirklich denken, fühlen und so weiter.« (S.91)

»Das Pseudo-Denken kann auch völlig logisch und rational sein.« (S.96)

»Ihre Irrationalität liegt dann darin, dass sie nicht das wirkliche Motiv für die Handlung darstellt, deren Ursache sie angeblich war.« (S.97)

»Es lässt sich daher nicht feststellen, ob wir es mit einer Rationalisierung zu tun haben, wenn wir lediglich untersuchen, ob eine Behauptung logisch ist; wir müssen auch die psychologischen Motivationen mit berücksichtigen, die in einem Menschen am Werk sind. Das Entscheidende ist nicht, was der Betreffende denkt, sondern wie er denkt.« (S.97)

»Den Rationalisierungen fehlt ihrem ganzen Wesen nach dieses Entdecken und Enthüllen; sie bestätigen lediglich unsere emotionalen Vorurteile. Die Rationalisierungen sind kein geeignetes Mittel, zur Wirklichkeit vorzustoßen, sondern nur post factum der Versuch, die eigenen Wünsche mit der vorhandenen Wirklichkeit in Einklang zu bringen.« (S.98)

Dies ist als Analogie auf den gelebten hitlerischen nationalsozialistischen eliminatorischen Antisemitismus und seine Verdrängung nach 1945 zu verstehen.

»Jede Woche ist eine Versammlung ... Jedes mal sagt Hitler so ziemlich dasselbe ... Jedes mal hat er aber neue Bilder, neue Witze und neue Schimpfworte gegen Berlin und gegen die Juden. Und doch setzten sich die einfachen Gedanken binnen drei Versammlungen so tief in den Köpfen fest, dass der Hörer schon beim vierten Mal schon meint, der Redner sage nur dasselbe, was er selbst seit jeher gedacht hat.«

KONRAD HEIDEN. HITLER. BAND 1. ZÜRICH 1936. S.141.